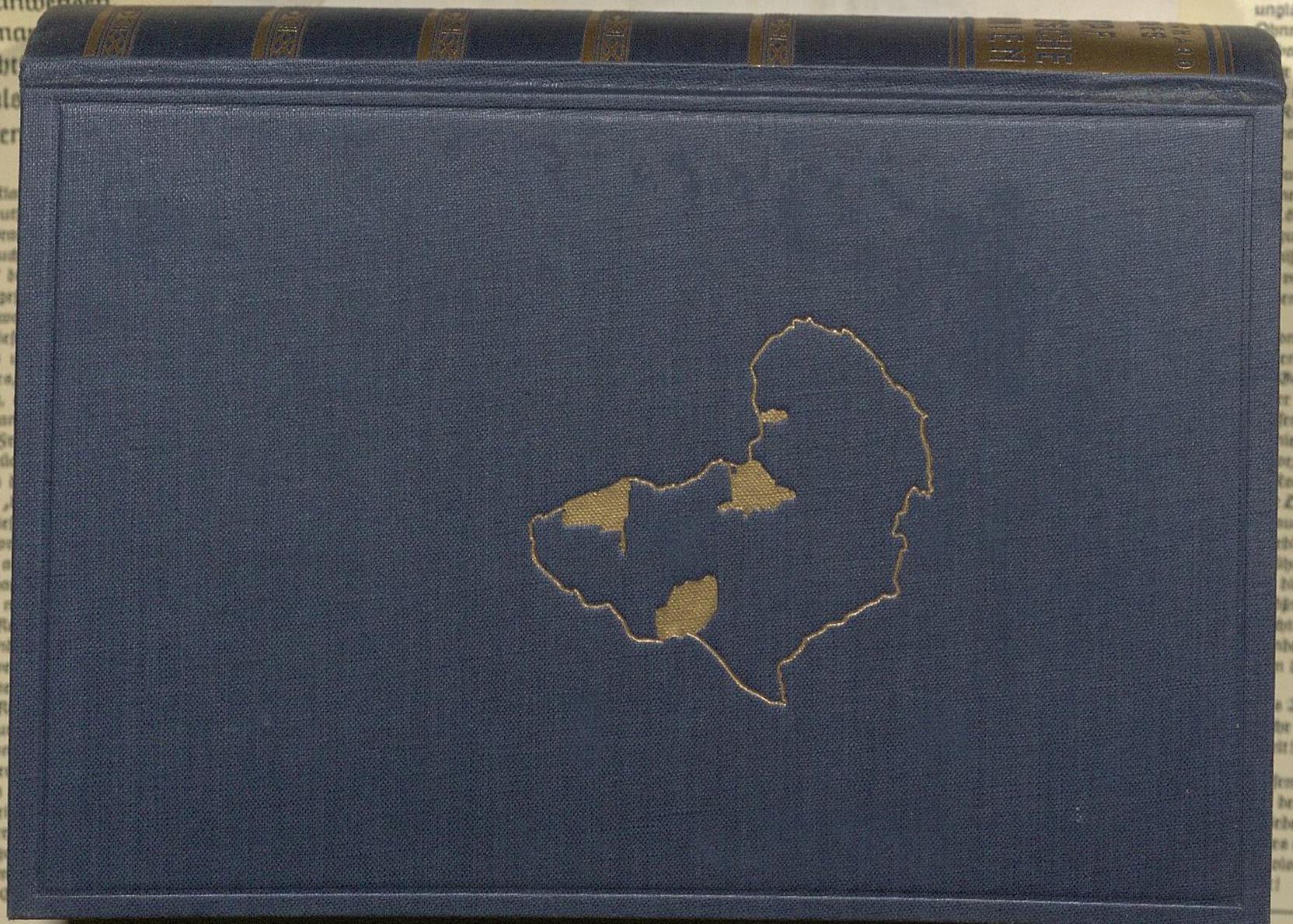
Max Richard Mothes

Kampf um Deutsche Kolonien

GRIMMER
DRESDEN

Man kann gegen
uns Gewalt anwenden
aber ma
kann uns nicht
Gewalt als
anzuerken

Mit eindeutiger Kla
dem Führer der deut
delegation, dem Gra
Rantzau, der Ränkesuc
der „Siegermächte“ d
tale Satz entgegenge
ation wurde damit zw
gestellt, wenn auch die
ders hinsichtlich des
truges von Versailles,
deutschen Kolonien,
Erfolg blieb. — Ma
die Deutschen in der S
neben einer heimtü
rischen Propaganda
walt an. Aber das „
der Deutschen“ hat die
ner rechtmäßig erwo
ungeheuren Opfern a
turelle und wirtscha
brachten Kolonien
gültig und als zu R
kannt. — Deutschlan
Stoßkraft darauf v
Rückgewinnung seine
reichen. Der, zur R
Kolonialraubes erfu
schuldlüge und kolo
keitserklärung des de
es die einzigartigen
Kolonialpioniere, se
seiner Wissenschaftler
gegen. Sie allein sch
nug, um mit vollem
gabe der kolonialen



Deutschland ... seine Hoffnung auf
kolonial... ...tätigung niemals auf-
geben. Es ist der fanatische Glaube des
deutschen Volkes, daß es heute, da eine
unglückselige, jahrhundertalte politische
Ohnmacht und Zerrissenheit einer wun-
...aren Einheit hat weichen müssen,
...r als jemals zuvor berufen ist, sich
... und der ganzen übrigen Welt bei
Kolonisation der Erde Dienste von
...ahntem Ausmaß zu leisten ver-
... Nur Wahnsinn oder bewußte
...willigkeit kann den Versuch unter-
...en, das Volk der Deutschen bei
...ösung dieser Aufgaben ausschlie-
...u wollen. Die Welt kann auf die
...isatorische Kraft der Deutschen
...verzichten, ohne selbst dabei ent-
...end Schaden zu nehmen.

...onien für Deutschland zurückzuge-
...en heißt zunächst der Wahrheit
...Gasse zu bahnen! — Mit vehe-
...r Stoßkraft dringt der Verfasser
...sem Buche „Kampf um deutsche
...ien“ in das Ränke- und Lügen-
...t, das einst zur Sanktionierung
...Kolonialraubes“ gesponnen wur-
... Diffamierung der deutschen Na-
...ausgesprochen in der kolonialen
...rbigkeitserklärung, wird von den
...ühendem Herzen geformten An-
... dieses Buches hinwegfegt. Eine
...ßten politischen Komödien der
...hte wird bis in ihre letzten Hin-
...nde aufgedeckt um der Wahrheit
...n des Rechtes willen.

...s Buch ist mehr als eine leiden-
...he Anrufung des Gewissens
...it!

...sem Buch ist die Forderung der
... deutschen Nation auf die end-
...ebergutmachung des kolonialen
...es durch die Rückgabe der deut-
...olonien mit aller Eindeutigkeit
...!

Man kann gegen
uns Gewalt anwenden,
aber man
kann uns nicht zwingen,
Gewalt als Recht
anzuerkennen!

Mit eindeutiger Klarheit wurde von dem Führer der deutschen Friedensdelegation, dem Grafen Brockdorff-Rantzau, der Ränkesucht und Brutalität der ‚Siegermächte' dieser fundamentale Satz entgegengestellt. Die Situation wurde damit zwar eindeutig klargestellt, wenn auch dieser Protest besonders hinsichtlich des ungeheuren Betruges von Versailles, des Raubes der deutschen Kolonien, ohne praktischen Erfolg blieb. — Man wendete gegen die Deutschen in der Frage der Kolonien neben einer heimtückischen, heuchlerischen Propaganda die brutalste Gewalt an. Aber das ‚halsstarrige Volk der Deutschen' hat diese Wegnahme seiner rechtmäßig erworbenen und unter ungeheuren Opfern auf eine große kulturelle und wirtschaftliche Höhe gebrachten Kolonien niemals als endgültig und als zu Recht erfolgt anerkannt. — Deutschland wird seine ganze Stoßkraft darauf verwenden, um die Rückgewinnung seiner Kolonien zu erreichen. Der, zur Rechtfertigung des Kolonialraubes erfundenen Kolonialschuldlüge und kolonialen Unwürdigkeitserklärung des deutschen Volkes hält es die einzigartigen Leistungen seiner Kolonialpioniere, seiner Wirtschaftler, seiner Wissenschaftler, seiner Ärzte entgegen. Sie allein schon sind Grund genug, um mit vollem Recht die Rückgabe der kolonialen Gebiete zu fordern.

WODNI & LINDECKE · VERLAG
DRESDEN

Mothes / Kampf um deutsche Kolonien

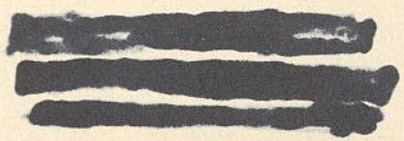
Zum Andenken
an das
Kriegsjahr 1941
von
seiner Lotte.

MAX RICHARD MOTHES

Kampf um deutsche Kolonien

1939

Verlag Wodni & Lindecke / Dresden



Copyright 1939 by Wodni & Lindecke, Dresden.

Druck von Hesse & Becker, Leipzig O 5.

Umschlag und Einbandentwurf: Bruno Grimmer, Dresden.

Vorwort.

„Kampf um deutsche Kolonien!" — Ein neues Kolonialbuch bei der Überfülle an kolonialer Literatur? In zahllosen Bilderbänden ist der koloniale Gedanke veranschaulicht worden, man hat seine Lösung eingebaut in Werke schöngeistigen Charakters, von politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus ist das deutsche Kolonialstreben untersucht und geschildert worden. Die Fülle der kolonialen Willensäußerungen in Zeitungen und Zeitschriften, in der Tages- und wissenschaftlichen Presse ist unübersehbar. Und dennoch ein neues Kolonialbuch? — Ja, und dennoch ein neues Kolonialbuch! —

Der Blick, hingerichtet auf die Kolonialgeschichte, auf die Kolonisierung der Erde im allgemeinen und auf das deutsche Kolonialstreben im besonderen, wird von einer ungeheuren Tragik umflort. Das koloniale Schicksal der Deutschen spielt sich nicht allein außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches ab, es bedeutet vielmehr für die großdeutsche Nation unmittelbar innerhalb der Grenzen des Reiches unabwendbares Schicksal. Seine unerbittlichen Auswirkungen werden dauernd und drückend fühlbar im völlig ungelösten Raum-, Rohstoff-, Bevölkerungs-, Siedlungsproblem. Darüber hinaus aber ist seit den unseligen Tagen des November 1918 das Kolonialproblem für die großdeutsche Nation zu einer brennenden Frage der nationalen Ehre geworden. Mit dem Schandvertrag von Versailles sollte das deutsche Volk unter zynischer Anwendung brutalster Mittel und Methoden für die Ewigkeit zu einem Volk von Heloten und als solches aus dem Kreis der großen Völker und Nationen ausgeschlossen werden. Der Raub der deutschen Kolonien, von den Feindmächten jahrzehntelang propagandistisch, politisch und militärisch vorbereitet, in einer ungeheuerlichen politischen Komödie beschlossen und durchgeführt, durch Kolonialschuldlüge und koloniale Unwürdigkeitserklärung sanktioniert, sollte das offensichtlichste Unrecht bei der Verteilung des unkolonisierten Erdraumes in Recht verwan-

deln und für Jahrhunderte festlegen. Niemand kann leugnen, daß krasseste Unvernunft und ein abgrundtiefer Haß gegen die Deutschen Paten gewesen sind bei dieser Schöpfung. Verhinderung der Auswirkung der unbestreitbaren kolonialen Fähigkeiten der deutschen Nation in eigenen Kolonien, das war das Ziel, scheinbar erreicht im Schandvertrag von Versailles, für die oftmals phantastischen Bemühungen der Presse, der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führung der Feindmächte. Gegen ein wehrlos gewordenes Volk wurde die Vollendung des Raubes der deutschen Kolonien im Jahre 1919 zur Tatsache. Die deutschen Kolonien gingen durch Raub in den Besitz der alliierten Mächte über. Die Unabänderlichkeit aller Maßnahmen, die zum Raub der deutschen Überseebesitzungen führten, wird seitdem von allen interessierten Kreisen außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches mit merkwürdig lauten Worten verkündet.

Wir aber, wir, das Volk der Deutschen, setzen diesen diktatorischen Verkündungen führender Geister der Weltdemokratien, setzen der Schande und dem Unrecht von Versailles immer und ewig den unwandelbaren Willen auf die Rückgewinnung der geraubten kolonialen Besitzungen, darüber hinaus aber auf die Durchführung einer gerechten Verteilung des Erdraumes in tropischen und subtropischen Zonen entgegen. Nur offenbarer Wahnsinn kann glauben und der Welt glauben machen, Deutschland sei für alle Zeiten von jeder kolonisatorischen Tätigkeit ausgeschlossen. Die deutsche Nation trägt als tiefste Überzeugung das Bewußtsein im Herzen, daß sie bei Entfaltung ihrer ganzen kolonisatorischen Kraft in ihren eigenen Kolonien und darüber hinaus der Welt und damit der ganzen Menschheit unschätzbare Dienste zu leisten vermag.

Das Unrecht von Versailles, der in der Geschichte der Welt beispiellos dastehende Raub der deutschen Kolonien, kann nur allein durch die bedingungslose Rückgabe an ihre rechtmäßigen Besitzer ausgelöscht werden. Jede andere Lösung dieses Problems muß von der großdeutschen Nation in aller Einhelligkeit abgelehnt werden.

Darum: „Kampf um deutsche Kolonien!"

Dem deutschen Menschen, der großdeutschen Nation, der übrigen Welt soll noch einmal mit aller Deutlichkeit aufgezeigt werden, bis zu welchem Irrsinn sich die Imperialisten der alliierten Mächte mit dem Raub der deutschen Kolonien hinreißen ließen.

Der deutsche Mensch soll aus diesem Buche den Glauben gewinnen an die Wiedervereinigung seiner Kolonien mit dem deutschen Mutterland; durch die Erweiterung seines kolonialen Wissens und die Festigung seines kolonialen Willens bis zur Halsstarrigkeit sollen auch die kleinsten Zweifel an der endlichen Zurückgewinnung seiner ureigensten kolonialen Schöpfungen hinweggefegt werden. Dazu erscheint es unumgänglich nötig, daß der deutsche Mensch jene Vorgänge in allen Einzelheiten kennenlernt, die zu seiner Beraubung und Enterbung im Vertrage von Versailles führten. Der Kampf mit dem Endziel der Rückgewinnung der geraubten deutschen Kolonien kann, ganz gleich, in welcher Form er nun geführt werden möge, nur dann erfolgreich sein, wenn er ausgeht von den Ursachen und Geschehnissen, die den Kolonialraub herbeiführten. Unter Benutzung fast des gesamten zur Verfügung stehenden Aktenmaterials, einer großen Reihe von Einzeldarstellungen und Veröffentlichungen des deutschen und ausländischen, besonders aber des feindlich gesinnten ausländischen Schrifttums, unter Heranziehung besonders auch zahlreicher persönlicher Äußerungen der beteiligten Staatsmänner, Wirtschaftsführer, Kolonisatoren wird das Drama von Versailles, soweit es in seiner Handlungsführung sich der kolonialen Probleme bemächtigte, noch einmal aufgerollt. Es geschieht aus der dringenden Notwendigkeit heraus, vor aller Welt den Beweis zu führen, daß der Verzicht für alle Zeit auf kolonialen Besitz und koloniale Betätigung in den tropischen und subtropischen Gebieten nach dem Niederbruch der deutschen Wehrkraft von der deutschen Nation wider jedes Recht und entgegen aller Vernunft, allein aus dem Willen zur Vernichtung heraus, abgepreßt und erzwungen wurde! Es geschieht ferner, um aufzuzeigen, daß das deutsche Volk diesen Verzicht niemals als feststehendes Recht anerkannt hat, daß es vielmehr sein Recht auf seine Kolonien und auf koloniale Betätigung überhaupt als ewig und unabänderlich ansieht, ansehen muß, wollte es nicht anders aus dem großen Kreis der Nationen für immer ausgeschlossen bleiben, wollte es aber vor allem nicht sich in seiner Ehre gekränkt sehen und damit die Achtung vor sich selbst verlieren. Um unveräußerliche, ewige Rechte bettelt die deutsche Nation nicht, sie weiß vielmehr, daß es zu ihrer Erlangung und Erhaltung nur den Kampf gibt. Kampf aber um die Rückgewinnung geraubter Rechte und Besitzungen bedeutet für die großdeutsche Nation nicht unmittelbar Auseinandersetzung mit den Mitteln der Gewalt.

In diesem Sinne will das Buch „Kampf um deutsche Kolonien" dem Ziel und seiner Erreichung dienen durch die Unterrichtung des deutschen Menschen, zugleich aber auch durch Einflußnahme auf die öffentliche Meinung des Auslandes. Wohl sind seit Jahren zahlreiche, einflußreiche Stimmen des Auslandes mit großem, anzuerkennendem Verständnis für eine Regelung der Kolonialprobleme nach den Gesetzen der Vernunft mahnend

eingetreten, aber sie blieben dennoch Prediger in der Wüste. Gerade deshalb will dieses Buch auch dem Ausland Deutschlands Standpunkt und sein unbestreitbares Recht zu der Forderung auf Rückgabe seiner Kolonien aufzeigen.

„Kampf um deutsche Kolonien" bedeutet aber vor allem anderen besonders auch Kampf der Kolonialschuldlüge und der kolonialen Unwürdigkeitserklärung. Beide wurden im Haß erfunden und dienten der Sanktionierung des Kolonialraubes. Die in ihnen eingeschlossene Scheinheiligkeit und Heuchelei ist so groß, daß sie selbst zuletzt von ihren Vätern nicht mehr geleugnet werden kann. Englands Premier, Lloyd George, selbst zu den Vätern der Kolonialschuldlüge gehörend, veröffentlicht in seinen „Erinnerungen" mit aller für Deutschland wünschenswerten Deutlichkeit die Denkschrift seines südafrikanischen Kollegen, des Soldaten und Politikers, des Generals der Union, Smuts. Er schrieb im Jahre 1917:

„Vernichtung des deutschen Kolonialsystems im Hinblick auf die künftige Sicherheit aller für das Britische Weltreich lebenswichtigen Verbindungen. Dies ist bereits geschehen — eine Leistung von ungeheurem Wert, die bei den Friedensverhandlungen nicht gefährdet werden sollte."

Eindeutiger konnten die Absichten der englischen Imperialisten und Raubpolitiker nicht ausgesprochen werden. Der Welt gegenüber aber begann man bereits im Tone des Predigers und Verteidigers ewiger Menschenrechte von der kolonialen Unwürdigkeit der deutschen Nation mit Entrüstung zu reden. Kriegsschuldthese, Kolonialschuldlüge und koloniale Unwürdigkeitserklärung traten vergiftend gegen Deutschland in das Leben der Völker. Wenn auch, wie Herr Smuts sich ausdrückte, die „Leistung von ungeheurem Wert", die Zertrümmerung des deutschen Kolonialreiches auf der Friedenskonferenz nicht nur nicht gefährdet, sondern vielmehr gesichert und vollendet werden konnte — die Feindmächte fürchteten die Deutschen, in einem unbändigen Vernichtungswillen befangen, der sich auf alle nur denkbaren Machtmittel stützte, nicht mehr — so hielten sie es aber dennoch für geboten und ratsam, zur völligen Beruhigung und absoluten Beeinflussung der Weltmeinung die Kolonialschuldlüge zur Rechtfertigung für den Kolonialraub zu erfinden und zu verbreiten. Die Auswirkung der Kolonialschuldlüge ist für Deutschlands Ehre unmittelbar verhängnisvoll geworden. Wenn die Kolonialschuldlüge auch späterhin bis zu einem gewissen Grade von den offiziellen Vertretern der Feindmächte fallen gelassen wurde, zur Wiedergutmachung des aus ihr hergeleiteten Unrechtes haben sich die Regierungen der westlichen Demokratien leider nicht entschließen können. Es ist also für das Buch: „Kampf um

deutsche Kolonien" selbstverständliche Aufgabe, den Kampf gegen die koloniale Unwürdigkeitserklärung Deutschlands erneut aufzurollen. Daß führende deutsche Staatsmänner die fundamentale Wichtigkeit dieses Kampfes erkannten, geht aus ihren zahlreichen Äußerungen hervor. Unter anderem betonte Reichsminister Dr. Frick mit bezeichnender Deutlichkeit: „Vor allem gilt es, diese schamlose Kolonialschuldlüge, die nur zur Bemäntelung eines beutegierigen Raubzuges auf unsere blühenden Kolonien diente, zu brandmarken und unseren daraus folgenden gerechten Anspruch auf Wiedergutmachung des uns angetanen Unrechtes so lange geltend zu machen, bis er sich durchgesetzt hat." Die Kolonialschuldlüge also für alle Zeit zu zerschlagen bedeutet zugleich, besonders für ihre eigentlichen Väter, die Aufhebung der im Versailler Diktat ausgesprochenen kolonialen Entrechtung Deutschlands. Folgerichtig sind durch die Unterzeichner des Vertrages von Versailles der, mit den Mitteln der Gewalt, von dem deutschen Volk erpreßte Verzicht auf koloniale Betätigung in eigenen Kolonien auszulöschen und die geraubten deutschen Überseebesitzungen zurückzugeben. Versailles hat in fast allen anderen Punkten aufgehört zu bestehen; es wird zu erweisen sein, daß Versailles, soweit es den Raub der deutschen Kolonien brachte, kein Vertrag für die Ewigkeit ist.

Wenn die „United Empire" bereits im Jahre 1914 bekennen mußte: „Die deutsche Kolonialpolitik ist eine Arbeit von nur 30 Jahren. Es ist die fabelhafte Leistung eines großen Volkes!", so ist es für mich ein Vergnügen, der aus dem Mutterboden der englischen Politik hervorgegangenen Kolonialschuldlüge die deutsche Kolonialgeschichte mit ihren politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und nicht zuletzt kulturellen Großtaten entgegenzustellen. Allein schon die einfache Gegenüberstellung von konstruierter Kolonialschuldlüge und den Tatsachen deutscher Kolonialgeschichte, den Erfolgen deutscher kolonisatorischer Tätigkeit verurteilt den Raub der deutschen Kolonien als niedrigsten Rechtsbruch an dem, durch Versprechungen und heimtückische Irreführung vertrauensselig und wehrlos gemachten deutschen Volk. Die Deutschen haben zu allen Zeiten, und das nicht nur in den eigenen, im Verhältnis zum Besitz der übrigen Kolonialmächte bescheidenen Kolonien, sondern fast im ganzen Erdraum eindeutig genug bewiesen, daß sie zu Kolonisatoren geboren, zu kolonisatorischer Betätigung im höchsten Maße befähigt sind. Schon aus dem natürlichen Stolz auf ihre kolonisatorische Tätigkeit und ihre Erfolge heraus hätte die deutsche Nation niemals auf das Recht zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten in tropischen und subtropischen Gebieten verzichten können. Darüber hinaus ist die Kolonialfrage

für die großdeutsche Nation zu einer brennenden Frage der nationalen Ehre geworden! Deshalb hat der englische Schatzkanzler, der zwar an sich in vernünftiger Einsicht Deutschlands Forderung auf kolonialen Besitz anerkennt, vollkommen unrecht, wenn er verkündet: „Deutschlands Forderung auf Kolonialmandate kann nicht länger abgewiesen werden. Der Weltfriede erfordert eine gerechte Lösung des Kolonialproblems." Für Deutschland gibt es hinsichtlich seiner geraubten Kolonien keine „Forderung auf eine Erteilung von Kolonialmandaten"! Für Deutschland kann es nur die Forderung nach der Wiedergutmachung eines offensichtlichen Unrechtes geben. Diese Wiedergutmachung kann nur geschehen durch die bedingungslose Rückgabe der Kolonien. Kompromißlösungen sind für den Ehrenstandpunkt der großdeutschen Nation nicht tragbar. Das koloniale Unrecht kann niemals durch die „gnädige Gewährung von Kolonialmandaten" ausgeglichen werden. Die kompromißlose Rückgabe der geraubten Kolonien mag zwar für die Kreise, die ihren Raub mit allem Eifer und unter Anwendung aller Mittel betrieben und zu Versailles im Jahre 1919 vollendet haben, eine unfaßbare Forderung der deutschen Nation sein, sie entspricht aber dem deutschen Kolonialziel, dem deutschen Kolonialwillen, sie entspricht der Forderung des englischen Schatzkanzlers Philipp Snowden nach „der Sicherung des Weltfriedens durch eine vernünftige Lösung des Kolonialproblems", sie entspricht somit bereits dem Interesse Europas, ja der ganzen Welt, sie entspricht aber vor allem den unabänderlichen Gesetzen der Vernunft, der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Ehre.

Nur Unvernunft und Wahnsinn können auf die Dauer den fragwürdigen Versuch unternehmen, das lebenstüchtige Volk der Deutschen aus der Reihe der kolonisatorisch tätigen Völker fernzuhalten.

Der Wille des deutschen Volkes zur Zurückgewinnung seiner Kolonien ist unwandelbar und stellt einen unabtrennbaren Teil seines gesamten Lebenswillens dar. „Volk ohne Raum." — „Volk ohne ausreichende Siedelungsgebiete für seine unternehmungslustige Jugend, für seinen Bevölkerungsüberschuß!" — „Volk, das sich nur unter Anspannung seiner äußersten Kräfte und durch vollkommene Ausnutzung der heimatlichen Erde aus dieser ernähren kann!" — „Volk ohne ausreichende Gebiete zur Gewinnung unentbehrlicher Rohstoffe!" — „Volk, das unter willkürlicher Einschränkung seiner Absatzgebiete schwer leidet!" — Dieses alles sind Probleme, die zu ihrer Lösung den gesamten Lebenswillen des deutschen Volkes bis an seine äußerste Grenze anspannen, die aber zugleich ihre Lösung nach den Geboten einer weise ordnenden Vernunft und höheren Einsicht durch eine gerechte

Verteilung der tropischen und subtropischen Gebiete erheischen. Damit muß die Stunde näherrücken, in der die Ungerechtigkeit in der Verteilung, besonders auch des afrikanischen Siedelungsraumes, ausgelöscht und abgelöst werden wird von einer vollkommenen Gleichberechtigung aller kolonisatorisch befähigten und tätigen europäischen Völker zu schöpferischer, kolonisatorischer Arbeit. An dieser Arbeit, an der kolonisatorischen Erschließung der Erde verlangt mit gleichem Recht das deutsche Volk seinen Anteil durch die alsbaldige Zurückgabe seiner Kolonien, es verlangt diese Zurückgabe um so mehr, als sie zugleich im Interesse einer vernünftigen gesamteuropäischen Kolonialpolitik liegt.

„Kampf um deutsche Kolonien." — Der Aufklärung des deutschen Menschen will dieses Buch dienen. Die Weckung und geistige Fundamentierung des kolonialen Gedankens und Willens strebt dieses Buch an. Dem deutschen Glauben an die nahe Stunde der Entscheidung über die deutschen kolonialen Forderungen will dieses Buch Auftrieb geben. Über all das hinaus aber will es die Meinung der Welt formen und überzeugen; es führt der Welt abermals das Unrecht vor Augen, das der deutschen Nation zu Versailles in der Frage seiner Kolonien angetan wurde, und zeigt damit die unabwendbare Pflicht auf zur Wiedergutmachung. — Darum wurde dieses Buch geschrieben: „Kampf um deutsche Kolonien!"

Dresden, im Mai 1939.

Max Richard Mothes.

Dresden, den 8. Mai 1939.

In seinem Buche „Kampf um deutsche Kolonien" hat der welterfahrene Verfasser mit größtem Verständnis und bewundernswertem Fleiße alle Handlungen und Äußerungen unserer Gegner, die das Versailler Diktat als berechtigt erscheinen lassen sollen, zusammengetragen und beleuchtet. Er zerpflückt sie und stellt erneut unter Beweis, daß lediglich böser Wille uns das Recht auf unsere Kolonien vorenthält.

Wenn auch vereinzelte Stimmen aus dem Auslande einiges Verständnis für unsere verletzte Ehre und die unsere Wirtschaft schwer belastenden Folgen des Raubes der Kolonien aufbringen, so ist doch bislang von unseren Gegnern nichts geschehen, um das uns zugefügte Unrecht wieder gut zu machen. Es bleibt uns also nur der Kampf, zunächst in Wort und Schrift. „Der Kampf um deutsche Kolonien" ruft dazu auf. Möge dies Buch daher weiteste Verbreitung finden und dazu beitragen, daß es uns bald möglich wird, unsere Rohstoffquellen auszuschöpfen und unsere vereinsamten Kriegergräber zu pflegen.

Heister
Generalleutnant a. D.

Der Weg nach Versailles.

Das Jahr der Not, das Jahr Neunzehnhundertsiebzehn! — Auf die kämpfenden Fronten sinkt mit unerbittlich lähmender Gewalt ein Winter von ungewöhnlicher Härte herab. Schnee, Eis und Frost bedecken die Schlachtfelder. Die kämpfenden Armeen graben sich tiefer in die wärmende Erde, aber die Kälte gräbt ihnen nach. So leiden sie eine grausame Not. Es ist nicht so sehr der immer und überall wartende Tod, und es ist nicht die Gefahr, die den deutschen Menschen schrecken, der in den vordersten Linien gegen eine Welt bestehen muß, es sind vielmehr die leibliche Not und der Mangel, die Ängste in seiner Seele erstehen lassen. Es ist gerade in diesem unerbittlich harten Winter allzu offensichtlich geworden, daß die Versorgung der kämpfenden Armee wachsende Schwierigkeiten bereitet. Der Mangel geht als schreckendes Gespenst durch die deutschen Linien. Dazu sind die Verluste des Jahres 1917 an der deutschen Westfront besonders schmerzlich. Die Gefechtsstärken der einzelnen Verbände sinken oft genug bereits auf einen bedenklich stimmenden Stand herab. Dafür aber sind Etappe, Lazarette und Heimatgarnisonen überfüllt. Die Heimat selbst ist zu einer gegen den Hunger ringenden Front geworden. Der Winter steht als schreckliche Drohung vor leidenden Greisen, Frauen und Kindern. Die Blockade wirkt sich aus. England errechnet aus der stetig steigenden Sterblichkeitsziffer in Deutschland den Endsieg. Vergeblich wehren sich Greise, Kinder und Frauen gegen die würgende Gewalt des Hungers. Der Tod von Millionen Unschuldiger, das ist Englands Sieg im Winter 1917.

Bei den Mittelmächten mehren sich zudem die Verfallserscheinungen. Staatsfeindliche Elemente wagen sich immer offener aus ihren Schlupfwinkeln heraus und treiben mit einer heimtückischen Propaganda Keil um Keil in den Widerstandswillen; seine systematische Unterwühlung und Zersetzung ist ihr Ziel, ihr hochverräterisches Werk. Die Dittmann, Breitscheid,

Landsberg, Liebknecht, Luxemburg und Genossen führen im deutschen Vaterland das Wort. Als Entwurzelte oder Fremdrassige kennen sie nur ein Ziel für ihr unheilvolles Wesen: „Wir werden dafür sorgen, daß die deutschen Armeen nicht siegreich heimkehren!" Der Jude Rathenau wird dem hungernden deutschen Volk als der große Heilsbringer angepriesen und Erzberger geistert mit übergroßer Geschäftigkeit durch die politisch sich gebärdenden Salons der Reichshauptstadt. Die Ebert und Scheidemänner reden im Reichstag, in den Landtagen, in Kommissionen und Ausschüssen, in politischen Klubs und sozialistischen Versammlungen über Kriegsziele und Kriegsende und erschweren der politischen Führung des Reiches klarlinige Entschlüsse, erschweren aber vor allen Dingen der Obersten Heeresleitung die Durchführung dringendster Maßnahmen. Sozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten schleudern das Wort „Munitionsarbeiterstreik" immer lauter und herausfordernder in die ausgebrochenen politischen Debatten. Mit der Methode geschulter Erpresser jonglieren die linksgerichteten Parteien mit Streikandrohungen. In die Arbeiterquartiere, in die Quartiere der „unabkömmlich Reklamierten" wird bewußt eine gärende, wühlende Erregung getragen, so daß Überraschungen zu jeder Stunde eintreten können. Die Staatsführung findet in unbegreiflicher Schwäche und Langmut nicht die eiserne Entschlußkraft, durch härteste Maßnahmen mit sofortiger, unmittelbarer Wirksamkeit einzugreifen. Unheilbotschaften finden aus den deutschen Kriegshäfen den Weg in das Binnenland. Meutereien in der Kriegsflotte! Zunächst werden diese Gerüchte ungläubig aufgenommen. Aber mit verdächtiger Gleichmäßigkeit und immer mehr verstärkter Form wiederholen sich diese Nachrichten und erzeugen einen tiefen Pessimismus. — Krisenstimmung in der politischen Wilhelmstraße! — Krisenstimmung in den Volksvertretungen! — Krisenstimmung in den Arbeiterquartieren! — Eine ungeheure Tragödie kündet sich in dumpfen Tönen und einem unterirdischen Grollen an.

In den deutschen Großstädten aber herrschen unmittelbar neben der bitterlichsten Not und neben dem Mangel die Mammut-Organisationen der Kriegsgesellschaften, herrschen die Scharen der Kriegsschieber und Kriegsgewinnler. Über Nacht gewonnener Reichtum wird von ihnen angesichts eines hungernden Volkes in einen manchmal an Wahnsinn gemahnenden Luxus umgemünzt. Das Prassertum und der Größenwahn in diesen, zumeist fremdrassischen Kreisen ist ein mahnendes Beispiel menschlicher Niedertracht und Unzulänglichkeit. Die Gemeinheit feiert die wüstesten Orgien zu einer Zeit, da in Schützengräben und Granattrichtern um das belagerte

Deutschland herum die Besten der Nation mit ihrem Leben die Ehre und die Freiheit des Deutschen Reiches und Volkes sichern wollen.

Kriegswinter 1917 zu 1918; eines der heroischsten und tragischsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Nation.

Im Amt des Staatssekretärs des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, mehren sich von Tag zu Tag die Beweise für den unerbittlichen Vernichtungswillen der Feindmächte gegenüber Deutschland. Die Presse der englischen Kriegshetzer und Politiker Lord Northcliffe und Lloyd George tritt immer offener für die völlige Zertrümmerung des deutschen Kolonialbesitzes ein. Mit einer Heimtücke ohnegleichen wird die Kolonialschuldlüge in periodischer Wiederkehr der aufhorchenden Welt serviert. Mit dem Brustton der Entrüstung fordern die Drahtzieher, besonders die im Lager der englischen Imperialisten, die koloniale Unwürdigkeitserklärung Deutschlands. Der Versuch, eine geschlossene Front gegen Deutschland in der Frage der Kolonien zu schaffen, greift in Vergiftungsversuchen der öffentlichen Meinung bereits 1917 auf die neutrale Presse über. Die Urheber sind dieselben Giftköche, die das Zusammenbrauen der Greuelpropaganda gegen den deutschen Frontsoldaten bereits 1914 mit Erfolg besorgten. Die Einkreisung Deutschlands in der kolonialen Frage und damit seine Ausschaltung von jeder kolonialen Betätigung in eigenen Kolonien, das war das sich am Horizont der feindlichen Haß- und Hetzpropaganda immer deutlicher abzeichnende Ziel.

Der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes beschloß, in aller Öffentlichkeit, soweit von einer internationalen Öffentlichkeit bei der Abschließung Deutschlands im Jahre 1917 noch gesprochen werden kann, in einer großen Versammlung führender Persönlichkeiten in den Räumen der Berliner Philharmonie, mit den Vernichtungsaposteln im Feindbundlager eindeutig abzurechnen, eine Bresche in die sich bildende Front zu schlagen. Aus dem tiefsten Wissen und Verständnis für die Großtaten der deutschen Kolonialpioniere, der kurzen deutschen Kolonialgeschichte, des reinen deutschen Kolonialwillens, aus dem Wissen um den heroischen Kampf der deutschen Kolonien, der Marine, der Schutztruppe, der Farmer und Kaufleute und nicht zuletzt der eingeborenen Bevölkerung gegen eine fast unvorstellbare Übermacht, fühlte er, um der Reinheit des deutschen Gewissens willen, für sich die Pflicht unabwendbar werden, für die Wahrheit und die Ehre eine Gasse zu bahnen.

Der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes betritt am 21. Dezember 1917 den überfüllten Philharmonie-Saal. Viele bedeutende Gesichter des neutralen Auslandes sind zu sehen. Die Mienen der Deutschen sind er-

füllt von feierlichem Ernst. Über der Versammlung liegt eine ungeheure Spannung, als der Staatssekretär das Rednerpodium betritt.

Der Staatssekretär des Kolonialamtes des um seine Existenz gegen eine ganze Welt ringenden Deutschen Reiches, Dr. Solf, hat das Wort. Seine Sätze fallen mit großer Klarheit in den Saal. Der Versammlung wird es sofort klar, daß hier im tiefsten Bewußtsein des Rechtes und der Wahrheit die deutsche Ehre verteidigt wird.

„Ein dauerhafter Friede ist das Ziel, das heute die kriegführenden Mächte sowohl als auch die Neutralen auf ihre Fahnen schreiben. Selbst Kriegshetzer, wie Lord Northcliffe und Lloyd George, können sich nur dadurch vor ihren Völkern halten, daß sie als das wahre Ziel ihrer Bestrebungen die Vermeidung künftiger Kriege hinstellen ..."

Dr. Solf nimmt sofort und unmittelbar den Kampf gegen die Front der Diplomaten und Politiker der Feindmächte auf, indem er über Maßnahmen, Möglichkeiten und Grundlagen spricht, die ihm geeignet erscheinen, kommende Kriege zu verhindern, Auseinandersetzungen mit den Mitteln der Gewalt auf den Schlachtfeldern zwischen Völkern, die gleichen Blutes sind, zu vermeiden. Er zeigt mit unantastbarer Folgerichtigkeit die vielfältigen Meinungen und Theorien über diese Bestrebungen zur Befriedung der Welt auf. Enttäuschung will sich in den Gesichtern seiner Hörer verbreiten, denn das alles sind für sie, besonders aber für die Neutralen, Theorien, deren Abwandlung man oft genug bereits sah und hörte. Von dem Kolonialstaatssekretär des Deutschen Reiches erwarteten die Hörer, erwartete die gesamte Öffentlichkeit etwas ganz anderes, erwartete man vor allen Dingen eine sofortige und wirksame Abwehr der im Feindbundlager aufgetretenen und ausgesprochenen Annexionsgelüste auf die deutschen Kolonien.

Mit überraschender Vehemenz bricht der Kolonialstaatssekretär in die feindliche Front ein, indem er das ganze brennende Problem mit einem einzigen Satze aufreißt:

„... aber diese Vorbedingung allein reicht zur Vermeidung künftiger Kriege nicht aus. Selbstbewußte Völker scheuen sich auch nicht vor großen Wagnissen, wenn es um ihre Ehre geht ... Der Friede, der zustande kommt, muß die Aufräumung aller jener Krankheitsherde zuwege bringen, welche die Weltkatastrophe von 1914 möglich gemacht haben. Bei diesem Heilungsprozeß wird die Sicherstellung der kolonialen Zukunft Afrikas eine große Rolle spielen ..."

Den Humanitätsphrasen, besonders der Engländer, setzt Dr. Solf sein gerüttelt Maß an Erfahrung, an Wissen, ja, fast an prophetischer Vorausschau entgegen. Der große Kenner der Entwicklung des kolonialpolitischen Machtkampfes spricht aus ihm. Diese Rede erreicht in ihrer weiten Vorausschau eine einmalige Bedeutung. Sie wirkt in ihrer Wahrhaftigkeit und Wucht sowohl als Anklage wie als Verteidigung erschütternd.

„... Mir liegt nun daran, gleich zu Anfang als Ergebnis meiner Ausführungen vorwegzunehmen, daß das koloniale Problem, wie ich es sehe und wie ich es Ihnen weiter entwickeln werde, unlösbar ist, wenn die Mächte nicht an die Gesamtordnung der Dinge in einem Geiste herantreten, der einen Frieden der Zufriedenstellung, der gerechten Zufriedenstellung schaffen will ..."

„... Die Stellung Afrikas hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in überraschender Weise, in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, gewandelt. Afrika ist nicht mehr der schwarze Erdteil, nicht mehr der unerforschte Kontinent mit einer verwirrenden Fülle von dunklen Möglichkeiten, sondern ist heute ein Vorland Europas, dessen Gegenwartswerte berechenbar sind.

Afrika wird in der Entwicklung des Erdkreises eine Rolle von rasch wachsender Bedeutung spielen. Der steigende Bedarf an Rohmaterialien, bald auch die Sorge um den Absatz von Fabrikaten, werden zu einem verstärkten Wettbewerb um die Erschließung der Hilfsquellen dieses Erdteiles führen ..."

Der Staatssekretär des Deutschen Reiches spricht hier bereits die Gründe und Hintergründe offen aus, die den Feindmächten Veranlassung, Ursache und Rechtfertigung genug sind, um das Kolonialreich der Deutschen zu zerschlagen und aufzuteilen nach den eigenen Interessen und selbstherrlichem Ermessen. Die Konkurrenz des deutschen Fleißes, der deutschen Tüchtigkeit, muß auf allen Märkten ausgeschaltet werden. Stand der räumliche Umfang der deutschen Besitzungen in Afrika auch in gar keinem Verhältnis zu dem Umfang, stand ihr Wert in keinem Verhältnis zu dem ungeheuren Wert der englischen und französischen Besitzungen in Afrika; es genügte allein die Möglichkeit, die Deutschen könnten in der Zukunft abermals „in dem Vorland Europas" festen Fuß fassen, wie sie in der Vergangenheit, dank der Kühnheit deutscher Kaufleute, Forscher, Wissenschaftler, Politiker, dort Fuß gefaßt hatten, einen unbändigen Vernichtungswillen gegen Deutschland und seine Kolonien auszulösen. Die Imperialisten an der Themse und an der Seine dachten dabei keinen Augenblick daran, mit welchen Mitteln die kolonialen Besitzungen in Indien, Asien überhaupt, in der Südsee, in Amerika, in Afrika usw. in einem oftmals phantastischen Ausmaß im Verhältnis zum Mutterland, zu eben diesem Mutterland, geschlagen worden sind; sie denken mit keinem Gedanken daran, daß bei diesem

durch Jahrhunderte währenden Wettlauf um Besitzungen in Übersee die Vernunft leider nicht zu den vorgespannten Pferden gehört hat, daß bei dieser „Verteilung des Erdraumes" von irgendeiner Logik und inneren Berechtigung wirklich keine Rede sein kann.

„... wir sehen Staaten im Besitz von Ländermassen, die das Achtzigfache des Mutterlandes erreichen und von ihnen aus Mangel an Menschen und Mitteln gar nicht entwickelt werden können, wenigstens nicht so, wie die Kulturmenschheit es erwarten muß. Belgien, Frankreich und Portugal sind in einer solchen Lage. England, das in anderen Erdteilen schon ungeheure Gebiete seinem Weltreich eingegliedert hat, hat es verstanden, sich einen bedeutenden, dem französischen Afrika nahekommenden Anteil auch an Afrika zu sichern. Auf der anderen Seite sehen wir Deutsche uns auf erheblich kleinere verstreute Besitzungen beschränkt. Wer einen dauernden Frieden der gerechten Zufriedenstellung anstrebt, kann die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverteilung in Afrika nicht wollen, denn sie entspricht in keiner Weise weder dem kolonisatorischen Können, noch dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen..."

Die ganze tragische Größe des deutschen Kolonialstrebens und des deutschen Kolonialreiches wird in diesen Worten sichtbar. Die ersten deutschen kolonialen Erwerbungen gingen durch die Kurzsichtigkeit der damaligen deutschen Regierungen wieder verloren. Die Genialität Bismarcks erst fand die Tatkraft, dem kolonialen Gedanken in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der Großteil der überseeischen Länder bereits aufgeteilt, so daß für den kolonisatorischen Willen Bismarcks nur noch wirklich bescheidene Möglichkeiten zur Auswirkung blieben. Bis dahin hatten Deutsche, zumeist dem eigenen Mutterland verlorengegangen, für die ganze Welt mit unbeschreiblichem Erfolg kolonisiert. Das beste deutsche Blut hatte sich zu allen Zeiten in den Dienst der anderen Nationen gestellt und ihnen kolonisatorische Erfolge und Siege errungen von unbeschreiblicher Größe und Bedeutung. Die Gesetze von der Erhaltung der Menschen deutschen Blutes, auch über des Reiches Grenzen hinaus, waren leider früheren deutschen Regierungen so ziemlich unbekannt. Sie sahen in einer stark geförderten Auswanderung in fremde, überseeische Besitzungen eine glückliche Abreagierung der durch die beginnende Überbevölkerung entstehenden Enge im heimatlichen Raum. Einmal aber begriffen auch deutsche Regierungen die Notwendigkeit der Kolonisation in eigenen überseeischen Besitzungen. Diese Einsicht kam reichlich spät, denn die übrigen europäischen Mächte hatten bis zu diesem Zeitpunkt, zum großen Teil sogar mit Hilfe von ungezählten, von deutschen Müttern geborenen Söhnen, in den überseeischen Zonen kolonisiert und den Großteil der Länder unter sich aufgeteilt. — So liegt auch über der Forderung des deutschen Kolonialstaatssekretärs der Hauch einer abgründigen Tragik, denn niemals werden die kolonisierenden feindlichen Großmächte die Taten der deutschen Kolonialpioniere in ihren Kolonien und in den Kolonien des Deutschen Reiches als einen stichhaltigen Rechtsgrund gelten lassen, niemals die ungeheure Aufwärtsentwicklung der deutschen Kolonien anerkennen, wenn damit der Nachweis geführt werden sollte zu der Berechtigung des deutschen Volkes auf kolonisatorische Betätigung in womöglich noch ausgedehnterem Maße als vordem in den überseeischen Ländern. Deutschland hat als kolonisierende Großmacht aufgehört zu bestehen; das war der als Gesetz feststehende Entschluß der Feindmächte bereits in dem Augenblick, da Kolonialstaatssekretär Dr. Solf sich in seiner Rede vor deutschen und neutralen Geistern um eine gerechte Lösung der Kolonialfrage abmühte. Wenn er darum also auf neue Möglichkeiten einer gerechten Aufteilung der überseeischen Gebiete zu sprechen kam, wenn er selbst die Theorie von der Selbstbestimmung der farbigen Völker erläuternd und untersuchend heranzog, wenn er sogar auf die englische Theorie von einer gemeinsamen internationalen Verwaltung der kolonialen Besitzungen einging, die sich mit der Gesinnung und Denkungsweise nichtphilanthropischer, also herrschender britischer Kreise nicht im geringsten deckt, so spricht das zwar für seine deutliche deutsche Objektivität und Gründlichkeit; aber es widerspricht der tatsächlichen kolonialpolitischen Absicht der Gegner. Aus den Worten des deutschen Staatssekretärs war denn auch für alle Hörenden die Überzeugung von der Unanwendbarkeit und Nutzlosigkeit solcher Theorien herauszuhören. — Welch ein grotesker Gedanke, welch ein absurder Glaube, die europäischen Mächte könnten in reinster Harmonie, in vollkommener Übereinstimmung ihre überseeischen Besitzungen zu Nutz und Frommen aller verwalten! Selbst in viel unscheinbareren Problemen und ihrer Lösung hatten es die europäischen Nationen zu keiner Übereinstimmung bringen können. Und neideten die Feindmächte den Deutschen nicht ihre kleinen kolonialen Besitzungen? Gaben sie für die Niederzwingung dieser sich wehrenden deutschen Kolonien nicht Unsummen aus? Boten sie nicht zur Zerschmetterung der deutschen Kolonialstreitkräfte Armeen von europäischem Ausmaß auf?

„... So wird man also festhalten müssen an dem bisherigen Grundsatze der Kolonisierung und der Verteilung der Tropen unter die zivilisierten europäischen Staaten..."

Gerade bei den Neutralen hatte die englische Lügenpropaganda gegen Deutschland in der Kolonialfrage bereits weitreichend Wurzel geschlagen, darum gilt dieser Angriff des deutschen Staatssekretärs den Engländern als Kolonisatoren unmittelbar. Die im Saale sitzenden Neutralen verstehen die Bedeutung der Ausführungen des Deutschen, der den englischen Auffassungen von der Eingeborenenbehandlung die hohe ethische deutsche Auffassung des Kolonialgedankens und des Problems der Eingeborenenbehandlung entgegenhält:

„... und doch liegt in der Forderung einer internationalen Kontrolle, ja auch in der grotesken Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen, ein gesunder Grundgedanke, ein Körnchen Wahrheit. Ich möchte das Wort ‚Selbstbestimmungsrecht' etwas umwandeln, ich möchte sagen: Die Eingeborenen haben ein ‚Selbstzweckrecht', sie haben den Anspruch, von den höherentwickelten Rassen jederzeit zugleich als Zweck und nicht bloß als Mittel betrachtet zu werden. Zu dieser kantischen Forderung muß sich heute jede Macht bekennen, die Kolonialpolitik betreiben will ..."

Wie eine rasende, leidenschaftliche Anklage bricht es nunmehr urplötzlich aus dem Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes heraus. Er schildert mit der ganzen Bitterkeit seiner Worte, wie Erde und Mensch in Afrika immer nur Ausbeutungsobjekt waren, wie der krasseste Egoismus bestimmter Interessentengruppen nur darauf warte, den mit dem Kriegsschluß bestimmt eintretenden Hunger nach tropischen Erzeugnissen, nach Rohstoffen usw., durch eine unerhörte Ausbeutung der afrikanischen Besitzungen zu befriedigen und dafür die Preise an den europäischen Börsen in wilder Spekulation selbstherrlich zu bestimmen. Er erhebt, um Spekulanten- und Ausbeutertum vom Werk der überseeischen Kolonisation fernzuhalten, zur obersten Forderung das Vorhandensein und den Nachweis der Befähigung zu kolonisieren bei jeder Nation, der überseeische Gebiete mit ihren Einwohnern anvertraut werden.

„... Diejenigen Länder sollten bei der Verteilung bevorzugt werden, die bewiesen haben, daß sie die Menschheit auch in den Farbigen achten und die Kraft gefunden haben, in diesem Geiste zu leiten und zu organisieren. Den deutschen Ansprüchen stehen starke Widerstände entgegen. Gerade jene Interessentengruppen in England, die am allerleidenschaftlichsten den Ausbeutestandpunkt vertreten, sind rastlos an der Arbeit gewesen, um einen Verleumdungsfeldzug gegen uns zu organisieren und die philanthropische Phrase, hier und da auch ehrliche philanthropische Gesinnung, in ihren Dienst zu stellen. Wir hätten, so heißt es, nach unserer kolonialen Vergangenheit jedes Recht verwirkt, die afrikanischen Stämme nach dem Kriege wieder in unsere Obhut zu nehmen. Pathetisch ruft Lord Robert Cecil: ‚Und wenn wir in irgendeinem Grade erfolgreich sind, würde ich mit Schaudern den Gedanken fassen, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden waren!' ..."

Da haben wir sie also, die durch den englischen Staatsmann, Mitglied der englischen Hocharistokratie und der englischen Regierung, Lord Robert Cecil, offen ausgesprochene Kolonialschuldlüge. Für die englische imperialistische Vernichtungspolitik, wie für die englische Hetzpresse, ist mit diesem Ausspruch des englischen Haßpolitikers Cecil das große Stichwort gegen die Deutschen gefallen. Das große Kesseltreiben kann beginnen! Um die deutsche Nation in ihrem Kolonialstreben für alle Zeiten zu diffamieren, werden alle Register der Verleumdung und Verächtlichmachung, der Lüge und Ehrabschneiderei, gezogen. Der gesamte Propagandafeldzug des englischen Imperiums spielt sich ein, und der Leserwelt der Feindbundstaaten wie der neutralen Länder bleibt kein Schauermärchen über Verfehlungen der Deutschen in ihren Kolonien erspart. Die Stimmung der Völker gegen die Deutschen muß in einem einzigen Sturmlauf erzwungen werden. Die englischen Imperialisten treiben mit diesem politischen Propagandafeldzug Politik auf lange Sicht. Einmal muß der Krieg beendet werden. Einmal müssen Friedensverhandlungen kommen, dann muß man ungestört „diesen verfluchten Deutschen die Taschen bis auf den Grund durchsuchen können", frei nach Lloyd Georges Rezept, seinen Wählern in pathetischer Rede als die Offenbarung höherer Vernunft gegeben. Man wird den Deutschen endlich und für immer ihre Kolonien nehmen, und man wird der aufgeschreckten Welt nur zu wiederholen brauchen: „Die Deutschen sind in ihren Kolonien Schinderknechte gewesen!" ... „Mit Schaudern fasse ich den Gedanken, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden waren." Was gilt es englischen Imperialisten und Politikern, daß diese Verleumdungen Deutschlands in bewußter, böswilliger Unwahrhaftigkeit aufgestellt und mit Hilfe völliger Unwissenheit in der Welt zum Gesetz erhoben worden sind. Die Welt muß es glauben, denn die Erreichung der englisch-allzuenglischen Absicht heiligt das Mittel, selbst das Mittel der politischen Lüge. Lord Robert Cecil sprach mit seiner ungeheuerlichen Behauptung dem gesamten deutschen Volk „nach seiner kolonialen Vergangenheit" jedes Recht ab, koloniale Besitzungen in der Zukunft zu haben, in eigenen Kolonien zu kolonisieren. Lord Robert Cecil ist nicht irgendwer! Lord Robert Cecil sprach seine Beleidigungen des deutschen Volkes und seiner Regierung

aus als Mitglied der Regierung Sr. Majestät des Königs von England, sprach sie aus als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Großbritanniens. Lord Robert Cecil war sich der Tragweite seiner Behauptungen sehr wohl bewußt. Lord Robert Cecil mußte sich von dem Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, am 21. Dezember 1917 in aller Öffentlichkeit der Unsachlichkeit und der Unwahrhaftigkeit zeihen lassen. — Wohl bekennt Dr. Solf freimütig und offen, daß die deutsche koloniale Vergangenheit nicht völlig fleckenlos sei. Fehler sind zweifellos in der deutschen Kolonisierung begangen worden. Aber, und das fragt das ganze deutsche Volk mit innerster Berechtigung, sind die Sündenregister der übrigen kolonisierenden Mächte in ihren Kolonien, ist besonders das Schuldkonto des englischen Weltreiches in seinen überseeischen Besitzungen größer oder kleiner? Läßt sich überhaupt ein Vergleich ziehen zwischen Fehlschlägen, die in Deutschlands Kolonien eingetreten waren, und den ungeheuerlichen Methoden, die von England angewendet worden sind zur „Kolonisierung" seiner überseeischen Besitzungen? Was aber soll es für einen anderen Sinn haben als den der Diffamierung der deutschen Nation, wenn England mit der Geste eines Weltschulmeisters und Pharisäers der deutschen Nation mit unübertrefflicher Ausdauer Fehler nachweist, sich dabei in die Brust wirft und von der eigenen Makellosigkeit schwärmt, obgleich das eigene Schuldkonto jedes andere Schuldkonto um ein Vielfaches übertrifft. Dabei soll an dieser Stelle ununtersucht bleiben, inwieweit nicht überhaupt erst Einflüsse von jenseits der Grenzen der deutschen Kolonien für die längst vor dem Weltkrieg aufgetretenen Mißstände verantwortlich zu machen sind. Muß man englische Politiker erst fragen, ob Deutschland nicht alle Mißstände sofort nach Bekanntwerden durch drakonische Maßnahmen abgestellt und unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel für alle Zukunft unmöglich gemacht hat! Die deutschen Reformbestrebungen, besonders in der Behandlung der eingeborenen Bevölkerung in seinen Kolonien, führten bereits vor 1914 zu beglückenden Ergebnissen. Und sind die deutschen Erfolge, ist das glückhafte Fortschreiten der deutschen kolonisatorischen Bemühungen, sind seine Bemühungen um die Erschließung der afrikanischen Gebiete und Besitzungen nicht auch mit aller Deutlichkeit gerade von den Gegnern Deutschlands anerkannt worden?

„Die deutsche Kolonialpolitik ist eine Arbeit von nur dreißig Jahren. Es ist die fabelhafte Leistung eines großen Volkes!"

Kein kolonialbegeisterter deutscher Literat, kein deutscher Politiker, kein deutscher Wissenschaftler hat dieses Loblied gesungen. Die „United Empire"

erkannte im Jahre 1914 die Reinheit des deutschen Kolonialstrebens mit diesen Worten an.

Was haben Lord Robert Cecil, was haben die glühenden Hasser des Deutschen Reiches, was die leidenschaftlichen Propagandisten der Zertrümmerung des deutschen Kolonialbesitzes zu solchen Anerkennungen, die nicht etwa vereinzelt dastehen, zu sagen? Der Politiker und General der Südafrikanischen Union, Herr Smuts, soll die „United Empire" Lügen strafen, wenn er es kann! Wo aber mit sachlichen Ausführungen nicht das Gegenteil zu beweisen ist, dort hat man in England zu allen Zeiten zu dem sehr bequemen Mittel des Terrors, als der unkompliziertesten Möglichkeit einer Beweisführung gegriffen. Der Kolonialstaatssekretär des Deutschen Kolonialamtes kannte die Methoden der englischen Willensbildung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung sehr genau. Seine Ausführungen treffen deshalb die imperialistischen englischen Hetzapostel mit der ganzen Schärfe, treffen insbesondere den englischen Staassekretär im Auswärtigen Amt Sr. Majestät des Königs.

„... Man wundert sich wirklich, wo der englische Staatssekretär des Auswärtigen Amtes seine Informationen herbezieht. Ist es immer dasselbe Greuelbüro, das ihm das Märchen von der deutschen Leichenverwertungsgesellschaft zur Verfügung gestellt hat und neuerdings das Glanzstück von der geplanten Einführung der Doppelehe in Deutschland. Hat aber Lord Robert Cecil ehrliche Kenner kolonialer Verhältnisse befragt, so sagt er mit Bewußtsein die Unwahrheit!..."

Die Hörerschaft in der Berliner Philharmonie horcht auf. Die anwesenden Neutralen und Nachrichtenagenten sind fiebernde Aufmerksamkeit. Ihnen wird die Tragweite der feindlichen Hetze gegen Deutschland, wird ihre ungeheuerliche Infamie offenbar. Das Vernichtungsziel der Hetzer jenseits der deutschen Reichsgrenzen ist enthüllt, ebenso enthüllt wird nunmehr die Tarnung dieses Zieles durch die philanthropische, moralisierende Phrase. Die Rede des deutschen Politikers und Lenkers des deutschen kolonialen Schicksals steigert sich von nun an zu leidenschaftlicher Rechtfertigung der eigenen kolonialen Vergangenheit und zu ebenso leidenschaftlicher Anklage gegen die anderen kolonisierenden Mächte.

„... Ich habe das Thema der Eingeborenenbehandlung oft mit Gouverneuren der englischen Kolonien besprochen und weiß, wie sie über die deutsche Eingeborenenpolitik denken. Ich will mich im Interesse der Herren Gouverneure enthalten, ihre damaligen Aussagen wiederzugeben, denn es gilt im heutigen England schon fast als Hochverrat, den Feind auch nur vor

dem Krieg einmal gerecht beurteilt zu haben. Nur soviel möchte ich sagen: Die Engländer wissen ganz genau, daß ihre Anklagen gegen unsere koloniale Vergangenheit auf trügerischen Boden gebaut sind, und sie wissen auch, wie viele Zeugen zu unseren Gunsten in England selbst vorhanden sind. Zwar ist es gelungen, diese Zeugen durch einen ungeheuren Terrorismus mundtot zu machen, aber hier und da haben sie sich doch mit einem schüchternen Protest an das Tageslicht gewagt, soweit sie nicht, wie Morel, wegen Wahrheitsagens im Gefängnis sitzen. Aus diesem Grunde hat das englische Propagandabüro neuerdings befohlen, nicht mehr unsere koloniale Vergangenheit, sondern unsere Behandlung der Eingeborenen während des Krieges in den Vordergrund zu stellen. Hier kann sich die Phantasie ungestört austummeln. Wir stehen nicht in Verbindung mit unseren kämpfenden Landsleuten und können sie nicht verteidigen, geschweige denn, daß sie es selbst könnten. Eine ideale Situation für Reuter, um ohne Furcht vor Gegenbeweisen an die Arbeit zu gehen..."

Mit der steigenden Leidenschaftlichkeit der Ausführungen des deutschen Politikers bemächtigt sich der Versammlung eine steigende Erregung. Soweit eine Steigerung dieser Erregung überhaupt noch möglich ist, wird sie durch die Aufzeigung der vielleicht ernstesten Seite des Kolonialproblems in seinem gegenwärtigen Stand herbeigeführt. Mit einem dumpfen unterirdischen Grollen meldet sich eine beginnende Tragödie von erschütternder Wucht und riesenhaftem Ausmaß an.

Weiße — Engländer, Franzosen, Portugiesen — führen Farbige, führen Schwarze, führen afrikanische Eingeborene gegen weiße, deutsche Verteidiger der deutschen Schutzgebiete. Die Deutschen sind in die gefährliche Entscheidung gezwungen, wollen sie nicht von allem Anbeginn der Feindseligkeiten auf verlorenem Posten stehen, wollen sie nicht im ersten Ansturm von einer riesigen Übermacht überrannt und überwältigt werden, den Gegnern auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen und ihre ausgebildeten farbigen Polizeitruppen und Askaris in die Kampfhandlungen einzubeziehen. Wenn sich auch ohne jeden Zwang und ohne alle Gewaltmaßnahmen die Mobilisierung der deutschen Überseebesitzungen vollzieht, wenn sich auch die Eingeborenen mit Begeisterung freiwillig als kämpfende Verteidiger der deutschen Kolonien unter die deutschen Fahnen und unter die deutsche Führung stellen, wenn sie darüber hinaus den Deutschen mit wahrer Selbstaufopferung als Träger dienen, wenn sie die Deutschen mit Lebensmitteln beliefern und oft unter Hintansetzung der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse die Versorgung der kämpfenden deutschen Einheiten sichern helfen,

wenn sie das über Jahre hinaus in rührender menschlicher Treue und Anhänglichkeit an die „verhaßten Deutschen" tun, so liegt darin allein schon der treffendste Gegenbeweis gegen die verlogene Feindbundpropaganda, gegen Northcliffe, Reuter, Lord Robert Cecil und alle übrigen Väter und Verbreiter der Kolonialschuldlüge. Selbst die raffinierteste, hinterhältigste Propaganda und heimtückischste Diffamierung des deutschen Volkes kann damit nicht mehr über die Tatsache und damit riesengroße Schuld der Feindbundmächte hinwegtäuschen, die darin besteht, daß unter Mißachtung aller bestehenden internationalen Verträge und entgegen jeglicher Vernunft, die in den Verträgen zum Gesetz erhobene Neutralisierung der Tropen und tropischen Besitzungen der europäischen Mächte im Falle eines europäischen Krieges, der Krieg von ihnen in die Kolonien getragen wurde. Sie mobilisierten und militarisierten die farbigen Eingeborenen, überfielen die deutschen Kolonien, führten farbige Armeen gegen Europäer und untergruben auf diese Weise das Ansehen der europäischen Völker auf Jahrzehnte hinaus, wenn nicht sogar für alle Zukunft. Die Schuld der Feindbundmächte in dieser Hinsicht ist unwägbar. Die Propaganda der Feindbundmächte aber vergrößerte diese Schuld, indem sie in wütendster Weise die deutschen Verteidiger der Kolonien verleumdete und beleidigte. Es ist heute noch dem deutschen Kolonialstaatssekretär zu danken, daß er bereits am 21. Dezember 1917, also zu einem Zeitpunkt, da vor allen Dingen die Ostafrikaner unter der heldenmütigen Führung Lettow-Vorbecks noch immer unbesiegt dem englischen Imperium und seiner Übermacht an Menschen und Material trotzten, die in den deutschen Schutzgebieten kämpfenden Deutschen und Farbigen mit eindeutigen Worten gegen eine Haß- und Hetzpropaganda ohnegleichen in Schutz nahm und verteidigte.

„...Sicher aber ist das eine: Viele Engländer, die gegen unsere afrikanischen Truppen gekämpft haben, schämen sich, daß man sich nicht scheut, ihren tapferen Gegner mit Schmutz zu bewerfen. Oft ist es ihnen schwer geworden, gegen ihre Kameraden von gestern, gegen ihre Mitarbeiter an einer großen Kulturaufgabe schwarze Armeen führen zu müssen. Ich vertraue, daß die Gestalt des Generals v. Lettow-Vorbeck in den feindlichen Annalen dieses Krieges in ebenso sagenhafter Größe erstehen wird wie in den unsrigen. Wir haben das größte Interesse daran, nach dem Kriege die gesamten Greuelbehauptungen der Engländer einer internationalen Untersuchung und Aufklärung zuzuführen. Aber auch heute dürfen wir nicht stillhalten. Wir sind es unserer kämpfenden Truppe draußen schuldig, ihre Verleumder an den Pranger zu bringen. Wir haben wahrhaft keine Neigung

zur Greuelpropaganda, wir haben uns lange genug vielleicht allzu spröde geweigert, mit unserem Anklagematerial herauszukommen, um nicht mitschuldig zu werden an der entsetzlichen Völkerverhetzung. Heute aber stehe ich nicht an zu erklären, und ich werde für diese Erklärung den Beweis erbringen: Sollte Englands Gesinnung und Praxis in den Kolonien während des Krieges als Kriterium herangezogen werden für sein Recht, noch weiter die Vormundschaft über farbige Völkerschaften zu führen – wohlgemerkt, ich erkenne dieses Kriterium nicht an –, so wäre im Namen der Menschheit zu fordern, daß England seine sämtlichen Kolonien herausgibt und unter internationale Kontrolle stellt. Meine Anklage ruht auf unangreifbarem Grunde. Ich führe nur das an, was englische Untersuchungen selbst festgestellt haben und was als Grundsatz der neuen englischen Kolonialpolitik aus den amtlichen Handlungen während des Krieges selbst hervorgeht..."

Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, reißt mit diesen und den folgenden Ausführungen den Hetzern gegen Deutschland als Kolonialmacht die Maske vom Gesicht. Ihr Heuchlertum wird für aller Augen sichtbar. Mit schonungslosen Worten werden an konkreten Fällen englische Kolonisationsmethoden erläutert. Gegen ihre Grausamkeit verblassen die in den deutschen Kolonien vor dem Kriege vorgekommenen Fehlgriffe und sinken zur Bedeutungslosigkeit herab. In einem späteren Kapitel bei der Behandlung der Kolonialschuldlüge soll diese Anklage erneut, erweitert und vertieft vorgebracht werden, denn die Kolonialschuldlüge muß für alle Zeiten zu Fall gebracht werden. Wir werden nicht umhin können, auch dann mit tiefster Überzeugung die Worte Dr. Solfs zu zitieren:

„...Ich bin mir dessen voll bewußt: mit dieser Gesinnung bei unseren Feinden bleibt der Wunsch und die Hoffnung nach dem gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft, auf die Neuschaffung der verlorenen ideellen Werte eine Utopie..."

Es ist deutsch und immer wieder deutsch gedacht und gehandelt, wenn der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes dem Kampf gegen alle Verleumdungen, den eigenen Gegenanklagen sofort positive Vorschläge zur Behebung der Schwierigkeiten und Übel auf dem Fuße folgen läßt. Die fundamentale Bedeutung und Größe einer gesunden, der menschlichen Vernunft als oberstem Gesetz Rechnung tragenden Kolonialpolitik ersteht in seinen Ausführungen. Mit aller Eindringlichkeit aber wird von Dr. Solf an diesem Vorweihnachtsabend des Kriegsjahres 1917 erklärt, so daß es die neutrale und die feindliche Welt hören muß: Deutschland wird niemals

auf das Recht auf koloniale Betätigung Verzicht leisten, Deutschland wird vielmehr seine ganze Kraft an die Aufgabe der Rückgewinnung der deutschen Kolonien setzen, es fordert darüber hinaus seinen gerechten Anteil an der Lösung der großen Kulturaufgaben in den tropischen und subtropischen Zonen.

„...Afrika wird auch nach dem Weltkrieg in den Händen einer Anzahl europäischer Kolonialmächte bleiben. Die von uns geforderte Neuordnung der Besitzverhältnisse wird aber dafür sorgen, daß die Anteile der einzelnen Mächte ihren wirtschaftlichen Interessen und ihren wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen und Kräften angepaßt sind. Für den ganzen Erdteil, oder wenigstens für die tropischen Gebiete, ist das Vertragssystem auszudehnen und auszubauen, dessen Grundlagen bereits in den Anfängen des neueren kolonialen Zeitalters geschaffen worden sind. Diese Verträge sollen die Beteiligung der Weißen an dem Erschließungswerke in den afrikanischen Kolonien unter gleichen Bedingungen gewährleisten und Grundlinien aufstellen für die gemeinschaftliche Lösung der großen Probleme der kolonialen Verwaltung. Mit allen Mitteln ist dafür zu sorgen, daß die Militarisierung der Eingeborenen von Afrika ferngehalten wird..."

Im Kriegsjahre 1917 war gerade in der englischen Politik und Propaganda dem Deutschen Reich als schwerster Vorwurf dieser gemacht worden: Deutschland will unter allen Umständen Afrika militarisieren, um dort eine absolute Vorherrschaft aufzurichten. Der deutsche Unteroffizier wird der zukünftige Herrscher Afrikas sein! Inspiriert aus Kreisen der hohen englischen Politik, schrieb am 4. Juli 1917 der sattsam bekannte „Manchester Guardian" wider besseres Wissen, lediglich mit der Absicht der Vorbereitung der kolonialen Unwürdigkeitserklärung Deutschlands:

„...Deutsche noch im Amt befindliche Minister haben indirekt noch deutlich genug gesagt, wenn sie Tropisch-Afrika wieder unter Kontrolle hätten, so würden sie daraus einen riesigen Sklavenstaat machen, in welchem Millionen Schwarzer zu Heloten des weißen Mannes gemacht und zu unbesiegbaren Armeen und unermüdlichen Arbeitern gedrillt werden sollten, um Deutschland zum souveränen Herrn der Hilfsquellen des schwarzen Erdteiles zu machen..."

Wer, so muß man die Herren Inspiratoren des „Manchester Guardian" fragen, hat in Afrika Eingeborene militarisiert? – War es Deutschland, als es in drückender Todesnot zum Schutze seiner Kolonien die Dienste seiner farbigen Polizeitruppe, seiner Askaris gegen eine ungeheure zahlenmäßige und materielle Übermacht in Anspruch genommen hat? Waren es England,

Frankreich, Portugal und Belgien, als sie riesige farbige Armeen unter weißer Führung dem deutschen Häuflein entgegenstellten? Die Anwendung der Moral und der Humanität als verpflichtenden Gesetzen wird eben nur für die Deutschen gefordert, für den eigenen Hausgebrauch sollen sie aber ausgeschaltet bleiben. Also gilt die Phrase von der Menschlichkeit einzig und allein nur als Mittel zur Diffamierung der deutschen Nation. – Wie aber sehen nun die verdächtigen deutschen Minister die Kolonisationsaufgaben der europäischen Völker in Afrika, unter welchen Gesichtspunkten wollen sie für ihr Vaterland den gerechten Anteil an der Erschließung des schwarzen Erdteiles sichern?

„... Gelingt es, diese Forderungen zu verwirklichen, so sind die Voraussetzungen für eine glückliche Entwicklung Afrikas und seiner Bewohner in den kommenden Jahrzehnten vorhanden. Dann können und werden die besten Kräfte Europas mit der Gewähr des Gelingens an die der Kulturmenschheit gestellte große Aufgabe herangehen. Dann werden die einzelnen Stämme Afrikas, die durch Jahrtausende im Schatten der Geschichte vegetiert haben, in geduldiger Erziehungsarbeit dem Lichte unserer Gesittung und unserer materiellen Kultur entgegengeführt werden. Dann werden die noch schlummernden ökonomischen Schätze der überreichen Länder nach den Methoden europäischer Wissenschaft, Technik und Organisation gehoben werden zum Segen der einheimischen Bevölkerung, zum Segen auch der übrigen Welt. Dann erst wird Afrika erstehen als ein vollwertiger Teil des Erdkreises! Wir Deutsche aber fühlen uns berufen, ein gutes Stück Arbeit an dieser gewaltigen Aufgabe auf uns zu nehmen!..."

Der Abend des 21. Dezember 1917 bringt also mit dieser außerordentlich eindeutigen Rede des Staatssekretärs des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, die erste große Abwehraktion gegen den Verleumdungsfeldzug der Feindbunddiplomatie und der feindlichen Presse, angezettelt zum Zwecke der moralischen Vernichtung Deutschlands als Kolonialmacht. Die Rede des Staatssekretärs bedeutet zugleich eine, wenn auch nur vorläufige Rechtfertigung der deutschen Kolonialpolitik vor dem eigenen Volk und vor der Welt, sie bedeutet die Abwehr eines heimtückischen Angriffes auf die Ehre der Nation durch den mit offenem Visier und den Kampfmitteln der Vernunft und Wahrheit vorgetragenen Gegenangriff. Den mit der Humanitätsphrase getarnten Vormachtsansprüchen englischer Imperialisten wurde die Tarnung abgerissen und den Annexionsgelüsten bei den Feindmächten das klare deutsche Recht auf kolonialen Besitz und die Mitarbeit an der Lösung der großen Kolonisationsaufgaben der Menschheit entgegengestellt. Die

Ehre der in den deutschen Kolonien noch immer unbesiegt Kämpfenden wird wiederhergestellt und gegen eine Schlammflut von Lüge und Verleumdung verteidigt und gesichert. Es werden von dem deutschen Kolonialstaatssekretär über Klage und Anklage hinaus Wege aufgezeigt zu einer gesunden und dauerhaften Lösung der Kolonialprobleme überhaupt. Deutschland bekundete am 21. Dezember 1917 in der Philharmonie zu Berlin durch den Mund seines Staatssekretärs die Reinheit seiner kolonialen Absichten, zugleich aber auch sein unantastbares Recht auf seinen kolonialen Besitz.

Ganz gewiß klingen in den Ohren der englischen Politiker und interessierten Imperialisten die Ausführungen des deutschen Staatssekretärs nicht sonderlich angenehm. Sie sind über alle seine Ausführungen glänzend unterrichtet worden. Ihr Wille an Einsicht aber bleibt nach wie vor aus. Unerbittlich und von größter Leidenschaftlichkeit ist vielmehr ihr Wille zur Zerschmetterung des deutschen Kolonialreiches und zu einer endgültigen Einverleibung möglichst großer Teile in den Besitz des Britischen Imperiums. Englands Kolonialkarte mußte aus diesem härtesten aller Kriege vorteilhaft erweitert hervorgehen. Dieses Ziel ließ für die englische Politik jedes Mittel als erwünscht erscheinen.

Der Politiker und Soldat der Südafrikanischen Union, der General Smuts, tut sich in Reden und Berichten über das Schicksal des deutschen Kolonialreiches ganz besonders im annexionistischen Sinne hervor. Sein Annexionswille grenzt in seiner Unersättlichkeit an krasseste Habgier. Er und besonders auch der englische Diktator der öffentlichen Meinung, Northcliffe, Lloyd George und Lord Robert Cecil geben nach der Rede des deutschen Kolonialstaatssekretärs der Presse des Britischen Weltreiches den Befehl und das brennende Signal zur systematischen Bearbeitung und Vergiftung der öffentlichen Meinung der englischen und übrigen Welt. Es darf kein Tag mehr vergehen, der nicht für den Verleumdungskrieg wenigstens einen Sieg bringt. Deutschlands kolonialer Wille und sein kolonisatorisches Streben müssen der Welt als Verbrechen dargestellt und glaubhaft gemacht werden. So formen sich Kriegsschuldlüge und Kolonialschuldlüge zu einem unteilbaren Argumentekomplex gegen das ringende Deutschland, so spielt sich England immer mehr in die erstrebte Rolle eines Weltstaatsanwaltes hinein.

Kabel und Funk stehen der britischen Propaganda, stehen damit dem Vernichtungsziel im vollsten Umfang zur Verfügung. Die materielle Unterstützung dieser Haß- und Hetzpropaganda unterstreicht in ihrem bisher unbekannten Ausmaß ganz besonders die Unerbittlichkeit des Vernichtungs-

willens. Mit einem phantastischen Hochdruck arbeiten ganz im Willen ihrer Inspiratoren die größten Nachrichtenbüros der Welt, beheimatet an der Themse und an der Seine. Zur Vorbereitung des Weges nach Versailles läßt sich englische Politik und Propaganda die Beeinflussung der überseeischen Welt, Amerikas, mit peinlichster Genauigkeit angelegen sein. So wird ein feinmaschiges Netz diffamierender Nachrichten über die deutschen Absichten, über das deutsche Kolonialstreben über die ganze Welt gezogen. Was kümmert es seine Hersteller, daß jeder Netzknoten eine Lüge ist. Der Zweck heiligt das Mittel! Die öffentliche Meinung der Welt wird in ein undurchdringbares Gestrüpp von Nachrichten gelockt.

Ist es ein Wunder, daß die Stimmen der deutschen Staatsmänner, der deutschen Gegenpropaganda nicht mehr durch diesen Wald der Unwahrhaftigkeit hindurchdringen? Geschieht es aber dennoch, so arbeitet die feindliche Presse, so bemühen sich die Politiker der Feindbundmächte mit Verdächtigungen und Verfälschungen. Deutschlands Blockierung ist auch in diesem Sinne vollkommen!

Der Kolonialstaatssekretär des Deutschen Reiches, Dr. Solf, hatte in einer anderen Rede im Herbst 1917 in Leipzig sich mit der Zukunft des kolonialen Gedankens für Deutschland und alle anderen europäischen Völker richtungweisend auseinandergesetzt und dabei in außerordentlich scharfen, eindeutigen Worten jede Militarisierung der farbigen Eingeborenen unter allen Umständen, als für die Erfüllung der großen Aufgaben der Kolonisierung verhängnisvoll abgelehnt. Diese Rede war in der Welt auf dem Umweg über die Neutralen gehört und verstanden worden. Der englischen Presse, besonders dem sattsam bekannten „Manchester Guardian", gelang aber trotzdem das Taschenspielerkunststück, diese eindeutige Rede umzufälschen in das absolute Gegenteil. Das Gesetz der Wiederholung, von der englischen Presse mit großer Virtuosität gehandhabt, erzielte seine sichere Wirkung. Der ursprünglich günstige Eindruck der Rede Dr. Solfs verblaßte zugunsten des englischen, imperialistischen Standpunktes.

Humanitätsphrasen, Menschheitsbeglückungsideen, Demonstrationen philanthropischer Überzeugungen, Heilslehren haben in der englischsprechenden Welt, besonders aber jenseits des Ozeans, zu allen Zeiten ihre gläubigen Hörer, ihre fanatischen Vertreter und gerissenen Verbreiter gehabt. Englands überseeische Propaganda gegen Deutschland wird mit bewundertswertem Geschick auf diese Melodien abgestimmt.

Die Welt ist in größter Gefahr!

Die Ideale der Menschheit sollen von diesen Deutschen zertreten werden!

Die weiße und farbige Bevölkerung der Erde soll im Falle eines Sieges auf den Schlachtfeldern von dem Volk der Deutschen all ihrer ewigen Rechte beraubt werden!

Riesenarmeen zur Unterdrückung der übrigen Welt wollen die Deutschen aus den Farbigen machen!

Das alte, zu Beginn des Krieges mit durchschlagendem Erfolg erprobte Rezept der Greuelgeschichten kommt wieder zur Anwendung. Mit blutrünstigen Geschichten, denen für das unvoreingenommene Auge sofort erkennbar die Unwahrhaftigkeit anzusehen ist, werden die überseeischen Völker geradezu überschüttet. Deutsche Kriegsziele, weder von deutschen Militärs noch Staatsmännern jemals erwogen, werden zur Charakterisierung der unersättlichen imperialistischen Gier des Deutsches Reiches in die betreten aufhorchende Welt hinausposaunt. Mit dem Brustton der Überzeugung des ehrenhaften Biedermannes, mit der rasenden Leidenschaftlichkeit von Weltbeglückungsaposteln wird das neue Schlagwort des Vernichtungswillens und seiner Vertreter zur religiösen These erhoben: „Kreuzzug im Namen der Menschheit und ihrer ewigen Rechte gegen das rasende Volk der Deutschen!" Die Zeit der überseeischen Manifeste rückt immer näher. Auch aus ihnen wird nichts anderes als Scheinheiligkeit, Lüge und Heuchelei wuchern.

Die geistige Isolierung des Volkes der Deutschen schließt sich als eherner Ring fester um seines Reiches Grenzen.

Dasselbe Ziel, welches die Feindbundpropaganda in allen Erdkreisen verfolgt, nämlich die moralische Vernichtung der deutschen Nation, dasselbe Ziel wird in Deutschland selbst von dem Nachrichtendienst der Feindbundmächte erstrebt. Er arbeitet mit unglaublicher Präzision. Es ist das große Geheimnis und der unabschätzbare Vorteil für das weltpolitisch erfolgreiche Arbeiten der englischen Politik und Diplomatie, daß sie zu allen Zeiten vom englischen Nachrichtendienst in hervorragender und weitausschauender Weise unterrichtet wird.

So wird die Not der Mittelmächte, so wird die deutsche Not den feindlichen Kabinetten in fast allen Einzelheiten bekannt. Dazu kommt, daß das geschäftige, unwahrhaftige Wesen deutscher und österreichischer Diplomaten und Politiker vom Schlage der Erzberger und Czernin den politischen und militärischen Abwehrkampf der Mittelmächte erschweren, komplizieren und durch unklugste Geschwätzigkeit die politische Stellung des Gegners nur stärken.

Muß der Haß und der Vernichtungswille bei den Feindmächten durch

diese politischen Schwächlinge und ihr Handeln nicht Stärkung und beträchtlichen Auftrieb erhalten!

Dreißig Millionen Deutsche sind dem französischen Tiger zuviel auf dieser Erde. Auf den Weltmärkten ist für Lloyd George die deutsche Tüchtigkeit eine unerträgliche Konkurrenz. Die deutschen Kolonien ermöglichen, geht ihre Aufwärtsentwicklung weiter, den Deutschen wirtschaftliche Taten von noch unbekannter Bedeutung und Größe. Das bekannte Schreckgespenst der deutschen Invasion und Expansion geistert in den Feindbundkabinetten. Grund genug, abermals das Geschäft der Minenlegerei gegen diese Deutschen in der ganzen Welt zu betreiben.

Alles, was auch nur entfernt an Deutschland erinnert, wird geächtet und, soweit es sich um Träger deutschen Blutes handelt, als vogelfrei erklärt. Die Verfolgungen nehmen oftmals phantastische Formen an. Der durch die Lüge aufgepeitschte Haß feiert Orgien. Die Leidenschaften der verhetzten Völker toben sich in unvorstellbaren Grausamkeiten und Brutalitäten aus. In englischen und überseeischen Internierungslagern leiden ungezählte Deutsche grausamstes Unrecht, nur weil sie einen deutschen Vater und eine deutsche Mutter hatten. Scheußlichkeiten, die niemals von Deutschen begangen worden sind, wurden an Kriegs- und Zivilgefangenen von den Feindmächten und ihren Organen begangen. Dieselben Scheußlichkeiten dienen der Feindbundpropaganda zur Verächtlichmachung des deutschen Kolonialstrebens, müssen in ihrer sadistischen Ausschmückung ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung der Welt tun. So allein kann die Feindbundpolitik die beabsichtigte Zerschlagung des deutschen Kolonialreiches rechtfertigen.

Als besonders fanatischer Prediger des Vernichtungswillens offenbart und etabliert sich der englisch-südafrikanische General Smuts. Ein Abkömmling aus altem burischem Blut, hat er alle Schmach und alles Unrecht, das England dem Volk der Buren angetan, mit einer verdächtigen Gründlichkeit vergessen, vergessen hat er die Tragödie der Leiden burischer Frauen, Mütter, Mägde in englischen Konzentrationslagern, vergessen ihr erschütterndes Sterben. Ziel und Inhalt seines Lebens wird dafür die Vernichtung des deutschen Kolonialreiches. Würdig stellt sich dieser General aus burischem Blut, der zu seinen Ruhmestaten die „siegreiche Eroberung" Deutsch-Südwestafrikas und die Bekämpfung Lettow-Vorbecks zählt, mit dem frischen Lorbeer um die nicht sonderlich hohe Stirn an die Seite Lloyd Georges, George Clemenceaus, Poincarés, an die Seite eines Sir Edward Carsen, der die Zertrümmerung der deutschen Industrie predigte, an die

Seite eines Kitchener und eines Winston Churchill. Die Front der Imperialisten an Themse und Seine schloß sich fester, lückenloser.

General Smuts tat sich mit der „Eroberung" der deutschen Kolonien für die Südafrikanische Union verteufelt hart. Gegen ein Häuflein Versprengter, von der Heimat und allen Verbindungen Abgeschnittener, ganz auf sich selbst und auf die Treue der Eingeborenen Angewiesener ließ er gemeinsam mit seinen anderen Generalen, Kameraden aus zumeist ebenfalls burischem Blut, eine Streitmacht aufmarschieren, ausgerüstet mit allen Mitteln einer modernen Kriegführung, zahlenmäßig um das Vielfache überlegen. Und dennoch ließ er sich den Lorbeer des „Siegers" um die Stirne flechten. Dabei kümmerte es ihn wenig, daß Lettow-Vorbeck und seine tapferen Scharen vollkommen unbesiegt noch immer gegen seine Armeen im Felde standen und mehr als einmal noch siegreich aus Gefechten hervorgehen sollten. Blieb er der „ruhmgekrönte Sieger" der afrikanischen Kolonialkämpfe, ließ er sich als solchen feiern, sein Ehrgeiz war dennoch unbefriedigt. Er träumte von größeren Erfolgen. Ihm genügte die „Eroberung" der deutschen Kolonien nicht. Ihm ging es um mehr. Sein Haß gegen Deutschland verlangte mit äußerster Konsequenz die vollständige koloniale Enteignung des Deutschen Reiches. Er trägt deshalb in aller Offenheit der englischen Welt sein Aufteilungsprogramm für die deutschen Überseebesitzungen bereits im Jahre 1917 vor. Es ist die einfache Annexion aller deutschen Überseebesitzungen in allererster Linie selbstverständlich durch England und seine Dominien, es ist also das Programm der englischen Imperialisten. Wie für alle englischen Imperialisten, hat auch für diesen General der Südafrikanischen Union nur das Britentum allein das verbriefte Recht, in Afrika in großem Umfange zu kolonisieren. England hat für ihn schon dank des bisherigen Umfanges seiner kolonialen Besitzungen ein unantastbares und unzweifelhaftes Primat. Die Interessen Englands in Afrika sind für ihn so groß, daß er es als selbstverständlich ansieht, daß alle anderen europäischen Nationen vor der Vitalität dieser Interessen auf den Knien in Hochachtung zu ersterben haben. Dabei übersieht Herr Smuts geflissentlich, daß beispielsweise der Bundesgenosse Großbritanniens jenseits des Kanals, daß Frankreich in Afrika immerhin Besitzungen und also Interessen hat, die rein raummäßig nicht unwesentlich größer sind als diejenigen des Britischen Weltreiches. Es ist für Herrn Smuts bereits im Jahre 1917 eine feststehende Unabwendbarkeit, daß die „Sicherung des Britischen Weltreiches" die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes und seine Annektierung durch die Verbündeten diktatorisch fordert. So muß man also ein-

mal diese Forderungen anmelden und klar und offen, also ohne alle Hemmungen, aussprechen. – Deutschland muß dem General Smuts heute noch dankbar sein dafür, daß er ohne alle Maskierung seine und der englischen Kolonialeroberungspolitiker Annexionsforderung bereits im Kriege, also im Jahre 1917, ausspricht; er zeigt damit der gesamten Welt eines der Kriegsziele der englischen Imperialisten auf.

General Smuts spricht vor den Mitgliedern der Geographischen Gesellschaft zu London. Er findet ein außerordentlich aufnahmefähiges und besonders auch willfähriges Auditorium für seine Doktrinen. Vor ihm sitzen die Vertreter der hohen englischen Politik, sitzen zahlreiche Diplomaten, sitzt die Wissenschaft, sitzt der erlauchteste Kreis der englischen Gesellschaft, sitzen die Deutschlandhasser, sitzen Neutrale, sitzt aber zugleich dank der Berichterstattung der englischen Presse die gesamte europäische und überseeische Welt.

Das ganze Rüstzeug der Scheinheiligkeit, der moralischen Argumente und sittlichen Beweisführung für die Unfähigkeit und Böswilligkeit, für die Grausamkeit und Brutalität der deutschen Kolonisatoren, zusammengetragen zur Begründung und Rechtfertigung der englischen Forderung, steht ihm zur Verfügung. Er macht nur bescheidenen Gebrauch davon. Seinem primitiven Sinn sind diese diplomatischen Winkelzüge zu unbequem und kompliziert. Für ihn haben in diesem Augenblick moralische Rechtfertigungen für eine Forderung, die mit den Mitteln der Gewalt sowieso durchgesetzt werden wird, kaum eine tiefere Bedeutung. Er sieht es als Pflicht und Selbstverständlichkeit an, im Namen Englands und seiner Dominien von der Annexion der deutschen Kolonien als von einer bereits vollzogenen Tatsache zu sprechen oder mindestens in dieser Annexion eine demnächst zu vollziehende Tatsache zu sehen. Es ist dennoch fast tragikomisch anzusehen, wie dieser im krassesten englischen Imperialismus wurzelnde Vertreter der Annexionsthese nicht ganz ohne die moralisierende Phrase auskommen kann. Mag die moralisierende Phrase mehr oder weniger ohne eigentliche Absicht in seine Ausführungen sich einschleichen, eine leichte Verschleierung seines von krassester Habgier diktierten und vorgetragenen Strebens wird dadurch herbeigeführt. An sich gibt es für Herrn Smuts in der Kolonialfrage nur ein Denken: die Deutschen sind zur Kolonisierung der afrikanischen Erde nicht gerufen worden. Sie sind dennoch gekommen und haben ihre Besitzungen mit unerhörter Ausdauer zu großer Blüte gebracht. Die aufblühenden Kolonien der ungerufenen Kolonisatoren bilden eine Gefahr für die Sicherheit und den Handel des englischen Weltreiches. Die

deutsche Industrie wird sich dank der Rohstoffbeschaffung aus eigenen kolonialen Besitzungen in weiterem Ansteigen entwickeln, also die hochentwickelte englische Industrie gefährden. Sir Edward Carsen hat recht. Die deutschen Kolonien müssen ihren jetzigen Besitzern entrissen und weitmöglichst in den Besitz des Britischen Weltreiches überführt werden. Das ist für Herrn Smuts wie für Herrn Edward Carsen die einfachste Sache von der Welt. Vernichtung des deutschen Kolonialreiches heißt zugleich auch Vernichtung der deutschen Industrie. Sir Edward Carsen und General Smuts treffen sich auf halbem Wege im Marsch auf das gleiche Ziel. Die Imperialisten des Britischen Weltreiches klatschen Beifall.

Und General Smuts singt ein einziges Loblied von der Schönheit, dem Reichtum und der Pracht der deutschen Kolonien, spricht vor allem anderen von den unvorstellbaren Möglichkeiten, die Deutsch-Ostafrika einer zukünftigen Kolonisierung durch England, durch die Südafrikanische Union bietet. Mit der Gründlichkeit eines Oxforder Geographieprofessors beschreibt er, der Soldat, der Politiker, die Kolonien der Deutschen. Aber die Posen des Schwärmers und Verliebten stehen diesem nackten Egoisten schlecht zu Gesicht, denn es ist so offensichtlicher Neid, es ist eine Anmaßung von solchem Ausmaß, daß man ruhigen Herzens das gute Wort Größenwahn dafür setzen kann, die aus diesen Schilderungen heraus einfach die Annektierung der deutschen Kolonien, besonders aber Deutsch-Ostafrikas, durch das Britische Weltreich fordern können. Selbst einem, wenn auch dem weitaus kleineren Teil seiner doch wirklich nicht deutschfreundlichen Zuhörerschaft kommen ernste Bedenken über die Rechtmäßigkeit solcher Forderungen.

General Smuts ist ein gelehriger Schüler Sir Edward Carsens gewesen und hat sich dessen Orakeleien über die deutsche und englische Industrie völlig zu eigen gemacht. Als eigenes Wissen trägt er mit dem Pathos der Überzeugung die Thesen vor von der Gefährdung der hochentwickelten englischen Industrie, die nach „einer erst kürzlich gewonnenen Erkenntnis in ihrer Entwicklung und in ihrem Bestand" nicht als gesichert gelten kann, solange wesentliche Rohstoffgebiete, solange der Überreichtum an Rohmaterialien in den tropischen Gebieten, sprich Deutsch-Ostafrikas, Kameruns usw., nicht dem englischen Weltreich ganz und ungeteilt gehören.

Die Weisheit dieses Enteignungsapostels wiederholt sich immer wieder in dem lapidaren Geständnis: Nur das Britische Reich hat das Recht auf den alleinigen Bezug aller Rohmaterialien, die die Kolonien zu liefern vermögen und die die hochentwickelte englische Industrie benötigt, also wird das Britische Imperium auch Mittel und Wege finden, um die praktisch

bereits in seinem Besitz sich befindenden deutschen Kolonien durch entsprechende Friedensverträge auch über den Krieg hinaus und eben für alle Zukunft den Deutschen zu nehmen und dem Imperium einzuverleiben. Ganz gewiß haben auch die Deutschen eine hochentwickelte Industrie. Was tut's, wenn die Deutschen dann von dem direkten Bezug aller Rohmaterialien der Tropen ausgeschlossen bleiben müssen! Es kann nicht Englands Sorge sein, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie für die Zukunft sichern zu helfen! Kommt man nicht überhaupt mit der kolonialen Enteignung der Deutschen dem ehrenwerten Sir Edward Carsen entgegen? Forderte nicht Sir Edward Carsen mit offener Brutalität die vollständige Zugrunderichtung der deutschen Industrie und damit die endliche Ausschaltung der Deutschen vom Welthandel? Vor den Augen der versammelten englischen Imperialisten zeigen sich bei den Ausführungen des Herrn Smuts aus Südafrika glänzende Perspektiven. Sir Edward Carsen, Lloyd George, Lord Robert Cecil sind begeistert.

Annexion des deutschen kolonialen Besitzes, Vernichtung des deutschen Überseehandels durch Vernichtung der deutschen Industrie! Das „Made in Germany" soll für immer von den Handelsplätzen der Welt verschwinden und niemals mehr als unliebsamer, unbequemer Wettbewerber gegen das Britische Weltreich auftreten können. Die Angstträume des englischen Kaufmannes von dem schwindenden Einfluß und der zusammensinkenden Vormachtstellung sollen für immer ausgelöscht werden.

Für Lloyd George aber zeigte sich als leuchtendes Ziel am Horizont die Brechung der politischen Macht des Deutschen Reiches und seine Ausschaltung aus dem politischen Spiel der Nationen auf unabsehbare Zeit. Ein wirklich lockendes Ziel für einen Lloyd George, ein Ziel, dessen Erreichung die Aufnahme des an sich reichlich lauten Südafrikaners in die engere Kampffront als geboten erscheinen ließ. Ganz gewiß ist seine Argumentation nicht gerade besonders geschickt und geistvoll genug, um über die tatsächlichen Hintergründe der Politik des Inselreiches hinwegzutäuschen. Man muß diesen Südafrikaner eben ein wenig in die straffe Schule diplomatischen Denkens nehmen, damit er es lernt, weniger offenherzig seine imperialistischen Forderungen auszusprechen, damit es ihm gelingt, bei den Neutralen und bei den Vettern in Übersee nicht als Gewalttat erscheinen zu lassen, was man in London als Gerechtigkeit anzusehen wünscht. Die Zerschlagung des deutschen Kolonialreiches und seine Enteignung sind Tatsachen und bleiben für alle Zukunft Wirklichkeit, das ist auch Lloyd Georges Wille und Ziel, aber er weiß sehr genau, daß die Forderung darauf nicht einfach

aus ihrem Wert herzuleiten ist, soll sie nicht als ernster Mißton in die Ohren der Neutralen und Überseemächte fallen. Die Neutralen konnte man immerhin mit den Mitteln der Gewalt einschüchtern und zwingen, Raubmaßnahmen als Recht anzuerkennen, aber noch schreibt man das Kriegsjahr 1917, noch immer stehen die deutschen Heere tief in Frankreich, noch wird man alle Anstrengungen machen müssen, um endlich die endgültige Entscheidung durch den Eintritt Amerikas in den Krieg unter der scheinheiligen Devise „Kreuzzug gegen die Barbaren" herbeizuführen. Es ist deshalb absolut unnötig, daß dieser General aus Südafrika gleich die halbe Erde für England zu fordern wagt, nur weil es ihm Gewißheit bedeutet, daß überall dort, wohin sein Soldatenstiefel tritt, englischer, südafrikanischer Boden ist.

„...Das Britische Reich ist bei weitem die größte afrikanische Macht, und keine Macht hat auf diesem Kontinent Interessen, die mit den seinen überhaupt vergleichbar sind...!"

Herr Smuts folgert also: Weil die britischen Interessen in Afrika so groß und bedeutend sind, daß sie mit den Interessen der anderen europäischen Nationen überhaupt nicht mehr verglichen werden können, darum ist deutscher Kolonialbesitz zu enteignen. Darum geht es nicht mehr an, daß neben diesen geheiligten britischen Interessen deutsche Interessen bestehen! Die Vervollständigung der britischen Besitzkarte auf dem afrikanischen Kontinent, die Abrundung der britischen Besitzgrenzen, die endgültige Sicherstellung der Verbindung vom Suezkanal bis nach Kapstadt, der Schutz und die Sicherung des Seeweges um Afrika herum nach den Kronkolonien Seiner Majestät des Königs von England, das alles sind für den Südafrikaner Smuts Argumente, um zum Vorteil Englands ein Unrecht größten Ausmaßes an den Deutschen zu begehen und dieses Unrecht, übertüncht von der moralischen Phrase, noch als ethische Forderung hinzustellen. Wahrlich, so vermögen nur englische Imperialisten zu denken und zu handeln. Was kümmert es diesen späteren Apostel der Völkerbundsideen bei der Aufstellung seiner Behauptung von der unvorstellbaren Größe und Souveränität der britischen Interessen in Afrika, daß die eigenen Bundesgenossen jenseits des Kanals in Afrika Besitzungen und also Interessen haben, die den britischen im Umfang und in der inneren Berechtigung nicht nachstehen.

„...Von umfassenden Gesichtspunkten aus die Zukunft betrachtet, müssen wir in Betracht ziehen, daß auf dem Wege nach Ostasien und Indien Afrika Zwischenstation ist. Das Britische Weltreich hat also die Pflicht, auf die Sicherung und Ruhe seiner äußeren Verbindungslinien bedacht zu sein. Die Rückgabe der deutschen Kolonien kann niemals geschehen, denn ihr

Besitz garantiert für England erst die Sicherheit der Landverbindung seiner eigenen Kolonien von dem einen Ende des Kontinentes zum anderen ..."

So scheinen also auch die Seeverbindungen des Britischen Weltreiches dem südafrikanischen General nicht für die Ewigkeit gesichert zu sein. Die Wirkung der deutschen U-Bootswaffe, ihr überraschend großer Aktionsradius, die phantastisch hohen Versenkungsziffern lasteten sowieso auf dem Weltreich wie ein unerträglicher Druck. So ist es für den besorgten, um die Sicherheit Englands besorgten, Smuts eine Leichtigkeit, die Hörer in der Londoner Geographischen Gesellschaft, England und die Welt von der Berechtigung seiner Forderung, die englischen Seewege nach seinen Besitzungen durch die Wegnahme der deutschen Kolonien gesichert zu wissen, zu überzeugen.

Immer war dies der Traum niemals saturierter Engländer: Britische Verbindungen haben nur durch britisches Gebiet zu laufen. Was haben fremde Mächte an britischen Verbindungswegen zu suchen? Fremde Mächte, besonders aber diese verfluchten Deutschen, sind unbedingt und mit allen Mitteln aus der Nähe britischen Besitzes und britischer Verbindungswege zu verbannen. Von Kairo bis Kapstadt soll der reisende Brite links und rechts der Bahnen nur auf englisches Gebiet schauen! Der Anblick Deutscher, ihres Fleißes, ihrer Erfolge ist für das Auge des britischen Reisenden sowieso schon einer persönlichen Beleidigung gleichzusetzen. Die Gefahr, die von diesen Deutschen zu jeder Zeit droht, ist unerträglich für das Bewußtsein und den stolzen Standpunkt jeden guten Engländers.

Der ungeheuerlichste Machtwahn und Machthunger englischer Imperialisten kommt, entblößt in den Ausführungen des Generals Smuts, zum Ausbruch. Die Offenheit, mit der die macht- und wirtschaftspolitischen Forderungen durch den General ausgesprochen werden, entspricht nicht ganz den Gepflogenheiten der englischen Diplomatie. Dieser General aus burischem Blut muß es noch lernen, den reichen Faltenwurf der philanthropischen Phrase drapierend und damit tarnend für seine machtpolitischen Forderungen zu gebrauchen. Mit dem Mantel der Humanität haben die Briten es verstanden, zu allen Zeiten ihre machtpolitischen Aktionen in der Welt zu umhüllen. — Weltbeglückung durch die alleinseligmachende, englische Zivilisation; die Völker haben gläubig diese These als ein unmeßbares Glück hinzunehmen. „Selbstbestimmungsrecht der Völker", einer der sakralsten Grundsätze der westlichen Demokratien, wird und wurde zu allen Zeiten von der Themse aus den gewöhnlichen Sterblichen dieser Erde im Paradeschritt vorexerziert. Auch das „Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Eingeborenen" ist eine patentierte britische Erfindung, allerdings von seinen Schöpfern niemals ernst genommen, sondern nur zum Zwecke der Ablenkung der Weltaufmerksamkeit von den tatsächlichen britischen Zielen in Afrika in die politische Debatte eingeführt. Oder hat vielleicht das Britische Weltreich seine Eingeborenen jemals befragt über ihre Zufriedenheit mit der englischen Herrschaft, hat England vielleicht den Buren, den Vätern, Brüdern, Schwestern des Herrn Smuts, in großzügiger Geste das Selbstbestimmungsrecht gegeben? — Gewehre und Kanonen, die Peitsche und der Hunger, Todesurteile und Internierungslager sind kaum geeignete Wege, auf denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefunden und verwirklicht werden kann. Theorien im rosigsten Scheine in London; Praxis in Afrika, in Indien, in Palästina, allerdings eine Praxis mit den traurigsten Praktiken zur Unterdrückung ehrliebender Menschen. Herr Smuts freilich weiß von all diesen Dingen nichts. Soweit die Nutzanwendung der englischen Theorien auf das eigene Volk der Buren erfolgt ist, läßt Herrn Smuts sein Gedächtnis verdächtig genug im Stich. Es geht ja diesmal auch nur gegen die Deutschen! Warum also gegen diese noch sonderlich wählerisch sein mit Worten und Taten! Also spricht sich in Smuts englische Machtgier und englischer Besitzhunger unumwunden und unverhohlen aus! Dem Deutschen Reich hat man stets, besonders aber bei der rechtmäßigen Erwerbung seiner Kolonien, unersättliche Machtgier und Länderhunger, Eroberungsabsichten auf die ganze Welt, imperialistischen Imperialismus vorgeworfen. Wie will der Südafrikaner Smuts, wie will Lloyd George, wie Lord Robert Cecil, wie Sir Edward Carsen, wie will die englische Politik, wie das englische Volk, wie will die Welt überhaupt die vorgetragenen Forderungen, an deren Verwirklichung längst gearbeitet wird, anders bezeichnen als imperialistischen Imperialismus, als Länderhunger, als Machtgier? Argumente für die notwendige koloniale Enteignung der Deutschen sind für jeden guten Engländer leicht gefunden!

General Smuts, „Sieger von Deutsch-Südwestafrika", greift zu dem Mittel des Schauergeschichten- und Märchenerzählers. Er tut das allerdings mit dem Brustton der Überzeugung. Er erzählt der englischsprechenden Welt von der schrecklichen Gefahr, die ihr droht, von dem wahnsinnig gewordenen, deutschen, preußischen Militarismus. Er malt — geschah das vor 1914 nicht in der ganzen englischen Weltpresse, mit ähnlichen Farben und in den gleichen Tönen, als man dem friedliebenden Engländer die Schauermärchen von der schrecklichen deutschen Invasion durch Zeppeline, von den Schandtaten der deutschen Spionage in England usw. vorgaukelte, einzig und allein nur, um keinerlei Verständnis für das blutsverwandte Volk der

Deutschen aufkommen zu lassen — das Gespenst der Militarisierung der afrikanischen Eingeborenen, ja des ganzen afrikanischen Erdteiles, an die Wand.

Dabei verheimlicht er wohlweislich seinen erlauchten Zuhörern die zahllosen Kundgebungen deutscher, führender Staatsmänner, die zu allen Zeiten der deutschen kolonisatorischen Tätigkeit die Militarisierung der eingeborenen Bevölkerung eindeutig ablehnten. Das geschah aber nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis und durch Taten, mit denen Deutschland allen anderen kolonisierenden Völkern richtunggebend voranging. Zur Sicherung des eindeutig ablehnenden deutschen Standpunktes in der Frage der Militarisierung der farbigen Völker strebte die deutsche Reichsführung ein Vertragssystem von weittragender Bedeutung an. Die allgemein bekannte Kongoakte, die unter anderem eine vollkommene Neutralisierung des schwarzen Erdteiles im Falle eines europäischen Krieges vorsah, wurde nicht zuletzt dank der Initiative Deutschlands und seiner Regierung abgeschlossen. Die Kongoakte, die bei ihrer strikten Befolgung für die kolonisierenden europäischen Mächte und für die Kolonien selbst sich als ein wertvolles Instrument für das Wohl beider erwiesen hätte, wurde 1914 bei, ja sogar noch vor Ausbruch des Krieges, besonders von England, als lästiges Hindernis bei der Erreichung des angestrebten Zieles der Vernichtung des deutschen Kolonialbesitzes einfach beiseitegeschoben.

Auch die geschliffenste Dialektik englischer Diplomaten kann über diese Schuld, die England auf sich geladen hat, nicht hinwegtäuschen. Die Argumente und Schauermärchen des Herrn Smuts reichen nicht aus, um die Reinheit des deutschen Gewissens in Zweifel zu ziehen, den guten Willen der deutschen Regierung zu verdächtigen oder überhaupt zu leugnen. Das Deutsche Reich hat niemals daran gedacht, die farbige Bevölkerung in seinen Kolonien zu mobilisieren und durch ihre strengste Militarisierung eine Riesenarmee zu schaffen, um sie vielleicht sogar auf europäischen Kriegsschauplätzen einzusetzen. Als höchster Grundsatz hat zu allen Zeiten in der deutschen Kolonialpolitik der vom Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes geprägte Satz gegolten: „Kolonisieren heißt Missionieren!"

Niemand in der Welt — auch einsichtige Engländer, denen es um die Erhaltung eines Weltfriedens von Dauer geht, haben es niemals getan — kann daran zweifeln, daß die Konstruierung der These von der unabänderlichen deutschen Absicht, die afrikanische Bevölkerung zum Zwecke der Schaffung großer Heere zu militarisieren, nichts anderes ist als eine Zweckkonstruktion englischer Imperialisten. Der Zweck bleibt die Verdächtigung des kolonisatorischen Willens der Deutschen und die Rechtfertigung der eigenen imperialistischen Ziele in Afrika.

Das deutsche Gewissen ist rein und seine Kolonialehre unbefleckt! Deutschland hat, in heiligster Überzeugung von der Unantastbarkeit der Verträge und im vollen Bewußtsein der Pflichten, die es mit dem Erwerb seiner Kolonien und im Verlaufe seiner kolonisatorischen Tätigkeit seinen Eingeborenen gegenüber auf sich genommen hatte, die wort- und sinngetreue Anwendung und Durchführung der Kongoakte angestrebt! Es war vor und bei Ausbruch des Krieges für die deutsche Regierung oberstes Gesetz, die Austragung europäischer Konflikte mit den Waffen nicht auf die Kolonien ausdehnen zu lassen. Die deutsche Regierung war sich der ungeheuren Gefahr für das gesamte Kolonisierungswerk völlig bewußt, die aus einer Austragung europäischer Konflikte vor den Augen der afrikanischen Eingeborenen erwachsen mußte. Daß das deutsche Streben erfolglos blieb, ist nicht des Deutschen Reiches Schuld, sondern allein Schuld der englischen politischen und militärischen Führung, Schuld der Imperialisten des Britischen Weltreiches. Deutschland handelte aber nicht nur aus dem Geiste der, den Farbigen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen so, sondern mehr noch aus dem drückenden Verantwortungsgefühl den europäischen, kolonisierenden Nationen gegenüber! Deutschland wollte unter allen Umständen und bekräftigt durch jedes Opfer die Herabsetzung des Ansehens und der Würde der europäischen Nationen bei den afrikanischen Völkern, die unter allen Umständen durch Ausdehnung der europäischen Feindseligkeiten auf weite Gebiete Afrikas eintreten mußte, vermeiden, denn die deutsche Staatsführung erkannte sehr wohl die unabwägbaren Gefahren, die für die weißen Völker daraus entstehen mußten. Die deutsche Staatsführung hat recht behalten. Die Devise „Afrika den Afrikanern" ist zu einer ernstesten Warnung für die Kolonialmächte geworden. Ihre tatsächliche Auswirkung ist auch heute noch nicht abzusehen. —

Deutschland war auch bei Ausbruch des Weltkrieges auf militärische Auseinandersetzungen in seinen Kolonien in keiner Weise vorbereitet. Oder wollen die englischen Väter der Behauptung: Deutschland habe sich durch umfangreiche Militarisierung seiner Farbigen eine, das englische Weltreich in seinen Kolonien bedrohende Armee schaffen wollen, zugleich die Behauptung aufstellen, daß die englischen Besitzungen ernstlich durch die Handvoll tatsächlich vorhandener deutscher Schutztruppler, durch das winzige Häuflein Farbiger, die bis zum Ausbruch des Krieges im Polizeidienst in den deutschen Kolonien Verwendung fanden, in ihrer Sicherheit bedroht gewesen

seien! Nur ein böswilliger Narr kann den Versuch unternehmen, der Welt einreden zu wollen, daß diese zwergenhaften Kontingente als wertvolle militärische Faktoren anzusehen gewesen seien. Es ist ein beliebtes britisches Spiel, der Welt die umfassenden militärischen Vorbereitungen eines Krieges in den Kolonien durch Deutschland einreden zu wollen, wenn immer wieder auf den Widerstand Deutsch-Ostafrikas hingewiesen wird! — Der totale Mißerfolg der ungeheuren militärischen Überlegenheit in Deutsch-Ostafrika muß einerseits beschönigt werden, anderseits muß die Militarisierungsthese gestützt und damit das deutsche Kolonialstreben diffamiert werden, also wird kühn behauptet, Deutschlands erfolgreicher Widerstand in Deutsch-Ostafrika sei nur seinen umfangreichen Kriegsvorbereitungen in dieser Kolonie zu verdanken! Dabei ist es den heldenmütigen Verteidigern Deutsch-Ostafrikas einzig und allein durch eine überlegene geistige Haltung und militärische Führung und durch einen Opfermut, der selbst in der an Beispielen solcher Art reichen Geschichte des Weltkrieges beispiellos geblieben ist, gelungen, sich in dauernden Kämpfen der Besiegung und Vernichtung durch eine unbeschreibliche militärische Übermacht bis über das Kriegsende hinaus zu entziehen, nicht aber etwa besonders gründlichen Vorbereitungen in Friedenszeiten!

Den Verbreitern der Lüge von der deutschen Vorbereitung des Krieges in den Kolonien muß weiter gesagt werden, daß nicht ein einziger Hafen in den deutschen Überseebesitzungen militärisch befestigt oder für militärischen Widerstand überhaupt eingerichtet war. Die Ausrüstung der deutschen Schutz- und der farbigen Polizeitruppe war für den Kriegsfall vollständig unzulänglich. Da der Südafrikaner General Smuts die Sachlage aus eigenem Augenschein kennt, kann er nicht leugnen, daß die deutschen Schutztruppen als Vertreter der deutschen Hoheitsrechte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Sicherheit in den deutschen Kolonien nur ihre Pflicht getan haben. Auch General Smuts muß zugeben, daß für diese Zwecke die deutsche Schutztruppe gerade noch ausreichend gewesen ist. Niemals aber kann General Smuts ernstlich die Behauptung aufstellen, es habe im Willen der Regierung des Deutschen Reiches gelegen, mit einer Schutztruppe von etwa 4000 Mann und etwa ebenfalls soviel, im Polizeidienst verwendeter Farbiger in allen deutschen afrikanischen Besitzungen, das englische Kolonialreich anzugreifen und einen Krieg in großem Umfange zu entfesseln. Welchen Gegnern aber nach Ausbruch des Krieges in den Kolonien die „deutschen Truppenmassen" tatsächlich gegenübergestanden haben, das ist dem General der Südafrikanischen Union allzu genau bekannt. Der Verlauf

der Kämpfe um die deutschen Kolonien in Afrika und ihre „Eroberung" ist weder für das englische Weltreich noch für Herrn General Smuts und die Südafrikanische Union ein besonderes Ruhmesblatt. General Smuts und sein Stammesbruder Botha sollten das niemals vergessen. Mit einem Riesenaufwand an Menschen und Material haben sie den „siegreichen" Kampf gegen das Häuflein der Deutsch-Südwestler und der Deutsch-Ostafrikaner geführt.

Und dennoch stellt General Smuts immer und immer wieder, getreu dem englischen Gesetz der Beharrlichkeit, die Behauptung auf: Deutschland hat in seinen Kolonien den Krieg vorbereitet durch die Militarisierung der Eingeborenen! Deutschland wird, wenn es in den Wiederbesitz seiner Kolonien kommen sollte, ungeheure Armeen Eingeborener gegen das englische Weltreich militarisieren! Also darf Deutschland um der Sicherheit des englischen Weltreiches willen niemals mehr in den Besitz afrikanischer Kolonien kommen!...

Wer, Herr General Smuts, hat nun wirklich und in großem Umfange unbezweifelbar in den afrikanischen Gebieten und darüber hinaus in allen seinen überseeischen Besitzungen die Eingeborenen militarisiert, und dieses oft genug unter Anwendung von Methoden, die mit der gern und überreichlich gebrauchten humanitären Phrase wirklich nicht in Einklang zu bringen sind?

Waren es nicht die Feindmächte, waren es vor allen Dingen nicht England und Frankreich? Haben nicht bereits im Deutsch-Französischen Krieg 1870—1871 in größeren Verbänden afrikanische Eingeborene auf europäischen Schlachtfeldern deutschen Soldaten gegenüber gestanden? Hat nicht seitdem gerade Frankreich der Militarisierung seiner Kolonien und ihrer eingeborenen Bevölkerung die höchste Aufmerksamkeit zugewendet? Hat nicht Frankreich in seinen afrikanischen Besitzungen bereits vor Ausbruch des Weltkrieges eine glänzend geschulte, für den Kriegsfall hervorragend ausgerüstete Armee farbiger Eingeborener von mindestens 100000 Mann unterhalten? Sind diese Truppenmassen farbiger Eingeborener von Frankreich nur zum Polizeidienst in den französischen Kolonien verwendet worden? Haben nicht vielmehr diese farbigen, afrikanischen Divisionen auf europäischem Boden selbst für den Sieg der Feindbundmächte Sturmlauf um Sturmlauf gegen die feldgraue Front der Deutschen versuchen müssen? Haben diese Eingeborenendivisionen aus den afrikanischen Kolonien nicht für die Größe und Würde der Feindbundmächte einen ungeheuerlichen Blutzoll zahlen müssen? Entspricht der Einsatz farbiger Truppen auf europäischem Boden gegen weiße Völker dem obersten Gesetz der menschlichen Vernunft?

Wer aber, Herr General Smuts, so müssen Sie, der 1917 glaubte, die Deutschen verdächtigen zu müssen, sie beabsichtigten nach Wiedererlangung ihrer Kolonien deren Militarisierung, heute gefragt werden, hat nach Beendigung des Krieges die Militarisierung seiner afrikanischen Besitzungen und ihrer farbigen Bevölkerung unter Einsatz aller nur denkbaren Mittel eingeleitet? Wir Deutschen können es unmöglich sein, denn uns hat man die Kolonien geraubt! Ist es nun England? Ist es vor allen Dingen Frankreich? — Vielleicht sind dem südafrikanischen General die verschiedenen Auslassungen des französischen Generalstabes, vielleicht sind ihm sogar die afrikanischen Garnisonen Frankreichs nicht ganz unbekannt geblieben!

Herr General Smuts, hat das allmächtige England anders gedacht und gehandelt in der Frage der Militarisierung seiner Überseebesitzungen als Frankreich, sein Verbündeter jenseits des Kanals?

Das Großbritannische Weltreich hielt zu allen Zeiten seiner kolonisatorischen Vergangenheit und Gegenwart in seinen überseeischen Besitzungen große militärische Formationen, bestehend zu einem großen Teil aus farbigen Eingeborenen! Daß England lange vor 1914 mit einem Krieg in den Kolonien rechnete, ergibt sich mit aller Deutlichkeit auch aus der Tatsache, daß alle englischen Überseehäfen ausgezeichnet militärisch ausgerüstet und teilweise auch befestigt waren, daß größere Kontingente weißer und farbiger Truppen zur Verfügung standen, daß wesentliche Teile der englischen Flotte in den überseeischen Häfen stationiert waren, daß ihre unmittelbare Verwendung über die Verteidigung hinaus für den unmittelbaren Angriff in den Plänen der englischen Admiralität stets vorgesehen war und tatsächlich noch vor Ausbruch der Feindseligkeiten auf europäischem Boden auch eingetreten ist. Die englische Militarisierung Eingeborener in den afrikanischen Besitzungen wird übertroffen von der Militarisierung der eingeborenen Bevölkerung in der Kronkolonie Indien. Die in der englischen Kolonialgeschichte angewendeten Rekrutierungsmethoden können nicht als besonders human und wählerisch bezeichnet werden. Sie übertreffen in ihrer Grausamkeit im Gegenteil die wenigen Fehler, die Verwaltungsbeamte in der deutschen Kolonialgeschichte sich zuschulden kommen ließen, um ein Vielfaches und sind schon deshalb ein wesentliches Gegengewicht gegen die Kolonialschuldlüge.

Daß die Vorwürfe und Verdächtigungen, die General Smuts vor aller Welt den Deutschen gegenüber aussprach, viel besser an die eigene Adresse gerichtet werden sollten, daß die Militarisierung der eingeborenen Bevölkerung, daß ihre Ausbeutung in den tropischen und subtropischen Gebieten

nicht das Prinzip der deutschen, sondern vielmehr das der englischen Kolonialverwaltung ist, beweist aller Welt erkennbar der Ausspruch Winston Churchills:

„Wir haben aus unseren Eingeborenen noch lange nicht genug Vorteil für den Krieg in Europa gezogen!"

An anderer Stelle werde auch dieser Ausspruch Churchills in seiner Tragweite durch die Schilderung der tatsächlich vor, in und nach dem Weltkrieg durchgeführten englischen und französischen Maßnahmen zur Militarisierung der farbigen Eingeborenen und ihrer Verwendung auf europäischen und afrikanischen Kriegsschauplätzen bewiesen und ergänzt.

Nur bei einer, völlig vom Haß gegen Deutschland verblendeten Hörerschaft konnte General Smuts für sein Wagnis auf Erfolg hoffen. Nur ein vom Haß verblendetes Auditorium überhörte die völlige innere Unwahrhaftigkeit der Ausführungen des Südafrikaners. Ihm selbst wäre es, wenn er in dem Augenblick, da er vor der Geographischen Gesellschaft zu London seine These von der deutschen Absicht ausbreitete, die Kolonien vollständig zu militarisieren, ein leichtes gewesen, die eigene Unwahrhaftigkeit beschämt zu erkennen, wenn er nur einen einzigen Blick nach Frankreich, nach Paris, nach der kämpfenden Front geworfen hätte. Gleicht Paris nicht gerade in jenen Tagen geradezu einem afrikanischen Heerlager? Ist die Sprachverwirrung an der Westfront nicht 1917 als babylonisch zu bezeichnen! In den deutschen Gefangenenlagern präsentierte sich eine beweiskräftige Sammlung von farbigen und weißen Völkern und Stämmen der Feindbundkolonien, die Herrn Smuts über die Richtigkeit seiner Anklagen gegen Deutschland leicht eines Besseren belehren konnte!

Das Bild des Generals Smuts aber würde nicht vollständig sein, wenn man bei der Prüfung seiner Anklagen gegen Deutschland und seiner kolonialen Enteignungspläne mit Schweigen übergehen wollte, daß dieser selbe Haß- und Vernichtungsprediger gegen Deutschland sich in einer anderen Rede vor der englischen Öffentlichkeit im Kriegsjahr 1917 als glühender Verfechter des Weltfriedensgedankens bekannte. Will Herr Smuts den Weltfrieden dadurch gesichert sehen, daß man zunächst England in den unbestrittenen Besitz aller wertvollen Gebiete der Erde, in diesem besonderen Falle der deutschen Kolonien, bringt und damit alle anderen Kulturnationen, besonders aber immer wieder die deutsche Nation, von der Lösung einer der größten Kulturaufgaben der Menschheit ausschließt? Glaubt der Südafrikaner durch die Enterbung einer großen, ehrliebenden Nation unter schimpflichsten Vorwänden dem Weltfrieden einen entscheidenden Dienst zu

erweisen? Sieht der südafrikanische General die Sicherheit der überseeischen Besitzungen und die Sicherung des Weltfriedens damit gegeben, daß das Britische Weltreich ungehindert in allen Breiten und Zonen Flottenstützpunkte und Seefestungen anlegen darf? Den Kolonialraub versuchte dieser Weltfriedensapostel mit der Behauptung zu rechtfertigen: die Deutschen beabsichtigten, in den zurückzugebenden Kolonien und ihren Häfen Unterseebootsstützpunkte anzulegen und somit die überseeischen Verbindungen des Britischen Weltreiches zu gefährden. Noch heute wird mit dieser These die Verweigerung der Rückgabe der geraubten Kolonien von den englischen Imperialisten begründet!

„Wir würden ja den Deutschen die Kolonien zurückgeben, aber erstens sind sie praktisch für Deutschland wertlos, dann aber müssen wir befürchten, daß sie, besonders an der Westafrikaküste, Flottenstützpunkte anlegen und die englischen Kolonien selbst, besonders aber auch die englischen Verbindungen nach seiner Kronkolonie Indien, gefährden..."

Will General Smuts als Verfechter des Friedensgedankens den Weltfrieden dadurch untermauern, daß er die Deutschen verdächtigt, imperialistische Pläne größten Stiles durch eine vollständige Militarisierung der farbigen Völker durchführen zu wollen, während sein eigenes Vaterland, während das Britische Weltreich, während Frankreich, Belgien, Portugal bereits vor dem Weltkrieg im krassesten Gegensatz zu den verdächtigten und damit herabgesetzten Deutschen in großem Umfange, während des Weltkrieges in geradezu unvorstellbaren Ausmaßen die farbigen Völker gegen die Mittelmächte mobilisierten und militarisierten?

Die Verdächtigungen, die Verunglimpfungen, die direkten Beschuldigungen Deutschlands werden von dem Friedensapostel und zugleich typischen Vertreter des englischen Vernichtungswillens gegenüber Deutschland nur erhoben, um den beabsichtigten Raub der deutschen Kolonien vor den Augen der Welt zu rechtfertigen. Die Heuchelei auch dieses britischen Imperialisten geht so weit, die Zerschlagung und Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes als eine Wohltat für die Eingeborenen, als eine Großtat für die zukünftige Sicherung des Weltfriedens zu bezeichnen. Dabei paßt das zurechtgeschneiderte Moralmäntelchen nirgends, und überall schaut der brutale englische Machtwille, schaut die Habgier und der Haß des britischen Annerionisten hervor.

General Smuts kann sich nicht darauf berufen, seine Thesen von der Enterbung der deutschen Nation lediglich als besorgter, guter, englischer Patriot und Bürger entwickelt zu haben. Er spricht vor der englischen Öffentlichkeit als General und politischer Repräsentant der Südafrikanischen

Union. Er klagt somit als ein Teil der Regierung des Britischen Weltreiches das deutsche Volk und Reich vor der Weltöffentlichkeit an. Er bereitet somit bereits im Jahre 1917 mit seinen Anklagen und Herabsetzungen, die diktiert sind von der Niedertracht, dem Neid und der Habgier, die ausgerichtet werden nach einem unerbittlichen Vernichtungswillen, bewußt die Kolonialschuldlüge bereits verwendend, die völlige Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes und seine Aufteilung unter die Feindbundmächte vor. Er rechtfertigt dieses Vorgehen durch das Vorbringen einer Schuld, die die Deutschen niemals in ihrer kurzen Kolonialgeschichte auf sich geladen haben, die vielmehr die Feindbundmächte selbst im vollen Umfange trifft.

Dabei ist die Argumentation des „Friedensapostels" Smuts außerordentlich dürftig. Sie läuft stets nur auf die kategorische imperialistische Forderung hinaus, erweitert lediglich durch die verlogene Einführung der These von der Erhaltung des Weltfriedens: Ein deutsches Kolonialreich kann von dem Vormachtsanspruch und Recht des Britischen Weltreiches aus dem zwingenden Grunde der Erhaltung der Sicherheit des britischen Besitzes und damit natürlich des Weltfriedens nicht mehr geduldet werden! Zur Erreichung dieses Zieles fordert zur tiefsten Befriedigung der Imperialisten Englands Smuts die völlige Rechtlosmachung einer großen, ehrliebenden Nation, fordert die völlige Mißachtung ihrer vitalsten Lebensinteressen, fordert ihre Verfemung durch ein System von Lügen und erdichteter Schuld und will zugleich der Welt einreden, daß nur auf diese Weise der Weltfriede gesichert werden könne.

Die sehr viel später von Philip Snowden, dem Schatzkanzler im Kabinett Macdonald, ausgesprochene Meinung: „Deutschlands Forderung auf Kolonialmandate kann nicht länger abgewiesen werden. Der Weltfriede erfordert eine gerechte Lösung des Kolonialproblems...!" war trotz oder gerade wegen der Hetze des Generals Smuts bereits im Kriegsjahr 1917 dahingehend zum Ausdruck in mancher mutigen Stimme in England gekommen: „England ist saturiert! Für die dauernde Enteignung der deutschen Kolonien besteht für England wie für die gesamte Entente weder ein politischer Grund noch eine moralische Notwendigkeit!" — Es gibt im Jahre 1917 bereits genug aufrichtige Freunde und Vertreter eines Friedensgedankens in England, der aufgebaut ist auf der gegenseitigen Achtung der Nationen und der Respektierung ihrer Lebensinteressen, es gibt genug englische Männer, die bereits in dem Augenblick, da der „Weltfriedensapostel" Smuts vor der erlauchten Hörerschaft in der Geographischen Gesellschaft zu London mit dürren Worten das ganze Programm seiner uferlosen imperia-

listischen Forderungen abrollen läßt, notdürftig verhüllt und verbrämt von der philanthropischen Phrase, den Friedensgedanken in seiner edelsten und tiefsten Bedeutung vertreten, aufrichtiger und ehrlicher als General Smuts, dem er letzten Endes nur zu einem Täuschungs- und Tarnungsmanöver für die angestrebte völlige imperialistische Saturierung Englands und seiner Dominien dient. — Es ist diesen aufrichtigen Engländern unvergessen, daß sie sich zu einer Zeit zu Wortführern einer vernünftigen Verständigung machten, da in England jede Äußerung eines vernünftigen Verständigungswillens mit unerbittlichem Terror verfolgt wurde, denn Gerechtigkeit dem deutschen Volk und Reich gegenüber war für die herrschenden annexionslüsternen Kreise zumindest gleichbedeutend mit Hochverrat. Hochverrat ist es in den Augen der englischen Imperialisten, der Kolonialschuldlüge und kolonialen Unwürdigkeitserklärung Deutschlands entgegenzutreten. Gehegt und gepflegt wächst auf dem Boden des Hasses und der Unwahrhaftigkeit dieses grauenhafte Gewächs. Seine Schöpfer nutzen jede Gelegenheit, das Gewächs in alle Welt zu verpflanzen. Sie fordern die Enteignung der deutschen Kolonien im Namen der Menschenrechte mit diktatorischer Geste als Naturnotwendigkeit. Was einsichtige Engländer bereits im Jahre 1917 ahnten, das hat sich im vollen Umfange nach Kriegsschluß und nach der Durchführung der kolonialen Enteignung als richtig erwiesen. Das Wirken des Südafrikaners Smuts ist für die Entwicklung und Verwirklichung des Friedensligagedankens, ist für die Sicherung des Weltfriedens unbestreitbar durch das Verbrechen des durchgeführten Kolonialraubes verhängnisvoll für die ganze Menschheit geworden.

Vernichtend für den Verfechter der kolonialen Enteignung Deutschlands, vernichtend für Herrn Smuts, fällt das, allerdings viel später ausgesprochene, Urteil des englischen Schatzkanzlers Philip Snowden in der kolonialen Frage aus. Er erklärt in einsichtigen, außerordentlich wertvollen Ausführungen als Schatzkanzler des Kabinetts Macdonald in der Zeitschrift „Observer" und spricht damit die Ahnungen vieler Engländer aus dem Jahre 1917 offen aus:

„... Der Teil des Versailler Vertrages, der Deutschland aller seiner Kolonien beraubte, bildet nicht nur einen offenen Bruch aller von den Alliierten während des Krieges gegebenen Versprechungen, sondern den überlegten Versuch, Deutschlands Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet zu zerstören. Um die Fortnahme der Kolonien zu entschuldigen, wurde eine kostspielige, unwahre Weltpropaganda durchgeführt, um in aller Welt den Eindruck zu erwecken, daß Deutschland keine kolonialen Fähigkeiten besitze ..."

Derselbe „Manchester Guardian" aber, der im Jahre 1917 diese „unwahre, kostspielige Weltpropaganda" von der Spitze aus führte, muß im Jahre 1926 bekennen:

„... Die Wegnahme der deutschen Kolonien und ihre Verteilung unter die siegreichen Alliierten nimmt an Torheit, Verräterei und Heuchelei einen hervorragenden Platz unter den Mißgriffen von Versailles ein ..."

Immerhin sind das Einsichten, die sich erst nach Kriegs- und Friedensschluß bei unseren Gegnern einstellten, und Herr Smuts könnte sich also 1917 noch immer auf seinen guten Glauben berufen. — So ist Herr General Smuts aber zu fragen, was er als „siegreicher Eroberer" der deutschen Kolonien antworten will auf die bereits vor dem Weltkrieg getroffene Feststellung des Engländers Cecil Rhodes:

„Deutschland hat auf kolonialem Gebiet in 20 Jahren etwas geschaffen, wozu England 100 Jahre brauchen würde ...!"

Will Herr General Smuts, der es nicht für unter seiner Würde hielt, im Jahre 1917 in der Geographischen Gesellschaft zu London das Märchen von den deutschen Verbrechen in der Eingeborenenbehandlung zu erzählen, das späterhin in Blau- und anders gefärbten Büchern zur Stützung der Kolonialschuldlüge der Welt serviert wurde, ernstlich behaupten, ein Cecil Rhodes hätte solche Tatsachen, wenn sie ihm bekannt gewesen wären, — und sie hätten ihm, als dem vielleicht besten Kenner kolonialer Verhältnisse, bekannt sein müssen — verschwiegen, nur aus dem Willen heraus, den Deutschen als Kolonisatoren ein Loblied zu singen!

Auch dem Südafrikaner Smuts können Äußerungen nicht unbekannt gewesen sein, wie die des völlig unbefangenen Amerikaners C. A. Forbes, ausgesprochen bereits im Jahre 1911 in „Review of Reviews":

„Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände und die besten Aussichten. Sein Eindringen in Afrika war charakterisiert durch die geschickteste Diplomatie, aber selbst seine bittersten Feinde würden kaum sagen können, daß er nicht fair handelte. Ich habe die Deutschen in ihrem Verhalten gegenüber ihren halbwilden Schutzbefohlenen an der Westküste aus der Nähe betrachtet ... ich habe alle weißen Rassen studiert, welche in der Arbeit, Afrika zu erwecken, tätig waren, und ich kann mich der Überzeugung nicht verschließen, daß der deutsche Eingeborene sich ebenso hoch wie die anderen, wenn nicht höher, entwickeln wird ..."

Die Väter der Kolonialschuldlüge, und zu ihnen gehört in allererster Linie der südafrikanische General und begeisterte Vertreter des Gedankens einer allgemeinen Weltfriedensliga, haben bei der Aufstellung ihrer Schuldthesen

gegen Deutschland völlig bewußt alle Gegenbeweise dem englischen Volk unterschlagen. Ihre Spekulation setzte neben dem Haß das kurze Gedächtnis entscheidend für den Erfolg ihrer Propaganda in Rechnung. Es ging ihnen darum, unter dem Deckmantel, die Sicherung des Weltfriedens erfordere die Ausschaltung Deutschlands bei der Lösung der großen Kulturaufgabe der Kolonisation der unerforschten Erde, einen Frieden vorzubereiten, der unter den vollzogenen Raub der deutschen Kolonien den sanktionierenden Schlußstrich zog. Mit einer bewunderungswürdigen Zielstrebigkeit bahnten so die Erfinder der kolonialen Unwürdigkeitserklärung Deutschlands den Weg nach Versailles. Vorläufig allerdings drohten auf diesem Wege noch die gigantischen Schatten der zweifellos kommenden Großoffensiven Ludendorffs.

Oh, sie haben ein kurzes Gedächtnis, die englischen Staatsmänner, wenn sie sich daran erinnern sollen, den Deutschen, denen man nunmehr „Schaden zufügen soll, wo man nur immer kann", einmal Gerechtigkeit widerfahren haben zu lassen. Sie vergessen dann sogar ihre eigenen, vor der ganzen Welt mit dem Pathos der innersten Überzeugung vorgetragenen Ideale. Auch ein Lloyd George leidet, sobald es sich als nötig erweist, an dieser sonderbaren Schwäche des Gehirnes. Oder erklärte der damalige Finanzminister der Regierung Sr. Majestät des Königs von England nicht am 10. November 1914:

„...So wahr Gott lebt, haben wir an keiner Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen...!"

Lloyd George, damals Finanzminister der englischen Regierung, nahm die Berichte des südafrikanischen Generals über die deutschen Kolonien und ihre Zukunft entgegen. Auf Lloyd Georges Veranlassung beginnt der General der Südafrikanischen Union seine Propagandatätigkeit im englischen Mutterland gegen die Deutschen. Die Rede des Generals vor der Geographischen Gesellschaft zu London findet in ihren Forderungen und Folgerungen den ungeteilten Beifall Lloyd Georges! Der General spricht über die kolonialen Ziele Englands und der Verbündeten selbst an der Front zu den Soldaten Sr. Majestät des Königs von England und zeigt auch ihnen die Notwendigkeit auf, die deutschen Kolonien im Namen des Menschenrechtes ihren bisherigen Besitzern zu nehmen. Die Hetzreden des Generals der Südafrikanischen Union sind ein aller Welt sichtbares Signal für den allgemeinen Angriff auf die deutsche Kolonialehre. Der englische Finanzminister Lloyd George sieht mit Genugtuung die Front gegen die verhaßten Deutschen wachsen, sich immer enger schließen.

„Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien!..."

Wenn auch Herr Lloyd George sein eigenes Wort verleugnet und vergessen hat. Wir Deutsche haben es nicht aus der Erinnerung verloren. Wir Deutsche fordern mit lauter und immer lauterer Stimme die Einlösung dieses Ministerwortes, wir fordern sie von der ganzen englischen Nation. Lloyd George sprach dieses Wort im November 1914 als verantwortliches Mitglied der Regierung Sr. Majestät des Königs von England. Er sprach dieses Wort für die englische Regierung und damit für das demokratische englische Volk. Von der englischen Regierung und zugleich von dem gesamten englischen Volk erwarten wir Deutsche die Anerkennung dieses feierlichen, in der Form eines Schwures vor Gott gegebenen Wortes! Wir fragen die englische Regierung und das englische Volk, welche Gründe für die bisher ausgebliebene Einlösung dieses Ministerwortes ins Feld geführt werden sollen!

Daß aber der südafrikanische Nachkomme aus burischem Blut, daß General Smuts in vollster Übereinstimmung mit Lloyd George und mit der Regierung des Britischen Weltreiches das Ziel der Zerschlagung des deutschen Kolonialbesitzes und seine Überführung in den englischen Besitz bereits 1917 aufstellt, daß der Angriff gegen Deutschland als Kolonialmacht durch die englische, hohe Politik und die allenglische Propaganda konzentrisch erfolgte und immer heftigere Formen annimmt, beweisen vor allen Dingen zahlreiche Äußerungen britischer Regierungsmitglieder. Am gravierendsten ist der Inhalt einer Rede, die am 19. August 1918 im englischen Unterhaus vor überfüllten Bänken von dem Minister des Auswärtigen, Balfour, gehalten wird. Deutlicher war Herr Smuts auch nicht gewesen! Andere Ziele als Herr Smuts stellt nunmehr Herr Balfour ebenfalls nicht auf. Seine Rede ist eine Demonstration des Annexionswillens aller britischen Imperialisten. Seine Rede enthält die gleichen verlogenen Diffamierungen des Deutschen Reiches und die gleiche Herabsetzung seiner Kolonialehre. Auszugsweise seien hier wenigstens die bezeichnendsten Stellen zitiert:

„...Ein tiefer Abgrund klafft zwischen den Alliierten und den Mittelmächten. Dieser Abgrund ist unergründbar und kann nicht überbrückt werden... Wollen Sie zum Beispiel Deutschland, so wie es jetzt ist, die deutschen, afrikanischen Kolonien wiedergeben? — Wollen Sie das wirklich? — Sie wissen genau, was dies bedeuten würde! In erster Linie hieße es das:

den Deutschen an allen großen Verkehrsstraßen der Welt Unterseebootsstützpunkte zu schaffen und also den Welthandel von Deutschlands gutem Willen abhängig zu machen.

Zweitens bedeutet es die Wiedereinsetzung des tyrannischen Regimentes über die afrikanischen Eingeborenen! Das Haus ist über diesen Punkt gut unterrichtet und wird es noch besser und mehr sein, wenn das Blaubuch, das jetzt in Vorbereitung ist und eine Seite dieser Frage behandelt, zur Veröffentlichung kommt. Drittens würde Deutschland sich aufmachen und in Zentralafrika ein großes schwarzes Heer gründen, das die friedliche Entwicklung ..."

Jäh wird diese Art der Beweisführung des englischen Außenministers unterbrochen durch den, wie ein Keulenschlag wirkenden Einwurf des Abgeordneten Snowden. Dieser ruft in sichtlicher Erregung dem Minister zu:

„Wie Frankreich es längst getan hat!"

Dieser Einwurf trifft den Außenminister unmittelbar. Das Lügengewebe von der durch Deutschland beabsichtigten Militarisierung des schwarzen Erdteiles reißt mitten durch. Die Mitglieder des Unterhauses horchen auf. Für sie scheint sich einer jener großen Auftritte, einer jener sensationellen politischen Akte zu ereignen, die nur im englischen Unterhause möglich sind. Aber die Erregung ebbt bald genug wieder ab. Der große Zusammenstoß bleibt aus. Eindeutig ist die Marschroute des Außenministers festgelegt. Er läßt es nicht zu erregter Debatte kommen, sondern begräbt mit leisem Lächeln den Einwurf des Unterhausmitgliedes Snowden mit folgenden Argumenten:

„Gewiß, Frankreich hat dies getan, aber bedroht Frankreich damit etwa den Frieden seiner Nachbarn? Darauf allein kommt es an! Die Deutschen haben noch nicht begriffen, daß Nationen eine Seele haben und einen Charakter. Deutschland, so wie es jetzt ist, würde diesen Machtzuwachs nicht nur zu einer Verteidigung, sondern auch zum unmittelbaren Angriff benutzen. Ich bezeichne es nicht als an sich als verwerflich, ein geschultes Heer von Schwarzen zu haben. Ein solches mag erforderlich sein oder nicht. Ist es überflüssig, dann sollte es verschwinden, wegbleiben. Wenn notwendig, sollte es unter allen Umständen gebildet werden. Wogegen ich aber Einspruch erhebe, ist, daß Deutschland am Ende des Krieges in Gestalt eines der mächtigsten Kolonialreiche eine Waffe zurückerhält, die in seiner Hand der Welt nur zum Unheil gereichen würde. Meiner Meinung nach kann man sich kein größeres Hindernis für den Weltfrieden und keine größere Verschlimmerung des allgemeinen Elendes vorstellen als die Rückgabe der großen Ge-

biete Zentralafrikas an Deutschland. In seiner gegenwärtigen Verfassung würde es sich ihrer bedienen, um auf dem afrikanischen Kontinent Schaden anzurichten. Der Schaden träfe vor allem die großen Adern des Handelsverkehrs, welche die zivilisierten Nationen verbinden ..."

Das englische Unterhaus nimmt diese Rede des englischen Außenministers zur Kenntnis. Es ist von der Berechtigung der aufgestellten Forderungen vollkommen überzeugt. Es bestehen auch für die Mitglieder des Unterhauses, bis auf wenige Ausnahmen, keine berechtigten Zweifel an der großen kolonialen Schuld des Deutschen Reiches. Die wenigen Außenseiter, die im englischen Unterhaus mit tiefer Skepsis oder gar, wie Mr. Snowden, in offener Auflehnung der großen Masse der Annexionsbegeisterten gegenüberstehen, werden von der hohen englischen Politik nicht ernst genommen. Von ihnen ist zwar gelegentlich Auflehnung, aber kaum ernstlicher Widerstand gegen die Annexionspolitik der Regierung zu erwarten. Die geradezu phantastische Heuchelei und Unwahrhaftigkeit, die Heimtücke und Unlogik der Beweisführung für die koloniale Unfähigkeit der Deutschen durch den englischen Außenminister würde von jedem einsichtigen Engländer verurteilt worden sein, wenn nicht die Vergiftung der gesamten öffentlichen Meinung in England dank der „unwahren und kostspieligen Propaganda" eine vollkommene gewesen wäre.

Am 19. August 1918 spricht der Außenminister Englands das englische Annexionsprogramm offen aus. Am 20. August 1918 findet sich für den Staatssekretär des Kolonialamtes des Deutschen Reiches, Dr. Solf, die Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit mit den englischen Annexionisten, Imperialisten, Kriegsschuldvätern, Kolonialschuldkonstrukteuren in ein ernstes Gericht zu gehen. Er spricht in Berlin in einer großen Kundgebung der Deutschen Gesellschaft zur deutschen Nation und zum neutralen und zum feindlichen Ausland. Die Eindeutigkeit der Zurechtweisung des britischen Außenministers Balfour wirkt wie ein reinigendes Gewitter und überzeugt seine Hörer von dem tiefen Gefühl des Rechtes, aus dem sie kommt. Es würde bedeuten, jedes der Worte des deutschen Staatssekretärs abzuschwächen, wollte man ihren Inhalt nur berichtend wiedergeben. Sie sollen darum in ihrer schicksalhaften Größe, in ihrer Wucht und lapidaren Kürze hier stehen als die berechtigte Abwehr eines ungeheuerlichen Angriffes auf das unveräußerliche Recht und auf die Ehre der deutschen Nation:

„... Ich darf es heute aussprechen, daß die Sicherstellung unserer kolonialen Zukunft nicht allein als das Ziel unserer Regierung und bestimmter Interessengruppen gilt, sondern daß es ein deutsches Volksziel geworden ist.

Bis tief in die Arbeiterkreise hinein ist heute das Bewußtsein lebendig, daß die Erhaltung unseres kolonialen Besitzes eine Ehren- und Lebensfrage für Deutschland als Großmacht ist, daß das koloniale Ziel an nationaler Bedeutung keinem anderen Ziel nachsteht.

Diese Einigkeit ist besonders wohltuend angesichts der Pläne unserer Feinde, die in den letzten Tagen so deutlich enthüllt worden sind wie noch niemals zuvor.

...Es liegt eine der bedeutsamsten Äußerungen der englischen Politik vor, die Rede des Herrn Balfour im Unterhaus. Der Staatssekretär des Auswärtigen meldet in aller Form Englands Anspruch auf die Annexion unserer Kolonien an und zögert nicht, diesen Anspruch moralisch zu begründen. Das ist nun einmal notwendig in England. Zu diesem Zwecke beschäftigt er sich nicht allein mit unserer kolonialen Methode, sondern geht mit vollen Segeln in die große Politik, unternimmt einen moralisierenden Weltspaziergang und verkündet am Schluß die englische Glaubenslehre, die darauf hinausläuft, das Recht Englands auf die absolute Weltherrschaft als etwas Selbstverständliches hinzustellen, Deutschlands Anspruch aber, eine Großmacht zu sein, moralisch zu vernichten.

„Meine Herren, Balfours Anklage gegen Deutschland verlangt gebieterisch eine Antwort. Dazu schweigen, hieße, die Mitschuld an der Verunglimpfung unseres Vaterlandes auf sich laden. Ich will mich daher mit den einzelnen Punkten der Rede des Herrn Balfour, soweit sie im telegraphischen Auszug wiedergegeben ist, auseinandersetzen...

...Ich komme nun zu dem, was Balfour über die Kolonien sagt, und zitiere ihn wörtlich:

‚...Wir haben unser Gebiet ausgedehnt, wir haben Deutschlands Kolonien genommen, und ich glaube nicht, daß jemand, der deutsche koloniale Methoden gründlich studiert hat, überrascht wird, wenn wir sagen, daß die Besserung groß ist...‘

Dann fährt er fort:

‚...Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschland Unterseebootsbasen auf allen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zur Verfügung Deutschlands stellen? Deutsche Herrschaft in den Kolonien würde tyrannische Herrschaft über die Eingeborenen bedeuten und die Aufstellung großer schwarzer Armeen in Zentralafrika...‘

Meine Herren, das heißt also mit anderen Worten: England erobert ein Land, behauptet, es besser regieren zu können als sein rechtmäßiger Besitzer, und leitet daraus den Anspruch ab, es zu annektieren. Mit dieser Argumentation könnte man eine englische Monroe-Doktrin für die ganze Welt erklären.

Ich aber möchte die folgenden Fragen stellen:

Weiß der englische Staatssekretär des Auswärtigen nichts von der Dezimierung der farbigen Bevölkerung in den verschiedenen Kolonien Afrikas durch das Vorgehen der Entente, nichts von den im Unterhaus zugegebenen Zwangsaushebungen in Britisch-Ostafrika, nichts von den riesigen Arbeiter- und Soldatenheeren aus englischen und französischen Kolonien? Hat er sich bei seinem Kollegen vom englischen Kolonialamt erkundigt, was es bedeutet, mit Eingeborenen gegen Eingeborene Krieg zu führen? Hat er eine Ahnung von dem unermeßlichen Schaden für die koloniale Sendung aller Kulturvölker, der daraus entstehen muß, daß man Schwarze im Kampf gegen Weiße verwendet und nach Europa bringt?

Zweifelt Herr Balfour ernstlich daran, daß das Schicksal ganz Afrikas besser gewesen wäre, wenn England die Kongoakte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß Deutschland die einzige kriegführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat?

Ist Herr Balfour heute bereit, das gleiche für England zu versprechen und mit französischen Methoden und Churchillschen Plänen endgültig zu brechen? Meine Herren, ich erwarte keine Antwort auf diese Fragen! Die Balfoursche Rede soll nicht der staatsmännischen Aufklärung dienen! Die Khaki-Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Die kurze Geschichte unserer Kolonien zeigt, daß wir weder in Afrika noch in der Südsee aggressive Politik getrieben haben. Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Übergewicht, wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir wünschen eine Regelung der Kolonialfragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen. Die wirtschaftliche Tüchtigkeit allein ist kein genügender Rechtstitel! Kolonisieren heißt Missionieren! Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die die Menschheit auch in den Farbigen achteten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hat sich Deutschland vor dem Krieg erworben! Die Befreiergeste, mit der die Annexion der deutschen Kolonien als ein gottgewolltes Werk plausibel gemacht werden soll, ist Blasphemie! Es erscheint Balfour als etwas Selbstverständliches, den Raubinstinkt der englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen.

Es ist ihm so selbstverständlich, daß er nicht merkt, wie lächerlich es wirkt, in einem Atem das Streben Deutschlands nach der allgemeinen Vorherrschaft zu brandmarken und für sein Land ein offenes Bekenntnis zur unverschleierten Annexionspolitik in Afrika und Asien abzulegen..."

Bewußt, eindeutig, klar stellt also der deutsche Kolonialstaatssekretär dem Raubinstinkt der englischen Imperialisten das deutsche Kolonisationsprinzip und den reinen, ehrlichen Kolonisationswillen entgegen, bewußt gibt er dem Kolonialproblem den Charakter eines nationalen Problems. Für ihn ist es weiterhin kein Problem des Besitzes an sich, sondern als Teil der nationalen Ehre und der nachgewiesenen Berechtigung die Forderung einer gerechten Beteiligung an einer der größten Kulturaufgaben, die der Menschheit gestellt ist: der Erschließung der überseeischen Gebiete, besonders aber des afrikanischen Kontinentes. Die Ausführungen des deutschen Kolonialstaatssekretärs in der Deutschen Gesellschaft am 20. August 1918 haben die englischen Imperialisten unmittelbar und mit ihrer ganzen Schärfe getroffen. Die Aufregung in den Kreisen der britischen Annexionisten ist mehr als deutlich spürbar in der alsbaldigen Erwiderung des britischen Munitionsministers Lord Robert Cecil, desselben Lord Robert Cecil, der sich in der Behandlung der Kolonialfrage bereits am 21. Dezember 1917 durch den deutschen Kolonialstaatssekretär der Unwahrhaftigkeit überführen lassen mußte. Immerhin ist vom 21. Dezember 1917 bis zum 24. August 1918 eine lange Spanne Zeit für das Gedächtnis eines englischen Munitionsministers vom Schlage Robert Cecils. Dabei vergißt dieser englische Staatsminister aber nicht, daß in dieser Spanne Zeit der ungeheure Apparat der englischen Propaganda fieberhaft gearbeitet hat, daß in dieser Spanne Zeit auch das berühmt berüchtigte Blaubuch, das der deutschen Kolonialehre den Garaus machen sollte, fertiggestellt worden ist. Warum soll dann der britische Munitionsminister Lord Robert Cecil gegen den deutschen Kolonialstaatssekretär nicht also polemisieren:

„... Was die deutschen Kolonien anbelangt, so kann ich Dr. Solfs Ausführungen über das moralische Recht der Deutschen, die Beschützer der farbigen Rassen zu sein, nicht beistimmen. Ich bin der Ansicht, daß das deutsche Regiment sich als brutal und gefühllos erwiesen hat. Die britische Regierung hat hierüber Zeugnisse gesammelt und wird diese bald der Öffentlichkeit übergeben. Ich glaube, daß dann die Welt meine Auffassung teilen wird..."

So wurde von dem britischen Munitionsminister der Presse mit der Ankündigung des alsbaldigen Erscheinens des „Blaubuches" ein neues Stichwort hingeworfen; so wurde die Welt in eine neue Spannung versetzt. Die britische Regierung bereitet gegen die deutsche Nation als Kolonialmacht den letzten und entscheidenden Schlag vor. „... die britische Regierung hat Zeugnisse gesammelt...!" Das Urteil gegen die deutsche Kolonialehre taucht nun endlich aus dem Dunkel der Kommissionen in Gestalt des „Blaubuches" in das helle Tageslicht. Den englischen Imperialisten und Annexionisten, den Haßpredigern und Vernichtungsaposteln, wird leichter zumute. Die moralische Rechtfertigung der Zertrümmerung und Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes wird nunmehr der ganzen Welt als Wohltat und Recht erscheinen lassen, was vordem als Maßnahme der Gewalt gedeutet werden konnte. In der englischen Propaganda wird nunmehr das „Blaubuch" über die Verbrechen und Sünden der deutschen Kolonisten zu einem wahren Evangelium im Kreuzzug gegen die „Hunnen", dasselbe „Blaubuch", von dem später tausend gewichtige Stimmen als von einem Dokument der größten Verlogenheit und Heuchelei sprechen werden. Oder sind dem ehrenwerten Herrn Munitionsminister Lord Robert Cecil die Ausführungen der südafrikanischen Zeitung „De Burger" von 1924 zu einem Ohrenschmaus geworden:

„... Wir wissen heute, daß diese Beschuldigungen unwahr sind. Die deutschen Kolonien wurden nicht schlechter verwaltet, als der Kolonialbesitz irgendeines Verbündeten. Wir müssen sogar anerkennen, daß gewisse deutsche Kolonien heute schlechter verwaltet werden und entwickelt werden als früher bei den Deutschen..."

Wie aber fühlt sich der Humanitätsapostel Lord Robert Cecil bei der aufrichtigen Erklärung seines Landsmannes Sir William Harbutt Dawson, wenn er, der Gerechtigkeit und Wahrheit die Ehre gebend, in seinem Vorwort zur englischen Ausgabe des Werkes des ehemaligen Gouverneuers von Deutsch-Ostafrika „Die koloniale Schuldlüge" folgendes erklärt:

„... was mich betrifft, der ich ängstlich um die Wahrung unseres guten englischen Namens besorgt bin, so werde ich niemals aufhören, die Gebietsmehrungen als in schäbiger und unehrlicher Weise zustande gekommen und ihre Besitzergreifung als die niedrigste Tat zu bezeichnen, die jemals im Namen der englischen Krone, der Regierung und des Volkes geschah..."

Die ganze Verlogenheit und Schimpflichkeit des von Lord Robert Cecil mit großem Pathos zu seiner eigenen Rechtfertigung angekündigten „Blaubuches" aber geht aus den geißelnden Worten des Premierministers der Südafrikanischen Union, General Hertzog, hervor. Er fordert die ganze englische Nation auf, dieses „Dokument der Schande" aus dem öffentlichen

Leben verschwinden zu lassen und es mit Schimpf und Schande der Vergessenheit zu überantworten:

„... Die Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit dieser Urkunde genügt, sie zu dem schimpflichen Begräbnis aller ähnlicher Schriften der Kriegszeit zu verdammen ..."

Bis zu der Einsicht, die sich zu solch gerechter Beurteilung der deutschen Kolonialgeschichte, des deutschen kolonialen Strebens und damit auch der deutschen Forderung nach gerechter Beteiligung an den unerschlossenen Gebieten in den Tropen durchgerungen hat, ist allerdings von dem Augenblick an, da der Munitionsminister des englischen Weltreiches, Lord Robert Cecil, seine Anklagen gegen das Deutsche Reich erhebt, ein langer Weg der tragischen Irrungen und Wirrungen.

Am Anfang dieses Weges menschlicher Torheit und Unzulänglichkeit stehen die Botschaften des Heilsapostels aus Übersee, stehen die wortreichen Kundgebungen zur Befriedung der Alten Welt durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Woodrow Wilson. Seit seiner ersten großen Kongreßrede am 8. Januar 1918 erfüllten seine programmatischen Erklärungen für eine Friedensschließung zwischen den kämpfenden Völkern die Welt mit einer unbeschreiblichen Erregung. Allerdings steht das Befriedungsprogramm, insoweit es eine gerechte Regelung der Kolonialfrage anstrebt, im absolutesten Widerspruch zu den Willensäußerungen der englischen Regierung, ihrer Staatsmänner, ihrer imperialistisch orientierten Interessengruppen, es steht aber auch im krassesten Widerspruch zur behördlich beeinflußten Propaganda der Feindbundpresse, steht im Widerspruch auch zur öffentlichen Meinung in den Feindbundstaaten.

Wilson verkündete:

„... das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm — unserer Auffassung nach das einzig mögliche — ist folgendes:

... V. Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll ...

... Wir sind nicht auf Deutschlands Größe eifersüchtig, und es ist nichts in diesem Programm enthalten, das sie schmälert. — Wir wünschen ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt, der Neuen Welt, in der wir leben — nicht aber einen Herrscherplatz ..."

Am 11. Februar 1918 erweiterte der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, seine Erklärungen und verkündet in einer abermaligen Rede vor dem Kongreß:

„... die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

Erstens, daß jeder Teil der schließlichen Auseinandersetzungen auf der dem betreffenden Falle innewohnenden Gerechtigkeit und solchen Adjustierungen aufgebaut sein muß, von denen die Herbeiführung eines Friedens von Dauer am wahrscheinlichsten ist.

Zweitens, daß Völker und Provinzen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden dürfen, gerade als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiele wären, sei es auch in dem nunmehr für immer diskreditierten Spiele des Mächteausgleiches, sondern

drittens, daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen getroffen werden muß und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleiches oder eines Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten.

... Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben ..."

England und seine Regierung nehmen die Heilsbotschaften von jenseits des Atlantik mit merklichem Unbehagen auf. Die Politiker des Britischen Weltreiches stellen die Kundgebungen aus dem Weißen Hause zu Washington zur Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit ohne Annexionen und Entschädigungen, stellen die 14 Punkte der Heilsbotschaft des Präsidenten Wilson zunächst lediglich als einen aussichtsreichen Faktor in Rechnung, der das gläubige Volk der Deutschen vielleicht zu einer alsbaldigen Waffenniederlegung veranlassen könnte. England denkt bereits in diesen Tagen nicht einen Augenblick daran, einer Lösung der Kolonialprobleme, wie sie das Programm der 14 Punkte vorsieht, zuzustimmen. Für England kann nur die Lösung in Frage kommen, die es selbst gefunden, bereits laut genug verkündet hat, und die es für die alleinseligmachende hält und deshalb auch im Namen der Menschheit und ihrer ewigen Rechte für die allein gerechte erklärt. England stellt auch nach den Befriedungsaktionen des amerikanischen Präsidenten die Propaganda in der Kolonialfrage nicht einen Augenblick ein, verschärft sie im Gegenteil noch.

Das englische „Blaubuch" erscheint und erregt die europäischen und überseeischen Völker in kaum vorstellbarer Weise. Die allenglische Propaganda tritt mit eindeutigen Worten für eine sofortige und endgültige Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes ein. Die Phantasie imperialistischer Journa-

listen kennt überhaupt keine Begrenzung mehr. Das Volk der Deutschen wird mit einer Hochflut von Verleumdungen, Verdächtigungen, Beschimpfungen und Anklagen überschüttet. Englische Staatsmänner bestärken diese Hetze durch entsprechende Inspiration und eigene annexionistische Willensäußerung vor der Weltöffentlichkeit. Weiterhin bekommt der Propagandafeldzug in der Feindbundpresse gewaltigen Auftrieb durch die gescheiterten deutschen Großangriffe an der Westfront. Er nimmt überwältigende Ausmaße und Formen an. Das Haus Northcliffe macht ungeheure Geschäfte in Völkerverhetzung. Für die verbündeten Mächte steht nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten der Endsieg über die Mittelmächte fest. „Der Kreuzzug im Namen der ewigen Menschenrechte gegen die Deutschen" führt zum Erfolg. An der endlichen Niederlage des deutschen Militarismus ist nicht mehr zu zweifeln. Nun muß sie kommen, die große Zeit der Ernte für die britischen Imperialisten, nun muß sie kommen, die Zeit, da man den „Deutschen die Taschen bis auf den Grund" aussuchen darf. Die Vertreter der englischen hohen Politik spielen sich mit jedem Tag mehr in die Rollen der Sieger hinein. Ihrem Machthunger muß bereits jetzt alle Vernunft und die Gerechtigkeit weichen.

Nach dem Staatssekretär des Auswärtigen, Balfour, nach dem Munitionsminister Lord Robert Cecil findet nunmehr auch der englische Kolonialminister, Herr Walter Long, endlich die Gelegenheit, auf den Kampfplatz zu treten und gegen einen, durch Heimtücke und Heuchelei, durch Verrat und Hinterlist gefallenen Riesen diktatorisch seine Forderungen anzumelden. Er erklärt am 13. Dezember 1918 der Welt:

„... Wir haben die deutschen Kolonien in ehrlichem Kampfe erobert, und ich hoffe, es besteht kein Zweifel darüber, daß wir sie behalten werden ..."

Wäre die Vergiftung der Welt zu diesem Zeitpunkt, dank der „kostspieligen und unwahrhaftigen" englischen Propaganda, dank der Reden britischer Staatsmänner und Politiker, dank der Heilsbotschaften, dank des in seiner Verlogenheit als „schimpflichstes Dokument" allgemein verbreiteten britischen „Blaubuchs" nicht so vollkommen gewesen, die ganze Welt hätte bei den anmaßenden Worten des englischen Kolonialministers in ein einziges Hohngelächter ausbrechen müssen.

Für den Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes, für die deutsche Regierung, für das gesamte deutsche Volk aber steht trotz aller Feindbundpropaganda, trotz aller mehr oder weniger deutlichen Demonstrationen des Annexionswillens britischer und anderer Staatsmänner als Gewißheit unerschütterlich fest: Das Kolonialproblem ist, soweit es die Nation der Deutschen unmittelbar angeht, zu einem unabänderlichen Bestandteil der deutschen Ehre geworden. Die ungezählt und in hundertfältiger Form ausgesprochenen Diffamierungen, Beschuldigungen, die Kolonialschuldlüge und koloniale Unwürdigkeitserklärung werden vom deutschen Volk in ihrer Verlogenheit, Übertreibung und absoluten Ungerechtigkeit zurückgewiesen. Das ganze deutsche Volk hat die nationale Bedeutung des Kolonialproblems längst erkannt und steht unverrückbar auf dem Standpunkt, daß das Kolonialproblem, von dessen Lösung das Wohl der gesamten Menschheit unmittelbar berührt wird, von dessen gerechter Lösung nach den Grundsätzen der Vernunft die Sicherung des Weltfriedens abhängt, nicht gelöst werden kann durch Raub und Zertrümmerung des deutschen Kolonialbesitzes, durch seine einfache Annexion durch die britischen Annexionisten, die vorgeben, einen Rechtstitel schon allein darin zu besitzen, daß sie diese Kolonien „in ehrlichem Kampfe erobert" hätten. Die Kundgebungen der deutschen Regierung zu einer gerechten Lösung der Kolonialfragen nach Friedensschluß lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß für die deutsche Regierung die Lösung des Kolonialproblems eine Aufgabe von höchster politischer und sittlicher Bedeutung darstellt, die außerdem die vitalsten Interessen der gesamtdeutschen Nation unmittelbar berührt. Die deutsche Regierung bekundet zu verschiedenen Malen, daß sie den Standpunkt vertritt, daß ihr die erfolgreiche Fortführung ihrer Kolonialpolitik durch keine Nation der Erde verwehrt werden kann, da dafür in politischer und rechtlicher Hinsicht alle Voraussetzungen fehlen. Die Kundgebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die angeblich um der Menschenrechte willen in den Krieg gegen die Mittelmächte eingetreten sind, erscheinen der deutschen Regierung als eine unumstößliche Garantie dafür, daß man ein großes ehrliebendes Volk nicht ohne weiteres zu einem Helotenvolk herabwürdigen darf, daß man es gerade um der allgemeinen Menschenrechte willen nicht wirtschaftlich vernichten darf durch seine Abschließung von den großen Rohstoffgebieten der Erde, insbesondere aber von der lebensnotwendigen Rohstoffgewinnung in eigenen afrikanischen Kolonien. Es ist deshalb auch der Standpunkt der deutschen Regierung, ja des ganzen deutschen Volkes, wenn der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes, wenn Dr. Solf zu Ende des Kriegsjahres 1918 in der Zeitschrift „Das neue Deutschland" sich über die Eingeborenenbehandlung folgendermaßen verbreitet:

„... Nach meiner kolonialen Vergangenheit, insonderheit meiner Stellungnahme zur Frage der Eingeborenenbehandlung und zum Missionswesen, brauche

ich nicht zu betonen, daß zu den zwingenden macht- und wirtschaftspolitischen Gründen als ebenso zwingende und gleichberechtigte wichtige Gründe die kulturpolitischen treten. Es besteht Übereinstimmung in unserem und im gegnerischen Lager, daß die von den Kulturvölkern über weite Gebiete Afrikas und der Südsee errichtete Herrschaft nicht zurückgezogen werden kann und darf, ohne daß die einheimische Bevölkerung Schaden erlitte und in chaotische Zustände zurückfiele. Daraus wird mit Recht die Aufgabe hergeleitet, die Herrschaft der fortgeschrittenen Rassen mit dem Ziele aufrechtzuerhalten, die zurückgebliebenen Menschen dieser Gebiete allmählich höheren Stufen der intellektuellen und moralischen Entwicklung zuzuführen. An dieser, der Kulturmenschheit gestellten Aufgabe beteiligt zu werden, ist Recht und Pflicht eines jeden der großen Kulturstaaten. Wir wollen uns der Mitarbeit auf diesem Gebiete nicht entziehen und können es nicht dulden, daß andere Staaten uns aus Eifersucht oder Mißgunst davon fernhalten. Unseren Feinden ist die kulturelle Seite des kolonialen Problems sehr wohl geläufig. Sie bildet sogar das Arsenal, aus dem sie die nach ihrer Meinung wirksamsten Waffen gegen die Wiederaufrichtung unseres Kolonialreiches zu holen pflegen. All das, was die Engländer in jahrelangem Pressekampf gegen die ihnen jetzt verbündeten Belgier, und zwar damals mit Recht, vorgebracht haben, die Greueltaten, die man Leopold von Belgien und seiner Kongoregierung vorwarf, all das wird in vermehrter Auflage jetzt gegen uns verwandt und verarbeitet! Wie viele englische, französische und sogar auch belgische Federn haben nicht das Thema variiert, die Kulturnationen könnten es vor ihrem Gewissen nicht verantworten, daß die Deutschen, die in den alten Kolonien eine brutale Politik der Ausrottung und der Ausbeutung gegenüber den Eingeborenen betrieben hätten, die Gelegenheit wiederfänden, ihre scheußlichen Kolonisationsmethoden wieder zu betätigen! Die Schriften der Kongoliga mit neuem Titel und in neuem Einband! So wenig originell diese Anschuldigungen sind, so wenig sind sie begründet; ihre Urheber verbreiten sie, soweit sie unsere koloniale Arbeit kennen, bewußt wahrheitswidrig! Wir brauchen den Vergleich mit irgendeinem anderen Kolonialstaat, England eingeschlossen, in der Tat nicht zu scheuen und dürfen die Kritik der Feinde und die daran geknüpften Folgerungen mit aller Entschiedenheit zurückweisen ..."

Im Kampf gegen die Diffamierung der deutschen Nation und ihrer Kolonialarbeit setzt also das ganze deutsche Volk, durch seinen Staatssekretär des Kolonialamtes bewußt allen Anschuldigungen gerechte und ernstgemeinte Vorschläge entgegen, besonders wenn darauf hingewiesen wird, daß

die Lösung der Kulturaufgaben in den Kolonien, entsprechend den wirtschaftlichen und moralischen Kräften des Mutterlandes, zu erfolgen habe. Die Habgier und unglaubliche Ungerechtigkeit, die in der diktatorischen Proklamation der Forderung nach einer einfachen Annexion der deutschen Kolonien durch England und Frankreich zum Ausdruck kommt, wird verstärkt erwiesen durch die Einsicht, daß die Verteilung, besonders des afrikanischen Raumes in seiner gegenwärtigen Form, niemals nach den Gesetzen der Vernunft erfolgt ist und nicht im geringsten den natürlichen Gegebenheiten entspricht. Aus dem Munde des deutschen Staatsmannes spricht das ganze deutsche Volk zur Welt, wenn er, ohne imperialistische Hintergedanken, feierlich das Gelübde ablegt und damit den Willen der deutschen Regierung dahingehend formuliert, daß nach der Erreichung des Zieles einer gerechten Verteilung der kolonisatorisch zu erfassenden Gebiete und Aufgaben, besonders in Afrika, das deutsche Volk und die deutsche Regierung mit allen Kräften im Bewußtsein der hohen sittlichen, kulturellen Pflichten, die damit, besonders den Eingeborenen gegenüber, übernommen werden, sich der Lösung der hohen Aufgaben widmen wird zum Wohle der Bevölkerung der Kolonien und des Mutterlandes zugleich. Neben der Bereitwilligkeit zur freudigen Übernahme dieser Kulturaufgaben stellt aber der Kolonialstaatssekretär des Deutschen Reiches zugleich auch die Befähigung zu ihrer Lösung aus der deutschen kolonialen Vergangenheit fest. Er befindet sich damit, entgegen den Vätern der Kolonialschuldlüge und bedingungslosen Annektierungspolitikern Lloyd George, Cecil, Carsen, Smuts, Balfour, Long usw., in der besten Gesellschaft, nämlich in der Gesellschaft des wahrscheinlich besten englischen Kenners der afrikanischen Probleme, in der Gesellschaft von Cecil Rhodes. Dieser urteilte über Deutschlands Fähigkeit, zu kolonisieren, lange vor dem Kriege also:

„... Deutschland hat auf kolonialem Gebiet in zwanzig Jahren etwas geleistet, wozu England hundert Jahre gebrauchen würde ...!"

*

Aber das Schicksal der Mittelmächte, das Schicksal des Deutschen Reiches und damit auch das Schicksal seines Kolonialreiches vollzieht sich im Kriegsjahr 1918 nach dem Gesetz der zunehmenden Geschwindigkeit.

Die feldgraue Front der deutschen Kampfdivisionen steht in eiserner Pflichterfüllung und in fast legendär anmutendem Gehorsam in den Gräben, in den Bunkern, in den Unterständen. Wohl wird die Aktionsfähigkeit der kämpfenden Divisionen hart genug von dem in der Heimat durch die

Ebert, Scheidemann, Breitscheid und Genossen im ersten Viertel des Jahres 1918 angezettelten Munitionsarbeiterstreik getroffen, aber die verwirrende, vergiftende Wirkung der politischen Phrase der Sozialdemokratie strahlt noch nicht bis in die vordersten Linien aus. Die Front ist unempfänglich für Völkerverbrüderungsideen. Die Agitatoren der beiden Sozialdemokratien finden bei den Kampfdivisionen ein undankbares, ja steiniges Tätigkeitsfeld. Die verbrecherischen Meutereien in der Flotte sind bis in die Drecklinie, sind bis in die Gräben und Unterstände des Feldheeres nur unvollkommen durchgesickert. Soweit dennoch Nachrichten über Hungerrevolten in der Heimat, Revolten in Rüstungsbetrieben, Revolten bei der Flotte den Weg bis in die vorderste Linie finden, werden sie mehr oder weniger ungläubig und verständnislos sowohl von Offizier wie Mann aufgenommen. Die feldgraue Front tut ihre Pflicht und hat für all solche Meldungen nur ein Achselzucken übrig.

Bei den Verbündeten allerdings sieht es um vieles bedenklicher aus. Ganz besonders nehmen die Deserteurzahlen und die Verrätereien an der Alpenfront erschreckenden Umfang an. In der Vielheit der unter der österreichischen Fahne kämpfenden Völker und Nationen kann allein die Erklärung nicht mehr gesucht werden. Nach dem Rücktritt Hötzendorfs versagt die österreichische Heeresführung offensichtlich, besonders in der Frage der Geheimhaltung ihrer Pläne und Absichten, in der Frage der Immunisierung der kämpfenden Front gegen hochverräterische Umtriebe im Hinterland und in den Garnisonen, in der Frage der erschreckend hohen Überläuferzahlen, in der Frage der Liquidierung der ungeheuren Armee der Drückeberger hinter der Front und in der Heimat, die nachgerade zu einem beängstigenden Element der Zersetzung geworden ist. In unverständlicher Verkennung der dadurch geschaffenen Lage amnestierte die oberste Führung der k. u. k. Armeen, amnestierte vor allen Dingen deren oberster Kriegsherr, der letzte Habsburger, Karl, offensichtliche Hochverräter und Meuterer.

Die hochverräterischen Handlungen des letzten gekrönten Habsburgers, die Hochverrätereien des Wiener Hofes, an der Spitze die der Kaiserin aus dem Hause Bourbon, werden dabei in all ihren Einzelheiten erst viel später, leider allzu spät, in Österreich und im Deutschen Reich bekannt. Sie aber werden 1918, außer dem Eintritt Amerikas in den Krieg, auf den europäischen Kriegsschauplätzen zu entscheidenden Faktoren für den Niederbruch der Mittelmächte. Sie sind zu starken Triebfedern für den unbändigen Vernichtungswillen bei den Alliierten, besonders dem Deutschen Reich gegenüber, geworden. Die Hochverrätereien der Habsburger zerstören die letzte Möglichkeit eines Verständigungsfriedens und beflügeln durch die Unterrichtung der feindlichen Mächte über die katastrophalen Schwierigkeiten der Mittelmächte den Annexionswillen und die Vernichtungsabsichten der Entente.

Der deutschen Armeeführung bleiben die Hochverrätereien der Habsburger zunächst in ihren verhängnisvollen Einzelheiten unbekannt. Wohl sind die Fehlschläge an der Alpenfront, sind die zusammenbrechenden Offensiven der k. u. k.-Verbündeten Warnungssignale, wohl fehlt es an warnenden Stimmen über den Wiener Hof und seine Haltung, über die Gesamtlage im verbündeten Österreich nicht, aber die deutsche politische und militärische Führung kann die ganze Gefährlichkeit der Situation nicht überschauen. Sie vertraut trotz aller Schwierigkeiten auf die elementare Kraft der von ihrem genialen Führer Ludendorff zu Anfang des Jahres 1918 an der Westfront versammelten deutschen Armee, sie weiß, daß Ludendorff den deutschen Soldaten zu den letzten Versuchen im vierten Kriegsjahr, das militärische und politische Schicksal entscheidend zu wenden, noch einmal gegen die Front der halben Welt vorbrechen lassen wird. Die deutschen Armeen stehen in unbedingtem Gehorsam an der Westfront für die große Entscheidung bereit. An ihrer Treue ist nicht zu zweifeln, nicht zu zweifeln ist an ihrem Willen, für das Vaterland noch einmal das Äußerste zu wagen!

Ludendorff hat mit seinen Mitarbeitern noch einmal die deutschen Heere zu ungeheurer geballter Schlagkraft gesteigert. Für das Gelingen der Offensiven sind von ihm alle Voraussetzungen geschaffen worden. Die Truppenzusammenziehungen und Materialaufhäufungen in und hinter der Westfront übersteigen alles bisher Dagewesene. Von den russischen Ebenen her rollen Tag und Nacht die Transportzüge. Die russische Front ist nicht mehr. Alle verfügbaren Verbände können im Westen eingesetzt werden. So geht durch Deutschland Tag und Nacht das dumpfe Rollen der Transporte. Die Heimat ahnt den kommenden Tag der letzten Entscheidung und folgt trotz der riesenhaft gewordenen Not, folgt trotz Hunger und Entbehrung, folgt trotz hochverrätischer Volksverhetzer dem Appell der Obersten Heeresleitung und rafft in einer gigantischen Anstrengung noch einmal alle Kraft zusammen, um die Versorgung der kämpfenden Fronten in den Tagen der Entscheidung sicherzustellen. Der Glaube der Heimat an die oberste politische und militärische Führung des Reiches ist unerschüttert! Das Vertrauen der feldgrauen Front in die Größe, ja Unfehlbarkeit ihrer obersten Führer, läßt die bevorstehenden Offensiven nicht einmal als Wagnis erscheinen.

Endlich brüllen die Geschütze der deutschen Batterien mit furchtbarer Ge-

walt bei Amiens los. Sie hämmern in unvorstellbar kurzer Zeit mit der Stahlgewalt ihrer Granaten die feindlichen Stellungen zusammen, zerschmettern Gräben und Unterstände, zerfetzen Drahtverhaue und Hindernisse, zerschlagen die Verteidigerverbände zu einer formlosen Masse. Die deutschen Sturmdivisionen brechen vor aus eigenen Drahtverhauen und betonierten Schützengräben und Unterständen, brechen hinaus ins freie Feld. Wie ein unfaßbares Wunder überkommt den deutschen Frontsoldaten, überkommt die Sturmdivisionen dieser Sturmlauf nach den Jahren erbitterter Stellungskämpfe, nach dem Maulwurfsleben in Gräben und Erdlöchern. Wie ein unfaßbares Wunder ist für die Führung der Elan des ganzen Angriffs. Mit ungebrochenem Drang und einer Überlegenheit, ganz wie zu Anfang des Krieges, stürmt die deutsche Infanterie die feindlichen Stellungen und zerschlägt, einmal das freie Gelände gewonnen, jeden Widerstand. Die deutsche Infanterie treibt Truppen aus der halben Welt in diesen Märztagen vor sich her. Die Erfolge der ersten Offensive sind räumlich groß und können dennoch nicht zu entscheidender Bedeutung ausgeweitet werden. Aus vielen Gründen kommt der stürmisch vorgetragene Angriff vor Amiens zum Stehen. Der Blutzoll, den die deutschen Divisionen zahlen, ist groß, aber er wird übertroffen von dem moralischen Verlust, den die stürmenden Divisionen erleiden, dadurch, daß sie nach einem kaum begonnenen Siegeslauf erneut die Front im Grabenkrieg erstarren sehen. Der feindliche Widerstand verstärkt sich von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. Die März-Offensive führt zu Teilerfolgen, aber die Entscheidung fällt nicht durch sie. Die Offensive brennt aus in Teilunternehmungen, die abwechselnd bereits wieder Teilerfolge und Niederlagen bringen.

So bereitet die Oberste Heeresleitung für das Ende des Monats Mai die zweite Groß-Offensive des Jahres 1918 mit aller Gründlichkeit vor.

Abermals brüllen die zusammengezogenen Batterien der leichten, mittleren und schweren deutschen Artillerie ihr unheilschwangeres Lied. Abermals werden die feindlichen Stellungen zerschlagen, ausgebrannt, eingeebnet. Abermals brechen die deutschen Sturmdivisionen vor und überrennen im ersten Sturmlauf jeden Widerstand. Die Zahl der Gefangenen ist erfreulich groß. Der Anfangserfolg läßt Hoffnungen emporwachsen auf einen entscheidenden Erfolg, der aber trotz aller Kraftentfaltung nicht Wirklichkeit wird. Die feindliche Front wird zwar zurückgedrängt, aber sie wird nirgends entscheidend durchbrochen. — Und auch diese zweite deutsche Offensive des Entscheidungsjahres 1918 brennt aus zu Schlacke.

Die Warnungszeichen aber mehren sich und stimmen besonders die Unterführer der zusammengeschmolzenen Verbände ernster. Zum ersten Male ist im Verlaufe dieser offensiven Suche nach der Entscheidung eine Erlahmung des Angriffswillens, des Kampfwillens überhaupt bei den Fronttruppen, nicht mehr zu verkennen, ja, einzelne Kampfeinheiten versagten offensichtlich. Der Geist des deutschen Soldaten macht unaufhaltsam, wenn auch zunächst noch nicht jedem Auge sichtbar und besonders den oberen Führern der Armeen verborgen, eine verhängnisvolle Wandlung durch. Während bei der Obersten Heeresleitung die Berichte der Unterführer einlaufen und mit einem besorgten Ernst die Lage bei den Verbänden schildern, erwägt diese den dritten Waffengang des Jahres des Verhängnisses 1918, setzt seinen Beginn für die letzten Tage des Juni an.

Und also vollendet sich aber in der Zwischenzeit auch die österreichische Tragödie.

Mitte Juni 1918 bricht die Offensivkraft der österreichischen Armee für alle Zeiten zusammen. Conrad v. Hötzendorf muß, bei dem letzten Kaiser aus dem Hause Habsburg in Ungnade gefallen, seinen genialen Offensivplan, verfälscht von seinen Neidern und Nachfolgern, scheitern sehen. Die letzte Offensive der k. u. k. Armee im Juni gegen Italien scheitert vollständig. Diese Offensive sollte nach dem Willen ihres genialen Schöpfers sowohl für die österreich-ungarische Monarchie, wie für die schwerringende Front des Verbündeten im Westen zu größter Bedeutung werden. Daß diese Offensive statt dessen mit einem furchtbaren Fehlschlag endet, ist dem bereits völlig desorganisierten österreichischen Armee-Oberkommando als Anklage und schwerste Schuld zuzuschieben. Der Chef des österreichischen Generalstabes, Baron v. Arz, und der nicht minder unfähige Chef der Operationsabteilung, Generalmajor Baron Waldstätten, nehmen dem Hötzendorffschen Offensivplan die Größe und Genialität, verkümmern ihn in seiner Anlage und in seiner Ausführung und ernten damit einen der bittersten Mißerfolge, die der k. u. k. Armee jemals beschieden waren.

Wohl war die Vorbereitung der Hötzendorffschen Offensive bereits durch das Versagen jeder Organisation in der Bereitstellung des in quantitativer Hinsicht genügenden Kampfmaterials mehr oder weniger in Frage gestellt, in qualitativer Hinsicht hielt die Ausrüstung der österreichischen Sturmtruppen an der Alpenfront keiner ernsten Prüfung und keinem strengen Urteil mehr stand. Die Etappe versagte dabei vollkommen. In ihr und auf den Anmarschwegen zur Front meuterten ganz offen schon ganze Verbände. Heute wissen wir auch, daß der Hötzendorffsche Plan durch Verrat aus der allernächsten Umgebung des Kaisers Karl der italienischen obersten Heeres-

leitung in seinen Einzelheiten bekannnt geworden war. Die Offensive mußte zersplittern und zerflattern!

Den österreichischen Soldaten trifft an diesem Mißerfolg keine Schuld. Er tut seine Pflicht. Er kennt seine offensive Kampfstärke und fühlt selbst in diesem kritischsten Augenblick des Krieges an der Alpenfront trotz aller Not, trotz mangelhafter Ausrüstung, trotz aller Mängel in der Organisation des Nachschubs an Reserven und an Kampfmaterial sich seinem Gegner turmhoch in der Führung des Kampfes überlegen. Er bricht, gehorsam dem Befehl, aus seinen Ausgangsstellungen hervor gegen die italienischen Befestigungen. Auch die getarntesten Hindernisse und die schwersten Drahtverhaue können seinen Sturmlauf nicht aufhalten. Der Gegner weicht entsetzt vor diesem Angriffsgeist. Der Sieg ist greifbar nahe. Aber ein schwaches Geschlecht von Führern macht diesen beispiellosen Mut, diesen Opfergang um der Freiheit und Rettung des Vaterlandes willen sinnlos. Von der eigenen Artillerie verlassen, stehen die Stürmer, in Fels und Eis kämpfend und sich notdürftig mit unzulänglichen Mitteln gegen einen feindlichen Abwehrfeuerorkan wehrend, in den eroberten feindlichen Stellungen. Mit ungeheurem Blutzoll zahlen sie ihr Heldentum und ihren Willen, das eroberte Gelände mit Zähnen und Klauen festhalten zu wollen. Und sie müssen dennoch zurück in ihre Ausgangsstellungen, wenn sie nicht bis zum letzten Mann aufgerieben werden wollen. Die letzte Offensive der österreichischen Armee zerschellt so und zersplittert so in bedeutungslosen Teilunternehmungen.

Der letzte Akt der österreichischen Tragödie hat begonnen!

Der Zerfall ist unaufhaltsam. Nichts stemmt sich ihm mehr entgegen. In den großen Städten führen die Juden und Sozialdemokraten das große Wort. In den Heimatgarnisonen, in der Etappe und in der Marine greifen Meuterer und Feiglinge zu dem zweifelhaften Mittel der Sabotage. Sie wollen den Krieg beenden, indem sie Munitionslager in die Luft fliegen lassen, indem sie Aufstände der hungernden Bevölkerung inszenieren und Meuterei predigen. Dem gemeinsten Verrat fällt das Großkampfschiff der österreichischen Marine, fällt der „Szent Istvan" zum Opfer!

An der Spitze der meuternden Völker der Monarchie steht ein willensschwacher Monarch, vom verräterischen Treiben der Kaiserin beherrscht, umgeben von einem dauernd Intrigen spinnenden Klüngel von Hofschranzen, denen die kämpfenden, blutenden Fronten vollkommen uninteressant sind, beraten von einer Diplomatie, die in ihrer völligen Unkenntnis der verzweifelten Lage der Monarchie, weltfremd, innerlich durch und durch unwahrhaft und dekadent der erschütternden Not der österreichischen Völker gegenübersteht. Aus der Volksvertretung kann kein rettender Gedanke kommen. Sie ist zerrissen in Parteien und Parteichen, zerspalten in Gezänk und Meinungen, beschäftigt mit Reden und Debatten. Inzwischen aber wird die öffentliche Meinung revolutionsreif gemacht von volks- und artfremden Intellektuellen, die in einer Armee von Feiglingen und Drückebergern bereits eine willfährige Schülerschaft für ihre marxistischen Hetzreden und Theorien gefunden haben. Der letzte Wille zum Widerstand wird untergraben. Das alte Österreich ist reif zum Fall, und es fällt!

Deutschland steht, da auch die türkische Front wankt und der Zusammenbruch der bulgarischen Front nur noch eine Frage der Zeit ist, in seinem Abwehrkampf gegen eine Welt von Feinden nunmehr allein. Und der deutsche Riese, der reinen Herzens und reinen Gewissens 1914 in diesen Waffengang ging, erhebt sich noch einmal, um in einer einzigen Anspannung aller verbliebenen Kräfte eine Wendung des Geschicks herbeizuführen.

Zu demselben Zeitpunkt, da in Fels und Eis in den Alpen die Offensive der österreichischen Armee zerschellen mußte, entbrennt im Westen die von Ludendorff vorbereitete Angriffsschlacht in ihrer ganzen Größe und Grauenhaftigkeit. Im Juli 1918 unternimmt Ludendorff mit einem Ungestüm ohnegleichen den Versuch unter Einsatz aller Kampfmittel, die ihm noch zur Verfügung stehen, den Versuch, in einem einzigen Anlauf die Front der Gegner zu überrennen und den Marschall aller Franzosen und seine Armeen entscheidend zu schlagen.

Die Vorbereitung dieser letzten deutschen Offensive grenzt fast an das Wunderbare. In den Wochen vor ihrem Ausbruch wird hinter der Front ein ungeheurer Apparat aufgebaut, gewaltige Mengen an Material angehäuft. Trotz Munitionsarbeiterstreiks, trotz bedenklichsten Rohmaterialmangels schafft die Heimat noch einmal das fast unmöglich Erscheinende. Die Waffenschmieden des Deutschen Reiches geben, was sie nur zu geben vermögen. Alle Waffengattungen sind glänzend aufeinander eingespielt. Armee und Führung kennen das zu erreichende Ziel. — Die Entscheidung muß diesmal erzwungen werden! — In den Stäben und Kommandostellen werden Arbeitsleistungen vollbracht, die fast über menschliche Kraft hinausgehen. Ludendorff, der Generalquartiermeister und Führer der deutschen Armeen, gestattet sich selbst nur noch Atempausen. Seine Stunden sind angefüllt mit Arbeit an fast allen Problemen, die dieser Krieg und seine militärische und politische Führung nur aufgeben können. Seine Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst kennt angesichts des hohen Einsatzes bei diesem Suchen der letzten Ent-

scheidung keine Grenzen mehr. Um Deutschlands willen fordert er von sich die äußerste Anspannung aller Kraft und damit die äußerste Leistung; er fordert sie aber auch von seinen Mitarbeitern, er fordert sie von der gesamten deutschen Armee, er fordert sie vom ganzen deutschen Volk! Die Gesetze des „totalen Krieges", viele, viele Jahre später von Ludendorff erst endgültig geformt und ausgesprochen, werden bei der Vorbereitung der Juli-Offensive 1918 bereits zur Richtschnur und zur Triebfeder für sein Handeln und für sein Tagewerk. Der Generalquartiermeister kennt die Tragweite seiner Entschlüsse, er kennt ihre Schwere und die Verantwortung, die sie für ihn bedeuten. So sucht er nunmehr die Entscheidung für Deutschland! Er will sie erzwingen, indem er die geballte Offensivkraft der deutschen Armeen, des deutschen Frontsoldaten, gestützt auf den mit mathematischer Genauigkeit aufgebauten Kriegsapparat, gegen die noch ungebrochene Front der Entente wirft.

Die sommerliche Welt bebt von dem Donner der Geschütze aller Kaliber. Die Luft und die Erde dröhnen von den Abschüssen und Einschlägen. Pausenlos tobt dieser Höllenorkan aus gurgelnden, zerplatzenden Granaten, aus glühendem Eisen. Flugzeugmotore peitschen die Luft. Maschinengewehre rattern und hacken. Handgranaten krepieren. Minen und Lufttorpedos ziehen ihre unheilschwangere Bahn. Die Hölle ist los. Ein Titan, ein Heer von Titanen ist entfesselt und rast über die brüllende, zerfetzte, aufgewühlte Erde. Der Vernichtungsorkan rast weiter. Vorwärts! Hinter ihm treten die deutschen Divisionen zum Sturm auf die feindlichen Stellungen an. Sie stoßen nicht mehr auf Widerstand, sie stoßen in eine fast gespenstische Leere. Überrannt werden von ihnen ohne jede Gegenwehr die erste, die zweite, die dritte feindliche Stellung. Die feindliche Artillerie schweigt vollständig. Ist sie vernichtet von dem deutschen Feuersturm? Ein seltsames, ein unheimliches Gefühl überkommt die vorbrechenden deutschen Divisionen! Erst als sie sich anschicken, auch die dritte feindliche Stellung zu überschreiten, begegnet ihnen leichter Widerstand. Sie treffen auf feindliche Kavallerie, die die fast eingeebneten Stellungen aber nur schwach verteidigt. Die Verteidiger werden geworfen. Dann richten sich die deutschen Divisionen in den genommenen feindlichen Stellungen für die Weiterentwicklung der Kämpfe ein, streben die Neuordnung ihrer Verbände an, erwarten das Nachziehen der deutschen Artillerie.

Da greift nach ihnen die Hand des Todes und der Vernichtung mit überwältigender Gewalt!

Der deutsche Generalquartiermeister hatte alle Faktoren für das Gelingen oder Mißlingen seiner Generaloffensive in Rechnung gestellt, nur einen einzigen nicht: den Verrat! Die deutschen Offensivpläne sind dem Führer der Ententearmeen, sind dem Marschall aller Franzosen in ihren wesentlichen Zügen durch Verrat bekannt geworden. Er erkennt sofort die Größe der Gefahr und begegnet ihr nicht durch doppelten Einsatz an Menschen und Material, durch Widerstand um jeden Preis, sondern löst sich unbemerkt von den deutschen Patrouillen aus dem drohenden deutschen Zugriff. Er räumt seine vordersten Stellungen, zieht seine Kampfdivisionen aus dem Bereich der zu erwartenden deutschen Feuerwalze, entzieht aber vor allen Dingen seine Artillerie der Vernichtung durch die zusammengefaßte Gewalt der deutschen schweren Artillerie. Nur die hinteren Linien besetzt er mit einem dünnen Verteidigungsschleier aus Kavalleristen. So muß der deutsche Stoß sich im leeren Raum verlieren. Die Verluste der französischen Armeen sind verhältnismäßig unbedeutend im Verhältnis zu dem phantastischen Verbrauch an Material, zur Größe der deutschen Vorbereitungen, zur Wucht des artilleristischen Einsatzes, wie des Einsatzes aller Waffengattungen überhaupt. Der deutsche Stoß hat die Erde an sich, nicht aber die feindliche Armee vernichtend getroffen. Unbesetzte Stellungen sind von den Granaten der deutschen Artillerie zerschlagen und eingeebnet worden. Die französische Armee bleibt fast unversehrt, ihre Artillerie aber völlig intakt in der Hand ihres Führers.

Und Marschall Foch setzt dem Hieb der deutschen Armee den der eigenen Armeen entgegen. Zwei Tage hat der Vorbruch der deutschen Divisionen angehalten, dann rennt er sich an dem Widerstand der vorbereiteten französischen Aufnahmestellungen fest. Das Nachziehen der schweren deutschen Batterien stößt in dem völlig unwegsamen Gelände auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Die völlig intakt gebliebene französische Artillerie greift mit allen Kalibern nach den deutschen Sturmdivisionen. Sie kann das völlig ungefährdet, denn sie befindet sich zumeist außer Reichweite der deutschen schweren Batterien. So leiden die deutschen Divisionen, einem gewaltigen Feuerorkan ausgesetzt, unbeschreiblich. Die Verluste erreichen ein erschreckendes Ausmaß. Die einzelnen Verbände werden geradezu dezimiert. Hoffnungslosigkeit und die Überzeugung von der Aussichtslosigkeit des Ringens kriechen von Graben zu Graben, von Granattrichter zu Granattrichter. Einzelne Truppenteile vergessen bereits die hervorragendsten Eigenschaften des deutschen Frontsoldaten und versagen offensichtlich. Die Lage der vorgebrochenen Divisionen wird unhaltbar. Die Gesichter der Unterführer werden von Stunde zu Stunde härter, verschlossener, angesichts der Verluste. Ihre Be-

richte an die übergeordneten Kommandostellen werden überschattet von grauer Sorge. Wohl tut der deutsche Frontsoldat noch immer seine Pflicht, aber er tut sie nicht mehr in der Hoffnung, durch seinen Einsatz eine entscheidende Wendung herbeiführen zu können. Seine Hoffnung und sein Glaube haben entscheidende Stöße erlitten. Seine Seele und seine Augen sind leer, im Gluthauch dieser letzten Tage ausgebrannt. Die deutschen Divisionen kämpfen, aber sie glauben nicht mehr. – Über die Marne sind die deutschen Divisionen in diesen drei Tagen der Julioffensive abermals vorgedrungen. Über die Marne müssen die deutschen Divisionen abermals zurückgenommen werden. Es scheint, daß dieser dunkel fließende Strom zum Schicksalsstrom der deutschen Armeen werden soll.

Die deutsche Offensive brennt in den Julitagen vor Reims vollkommen aus. Ihre Kraft ist verbraucht. Der Erfolg bleibt ihr versagt. Marschall Foch aber fühlt nun seine Stunde gekommen und setzt die ganze Kraft seiner Armeen zum Gegenstoß an. Ihm steht die Rüstungsindustrie fast der gesamten übrigen Welt zur unumschränkten Verfügung. Seine materiellen Vorbereitungen sind weder durch Grenzen noch durch Einschränkungen beengt, noch vor allem durch Munitionsarbeiterstreiks in Frage gestellt. Seine Armee ist trotz der drei deutschen Offensiven im Jahre 1918 intakt geblieben. Die Auswirkungen des amerikanischen Eingreifens auf dem europäischen Kriegsschauplatz werden von Tag zu Tag spürbarer als wertvolle Entlastung und willkommene Hilfe. Die endlich erreichte Vereinheitlichung der Organisation und vor allem der Kommandogewalt gestattet dem Marschall die weitgehendste Freiheit in der Vorbereitung seiner Operationen. Was nur menschlicher Geist ersinnen kann an neuesten Kriegsmaschinerien, steht ihm unumschränkt zur Verfügung. Eine Waffe aber steht ihm in fast unerschöpflichem Ausmaß zur Verfügung, die die Entscheidung in dem kommenden gigantischen Ringen zu bringen am ehesten als geeignet erscheint. Verderbenspeiende Eisenkolosse sind es, die gegen die deutschen Linien vorbrechen werden. Nur beschränkte Abwehr kann von den Deutschen diesen Ungetümen entgegengesetzt werden. Fahrenden Festungen gleichen sie. Und sie kommen nicht mehr, wie einst bei Cambrai, in einzelnen Exemplaren, kommen nicht mehr in schwachen Verbänden, die von deutschen Sturmtrupps, von deutschen Pionieren mit geballten Ladungen erschlagen, mit Sprengröhren und Minen im Trichterfeld wehrlos gemacht, von leichten Geschützen mit direktem Schuß weidwund geschossen wurden, sie kommen nun nach heftiger Artillerievorbereitung, getarnt durch Nebel und Dunst in dichten Rudeln, in geschlossenen, großen Formationen und zerschmettern alles, walzen alles nieder, was sich ihnen noch entgegenzustellen wagt. Die feindlichen Rüstungsindustrien und Techniken der Zerstörung haben seit Cambrai und der ersten verlorenen Tankschlacht wie in einem Fieber gearbeitet, um eine gewisse Vollkommenheit dieser modernsten Waffe des Landkrieges zu erreichen. Sie haben tatsächlich mit der Schaffung einer starken Tankarmee ein wirksames Gegengewicht gegen die hohen kämpferischen Eigenschaften, gegen die Unbesieglichkeit der deutschen Infanterie geschaffen.

Zum ersten Male brechen überraschend die Tankverbände am 18. Juli 1918 gegen die schwachen deutschen Linien vor. Ihr Angriff wird hervorragend unterstützt durch das vernichtende Feuer der weittragenden französischen Artillerie. Die Deutschen müssen weichen. Es fehlt ihnen die Möglichkeit, mit einiger Aussicht auf unmittelbaren Erfolg den Kampf gegen die rollenden Eisenfestungen aufzunehmen. So bricht der deutsche Marnebogen zusammen. Die zusammengeschmolzenen deutschen Divisionen müssen im schwersten Feuer über den Fluß zurückgenommen werden. Dabei entsteht eine gewisse Verwirrung in den deutschen Linien. Die rückwärtigen Linien liegen im unerbittlichsten Feuer der weittragenden französischen Batterien. Die Versorgung der verzweifelt ringenden Divisionen selbst mit dem Allernötigsten macht der deutschen Heerführung ernsteste Sorge. Eine ganze Reihe von Formationen ist durch ernsteste Verluste zu Schlacke ausgebrannt. Die Sorgen der Heeresführung vermehren sich, als am 8. August 1918 plötzlich englische Eisengeschwader an der Ancre die dünne deutsche Front angehen und sich mit großer Zähigkeit an den deutschen Stellungen verbeißen. Stellung um Stellung muß im schwersten Entschluß aufgegeben werden. Der Durchbruch durch die dünnen Linien der Deutschen beginnt, erzwungen von der materiellen und zahlenmäßigen Überlegenheit der feindlichen Armeen, katastrophale Ausmaße anzunehmen. Die Hauptstädte der Feindbundmächte, vor wenigen Tagen noch erschauernd unter der Wucht der deutschen Offensivschläge, sind bei den Siegnachrichten von den Fronten in fiebernde Erregung getreten. Die Führung der feindlichen Armeen wittert endlich Morgenluft. Die Engländer stoßen unter rücksichtslosem Einsatz ihrer Tankformationen und ihrer übrigen Waffengattungen über die sommerheiße Erde auf Bapaume vor. Langsam und ununterbrochen kämpfend weichen die ausgebrannten deutschen Divisionen auf vorbereitete Verteidigungsstellungen zurück. Aber der französische Marschall scheut keinen Einsatz an Mitteln mehr. Er will die Deutschen schlagen um jeden Preis. So hetzt er seine ausgeruhten Verbände in ununterbrochene Kämpfe und

versucht das neuerliche Festsetzen der Deutschen zu verhindern. Am 2. September 1918 überschreiten seine Truppen die deutsche Wotanstellung. Der Ablauf der Tragödie scheint unaufhaltsam zu werden.

Vor der Führung der deutschen Armeen türmen sich die Schwierigkeiten zu Bergen an. Die Versorgung der kämpfenden Truppen mit dem Allernötigsten wird trotz Anspannung aller Kräfte unmöglich. Dazu treffen tagtäglich immer alarmierendere Nachrichten aus der Heimat ein. Ihr Versagen wird offenbar. Ja selbst für die seelische Vergiftung der kämpfenden Front durch die politische Phrase mehren sich bedenklich die Anzeichen. In der Etappe greift Zügellosigkeit um sich. Sie ist ein verderbliches Beispiel für die zurückgehenden Kampfdivisionen. In der Etappe und in der Heimat treibt sich ein Riesenheer von Abkommandierten, Unabkömmlichen und Drückebergern herum. Dafür sind die hohen Verluste der kämpfenden Front nicht mehr ausgleichbar. Reserven sind fast nicht mehr vorhanden. Also sieht sich die Heeresführung gezwungen, ganze Divisionen überhaupt aufzulösen und ihre Einzelformationen an den jeweils gefährdetsten Frontabschnitten einzusetzen. Obgleich so das Schicksal die Deutschen mit eisernen Ruten streicht, obgleich an manchen Tagen die Lage der ringenden Westfront verzweifelt zu werden droht, die Führung der deutschen Heere verliert dennoch nicht den Glauben an den deutschen Frontsoldaten. Noch stehen die deutschen Heere tief in Frankreich und Belgien. Es wird gelingen, den Ansturm fast der ganzen Welt in vorbereiteten neuen Verteidigungsstellungen endlich zum Stehen zu bringen. An diesen Stellungen und an den besten deutschen Soldaten sollen sich alle Artillerie, Infanterie und Tanks der Welt die Zähne ausbeißen. Deutschen Boden werden die Heere der feindlichen Mächte niemals betreten. Die deutsche Heimat und des Vaterlandes heilige Erde ist nach der Überzeugung der Obersten Heeresleitung geschützt gegen den Sturm aus Westen.

Aber die Oberste Heeresleitung kennt nicht die Gefährlichkeit der politischen Agitation in der Heimat und das offensichtliche Versagen der Reichspolitik, kennt nicht die Schwäche, mit der heimatliche Behörden und Kommandostellen der Masse der sozialdemokratischen Volksvertreter entgegentritt. Der Schacher um Ministersessel im Reichstag beginnt. Die Sozialdemokratie setzt den Abgeordneten Scheidemann gegen alle Widerstände als Staatssekretär durch. Erzberger geht um, und Rathenau orakelt in der politischen Wilhelmstraße. In die Mannschaftsquartiere, in die Kasernen und Lazarette trägt die politische Agitation ihr vergiftendes Wesen. Völkerbeglückungsideen, verbreitet von den Aposteln der Sozialdemokratie, finden

ihren Weg bis in die kämpfenden Linien. Die Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte dämmert herauf. Revolten und Zuchtlosigkeiten mehren sich. Auf deutschen Großstadtstraßen und -plätzen hetzen volksfremde Intellektuelle. Liebknecht und die Luxemburg dürfen ihr hochverräterisches Wesen ungestraft treiben. In Kiel, Wilhelmshaven und Cuxhaven meutert die Flotte. In München ruft der Jude Eisner die Räterepublik aus. Die deutsche Staatsform muß weichen. Weichen müssen vor dem Novembertum auch die Monarchien.

Der deutsche Frontsoldat aber tut dennoch seine Pflicht; er tut sie auch dann noch, als er erfahren muß, daß die Heimat revoltiert und ihn im Stich läßt. Sein Führer Ludendorff hatte, nachdem die ununterbrochenen Schlachten des Sommers zu einem langsamen Zurückweichen der Westfront geführt hatten, verabschiedet und in Ungnade gefallen, weichen müssen. An seine Stelle treten die Gröner, die eines Tages den geleisteten Fahneneid für eine Idee, für eine Fiktion erklären werden. Ludendorff war gegangen! Die militärische, die kämpfende Front der Feldgrauen bleibt, wenn auch zurückgedrängt, dennoch unbesiegt. Die politische Front aber geht unter in einer der jämmerlichsten Revolten, geht unter in der Novemberschmach des Jahres 1918.

So wird der Weg für die Feindmächte nach Versailles erst frei!

*

Der politische Zusammenbruch der Mittelmächte, der Zusammenbruch Deutschlands vollendet sich unter dem Stern zweier Ideen von rätselhaftem Glanz.

Mit der entfesselten Revolution bemächtigt sich der Völker der Mittelmächte, bemächtigt sich des deutschen Volkes ein unbeschreiblicher Machttaumel. Es bricht die Zeit der Demonstrationen, der Flugblätter, der Programme und programmatischen Erklärungen an, es brechen an die phrasenerfüllten Stunden der Völkerbeglückungsapostel, es brechen an die Tage der blutigen Straßen- und Barrikadenkämpfe, der Putsche, des Niederreißens aller Vergangenheit und Tradition. Laut und vernehmlich zieht eine Armee von Propheten durch die deutschen Länder. Ein Leben in Freiheit, Würde und Schönheit wird den arbeitenden deutschen Massen von ihren Führern versprochen. Der Marsch in das Paradies einer beglückenden Freiheit wird für jeden kommenden Tag festgesetzt. In einem unsinnigen Taumel werden aus dem Stegreif Gesetze für eine Neuordnung aller Dinge, für eine Reorganisierung der Menschheit überhaupt verkündet.

Eine blutigrote Sonne, so geht im Osten des Reiches die kommunistische Heilsbotschaft Lenins auf. Westliche sozialistische Parteien orientieren sich an der russischen Revolution und an ihren Doktrinen. Sie beten gläubig die Parolen nach und schreiben auf ihre Banner: „Vernichtung des ewig Gestrigen! Neuschaffung der Welt nach den Gesetzen der Weltrevolution!" — Mit einem Sturm an Leidenschaft, mit einer Wildheit, die ihre asiatische Herkunft nicht verleugnen kann, bemächtigt sich die größte und blutigste Revolution aller Zeiten allen Lebens oder vernichtet es, wo es sich ihrem Gesetz nicht beugen oder sich ihm entgegenstellen will. Millionen ermordeter Menschen bezeichnen als Meilensteine den Weg der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft durch die bolschewistische Revolution.

Die Ostgrenzen des Deutschen Reiches werden überflutet von den Sendboten des Kommunismus. Sie fordern den Aufstand der ganzen geknechteten Menschheit gegen ihre Peiniger, gegen alle Besitzenden, sie verneinen die sittliche Berechtigung des Besitzes, des Kapitals überhaupt, sie verlangen von einer fortschreitenden Menschheit die Abschaffung aller Religion und der bisher gebräuchlichen Bekenntnisse, sie predigen dabei einen Geist der Unduldsamkeit, wie ihn die Geschichte der Menschheit noch niemals zuvor gesehen hat.

Dirigiert von dem Generalstabschef der russischen Revolution, dirigiert von dem skrupellosesten Agitator fremrassigen Blutes, dirigiert von dem Juden Leo Trotzki überspringt der Geist des Bolschewismus auch die deutschen Ostgrenzen, überspringt ihre Drahtverhaue, ihre Schützengräben, dringt ein in das Leben der deutschen Nation und infiziert die hungernde Heimat der deutschen Frontsoldaten, infiziert die deutsche Etappe und versucht sich selbst an der feldgrauen Front. Die deutsche Marine meutert in Kiel und meutert in Wilhelmshaven. Ihre Matrosen strömen aus den Bergwerken der großen Schiffe und finden den Weg in sozialistische, marxistische Versammmlungen und zu ebensolchen Demonstrationen. Der völkerbefreiende Marxismus wird zu ihrem Idol! Man sagt ihnen an allen Straßenecken, man schreit es der hungernden Heimat und selbst der kämpfenden Front in die Ohren: die Weltrevolution ist gekommen. Das Ende aller Knechtschaft ist angebrochen. Die Verbrüderung der Völker, die Befreiung aller Geknechteten vollendet sich. Der Tag der großen Bruderschaft ist angebrochen!

Die Idee aus dem Osten scheint auch in Deutschland zu siegen, denn um ihretwillen muß die deutsche Staatsform stürzen, um ihretwillen ziehen deutsche Menschen hinter den roten Fahnen des Aufruhrs und der Weltrevolution über die Straßen und Plätze der deutschen Städte. Um ihretwillen herrschen im deutschen Volk die Arbeiter- und Soldatenräte. Die deutsche Republik, die bayrische Räterepublik sind Wirklichkeit geworden. Der Militarismus ist tot! Es lebt das befreite Volk!...

Und eine andere Idee erfüllt die deutsche, die europäische, die übrige Welt zur gleichen Stunde.

Zu Washington sitzt der große Heilsbringer und Beglücker der Völker. Herr Woodrow Wilson, seines Zeichens Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, predigte im Namen der Befreiung aller Völker den Kreuzzug gegen die Deutschen, gegen die Hohenzollern, gegen den deutsch-preußischen Militarismus. In ihnen sieht er von seinem Gelehrtenschreibtisch aus die bösen Geister der Welt und der Menschheit. Im Namen der ewigen Menschenrechte, im Namen der Humanität, im Namen aller geknechteten und von den Deutschen verfolgten Völker tritt der Herr des Weißen Hauses auf den Plan mit Kanonen und Granaten, mit Tanks, Minen und Maschinengewehren und Soldaten. Er mobilisiert die Rüstungswerkstätten der Vereinigten Staaten, und sie folgen seinem Ruf willig und mit großem Eifer. Er mobilisiert die Banken und Börsen der Vereinigten Staaten, und sie leisteten ihm ebenso willig Gefolgschaft. Im Namen der Humanität lieferte er Unmengen Kriegsmaterial an die alliierten Mächte nach Europa. Als sein Ziel gibt der Präsident die These von der Vernichtung des deutschen, des preußischen Militarismus aus. Für die Vernichtung dieses Militarismus' zwingt er die Vereinigten Staaten zum Eintritt in den Weltkrieg. Für die Erreichung des angegebenen Zieles der Vernichtung des deutschen Militarismus' stärkt er den imperialistischen Militarismus der Feinde Deutschlands. Befreiung der Völker und ihre Gleichberechtigung auf der ganzen Erde! Unmöglichmachung aller künftig auch nur denkbaren Kriege! Eine Welt, erfüllt von Sittlichkeit und Moral! Das alles sind Ziele, die Herr Wilson so nebenbei erreichen wollte, wenn nur erst einmal diese Deutschen besiegt und niedergeworfen worden seien!

In die hungernden Völker der Mittelmächte, hungernd und sterbend, weil es dem englischen Weltreich und seiner Führung so gefiel, in die Volksmassen, die um ihres Vaterlandes willen mehr als vier Jahre jedes Opfer gebracht und jede Not getragen haben, fallen die Heilsbotschaften aus Washington und verheißen Befreiung von allem Leid, verheißen einen gerechten Frieden, verheißen ein Leben nach den Gesetzen der Humanität. Richtete sich Lenin mit seiner Botschaft von der Weltrevolution an die Massen der „Entrechteten", der „Enterbten", der „Proletarier der ganzen Welt", so spricht Wilson mit seinen Ideen von einer Befriedung der Welt

auf Grund seiner berühmten „Vierzehn Punkte" zu all denen, die in der Revolutionierung der Welt nach bolschewistischem Muster eine unabsehbare Gefahr sehen, ahnen. Allzu blutig hatte der Führer der russischen Massen sein Werk aufgerichtet. An dem reinen Willen eines Woodrow Wilson, der mit überzeugter, überzeugender Gebärde vor dem Amerikanischen Kongreß am 8. Januar 1918 das Programm des Friedens, seine „Vierzehn Punkte" verkündete, konnte kein Einsichtiger zweifeln. Stellt dieses Programm nicht dem zerstörenden, niederreißenden Kommunismus und seinen wilden, asiatischen Predigern mit der friedlichen Lösung aller Menschheitsprobleme, mit der Befriedung und dem Neuaufbau der Welt ein Idealprogramm entgegen? Sagt dieses Programm der Befriedung der Welt nicht mit aller Eindeutigkeit, daß das große Werk für die Menschheit gesichert werden muß, durch in „öffentlichen Friedensverhandlungen festgelegte Friedensverträge", die allen beteiligten Nationen vollste Gerechtigkeit widerfahren lassen sollen? Sieht dieses Programm der „Vierzehn Punkte" nicht auch vor, daß, wie in allen Fragen der Friedensschließung zwischen den Völkern, auch in der brennenden Frage der Kolonien eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung" erfolgen soll? Will dieses Programm der „Vierzehn Punkte" nicht gerade durch die Erfüllung des vierzehnten Punktes den Frieden zwischen den Völkern für alle Zeiten sichern:

„Es muß eine allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, um großen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten."

Durch den Sommer des Kriegsjahres 1918 toben die Schlachten an der Westfront. Eine endgültige Entscheidung mit den Waffen fällt für keine der beteiligten Militärmächte. Die Deutschen weichen zwar kämpfend langsam zurück. Sie stehen aber noch immer tief in Belgien und Frankreich, sind unbesiegt und denken nicht daran, die Waffen wegen aufkommender Schwierigkeiten niederzulegen.

Zu diesem Zeitpunkt bemächtigen sich die Diplomaten und Politiker der „Vierzehn Punkte" des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie lehren die hungernden Völker der Mittelmächte das Programm der „Vierzehn Punkte" als den alleinseligmachenden Weg zu einem ehrenvollen Frieden. Die deutsche Regierung und mit ihr zugleich die Verbündeten nehmen das Programm der „Vierzehn Punkte" als Verhandlungsgrundlage für die Befriedung Europas und der Welt an. Die militärische Führung der Mittel-

mächte folgt nur vorsichtig diesem Beschluß und legt nur zögernd, dann aber im vollen Vertrauen auf die eigene politische Führung und damit auch auf die Ehrenhaftigkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten, im Vertrauen auf die Reinheit seiner Absichten und die Lauterkeit seines Willens, die Waffen nieder.

Deutschland kapitulierte, den Bolschewismus und seine blutigen Heilslehren der Zerstörung verneinend und wendete sich gläubig den „Vierzehn Punkten" des Präsidenten Wilson zu. Deutschland kapitulierte, aber es kapitulierte nicht bedingungslos!

*

Mit dem „unwandelbaren" Glauben an die Heiligkeit seiner Mission verkündet Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten sein Programm zur Befriedung der Welt, sein Programm, für dessen Verwirklichung er angeblich Amerika in den Krieg gegen Deutschland, gegen den „deutschen Militarismus" geführt hat. Dieses Friedensprogramm ist später von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk als Verhandlungsgrundlage angenommen worden. Das deutsche Volk sollte sich den Inhalt der „Vierzehn Punkte" zu allen Zeiten vor Augen halten. Es hat im Vertrauen auf die Lauterkeit dieses Programmes unbesiegt die Waffen niedergelegt. Es ist gut bei der Beurteilung der übrigen Welt, besonders aber bei der Beurteilung amerikanischer Staatsmänner, sich daran zu erinnern, was die Staatsmänner der Alliierten, was durch Woodrow Wilson selbst aus dem Befriedungsprogramm der „Vierzehn Punkte" gemacht worden ist. Hier soll das Programm der „Vierzehn Punkte" in seinem Wortlaut stehen:

„...Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses, nach unserem Dafürhalten einzig mögliche Programm ist das folgende:

I. Öffentliche und öffentlich zustande gekommene Friedensverträge, denen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art folgen dürfen. Die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt getrieben werden.

II. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf See außerhalb der Hoheitsgewässer im Frieden wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

III. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, soweit sie möglich ist, und Herstellung gleicher Handelsbedingungen unter allen Staaten, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

V. Freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche unter strenger Beobachtung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.

VI. Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie Regelung aller Fragen, die Rußland betreffen, so daß die beste und freieste Zusammenarbeit der anderen Völker ihm zu einer unbeeinträchtigten und unbehinderten Gelegenheit verhilft, seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik unabhängig zu bestimmen und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen sicher ist; und nicht nur das, sondern auch Beistand jeder Art, den es brauchen und selber wünschen mag. Die Behandlung, die Rußland in den nächsten Monaten von seinen Brudervölkern zuteil werden wird, wird der Prüfstein ihrer guten Absichten, ihres Verständnisses für sein Bedürfnis, auch wo sie von ihren Interessen abweichen, und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.

VII. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch zur Beschränkung seiner Souveränität, die es in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen genießt. Keine andere einzelne Handlung wird wie diese dazu dienen, unter den Völkern das Vertrauen und die Rechte wiederherzustellen, die sie selbst zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander sich gesetzt haben. Ohne diesen heilenden Eingriff sind Bau und Geltung des Völkerrechtes für immer erschüttert.

VIII. Alles französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, das Unrecht aber, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde und fast ein halbes Jahrhundert den Weltfrieden gestört hat, sollte wiedergutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder gesichert ist.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand sollte durchgeführt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz wir unter den anderen Nationen gewährleistet und sichergestellt zu sehen wünschen, müßte freiester Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden.

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden; Serbien sollte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten, und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Verständigung auf den geschichtlich feststehenden Linien der Zugehörigkeit und des Volkstums bestimmt werden; auch müßten völkerrechtliche Sicherungsverträge über die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes der Balkanstaaten gegeben werden.

XII. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreiches sollte unbedingte Selbständigkeit gesichert werden. Aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollte völlige Sicherheit des Lebens und ganz ungestörte Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gesichert werden; die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt den Schiffen und dem Handel aller Nationen unter völkerrechtlichen Bürgschaften dauernd geöffnet werden.

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen und einen freien, sicheren Zugang zur See erhalten. Seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit seines Gebietes sollte durch völkerrechtlichen Vertrag gewährleistet werden.

XIV. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, um großen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten."

Das amerikanische Volk, das Volk der Vereinigten Staaten sieht mit bewundernden Blicken zu seinem Präsidenten auf und gibt ihm, seine Forderungen erfüllend, alle Vollmachten, um dieses Programm der „Vierzehn Punkte" bei den europäischen Nationen zur Annahme zu bringen. Die Bevölkerung Amerikas sieht in ihrem Präsidenten den Heilsbringer der leidenden Menschheit. Für das Programm der „Vierzehn Punkte" ziehen unter dem Stichwort „Kreuzzug gegen die Friedensbrecher", „Kreuzzug für die ewigen Menschenrechte" die Heere Amerikas in den Krieg auf europäischem Boden. Mit lauten, verdächtig lauten Worten wird ein Idealismus gepredigt, aus dessen Verwirklichung ein neues Zeitalter anbrechen soll.

Dieses vielgepriesene Programm der Weltbefriedung erregt in den Feind-

bundkabinetten einiges Kopfschütteln und weckt im Zusammenhang mit den ihm folgenden Kundgebungen sofort bei den Staatsmännern der Entente den Entschluß, dieses Programm in seinen wesentlichsten Punkten zwar zunächst anzunehmen, es aber im Verlaufe von Friedensverhandlungen, die der Waffenniederlegung durch die vertrauensseligen Deutschen folgen mußten, in eben diesen wesentlichsten Punkten nach eigenem Ermessen abzuändern und umzuformen. Als Instrument, die Deutschen zu einer alsbaldigen Waffenniederlegung zu veranlassen, den Waffenstillstand herbeizuführen und Friedensverhandlungen anzubahnen, ist das Wilson-Programm den Staatsmännern offensichtlich Mittel zum Zweck. Das Wilson-Programm wird bereits bei seiner Annahme überschattet von den Vernichtungsabsichten und dem Annexionswillen besonders der Imperialisten Englands. Für sie konnte eine sachliche und gerechte Durchführung etwa des Punktes V der Wilsonbedingungen niemals ernstlich zur Diskussion stehen. Die Predigt von einer „freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung des Kolonialproblems" nötigte ihnen nur ein Lächeln ab.

„Wir haben die deutschen Kolonien in ehrlichem Kampfe erobert, und ich hoffe, es besteht kein Zweifel darüber, daß wir sie behalten werden..."

Also spricht am 13. Dezember 1918 im Namen des englischen Weltreiches der englische Kolonialminister Walter Long und bekundet damit eindeutig genug den unabänderlichen Willen der englischen Regierung, die „eroberten deutschen Kolonien" dem Britischen Kolonialreich einzuverleiben. Der Kolonialminister Englands übergeht dabei geflissentlich die Kundgebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, übergeht harthörig den Punkt V des Wilson-Programmes; ihm scheinen auch die folgenden Auslassungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht bekannt geworden zu sein, was immerhin einigermaßen zweifelhaft erscheint, denn schließlich ist der Präsident aus Übersee der wohl mächtigste Bundesgenosse der Westmächte, und sein Wort sollte eigentlich auch von den Staatsmännern Englands nicht ohne weiteres überhört werden!

Woodrow Wilson erklärte in feierlicher Sitzung der beiden versammelten Häuser des Amerikanischen Kongresses zu Washington am 11. Februar 1918 unter anderem das Folgende:

„...Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

Erstens, daß jeder Teil der schließlichen Auseinandersetzungen auf der dem betreffenden Falle innewohnenden Gerechtigkeit und solchen Ausgleichungen aufgebaut sein muß, die mit größter Wahrscheinlichkeit einen Frieden von Dauer herbeiführen muß.

Zweitens, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden dürfen, als ob sie bloße Sachen oder Steine in einem Spiele wären, sei es auch in dem nunmehr für immer verrufenen Spiele des Mächtegleichgewichtes, sondern

drittens, daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen gelöst werden muß und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder eines Kompromisses zwischen Ansprüchen wetteifernder Staaten; und

viertens, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, in das Ergebnis aufzunehmen...!"

Herr Woodrow Wilson spricht am 27. September 1918 in fast den gleichen Worten, zumindest aber in absolut dem gleichen Sinne vor den überfüllten Rängen und Parkett des „Metropolitan Opera House" zur amerikanischen Öffentlichkeit und damit zur ganzen Welt. Die ganze Welt vernahm mit gespannten Sinnen die Kundgebungen des Präsidenten. Einzig und allein die Staatsmänner Englands scheinen sie vollkommen überhört zu haben. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß Monate später Englands Kolonialminister erneut die Fanfaren der englischen Imperialisten und Annexionisten in der Frage der deutschen Kolonien blasen kann. Für jeden Einsichtigen ist zu diesem Zeitpunkt in der Entwicklung der Dinge nicht mehr anzuzweifeln, daß die englischen Imperialisten den Punkt V des Wilson-Programms nicht beachten werden, sondern daß sie auf ihrem Standpunkt, dem der Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes auch bei den kommenden Friedensverhandlungen beharren werden. Die englischen Imperialisten denken also mit keinem Gedanken daran, den Deutschen Gerechtigkeit in der Frage ihres Kolonialbesitzes gewähren zu wollen. Für die Staatsmänner des Britischen Weltreiches ist die Enteignung der deutschen Kolonien in allererster Linie zugunsten Englands eine bereits vollzogene Tatsache, an der auch mit Hilfe Wilsonscher Verkündungen nicht gerüttelt werden darf. Für jeden Einsichtigen ist es also eindeutige Gewißheit, daß die Wilsonschen Erklärungen und Heilsbotschaften von der englischen Politik niemals als ernste Faktoren in ihr System einbezogen werden sollen. — Gerechtigkeit! — Ganz gewiß wird England dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber zuvor wird man dem Gegner, wird man den Deutschen, also spricht es der Premier der englischen Regierung, Herr Lloyd George, vor der englischen

Öffentlichkeit in erfrischender Deutlichkeit aus, wird man diesen Deutschen die Taschen bis auf den tiefsten Grund aussuchen. Wahrlich keine sonderlich gute Begleitmusik zu den Friedensschalmeien des Apostels aus USA.

Aber Herr Walter Long findet mehr und mehr englische Verteidiger des Standpunktes der Annexionisten. Zu dem Hetzapostel aus der Südafrikanischen Union, zu dem General Smuts, gesellt sich ein anderer einflußreicher Politiker aus den englischen Dominien. Der Premierminister Australiens, Herr W. M. Hughes, meldet nun, da von diesen vertrauenden Deutschen kaum noch ernstliche Gefahren drohen, meldet nunmehr, da der Endsieg gegen die Mittelmächte dank des Eintrittes Amerikas in den Krieg auf europäischem Boden nicht mehr in Frage gestellt erscheint, die Ansprüche seines Landes auf die deutschen Besitzungen in der Südsee in aller Form an. Er greift die Thesen Woodrow Wilsons ebenso unmittelbar an wie die Bedingungen des Waffenstillstandes, als er in wütender Rede vor den Mitgliedern des Australischen Klubs zu London am 7. November 1918 erklärt:

„... in den Friedensbedingungen gibt es noch einen Punkt, gegen den ich etwas einzuwenden habe. In den Akten des Obersten Rates finde ich keine Feststellungen darüber, daß Deutschland seine Kolonien nicht zurückerhalten solle. Ich bin darüber informiert, daß die britische Regierung nicht die Absicht hat, die Kolonien zurückzugeben, aber in dem Vertrage wird dessen nicht Erwähnung getan. Wenn dies aber nicht der Fall ist, welche Sicherheit bleibt uns, daß diese Kolonien nicht an Deutschland zurückfallen werden? Im Namen der Australier, welche in diesem Kriege mitgefochten haben, und des australischen Volkes, dessen Existenz von dem Besitz dieser Inseln im Stillen Ozean, die früher Deutschland gehörten, abhängt, verlange ich, daß der Friedensvertrag bestätigt — so daß alle Menschen, ob Deutsche oder nicht, es verstehen können —, daß diese Inseln den Völkern zugestanden werden sollen, deren nationale Existenz von ihrem Besitz abhängt ...!"

Es ist also für den Premierminister Australiens eine absolute Selbstverständlichkeit, daß die Teilnahme australischer Männer an dem Weltkrieg, an der Niederwerfung Deutschlands um der ewigen Menschenrechte willen, durch die Übereignung der deutschen Besitzungen in der Südsee bezahlt werden muß! — Wahrlich ein offenes Geständnis, das sich das Volk der Deutschen für immer in das Gedächtnis schreiben sollte! — Herr Hughes, Premierminister Australiens, muß sofort gefragt werden, ob ihm bekannt ist, daß die englische Regierung in den Weltkrieg gegangen ist nicht etwa, weil es Deutschland um seinen Besitz beneidete oder etwa einen einzigen

Quadratmeter seiner Kolonien für sich haben wollte, sondern aus der feierlichen, ethischen Verpflichtung, die kleinen Völker vor der Expansionssucht der bösen Deutschen beschützen zu müssen. Als Staatsmann des englischen Weltreiches, als Premierminister Australiens wird Herr Hughes nicht leugnen wollen, daß ihm das feierlich gegebene Wort des englischen, damaligen Finanzministers, nunmehrigen Premiers Lloyd George bekannt gewesen ist:

„... So wahr Gott lebt, haben wir an keiner Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen ...!"

Die mit diktatorischer Geste vorgetragene Forderung des Premierministers Australiens, die an sich in ihrer verbohrten Argumentation eigentlich bei allen Einsichtigen ein schallendes Gelächter hätte auslösen müssen, steht, das muß hier festgestellt werden, in absolutem Einklang mit der oft genug vorgetragenen Forderung der englischen Imperialisten. Sie ist ein Teil der Forderung der englischen Regierung. Mit ihrem Wissen und Willen aufgestellt, dient sie der Vorbereitung der Enteignungsverhandlungen über die deutschen Kolonien auf der kommenden Friedenskonferenz. Die Forderung Hughes ist ein Bestandteil der englischen Enteignungspropaganda und dient als solcher der Beeinflussung der öffentlichen Meinung des englischen Weltreiches, ja der Welt überhaupt. Hughes will den englischen Staatsmännern auf der kommenden Friedensverhandlungskonferenz den Weg ebnen dadurch, daß er ihnen die Möglichkeit bietet, sich auf die vorgetragenen Forderungen der englischen Dominien hinsichtlich der deutschen Kolonien zu berufen. Die amerikanischen Heilsbotschaften von Gerechtigkeit und Wahrheit, von einer Sicherung des Weltfriedens, unter anderem auch durch eine freie, gerechte und unparteiische Lösung des Kolonialproblems finden bei den englischen Imperialisten des Mutterlandes und der Dominien nichts als taube Ohren. Ganz gewiß sind auch die englischen Annexionisten willfährig und bereit, dem Präsidenten Wilson in all seinen Verkündungen und Theorien von einer Befriedung der Welt zu folgen, seine Heilsbotschaften zu verwirklichen, erst dann allerdings, wenn man selbst saturiert ist und eigene Interessen nicht mehr dadurch gefährdet werden können.

Ganz den Spuren seines Kollegen aus der Südafrikanischen Union, ganz den Spuren des Generals Smuts folgend, begibt sich der Premierminister Australiens, Hughes, kurz vor Friedensschluß zu den australischen Kampfformationen auf dem europäischen Festland. Er findet Gelegenheit, will-

kommen genug für seine Absichten, vor australischen Truppen im Februar 1919 als Lohn für ihre Mitwirkung an der Niederwerfung der Mittelmächte erneut die Forderung auf die Übereignung der deutschen Südseebesitzungen in Australien aufzustellen und in aller Eindeutigkeit zu begründen. Er verschärft seine Bedingungen sogar und lehnt für die, durch Australien in Besitz zu nehmenden deutschen Südseeinseln jede Politik der „offenen Tür" als untragbar ab. Mit harten Worten weist er für Australien als untragbar ebenfalls den Gedanken des Mandates zurück. Bedingungslose Abtretung und Übereignung der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean allein kann Australien befriedigen! Seine Worte erhalten fast drohenden Charakter. Sie sind zumindest eine deutliche Mahnung an die zur Friedenskonferenz zusammentretenden Mächte.

*

Die deutsche Regierung nimmt die Bedingungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, als Verhandlungsgrundlage für Friedensverhandlungen an. Im Vertrauen auf die Reinheit und Ehrlichkeit des Willens des Apostels aus Übersee legt die deutsche Nation die Waffen nieder. Die deutschen Armeen geben die besetzten Gebiete frei und marschieren in die deutsche Heimat zurück, unbesiegt!

In Paris und London, in Neuyork, in allen Hauptstädten der gegen Deutschland verbündeten Staaten feiern die Völker einen „Sieg" mit Feuerwerken und Aufmärschen, mit Liedern und Demonstrationen, mit Versammlungen, Glockengeläut und Gottesdiensten. Rauschende Feste lösen einander ab. Klingende Worte werden in endlosen Ketten aneinandergereiht. Die Presse der Feindbundstaaten überschlägt sich in triumphalen Leitartikeln. Ein riesiger Taumel hat die Völker der Feindbundstaaten erfaßt. — Die Deutschen sind besiegt, geschlagen, niedergeworfen! Sie haben die Waffen niedergelegt! Nun endlich kann man daran gehen, das Maß der Schuld und das der Strafe für sie abzuwägen. Deutschland trägt die alleinige Schuld an der Katastrophe, die Europa heimsuchte, also hat Deutschland auch die ganze Wucht und Härte der fallenden, strafenden Hand zu erdulden! Rechtfertigungen einem Besiegten gegenüber gelten bereits als Farce! Ungeschminkt den geschlagenen Deutschen das künftige Los zeigen, das scheint nunmehr der Grundton aller Reden feindlicher Staatsmänner und Diplomaten zu sein. Frankreichs Kolonialminister läßt sich also vernehmen:

„... Die ganze Vergangenheit der Deutschen, die jetzt schwer auf ihnen lastet, hat den Beweis erbracht, daß die Deutschen für eine derartige Aufgabe (Kolonisation usw.) ganz ungeeignet waren. Auch in dieser Hinsicht müssen sie die Last ihrer Verfehlungen und die Strafe für ihre Verbrechen auf sich nehmen...!"

Mag diese Äußerung des Kolonialministers Frankreichs erst nach den eigentlichen Friedensverhandlungen gefallen sein, sie beweist, ganz gleichgerichtet den zahllosen Aussprüchen und Äußerungen englischer Politiker, Staatsmänner, der Feindbundpresse, die Beschaffenheit der Gedankenwelt dieser imperialistischen Repräsentanten der Feindbundmächte, beweist mit aller Eindeutigkeit, in welchem Geiste sie die „öffentlich verhandelten und öffentlich abzuschließenden Friedensverträge" zu schaffen wünschten. Die Völker der Feindbundstaaten feiern in ihren Metropolen einen Sieg über das Volk der Deutschen. Dieser Siegesrausch schlägt mit seinen Wellen bis in die Kabinette der Feindbundregierungen, verwirrt die Hirne und macht das Gedächtnis trübe. Vergessen haben die Feindbundpolitiker, haben die Militärs scheinbar ganz, daß die feldgraue Armee der Deutschen unbesiegt und schweigend in ihrer fast sagenhaften, seelischen Größe den Rückmarsch angetreten hat und gewillt ist, die Waffen niederzulegen, allein im tiefsten Vertrauen auf das Wort des stärksten Repräsentanten der feindlichen Front, des Präsidenten Wilson, des Herrn der Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Für Deutschland gilt vom Tage der Waffenstreckung an das Programm der „Vierzehn Punkte" als die Grundlage für alle Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Das Programm der „Vierzehn Punkte" gilt durch ausdrückliche Annahme auch für die Feindbundstaaten als bindende Verhandlungsbasis. Die Deutschen können nicht einmal ahnen, daß die Vertreter der Westmächte längst im geheimen Beratungen pflegen, die das Ziel verfolgen, ohne den Völkerbeglückungsapostel Wilson, ohne die Völker der Vereinigten Staaten selbst zu kränken, dennoch das Befriedungswerk einzig und allein nach ihrem Willen zu gestalten und darüber als obersten Grundsatz ihren Vorteil zu stellen.

Die deutschen Delegierten für die alsbaldige Herbeiführung des Abschlusses eines Waffenstillstandes rasen aus dem großen deutschen Hauptquartier in ihren Autos den noch immer kämpfenden Fronten entgegen. Sie gehen als die ersten Deutschen den endlosen Weg der Verhandlungen und Demütigungen. Ihnen zeigt sich bald genug, daß das Vertrauen in die Thesen des amerikanischen Heilsbringers nur theoretische Bedeutung haben wird.

So gefriert dem Führer der deutschen Waffenstillstandsdelegation, Herrn

Matthias Erzberger, sein ewiges Lächeln bald genug zur Grimasse. Der politische Klugredner und Friedensgeschäftemacher, der Schwadroneur in politischen Debattierklubs und Salons wird stumm angesichts des mehr als frostigen Empfanges durch den französischen Generalissimus im Salonwagen im Walde von Compiègne. Seine Taktlosigkeit erregt bei den Vertretern der französischen Armee, bei den englischen Generälen und Admirälen Unwillen und offensichtliche Ablehnung. Matthias Erzberger, Totengräber des deutschen Kaiserreiches, begreift zunächst überhaupt nicht, daß er einer geschlossenen Front von unerbittlichen Gegnern gegenübersteht. Bald genug wird Herr Matthias Erzberger, geistiger Zentrumsheros, als Führer der deutschen Waffenstillstandsdelegation zur bloßen Staffagefigur, von niemand, aber vor allem von den Gegnern nicht mehr ernst genommen. Seine deplacierten wortreichen Proteste verhallen völlig ungehört! Da gewinnt ein Matthias Erzberger allmählich sein ewiges, verbindliches Lächeln wieder!

Die militärischen und diplomatischen Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission allerdings fühlen eindeutig genug, daß sie einer geschlossenen Phalanx des Hasses, der Unerbittlichkeit, des unbändigsten Vernichtungswillens gegenüberstehen. Ihnen sagt der brüske, fast beleidigend schroffe Empfang durch den „Sieger", durch den französischen, interalliierten Generalissimus unbezweifelbar, wie die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte aussehen werden. Aber sie finden kein Lächeln wie der politische Handlungsreisende Matthias Erzberger, denn sie denken an die hungernde Heimat, denken an den Zustand der deutschen Front, denken an die grauenhaften Opfer, die die feldgraue Front mit jedem Tage in einem unerhörten Blutzoll zahlen muß, sie denken an die politische Entwicklung im Reich, die unabänderlich zu einem tragischen Zusammenbruch und Chaos führen muß, wenn es ihnen nicht gelingt, in dem sofort abzuschließenden Waffenstillstand das äußerst mögliche zu erreichen für die Heimat und für die kämpfende Front. Sie erinnern sich auch des erschütternden Wortes, das ihnen der Feldmarschall, das ihnen Hindenburg bei ihrer Abreise zum Gegner mit auf den Weg gegeben hat:

„... Reisen Sie mit Gott, und suchen Sie das Beste für unser Vaterland herauszuholen ...!"

So nehmen die deutschen Abgesandten, Graf Oberndorff, General von Winterfeldt und Kapitän zur See von Vanselow, den Kampf um erträgliche Waffenstillstandsbedingungen im Lager der Feinde, in den Salonwagen der Führer der Alliierten gegen eine geschlossene Front in Verhandlungen auf, die mit aller Schärfe geführt werden. Es ist tragisch anzusehen, daß dieser Kampf teilweise sogar gegen den politischen Führer aus dem Lager des neudeutschen Parlamentarismus, gegen Matthias Erzberger und sein ewig lächelnd vorgebrachtes Wort „Nachgeben", geführt werden muß. Herrn Matthias Erzberger ist die Furcht vor den strotzenden Uniformen, ist die Unterwürfigkeit vor den französischen Generälen und den englischen Admirälen in alle Glieder gefahren. Er denkt nicht mehr an Widerstand und Kampf, er hat die Not der deutschen Nation schon fast vergessen, ihm ist die Verteidigung der vitalsten Interessen des deutschen Volkes, ihm ist die sichere Zurückführung der deutschen Frontarmeen aus dem Gedächtnis geschwunden. Er denkt nur an seine Rolle als Friedensmacher und glaubt an seine Wichtigkeit, wenn er sich in wortreichen Protesten ergeht, denen doch immer wieder nur die feigste Nachgiebigkeit auf dem Fuße folgt.

So ist es Herrn Matthias Erzberger auch sichtlich unangenehm, daß Graf Oberndorff in ruhigen, aber eindeutig bestimmten Worten der unerhört schroffen Art des französischen Marschalls die Auffassung der deutschen Abordnung und damit der deutschen Regierung, wie der obersten deutschen Heeresleitung, entgegensetzt, daß Deutschland nicht als besiegt um einen Waffenstillstand bittet, sondern daß es im tiefsten Vertrauen auf das Wort und auf das Programm der „Vierzehn Punkte" des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, seine Unterhändler zur Findung geeigneter Voraussetzungen und Bedingungen zur Beendigung des Krieges gesandt habe. Er betont ausdrücklich dabei, daß der Anerkennung des Wilsonschen Befriedungsprogrammes ein entsprechender Notenaustausch zwischen den verschiedenen Regierungen vorausgegangen ist, der die ausdrückliche Anerkennung der „Vierzehn Punke" als Verhandlungsgrundlage durch alle beteiligten Nationen herbeigeführt habe.

Graf Oberndorff schlägt mit verbindlicher Geste, die selbst die brüske Art des französischen Marschalls entwaffnen muß, die Verlesung der betreffenden Dokumente, insbesondere aber die Verlesung der Note des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, Robert Lansing, vor. Diese Note erscheint Graf Oberndorff besonders geeignet, die vorgetragenen deutschen Gedanken in ihrer Reichweite unmittelbar zu unterstützen. Es ist zu erkennen, daß es Graf Oberndorff außerordentlich am Herzen liegt, sofort eine Verhandlungsbasis zu schaffen, die tragende Festigkeit besitzt, für alle Beteiligten verbindlich ist und damit selbstverständlich auch eine ersprießliche Verhandlungsführung garantiert. Aus diesen Gründen wartet Graf Oberndorff die Zustimmung zu seinem Vorschlag überhaupt nicht mehr ab, son-

dern führt seinen Vorstoß zum Entsetzen Matthias Erzbergers sofort weiter. Die Note des amerikanischen Staatssekretärs aber lautet also:

„...In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit den autoritativen deutschen Stellen den mit den Vereinigten Staaten im Kriege verbundenen Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, sofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, der folgendermaßen lautet:

‚Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß Punkt 2, der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere, verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.‘

‚Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß am 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.‘

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist.

Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen...“

Allen Beteiligten an den Waffenstillstandsverhandlungen wird unbezweifelbar klar, daß also die Lansingsche Note als Abschluß eines Notenaustausches zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen den Bemühungen um die sofortige Abschließung eines allseitigen Waffenstillstandes die Wege ebnen soll. Diese Note enthält alle Voraussetzungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes auf der Grundlage der von allen Beteiligten angenommenen „Vierzehn Punkte“ des amerikanischen Präsidenten. Diese Note des Staatssekretärs ist also als Willensäußerung des amerikanischen Präsidenten und des Volkes der Vereinigten Staaten anzusehen. Die Bereitwilligkeit der schweizerischen Landesregierung hatte diesen Notenaustausch mit der deutschen Regierung ermöglicht. Diese Note ist, wie alle anderen Noten und Kundgebungen, zur Befriedung der europäischen Welt auch allen alliierten Regierungen zugegangen. Mit dieser Note steht die Annahme der „Vierzehn Punkte“ des Präsidenten Wilson eindeutig fest. Im heiligen Vertrauen auf das Wort des amerikanischen Präsidenten und auf die erfolgte Annahme seiner Bedingungen zur Befriedung der europäischen Welt hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt. Sein Glaube ist auf die Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit und Wahrheit gerichtet. Aus dem gleichen Geiste und in dem gleichen Glauben wird von der deutschen Regierung die deutsche Waffenstillstandskommission gebildet und in das Lager der Alliierten als gleichberechtigte Verhandlungspartner entsandt.

Der Führer der deutschen Abordnung, der Abgeordnete Matthias Erzberger, allerdings hatte diesen Geist völlig mißverstanden. Bereits bei Einleitung der Diskussionen brachte er durch seine unglaubliche Ungeschicklichkeit den französischen Marschall in eine wütend gereizte Stimmung gegen die Deutschen. Der politische Handlungsreisende Erzberger übersieht die geistige Haltung der Sieger und spricht davon, daß die deutsche Abordnung gekommen sei, um Vorschläge der Gegner für den abzuschließenden Waffenstillstand entgegenzunehmen. Die vollendete, überlegene Höflichkeit des deutschen Gesandten Graf Oberndorff versteht es im Laufe der Verhandlungen, die Peinlichkeit des Eindruckes der Erzbergerschen Ungeschicklichkeiten zu beseitigen. Er richtet an den französischen Generalissimus die Frage, ob er

die Lansingsche Note in der bekanntgegebenen Übersetzung richtig dahin verstehen dürfe, daß der deutschen Delegation nunmehr die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt werden würden. Generalissimus Foch erkennt in diesem deutschen Aristokraten sofort den fairen Verhandlungspartner und erteilt seiner Frage die Antwort in einer Anweisung an seinen General Weygand, der deutschen Delegation nunmehr die Waffenstillstandsbedingungen bekanntzugeben.

Und General Weygand verliest mit ruhiger, fast gleichgültiger Stimme Punkt um Punkt der Bedingungen, unter denen die Deutschen den Waffenstillstand haben können.

Über der Versammlung liegt eine unheimlich lastende Stille. Die Worte des Generals fallen in diese Stille wie Meilensteine der Ewigkeit. Den deutschen Abgesandten wird es sofort klar. Die Worte des Präsidenten der Vereinigten Staaten werden Worte bleiben, denn schon diese Waffenstillstandsbedingungen sollen in ihrer unerhörten Brutalität und vernichtenden Härte aus der freiwilligen Waffenniederlegung des deutschen, des vertrauenden deutschen Volkes die endgültige Niederlage machen. Der Gegner will sich den Triumph des Sieges nicht entgehen lassen.

Die militärischen deutschen Vertreter hatten ein Programm der Härte erwartet. Wenn man nunmehr ihren verschlossenen Gesichtern auch die tiefe innerliche Erschütterung bei der Bekanntgabe der ungeheuerlichsten Forderungen nicht unmittelbar ansehen konnte; sie sind bis in die letzten Gründe ihrer Seelen erschüttert.

Der Unterminierer der deutschen Widerstandskraft, der Friedensapostel Matthias Erzberger, steht offensichtlich niedergeschmettert vor einem Trümmerhaufen jahrelang gehegter Illusionen. Aber selbst in dieser Situation gewinnt dieser politische Heros aus dem deutschen Zentrumslager sein ewiges Lächeln wieder. Ihn trifft die schroffe Ablehnung jeder sofortigen Diskussion über die Waffenstillstandsbedingungen durch den Marschall nicht besonders. So kann er Zeit gewinnen zur Formung seines wortreichen Protestes, von dem er glaubt, daß er die ganze Welt erschüttern werde, dessen Gipfelpunkt die Worte sein sollen: „... ein siebzig Millionen starkes Volk leidet zwar, aber es stirbt nicht ...!" Der Marschall aber tut alsdann in der feierlichen Stunde, die sich der deutsche Staatssekretär Erzberger für sich ausgedacht hatte, tut in der Stunde des deutschen Protestes gegen die Grausamkeit der Waffenstillstandsbedingungen des deutschen Staatssekretärs Erzbergers tönende Worte mit einem „Schon gut!" ab.

Der deutsche Staatssekretär Erzberger ahnt nicht, daß auf die Sieger

seine Tiraden nicht den geringsten Eindruck machen. Die Sieger hörten kaum auf die sehr viel ernsteren Einwände der militärischen deutschen Abgesandten hin. Des Grafen Oberndorff und des Generals von Winterfeldt Ausführungen über die ungeheure Gefahr einer vollständigen Bolschewisierung Deutschlands, hervorgerufen durch einen völligen Zusammenbruch, der diesem Waffenstillstand naturnotwendig folgen müsse, verhallten wirkungslos als ungehörte Mahnung. General Weygand tut sie ab mit fast nonchalanter Geste unter dem seit dieser Stunde geflügelten Wort:

„Der Sieger hat nichts zu befürchten!"

Graf Oberndorff, General von Winterfeldt und Kapitän von Vanselow setzen sich gegen die geschlossene Phalanx der Ablehnung jeder eingehenden Diskussion der einzelnen Punkte der Waffenstillstandsbedingungen durch. Kapitän zur See von Vanselow insbesondere kämpft gegen die englischen Vertreter, gegen die Admirale Wemyß und Hope, um das Schicksal der deutschen Flotte und um die Ehre der noch immer in Deutsch-Ostafrika unbesiegt kämpfenden Scharen des Generals Lettow-Vorbeck. Die beiden Engländer sind bis in alle Einzelheiten über die Absichten der englischen Regierung unterrichtet. Sie kennen die jahrelang in der Frage der Kolonien vorbereitete öffentliche Meinung der englischsprechenden Welt, sie kennen die eindeutig bestehenden Enteignungsabsichten Englands in der Frage der Kolonien, an denen weder in Waffenstillstands- noch in den kommenden Friedensbedingungen gerüttelt werden darf. Diese beiden Engländer empfinden in diesem Augenblick deutlich die Pflicht, dem englischen Volk einen vollständigen Triumph in der Frage der bisher nicht sonderlich ruhmreichen Eroberung des deutschen Überseebesitzes zu verschaffen. Im Punkt 17 der Waffenstillstandsbedingungen soll nunmehr dieser Triumph seinen weithin sichtbaren Ausdruck finden. Der Punkt 17 der Waffenstillstandsbedingungen aber verlangt:

„... Bedingungslose Übergabe aller deutschen, in Ostafrika kämpfenden Truppen innerhalb einer Frist von einem Monat ...!"

Es war und es bleibt für diese Engländer, für das ganze englische Weltreich ein besonders schmerzliches Bewußtsein, daß es im Verlaufe von mehr als vier Jahren ihm nicht gelungen war, die deutschen Ostafrikaner, den genialen deutschen General von Lettow-Vorbeck trotz eines unbeschreiblich großen Aufgebotes an Menschen und Material zur Strecke zu bringen. Bedeutet also die „Eroberung" der deutschen Kolonien durch die Feindbundmächte kein besonderes Ruhmesblatt in der Geschichte des Krieges, so kann die „Eroberung" Deutsch-Ostafrikas von dem ganzen englischen Volk

eigentlich nur als Beschämung empfunden werden. Also erstreben die beiden Admirale Sr. Majestät des Königs von England für das englische Weltreich wenigstens insofern eine Genugtuung, als sie auf der schimpflichen, bedingungslosen Kapitulierung und Entwaffnung der unbesiegten Verteidiger Deutsch-Ostafrikas bestehen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden englischen Admiralen und dem deutschen Vertreter Kapitän von Vanselow nehmen heftigere Formen an. Da tritt eine Überraschung ein, die die deutschen Vertreter am wenigsten erwartet haben. Der französische Marschall greift unmittelbar in die Verhandlungen ein. Der Soldat in dem Generalissimus opponiert zugunsten der deutschen Verteidiger Deutsch-Ostafrikas gegen die Engländer. Mit der Hilfe des Marschalls erzwingt der deutsche Vertreter gegen die erbitterten Engländer die Abänderung des Punktes 17 der Waffenstillstandsbedingungen. Aus der „bedingungslosen Übergabe und schimpflichen Entwaffnung" wird nach dem Vorschlag der Deutschen: „Räumung von Ostafrika durch alle deutschen Truppen in einer Frist, die von den Alliierten geregelt wird ..."

Die beiden englischen Admirale müssen auf den zweifelhaften Triumph, einen unbesiegten Gegner durch schimpfliche Entwaffnung gedemütigt zu haben, endgültig Verzicht leisten. Unbesiegt und ungedemütigt können die Deutsch-Ostafrikaner heimkehren.

Nach bewegten Sitzungen und Verhandlungen im Salonwagen des Marschalls aller Franzosen wird der Waffenstillstandsvertrag von den deutschen Vertretern und den Vertretern der Alliierten unterzeichnet. Matthias Erzberger, Staatssekretär des Deutschen Reiches und Führer der deutschen Delegation, wirft sich noch einmal in die Heldenbrust und trägt seinen „flammenden Protest" vor wie ein schlechter Schauspieler. Er unterschreibt! Mit verschlossenen Gesichtern und erschütterten Herzen unterschreiben die anderen Mitglieder der deutschen Delegation.

So ist das Schicksal der deutschen Armee besiegelt, so sind die Würfel über das Schicksal der stolzen, unbesiegten, deutschen Flotte gefallen. Das Schicksal aber der deutschen Kolonien tauchte in diesen Verhandlungen nur als fernes Wetterleuchten am Horizont auf. In Versailles aber wird auch unter das Schicksal der deutschen Kolonien durch die, den Raub beglaubigende und sanktionierende Unterschrift von Schwächlingen ein Schlußstrich gezogen werden. Compiègne macht für die Siegerstaaten den Weg nach Versailles frei. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben sich gleichermaßen im Vertrauen auf das Wort des Präsidenten der Vereinigten

Staaten der Mittel begeben, dem deutschen Schicksal eine andere Wendung zu geben.

Wer aber soll das deutsche Schicksal wenden?

Es gibt niemand mehr, der es vermöchte. Mit flammenden Protesten, wie sie die Ebert-Scheidemann-Regierung in die Welt hinausgehen läßt, wird nichts erreicht. Sie verhallen ungehört, zerplatzen wie Seifenblasen. Die tönenden Phrasen dieser Reichsregierung, dieser neugebackenen Regierung der deutschen Republik, vermögen es nicht einmal, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit ernstlich auf die vielleicht grausamste Klausel des Waffenstillstandsvertrages hinzulenken und den Würgegriff der englischen Blockade gegen hungernde Kinder, Weiber, Greise, Mütter zu lockern. Der Krieg mit den Waffen, mit Granaten und Tanks, mit Flugzeugen und Schiffen brennt in den ersten Novembertagen 1918 aus. Der Krieg mit anderen, heimtückischeren Mitteln und in nicht sofort erkennbarer Form geht gegen Deutschland und sein Volk weiter! Auch die „Vierzehn Punkte" des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika können den Vernichtungswillen der Clemenceau und Lloyd George nicht abwenden.

Wer aber soll in Deutschland die Fahne des Widerstandes noch einmal begeisternd für die ganze, in Knechtschaft versinkende Nation erheben?

Der Feldmarschall Hindenburg steht im leeren Raum. Die Front? Die dünnen, ausgehungerten, schweigenden, feldgrauen Linien halten, obgleich sie von der Aussichtslosigkeit solchen Beginnens fast überzeugt sind, dennoch die anbefohlenen Stellungen gegen feindliche Übermacht an Material und Menschen! Die feldgraue Front versagt auch in den Tagen der letzten Entscheidung, in den Tagen der Waffenstillstandsverhandlungen und der revolutionären Umwälzungen in der Heimat, den Völkerverbrüderungsaposteln aus dem sozialdemokratischen Lager die Gefolgschaft. Die feldgraue Front erträgt das Versagen der Heimat und der Etappe und hungert schweigend. Die Front steht und kämpft! Die feldgraue Front besiegelt bis in die letzten Stunden des ausbrennenden Krieges ihre Treue mit einem unermeßlichen Blutzoll. Aber auch die Front der Feldgrauen kann das deutsche Geschick nicht mehr umgestalten. Dazu fehlt ihr außerdem die überragende Führung! Ludendorff ist seit den verhängnisvollen Septembertagen in Ungnade gefallen und verabschiedet worden. An seine Stelle ist der in aller Hast aus Kiew herbeigeholte General Gröner als Generalquartiermeister getreten. Besitzt er die Berufung zur Neuformierung und Führung der feldgrauen Front? Für ihn gibt es nicht einmal mehr die Heiligkeit des geleisteten Fahneneides! Für ihn ist der Fahneneid nichts weiter als eine Fiktion!

Er gestattet als kaiserlich deutscher General der deutschen, revoltierenden Etappe den roten Fetzen der Weltrevolution als Symbol. Unter seinen Augen und mit seiner Billigung werden Arbeiter- und Soldatenräte frei nach russischem Muster gebildet, dürfen rote Armbinden als Ausweis und Legitimierung für Verbrechen und Terror getragen werden! Soll dieser Generalquartiermeister das fallende Deutsche Reich retten? Er ist nicht einmal stark genug, der um sich greifenden Nervosität in der Obersten Heeresleitung zu steuern. Wenn nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes die deutsche Armee der Frontsoldaten in einer unglaublichen Disziplin das Wunder ihres Rückmarsches in die Heimat in engumgrenztem Zeitraum Wirklichkeit werden ließ, so geschieht das aus den ungeschriebenen Gesetzen deutschen Soldatentums und fast gegen den politisierenden Generalquartiermeister Gröner.

So reißt die stürzende Regierung des Deutschen Kaiserreiches im Sturz Disziplin und Ordnung in der Heimat mit sich. Kaiser und Kronprinz treten auf holländisches Gebiet über. Die deutsche Republik wird geboren. Ebert und Scheidemann, die Helden des Munitionsarbeiterstreiks des Jahres 1918, erschöpfen sich in Fensterreden und flammenden Protesten. Philipp Scheidemann verkündet dem deutschen Volk den Anbeginn einer neuen Zeit, eines Lebens in „Würde und Schönheit". Von diesen Handlangern eines fremdrassigen Internationalismus' verführt, taumelt das deutsche Volk am Abgrund hin! Wer soll es retten und zurückreißen? Die Rathenau, die Dittmann, Breitscheid, Cohn, Liebknecht? — Sie alle sind mit ihren Genossen für das deutsche Volk zu Führern auf der Straße der Passion nach Versailles geworden!

Auf sie und auf das deutsche Volk warten nach dem Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen Clemenceau und Poincaré, warten Balfour, Churchill und Lloyd George, auf sie warten die Sieger, auf sie wartet der Haß und der Vernichtungswillen, auf sie warten Habgier und Beutelust.

So erfüllt sich nunmehr das Schicksal der Wilsonschen Prophezeiungen, so erfüllt sich sein Programm zur Befriedung Europas, so erfüllt sich das Schicksal des deutschen Volkes!

Der Tiger geht mit unerbittlichem Gesicht zu Paris um. Ihm sind sowieso 30 Millionen Deutsche zuviel auf der Erde. So brütet er über Revanche und Straferpeditionen gegen das Reich der Deutschen. Seine Gedanken gehen immer und immer im Kreis. Sie tasten alle Möglichkeiten ab, die geeignet erscheinen und in ihrer rücksichtslosesten Durchführung die Gewähr dafür bieten, daß man damit die gestürzten Deutschen für alle Zeiten am Boden zu halten vermag. Ist es deshalb ein Wunder, daß dem Tiger die Heilsbotschaften aus Washington, die man doch immerhin als Grundlage für die kommenden Friedensverhandlungen mit den Deutschen anerkannt hat, nunmehr auf dem Wege zur Vernichtung und Versklavung der Deutschen unwillkommene Hindernisse sind. Aber man kann den Vater dieser Heilsbotschaften bei den Friedensverhandlungen nicht übergehen, will man nicht den Verbündeten tödlich beleidigen, der durch seinen Eintritt in den Krieg auf der Seite der Alliierten die große Wendung gebracht hat.

Clemenceau freilich ist unbedingter Gegner des Abschlusses eines Waffenstillstandes angesichts des „unbezweifelbaren militärischen Enderfolges der Alliierten" gewesen. Er will die Vernichtung der Deutschen! Der Haß ist der Inhalt seines Lebens gewesen und ist es geblieben. In seiner Seele leben dieselben Absichten und Gedanken, die den Marschall aller Franzosen, die Foch bei all seinen Unternehmungen des Jahres 1918 leiten. Angesichts des ausbrennenden Krieges will er die dünn gewordenen feldgrauen Linien der Deutschen, die noch immer allerdings aus allen Rohren Tod und Verderben speien, restlos zermalmen, um mit dem siegreichen Schwert den Deutschen den Frieden zu diktieren. Auch ihm sind die Heilsbotschaften aus Washington und ihre Anerkennung durch die Regierungen der Alliierten ein fürchterlicher Dorn im Auge geworden. Der Generalissimus glaubte an den Endsieg mit den Waffen. Er brauchte den Endsieg der Waffen für den Ruhm der französischen Armeen und ihrer Führung. Clemenceau braucht den Sieg über die Deutschen und ihre Vernichtung für das französische Volk!

Und dem Premierminister des englischen Weltreiches, Herrn Lloyd George, verwirren dieselben Gedanken Tage und Stunden. Auch er tastet nach dem Waffenstillstand alle Möglichkeiten ab, den Willen der englischen Imperialisten zufriedenzustellen und den Deutschen bei den Friedensverhandlungen eine endgültige Niederlage beizubringen. Ihm ist nicht ganz wohl, wenn er sich seines, dem englischen Volke gegebenen Versprechens erinnert, diesen verfluchten Deutschen nach Friedensschluß die Taschen bis auf den untersten Grund aussuchen zu wollen! Nur ungern denkt er weiterhin an die Zugeständnisse, die die englischen Unterhändler des Waffenstillstandes, die die Admirale Wemyß und Hope den Deutschen haben machen müssen. Er ist mit allen englischen Imperialisten besonders auch deshalb gekränkt, daß die in Deutsch-Ostafrika kämpfenden Deutschen unbesiegt geblieben sind und durch schimpfliche Übergabebedingungen nicht gedemütigt werden konnten. Es ist ihm allzu bitter, daran denken zu müssen, daß Lettow-Vorbeck mit seiner heldenhaften Schar den Ruf der Unbesiegbarkeit der

Engländer in den Kolonien vernichtete. Englands Prestige hat durch den deutschen General und seine Getreuen einen empfindlichen Stoß erlitten. Nun, bei der Regelung der kolonialen Fragen auf der kommenden Friedenskonferenz muß diese Scharte ausgewetzt werden. Aber es ist ihm auch bei diesem Gedanken nicht ganz wohl. Er erinnert sich des Wortes seines Ministerkollegen Walter Long: „... Wir haben die deutschen Kolonien in ehrlichem Kampfe erobert, und ich hoffe, es besteht kein Zweifel darüber, daß wir sie behalten werden ..." Und Lloyd George erinnerte sich seines eigenen Wortes aus dem Jahre 1914:

„... Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien ...!"

Er dachte an die vielen Kundgebungen englischer Imperialisten, die alle für die bedingungslose Enteignung der deutschen Kolonien plädiert hatten. Er suchte vorläufig vergeblich nach einem Ausweg. Denn allen imperialistischen Plänen Englands stehen nunmehr die angenommenen „Vierzehn Punkte" des Präsidenten der Vereinigten Staaten entgegen. Auf Grund dieser „Vierzehn Punkte", vertrauend auf das Wort des Präsidenten und auf sein Befriedungsprogramm, haben die Deutschen die Waffen niedergelegt. Auch von den Alliierten ist dieses Programm als Grundlage der kommenden Friedensverhandlungen angenommen worden. Die Ankunft des amerikanischen Heilsbringers ist zu erwarten. Man muß ihn respektieren, denn schließlich hatte man mit seinem Beistand die Deutschen niedergeworfen, schließlich hatte er die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen die Mittelmächte hineingeführt, schließlich hatte man selbst diesen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg mit großen Reden als einen Markstein in der Geschichte der gesitteten Menschheit gefeiert. Amerikanische Soldaten waren auf europäischem Boden im „Kreuzzug gegen die Hunnen" gefallen. Die Rüstungsindustrie der Staaten hatte die Materialschlachten gegen die Deutschen überhaupt erst ermöglicht. Man stand außerdem bei den Bankiers der Vereinigten Staaten verteufelt tief in der Kreide. Die Kriegsschulden der Alliierten bei den Vereinigten Staaten werden so zu einem wesentlichen Faktor, der zur Rücksichtnahme auf die Vettern aus Übersee mahnt.

Und Lloyd George geht mit seinen Gedanken im Kreise. Wenn er nach einer Lösung der Kolonialfrage sucht, steht ihm immer wieder mahnend das Wilsonsche Programm mit seinem vertrackten Punkt V im Wege:

„... V. Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen

die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll ..."

Wie ein beängstigender Schatten lagern sich diese Worte des amerikanischen Präsidenten über die kolonialen Pläne des Premierministers des englischen Weltreiches. Das Denken wird ihm vergällt. Ihm ist unbehaglich zumute! Aber Englands Vorteil muß gewahrt werden!

Und gerade deshalb wird es dem Premierminister des englischen Weltreiches unbehaglich, wenn er seinen Blick hinüberschweifen läßt über den Kanal zu seinen französischen Verbündeten. Die sich immer offener zeigende Maßlosigkeit Clemenceaus erschreckt ihn. Poincaré, der Herr Frankreichs, meldete Ansprüche für die Friedensverhandlungen an, die in ihrer Übersteigerung fast an Wahnsinn grenzten. Die Staatsführung der Republik, ihre Politiker und Militärs werden ihm auf den kommenden Friedensverhandlungen die Knüpfung der Fäden allein zu Großbritanniens Gunsten außerordentlich erschweren, aber unmöglich machen sollen sie ihm das nicht. Sieht er im Augenblick keinen Weg, um den Vorteil Englands zu sichern, steht er, der doch oft genug in tönenden Reden mit seinem ganzen Temperament für eine Neuordnung der Welt — möglichst natürlich nach in England patentierten Mustern — eingetreten ist, auch gegenwärtig den kommenden Problemen und ihrer Lösung einigermaßen hilflos gegenüber, er weiß gewiß, daß er allen Verhandlungspartnern überlegen sein wird, daß es ihm gelingen wird, die englische Beute aus dem Weltkrieg und aus den Verhandlungen für alle Zeit heimzubringen.

Die Stimmung des englischen Premiers wird durchaus nicht verbessert durch die immer deutlicher werdende Tatsache, daß die englische Propaganda, daß Reuter und Northcliffe nicht gehalten haben, was sie hinsichtlich der propagandistischen Vorbereitung der Enteignung der deutschen Kolonien versprochen hatten. Es mehrten sich aus aller Welt die Stimmen, die Gerechtigkeit für die Deutschen in der Frage der Kolonien verlangten. Ganz offensichtlich denkt also die Welt nicht daran, die Enteignung der Deutschen durch den Kolonialraub als vollendete Tatsache hinzunehmen. Der Punkt V des Wilsonschen Befriedungswerkes hat die Welt und ihre große Presse hellhörig gemacht. Die Angriffe auf die Raubabsichten der englischen Annexionisten häufen sich. Das Kolonialproblem bekommt drohenden Charakter. Allzulange dürfen die Friedensverhandlungen nicht mehr auf sich warten lassen, wenn die Propaganda gegen die Siegerstaaten nicht unangenehmes Ausmaß annehmen soll.

So packen denn in Washington, in London, in Rom, in Tokio, in allen Hauptstädten der 27 Gegner Deutschlands, der 27 „Siegernationen", die Diplomaten ihre Koffer. Das Ziel heißt Paris. Eine phantastische Fracht an Beweisdokumenten für die Schuld der Mittelmächte, für die Schuld Deutschlands im besonderen, und somit für jedes Recht gegen Deutschland, an Denkschriften, an Programmen, vor allen Dingen aber an Forderungen gegen die „Besiegten", wird von den Vertretern der Feindbundmächte auf den Weg nach der Metropole an der Seine gebracht. Es steht für die Friedensverhandlungsteilnehmer der Feindbundmächte als unumstößliche Tatsache fest, daß die Deutschen, die in den Gräben und auf den Schlachtfeldern an allen Fronten unmenschlich erscheinenden Widerstand geleistet hatten, nunmehr sich auch zum Kampf auf dem politischen Terrain rüsten und um jeden Fußbreit Bodens leidenschaftlich ringen werden. Von den Deutschen wird auf den Friedenskonferenzen kein geringerer Widerstand erwartet, wie sie ihn in den Schützengräben und Trichterfeldern geleistet haben. Wohl sind die Feindbundvertreter und ihre Regierungen durch einen wunderbar funktionierenden Nachrichtendienst, durch glänzend eingespielte Spionage sehr genau über den tatsächlichen inneren Zustand des Reiches unterrichtet, und dennoch blieb ihnen Deutschland, selbst in seiner tiefsten Erniedrigung, unheimlich, gefährlich, unbegreiflich. Gewiß, der militärische Niederbruch der Mittelmächte, die Zerfaserung und Vernichtung der soldatischen Kraft der deutschen Armeen ist vollendet, aber der diplomatische Widerstand des Deutschen Reiches auf den Friedenskonferenzen muß erst noch besiegt werden. Für die meisten Delegierten der Feindbundmächte ist es deshalb vollständig unverständlich, daß man den Deutschen für ihren Widerstand gegen den zu erwartenden Diktatfrieden durch Proklomationen und Denkschriften, durch Funksprüche und vorzeitig bekanntgegebene Programme noch Kampfmittel liefert. Staatsmänner, Politiker, Wissenschaftler und Journalisten im eigenen und im neutralen Lager ergießen ihren Geist in Untersuchungen über die deutsche Katastrophe, über Friedensprobleme, besonders auch über das Kolonialproblem, über Entschädigungsfragen. Ihnen klingt deshalb auch die Denkschrift des unmittelbaren Beraters und Mitarbeiters des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des Obersten House, datiert vom 28. Oktober 1918, außerordentlich mißtönend in die für die Forderung nach Gerechtigkeit für den Unterlegenen recht empfindlichen Ohren. So wird ihnen allen das Vorgefühl des Triumphes über die Deutschen vergällt und verbittert.

Wenn auch das Primat für die Aufstellung des Programms der „Vier-

zehn Punkte" dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ganz allein zugeschrieben werden kann, so wird von den Vertretern aller Siegerstaaten dennoch nicht vergessen, daß gerade Oberst House dem Präsidenten unentbehrlicher Ratgeber gewesen ist und auch in Zukunft sein wird. Er hat oft genug die Stille des Studierzimmers des Präsidenten der Vereinigten Staaten durchbrochen und mit seinen Forderungen und seinem Rat ihn auf den realen Boden der Weltpolitik und ihrer Erfordernisse zurückgeführt. So ist gerade dem Obersten House in allererster Linie auch die Schaffung und die Ausdeutung des V. Punktes des Wilsonschen Friedensprogrammes zu verdanken. Seine Ausdeutung aber lautet so:

„...Der Vorschlag geht dahin, daß im Falle der deutschen Kolonien der Besitztitel nach Beendigung des Krieges durch unparteiisches Urteil nach gewissen Grundsätzen festgesetzt werden soll. Diese Grundsätze sind zweifacher Natur.

1. Berechtigte Ansprüche.
2. Die Interessen der betroffenen Bevölkerungen.

Was sind die berechtigten Einwendungen Englands und Japans, der beiden hauptsächlichen Erben des deutschen Kolonialreiches, gegen eine Rückgabe an Deutschland? Daß es die Kolonien zum Bau von Unterseebootshäfen benutzen wird, daß es die Eingeborenen bewaffnen wird, daß es koloniale Intrigen anzettelt und daß es die Eingeborenen bedrückt.

Was sind die berechtigten Ansprüche Deutschlands? Daß es Zugang zu den Tropen mit ihren Rohprodukten braucht, daß es ein Gebiet für seinen Bevölkerungsüberschuß nötig hat, daß nach den vorgeschlagenen Friedensbedingungen die Eroberung keinen Rechtsanspruch der Gegner begründet.

Was ist das Interesse der Bevölkerung? Daß sie nicht zum Heeresdienst herangezogen wird, daß die Erschließung nach den Grundsätzen der offenen Tür erfolgt und unter genauester Regelung der Arbeitsbedingungen, des Gewinnes, der Steuern, daß die gesundheitlichen Maßnahmen beibehalten, ständige Verbesserungen am Wegenetz usw. gemacht werden, daß die Einrichtungen und Sitten der Eingeborenen geachtet werden, daß die Schutzmacht stark und erfahren genug ist, um Korruption und Intrige zu verhindern, daß sie Geld und erfahrene Verwaltungsbeamte genug hat, um erfolgreich zu kolonisieren.

Hieraus ergibt sich offenbar, daß der diesem Punkte zugrunde liegende Grundsatz dahingeht, daß eine Kolonialmacht nicht als Eigentümer der Kolonien, sondern als Treuhänder der Eingeborenen und des Völkerbundes handeln soll, daß die Gesichtspunkte, nach denen die Verwaltung der Kolo-

nien betrieben wird, eine internationale Angelegenheit sind und daher mit Recht Gegenstand internationaler Untersuchungen sein können und daß die Friedenskonferenz daher Vorschriften über die Kolonialpolitik aufstellen kann, die für die Kolonialmächte bindend sind..."

Für den Einsichtigen bedeutet diese gefunkte Denkschrift des amerikanischen Obersten House, ersten Ratgebers des Präsidenten der Vereinigten Staaten, nichts anderes als ein Einrennen offener Türen. Der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, hatte bereits in seinen verschiedenen, in aller Öffentlichkeit erfolgten Entgegnungen auf die Äußerungen der englischen Annexionisten all die Fragen und ihre Lösung aufgeworfen, wie sie Oberst House in der Auslegung des Artikels V der Wilsonschen „Vierzehn Punkte" auch aufwirft. Nur den interalliierten Imperialisten und Annexionisten kann also die Denkschrift des Obersten House als beängstigender Schatten in die Vorbereitungen zu den Friedenskonferenzen und in die Friedenskonferenzen selbst folgen. Wären die Annexionisten in den alliierten Regierungen reinen Gewissens gewesen, hätten sie die Übernahme und Anerkennung der Wilsonschen „Vierzehn Punkte", genau wie es Deutschland getan hat, als feierlich übernommene Pflichten anerkannt, waren sie von der Heiligkeit ihrer Forderungen und der Wahrheit ihrer Beschuldigungen Deutschlands in der Kolonialfrage überzeugt, so brauchten sie die kommenden Auseinandersetzungen und Beratungen nicht zu scheuen, so sollten ihnen Botschaften, wie die des Obersten House, kein Kopfzerbrechen machen. Warum verbannten nicht in diesem Augenblick schon die Imperialisten Englands die Kolonialschuldthese aus den Spalten der englischen Presse?

Aber die Lloyd George, Balfour, Cecil, Long, Carsen, Hughes, Smuts und all ihre Gefolgsmänner sind von dem inneren Recht ihrer Forderungen auf die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes nicht überzeugt und bedürfen deshalb dringend nach wie vor zur Propagierung und Rechtfertigung ihrer kolonialen Ansprüche gegen das Deutsche Reich der Hilfe des Hauses Northcliff und einer allzu willfährigen Presse. So inszenieren sie mit allen Mitteln kurz vor Beginn der Friedenskonferenzen eine neue Pressehetze mit dem Endziel, dem Widerstand der Deutschen und des Präsidenten gegen eine bedingungslose Annexion der deutschen Überseebesitzungen jeden Boden zu entziehen. Das Rezept ist in der englischen Politik alterprobt und hat seine Wirkung noch niemals verfehlt!

Noch aus einem anderen Grund verstärkte die Feindbundpresse, den Wünschen ihrer Regierungen folgend, die Hetztätigkeit gegen das wehrlos

gewordene Deutschland. Es geht darum, eine ganze Reihe von neutralen Stimmen, ja selbst von Stimmen in einzelnen Organen der Feindbundpresse, die den Mut aufbringen, für Deutschland in der Frage seiner Kolonien und ihres zukünftigen Schicksals Gerechtigkeit auf der Friedenskonferenz zu fordern, totzuschreien. Der Ruf nach Gleichberechtigung der deutschen Nation bei der Lösung der großen Kulturaufgaben, die den zivilisierten Völkern in den tropischen und subtropischen Gebieten gestellt sind, wirkt auf die Annexionisten und ihre Presse derart aufreizend, daß sie sich in ihren Entgegnungen überstürzen und offen ihrem Haß gegen Deutschland die Zügel schießen lassen.

Es ist auch heute noch an der Zeit für das Volk der Deutschen, sich dieser mutvollen Stimmen dankbar zu erinnern, die bereits zur Zeit des deutschen Niederbruches und der deutschen Vergewaltigung durch das Friedensvertragswerk von Versailles Wahrheit und Gerechtigkeit für Deutschland forderten. Es ist auch heute noch nicht überflüssig geworden, diese Stimmen und Urteile für und über Deutschland, diese mahnenden Rufe in einer annexionistischen Wüste dem Volk der Deutschen in das Gedächtnis zurückzurufen. Es ist auch heute noch Notwendigkeit, jeden, auch den kleinsten und unscheinbarsten, Stein einzubauen in die Untermauerung des deutschen Rechtsanspruches auf Kolonialbesitz und kolonisatorische Betätigung. Es wird sich als heilsam erweisen, wenn die Völker sich daran erinnern, daß selbst gegen diese Rufer nach Gerechtigkeit und Wahrheit mit den brutalsten Methoden von den Imperialisten Englands und Frankreichs vorgegangen worden ist, und das im Namen der „Ewigen Menschenrechte". Jawohl, im „Namen der ewigen Menschenrechte" wurden von diesen Raubpolitikern die primitivsten Menschenrechte verletzt und die deutschen Ansprüche auf Gleichberechtigung einfach mit dem „Recht des Stärkeren" beiseitegeschoben. Es ist auch heute für uns Deutsche noch eine zwingende Pflicht, der ganzen interessierten Welt immer wieder aufzuzeigen, daß auch der Punkt V des Wilsonschen Befriedungsprogrammes und seine feierliche Annahme als Grundlage für die Regelung des Kolonialproblems die Imperialisten Englands und Frankreichs nicht veranlassen konnte, die beabsichtigte „einfache Annexion" der in einem „gerechten Kampfe eroberten deutschen Kolonien" aufzugeben. Es wird sich als besonders aufklärend und beweiskräftig auch für das große, tragische Versagen des Heilsbringers aus Übersee, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, erweisen, wenn ich bereits an dieser Stelle seiner Schwäche den Imperialisten seiner, ihm verbündeten Regierungen gegenüber und seiner Zustimmung zum Kolonial-

raub, also seinem Verrat an seinem eigenen Programm, die Stimmen der Weltöffentlichkeit entgegenhalte, die noch vor Beginn der Friedenskonferenz mahnend eine Lösung des Kolonialproblemes im Sinne der Gerechtigkeit und Wahrheit forderten. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinen unmittelbaren Ratgebern sind diese Mahnrufe bekannt gewesen. Wenn es, den guten Willen des Präsidenten dazu vorausgesetzt, diesem und seinen Ratgebern als den Vertretern des mächtigsten Staates unter den Feindbundstaaten, dennoch nicht gelungen ist, in den Verhandlungen zu Paris und Versailles den Annexionswillen der Imperialisten zu brechen, so haben sie sich als untauglich zu ihrer, den vertrauenden europäischen Völkern vorgespielten Mission erwiesen. Ihren Völkern aber ist daraus die Pflicht zur Wiedergutmachung eines verhängnisvollen Unrechtes erwachsen. Für das Volk der Deutschen aber ist es nötig, sich der Mahnrufe in der Einöde des Neides und Hasses von 1918 und 1919 zu erinnern und damit den Blick freier zu bekommen für die ungeheuerlichste politische Komödie, die auf der Bühne der hohen Politik von den Staatsmännern und Diplomaten der Feindbundmächte in jenen Jahren aufgeführt worden ist, und zwar lediglich zu dem Zweck, alle Gesetze einer höheren Vernunft zu Fall zu bringen und ein juristisches und menschliches Verbrechen vor den Völkern der Welt in Recht zu verwandeln.

Es ist ausgerechnet der Engländer R. C. Hawkin, der am 26. Januar 1917 bereits den Imperialisten des Britischen Weltreiches entgegenhält:

„...Wir könnten Deutschland gestatten, Elsaß-Lothringen gegen zentralafrikanische Gebiete auszutauschen, ohne die Gefahr zu laufen, daß Deutschland sich in Zentralafrika einen Militärstaat schaffen würde, denn dieses Gebiet würde unter internationaler Aufsicht stehen...!"

Ganz gewiß schießt auch dieser gute Engländer weit am Ziel vorbei, aber immerhin ist bei seiner absolut englischen Einstellung dennoch zu beachten, daß er bereits einen Teil der späteren Kolonialschuldlüge, in der Militarisierungsthese bestehend, verneint.

In der imperialistisch orientierten und geleiteten englischen „Pal Mall Gazette" folgt, wohlgemerkt bereits am 16. Juli 1917, ein anderer Ruf zur Lösung des Kolonialproblems. Dieser Ruf seines bekannten Landsmannes ist dem englischen Premierminister Lloyd George bei seiner späteren Stellungnahme zur Lösung der Kolonialfrage auf der Friedenskonferenz bedauerlicherweise nicht mehr geläufig gewesen. Im Jahre 1917 aber gibt die Rede, die er in Glasgow vor seinen Wählern hielt, dem englischen Unterhausmitglied Cavendish-Bentink Gelegenheit, sich über diese Rede

Lloyd Georges zu verbreiten und sich zu der Lösung des Kolonialproblems also zu äußern:

„...Über die Zukunft der deutschen Kolonien, besonders jener des tropischen Afrika, ist viel nachgegrübelt worden und es herrschen darüber große Meinungsverschiedenheiten. Die Rede Lloyd Georges hat es jedoch klargemacht, daß man in Zukunft der von ihm eingeschlagenen Richtung folgen soll. Zunächst muß man sich vor Augen halten, daß die Interessen und Bequemlichkeit der Großmächte nicht der allein ausschlaggebende Faktor sind. Es wäre andererseits ein Hohn auf die Demokratie, wenn man die rückständigen, rohen Völkerschaften für befähigt hielte, darüber zu entscheiden, unter welcher Regierung sie leben wollten. Gesetzt den Fall, sie beschließen, weiter in ihrer Art und in Freiheit zu leben, wie sollte man sich dann verhalten? Welche Politik sollte man da einschlagen?

Lloyd Georges Hinweis auf eine internationale Konferenz zeigt einen Ausweg aus dem Irrgarten. Von welchen Prinzipien soll England bei dieser Konferenz sich leiten lassen? Auch hier findet sich ein nützlicher Leitfaden in der Glasgower Rede betreffs der Friedensgarantien. ‚Diese sollten auf einer derartig unparteiischen Basis aufgebaut sein, daß die Völker nicht den Wunsch haben, sie zu stören.'

Wenn die endgültige Auseinandersetzung so ausfallen soll, daß keine Nation mehr wünschen wird, sie zu stören, dann muß Deutschland das Recht auf einen Anteil in Afrika ebenso wie in allen anderen Dingen eingeräumt werden. Der dauernde Weltfrieden kann nicht auf der Basis von Monopolen und Ausschließungen erzielt werden. Daher ist es klar, daß der Ausschluß Deutschlands von überseeischem Landbesitz und Handel der sicherste Weg wäre, um ihm dauernd seinen Militarismus als einziges Ideal erscheinen zu lassen, was gleichbedeutend mit einer ständigen Bedrohung des Friedens wäre..."

„...Wie auch immer die Teilung Afrikas vor sich geht, für die Eingeborenen sind folgende Garantien zu fordern:

1. Sie dürfen nicht Zwangsarbeiten unterworfen werden.
2. Ihre Anrechte auf das Land müssen sichergestellt werden.
3. Keine Nation darf sie für Militärzwecke gebrauchen.

Das bezieht sich auf das tropische Afrika. Betreffs der australischen Kolonien stimmt Premierminister Hughes nicht mit Lloyd George überein. Aber deshalb brauchen sich die australischen Staatsmänner wegen der Vorschläge von Lloyd George nicht zu beunruhigen. Es folgt daraus noch nicht, daß die deutsche Militärmacht und Intrige sich in gefährlicher Nachbar-

schaft des australischen Staatenbundes betätigen darf. Vielmehr wird die Frage der deutschen Kolonien Gegenstand einer internationalen Konferenz sein. Australien hat jedes Recht, Schutz vor dieser Gefahr zu fordern. Wie das geschehen kann, wird Sache der internationalen Konferenz sein. Vielleicht geschieht es durch die Forderung von Bürgschaften, durch Neutralisierung dieser Kolonien oder durch eine Einteilung, die Deutschland an anderer Stelle für seine Verluste einen Ausgleich bringt."

Obgleich der Abgeordnete des englischen Unterhauses, Cavendish-Bentinck, inmitten des imperialistischen Lagers steht, obgleich seine Ausführungen über die Kolonialfrage, die zweifelsfrei von Lloyd George unmittelbar inspiriert sind, weit am eigentlichen Sinn der ganzen Frage vorbeigehen, kann er dennoch nicht umhin, zur Lösung der Kolonialfrage Wege und Forderungen vorzuschlagen, die stets und zu allen Zeiten Gemeingut des deutschen kolonialen Denkens und der deutschen Regierung gewesen sind. Es ist wichtig, festzustellen, daß der englische Parlamentarier weiterhin nicht umhin kann, zuzugeben, daß Deutschland nicht von der Kolonisierung der tropischen Welt ohne ernste Gefahren für den kommenden Weltfrieden ausgeschlossen werden kann. Das offene, für die englische imperialistische Politik wahrscheinlich allzu offene Geständnis des Mitglieds des Unterhauses, daß das deutsche Volk und seine Regierung mit dem gleichen Recht wie die anderen kolonisierenden Staaten Europas seinen gleichwertigen Anteil, besonders an der Kolonisierung Afrikas, fordern und damit also gleichzeitig eine Neugestaltung der Besitzverhältnisse der europäischen Staaten in Übersee fordern darf, ist wertvoll und bedeutsam genug, um es Lloyd George, vor allen Dingen aber dem Lloyd George der späteren Friedenskonferenzen, um es allen englischen Annexionisten, um es den Cecil, Long, Smuts, Hughes usw. mit aller Deutlichkeit entgegenzuhalten.

Wenn im Rahmen seiner Ausführungen der englische Parlamentarier Cavendish-Bentinck es nicht unterlassen kann, dem Deutschen Reich als Kolonialmacht gouvernantenhafte Vorschläge und Zurechtweisungen in der Frage der Eingeborenenbehandlung zu machen, wenn er selbst die patentiert englische Erfindung, die Kolonialschuldlüge, glaubt abermals den Deutschen anhängen zu müssen, so handelt er damit als typischer Engländer, der es nun einmal nicht vermeiden kann, auch dort, wo die Tatsachen Gerechtigkeit für den Gegner zwingend fordern, seine Weltschulmeisterhaltung zur Schau zu stellen. Entgegengehalten müssen ihm die verschiedenen Willenskundgebungen der deutschen Reichsregierung, müssen ihm die Feststellungen seiner Landsleute Cecil Rhodes usw. werden. Es ist für uns Deutsche nicht

mehr erschütternd, daß die Herbeiziehung diffamierender Behauptungen der deutschen Kolonisierungstätigkeit von keinem auch noch so gerechten Engländer unterlassen werden kann. In der englischen Politik hat zu allen Zeiten die moralisierende Phrase eine bedeutsame Rolle gespielt.

So kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß ungleich tiefer und verständnisvoller für die Größe und Wichtigkeit der zu lösenden überseeischen Kolonisierungsprobleme die Ausführungen des Engländers E. D. Morel sind. Bereits im Kriegsjahr 1917 erscheint seine Schrift „Africa and the Peace of Europe" und erregt, da die imperialistische Hetze gegen Deutschland als Kolonialmacht bereits einen gewissen Höhepunkt erreicht hat, ungeheures Aufsehen. Die englischen Imperialisten toben gegen Morel. Es werden von ihnen alle Mittel eines manchmal mittelalterlich anmutenden Terrors angewendet! Und warum? Einzig und allein nur, weil er als Engländer den Mut zur Wahrheit aufbrachte und den Deutschen in ihren berechtigten Forderungen Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Das Schicksal Morels geht aus den Feststellungen des Staatssekretärs des Deutschen Kolonialamtes, Dr. Solf, die er im Dezember 1917 in aller Öffentlichkeit trifft, deutlich genug hervor. Morel ist dem Terror der englischen Raubpolitiker erlegen und wanderte „wegen Wahrheitsagens in das Gefängnis". — Die Raubinstinkte der britischen Annexionisten siegen gegen die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Es ist allerdings auch leicht einzusehen, daß die eindeutigen Ausführungen Morels den gegen ihn ausbrechenden Verfolgungswahn geradezu herausfordern mußten! Die Behandlung Morels ist kein besonderes Ruhmesblatt in der englischen Geschichte. Deutschland aber hat alle Ursache, vor der wahrhaften Gesinnung und der Unbestechlichkeit dieses Engländers mit Achtung zu stehen. Es hat während des Krieges wenig Engländer gegeben, die ihren zumeist von der Haß- und Hetzpropaganda der Northcliffe vergifteten Landsleuten so eindeutig die Wahrheit gesagt haben und so unerschrocken auch für Gerechtigkeit dem Gegner gegenüber eingetreten sind wie E. D. Morel! Seine Ausführungen zur Kolonialfrage erheben sich weit über alles Bekannte und sind getragen von großer Sachkenntnis. Sie werden uns noch oft als Beweise für die Berechtigung unserer Kolonialforderung dienen müssen.

1917 sprach Morel seine Anschauungen also aus:

„... Bei den Verhandlungen, die dem Ausbruch des Krieges vorausgingen, war die deutsche Regierung nicht bereit zu erklären, daß sie im Punkte kolonialer Eroberungen keine selbstsüchtigen Interessen verfolgen wollte, falls die deutschen Waffen erfolgreich sein würden. Sie war nicht

bereit zuzusagen, daß Deutschland nicht Teile des französischen Kolonialreiches sich aneignen würde, wenn der Krieg ausbräche und das Glück Deutschland günstig sein würde. Diese Haltung der deutschen Regierung ist scharf verurteilt worden. Sie ist als Beweis der Raubabsichten des amtlichen Deutschland herangezogen worden. Es ist nicht meine Sache, sie dagegen zu verteidigen, aber es wäre für mich von Interesse, zu erfahren, ob die Geschichte ein einziges Beispiel einer solchen selbstverleugnenden Bindung darbietet, wie sie offenbar von der deutschen Regierung erwartet wurde. Als Angehöriger einer Nation, die sich jedesmal durch die Wegnahme der überseeischen Besitzungen der Kontinentalmacht, mit der sie Krieg führte (wenn diese Macht solche besaß), bereichert hat, erscheint mir der gegen die deutsche Regierung erhobene Vorwurf unbegründet.

Die Extremisten auf der Seite der Verbündeten, und besonders in England, verlangen, daß die deutschen Souveränitätsrechte in Übersee vollständig ausgerottet werden müßten. Deutschland soll aufhören, eine imperialistische Macht zu sein. Die vorgebliche Rechtfertigung der Forderung ist, daß die Vernichtung der deutschen Souveränitätsrechte außerhalb Europas notwendig sei für die Aufrichtung eines dauernden Friedens in Europa.

Die Beweisgründe und Tatsachen, die ich anführen werde, sollen den Nachweis liefern, daß von einer solchen Politik genau das gegenteilige Ergebnis zu erwarten wäre, auch wenn die verbündeten Regierungen in der Lage sein sollten, sie durchzusetzen. Ich werde mich in der Hauptsache auf Afrika beschränken, das überdies der einzige Teil ist, wo deutsche Souveränitätsrechte in beträchtlichem Maße ausgeübt worden sind. Ich werde aber gezwungen sein, Deutschlands innere Lage und deren allgemeine Bedeutung für die Ausübung überseeischer Souveränitätsrechte durch Deutschland und andere Mächte zu untersuchen.

Die Behauptung, der ich entgegenzutreten habe, ist also, daß die Austreibung Deutschlands aus Afrika erheblich zu einem dauerhaften Frieden in Europa beitragen würde. Die Behauptung, für die ich den Beweis zu erbringen habe, ist, daß ein dauerhafter Friede in Europa unmöglich ist, wenn Deutschland aus Afrika vertrieben wird.

Es sei bemerkt, daß die erste Behauptung nicht durch irgendeine zusammenhängende Beweisführung gestützt wird. Sie ist kaum mehr als eine dogmatische These. Sie beruft sich nicht auf historische Analogien. Moralische Gründe werden beigebracht. Freilich nicht ernstlich, wie ich glaube! Seien wir ehrlich und geben zu, daß es vollständig unmöglich sein würde, vor einem internationalen Gerichtshof eine Klage gegen die Ausübung der deut-

schen Souveränitätsrechte in Afrika mit der Begründung, daß Deutschland die Eingeborenen schlecht behandelt habe, erfolgreich zu erheben. Die Erhebung einer solchen Klage würde nicht nur ein schädliches und unwiderlegliches ‚tu quoque', sondern auch die Anführung vieler britischer Stimmen, die die deutsche Verwaltung in Afrika loben, zur Folge haben. Der lange und blutige Feldzug gegen die Hottentotten und Bastards in Deutsch-Südwestafrika war durch all die üblichen Gewalttätigkeiten europäischer Kriegsführung in Afrika gekennzeichnet. Einzelne Skandale sind bisweilen in der Geschichte der deutschen Verwaltung in Kamerun und Deutsch-Ostafrika vorgekommen. In jedem Falle, soviel ich weiß (und ich habe die afrikanischen Dinge seit zwanzig Jahren mit scharfer Aufmerksamkeit verfolgt), ist eine öffentliche Anklage erhoben und eine öffentliche Untersuchung durchgeführt, der Übeltäter bestraft und die Übeltat selbst im Reichstag heftig getadelt worden.

In einigen anderen afrikanischen Kolonien, die sich nicht unter deutscher Herrschaft befanden, sind ähnliche Verbrechen nicht immer in gleicher Weise öffentlich behandelt worden. Ich weiß persönlich, daß bei einer Gelegenheit ein deutscher Beamter, der eine Anzahl von Übeltaten in Kamerun in der Nähe der britisch-nigerischen Grenze begangen hatte, unverzüglich entfernt und durch das Kolonialamt abgesetzt worden ist. Aber diese Vorfälle, über die die Deutschen selbst keine Neigung haben, ein weißes Tuch zu decken, sind unbedeutend im Vergleich mit den erschütternden Begebenheiten auf beiden Ufern des Kongo; organisierte Schandtaten von Staats wegen, wie sie das Leopoldinische System im Kongofreistaat kennzeichneten, Konzessionswesen, wie im Französischen Kongo, und Arbeitssklaverei, wie in Angola, sind der deutschen Verwaltung in Afrika selbst von den schärfsten Kritikern Deutschlands niemals vorgeworfen worden. Deutschlands afrikanische Geschichte enthält häßliche Seiten. Sie hebt sich aber trotzdem vorteilhaft ab von der Geschichte einiger seiner Nachbarn, und aus einfacher Vorsicht sollte deshalb der moralische Einwand gänzlich fallen gelassen werden.

Die Behauptung, mit der ich es zu tun habe, entbehrt daher (es ist gut, dies zu wiederholen) der tatsächlichen Belege, die einer Nachprüfung zugänglich wären. Ich hoffe, andrerseits eine Reihe von Erwägungen, die Beachtung verdienen, vorzutragen, wenn ich behaupte, daß die Austreibung Deutschlands aus Afrika nicht zum Weltfrieden, sondern zur Fortsetzung der akuten internationalen Unruhe führen dürfte ..."

„... In erster Linie würde die gewaltsame Zerreißung des gefühlsmäßigen Bandes der Zugehörigkeit zu Afrika ein Gefühl bitterer Erniedrigung

und brennender Ungerechtigkeit in der deutschen Seele erstehen lassen. Der Anteil, den Deutschland bei der Entdeckung und wissenschaftlichen Erforschung des dunklen Erdteils gehabt hat, ist, wie zugegeben wird, hervorragend; was die wissenschaftliche Erforschung betrifft, so würde man vor dem Kriege wahrscheinlich anerkannt haben, daß Deutschlands Leistungen alle übrigen übertrafen ..."

„... Obwohl mehr als sechzig Jahre vergangen sind, seit Barth nach der Durchquerung der Wüste Sahara von Tripolis aus seine ausgedehnten und erfolgreichen Reisen im westlichen Sudan von Timbuktu bis zum Tschadsee ausgeführt hat und obwohl seit jener Zeit viele Änderungen in jenen Gegenden eingetreten sind, sind die fünf Monumentalbände, in denen er seine Erfahrungen niedergeschrieben hat, heute noch das Standardwerk über diese Teile von Afrika. Er goß einen ganzen Strom von Licht über diese bezaubernd interessanten Länder und drang mit einer Peinlichkeit und Genauigkeit in die Einzelheiten ihres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens ein, die den englischen und französischen Beamten, die nach ihm kamen und die sein Druckwerk noch heute als ein Evangelium ansehen, von unschätzbarem Wert gewesen ist.

Nachtigall, Schweinfurth und Rohlfs waren würdige Fortführer von Barths peinlichen Methoden, und die Kenntnisse in afrikanischer Ethnologie und Philologie verdankt die Welt in hohem Maße diesen deutschen Männern und den Reichardt, Kölbe, Schoen und vielen anderen ihrer Landsleute. Was die Priorität der geographischen Entdeckung im westlichen Teile des Erdteils anlangt, so stehen Barth und seine späteren Nachfolger nur hinter Mungo Park, Clapperton und den Brüdern Lander zurück, während ihr Anteil an der allgemeinen Erkundung Afrikas sich zu dem Anteil der letzteren verhält wie eine Enzyklopädie zu einem Tagebuch.

Im Osten, im Zentrum und im Süden waren es Schweinfurth, der den Bar-el-Ghasel und das Flußsystem des oberen Nils entdeckte, Krapf, Rebmann und v. d. Decken, die die berühmten Berge Kenia und Kilimandscharo bekannt machten, Mohr, der die Viktoriafälle entdeckte, Mauch einen beträchtlichen Teil des Sambesi einschließlich der wunderbaren Ruinen von Zimbabue, Vogel Nadai, Schweinfurth und v. Wißmann weite Strecken des Kongobeckens. Diese und andere Deutsche waren (einige von ihnen, wie Barth und Hornemann, unter den Auspizien der britischen Wissenschaft) die hauptsächlichsten Pioniere der britischen imperialistischen Ausdehnung in Afrika, Mauch in Rhodesien, Barth, Overweg und Hornemann in Nord-Nigerien.

Diese Taten bilden in Deutschland hochgehaltene Traditionen, genau wie ähnliche Taten hochgehaltene Traditionen in England bilden, und die Vorstellung, daß Deutschland ohne Schaden für den Frieden Europas von einem Erdteil vertrieben werden könnte, den so viele seiner Söhne mit ihrer Aufopferung, ihrem Verstande und ihrem Blute erfüllt haben, scheint mir die tiefsten und besten Triebfedern der menschlichen Natur und des Nationalgefühls gänzlich beiseite zu setzen.

Bei der Betrachtung von Deutschlands historischer Verknüpfung mit Afrika und der Gefühlsfäden, die im Zusammenhange damit in das nationale Leben eingewebt worden sind, dürfen wir auch nicht die hervorstechende Tatsache vergessen, daß die erste große internationale Konferenz, die berufen war, sich mit der Zukunft des nichtbesiedlungsfähigen Teiles Afrikas zu befassen, von Bismarck berufen und in Berlin abgehalten worden ist.

Wenn man von den ideellen zu den wirtschaftlichen Gesichtspunkten übergeht (sofern es überhaupt möglich ist, diese beiden gänzlich zu trennen), so beruht der deutsche Anspruch auf Berücksichtigung bei der Verteilung des afrikanischen Landes auf seiner inneren Lage, die durch sein Bevölkerungsproblem und die daraus entspringenden national-ökonomischen Notwendigkeiten geschaffen worden ist. Ein europäischer Staatsmann, der eine nationale Politik unbekümmert um dieses Problem verfolgt oder es bei seinem internationalen Überblick übersieht, verschließt die Augen vor einem der mächtigsten Faktoren, die zum Guten oder zum Bösen die Geschichte der modernen Welt mitbestimmen!

Das innere Problem Deutschlands, das einen so unmittelbaren Einfluß auf die internationale Lage hat, ist das Problem einer ‚fruchtbaren Nation, die über die physischen Bedingungen ihrer Umgebung hinauswächst', und die, da sie kein Siedlungsland in Übersee zur Verfügung hat, wo sie sich ihres Überschusses an Menschen entledigen (und dabei diesen Überschuß innerhalb der nationalen Reichweite halten) kann, ihre Bevölkerung beschäftigen und ernähren oder durch inneren Zusammenbruch untergehen muß. Um der Bevölkerung Arbeit und Brot zu verschaffen, müssen die Männer, die für das Schicksal der Nation verantwortlich sind, Deutschlands auswärtige Politik so führen, daß sie der deutschen Industrie und dem deutschen Konsumenten einen ununterbrochenen Zufluß von Rohstoffen aus überseeischen Ländern, einen offenen Markt für Erzeugnisse der deutschen Industrie und die Möglichkeit der Anlage deutschen Kapitals in den weiten, unentwickelten oder halbentwickelten Ländern der Welt sicherstellen. Deutschlands auswärtige Politik läßt sich leiten, wie ich im Frühjahr 1912 schrieb, nicht von

Landhunger, sondern von Handelshunger. Und Handelshunger entspricht dem Grundbedürfnis des nationalen Lebens.

Keine andere Nation in Europa, ja in der Welt, ist einem solchen Problem gegenübergestellt. Von den vier großen weißen Expansionsvölkern, den Russen, den Amerikanern, den Deutschen und den Engländern, sind die Deutschen allein eingesperrt und eingezwängt. Rußland hat mehr als 6 Millionen Quadratmeilen Land in Asien anschließend an sein europäisches Reich erworben und streckt unaufhörlich seine Fühler nach mehr aus, obwohl sein unmittelbares Bedürfnis keinen Vergleich mit dem seines westlichen Nachbarn verträgt. Die Vereinigten Staaten haben weiten Raum zur Ausbreitung für sehr viele künftige Generationen und in Südamerika, von dem sie peinlich europäische Einmischung fernhalten, eine Reserve für die Zukunft. In Kanada, Australien und Neuseeland und bis zu einem gewissen Grade in der Südafrikanischen Union besitzt die britische Nation ein ungeheures imperialistisches Feld, wahrhaftig groß genug, um jener auf irgendwelche nationalen Gründe gestützten Kleinlichkeit und Eifersucht den Boden zu entziehen, die ein Teil der britischen herrschenden Klasse gegenüber dem natürlichen Wachstum und den sich daraus ergebenden Erfordernissen anderer Mächte zeigt. Zum Beispiel beträgt die Fläche des australischen Gemeinwesens nur wenig unter 3 Millionen Quadratmeilen, während seine Bevölkerung unter 5 Millionen bleibt; und Kanada, das $3^3/_4$ Millionen Quadratmeilen umfaßt, besaß eine Bevölkerung von nur wenig mehr als 7 Millionen bei der letzten Zählung.

Die einzige neben England, Rußland und Deutschland vorhandene europäische Weltmacht ist keine sich rassenmäßig ausdehnende Macht. Die Bevölkerung Frankreichs ist viel geringer als die Deutschlands; sie steht still, wenn sie nicht gar abnimmt. Trotzdem hat Frankreich im letzten halben Jahrhundert ein überseeisches Reich erobert, das größer ist als ganz Europa.

So haben von den vier weißen Ausdehnungsmächten die Deutschen allein keinen Raum, ihre Rasse auszubreiten, weder in der Nachbarschaft ihrer eigenen Grenzen, noch in gemäßigten überseeischen Ländern. Und dabei übertrifft die Bevölkerung Deutschlands diejenige Englands bereits um 20 Millionen und wächst mit einem Prozentsatz, der fast dreimal so groß ist; sie übertrifft die gesamte weiße Bevölkerung des Britischen Reiches um 7 Millionen und blieb vor sechs Jahren nur um 18 Millionen hinter der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten zurück. Auf sich selbst angewiesen, eingeengt auf einem Gebiet von 208730 Quadratmeilen, ist Deutschland

durch die Wucht der Tatsachen selbst gezwungen, der in hohem Grade zentralisierte und organisierte Staat zu sein, der es geworden ist, und seine Staatsmänner werden durch die reine Notwendigkeit dazu getrieben, ihre unaufhörlichen Anstrengungen darauf zu richten, dem deutschen Volke unbehindert wirtschaftliche Betätigung, unbehinderte Wege für die deutsche wirtschaftliche Ausbreitung in Übersee und unbehinderte Gelegenheit zur Erfassung der Rohstoffe der tropischen und subtropischen Länder der Erde, die in stetig wachsendem Maße eine Begleiterscheinung der Entwicklung des modernen industriellen Systems ist, zu sichern.

Dieses drückende Problem ist die treibende Kraft, die Deutschland in eine industrielle Werkstätte verwandelt, die Verausgabung großer Summen für Schulwesen und die Vervollkommnung des technischen Unterrichts bis zu dem höchsterreichbaren Grade verursacht, die Wissenschaft zur Gehilfin der industriellen Produktion macht, die Schaffung einer Flottenmacht veranlaßt und aus Deutschland einen ruhelosen, nervösen, empfindlichen, unbefriedigten und unbequemen Nachbar macht. Im letzten Jahrfünft sah es, wie die Macht, die bereits das größte Reich besaß, das die Welt je gesehen hat, und die See beherrschte, drohte, eine Zollmauer um ein Drittel der bewohnten Erde zu errichten, wie sie zusammen mit Rußland halb politische, halb wirtschaftliche Rechte in weiteren Teilen Asiens erwarb und wie sie mit dem ganzen Gewicht ihrer Diplomatie die Erwerbung neuer Teile der unentwickelten Gebiete Afrikas durch Frankreich, eine Macht, deren Kolonialreich alle verständlichen nationalen Bedürfnisse in ungeheurem Maße übersteigt und die gleichzeitig mit ihrer Flagge den Differenzialtarif einführt, unterstützte.

Und nun wird ernsthaft behauptet, daß ein dauerhafter europäischer Friede vereinbar sei mit der Austreibung Deutschlands aus der größten natürlichen Reserve der Welt an tropischen und subtropischen Stoffen, nicht nur als Souveränitätsmacht, sondern auch als Teilhaber an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Und wir, die wir zwei Jahrhunderte lang gegen alle die Kräfte, die Monopol und Bevorzugung gegen uns ins Feld bringen konnten, für offene Märkte gefochten haben, wir bilden uns ein, daß Deutschland sich dareinfügen will und kann!..."

Es ist für uns Deutsche in der Gegenwart erschütternd festzustellen, daß der Engländer E. D. Morel für seine fast prophetisch anmutenden Ausführungen, mit denen er in leidenschaftlichem Fanatismus für Wahrheit und Gerechtigkeit eintritt, bereits im Kriegsjahr 1917 eintritt, die ganze Größe der Probleme erkennt und seinen Landsleuten als ernsteste Mahnung ent-

gegenhält. In das Gefängnis brachte ihn sein heiliger Eifer. Die englischen Imperialisten machen ihn mundtot, denn sie erkennen seine ungeheure Gefährlichkeit für ihre eigenen Raubabsichten auf die deutschen Kolonien. Für den englischen, niemals saturierten Imperialismus steht es als Tatsache fest, daß die Deutschen aus der Reihe der Kolonialmächte zu verschwinden haben. Der englische Imperialismus glaubt an die Weitsichtigkeit seiner Politik der Vergewaltigung. Er hofft von der Zertrümmerung des deutschen Kolonialreiches zugleich die Zertrümmerung des deutschen Welthandels, erhofft den inneren Zerfall der deutschen Nation, erhofft vor allen Dingen damit durch die Ausschaltung eines lästigen Konkurrenten eine ungeheure Mehrung des eigenen Besitzstandes und der Macht des Britischen Weltreiches. Haß- und Hetzpropaganda haben die Meinung der englischen Öffentlichkeit in diesem Sinne vergiftet, Macht- und Besitzgier haben die Gehirne der Staatsmänner verwirrt. Der Engländer E. D. Morel muß Prediger in einer Wüste bleiben. Die europäische, ja die Geschichte der ganzen zivilisierten Welt nimmt den von ihm geahnten und offen ausgesprochenen Entwicklungsgang. England betrachtet Morel als „Hochverräter". Das imperialistische England betrachtet alle Stimmen, die sich für eine gerechte Lösung der Probleme einsetzen, als Vorbereitung zum Hochverrat. Auch den Hauptredakteur der liberalen, revoltierenden Wochenschrift „Nation" verfolgen deshalb die Annexionisten wütend. Aber er formuliert trotz aller Beleidigungen und Verfolgungen, denen er ausgesetzt ist, in einer Zuschrift an den Chefredakteur der „Daily News and Leader" seine Ansichten folgendermaßen:

„... Ich hoffe, eine geschicktere Feder als die meinige wird die moralische Niedertracht und Torheit, mit der Balfour die deutschen Kolonien als Kriegsbeute für England in Anspruch nimmt, gebührend würdigen. Ich sage Kriegsbeute Englands, denn obgleich der Minister des Auswärtigen diese Länder nicht ausdrücklich für England in Anspruch nimmt, die Gründe, warum er sie von Deutschland loslösen will, liegen im englischen Interesse. Welches Recht hat Balfour, über das Schicksal der deutschen Kolonien zu bestimmen? Sein Chef hat erklärt, daß über deren Zukunft auf der Friedenskonferenz abgestimmt werden soll. Heißt es nicht, ein schlechtes Beispiel geben, wenn ein Glied des Verbandes über Länder verfügt, solange kein anderes Mitglied des Verbandes gesprochen hat und solange keine gemeinschaftliche Erklärung über die Friedensbedingungen vorliegt? Kann man dem deutschen Imperialismus gewichtigere Beweise für die Behauptung liefern, England sei aus selbstsüchtigen Gründen in den Krieg getreten?..."

In großen Lettern druckt die „Daily News and Leader" diese Zuschrift des aufrechten Engländers H. W. Massingham ab. Im Lager der Annexionisten herrscht begreifliche Aufregung.

Noch brüllen an den Fronten die Geschütze, noch hält an jedem Tag und zu jeder Stunde der Tod Ernte. Da meldet sich auch aus der Südafrikanischen Union, meldet sich aus der Heimat des Annexionisten General Smuts, des patentierten Erfinders und Vertreters des Friedensligagedankens, eine andere Stimme der Vernunft und der Gerechtigkeit. Ihr Träger hat immerhin einen bedeutsamen Namen, einen Namen, der in der Geschichte der Kolonisation Afrikas, in der Geschichte der Südafrikanischen Union Klang besitzt. Es ist General Dewett, der 1914 an dem Burenaufstand in der Südafrikanischen Union teilgenommen hat; er tritt mit offener Stirn und offenem Wort für die Wahrheit ein. Er veröffentlicht in dem nationalistischen südafrikanischen „Volksblad" einen flammenden Aufruf. Unmittelbar stößt er mit dem Elan des Soldaten gegen General Smuts und gegen die Regierung der Südafrikanischen Union vor, unmittelbar aber greift er auch die Regierung des Britischen Weltreiches zu London an. Er stellt mit harten Worten das unheilvolle Wirken der annexionistischen Interessentengruppen an den Pranger. Er wirft der britischen Regierung vor, den Angriff auf Deutsch-Südwestafrika ohne jede äußere und innere Berechtigung eröffnet zu haben. Er schildert, daß allein die Perfidie dieses Angriffes auf die Deutschen in Südwestafrika den Aufstand in der Union gegen die Regierung, an dem er um des Rechts willen selbst teilgenommen hat, ausgelöst habe. Unmittelbar an das Volk der Südafrikanischen Union wendet sich Dewett und erweist sich damit als ein aufrechter Verfechter von Recht und Wahrheit. Er fordert es auf, offen gegen die Kapregierung in die Opposition zu gehen und sie somit zu zwingen, die beabsichtigte endgültige Enteignung Deutsch-Südwestafrikas fallen zu lassen, den Deutschen, als den rechtmäßigen Besitzern, vielmehr die Kolonie noch vor Friedensschluß bedingungslos zurückzugeben. Für den General Smuts und den Miteroberer der deutschen Besitzung Südwestafrikas sind die Ausführungen und Anklagen des General Dewett keine Lobeshymnen. Das Aufsehen, das sie hervorrufen, ist groß genug. Selbst die großen Zeitungen des Britischen Weltreiches berichten ausführlich über die Haltung des Burengenerals.

Der Premierminister Australiens, Herr Hughes, hat dem englischen Volk und zugleich den Mitgliedern des Australischen Klubs, hat weiterhin den Söhnen Australiens, die noch auf europäischen Schlachtfeldern stehen, mit diktatorischer Gebärde erklärt, die Existenz Australiens hängt von dem Be-

sitz, also von der bedingungslosen Annektierung der deutschen Südseebesitzungen durch Australien ab. Herr Hughes findet mit diesem Ammenmärchen in den gleichgerichteten englischen Annexionistenkreisen verständnisvolle Gegenliebe und für seinen Mut besondere Anerkennung. Bei einer unparteiischen und sachlichen Prüfung der vorgebrachten Forderungen und ihrer Begründung hätte dem australischen Premier ein einziges Hohngelächter antworten müssen.

Der Premierminister Australiens, Herr Hughes, hat wohlweislich der englischen Öffentlichkeit ein bezeichnendes Geschehnis verschwiegen.

Anfang des Monats Juni 1917 findet in Sydney die Jahreshauptversammlung des außerordentlich starken, einflußreichen parlamentarischen Arbeiterverbandes statt. Sie findet statt in den Formen, in denen alle Versammlungen großer Parlamentsparteien stattfinden. Reden, Diskussionen, Resolutionen lösen einander ab. Auch auf dieser australischen Versammlung ereignet sich zunächst nichts Erschütterndes. Eine gewisse Monotonie bemächtigt sich ihrer. Da bricht in diese Monotonie urplötzlich die leidenschaftliche Rede eines einflußreichen Delegierten ein. Mit unverkennbarem Ernst und glühender Leidenschaftlichkeit klagt der Delegierte die australische Regierung, insbesondere aber ihren Premierminister, an. Er erklärt, daß nach dem Willen der Arbeitermassen die Regierung ihre Grundsätze in der Frage der deutschen Südseebesitzungen grundlegend abändern müsse. Die Einstellung der australischen Regierung, die unter der Führung des Premierministers Hughes steht, ist falsch. Die beabsichtigte Annektierung der eroberten deutschen Südseebesitzungen durch Australien bedeutet einen unerhörten politischen und wirtschaftlichen Fehler. Sie bringt für Australien nur die Aufbürdung neuer, ja wahrscheinlich untragbarer Lasten. Womit will Australien die eroberten deutschen Besitzungen überhaupt kolonisieren? Australien verfügt selbst nicht über genügend Menschen, um die weiten Flächen des eigenen Landes auch nur notdürftig zu besiedeln und besitzt weiterhin auch nicht die Mittel, um diese Flächen nutzbringend zu kultivieren? Was will Australien mit den deutschen Südseebesitzungen?

Im krassesten Gegensatz zu den Auslassungen des australischen Premiers stehen diese Ausführungen eines einflußreichen Vertreters des australischen Volkes. — In den Dezembertagen 1917 erklärte der Staatssekretär des Deutschen Kolonialamtes vor der Öffentlichkeit, daß bei einer vernünftigen Verteilung der unkolonisierten Räume dieser Erde der Grundsatz zu beachten sein dürfte, daß die Größe des vom Mutterland zu kolonisierenden Gebietes den Kräften des Mutterlandes anzugleichen sei. In der Ausführung

des australischen Arbeitervertreters findet der deutsche Staatsmann die eindeutigste Bestätigung für die Berechtigung des aufgestellten Grundsatzes. Australien hat bei weitem nicht Menschen genug, sein eigenes Staatsgebiet, die Weiten seines Landes zu besiedeln und nutzbringend für die Menschheit zu kultivieren, aber es fordert durch seinen Premierminister die deutschen Südseebesitzungen zur „Sicherung seiner Existenz". Oder will der australische Regierungschef der Welt erzählen, daß die Deutschen beabsichtigten, mit einer Handvoll Polizisten und Südseeinsulanern Australien zu überfallen und zu terrorisieren?

Die Forderung des australischen Premierministers Hughes: „Die Existenz Australiens ist abhängig von dem Besitz der deutschen Südseekolonien" ist geboren aus der Absicht, dem Deutschen Reich unter allen Umständen zu schaden, wo und wie man nur kann. Für die Verwirklichung dieser Absicht nimmt ein australischer Premier auch den offenen Gegensatz zur Meinung der Bevölkerung seines Landes in Kauf.

Die Vorbereitungen der Diplomaten und Staatsmänner der verbündeten Feindmächte zu den Friedenskonferenzen lassen erkennen, daß alle mahnenden Stimmen, die Kolonialfrage im Geiste des Punktes V des Wilsonschen Programms, oder nach den Gesetzen kluger staatsmännischer Einsicht zu lösen, auf steinigen Boden gefallen und wirkungslos geblieben sind. Es ist außerordentlich interessant, daß gerade zur Lösung der Kolonialfrage im Sinne einer bedingungslosen Annektion von den beteiligten Feindmächteregierungen Material über Material zusammengetragen wurde, daß von der Humanitätsphrase bis zur Verleumdung und Diffamierung der deutschen Kolonialehre jedes Mittel willkommen erscheint, die Annektierung vorzubereiten und auch menschlich und rechtlich zu begründen. Das englische „Blaubuch" über deutsche Kolonialverbrechen kursiert in ungezählten Exemplaren und tut seine verhetzende Wirkung. Und dennoch tut auch dieses „Prachtstück politischer Verleumdungskunst" nicht vollständig seine Pflicht im Sinne der englischen Imperialisten, seiner teuflischen Schöpfer. Man kennt im Feindbundlager, unterrichtet durch den besten Nachrichtendienst der ganzen Welt, die Stimmung, besonders bei den Neutralen, sehr genau, man weiß auch, daß der Regierung der deutschen Republik alle Stimmen zugeleitet werden, die die Pläne der alliierten Mächte hinsichtlich der deutschen Kolonien sehr deutlich ablehnen. Also machen sich die Vertreter und Abgesandten der Alliierten auf ernste Widerstände durch die Deutschen auf den Friedenskonferenzen gefaßt. Eine deutliche Nervosität ist in ihren Lagern für den Einsichtigen zu spüren. Man kennt die diplomatischen Ab-

sichten der Deutschen nicht und empfindet deshalb ein leichtes Unbehagen.

Die Regierung der deutschen Republik, die Regierung der Ebert, Scheidemann usw. begreift ihre Aufgaben und die Größe der bevorstehenden diplomatischen Kämpfe zunächst überhaupt nicht. Sie wird durch die peinlich genaue Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen in Atem gehalten. Sie hat alle Hände voll zu tun, beutehungrige Parlamentarier mit Ministersesseln und Pfründen zu befriedigen. Sie muß selbst alle Kräfte anspannen, um sich in den neugewonnenen Regierungssesseln zu halten. Es weht ein seltsamer Wind im republikanischen Deutschland. Die heimgekehrte Armee der Frontsoldaten schenkt den Manifesten und Proklamationen keinen rechten Glauben, aber sie helfen dennoch durch ihre Disziplin, durch Handgranaten, durch Maschinengewehre und Panzerwagen den Bestand des Reiches zu sichern.

Außenpolitisch erregte die Hilflosigkeit der Regierung des republikanischen Deutschlands bereits in den ersten Tagen ihres Bestehens das Verwundern des neutralen und feindlichen Auslandes. Die für die kommenden Verhandlungen mit den Feindbundstaaten zu erwartende Aufwerfung des Kolonialproblems stößt trotz ungezählter Hinweise bei der Regierung Ebert-Scheidemann auf unbegreifliche Verständnislosigkeit. Die Regierung der Republik verschmäht es aus Unwissen oder aus Unvermögen, wer kann das entscheiden, die Weltöffentlichkeit über die deutschen Rechte und Forderungen zu unterrichten. Sie übersieht dabei die besten Möglichkeiten zu erfolgversprechender Propaganda, übersieht die zahlreichen Äußerungen in neutralen und selbst feindlich eingestellten Zeitungen, die ihr geradezu das Stichwort zum Widerstand gegen die, offen von der Presse der Alliierten propagierte Annexionsabsicht, hinwerfen. So übersieht sie auch die Ausführungen, die das durchaus ententefreundlich eingestellte schweizerische „Aargauer Volksblatt" am 30. Dezember 1918 zur Kolonialfrage machte:

„... Die ‚New York World' brachte kürzlich eine Meldung aus Paris, nach der in London zwischen England, Italien und Frankreich ein Abkommen geschlossen worden sei, in welchem die drei genannten Staaten sich unter anderem über eine Aufteilung der deutschen Kolonien geeinigt hätten. Die Informationen, die wir hierzu von unserem gut unterrichteten holländischen Gewährsmann erhalten, lassen diese Meldung der ‚New York World' im Kern als zutreffend erscheinen. England, Frankreich und Italien werden versuchen, auf der Friedenskonferenz ihren Einfluß im Sinne des ‚Londoner Abkommens' geltend zu machen. In führenden amerikanischen Kreisen

scheint jedoch das Bestreben der Verbündeten, sich über die endgültigen Bedingungen ohne die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einigen, großes Mißfallen erregt zu haben, zumal diese Einigung auf einer Grundlage erfolgt, die mit den 14 Wilsonschen Punkten nicht mehr zu vereinbaren ist. Was insbesondere die Kolonialfrage anbelangt, so halte Wilson auch heute noch an seinem Standpunkt fest, daß sie durch eine Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes unter die Entente nicht gelöst werden könne. Unser Gewährsmann berichtet weiter, daß man es in amerikanischen Kreisen nicht verstehe, wie das deutsche Volk sich zur Zeit anscheinend nur mit innerpolitischen Fragen beschäftige, so wichtig die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die alsbaldige Bildung einer aktionsfähigen Regierung an und für sich auch sei. Trete hierin nicht bald eine Änderung ein, so werde es Wilson kaum möglich sein, bei der Regelung der Kolonialfrage seine Grundsätze, die ja auch Deutschland zugute kämen, zur Geltung zu bringen. Unser holländischer Gewährsmann selbst ist der Ansicht, daß das derzeitige passive Verhalten der deutschen Regierung zum Schaden Deutschlands nur den Anschein erwecken könne, als ob man deutscherseits auf den zukünftigen Besitz von Kolonien überhaupt keinen Wert mehr lege. Überhaupt wird Wilsons Stellung durch die Gleichgültigkeit der deutschen Regierungsstellen in außenpolitischen Fragen außerordentlich erschwert. Selbstverständlich kann Wilson nicht deutscher sein als die deutsche Regierung ..."

Wie ein riesiges Warnungszeichen, wie ein Fanal hätte dieser Ruf aus dem neutralen Ausland auf die deutsche Regierung wirken müssen. Mit einem Schlag mußte diese Nachricht den gesamten deutschen Widerstand mobilisieren. Die Hindeutung auf die zwischen den Ententemächten abgeschlossenen Geheimverträge allein schon genügte, eine wirksame Propaganda gegen die Annexionisten und Imperialisten im feindlichen Lager in Gang zu bringen. Dieser Hinweis kann von den Staatsmännern der Entente nicht anders als beunruhigend empfunden werden. Mit zwingender Logik wird die Regierung der deutschen Republik in den Stand versetzt, die Verlogenheit der feindlichen Annexionspropaganda, unter dem Motto: Menschlichkeit usw. ehemals in Szene gesetzt, zu entlarven. Tatsächlich bestehen als wichtigste Faktoren für die Einstellung der Entente in der Frage der Kolonien auf den kommenden Friedensverhandlungen drei Geheimverträge. Die Aufteilung der deutschen Kolonien ist Hauptgegenstand dieser Geheimverträge. — Mag auch dem deutschen Nachrichtendienst und damit der deutschen Regierung der Inhalt dieser zweifellos bestehenden Geheimabkommen nicht bekannt sein, ihr Bestehen allein muß genügen in maßgeblichen Äußerungen die

Weltöffentlichkeit darauf hinzuweisen. Schon durch solche Hinweise hätte der Punkt V des Wilson-Programms eine wesentlich größere und tiefere Bedeutung erhalten.

Über den tatsächlichen Inhalt der Geheimverträge, abgeschlossen in den ersten Jahren des Weltkrieges, wird zur Erhellung der Raubabsichten der Annexionisten in den Feindbundregierungen an anderer Stelle noch eingehend zu sprechen sein.

Die Regierung Ebert-Scheidemann aber steht diesen alarmierenden Nachrichten außenpolitisch vollständig passiv und hilflos gegenüber. Sie erkennt weder die Bedeutung des kolonialen Problems überhaupt, noch nimmt sie die gebotene Gelegenheit zur Organisierung des Widerstandes wahr. Es gibt keine Entschuldigung für das völlige außenpolitische Versagen dieser neudeutschen Regierungsgrößen und für ihre völlige Unfähigkeit. Sie kann sich nicht auf innerpolitische Schwierigkeiten berufen, denn ihre Stellung ist trotz des wilden Geschreis der Eichhorn-Leute in Berlin, trotz Spartakus und Bayrischer Räterepublik der Herren Eisner, Toller und Genossen, dank der Selbstlosigkeit der Frontoffiziere und Frontsoldaten gesichert. Gewiß ist das Rattern der Maschinengewehre vor den Regierungsgebäuden eine häßliche Musik für Ohren, die Maschinengewehre höchstens einmal auf heimatlichen Exerzierplätzen haben tackern hören. Gewiß ist das Sitzen in Regierungssesseln unbequem, wenn „politische Kinder" vor den Regierungstüren randalieren und mit Handgranaten spielen. Gewiß ist der Ton heulender Granaten im Innern der Millionenstadt Berlins keine ganz alltägliche Erscheinung, sind zerspringende Minen und fauchende Panzerwagen ungewöhnliche Mittel, ein hungerndes Volk zu einem Leben in „Würde und Schönheit", wie es Herr Scheidemann versprochen hat, zu erziehen. Gewiß türmen sich vor dieser Regierung die innerpolitischen Schwierigkeiten, aber all das und noch manches andere kann nicht über ihre völlig falsche Einstellung zu den dringendsten Problemen der Außenpolitik hinwegtäuschen.

Es ist zu bezweifeln, daß die Regierung Ebert-Scheidemann überhaupt eine Ahnung von der Bedeutung und der Größe des kommenden außenpolitischen Kampfes, dessen nicht geringstes Ziel die Erhaltung des Überseebesitzes des deutschen Volkes ist, hat. Die Welt versteht die völlige Passivität der deutschen Regierung jedenfalls nicht:

„... daß das derzeitige passive Verhalten der deutschen Regierung zum Schaden Deutschlands nur den Eindruck erwecken könne, als ob man deutscherseits auf einen zukünftigen Besitz von Kolonien überhaupt keinen Wert

mehr lege. Überhaupt wird Wilsons Stellung durch die Gleichgültigkeit der deutschen Regierungsstellen in außerpolitischen Fragen außerordentlich erschwert...!"

Die völlige Passivität der deutschen Regierung erregt die Verwunderung der neutralen und selbst der feindlichen Welt. Die Welt kann es nicht begreifen, daß ein Volk, das mehr als fünfzig Monate einer ganzen Welt von Feinden erfolgreich die Stirn geboten hatte, nunmehr vollständig hilflos und ungerüstet, untätig dem schwersten Kampf um die vitalsten Lebensrechte gegenübersteht, das auf die Friedensverhandlungen förmlich zutaumelt, die, das müssen ihm doch die Waffenstillstandsbedingungen in ihrer grauenhaften Härte gezeigt haben, ein Ringen um Sein oder Nichtsein werden! Die Welt fragt sich vergeblich nach den Gründen für die deutsche Passivität, fragte sich vergeblich, ob den Deutschen, trotz des Wortes und des Programms des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Vernichtungsabsichten der Lloyd George, der Poincaré und Clemenceau, oft genug in Haßreden kundgetan, ganz aus dem Gedächtnis geschwunden sind. Erwarten diese Deutschen kampflos Gerechtigkeit von dem Tiger, dem dreißig Millionen Deutsche zuviel auf der Erde sind! Die amerikanische Welt insbesonders ist fast beleidigt, daß die deutschen Regierungsstellen nicht durch eine großzügig organisierte Propaganda die Stellung des Präsidenten auf der kommenden Konferenz zu ihren Gunsten zu verstärken und zu beeinflussen versuchen. Glauben diese Regierungsstellen wirklich, daß der Krieg mit der Niederlegung der Waffen beendet sei? Warum, so fragt man sich immer wieder, nehmen die Deutschen die zahlreichen Möglichkeiten nicht wahr, die ihnen Politiker und Wissenschaftler der anderen Welt für die Führung des Abwehrkampfes gegen einen Diktatfrieden darbieten? Die Passivität der deutschen amtlichen Stellen ist unbegreiflich! Bietet ihnen nicht einer der größten Kenner der afrikanischen Probleme, bietet ihnen nicht Herbert Adam Gibbons in seinem Werk: „The New Map of Africa", das in Neuyork bereits im Jahre 1917 erschienen ist, Möglichkeiten für eine Abwehr der Annektierungspläne in überreicher Zahl? Gewiß gehen auch die Ausführungen Gibbons hinsichtlich der Lösung der kolonialen Fragen oft genug an Tatsachen und natürlichen Gegebenheiten vorbei, aber, so fragen sich wohlmeinende Amerikaner, als sie die deutsche Regierung immer wieder auf das Werk Gibbons aufmerksam machen, wollen die Deutschen nicht um ihren überseeischen Besitz kämpfen unter voller Anwendung des Artikels V des Wilson-Programms, und wollen sie warten auf den Sankt Nimmerleinstag, an dem ihnen die Welt dankbar sein wird,

wenn sie ihre Besitzungen in Übersee aus lauter Gnade von den Feinden zurücknehmen. — Gibbons aber schreibt:

„... Die Frage ist diese: Wird Deutschland von Afrika ausgeschlossen, oder wird es zur Mitarbeit an der Entwicklung dieses Erdteils zugelassen werden, auf einer Grundlage, die den Fähigkeiten, Bedürfnissen und Ansprüchen des deutschen Volkes Rechnung trägt?

Der Parteigänger reißt in der Hitze des Konfliktes bei dieser Frage vor Erstaunen und Entrüstung die Augen auf. Er verdächtigt den Frager als Deutschenfreund! Und wenn man ihn überzeugt, man meine es ehrlich mit seiner Freundschaft, so fragt er einen, wie man so naiv sein könne, zu erwarten, die Verbündeten würden den Deutschen zurückgeben, was sie ihnen genommen haben. Wir haben die Deutschen in unserer Gewalt. Sie sind geschlagen! Sie müssen mit all ihren Helfershelfern den Preis ihres Verbrechens gegen die Zivilisation bezahlen. Glauben Sie nicht an Strafe?..."

„... Abgesehen von dem Argument der Sühne, wäre die einzige Rechtfertigung Frankreichs und Großbritanniens für die Einbehaltung der deutschen Kolonien: eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die Kolonien zu behalten, oder die Behauptung, Deutschland habe sein Anrecht auf sie verwirkt, durch barbarische Behandlung der Eingeborenen oder Unfähigkeit, die Kolonien zu verwalten und zu entwickeln. Ein Blick auf die Gebietsverteilung in Afrika und die Geschichte des letzten Jahrzehntes der europäischen Kolonisation in Afrika genügt, um diese Gründe zu entkräften.

Selbst wenn daran vernünftigerweise ein Zweifel möglich wäre, drohte nicht ohnehin der schwere Verlust an Menschen und an Geld während des gegenwärtigen Krieges, die verwaltungstechnische und wirtschaftliche Entwicklung der alten Kolonien Frankreichs und Großbritanniens zu verkümmern? Ist es weise, neue Lasten auf sich zu nehmen?

Wenn die Verbündeten die Zerstörung des preußischen Militarismus im Sinne haben, so kann dies am besten durchgeführt werden, wenn man Deutschland einen bedeutenden Anteil an Afrikas Entwicklung nehmen läßt. Wer sich mit der deutschen Politik der letzten fünfzehn Jahre beschäftigt hat, ist überzeugt, daß die Anwälte der deutschen ‚Weltpolitik' einen genügenden Rückhalt im Volke für Heeres- und Flottenkredite nur deshalb gewannen, weil sie in der Lage waren, die Wählerschaft zu überzeugen, die Kolonien seien für den Überschuß an Bevölkerung wie an Waren eine Notwendigkeit, und die Nebenbuhler Deutschlands täten alles, was in ihrer Macht stünde, um, was von der Welt noch übrig sei, an sich zu reißen und Deutschland seinen Platz an der Sonne vorzuenthalten. Die Bevölkerung und die

wirtschaftlichen Hilfsquellen nahmen seit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers einen wunderbaren Aufschwung. Den Wortführern einer Politik der Erwerbung überseeischer Herrschaftsgebiete, wo große Absatzgebiete für den Export entwickelt, Rohstoffe beschafft, Auswanderer dem Deutschtum erhalten und deutsche Kultur und Sprache hätten ausgebreitet werden können, wurde viele Jahre hindurch von der deutschen Wählerschaft Widerstand geleistet. Doch ist in jüngster Zeit der durch solche Argumente großgezogene Imperialismus für die Deutschen nicht minder ein Verführer geworden wie für die Franzosen und Briten. Der nationale Instinkt ist in der ganzen Welt gleich.

Die Deutschen quollen über! Vielleicht hätten sie das nicht tun sollen. Aber war es zu vermeiden? Wo hatten sie eine gute Gelegenheit, den neuerwachsenen Überschuß an nationaler Energie, nationalem Stolz und nationaler Schaffenslust auszuleben? Wenn eine Flasche voll ist und man versucht den Korken einzudrücken, so zerbricht die Flasche, und die Hand, die auf den Korken drückt, wird durch umherfliegende Splitter verwundet. Eine Wiederholung des Aktes ist einfach Wahnsinn! Hier ist der Kern des europäischen Problems!..."

„... Ein Strom, der aus seinem Bett abgeleitet wird, findet ein anderes! Wenn nicht, so zerbricht er den Damm und fließt in den alten Kanal zurück. Er hört nicht auf zu fließen! Die natürlichen Wirtschaftsgesetze, die sich in der Welt auswirken, können bei diplomatischen Kombinationen nicht außer acht gelassen werden! Man kann eine Tatsache nicht aus der Welt schaffen, indem man sich sträubt, sie zu sehen. In physischer wie in geistiger Beziehung sind die Deutschen die mächtigste Völkergruppe in Europa. Sie sind ohne ihresgleichen in ihrer Energie, ihrer Disziplin, ihrer gewerblichen und wissenschaftlichen Fähigkeit. An Zahl sind sie den Russen gleich, wenn nicht überlegen. Ihre geographische Lage ist die stärkste unter den Völkern Europas. Man kann sie verdammen, wenn man will, aber sie sind nun einmal da!..."

„... Die Vereinigten Staaten haben ein Lebensinteresse an einer politisch klugen Beilegung des europäischen Krieges..."

„... Das Glück unserer Kinder in einer Welt, wo Frieden und Einklang herrschen, hängt nicht zuletzt von der neuen Landkarte Afrikas ab!..."

Bessere Waffen für den diplomatischen Kampf gegen die feindlichen Vernichtungsabsichten konnte das Schrifttum, konnte die Wissenschaft des Auslandes der deutschen Regierung nicht schmieden, aber die deutsche Regierung versteht es nicht, im kritischen Augenblick diese Waffen dankbar aufzuneh-

men, sie hat die Hellhörigkeit für diese und zahllose andere wohlmeinende Stimmen des neutralen und selbst feindlichen Auslandes verloren zum Schaden des deutschen Volkes.

Die Regierung Ebert sieht ihre ganze Aufgabe in der Lösung innerpolitischer Aufgaben; es ist so, als ob sie sich mit Wissen und Willen die Augen selbst verbinde vor den aufgetürmten Problemen und Fragen einer aktiven Außenpolitik. Ihre einzigen Taten sind Aufrufe und Proteste, Reden an die deutsche Nation. Aber die Nation steht diesen tönenden Reden mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber. Die breite Masse der Gutwilligen fühlt jeden Tag die Geißel der Zucht- und Disziplinlosigkeit mehr. Vor allem aber fühlt sie mit sicherem Instinkt, daß von dieser Regierung wild gewordener Spießbürger im sozialdemokratischen Gewand der zündende Funke nicht mehr zu erwarten ist, und sie wendet sich innerlich von ihr immer mehr ab. In geheimsten Stunden werden bereits die ersten Strömungen des Widerstandes geboren gegen eine Herrschaft von Minderwertigen, die sich in machtpolitischen Parteikämpfen erschöpfen und dabei die hungernde Masse der deutschen Menschen mehr und mehr ihrem Schicksal überlassen. Die neuaufgerichtete Macht der Regierung der Republik Deutschland trägt den Todeskeim bereits in sich. Der Selbstbetrug geht in ihren Kreisen um, mit Völkerverbrüderungsphrasen wollen sie über ihre eigene Unzulänglichkeit hinwegtäuschen. Völkerverbrüderung erwartet diese Regierung noch immer von einer geschlossenen Phalanx der Sieger. Mit Prophezeiungen über Weltrevolution und Bolschewismus will diese Regierung die Feindmächte schrecken und zu politischem Entgegenkommen veranlassen. Vergessen haben dabei die Ebert und Scheidemann das Wort des französischen Generals Weygand:

„Der Sieger hat nichts zu befürchten!"

Die Politik der kaiserlichen Wilhelmstraße muß als eine Unsumme der verpaßten Gelegenheiten bezeichnet werden. Die politische Führung des deutschen Volkes und Reiches durch Ebert, Scheidemann und Genossen vermehrte diese Unsumme um ein Vielfaches. Die Führung der außenpolitischen Geschäfte der jungen deutschen Republik ist ohne Richtung und Ziel und von einer verhängnisvollen Unentschlossenheit. Es scheint zu manchen Stunden, als solle sich bereits in den ersten Tagen der Novemberregierung eine außenpolitische Tragödie abspielen. Um den verwaisten Posten eines Führers der deutschen Außenpolitik spielen sich innerhalb der Regierungs- und Nichtregierungsparteien erbitterte Kämpfe ab. Im Auftrage des Präsidenten der Republik unternimmt es nunmehr Scheidemann, der deutschen Außenpolitik in allerletzter Stunde die Richtung und einen Führer zu

suchen. Er richtet in seltener Unterwürfigkeit an den zu jener Zeit in Kopenhagen lebenden holsteinischen Grafen v. Brockdorff-Rantzau die Bitte, als Staatssekretär des Äußern die Außenpolitik des Deutschen Reiches zu übernehmen. Schwer genug ist es dem Sozialdemokraten Scheidemann gefallen, sich zu der Überzeugung durchzuringen, daß die deutsche außenpolitische Führung, sollte sie auch nur einigermaßen von den Feindmächten und den Neutralen ernst genommen werden, niemals von einem Parteipolitiker repräsentiert werden konnte. Die in der Regierung installierten Parteimänner sind in all ihren Handlungen auf innerpolitischen Gebieten von der Straße, von ihren Wählern, von Interessentengruppen abhängig, ihr Eindringen in die Bezirke der Außenpolitik mußte zur Katastrophe führen. Also setzte der Sozialdemokrat Scheidemann in heftigen Kämpfen den Aristokraten aus altholsteinischer Familie durch gegen das hysterische Geschrei des Rates der Volksbeauftragten, von der siegreich zurückkehrenden Reaktion!

Der erste Außenminister der deutschen Republik trägt den Namen aus holsteinischem Uradel.

Nach außerordentlich kühl geführten Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär der Republik, Scheidemann, und dem Holsteiner kommen Abmachungen und Bedingungen für die Übernahme des Außenministeriums zustande, die für den Sozialdemokraten, wenn er sich des Rates der Volksbeauftragten erinnert, beängstigenden Charakter tragen. Der Holsteiner hat in harten Worten die Forderung ausgesprochen, daß die parteipolitische Phrase aus der Außenpolitik zu verschwinden hat. Er verlangt in ebenso harten Worten die Herstellung der Reichseinheit und läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß im Lande mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung herzustellen ist. Er betrachtet auch die Innenpolitik des Reiches nicht als eine Domäne des Rates der Volksbeauftragten oder der zahlreichen Parteisekretäre und Funktionäre. Ihm ist die innerpolitische Konsolidierung Vorbedingung für eine erfolgreich zu führende Außenpolitik. Er fordert die Vereinheitlichung der Reichs- und Länderführung und lehnt alle irgendwie gearteten internationalistischen Experimente auf dem Gebiete der Innenpolitik kategorisch ab. Daß er als Führer der Außenpolitik in diesen besonderen Zeitläuften auch unmittelbaren und maßgeblichen Einfluß auf die innerpolitische Gestaltung des Reiches ausüben will, ist für ihn Selbstverständlichkeit. Eindeutig ist seine Zielsetzung in den Fragen, die für die außenpolitische Führung des Reiches in absehbarer Zeit vordringlich zu lösen sind. Hinsichtlich seiner geplanten Vorbereitungsmaßnahmen für die kommenden Friedenskonferenzen sind seine Bedingungen Programm:

„... Was schließlich die Aufgabe, die mir speziell zufallen würde, den Frieden abzuschließen, anlangt, so möchte ich auch hier noch einen Punkt berühren, den ich nicht übergehen darf. Ich muß wissen, ob ich unter Umständen, das heißt, wenn die Friedensbedingungen, die uns die Feinde diktieren werden, so ausfallen, daß sie eine auch nur annähernd menschenwürdige Existenzmöglichkeit für das deutsche Volk ausschließen, ermächtigt wäre, meine Unterschrift zu verweigern; oder ob nur beabsichtigt wird, den Vertrag unter Protest zu vollziehen ..."

Mit verdächtiger Übereifrigkeit hat die Reichsregierung vor der Beauftragung des holsteinischen Grafen mit der Führung der Außenpolitik des Deutschen Reiches immer wieder, von niemand in der Welt verlangt, in Manifesten und Programmen, in Diskussionen und Fensterreden ihre übergroße Friedfertigkeit zu betonen für nötig befunden. Der Einfluß des Pazifisten Matthias Erzberger geistert durch diese Handlungen. Nun wirft der neuernannte Außenminister des Reiches zum ersten Male den Begriff des Widerstandes gegen einen Diktatfrieden des Unrechtes auf, verlangt für den Abschluß des Friedens auch die Freiheit der Unterschriftsverweigerung. Auf den Volksbeauftragten und Regierungsmann Scheidemann wirkt das als gelinder Schrecken. Der Rat der Volksbeauftragten selbst aber tobt gegen diesen kühlen Aristokraten. Mit diesem sogenannten Rat der Volksbeauftragten setzt sich der Außenminister des Reiches sofort in einem „Promemoria" auseinander. Ihm machen diese streitenden „Beauftragten des deutschen Volkes" nicht den geringsten Eindruck. Er hält es für seine erste Pflicht, für geklärte Fronten zu sorgen. Also hält er den dort verkörperten, auseinanderstrebenden Mächten politischer Unzulänglichkeit und Mittelmäßigkeit als eindeutige Forderung entgegen:

„Was meines Erachtens heute in erster Linie not tut, ist eine absolute Stützung der Autorität der jetzigen Regierung!..."

Nicht aber bei dieser Feststellung allein bleibt er stehen. Er fordert mit außerordentlich bestimmten, kühlen Worten die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung, fordert durch diese die Klärung aller machtpolitischen Fragen des Reiches, fordert peinlich geordnete Verhältnisse in den Landesregierungen, fordert Aufbau, Ordnung und vernünftige Organisierung der wirtschaftlichen Bezirke im Leben der deutschen Nation, fordert die sofortige Anstrebung einer Sanierung und Konsolidierung des Kredites. Ihm ist eine gesundende Volkswirtschaft Vorbedingung für eine aktionsfähige Regierung. Er verlangt mit unerbittlich harten Worten die Festigung des Staatssinnes und der Staatsautorität auf allen Gebieten des deutschen

Lebens überhaupt. Er verlangt aber über all das hinaus etwas, was den Herren Volksbeauftragten ganz besonders unangenehm in den Ohren klingt:

„... Wir wollen Frieden haben, wir müssen also auch alles tun, was die Herbeiführung eines unser Dasein garantierenden Friedens ermöglicht. Dazu gehört, was sich von selbst ergibt, ... die Wiederherstellung einer bewaffneten Macht ...!"

„... Erscheint Deutschland ohne eine militärische Sicherung seiner politischen Autorität auf dem Friedenskongreß völlig wehrlos, also der Willkür unserer Feinde und deren neuen Bundesgenossen ausgeliefert, so ist es klar, mit welchem Erfolg der Friedensunterhändler deutsche Interessen wird vertreten können. Er wird auf leere platonische Proteste beschränkt sein, und die Gegner werden bei dieser politischen Ohnmacht des Reiches sich im Überschwang ihrer Gefühle durch keine Rücksicht beengt fühlen. Ich nehme an, daß Wilson, seinem Programm getreu, alles aufbieten wird, um Deutschlands Position unter den Völkern dieser Erde nicht ganz auf Null reduzieren zu lassen. Aber wenn wir ihm nicht helfen, unsere Sache zu vertreten, so wird seinem Bemühen schwerlich Erfolg beschieden sein ..."

Der Rat der Volksbeauftragten geriet in eine ungeheure Aufregung. Das waren für ihn Äußerungen der gehaßten Reaktion. Das waren Töne aus der überwundenen wilhelminischen Ära. Das war die Verleugnung aller errungenen revolutionären Freiheiten. Die Neuaufrichtung einer militärischen Macht zum Zwecke der Stützung der Staatsautorität! Hatte dieser holsteinische Aristokrat vergessen, daß alle Macht vom Volke ausging. Die Mitglieder der Regierung freilich verstehen diesen Grafen besser. Sie erhielten ihre Befugnis zwar ebenfalls vom Volke, aber gestützt wurde ihre Macht einzig und allein von den selbstlosen Offizieren und Soldaten in zerschlissenen Felduniformen, die in erbitterten Straßenkämpfen die Weltrevolution auslöschten, Spartakus zu Boden geworfen haben und das drohende Chaos abwendeten. In ihren Formationen allein steckte der eiserne Widerstandswillen gegen den Bolschewismus, gegen internationale Völkerverhetzung und -vergiftung, gegen den Verderb der Heimat, des Vaterlandes. Spartakus und Unabhängige schrien und lärmten gegen den künftigen Lenker der deutschen Außenpolitik. Die jüdische Journaille verspritzte gegen ihn ihr zersetzendes Gift. Aber er dringt dennoch mit seinen Forderungen durch. Arbeiter- und Soldatenräte bestehen für ihn nicht! Er wendet sich unmittelbar über die Regierung an die intakt gebliebenen Frontsoldatenformationen und erhofft so die schnelle Schaffung einer bewaffneten Macht, die zur Stützung der Staatsautorität innen- und außenpolitisch genügen

muß. Dabei fürchtet er auch die vernichtenden Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages nicht. Er ist gewillt, auch der Erneuerung dieses Siegerdiktates zu gegebener Zeit ernsten Widerstand entgegenzusetzen.

So stehen vor dem neuen deutschen Außenminister die Probleme in ihrer drohenden Größe und fordern Lösung. Die außenpolitische Führung des Reiches, mehr oder weniger abhängig von der innerpolitischen Festigung der Verhältnisse, erfordert Kräfte und einen Willen, die kaum ein einzelner Mensch besitzen kann. Vorbereitung der Friedenskonferenz, Vorbereitung des Waffenganges um die Erlangung eines erträglichen Friedens auf Grund des Wilson-Programmes, Kampf gegen Kriegsschuldlüge und Kolonialschuldthese, alles das sind Probleme, das eine im anderen verankert, das eine aus dem anderen resultierend und darum in ihrer Entstehung, in ihren Auswirkungen und Lösungen nicht voneinander zu trennen. Dem Wesen und Wirken des ersten Reichsaußenministers nach dem Zusammenbruch von 1918, dem Grafen Brockdorff-Rantzau, ist deshalb auch in diesem Buch besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sein Kampf um die Erlangung eines Friedens der Gerechtigkeit ist deshalb und zugleich ein unerbittlicher Kampf um die Erhaltung des Deutschen Kolonialreiches. Wenn darum hier den Vorgängen, die letzten Endes zu dem Diktatfrieden von Versailles führten, ein breiterer Raum eingeräumt wird, so geschieht das, um über Bekanntes hinaus dem deutschen Volk noch einmal aufzuzeigen, welch eine grauenhafte Komödie der Heuchelei gespielt wurde, um vor der Welt die Vernichtungsabsichten zu rechtfertigen, in Recht zu verwandeln, was brutalste Gewalt war, moralisch zu erklären, was nur als Verbrechen gegen die Vernunft und den gesunden Menschenverstand bezeichnet werden kann. Es darf dabei außerdem von mir darauf hingewiesen werden, daß der Kampf um einen erträglichen Frieden in all seinen Phasen zugleich der unerbittliche Kampf um die Erhaltung des blühenden deutschen Kolonialreiches ist. Insofern sind die Handlungen, die zum Abschluß des Friedensdiktates führten, von allergrößter Bedeutung.

Bereits in den ersten Amtstagen und Amtshandlungen muß der neue Außenminister der deutschen Republik die Schwierigkeit seiner Stellung, besonders im Zusammenhang mit seinen Bemühungen um die Erlangung eines Friedens der Gerechtigkeit und Wahrheit, deutlich erkennen. Es wird ihm dabei auch vollkommen klar, daß er mit seinem Widerstandswillen gegen ungerechtfertigte Friedensbedingungen sehr einsam sein wird. So wird ihm weiterhin klar, daß als einzige wirksame Abwehr im Kampf gegen den unerbittlichen Vernichtungswillen der Glaube an das Programm

der „Vierzehn Punkte" des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, gelten kann. Diese Einstellung geht aus der Formulierung seiner kommenden Aufgaben vom 24. Dezember 1918 deutlich hervor:

„...Ich mache mir keine Illusionen über die ungeheuren Schwierigkeiten, die mich in meinem neuen Amte erwarten. Was mir aber Kraft und Zuversicht gibt, ist mein unerschütterlicher Glaube an das deutsche Volk und seine Zukunft. Die erste und vornehmste Aufgabe, die meiner harrt, ist die Herbeiführung eines Rechtsfriedens. Die Fundamente sind gelegt, sie finden sich in den vierzehn Punkten, in denen der Präsident seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hat, sowie in den darauffolgenden Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie sind durch das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober dieses Jahres von Deutschland und durch die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November auch von den Alliierten Regierungen mit den bekannten zwei Einschränkungen (verschiedene Auslegung des Begriffes der Freiheit der Meere und der Entschädigungsfrage) angenommen worden..."

Am 2. Januar 1919 gibt der Führer der deutschen Auslandspolitik, Graf Brockdorff-Rantzau, anläßlich seines offiziellen Amtsantrittes eine erneute programmatische Erklärung ab. Sie enthält erneut die Herausstellung des deutschen Standpunktes in der Frage der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens zwischen den Völkern und Staaten. Auch diese Erklärung des Führers der deutschen Außenpolitik beruft sich auf das feierlich gegebene Wort des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Diese offizielle Erklärung des holsteinischen Grafen, die durch Funk und Kabel um die ganze Erde läuft, besitzt in ihrer lapidaren Kürze und Einfachheit Überzeugungskraft genug, um auch böswilligen Gegnern ein eindeutiges Bild von dem guten Willen Deutschlands zu geben. Aber das Schicksal auch dieser Erklärung erfüllt sich. Sie fällt hinein in die fieberhaften Vorbereitungen der Weltdiplomatie, flattert in die Weltpressebüros, in die Nachrichtenzentralen, aber Diplomaten, Presse und öffentliche Meinung nehmen nicht sonderlich Notiz von ihr. Im propagandistischen Sinne bleibt auch dieser Erklärung aus dem Deutschen Reich jede Wirkung versagt. Die feindlichen Mächte, ihre Regierungen und ihre Völker leben in der Welt und im Wahn des Siegers. Die Diplomaten und Friedensdelegierten von 27 Nationen kennen nur ein Ziel: die Verteilung der Beute. Die Erklärung des deutschen Ministers des Auswärtigen erscheint ihnen allen nicht als Hindernis beachtenswert.

„...Mein Bestreben wird sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen

Volk wie dem Ausland gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Überhebung vermeiden; zu meinem Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts! Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab! Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen: Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfruf gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: ‚Der Balkan den Balkanvölkern!', so wird es auch heißen müssen ‚Deutschland den Deutschen'..."

Der deutsche Außenminister läßt in dieser Erklärung seine Gedankenwelt sichtbar werden. Er legt seine Haltung in der Frage des Friedensabschlusses fest. Seine Aktivität nimmt mit jedem Tag zu. Je mehr er die Einflüsse der noch immer in anmaßender Form politisierenden Berliner Salons und Klubs, der Parlamentarier aus den Bezirken der Außenpolitik verweist, desto eindeutiger wird seine eigene Haltung für die kommenden Verhandlungen mit den Feindbundmächten sichtbar. Am 15. Januar 1919 trägt er seine Ziele und Absichten informierend den Vertretern der deutschen Presse, am 24. Januar 1919 aber in wesentlich erweiterter Form den Vertretern der von ihm zu einem Empfang geladenen neutralen und feindlichen Auslandspresse vor. Er erkennt die Bedeutung der Presse für die Bildung der öffentlichen Meinung der Welt an und stellt sich in kühlen, aber verbindlichen Worten den Vertretern der Weltpresse mit allen Aufklärungen, die nur wünschenswert erscheinen, zur Verfügung:

„...Meine Herren! Ich habe Sie hierher bitten lassen, weil mir daran liegt, die persönliche Fühlung mit Ihnen so bald wie nur irgend möglich zu gewinnen, und da mir bei der Lage der Dinge keine Möglichkeit gegeben ist, Sie in absehbarer Zeit einzeln zu empfangen. Wenn ich auch die Herren der Presse derjenigen Länder, mit denen wir noch nicht wieder in normalen Beziehungen stehen, ersucht habe, sich hier einzufinden, so bitte ich, das nicht mißzuverstehen. Ich weiß wohl, daß der Waffenstillstand theoretisch

eine Form des Kriegszustandes ist. General Foch hat denn auch bei den Waffenstillstandsverhandlungen erneut darauf hingewiesen, daß die Völker hüben und drüben sich noch als Feinde gegenüberstehen. Ich bin kein General! Wer wie ich eine aufrichtige Verständigung anstrebt, dem kann es nicht dienen, bei jeder Gelegenheit formalistisch die Gegensätze zu unterstreichen. Wir müssen versuchen, menschlich auf die Dinge zu sehen und uns über die Grundlagen zu verständigen, auf denen später ein friedlicher Verkehr erwachsen soll.

Meine Herren! Meine erste Aufgabe an dieser Stelle wird es sein, daran mitzuwirken, daß die Neuordnung der Welt, die auf den größten aller Kriege folgen wird, sich auf einem Frieden des Rechtes aufbaut. Das ist der wahre Begriff des ‚Sieges der Gerechtigkeit'. Die Gerechtigkeit ist ein zu erhabener und tiefer Gedanke, als daß wir uns damit begnügen dürften, ihn allein auf die Vergangenheit zu beziehen. Nur der hat das Recht, als weiser Richter über die Fehler der Vergangenheit zu urteilen, der in sich Berufung und Überzeugung fühlt, um der Zukunft eine Unterlage zu geben, die von Irrungen und Ungerechtigkeiten frei ist.

Meine Herren! Ich will offen zu Ihnen sein! Ich habe nur widerwillig die letzten Reden der französischen Staatsmänner bei der Eröffnung der Friedensvorbesprechungen zur Kenntnis genommen. Es ist mir kaum möglich zu fassen, wie die Herren Clemenceau und Poincaré von dem Siege der Gerechtigkeit sprechen können, nachdem Clemenceau noch vor einigen Tagen bekannt hat, er sei ein Anhänger des alten Systems der Politik, dieses alten Systems der Allianzen und jenes fragwürdigen europäischen Gleichgewichtes, das mehr als irgendeine Einzelperson die Schuld für das in den letzten vier Jahren vergossene Blut trägt...!"

Die Worte des deutschen Außenministers wirken auf die Vertreter der neutralen, besonders aber der feindlichen Auslandspresse als große Überraschung. In diesen Ausführungen zeigt sich bereits ein ernster Wandel an, der sich im neuen Deutschland zu vollziehen beginnt. Hier spricht in vollendeter diplomatischer Form und aller Höflichkeit ein deutscher Staatsmann über Probleme und ihre Lösung, die weit über den Rahmen der Geisteswelt der übrigen Mitglieder der Regierung der deutschen Republik hinausstreben. Die Vertreter der Feindbundpresse verheimlichen sich allerdings nicht, daß sich in den Ausführungen des deutschen Außenministers auch bereits ein sehr ernst zu nehmender Widerstand zeigte gegen jeden Versuch der Alliierten, dem deutschen Volk einen Frieden mit den Mitteln der Gewalt aufzuzwingen, dem Unterlegenen einen Frieden nach Lust und Laune

und eigenem Ermessen diktieren zu wollen. Es ist den Vertretern der Feindbundpresse sofort klar, daß die Alliierten auf der Friedenskonferenz von diesem holsteinischen Grafen und deutschen Außenminister Überraschungen peinlichster Art erwarten dürfen. Im Verlauf der folgenden Ausführungen müssen die Repräsentanten der Weltpresse einsehen, daß dieser deutsche Außenminister besonders dann, wenn es ihm gelingen sollte, und auch davon hatte man sich an überraschenden Beispielen bereits überzeugen können, die Widerstandskraft des deutschen Volkes neu zu organisieren, zu einem Prellbock für die Vernichtungsabsichten der alliierten Diplomaten und Militärs werden mußte. Dieser Aristokrat kannte nicht die Unterwürfigkeit der deutschen Novembergrößen, kennt nicht die ewige lächelnde Nachgiebigkeit eines Matthias Erzberger, kennt nicht das Phrasentum Scheidemanns! Die Stärke seiner politischen Überzeugungen erwächst aus dem Bewußtsein eines sonnenklaren Rechtes. So offenbaren sie sich sowohl als kühle Verteidigung wie als unerbittlicher Angriff.

Und Graf Brockdorff-Rantzau trägt den Vertretern der Weltpresse seine Auffassung von der Kriegsschuldfrage, von der Kolonialschuldlüge vor. Einzelheiten vermeidet er, aber er läßt in großzügigem Vortrag auch nichts, was nur irgendwie für den deutschen Standpunkt von Wichtigkeit erscheint, unberücksichtigt. Ohne jede Rücksichtnahme, mit unerbittlich scharfen Worten geißelt er die Haßausbrüche eines Clemenceau und Poincaré. Er stellt diesen unbeherrschten Ausbrüchen eines unbändigen Vernichtungs- und Versklavungswillens seine eigenen sachlichen Forderungen entgegen. Diese aber erwecken fast den Eindruck einer großen, prophetischen Vorausschau, mit so tiefer Überzeugung und Glaubenskraft werden sie vorgetragen:

„... Auf die Änderung dieses Geistes haben die Staatsmänner von heute und morgen ihr Augenmerk zu lenken. Solange der Revanchegedanke lebt, wird es Kriege geben! Solange nationale Güter vergewaltigt werden, müssen Völker im Drange nach Freiheit zu den Waffen greifen. Solange es Irredenten gibt, werden die Staatsmänner nur zögernd und ohne Offenheit miteinander sprechen können. Darum ist die Frage nach der Schuld am Kriege sicher einer der zentralen Punkte, an denen sich die Frage nach dem neuen System in der Politik und nach der Neuordnung zwischen den Völkern entscheiden wird. Aber es darf gerade deshalb, wenn man dieser Frage nachgeht, keine Einseitigkeit geben, und der Mut der Offenheit darf nicht nur von der einen Seite verlangt werden.

Meine Herren! Nur wer ein schlechtes Gewissen hat, kann sich dem Wunsche entziehen, das Seinige zu tun, damit die Frage der Schuld am

Kriege eine so allseitige Beleuchtung wie möglich erhält. Ich meine mit dem schlechten Gewissen nicht etwa die Angst davor, daß Missetaten, die irgendwer irgendwo und irgendwann begangen hat, ans Tageslicht kommen. Das schlechte Gewissen ist bei all denen zur Stelle, die nicht recht wissen, wie sie sich zu diesen oder jenen Lebensäußerungen des Systems vergangener Zeit zu stellen haben. Herr Poincaré hat in seiner letzten Rede wieder die ganze wohlbekannte Greuelhetze gegen das deutsche Volk losgelassen. Es liegt ihm nicht daran, die öffentliche Meinung endlich einmal zu entgiften! Moralische Siege werden nicht durch Beschimpfungen gewonnen. Moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkerbund sein, wo jedes Volk bereit ist, seine individuellen Wünsche in Frieden und versöhnlicher Sinnesart mit den anderen zu besprechen. In diesen Völkerbund kann Deutschland nicht als Paria eintreten, und ebensowenig kann es andererseits diesem Völkerbund Vertrauen entgegenbringen, wenn man es bei seinem Eintritt mit Verleumdungen und übler Nachrede empfängt. Auch hier liegt eine Erkenntnis, die ich den französischen Staatsmännern wünschen muß, falls sie in der kommenden Gesellschaft der Völker versuchen wollen, mit Autorität aufzutreten, — wenn anders ihnen überhaupt an dieser Liga der Nationen gelegen ist ..."

„... Seine (Deutschlands) Aufgabe ist klar und eindeutig die, nach dem Zusammenbruch an den Aufbau zu gehen. Dieser Aufbau wird aber nur dann ein fruchtbarer sein und über die nächste Zeit hinaus Früchte tragen, wenn das deutsche Volk gleichberechtigt Seite an Seite mit den anderen Völkern gehen kann ..."

Alle Mittel der internationalen Nachrichtenübermittlung werden von den Vertretern der ausländischen Presse bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen, um die Sensation, die die Willens- und Meinungsäußerung des ersten Ministers für Auslandspolitik der Republik Deutschland war, in alle Metropolen der Welt zu tragen. Ausführliche Kommentare hätten auch für die Regierungen der Feindbundstaaten und für die öffentliche Meinung ihrer Völker ein Aufhorchen bringen müssen, wenn sie nicht überstrahlt und übertönt worden wären von den ausführlichen Schilderungen des Empfanges, den die alte, den die europäische Welt, den die verbündeten Mächte dem großen Heilsbringer aus USA., dem Präsidenten Wilson, bereiteten. Die Gazetten der ganzen Welt sind angefüllt mit begeisterten Artikeln. Ihre Spalten haben keinen Platz mehr für die Geschehnisse in der deutschen Republik, haben auch keinen Platz für die Auslassungen des deutschen Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau. Die Wirkung seiner Willensäußerung

bleibt auch diesmal aus. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson und seine Sendung, die Befriedung der europäischen Welt herbeizuführen, hält die Welt in Atem.

Woodrow Wilson verläßt sein stilles Studierzimmer im Weißen Hause zu Washington, um seine Reise nach der Alten Welt anzutreten. Sein Reisegepäck ist umfangreich genug. Es trägt in sich den geistigen Niederschlag aus zahllosen Stunden seines weltfernen und, wie sich erweisen wird, seines weltfremden Ringens um die Grundlagen zu einer Befriedung der kämpfenden, leidenden Menschheit, zu einer Neuordnung der Welt überhaupt. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird von nun an Mittelpunkt politischer und wirtschaftlicher Machtkämpfe sein. Von dem Augenblick des Antrittes seiner Reise nach der Alten Welt fühlt er die großen Entscheidungsstunden für sein Leben und sein Denkwerk immer näher kommen. Bange Ahnungen quälen seine Seele. Er weiß es mehr und mehr, daß Raub- und Habgier, daß Egoismus, Neid und Niedertracht, Lüge und Verleumdung nur darauf warten, den ungestümen Ansturm auf sein Friedenswerk zu beginnen. Als drohende Schatten stehen zahllose Nachrichten über den Willen der Sieger und ihr Ziel dem Besiegten gegenüber vor seinem Geist. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat nun nicht mehr die Möglichkeit, der großen Auseinandersetzung auszuweichen, und in den stillen Kreis, den das Licht der mitternächtlichen Lampe um seinen Studiertisch zieht, zu flüchten. So geht der Präsident guten Willens einem Kampf um die Befriedung und Neuordnung der Welt entgegen, dessen Härte und Größe, dessen Unerbittlichkeit und Brutalität er noch nicht zu erkennen vermag. Trotz aller kühlen Vorausschau ist es seinen Augen noch nicht möglich, den dunklen Vorhang, der vor dem Begriff Europa hängt, zu durchdringen. Noch lebt seine Seele zwar in unaussprechlichen Ahnungen und Angsten, noch aber wird sie nicht erschüttert von den kommenden, erschütternden, beschämenden Niederlagen, aber sie mahnt ihn in den zahllosen einsamen Stunden auf der Überfahrt von der Neuen zur Alten Welt, die auf dem „George Washington" erfolgt, zu ernster Rückschau und Einkehr, zur Überprüfung aller Geschehnisse der vergangenen Jahre des Grauens, zur Überprüfung des eigenen Tuns und künftigen Wollens. Kann der Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson wirklich aus diesen Stunden der Besinnung den Glauben an die Heiligkeit der selbstherrlich übernommenen Mission gewinnen?

Er hat die Vereinigten Staaten und ihre Völker in den europäischen Krieg geführt. Mit glühender Leidenschaftlichkeit hat er aufgerufen zum

„Kreuzzug und zur Vernichtung des deutschen, preußischen Militarismus". Vor dem eigentlichen Eintritt der Staaten in die Kampfhandlungen unterstützte und förderte er die Fabrikation und den Transport ungeheurer Mengen an Kriegsmaterial für die Feinde Deutschlands. Überlegen und mit eisiger Kälte ging er in unerbittlicher Kritik in aller Öffentlichkeit mit den Hohenzollern als den für ihn Alleinschuldigen am Weltkrieg ins Gericht. Im Namen der ewigen Menschenrechte und für das Ziel eines wirklichen friedlichen Lebens der Völker untereinander fordert er ihre Ausschaltung. Für die Freiheit der Meere und des Welthandels, angeblich bedroht von der deutschen Nation und ihrer Regierung, greift er zu der unerbittlichen Argumentation mit Armeen, Geschützen, Flugzeugen, Granaten. Er weiß, daß die Schließung des Ringes der Feinde Deutschlands durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg praktisch das Ende des Weltkrieges und die Niederlage des deutschen Volkes bedeutet. Und er schließt diesen stählernen Ring gegen die Mittelmächte. Die Rechtfertigung des Eintrittes der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg an der Seite der Verbündeten gegen die Mittelmächte hat sich der Präsident ungezählte stille Nachtstunden in seinem Washingtoner Studierzimmer kosten lassen! Nunmehr fühlt er es als seine Pflicht, der Zerschmetterung der Mittelmächte im Namen der Kultur und Zivilisation eine Aufrichtung der neuen Ordnung, von ihm selbst der Welt als das große Wunder gepredigt und in den „Vierzehn Punkten" programmatisch niedergelegt, folgen zu lassen. Er rechnet auf die Besinnung der europäischen Nationen, auf die Vernunft ihrer Regierungen und Völker, die für sein Denken aus vier Jahren eines grauenhaften Krieges naturnotwendig resultieren müssen; er rechnet darauf, daß die endlich befreiten europäischen Völker, befreit von dem „deutschen Ungeheuer" und erlöst von einem unfaßbar grauenhaften Geschehen, ihm nunmehr unmittelbar und folgsam, wie gläubige Kinder auf der einmal betretenen Bahn des großen Wunders, folgen werden. Der Präsident rechnet und kalkuliert und vergräbt sich tief und tiefer in seine aufgestellten Grundsätze für eine Befriedung der Völker der Erde für ewige Zeiten, von dem Recht der Selbstbestimmung der Völker, von der „gerechten und absolut unparteiischen Verteilung" des Erdraumes, der überseeischen, unerforschten und der Kultivierung und Kolonisierung harrenden Gebiete. Sein Traum vom großen Glück der Völker, die, zusammengeschweißt in einem Bund der Nationen, niemals mehr die Kriegsfanfaren tönen hören sollen, steht zu allen Stunden des Tages und der Nacht vor seinem geistigen Blick. Es ist ihm dabei ein ungeheurer Triumph bereits damit geworden, daß die kriegführenden

Völker, daß besonders die Deutschen im Vertrauen auf die Reinheit und Erhabenheit seines Wollens, sein Programm der „Vierzehn Punkte" angenommen und die Waffen und Werkzeuge des Krieges aus der Hand gelegt haben. Er will darin bereits eine herrliche Belohnung seines eigenen Kampfes um die endgültige Formung des Bildes einer neuen Welt und ihrer Ordnung nach den Gesetzen einer höheren Vernunft erblicken. Die Begeisterung der leidenden Menschheit für seine Heilsbotschaften ist ihm hundertfältig durch die Stimmen, die bis in seine Stille gedrungen sind, bestätigt worden. So ist es ihm verpflichtende Gewißheit, daß die Gläubigkeit des deutschen Volkes, das nach seiner Meinung durch die Gewalt der amerikanischen Waffen besiegt worden ist, nicht von ihm enttäuscht werden darf. Dafür hat er, der Präsident der Vereinigten Staaten, der Welt seine feierlichsten Versicherungen und sein unantastbares Wort als Unterpfand gegeben. Und die Welt soll Woodrow Wilson nicht einmal als Wortbrecher schelten dürfen! Den Deutschen will er einen „öffentlich verhandelten und öffentlich abgeschlossenen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit" geben. Das ist sein unabänderlicher Wille! Mit diesem Willen betritt der Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson am 13. Januar 1919 das europäische Festland.

Die europäische Welt empfängt den Präsidenten der Vereinigten Staaten als den Erlöser der Menschheit aus Unrecht und Schuld. Der Glaube an ihn ist wie ein mächtiger Strom über alle Ufer geströmt und durch alle Dämme gebrochen. Dieser Glaube ist genährt worden durch das dauernd und mit immer lauterer Stimme gepredigte große Wunder, das mit dem Eintreffen des Präsidenten und Heilsbringers aus Übersee nunmehr für alle Menschen sichtbar eintreten soll. Dieser Glaube der Völker macht die Verpflichtung für Wilson unabweisbar und steigert sie zu fast mythischer Größe. Er muß die Befriedung der Welt nach den ewigen Gesetzen der Vernunft und einer höheren Gerechtigkeit herbeiführen!

Woodrow Wilson hat diese Pflicht nicht erfüllt! Das der Welt verheißene Wunder bleibt in der Folgezeit aus! Der allmächtige Präsident der Vereinigten Staaten ist nichts weiter als ein schwacher Mensch mit all seiner Unzulänglichkeit. Er scheitert mit seinen Programmen, seinen Theorien und Thesen, mit denen er Ideale stützen wollte, an dem Widerstand seiner Verbündeten und nicht zuletzt an seiner eigenen Schwäche! Die Ergebnisse der Friedenskonferenzen bedeuten für die Wilsonsche Gedanken- und Willenswelt, bedeuten für seine allzu laut gepredigten Weltbeglückungsideen und Ideale den traurigsten Zusammenbruch, den jemals Idee und Mensch er-

litten haben. Versailles in seiner ganzen furchtbaren Niedertracht, in seiner menschlichen Unzulänglichkeit, in seiner Heuchelei und Verlogenheit, in seiner Grausamkeit und sadistischen Brutalität steht als erschütternde Anklage über dem Leben Woodrow Wilsons, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Den „Sieg über die verhaßten Deutschen" dürfen die Augen des Präsidenten sehen; der Sieg über den Geist der Staatsmänner der Alliierten, der der Geist des Hasses und der Vernichtung ist, bleibt ihm, dem Messias aus Übersee, vollkommen versagt. Die Bitterkeit seiner Niederlage wird ohne Grenzen und ohne Maß sein.

„Was sich meinem Geist darstellt, von Herzen wünsche ich, ich möchte mich täuschen, ist eine Tragödie von Enttäuschungen!"

In einem Augenblick innerer Bangigkeit während der Überfahrt auf dem „George Washington" ausgesprochen, wird dieses Wort des Präsidenten, als einziges von ungezählten Wirklichkeit, grausame Wahrheit!

Mit den gläubigen Völkern der Alten Welt erwarten auch ihre Staatsmänner den Heilsbringer aus Übersee. Clemenceau, Poincaré, Lloyd George, Balfour, Cecil, Churchill und mit ihnen die hohen Militärs der verbündeten Armeen sehen allerdings dem Kommen des Präsidenten mit einigermaßen gemischten Gefühlen entgegen. Für sie sind mit dem Erscheinen des Präsidenten in der europäischen Politik zweifellos für die Pläne Frankreichs und Englands Widerstände und Schwierigkeiten zu erwarten. Es wird aller vereinten Kräfte bedürfen, um die vorweg bereits verteilte Beute zu sichern, um vor allen Dingen auch die Ausschaltung Deutschlands als Kolonialmacht durch einfache Annexion der deutschen Kolonien Wirklichkeit werden zu lassen. Gewiß muß man sich der unschätzbaren Dienste des Präsidenten erinnern, dessen Einfluß und Willen es zu verdanken ist, wenn die kämpfenden Fronten der Verbündeten durch Jahre hindurch mit Kriegsmaterial durch die Industrien der Vereinigten Staaten versorgt worden sind, ganz gewiß ist auch die unmittelbar militärische Hilfe mit ihrer entscheidenden Auswirkung dem Willen und Einfluß des Präsidenten zu verdanken! Es ist auch nicht hinwegzudiskutieren, daß die Deutschen unbesiegt im tiefsten Vertrauen auf das Wort und Programm des Präsidenten die Waffen aus den Händen gelegt und damit das Ende des Krieges herbeigeführt haben, wie sich ebenfalls nicht wegdiskutieren läßt, daß auch die Verbündeten das Programm der „Vierzehn Punkte" als verbindliche Grundlage für Waffenstillstandsabschluß und Friedensverhandlungen anerkannt haben. Die Deutschen warten nunmehr auf die Verwirklichung der Versprechungen und Zusicherungen, gegeben für den Abschluß eines Rechtsfriedens. Der deutsche

Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hat sogar in peinlich offener Weise in seinen verschiedenen Proklamationen sich auf das Programm Wilsons berufen und die Weltöffentlichkeit wissen lassen, daß er für Deutschland nur einen Frieden des Rechtes auf Grund der Zusicherungen Wilsons unterzeichnen wird. Haben die Regierungen der Verbündeten auch die Bedingungen Wilsons in feierlicher Weise angenommen, so sehen doch ihre imperialistisch denkenden Politiker und Friedensunterhändler in dieser Maßnahme nur eine politische Zweckmaßnahme. Für sie bedeutet jedenfalls die Annahme des Wilson-Programms, wenn von seinem Schöpfer seine Verwirklichung betrieben werden soll, noch lange nicht die Rückgängigmachung vollzogener Tatsachen. Ganz gewiß ist ihnen das Wilson-Programm, insoweit es eine Machtmehrung für die Verbündeten bringt, ein willkommenes Instrument, soweit aber etwa die Verwirklichung des Punktes V, der die gerechte Lösung der Kolonialfragen fordert, angestrebt werden soll, wird man Mittel und Wege finden müssen, diese Verwirklichung zu verhindern. Die Staatsmänner Frankreichs und besonders Englands haben verkündet, daß die deutschen Kolonien, die „in gerechtem Kampf erobert" worden sind, sich im festen Besitz der Eroberer befinden und also auch nicht an die Deutschen zurückgegeben werden können. Das Interesse der Verbündeten, die Sicherheit ihrer Dominien und überseeischen Verbindungen, die öffentliche Meinung ihrer Länder fordern diese Enteignung. Kein Staatsmann kann den Interessen seines Landes, dem Willen seines Volkes entgegenhandeln. Der Punkt V des Wilson-Programmes wird von den Vertretern der Siegerstaaten unterminiert und zu Fall gebracht werden. In der Wahl der Mittel sind seine Gegner weder besonders wählerisch noch übermäßig geistvoll. Sie greifen zu den altbewährten Mitteln ihrer Politik, greifen zu Lüge und Verleumdung, greifen zu Heuchelei und Diffamierung, greifen zur moralischen Phrase und zur brutalen Drohung. Der Erfolg wird der rücksichtslosen Anwendung dieser primitivsten, aber darum nicht weniger niedrigen Prinzipien der Politik der Imperialisten recht geben.

Paris ist zum Mittelpunkt aller politischen Geschehnisse geworden. Die Abordnungen der 27 „Siegerstaaten" sind eingetroffen und haben sich häuslich in den großen internationalen Hotels eingerichtet. Mit ihnen ist ein Riesentroß an Sekretären, Sachverständigen, Beratern usw. eingetroffen. Sie stehen zumeist mit den Vertretern der Presse aus aller Herren Länder konferierend und rätselratend in den Hallen der Hotels, in Luxusappartements herum. Es herrscht eine fast babylonisch zu nennende Sprachverwirrung an der Seine.

Den Hauptakteur der zu erwartenden großen politischen und gesellschaftlichen Schauspiele, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, schleppt man inzwischen nach allen Metropolen der europäischen Siegerstaaten. Könige und Königinnen, Staatspräsidenten, Staatsminister und Diplomaten, Großindustrielle und Wirtschaftsmagnaten bemühen sich um ihn. Rauschende Empfänge werden ihm zu Ehren gegeben. Zahllose Reden muß er sich anhören. Die europäische Politik paradiert vor diesem seltsamen Puritaner aus USA. Sein Gesicht bleibt verschlossen und damit für Europa ein Rätsel. Seine kühlen Augen gleiten über Menschen, Dinge und Geschehnisse hinweg, und niemand vermag zu sagen, ob die eingefangenen Bilder und Begriffe den Weg zu seiner Seele oder mehr noch zu seinem Gehirn finden. Auf die feierlichsten Reden hat er nur kurze Entgegnungen übrig. Er spricht überhaupt wenig. Nicht ein einziges aufschlußreiches Wort über seine wirklichen Absichten findet den Weg über seine Lippen. Bei allen Empfängen und blumenübersäten Huldigungen bleibt der Präsident stumm. Die asketische Härte will aus seinem Puritanergesicht nicht weichen.

Aber die politische Regie der Feindbundmächte läßt nicht nach in ihrem Bemühen. Sie erstrebt auf dem Umweg über gesellschaftliche Veranstaltungen und prunkvolle Feste eine Beeinflussung des Präsidenten, eine Ablenkung von den Problemen, eine Verwirrung seines Strebens, eine Änderung seiner, in seinen Kundgebungen und Botschaften gezeigten Sinnesart. Bei aller Strenge seines Puritanertums ist auch der Präsident gegen die Reize gesellschaftlicher Formen, gesellschaftlicher Veranstaltungen mit all ihrem Prunk und Glanz nicht unempfindlich. Die vorgespielte und echte Begeisterung der Alten Welt macht, wenn er sich zunächst auch nicht den Anschein gibt, dennoch Eindruck auf Wilson, löst nach und nach die Starre seines Puritanerwesens, läßt seine Art verbindlicher werden, ja, lockt sogar schon von Zeit zu Zeit ein leises Lächeln in die sonst undurchdringlich scheinenden Züge. Er findet ganz offensichtlich Gefallen an der Rolle des Gefeierten, des Weltbeglückers, die ihn die Staatsmänner der Alten Welt zu spielen zwingen. Der Präsident wird umschlichen von dauernder Beobachtung. Den prüfenden Blicken der Staatsmänner der Feindbundmächte entgeht die Wandlung des Präsidenten nicht, ihren Blicken entgeht auf der Suche nach Schwächen und verwundbaren Stellen des Präsidenten aber vor allem nicht, daß dieser, aus dem strengen Puritaner sich zum verbindlichen Weltmanne wandelnde Vertreter der größten Macht bei den Weltfriedenskonferenzen, besonders nach langen Empfängen und Feierlichkeiten außerordentlich leicht ermüdet, daß dann das Lächeln auf seinen Zügen förmlich

gefriert, daß er den Eindruck völliger Abwesenheit macht. Sein Gesicht bekommt dann den typischen Ausdruck der geistigen Erschlaffung; also ist für die beobachtenden Politiker der Feindbundmächte, die in diesem Friedensapostel nur einen Gegner für ihre eigenen, imperialistischen Pläne sehen, die Düsternis um die Stirn und die Asketenhärte in seinem Wesen Maske oder jahrelange Gewohnheit ohne tiefere Bedeutung.

So fürchten die „Sieger" den Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht mehr als Widersacher, so lernen sie es, in ihm nur noch ein Hindernis zu sehen, das zu überspringen ihrer diplomatischen Kunst nicht sonderliche Schwierigkeiten bereiten wird. Sie pflegen in heimlichen Konferenzen der vertraulichen Zwiesprache und legen den Plan für die kommenden Friedensverhandlungen fest. Es ist ihnen Prinzip, dabei alle Möglichkeiten für unliebsame Überraschungen auszuschalten, auf ein erträgliches Mindestmaß zu beschränken.

Seit Jahr und Tag haben die Regierungen der Alliierten bereits eine Armee von Politikern, Militärs, Wissenschaftlern, Sachverständigen, Juristen, Wirtschaftsführern mobilisiert, um durch sie alle Probleme, die auf Friedenskonferenzen auftauchen könnten, von allem Anfang an im Sinne der Alliierten zu klären und als Gesetz festzulegen. In Kommissionen und geheimen und öffentlichen Ausschüssen sind Friedensbedingungen, Kriegsziele und Friedensziele beraten worden. Die Bekanntgabe des Wilson-Programms der „Vierzehn Punkte" scheint all diese vorbereitenden Arbeiten illusorisch zu machen, denn mit den Friedenszielen des amerikanischen Präsidenten stimmen die Friedensziele der Politiker und Handlanger des kommenden Friedensabschlusses nun wirklich nicht überein. Die Annahme der Wilson-Bedingungen wirkt in den Kommissionen und Ausschüssen mit der Gewalt einer alles erschütternden Sprengung. Die Handlanger am Bau eines „Friedens der Wahrheit und des Rechtes" geraten in tiefe Verwirrung, ja Bestürzung. Sie sehen ihre jahrelangen Bemühungen vertan, sehen vor allem die Erreichung der gepredigten Ziele eines Friedensschlusses nach ihrem Willen gefährdet. So folgen sie den Anweisungen der führenden Staatsmänner ihrer Länder und tragen nunmehr in fieberhafter Arbeit alle Argumente zusammen, die sich bei den kommenden Konferenzen sowohl gegen die Deutschen wie gegen die Verwirklichung des Wilson-Programms mit einiger Aussicht auf Erfolg verwenden lassen. Ihre Tätigkeit wird nach dem Auftreten des amerikanischen Präsidenten auf dem europäischen Festland in unerhörtem Tempo gesteigert, und dennoch gelingt es nicht, für die kommenden Konferenzen ein eigenes, in allen Teilen feststehendes Programm zu schaffen. Aber die Ankunft des Befriedungsapostels der Neuen Welt zwingt sie dennoch zum alsbaldigen Abschluß ihrer Vorbereitungen. Die ungeheuerlichste politische Komödie, die in der Geschichte der Menschheit jemals gespielt worden ist, wirft ihre Schatten voraus. Es ist erschütternde Tatsache, daß für die Befriedung der Alten Welt auf seiten der Entente außer den oft bekundeten Machtansprüchen und Raubabsichten, mehr oder weniger rechtlich bewiesen und begründet durch Kommissionen und Ausschüsse, daß außer dem Wilson-Programm der „Vierzehn Punkte" überhaupt keine sicheren Pläne für das Befriedungswerk vorhanden sind. Auch die Nonchalance der Franzosen, der Clemenceau, Poincaré und des geschliffenen, aber deswegen nicht weniger haßwütigen und brutalen Tardieu, die den endgültigen Friedensschluß für Frankreich nur noch als reine Formsache hinzustellen sich bemühen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Staatsmänner der Alliierten den kommenden Konferenzen nur unter den Gesichtspunkten ihrer imperialistischen Interessen entgegengehen!

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß inmitten tagender Kommissionen und Interessentengruppen sich ein Aktenmaterial, Anklage gegen die Deutschen wie Verteidigung der eigenen Pläne enthaltend, anhäufte zu Bergen. Allein die Behandlung der Kolonialfrage führt zu einer Geist- und Papierverschwendung ohnegleichen.

Der Welt haben die Politiker der Alliierten, besonders aber die Politiker des englischen Weltreiches, immer wieder die These serviert: „Die deutschen Kolonien sind von uns in ehrlichem Kampfe erobert worden, es wird niemand daran zweifeln, daß sie nunmehr auch den Eroberern für alle Zeiten gehören sollen." Die Welt hat also die beschlossene und praktisch bereits zum Großteil durchgeführte Annektierung des deutschen Kolonialreiches als vollkommene Tatsache bereits vor Beginn der Friedenskonferenzen hinzunehmen. Wozu also überhaupt noch Rechtfertigungen für diese proklamierte unabänderliche Tatsache? Die Beraubten sind Besiegte und eines erfolgreichen Widerstandes nicht mehr fähig! — Und dennoch fühlt die Politik der Feindbundstaaten, fühlen ihre führenden Staatsmänner gerade in der Kolonialfrage die Pflicht zu besonderer Anstrengung in der Rechtfertigung ihrer Absichten und Handlungen. Einmal zwingt sie der Punkt V des Wilson-Programms dazu, andererseits aber auch die Einsicht, daß die englische Propaganda in der Welt doch nicht eindeutige, proenglische Wirkung gezeitigt hat, denn die Stimmen, die Gerechtigkeit für die Deutschen gerade in der Kolonialfrage fordern, mehren sich, je näher der Tag des Konferenzbeginnes heranrückt. Der „kostspieligen, unwahrhaftigen" englischen Propaganda

stemmen sich die Stimmen, besonders nach Bekanntwerden der Wilson-Botschaften, aus den neutralen Ländern entgegen. Die moralisierenden Reden der verschiedenen Staatsmänner der Feindbundstaaten, die Lügen- und Greuelhetze gegen die Deutschen, selbst das berühmt berüchtigte „Blaubuch" über die deutschen Verbrechen in Übersee, haben in der Welt eine geteilte Aufnahme gefunden. Die Forderung des Wilson-Programms in der Lösung der Kolonialfrage findet hingegen in der neutralen Presse ein außergewöhnlich starkes Echo. Die Forderung nach „... einer freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche..." steht deshalb wie ein drohender Schatten über der Raubpolitik der Feindbundstaaten. Die Stimmung in den europäischen Feindbundkabinetten ist durch die verschiedenen Heilsbotschaften aus dem „Weißen Hause" zu Washington durchaus nicht gebessert worden. Das Eintreffen des Präsidenten hat ebenfalls eine Klärung infolge des anhaltenden Schweigens nicht gebracht. Zweifelsfrei steht aber für die verbündeten Erben des Deutschen Reiches fest, daß Wilson nicht gewillt sein wird, den Punkt V seines Programmes im Sinne Englands und seines französischen Verbündeten fallen oder umfälschen zu lassen. So steht dieser Punkt V wie eine Drohung vor dem Beginn der Friedenskonferenzen.

Ganz ungewiß ist für die Verbündeten die künftige Haltung der deutschen Republik in der Frage der Kolonien. Die spärlichen, programmatischen Äußerungen des deutschen Außenministers haben eine Klärung der Fronten und Absichten bisher nicht gebracht. Manchmal ist man in den Feindbundkabinetten zur Annahme geneigt, die Deutschen sind an der Lösung der kolonialen Fragen fast desinteressiert. Jedenfalls kommen beachtenswerte Willensäußerungen der neuen deutschen Regierung in der Kolonialfrage nur spärlich über den Rhein. Das Schweigen der deutschen Regierung und das Rätselraten über dieses Schweigen wird von den Politikern der Feindbundmächte als unangenehm empfunden. Beiden muß ein Ende gemacht werden. Die Engländer besonders wollen nicht mehr warten bis zu dem Augenblick, der ihnen die Freiheit des Handelns nimmt.

Die englischen Vorbereitungen für die Friedenskonferenzen werden über Nacht abgeschlossen. Die englische Abordnung trifft in ungewöhnlicher Stärke und mit ungewöhnlichem Rüstzeug am 10. Januar 1919 in der französischen Hauptstadt ein. Der Empfang ist rauschend und findet mit militärischem und diplomatischem Aufwand statt.

Der Führer der englischen Abordnung, Premierminister des Britischen Weltreiches Lloyd George, ist scheinbar in strahlender Stimmung. Er trägt sein

verbindliches Advokatenlächeln zur Schau und ergeht sich in begeisterten Reden. Aber die Führer des französischen Volkes, die Vertreter der französischen Regierung kann er nicht täuschen. Clemenceau und Poincaré erkennen bald genug die undefinierbare Unsicherheit, die in der englischen Abordnung herrscht. Sie haben bald genug heraus, daß der englische Premier und seine Gefolgsleute ohne bestimmte Marschroute, ohne ein festes Verhandlungssystem nach Paris gekommen sind. Umgekehrt wieder erkennt der englische Premier aus jedem Wort und jeder Geste der Franzosen den in das Ungeheuerliche gesteigerten Machtanspruch Clemenceaus und Poincarés. Von der Einstellung der Franzosen sind also für den englischen Unterhändler mindestens dieselben Schwierigkeiten zu erwarten wie von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Machtgier der Franzosen jede Aufmerksamkeit zu schenken und sie einzudämmen, wo es nur möglich sein wird, das ist Lloyd Georges Entschluß bereits in den ersten Stunden seines Pariser Aufenthalts. Mit Mißtrauen stehen sich somit schon vor Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen die Verbündeten gegenüber. In einem Punkte aber sind sie sich vollkommen einig.

Sie fürchten für die kommenden Verhandlungen in allererster Linie den Widerstand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Also ist in wortlosem Einverständnis zum Gesetz erhoben, die Zermürbungstaktik gegenüber dem Präsidenten bereits vor dem offiziellen Beginn der Besprechungen und Verhandlungen erneut in Gang zu setzen. Woodrow Wilsons Widerstandskraft muß gelähmt werden, bevor es überhaupt zum eigentlichen Kampf um die Verwirklichung der alliierten Kriegs- und Friedensziele kommt.

So hetzt man den Präsidenten weiter von prunkvollen Empfängen zu prunkvollen Empfängen, von rauschenden Festen zu rauschenden Festen, füllt seine Tage aus mit Besichtigungen und Siegesfeiern, durch Museen und Sammlungen führt der Weg des Weltbeglückers. Es scheint fast, als habe der Präsident die Mission vergessen, um derentwillen er über den Atlantik zu den europäischen Völkern gekommen ist.

Sein Haus, ausgestattet mit allem raffinierten Luxus französischer Wohnkultur, am Place des Etats Unis zu Paris, sieht den Präsidenten nur in den Stunden der Nacht. Dann allerdings findet er sich zurück zu seinen amerikanischen Gewohnheiten. Dann sitzt er im stillen Lichtkreis der Lampe an seinem Schreibtisch und versucht sich Rechenschaft über das Tun und den Inhalt seiner Tage zu geben. Eine seltsame Müdigkeit überkommt in immer kürzeren Zeiträumen seine Seele und seinen Geist. Manchmal sucht er fast verzweifelt den Weg zu seinen hohen Aufgaben zurück. Sie kommen ihm

ganz verschüttet und wie von Schleiern überzogen vor. Sein Auge sucht nach einem Halt in den verwirrenden Erscheinungen der Gegenwart. Er erinnert sich seiner Botschaften, erinnert sich der übernommenen Verpflichtungen.

Es ist wohl das größte Meisterstück der politischen Regiekunst der Staatsmänner der Alliierten, das darin besteht, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, ohne sein Mißtrauen zu erwecken, den Beweis von der ungeheuerlichen Schuld, die die besiegten Deutschen in ihrer Kolonialgeschichte sich durch die menschenunwürdige Behandlung der Eingeborenen aufgeladen haben, nahezubringen und ihn damit von der Tatsache zu überzeugen, daß damit die Deutschen jedes Recht auf Kolonialbesitz verwirkt haben, daß damit weiterhin selbstverständlich die deutschen Kolonien den Mächten zufallen müssen, die sie von der deutschen Herrschaft befreit, und die ihre eigene Würdigkeit, allein auf dieser Erde zu kolonisieren, nachhaltig unter Beweis gestellt haben.

In einer Stunde der nächtlichen Einkehr findet der Präsident der Vereinigten Staaten neben anderen Denkschriften auf seinem Schreibtisch mit einem entsprechenden Hinweis ein Exemplar des englischen „Blaubuches", das „Handbuch über die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien", findet weiterhin das Werk des internationalistischen Intellektuellen Lewin „Deutsche Kolonisatoren in Afrika" vor. Ermüdet von den gesellschaftlichen Anstrengungen des Tages, zurückstrebend in die kühle Welt seiner mitternächtlichen Meditationen greift der Präsident der Vereinigten Staaten zu den beiden Machwerken gemeinster Ehrabschneiderei, Lüge und Verleumdung. Fast widerstandslos erliegt Woodrow Wilson der verlogenen Beweisführung der beiden Machwerke. Die Beschuldigungen gegen die Deutschen, die vorgebrachten Beweise für ihre geradezu „ungeheuerlichen Verbrechen" in der kurzen Geschichte ihrer Tätigkeit als Kolonisatoren des schwarzen Erdteiles, die moralische Entrüstung und die im Namen der Humanität vorgebrachten Forderungen gegen die Deutschen machen einen tiefen Eindruck auf den Präsidenten. In seiner geistigen Abgespanntheit erkennt er nicht mehr die innere Verlogenheit der Beweisführung. Das Gift der Verleumdung, die Kolonialschuldlüge, beginnt seine unheilvolle Wirkung. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der Schöpfer des Programms der „14 Punkte", wird so gegen die Durchführung seines eigenen Willens, wird so gegen seinen Punkt V beeinflußt. Er ist seit dieser Stunde zu einem objektiven Urteil in der Frage der Lösung des Kolonialproblems nicht mehr als unparteiisch anzusehen. Er ist bereit zur Verleugnung seiner eigenen Forderung. Die Taktik der verbündeten Staatsmänner der Alliierten trägt so bereits

vor Beginn der eigentlichen Friedenskonferenz ihren ersten bedeutenden Erfolg davon.

Es ist dem unmittelbaren Mitarbeiter des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Baker, ganz besonders zu danken, daß er uns bei der Beurteilung des Präsidenten und seiner Haltung auf der Friedenskonferenz, besonders in der Kolonialfrage geholfen hat, einen klaren Blick und ein ebenso klares, wenn auch vernichtendes Urteil zu gewinnen. Baker veröffentlichte mit seltener Offenheit „Memoiren über den Vertrag von Versailles". Es ist zu einem Verdienst für ihn geworden, daß er die Haltung seines Chefs Woodrow Wilson in der Kolonialfrage auf der Friedenskonferenz besonders eindeutig kennzeichnet. Er kennzeichnet weiterhin die Haltung Wilsons den Forderungen der Raubstaaten gegenüber und kennzeichnet die Haltung des Präsidenten den berechtigten Forderungen der vertrauenden Deutschen gegenüber! Mit verbrecherischer Leichtfertigkeit und einer brutalen Offenheit ohnegleichen setzt Baker in seinen „Memoiren" Dokumente über die Kolonialfrage und ihre Lösung aneinander, die heute in ihrer Gesamtheit ein geradezu erschütterndes Urteil zulassen über die nur als böswillig und verbrecherisch zu bezeichnende Art, mit welcher der Raub der deutschen Kolonien und seine Sanktionierung im Friedensvertragswerk zu Versailles durchgeführt worden ist. Selbst aus den Ausführungen seines persönlichen Beraters Baker geht das völlige Versagen des Präsidenten in der Frage der Kolonien eindeutig genug hervor, wird die Verleugnung des Punktes V seines eigenen Programms zur offenkundigen Tatsache erhoben. Für alle Zeit wird deshalb der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, als Angeklagter vor dem Forum der Geschichte stehen. Nicht einen einzigen Zeugen für seine Unschuld vermag er zu erbringen. Seine Schuld ist groß und unleugbar! Zumindest durch seine vollständige Passivität hat er das größte Unrecht geschehen lassen, das dem seinem heilig verpfändeten Wort vertrauenden Volk der Deutschen mit dem Raub seiner hochentwickelten Kolonien angetan werden konnte. Er ließ die Annektierung der deutschen Kolonien durch die Imperialisten Englands und Frankreichs im Namen der Menschlichkeit geschehen. Das ist seine Schuld. Die moralische Bemäntelung dieses beispiellosen Betruges durch die Schaffung der Mandatsformel und des Mandatsrechtes vermag die Tatsache des Betruges selbst nicht einmal dem unkundigen Auge zu verhüllen!

Es ist abermals an der Zeit, der ganzen Welt diese Schuld und die Geschehnisse, die zu dieser Schuld führten, in aller Eindringlichkeit aufzuzeigen im Namen der unumstößlichen Gesetze der Wahrheit und eines ewigen Rechtes!

Man hat es immer wieder versucht, die heilige Verpflichtung, die für den Präsidenten aus der Verkündung seines Programms der „14 Punkte" erwachsen ist, zu schmälern, man hat die Pflicht zur Erfüllung dieses Programms durch die friedenschließenden Staaten herabzumindern gesucht, indem man darauf hingewiesen hat, daß viele Punkte „allzu summarisch und apodiktisch" abgefaßt seien. Ganz gewiß kann man sich eine Abänderung und Neufassung fast aller Punkte des Wilson-Programms besonders dann vorstellen, wenn man europäische Verhältnisse und Urteile zur Grundlage machen würde. Die Geschichte des Zustandekommens des Programms der „14 Punkte" überdenkend, heißt zugleich ihre Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit erkennen. Das Gedanken- und Geistesgut des amerikanischen Präsidenten hält ernsteren Prüfungen überhaupt nicht stand. Es ist allzu leicht, die Befruchter und Vorväter des geistigen Wirkens und Denkens des Präsidenten der Vereinigten Staaten festzustellen und mit Namen zu nennen. Hart an der Grenze der Nachahmung und des Plagiates liegen die Geistesoffenbarungen Woodrow Wilsons. Die Berufung zum alleinigen Aufrichter, zum Baumeister einer neuen Ordnung der Welt, zur Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern, zum Schiedsrichter und Befrieder der ganzen feindlichen Welt gewinnt sich Woodrow Wilson aus der Stille vieler nächtlicher Studierstunden. Mit weitgehender Großzügigkeit und einer gewissen Leidenschaft eignet er sich dabei die tiefen Erkenntnisse anderer Denker, gewonnen aus dem großen Geschehen der Geschichte, als Ergebnisse eigenen Denkens an. Er verfolgt mit unerhörtem Eifer alle Stimmen der Welt, der Politik, der Wissenschaft, verfolgt sie, soweit sie durch den engen Ring der selbstgewählten Abschließung zu dringen vermögen, prüft sie, sondert sie und baut aus ihnen und aus dem Echo, das sie in seiner Seele und in seinem Geist erwecken, seine Idee von der Befriedung der Welt nach den ewigen Menschheitsgesetzen auf. Die Quellen für die geistige Fundamentierung seines Bildes einer glücklichen Menschheit und Welt, fließen für ihn reich aus den Denksystemen und den Werken anderer. Mit dem Recht der freien Aneignung macht er Gebrauch von ihnen. Sein Arbeitsfanatismus wird von niemand auf dieser Erde übertroffen. Gewiß ist, daß Wilson auch auf europäischem Boden mit diesem Arbeitsfanatismus, und zwar trotz aller Festlichkeiten und trotz einer immer öfter eintretenden Ermüdung, seine Bestrebungen um die geistige Untermauerung seiner Ideen und Programme fortzusetzen versucht.

Aber alle Ideen und Programme Woodrow Wilsons sind nicht aus tiefer Gläubigkeit und aus selbstschöpferischen Kräften erwachsen. Mühsam zu-

sammengefügt aus Kompilatorien, tragen sie keine zwingende Überzeugungsgewalt in sich und lassen alle Deutungsmöglichkeiten zu. So ist nur ein einziger Punkt seines Friedensprogramms, seines Programms der „14 Punkte" eindeutig und klar und läßt keine Möglichkeit der Irredeutung zu.

Der Punkt V seines Programms sagt also:

„... Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartiger Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll..."

Um diesen Punkt entbrennt in den kommenden Konferenzen der Friedensdelegationen ein erbitterter Kampf. In der Klarheit dieses Punktes sehen die Vertreter der interessierten Feindmächte das gefährlichste Argument gegen ihren Annexionswillen. Dieser Punkt muß deshalb mit allen Mitteln der Diskussion, und wenn es sein muß, der Fälschung, Verleumdung und Lüge umgedeutet in seinem Sinn, in seinen Auswirkungen aber wirkungslos gemacht werden. Es ist für die Imperialisten im Feindbundlager zwingende Notwendigkeit, jede ernste Anwendung des Punktes V bei den Verhandlungen über die Aufteilung der Kolonien und kolonisatorischen Aufgaben zu verhindern, vor allen Dingen aber zu verhindern, daß sich die Deutschen dieses Punktes bemächtigen und ihn als gefährliche Beweisführung gegen den Annexionswillen der Feindbundregierungen in die Waagschale werfen. Aus der sonderbaren Eigenwilligkeit des Präsidenten können bei der Lösung des Kolonialproblems, bei der Einlösung seines Versprechens, enthalten im Punkt V seines Programms, die ernstesten Widerstände und wahrscheinlich sogar Überraschungen peinlicher Art erwachsen. — Aber all diese Befürchtungen sind unnötig, denn die Stärke der Stellung des Präsidenten der geschlossenen Phalanx der Annexionisten gegenüber erhält gerade aus der Eigenwilligkeit des Präsidenten selbst den ersten und wahrscheinlich entscheidenden Stoß. Die Unwissenheit des amerikanischen Präsidenten in der Kolonialfrage, von seinen engsten Mitarbeitern offen eingestanden, ist unbeschreiblich. Sie ist letzten Endes die eigentliche Ursache zu der geradezu unglaublichen Leichtfertigkeit, mit der von ihm in den Konferenzen die Kolonialfrage behandelt wird. In seiner Unwissenheit greift Wilson nach den Machwerken der feindlichen Politik, greift nach dem englischen „Blaubuch", greift nach dem verlogenen Hetzwerk eines Lewin: „Deutsche Kolonisatoren in Afrika". Aus diesen Elaboraten, vom Haß und Fanatismus gegen alles

Deutsche versengter Gehirne, zieht der Präsident der Vereinigten Staaten sein Wissen über die Geschichte des deutschen Kolonialreiches und die Taten des deutschen Kolonialwissens.

Im Verlauf der Schilderung der Friedensverhandlungen wird auch die Einstellung des amerikanischen Präsidenten zum Kolonialproblem erklärt werden.

Mit der Größe und Wucht eines elementaren Ereignisses ist der Krieg über die europäische Erde gegangen. Seine Organisierung und sein Ausmaß an Anstrengungen und Opfern überschreitet alles menschliche Denken. Phantastisch übersteigert, im Umfang der Vorbereitungen und in der Organisierung der Durchführung, müssen auch die Werke der Befriedung der Welt und der versuchten Vernichtung des Deutschen Reiches und Volkes genannt werden. Es gleicht fast einer von menschlichem Aberwitz erdachten Komödie, wie die Vertreter der 27, im Kriege und Haß gegen Deutschland verbündet gewesenen Nationen zu Paris von der Regierung der französischen Republik mit einem Pomp und einer Pracht ohnegleichen empfangen werden. Poincaré spielt mit unvergleichlicher Geste den Gastgeber. Er stellt den „Freunden der französischen Nation" alle Einrichtungen des Staates freigebig und großzügig zur souveränen Verfügung. Der Luxus, den das französische Volk in den kommenden Wochen und Monaten anschauen darf, ist unbeschreiblich, die ihm gebotenen Schauspiele von einer Pracht, niemals zuvor auch nur geahnt; aber sie sind zugleich von einer Dramatik und Bedeutung, die eine offene, ungehemmte Freude nicht aufkommen lassen wollen. Die Delegierten der 27 „Siegerstaaten" sind gekommen einen Frieden abzuschließen, der zugleich für die „besiegten Deutschen" das grauenhafte Schicksal ewiger Versklavung bringen soll. Es ist bezeichnend genug für den friedfertigen Geist, der die 27 „Siegernationen" beseelt, daß sie die Mittelmächte, daß sie die Deutschen von den Vorbesprechungen ausschließen.

Den rauschend und lärmend gefeierten Festen und Empfängen folgt endlich am 12. Januar 1919 die erste konstituierende Beratung der Friedenskonferenz. Sie beginnt sofort mit scharfen Worten und einem außerordentlich bezeichnenden Streit zwischen den Vertretern der Großmächte. Es geht um die zu bestimmende Verhandlungssprache. Die Vertreter der großen Nationen fordern jeder für sich und seine Landessprache das Primat. Die Vertreter der kleineren Nationen sind erstaunte Zuschauer bei diesem Zank. Der Vorsitzende der ersten Arbeitskonferenz, der französische Außenminister Pichon, muß mahnend seine Stimme erheben und in glasklarem Französisch von der Versammlung verlangen: „... daß es nunmehr für

die Versammlung der verbündeten Nationen an der Zeit sei, den Geschäftsgang der Konferenz zu erwägen ...!"

Aber der Streit geht weiter. Dem kundigen Auge werden Gegensätze von erschreckender Tragweite schon in diesen ersten Stunden der Friedenskonferenzen sichtbar.

Die Vertreter von 27 Nationen, die mehr als ein Dutzend eigener Landessprachen sprechen, aber dafür zumeist kein Französisch oder Englisch verstehen, wollen den kommenden Verhandlungen, soweit sie von ihnen die Erfüllung ihrer anzumeldenden Forderungen erhoffen, in allen Einzelheiten folgen können; sie wollen in den abzufassenden Protokollen und selbstverständlich erst recht in dem zu findenden Text der Friedensverträge ihre Forderungen und deren Befriedigung niedergelegt wissen. Übersetzungen mißtrauen sie. So bereitet bereits bei den ersten Beratungen dieser Liga von Nationen die Findung einer bevorrechtigten Verhandlungssprache die ernstesten Schwierigkeiten. Prestige- und Majoritätsfragen werden aufgeworfen und in erhitzter Rede und Gegenrede diskutiert. Clemenceau besteht in höchster Erregung auf Wahl und Beibehaltung der französischen Sprache als alleiniger Verhandlungssprache. Er erkühnt sich dabei, die Opfer der anderen Nationen mißachtend, auf den besonders hohen Blutzoll hinzuweisen, den das französische Volk in diesem Krieg gezahlt habe. Englands Vertreter denken an die englischen Verluste in Flandern, Nordfrankreich, vor den Dardanellen und auf den Weltmeeren, und erwidern in ungewohnt scharfer Weise dem Tiger, fordern das Recht der offiziellen Verhandlungssprache für England. Die Vertreter Italiens haben den Augenblick in ihrem Sinne begriffen, stehen auf und brechen gegen französische Anmaßung und englischen Hochmut vor und verlangen die Gleichberechtigung der italienischen Sprache für die Führung der Verhandlungen. Nach ihrem Verlangen sollen alle Konferenzen und Arbeitstagungen zugleich in französischer, englischer und italienischer Sprache geführt werden. Baron Sonnino erklärt dem Tiger deutlich genug und allen verständlich, daß, wenn man schon davon spricht, „was Frankreich durchgemacht habe, man zugleich nicht vergessen solle, daß auch Italien immerhin seinen vollen Anteil am Kriege geleistet und 4 bis 5 Millionen Soldaten ins Feld gestellt habe ..."

Clemenceau fühlt diesen Angriff. Er wird ungeduldig. Die Zornesadern schwellen auf seiner Stirn. Sein Gesicht verrät eine Gereiztheit und tiefe Erregung. Er unterbricht mit einer diktatorischen Geste die Diskussion, wartet weitere Ausführungen überhaupt nicht mehr ab und erklärt mit unverkennbarer Verdrossenheit, „daß es, wenn so kleinen Angelegenheiten soviel

Wichtigkeit beigemessen würde, in Wahrheit einen schlechten Anfang für einen Bund der Nationen bedeute ...!"

Ihm sind endlose, uferlose Diskussionen in tiefster Seele verhaßt. Bereits diese ersten Streitigkeiten und Schwierigkeiten beweisen ihm wieder den Unsinn der Majorität, machen für ihn die Notwendigkeit vordringlich, daß aus den entscheidenden Konferenzen, Verhandlungen und Sitzungen die jetzt anwesenden Vertreter der kleineren Nationen mit Anstand und Würde hinauszukomplimentieren sind. Er strebt vertrauliche Besprechungen im engen Kreis der großen Nationen an. Den kleineren Mächten räumt er mit Vergnügen die Arbeit in Kommissionen und Komitees, räumt er die Lösung kleinerer Probleme ein. Es ist sein Wille und Vorschlag, daß alle großen Fragen der Friedenskonferenz zunächst erst einmal zwischen den Vertretern der Großmächte beraten und in ihren Auswirkungen überprüft werden sollen.

„... Ich bin stets der Ansicht gewesen, man wäre übereingekommen, daß die fünf Großmächte sich in wichtigen Fragen ihre Meinung bilden, bevor sie die Sitzungssäle der Konferenz betreten. Für den Fall eines neuen Krieges würde Deutschland seine gesamte Heeresmacht weder auf Cuba noch auf Honduras, sondern auf Frankreich werfen; es würde immer Frankreich sein. Ich verlange daher, daß wir an den hier gefaßten Vorschlägen festhalten, an den Vorschlägen, welche darauf hinauslaufen, daß Zusammenkünfte stattfinden mögen, an denen die Vertreter der fünf genannten Großmächte teilnehmen sollen, um in den wichtigen Fragen zu einer Entscheidung zu gelangen, und daß die Untersuchung der an zweiter Stelle stehenden Fragen vor Zusammentritt der Konferenz den Kommissionen und Komitees überwiesen werden mögen ...!"

Die Vertreter der kleinen Staaten horchen auf. Es dämmert ihnen, daß sie bei der Entscheidung über alle großen Fragen ausgeschaltet, daß sie zur Bedeutungslosigkeit, zu bloßen Staffagefiguren auf der Friedenskonferenz verurteilt werden sollen. Der Tiger hat in großer Erregung gesprochen. Die Vertreter der kleinen Staaten erkennen zum ersten Male das wahre Gesicht dieses großen Politikers des Hasses und der Revanche, der Unerbittlichkeit und der Vernichtung. Clemenceau setzt sich über alles Erstaunen der Delegierten hinweg, tut alle Widerstände, tut selbst die Einwände des Präsidenten der Vereinigten Staaten mit einer Handbewegung, die verbindlich sein soll, aber nur die innere Erregung verrät, ab und setzt seinen Plan durch. Ganz nach seinem Willen schafft die erste Vollkonferenz den sogenannten „Rat der Zehn" und erteilt ihm alle Vollmachten. Ihm allein

sollen alle Entscheidungen von Bedeutung vorbehalten sein. Seine Souveränität in allen Verhandlungsfragen ist für Clemenceau schon allein in der Person seiner Mitglieder und den durch sie vertretenen Regierungen garantiert.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind im „Rat der Zehn" vertreten durch ihren Präsidenten Woodrow Wilson und dessen Staatssekretär Lansing; sie scheinen die einflußreichsten Mitglieder des „Rates", England durch Lloyd George, den Premier und durch den Staatssekretär des Auswärtigen Arthur J. Balfour, also die beiden exponiertesten Verfechter der Annexion der deutschen Kolonien; Frankreich legt die Vertretung seiner Interessen und Forderungen in die Hände seines Ministerpräsidenten Clemenceau und seines Außenministers Pichon. Für Italien stellt sich Ministerpräsident Orlando und Außenminister Sonnino in den großen Dienst, die Weltbefriedung herbeizuführen. Japan vertraut auf seine Abgesandten, den Baron Makino und Viscount Chinda.

So sind nunmehr die Vertreter der großen Mächte ganz unter sich. Damit ihre Beratungen durch niemand mehr gestört werden können, hat der Tiger auch die französischen Militärs, die sich angeschickt haben, der Friedenskonferenz die außerordentlich scharfen Forderungen der Armee gegen die Mittelmächte zu präsentieren, förmlich aus den Konferenzsälen hinausgeworfen. Sie konnte er auf den Schlachtfeldern, in den Schützengräben, vielleicht auch noch am Rhein gebrauchen, bei dem gegenwärtig vorzubereitenden Werk des Friedensschlusses sind sie ihm in ihrer einseitigen Einstellung unbequem. Ihr plumpes Säbelrasseln erscheint ihm nicht die rechte Begleitmusik für seine Pläne zu sein. Er weiß, daß der amerikanische Präsident sehr empfindliche Ohren hat. Er verzichtet also für die kommenden Verhandlungen gern auf müßige Zuschauer sowohl in Zivil wie in der Uniform. Ihm genügt für die von ihm beabsichtigte Neuordnung Europas das Auditorium des „Rates der Zehn" vollkommen. Mit der Einsetzung dieses „Rates der Zehn" hat er zunächst das Schlachtfeld für die kommenden politischen Großkämpfe gewonnen. Er kümmert sich nicht im geringsten um die übrigen Vertreter der „Siegernationen". Ihm geht es allein noch um das Ziel. Das Wohl Frankreichs allein beflügelt seinen Geist und stärkt seine Energien. Er weiß es nun schon längst, daß sein Kampf gegen die Deutschen für Frankreichs Interessen bei der Festsetzung der Friedensbedingungen naturnotwendig zu einem Kampf zugleich gegen die bisherigen Verbündeten werden muß. Diesen Kampf will er aber auf engstem Raum ausfechten. In diesem Kampf will er als politischer Fechter für Frankreichs Ruhm und Größe seinem sich dem

Ende zuneigenden Leben noch einmal die äußerste Leistung abgewinnen. Nichts will er für sich. Der persönliche Ruhm ist ihm gleichgültig. Der Beifall der Welt erreicht seine Seele überhaupt nicht mehr. Frankreich allein ist die Triebfeder seines Handelns und seines Hasses! Nennt ihn einmal das Volk der Franzosen den größten Patrioten auf französischer Erde, dann ist ihm das Lohn genug. Mehr will er nicht!

Für Frankreichs Ehre und für das Leben des französischen Volkes beginnt Clemenceau so den letzten großen politischen Waffengang seines Lebens. Gleichgültig sind ihm dabei die nebelhaften Programme des Herrn Wilson aus Amerika. Gut, er wird auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten und seine Ideale soweit Rücksicht nehmen, soweit es Frankreichs Interessen zulassen. Was kümmern ihn die Engländer Lloyd George und Balfour? Er wird sich ihre, mit der Menschheitsphrase verbrämten Reden anhören und zur rechten Zeit ihre Beuteforderungen auf das rechte Maß zurückzuschrauben wissen! Er sieht auch dabei nur Frankreichs Vorteil und weiter nichts! — Was kümmern ihn die Italiener? Er hat für sie nur Verachtung übrig. Auch die ewig lächelnden bescheidenen Japaner sind ihm ganz gleichgültig. Er hat sowieso nichts einzuwenden gegen ihre Forderung auf das deutsche Pachtgebiet im Fernen Osten, auf die deutschen Inseln im Stillen Ozean. Er sieht Frankreich und nichts als Frankreich!

In ihm lebt von nun an nur noch der fanatische Glaube, daß allein er von allen Franzosen berufen ist, für Frankreich einen französischen Frieden erzwingen zu müssen, und sei es, außer gegen die Deutschen, gegen Amerikaner, Engländer, Italiener, Japaner und alle anderen verbündeten Nationen. In ihm lebt als brennende Mahnung der Schwur, die Deutschen für alle Zeiten auf die Knie zu zwingen! Aus der Reihe der Großmächte sollen die Deutschen verbannt werden nach seinem unerbittlichen Willen! Deutsche Bürger, Bauern und Arbeiter will er zu Fronknechten für Frankreich machen länger als ein Menschenleben lang! Zertrümmert für alle Zeiten will er auch die deutsche Militärmacht sehen! Eingliedern will er Frankreich die blühenden Provinzen Elsaß und Lothringen! Erzwingen will er den alten Traum der Franzosen, daß der Rheinstrom zugleich Frankreichs Ostgrenze sein soll! Und Frankreichs Kolonialbesitz in Afrika soll erweitert werden um das deutsche Togo und Kamerun ganz im Sinne der mit den Engländern in den ersten Kriegsjahren geschlossenen Geheimverträge!

Das Ziel ist Frankreichs Ruhm und Frankreichs Größe!

Was kümmert es den Tiger bei seinen Erwägungen und Forderungen, daß er Haß sät und Haß ernten wird. Er sieht nur Frankreich! Was kümmert es Clemenceau, daß die Deutschen ihre Kolonien rechtmäßig erworben und durch unbeschreiblichen Fleiß mit größten Opfern zu ansehnlicher Blüte gebracht haben! Er fordert die Enteignung der deutschen Kolonien in völliger Übereinstimmung mit dem französischen Kolonialminister Simon nicht etwa, wie das seine englischen Verbündeten tun, im Namen des Menschenrechtes und der Menschlichkeit, nein, er fordert sie auf Grund der Verträge, und er fordert sie, um Deutschland für alle Zeit die Möglichkeit zu nehmen, dem französischen Beispiel zu folgen, d. h. zur Bekämpfung Frankreichs aus den Kolonien farbige Kampftruppen zu beziehen, in den Kolonien farbige Armeen aufzustellen! Dreißig Millionen Deutsche sind dem Tiger zuviel auf der Erde! Sein Haß tobt sich aus in einem Vernichtungswillen, der in seiner Größe fast mythisch wirken muß.

Der Präsident der Vereinigten Staaten verläßt die erste Vollsitzung der Friedenskonferenz mit drückendem Unbehagen. Die offen zutage getretenen Gegensätze, selbst in unbedeutenden Fragen zwischen den Vertretern der „Siegerstaaten", besonders aber zwischen den Vertretern der Großmächte, haben ihn erschreckt. In seinem stillen Zimmer in dem gartenumgebenen Haus, das ihm in Paris als Aufenthalt dient, bedrängen seine Seele Gedanken und Erinnerungen. Er versinkt in Ahnungen und Grübeleien. Sein Wort: „... Was sich meinem Geist darstellt, von Herzen wünsche ich, ich möchte mich täuschen, ist eine Tragödie von Enttäuschungen!" steht vor ihm. Ein Grauen überkommt ihn, von dem ihn nur die dauernden Beratungen mit seinem Mitarbeiterstab befreien. So schwingen seine Stunden hin zwischen Extremen. Festen und Vergnügungen folgen Stunden der tiefsten Erschöpfung. Verhandlungen und politische Besprechungen schließen mit Enttäuschungen und lassen den Präsidenten oftmals in einen Zustand einer tiefen Lethargie versinken. Dann wieder fordert er von sich und seinen Beratern ein Übermaß an Arbeitsleistung. Aus solchen Stunden der Arbeit mit seinem Stab wird endlich das amerikanische Verhandlungsprogramm für die Sitzungen des „Rates der Zehn" geboren. Es lautet also:

I. Völkerbund.
II. Reparationen.
III. Neue Staaten.
IV. Grenzen.
V. Kolonien.

Um dieses Programm, besonders aber um den Punkt V, entspinnt sich nun in den folgenden Wochen und Monaten ein politischer Kampf unter Anwendung aller alten und neuen Mittel. —

Die Regierung der deutschen Republik gibt nunmehr endlich ihre außenpolitische Passivität immer mehr auf und folgt den Maßnahmen des neuen deutschen Außenministers. Sie ist durch einen organisierten Nachrichtendienst über die Vorgänge im Lager der Alliierten zu Paris eingehend informiert. Trübe Ahnungen bedrängen auch sie. Der erste Rausch ist verflogen. Die harten Gesetze der Wirklichkeit erfordern unerbittliche Befolgung. Langsam und sicher verstummen die Phrasen von Völkerverbrüderung. Der deutsche Tag ist grau und voller Sorgen. Der Glaube an einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit erhält von jeder neuen Nachricht aus den Metropolen der Feindmächte neue Stöße. Er ist längst schon erschüttert.

Der deutsche Führer der Außenpolitik erkennt die Notwendigkeit, von sich aus die Vorbereitungen auf die Friedenskonferenz zu beginnen. Er empfindet es an sich als tiefe Beschämung, daß die deutsche Nation zu den Vorbesprechungen nicht zugelassen ist. So beschließt er, wenigstens auf die öffentliche Meinung der Welt einigen Einfluß zu gewinnen und mit Hilfe der Weltpresse die Diskussion über die Probleme der kommenden Friedenskonferenz vom deutschen Standpunkt aus zu eröffnen. Spät also, aber vielleicht noch nicht zu spät, versucht die deutsche Regierung den Anschluß an die Weltpresse herzustellen.

Am 14. Januar 1919 gibt die deutsche Regierung für Deutschland und durch Vermittlung der Weltpresse für die ganze Welt die Erklärung ab:

„... In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkungen angenommen haben. Danach ist eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche (a free openmindet and absolutely impartial adjustement of all colonial claims) zugesichert. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Ein Frieden, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen ..."

Es ist für uns heute erschütternd anzusehen, wie die Reichsregierung trotz aller Informationen die tatsächliche politische Lage vollständig verkennt. Noch immer glaubt sie nur und spricht sie auch nur von einer Stimmungsmache in der feindlichen Presse! Noch immer erkennt sie nicht die Gefahren, die für das gesamte Friedensprogramm der „14 Punkte" überhaupt

und für die Verwirklichung des Punktes V im besonderen bestehen. Noch immer verkennt die Reichsregierung den unerbittlichen Willen der gegen Deutschland geschlossen stehenden Phalanx der Gegner. Die Reichsregierung stößt mit ihrer Kundgebung Hilferufe aus und bedenkt nicht, daß es die Hilferufe eines durch Selbstentwaffnung, durch Verrat und Heimtücke wehrlos gewordenen Volkes sind. Die Reichsregierung hat noch nicht gelernt, daß solche Hilferufe, wenn erst einmal die Politiker der gegnerischen Mächte über die Friedensbedingungen hinter verschlossenen Türen zu beraten begonnen haben, von niemand mehr gehört werden! Die geistige Verfassung der deutschen Reichsregierung zeugt angesichts einer Welt, die sich im Haß gegen das deutsche Volk fast überschlägt, von einer unbeschreiblich kindlichen Naivität.

Am 17. Januar 1919, also zu einem Zeitpunkt, da in Paris der Kampf um das Wilsonsche Befriedungsprogramm bereits auf der ganzen Linie mit äußerster Heftigkeit zu entbrennen beginnt, erteilt die Reichsregierung den deutschen Friedensdelegierten Richtlinien von fast phantastischer Naivität:

„...Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programmes einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht des europäischen Kulturkreises betonen..."

Sie werden sorgen...! — Sie werden betonen...! — Sie werden versprechen...! — Wie denkt sich die Reichsregierung des deutschen Volkes überhaupt die Verhandlungen mit Gegnern, die überhaupt nicht die geringste Absicht und Neigung verspüren zu verhandeln! Die deutsche Regierung hätte zumindest bereits aus den Waffenstillstandsverhandlungen erkennen müssen, daß sie nicht als gleichberechtigter Verhandlungspartner den Gegnern gegenübertreten würde, sondern daß ihr selbst vielmehr die vereinigten „Siegernationen" als Diktatoren gegenüberstehen werden. Die Regierung der deutschen Republik konnte leicht bei einem Zurückdenken an die Auseinandersetzungen des damaligen deutschen Staatssekretärs des Reichskolonialamtes mit den Annerionisten, besonders in der englischen Regierung, erkennen, daß mit papierenen Protesten und Verhandlungen kein Sieg zu erringen sein würde.

Immerhin aber hat der Führer der Außenpolitik der deutschen Republik für sich die Maxime aufgestellt, Gewalt niemals als Recht anzuerkennen und sich einem Diktatfrieden mit allen Mitteln zu widersetzen. Bestärkt wird Graf Brockdorff-Rantzau in seinem Willen zum Widerstand gegen einen Diktatfrieden und in seiner Absicht, für die Erhaltung des Deutschen

Kolonialreiches die äußersten Anstrengungen zu machen in den Tagen des beginnenden Würfelspieles um das deutsche Schicksal durch eine ganze Reihe von Stimmen, die durch alle geistigen Blockademaßnahmen hindurch aus dem neutralen und feindlichen Ausland zu ihm dringen. So erreicht ihn in den letzten Tagen des Januar 1919 auf dem Umweg über einen Bericht in der „Weserzeitung" vom 23. Januar 1919 die sehr bedeutsame Rede, die der amerikanische Politiker Taft im Empire-Club zu Toronto vor einer ungewöhnlich großen und einflußreichen internationalen Zuhörerschaft gehalten hat. Offen setzt in dieser Rede der Politiker aus USA. sich dafür ein, niemals die deutschen Kolonien den Engländern auszuliefern. Taft kennt aus seiner politischen Erfahrung und Vergangenheit heraus den Raubinstinkt englischer Imperialisten allzu genau. Darum warnt er mit eindeutiger Eindringlichkeit vor einem Nachgeben englischen Plänen und Absichten gegenüber.

Die Rede des amerikanischen Politikers Taft findet in der amerikanischen Presse ein ungeheures Echo. Sie strahlt ihre Wirkungen aber vor allen Dingen auch nach dem europäischen Festland, nach Paris und London aus. Die Staatsmänner der Alliierten können eine tiefe Verärgerung nicht verbergen.

„...Die deutschen Kolonien sollten durch den Völkerbund verwaltet werden. Das sei besser, als wenn England sie bekommt. Das würde sonst später zu Gegenbeschuldigungen Anlaß geben und bei bestimmten Elementen in Frankreich und Amerika das Gefühl hervorrufen, daß England den Krieg zum eigenen Vorteil ausgenutzt habe. Diese Ansicht würde nicht richtig sein, aber alle Möglichkeiten zu Mißverständnissen müssen vermieden werden..."

Die alleinseligmachende Idee eines Bundes der Völker spielt also in der Argumentation des Amerikaners Taft eine ungewöhnlich wichtige Rolle. Niemand freilich in Europa kann sich ein rechtes Bild von diesem Völkerbund machen. Diesem noch nicht bestehenden Völkerbund will Herr Taft aber immerhin die Verwaltung der geraubten deutschen Kolonien lieber übertragen als dem verbündeten England. Die Übertragung der Verwaltungen der deutschen Kolonien an den imaginären Völkerbund ist allerdings bereits ein weitgehendes Zugeständnis des Amerikaners Taft an Deutschland. Immerhin betont auch Herr Taft, daß bei einer Übereignung der deutschen Kolonien an England allzu leicht der Verdacht aufkommen könne, daß England den Krieg überhaupt nur zur Befriedigung egoistischer, imperialistischer Ziele geführt habe. Es ist bezeichnend für die Einstellung der Welt zu Beginn der Friedenskonferenzen, daß sie in der Lösung der Kolonialfrage von einer Verwirklichung der seit Kriegsbeginn laut propagierten englischen Ziele einer Enteignung der deutschen Kolonien überhaupt zurückschreckt und sich in die Verlegenheitslösung einer Verwaltung durch den überhaupt noch nicht geborenen Völkerbund flüchtet.

Das Material für die Annexionsabsichten der Alliierten in der Frage der deutschen kolonialen Besitzungen häuft sich erschreckend in den Mappen des deutschen Außenministers. Die Nachrichten aus Paris klingen mit jedem Tag bedrohlicher. Der „New York Herald", der in Paris erscheint, führt mit brutaler Offenheit die gemeinsten Lügen und Verleumdungen gegen das Deutsche Reich zugunsten einer Annektierung der deutschen Kolonien der Welt vor. Er schreibt am 28. Januar 1919:

„...Was über die vormaligen Kolonien Deutschlands bestimmt wird, ist noch nicht bekannt. Soviel aber steht fest, sie werden ihm nicht zurückgegeben. Die Hunnen brauchen keine Kolonien und sind zu barbarisch, um wieder mit ihnen betraut zu werden.

Daß Deutschland keiner Kolonien bedarf, wird durch den geringen Gebrauch bewiesen, den es vor dem Kriege von seinen Kolonien gemacht hat. Es jammert fortgesetzt, das Reich sei zu klein für seine ständig wachsende Bevölkerung; aber es machte keine ernsthaften Anstalten, den Überschuß nach Deutsch-West- oder -Ostafrika, oder Togo und Kamerun zu lenken. Es zog lieber wie der Kuckuck von der Arbeit anderer Nutzen. Der Verlust der Kolonien wird für die Hunnen keine große Einbuße bedeuten.

Wie es um ihre Befähigung, Kolonien zu haben, steht, das geht aus den amtlichen Berichten über die schauderhafte Grausamkeit ihrer Kolonialherrschaft hervor. Wir mögen es undurchführbar finden, den Stämmen Afrikas das Selbstbestimmungsrecht in irgendeinem Sinne zu geben, aber wir sind durch die Gesetze der Menschlichkeit gezwungen, sie nicht Opfer der Hunnen werden zu lassen. Man versichert uns feierlich, Deutschland würde sich niemals damit abfinden, wenn es dauernd der Kolonien beraubt würde. Das ist seine Sache! Hätte es nicht aus Gier nach Macht und Raub die Welt in Brand gesetzt, so wäre es noch heute im Besitz seiner Kolonien und brauchte ihren Verlust nicht zu fürchten. Es hat den Krieg entfesselt und so geführt, daß ‚deutsch' bis zum Ende der Zeiten ein Schimpfwort sein wird. Es hat den Krieg verloren; nun muß es die Strafe zahlen!

Es wird manchmal von Zulassung Deutschlands zum Völkerbund geredet. Wenn dieser Vorschlag ausgeführt würde, so bewies das nur, daß die übrigen Völker hinsichtlich ihrer Bundesgenossen nicht sehr wählerisch wären. Aber an der Kolonialfrage würde das nichts ändern. Südafrika wird

Deutschland nicht wieder als Nachbarn in Ost- und Westafrika dulden. Australien wird es nicht wieder im Stillen Ozean dulden! Frankreich und England werden darauf bestehen, daß sie für ihre ungeheuren Kriegsopfer bezahlt werden, und Togo und Kamerun werden einen Teil der Bezahlung ausmachen. Soviel Mühe die Regelung der Kolonialfrage auch den Verbündeten noch machen mag, für Deutschland ist sie bereits erledigt ..."

Das ganze Arsenal der Lüge, Heuchelei, des Hasses, Neides und der Mißgunst, der Verleumdung und der Hetze wird von dem Skribenten geplündert. Es ist nicht zu leugnen, daß er von den Imperialisten und Annexionspolitikern im Feindbundlager inspiriert worden ist. Von dem Wort des englischen Premierministers Lloyd George: „... so wahr Gott lebt, wir haben an keiner Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen ...!", ist in diesen Auslassungen des „New York Herald", der dem englischen Premier immerhin gerade in den Verhandlungstagen in Paris besonders nahesteht, nichts mehr zu merken.

Es ist leider eine Gewohnheit der deutschen Politik, in ihrer Vertrauensseligkeit auf die Anständigkeit ihrer Verhandlungspartner oder sogar Feinde, solche Stimmen in ihrer ganzen Gefährlichkeit nicht zu erkennen, nicht als Faktoren in Rechnung zu stellen, unberücksichtigt zu lassen, nicht niedriger zu hängen. Auch die deutsche außenpolitische Führung verkennt in den Januartagen 1919 und in den Monaten bis zum Friedensabschluß die Tragweite dieser Art der Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Welt vollkommen und findet nicht die Gelegenheit, mit aller rücksichtslosen Schärfe ihr entgegenzutreten. Die deutsche politische Führung erkennt auch nicht die Methode, mit der diese Stimmen immer wiederkehren; sie überhört den immer aggressiver werdenden Ton der Angriffe, ja, sie erliegt sogar mehr als einmal den Stimmen aus der Weltöffentlichkeit, die zwar in gemäßigter Form, aber doch eben immerhin nur wieder die gleichen Ziele der Annexionspolitiker aussprechen. Liest sich zum Beispiel die „New York World" vom 30. Januar 1919 um soviel anders als der „New York Herald", wenn sie schreibt:

„Als die Vereinigten Staaten 1898/99 mit Spanien Frieden schlossen, befanden sich unsere Streitkräfte im Besitze von Kuba, Porto Rico, den Philippinen und Guam. Im Vertrage wurde bestimmt, daß die Unabhängigkeit Kubas anerkannt werden und die Herrschaft über die übrigen

Inseln auf die Vereinigten Staaten übergehen sollte, die dafür an Spanien binnen drei Monaten 20 Millionen Dollar zu zahlen hatten. Das wurde damals als eine wohlwollende Schlichtung angesehen, und Spanien selbst war damit zufrieden. Wir gaben Kuba die Unabhängigkeit, bezahlten aber, trotz unserer Eroberung durch Waffengewalt, für das, was wir gewannen.

Würde dieser Grundsatz in Paris angenommen, so würde die Frage der Verteilung der deutschen Kolonien vielleicht weniger Schwierigkeiten bieten. Deutschland hat seine Kolonien wie Spanien verloren und hat kein Recht auf ihre Rückgabe, aber die Nationen, die sie besitzen möchten, sollten sich — wie einst die Vereinigten Staaten — nicht lediglich auf das Recht der Eroberung stützen. Wieviel sind die erbärmlichen deutschen Besitzungen in Afrika für Großbritannien oder Frankreich wert? Wieviel die Südseeinseln für Australien? Wieviel die Inseln nördlich des Aquators für Japan? So sollte man billigerweise fragen!

Jeder der Alliierten, der gegen Deutschland und seine Bundesgenossen Krieg geführt hat, hat Schadenersatzansprüche. Gibt es ein gerechteres Mittel, sie wenigstens teilweise bezahlt zu machen, als indem man einen anständigen Preis für die bereits verlorenen deutschen Gebiete festsetzt und sie nicht einfach als Kriegsbeute ansieht ..."

Eine fürwahr seltsame Welt, in der der amerikanische Verfasser dieses Aufsatzes lebt. Ganz abgesehen davon, daß er von dem Punkt V des Friedensprogrammes des amerikanischen Präsidenten keine Ahnung zu haben scheint, steht er mit seiner Naivität und Unkenntnis der deutschen Ideen- und Gedankenwelt gegenüber, die, falls sie nicht bösartig zu nennen sein dürfte, an eine grandiose Dummheit grenzt. Gewiß mag es amerikanisch sein, jedes Ding nach seinem Geldeswert zu beurteilen. Für Deutschland, das haben außer diesem amerikanischen Skribenten fast alle Amerikaner nicht begriffen, handelt es sich in der Frage der Entscheidung über das Schicksal seiner Kolonien, nicht um ein einfaches Handelsgeschäft. Die Kolonialfrage ist für das deutsche Volk zu einem Bestandteil seiner nationalen Ehre geworden, gehört also zu seinen heiligsten Gütern und kann deshalb auch nicht verschachert werden. Nicht um ihres materiellen Wertes willen verlangt Deutschland seine Kolonien zurück, sondern aus zwingenden Gründen der nationalen Ehre! Gestützt aber werden diese Gründe durch das Bewußtsein eines unveräußerlichen Rechtes! Das deutsche Volk ist zwar im Vertrauen auf die Worte des Präsidenten der Vereinigten Staaten und auf sein Friedensprogramm wehrlos geworden, aber es ist nicht so tief gesunken, daß es sich seine ewigen Rechte abschachern ließe. Nicht mit Geld

läßt sich Deutschland seine ewigen Lebensrechte abkaufen. Wenn es an der Zeit sein wird, dann wird Deutschland auch den Kampf um das Recht auf Kolonialbesitz aufnehmen, genau so, wie es jede andere ehrliebende Nation auf dieser Erde tun würde.

Es entspricht ganz und gar der amerikanischen Auffassung von der Ehre und dem Recht anderer Völker, daß man eigene Raubzüge auf das Recht anderer Nationen, abgegolten durch schäbige Bezahlung und damit nach amerikanischen Begriffen sanktioniert, der Friedenskonferenz zu Paris in der Frage der deutschen Kolonien und ihres Schicksals als erhabenes Beispiel von Großmut hinzustellen wagt!

Von wertlosen, ja, von erbärmlichen deutschen Überseebesitzungen spricht dieses Amerikanertum! Wir Deutsche aber erheben auch heute noch die sehr ernste Frage: Warum haben die Feindbundmächte um diese erbärmlichen deutschen Überseebesitzungen einen jahrelangen Kampf mit den Mitteln der Gewalt, mit den noch zweifelhafteren Mitteln der Lüge und Verleumdung ausgetragen? Warum, so muß weiter gefragt werden, machen die Staatsmänner der Feindbundmächte auch bei den Vorbereitungen der Friedenskonferenz die krampfhaftesten Anstrengungen, um ihre Annexionsgelüste der Menschheit in dem hellen Lichte von Handlungen erscheinen zu lassen, die im Interesse der ewigen Menschenrechte geboten erscheinen? Warum vorenthält man dem deutschen Volke als den rechtmäßigen Besitzern dieser „erbärmlichen Überseebesitzungen" seine Souveränitätsrechte? Warum ließ England gegen das Häuflein deutscher Verteidiger der Kolonien Riesenarmeen, ausgerüstet mit allen Mitteln moderner Kriegführung, aufmarschieren, wenn es sich doch nur um die Eroberung einiger „erbärmlicher deutscher Überseebesitzungen" handelte? Es ist aber ebenso interessant, im Verlaufe der Friedenskonferenzen Herrn Lloyd George zu fragen, warum er und mit ihm England geflissentlich dem erhabenen Vorschlag politisierender Amerikaner aus dem Wege ging, den Gegenwert der geraubten deutschen Kolonien auf die Reparationen abzurechnen! Die Feststellung dieses Gegenwertes hätte die wahren Ursachen der englischen und französischen Raubgelüste offenbart.

In den Presseäußerungen überseeischer Politiker und Wissenschaftler zeigt sich deutlich ein System ab. Es gilt, den Präsidenten entscheidend gegen die Deutschen zu beeinflussen, ihm vielleicht sogar das Material zu liefern, das eines Tages geeignet befunden werden kann, um als Rechtfertigung der Verleugnung des Programmes der „Vierzehn Punkte" zu dienen.

Die Zeit der Pläne und Projektemacher ist nunmehr endlich gekommen. Die Lösung der Kolonialprobleme, praktisch ist sie als vollzogene Annektierung durch die Siegermächte längst erledigt, bereitet der Friedenskonferenz, besonders um des Punktes V der Wilsonschen Erklärungen willen, unerwartete Schwierigkeiten. Der Wille der englischen Staatsführung geht dahin, die Annektierung der deutschen Kolonien durch Frankreich und England zunächst weitmöglich zu verschleiern. Also wird es der englisch gedruckten Presse zur besonderen Aufgabe gemacht, immer wieder die Loyalität der englischen Politik in alle Welt hinauszuschreien. So schreibt am 30. Januar 1919 die „New York Evening Post":

„... Die Engländer sind nicht in den Krieg eingetreten, um irgend etwas für sich zu erlangen?! ..."

„... Diese Erklärung von Lord Bryce ist nur ein Widerhall dessen, was wiederholt amtlich in England behauptet worden ist. Asquith, Lloyd George, Balfour — Presse, Kanzel, Gericht — versicherten den ganzen Krieg hindurch der Welt, daß England keine selbstsüchtigen Beweggründe zum Kampfe gegen Deutschland hätte, und wiesen entrüstet den Vorwurf zurück, daß britischer Imperialismus hinter der Eroberung der deutschen Kolonien stände. Und zweifellos war dies, wenigstens zeitweise, der Ausdruck des englischen Empfindens. Die Besetzung der deutschen Südseeinseln, die schleunige Isolierung und langsame Eroberung der deutschen Besitzungen in Afrika waren Kriegsmaßnahmen. Die Seemacht tat ihre volle Wirkung. Vom ersten Tage an empfand man in England, daß die Wegnahme der deutschen Kolonien schwierige Fragen zur Folge haben würde, wenn die Zeit käme, Frieden zu schließen. Die Engländer hatten nach Präsident Wilsons Ausdruck „große Worte" gebraucht; wie konnten sie diese auf der Friedenskonferenz einlösen?

Vom Anfang an wurde die Frage der Verteilung der deutschen Kolonien durch die Haltung der Dominions erschwert. Man konnte Südafrika und Australien eine Stimme nicht versagen. Engländer, die willens waren, die Rückgabe der Kolonien an Deutschland ins Auge zu fassen, wurden allenthalben gezwungen zuzugeben, daß sie die Wünsche der benachbarten Dominions mit Selbstverwaltung nicht unberücksichtigt lassen konnten. Und nun sehen wir in Paris, was man vorausgesehen hatte. Der Premierminister von Australien telegraphiert von Melbourne die Forderung, daß auf alle Fälle die Inseln von Neuguinea und dem Bismarckarchipel unter australischer oder englischer Hoheit bleiben müssen, und Lloyd George redet stundenlang mit den Friedensdelegierten aus den Dominions, um sie zu überreden, dem Plan einer zeitweiligen internationalen Verwaltung der deutschen Kolonien, wenigstens derer auf dem afrikanischen Festlande zuzustimmen.

Was ist das für ein Plan? Er wird in den Drahtberichten als Präsident Wilsons Plan bezeichnet. Das bedeutet nicht notwendig, daß er von ihm ausgegangen ist. Schon vor zwei Jahren bekannte sich die britische Arbeiterpartei ausdrücklich zu der Ansicht, daß man die deutschen Kolonien weder übernehmen noch sofort zurückgeben dürfe, sondern für eine gewisse Zeit irgendwie unter internationaler Aufsicht halten sollte. Dies ist der Plan, den Präsident Wilson in Paris vertreten hat und den die britische Regierung anzunehmen bereit sein soll. Die deutschen Kolonien würden wie anvertraute Sachen behandelt werden. Sie würden zeitweilig einer Verwaltung unterstehen, die auf einen Auftrag seitens der Friedenskonferenz oder des Völkerbundes beruhte, des Inhalts, sie wirtschaftlich zu entwickeln, die Eingeborenen zu schützen und schrittweise auf die Selbstverwaltung als das letzte Ziel hinzuarbeiten.

Niemand behauptet, daß die Bewohner der deutschen Kolonien in Afrika gegenwärtig imstande wären, eine verständige Meinung darüber auszusprechen, was mit ihnen geschehen soll. Präsident Wilson hat davon gesprochen, daß eine Periode vormundschaftlicher Leitung notwendig ist. – Ein Araber schreibt in ‚The New Europe' über diese ganze Frage der Zustimmung der Regierten in Afrika folgendes: ‚Es ist ein wahres Glück, daß die verfehlte Idee, die Eingeborenen zu befragen, unter welcher Flagge sie leben wollen, wahrscheinlich niemals verwirklicht werden kann. Man möchte sich in der Tat darauf verlassen, daß die Häuptlinge die Antwort geben würden, die die Fragesteller zufriedenstelle. Aber zu fürchten ist, daß gerade im gegenwärtigen Stadium, wo die Eingeborenen, wenig an ständige Arbeit zur Entwicklung des Landes gewöhnt, durch den Krieg schreckliche Verluste an Menschenleben und zerstörtem Eigentum erlitten haben, die Häuptlinge und das Volk im stillen nur den einen gleichen Wunsch haben, daß alle Europäer, mit Ausnahme einiger Missionare, Ostafrika für immer verlassen.'

Eine Lösung des Problems der deutschen Kolonien, auf die jetzt in Paris hingedeutet wird, ist zuerst von Sir Harry Johnston aufs Tapet gebracht worden. Lange ehe der Krieg zu Ende war, schlug er vor, England sollte sich erbieten, die afrikanischen Kolonien Deutschlands zu kaufen. Damit würde der deutschen Regierung zu Mitteln verholfen werden, Schadenersatz an Frankreich und Belgien zu zahlen. Vielleicht schlägt man letzten Endes einen derartigen Weg ein. Aber zunächst scheint es nötig, den Mandatsplan anzunehmen. Die Schwierigkeiten, denen er begegnen würde, sind zugestandenermaßen ungeheuer. Aber Präsident Wilson hält sie nicht für unüberwindbar. Es liegt im Wesen dieses Planes, daß sie nur mit der Zeit beseitigt werden können. Und keine Schwierigkeit in der Verwaltung würde soviel Unheil stiften wie eine offene Verletzung der Zusagen, die von den mit Deutschland kriegführenden Nationen gegeben worden sind. Die Pariser Nachrichten sprechen von einem Überwiegen der Wilsonschen Ideen bei der Verteilung der deutschen Kolonien. Aber diese Ideen sind nicht ausschließlich diejenigen Wilsons. Es sind lediglich die Grundsätze, zu denen sich alle Feinde Deutschlands feierlich bekannt haben und die sie nicht preisgeben können, sobald die Probe darauf gemacht wird..."

Es ist ein sonderbares Kauderwelsch, in welchem die Weltpresse, in welchem Zeitungen vom Range der „New York Evening Post" um die Wichtigkeit und den großen Ernst der Lösung des Kolonialproblemes herumreden. Nicht nur ein Plan, nein gleich drei oder vier Pläne werden zur Diskussion gestellt. Einmal werden im selben Satz alle Ideen zur Lösung der Probleme dem Präsidenten Wilson zugeschrieben, dann werden sie im selben Satz sofort wieder ihm abgesprochen. Das orakelnde Elaborat vom 30. Januar 1919 stellt in seiner Leichtfertigkeit, mit der Pläne, Konstruktionen und Ideen zu einem seltsamen Sammelsurium zusammengebastelt werden, so ziemlich das Konfuseste dar, was sich denken läßt. Dem tiefer Schauenden allerdings wird es klar, daß es um nichts anderes, als um die Verwirrung der Begriffe, als um die Verschleierung der tatsächlich betriebenen Politik der einfachen Annektierung, als um die Verfälschung und Umdeutung des Punktes V des Wilson-Programmes geht. Wie auf ein geheimes Kommando hat nunmehr im Zusammenhang mit den Friedensvorbesprechungen zu Paris der Sturmlauf gegen die Klarheit des Punktes V des Programmes der „Vierzehn Punkte" begonnen. Den Ausführungen der Feindbundpresse, inspiriert von den Staatsmännern der Feindbundregierungen, steht hinsichtlich des Punktes V, der die Lösung der Kolonialprobleme in unzweideutig klarer Form fordert, die Willensäußerung der deutschen Regierung diametral entgegen. — Die Ausdeuter des Wilson-Programmes müssen gefragt werden, wo und wann Wilson Ideen, wie die der Mandatserteilung, der internationalen Verwaltung der deutschen Kolonien, oder etwa gar ihren Verkauf an England vor der Annahme des Programmes der „Vierzehn Punkte" sowohl durch Deutschland wie die Feindbundmächte entwickelt hat? Wo war jemals zuvor von einer Internationalisierung der geraubten deutschen Kolonien die Rede in den verschiedenen Willensäußerungen der Staatsmänner der alliierten Regierungen? Haben Lloyd George, Balfour, der englische Kolonialminister

Long, haben Clemenceau und Poincaré jemals von einer Bezahlung der gestohlenen deutschen Überseebesitzungen gesprochen? Ist das Mandatssystem jemals vor der Waffenniederlegung durch die Deutschen in den Feindbundkabinetten auch nur erwähnt worden?

Es wurde stets nur von den „siegreich eroberten deutschen Kolonien gesprochen, die man, entgegen allen Zweiflern, unter allen Umständen ohne jede Entschädigung an Deutschland zu behalten gedenke"!

Mit einem jener politischen Taschenspielerstückchen, an denen die internationale Diplomatie wahrlich in den Januartagen zu Paris keinen Mangel besitzt, wird der Welt, wird den Vertretern der siebenundzwanzig „Siegerstaaten", wird den beteiligten Völkern die Verfälschung des im Punkt V des Wilson-Programmes gegebenen feierlichen Versprechen serviert und schmackhaft gemacht. Nicht mehr Eroberung und Annektierung soll nunmehr die Niedertracht, mit der die deutschen Kolonien enteignet werden, genannt werden können; man hat das System der Mandate und Mandatare erfunden und von geheimnisvollen Händen auf die Perlenschnur der politischen Großtaten der siebenundzwanzig „Siegernationen" zu Paris und Versailles fädeln lassen.

Und dennoch gibt es auch zu Paris in den Reihen der Diplomaten der Siegernationen Männer, die mit großem Erstaunen, ja mit Abscheu die Machenschaften der englischen und französischen Politik verfolgen, durchschauen und furchtlos in öffentlicher Rede geißeln. — Um Italien in den Weltkrieg an der Seite der Alliierten zu treiben, hat man ihm in geheimen Abkommen bereits im April 1915 großen Gebietszuwachs in Afrika versprochen. Bereits bei den Vorbesprechungen des Friedens zu Paris aber wird es für die einsichtigen italienischen Vertreter offenbar, daß England und Frankreich nicht ernstlich daran denken, die gegebenen Abmachungen und Versprechungen zu halten. Die Aufwerfung der Mandatsidee und das damit geflissentlich verbundene Übergehen der berechtigten italienischen Ansprüche zerreißt über den gutverhüllten Vormachtsansprüchen und Raubabsichten Frankreichs und Englands die Schleier.

Der Kolonialminister Colosimo tritt in Rom am 17. Januar 1919 vor die italienische Öffentlichkeit. Mit dem seiner Nation eigenen Temperament zieht er in aller Offenheit gegen die Verbündeten vom Leder und unterwirft die beabsichtigten Friedensbedingungen, soweit sie die Lösung der Kolonialfragen zum Gegenstand haben, einer unerbittlichen Kritik. Sein Sarkasmus ist für die Verbündeten von vernichtender Wirkung. Die englischen und französischen Kolonialansprüche bezeichnet er einfach als unverschämt und maßlos. Er macht nicht halt vor dem Glorienschein, mit dem sich ein Balfour das Haupt umgibt, indem er die Enteignung der deutschen Kolonien um der allgemeinen Menschenwürde willen und aus zwingenden Gründen der Humanität fordert, sondern er zerfetzt die moralische Phrase und damit den Glorienschein der Menschheitsbeglückung und zeigt die tatsächlichen Gründe für die Maßlosigkeit der englischen und französischen Kolonialforderungen auf. Er schildert mit bitteren Worten die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß man den Deutschen den Kolonialbesitz nimmt, um lediglich den eigenen in das unermeßliche zu steigern. Er schildert die Gier nach dem alleinigen Besitz aller tropischen und subtropischen Rohstoffquellen als die Hauptursache für dieses Verbrechen der Dummheit und Habgier. Er zeichnet das beabsichtigte Mandatsystem in seiner ganzen inneren Unwahrhaftigkeit für alle Zeiten mit dem Kainsmal! Seine Abrechnung mit den englischen und französischen Imperialisten ist vernichtend.

Sein Freund, der italienische Delegierte in Paris, Marchese Tittoni, wiederholt die Anklagen des italienischen Kolonialministers und erklärt später, am 11. März 1919, im italienischen Senat, daß sich Italien als von den alliierten Nationen tief in seiner Ehre gekränkt, zurückgesetzt und benachteiligt fühlen müsse. Die Lösung der Kolonialfrage durch eine gerechte Beteiligung des italienischen Volkes an der Kultivierung besonders Afrikas ist einseitig zugunsten Frankreichs und Englands gelöst worden. Italien wurde um seine gerechten Ansprüche betrogen. Er klagt mit harten Worten England und Frankreich an, daß sie unter dem Deckmantel von sogenannten Mandaten die reichen deutschen Kolonien willkürlich unter sich aufgeteilt haben. Er klagt sie an, daß sie das Vertrauen der ganzen Welt getäuscht haben. Die Verwaltung der deutschen Kolonien als Mandatare des Völkerbundes ist eine rein äußerliche Form, der keinerlei tiefere Bedeutung zukommt, ja, sie ist nichts weiter als eine alberne Maskerade zur Verbergung der tatsächlich erfolgten Einverleibung.

Die Haltung der beiden italienischen Politiker kann nur den verwundern, der die Äußerungen der öffentlichen Meinung Italiens und seiner Presse nach der Niederlegung der Waffen durch die Mittelmächte nicht verfolgte. Es gehört zu einem der tragischsten Irrtümer der deutschen Reichsführung, daß sie nicht bereits in den Tagen der Vorbesprechungen des Friedens das Ohr an die Wände der Welt legte und den untergründigen Ideen, die die Völker auch der Feindbundstaaten bewegten, nachging. Der Führung der deutschen Außenpolitik durften Aufsätze, wie jener in der Zeitung „Italia" vom 5. Januar 1919, also lange vor der Willensäußerung der beiden italie-

nischen Politiker nicht entgehen. Sie mußte jede Stimme, die Gerechtigkeit für Deutschland forderte, in die Waagschale werfen gegen die Vernichtungsabsichten der Feindbundregierungen. Die „Italia" schreibt:

„...Die Proklamierung des Grundsatzes, daß bis zur Begründung des Völkerbundes die jetzigen Besitzer die Verwaltung der eroberten Kolonien behalten, bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als ein Verbleiben des früheren deutschen Eigentums bei Japan, England und Frankreich. Dieser, die Interessen Deutschlands, das man hat nicht einmal zu Worte kommen lassen, schädigende Beschluß ist ebenso ungerecht wie gefährlich. Dadurch wird nur der Grund zu künftigem Zwist gelegt. Der Friede kann der Menschheit nur verbürgt werden, wenn man Deutschland gegenüber nicht mit zweierlei Maß mißt. Deutschland ist für seine Schuld durch die Niederlage gestraft worden. Das künftige Schicksal des deutschen Volkes der Gewalt zu unterwerfen und es dem Rachedurst des Siegers auszuliefern, wäre finsterste Barbarei. Über Deutsch-Ostafrika dürfen nicht die Delegierten der Verbandsmächte entscheiden, darüber hätte allein der Völkerbund befinden dürfen, bei dem jede egoistische Parteilichkeit ausgeschlossen wäre...!"

Wenn auch die einflußreiche italienische Zeitung unter dem Einfluß der Idee des Augenblickes, der Idee des Völkerbundes steht, wenn sie also auch angesichts des Erscheinens des Präsidenten Wilson auf den europäischen Schlachtfeldern der Geheimdiplomatie auf die alsbaldige Konstituierung des Völkerbundes, des Bundes aller Nationen, für die Lösung der wichtigsten Probleme der Befriedung Europas verweist, wenn sie also das Urteil über das Schicksal des deutschen Kolonialreiches nur von dieser Institution in wünschenswerter Unparteilichkeit erhofft und insofern sich im Gegensatz zur gerechten deutschen Forderung befindet, so muß dennoch von uns Deutschen dankbar anerkannt werden, daß sie ohne Verklausulierungen für das wehrlos gewordene Volk der Deutschen Gerechtigkeit fordert.

Deutschland aber kann den Ausführungen sofort dann nicht mehr folgen, wenn in der Kolonialfrage eine andere Lösung als die der bedingungslosen Zurückgabe der deutschen Kolonien an seine rechtmäßigen Besitzer diskutiert wird. Deutschland darf die Hoffnungen auf eine unparteiische Schlichtung durch einen sogenannten Bund der Nationen nicht teilen. Für Deutschland gibt es in der Kolonialfrage überhaupt keine Notwendigkeit zu Urteilsfällungen, zu Beratungen der einen oder anderen Lösung. Selbst in seiner tiefsten Erniedrigung gibt Deutschland seine gerechten Ansprüche niemals auf oder läßt sein Recht auf seinen Kolonialbesitz zu einem Handelsobjekt degradieren. Insofern kann die deutsche Auffassung der Rechtslage auch

den Ausführungen des „Corriere della Sera" vom 31. Januar 1919 nicht angeglichen werden. Diese Ausführungen spiegeln ebenso wie die Ausführungen des italienischen Kolonialministers Colosimo und des Mitgliedes der italienischen Friedensdelegation, Marchese Tittoni, die tiefe italienische Enttäuschung über den Verlauf der Friedensvorbesprechungen wider, sie ergehen sich ebenfalls in untauglichen Versuchen, eine gerechte Lösung des Kolonialproblems zu finden, aber auch sie lassen dem deutschen Volk ein, wenn auch nicht ausreichendes Maß an Gerechtigkeit widerfahren, indem auch sie grundsätzlich die einfache Annektierung der deutschen Überseebesitzungen durch die Alliierten ablehnen. „Corriere della Sera" schreibt:

„...Im Grunde genommen wäre diese Mandatsverteilung nichts weiter als die Fortdauer des alten Regimes mit einem neuen juristischen Firnis. Auch die früheren europäischen Kongresse, einschließlich des Berliners von 1878, hüllten ihre rein egoistischen Ziele in Kulturphrasen, und auf diese Weise würde der Völkerbund eine Farce, das „Mandat" eine fromme Lüge, wie früher das humanitäre Wort „Protektorat". Aber Wilson ist nicht nach Europa gekommen, um Beifallsklatschen einzuheimsen. Es ist anzunehmen, daß auch das Kolonialproblem, wie andere, eine revolutionäre Lösung erfahren wird. Der Völkerbund darf nicht ein neuer Name für das „europäische Konzert" werden. Das Prinzip des Sondermandats bloß als Last und Ehre, ohne Vorteil, wäre praktisch nicht durchführbar, der betreffende Mandatar würde alsbald die übrigen Staaten zur Tragung der aufgewandten Kosten für Straßen-, Hafenbauten u. a. heranziehen, und so käme man von selbst zur Praxis des Kondominiums, gegen das theoretisch so große Einwendungen erhoben werden. Man wird diesen Versuch und damit einen ersten Schritt zur Internationalisierung weiter fruchtbarer Kolonialgebiete machen müssen. Italiens Interessen und Ideen würden, falls nicht unübersteigliche Hindernisse von anderer Seite erwachsen, auf eine vollständige Verwirklichung der Völkerbundsidee weisen. Da aber eine Kompromißlösung wahrscheinlich ist, bereitet es einige Unruhe, daß in den Debatten über die deutschen Kolonien Italien nicht zu Wort gekommen ist. Daß ihm an Rohstoff- und Auswanderungsgebieten gelegen ist, darf ihm von den reichen saturierten Ländern nicht als Imperialismus ausgelegt werden, und die ungerechte Verteilung der Kolonialzonen war eine der indirekten Ursachen des Weltkrieges..."

Für die vitalsten Interessen Deutschlands ist der Kolonialbesitz als Rohstoff- und Siedelungsgebiet von unersetzlichem Wert und unleugbarer Bedeutung gewesen, ist es heute in verstärktem Maße. Der deutschen Forde-

rung versagten die imperialistischen Staaten die Anerkennung. Vor den Augen der italienischen Welt tut sich nun aber bereits im Jahre 1919 dasselbe Problem auf und fordert seine Lösung mit zwingender Notwendigkeit. Auch Italien muß für seine Wirtschaft Rohstoffgebiete und für seinen Bevölkerungsüberschuß gesunde Siedelungsgebiete fordern. Schon im Januar 1919 hält es also der „Corriere della Sera", als eines der bedeutendsten Organe Italiens, für an der Zeit, die „saturierten, überreichen Länder" zu warnen, diese aus einem Naturgesetz erwachsende, zwingende Forderung als Imperialismus zu bezeichnen. Die geschichtliche Entwicklung hat den Ausführungen des „Corriere della Sera" recht gegeben, denn nach noch nicht einmal zwei Jahrzehnten ist Italien unter Mussolinis genialer Führung gezwungen, sich gegen den Willen der imperialistischen Verbündeten von einst mit den Mitteln der Gewalt Rohstoff- und Siedelungsgebiete in Athiopien zu erkämpfen. Derselbe, vielgepriesene Völkerbund tut aber unter Führung der „reichen, saturierten" Staaten dasselbe Italien in Acht und Bann, wie er einstmals Deutschland in Acht und Bann getan und es seiner Kolonien beraubt hat. All die ungelösten Probleme, die Deutschland stets in seiner wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Entwicklung hemmten, müssen auch von Italien gelöst werden. Den Feindbundstaaten war die Möglichkeit gegeben, durch eine entsprechende Befriedigung italienischer Wünsche im Rahmen des Friedensvertrages Italien in den Stand zu versetzen, diese Probleme im Frieden anzufassen und im Frieden zu lösen. Die Habgier der englischen und französischen Imperialisten versäumte diese Möglichkeit. So mußte Italien das Kolonialproblem aus eigenen Kräften zu zwingen versuchen. Das Italien Mussolinis hat das Problem, wenn auch nur vorläufig, gegen den Wilsonschen Völkerbund und gegen die Böswilligkeit der Imperialisten an der Themse und an der Seine gelöst. Italien, bei der Neuordnung der Welt, bei der Neuordnung der kolonialen Besitzverhältnisse in Afrika, bei der Verteilung der großen Kulturaufgaben der Menschheit in den tropischen und subtropischen Gebieten 1919 von den Alliierten ausgeschlossen, löste das Problem nach seinem eigenen, souveränen Willen. Italien, das Italien Mussolinis, hat aber, das muß ihm gedankt werden, sich abwendend von dem „Bund der Nationen", das deutsche Recht auf Kolonialbesitz stets anerkannt.

Ganz gewiß hat der „Corriere della Sera" recht, wenn er in seinen Ausführungen vom 31. Januar 1919 auf die ungerechte Verteilung der Kolonialzonen hinweist. In die Irre aber geht er, wenn er daraus auf eine Ursache für den Ausbruch des Weltkrieges folgert. Gewiß sind die deutschen

Kolonien, gewiß ist das deutsche Kolonialreich zu einer Ursache für den Eintritt besonders Englands in den Weltkrieg geworden. Aber der Neid und die Mißgunst sind die Triebfedern zu allem Haß gegen Deutschland geworden. England besaß 1914 bereits das größte Kolonialreich der Erde, gehörte zu den reichsten Völkern und war dennoch nicht saturiert. England strebte den Untergang des deutschen Kolonialreiches und seine Enteignung mit allen Mitteln an. Die Entwicklung der Dinge aber zwingt heute schon über die Rückgabe der deutschen Kolonien hinaus zu einer Überprüfung der Besitzverhältnisse aller Kolonialmächte und wahrscheinlich in absehbarer Zeit zu einer Neuordnung dieser ungleichen Besitzverhältnisse nach den Gesetzen der Vernunft und Gerechtigkeit.

Monate später kennzeichnet in inzwischen vertiefter Einsicht der „Corriere della Sera", allerdings noch immer zwischen den Zeilen, das ungeheuerliche Unrecht, das in der Frage der Kolonien an dem Deutschen Reich in den Friedensverhandlungen begangen wurde. Er schreibt am 14. Mai 1919:

„...Betreffs der Kolonien steht es fest, daß Deutschland zugunsten der alliierten Großmächte auf sie verzichtet hat; auch zu Italiens Gunsten. Aber durch die heute im Obersten Rat getroffenen Entscheidungen werden sämtliche deutsch-afrikanischen Exkolonien unter Form eines Mandates England zugewiesen, ausgenommen einige Teile von Kamerun und Togo, die Frankreich erhalten soll. Italien ist von der Verteilung ausgeschlossen. Es verstand sich von selbst, daß man dem Staat, den man vielleicht ironischerweise imperialistischer Tendenzen bezichtigt, keine neuen fruchtbaren Kolonien zugewiesen hat. Wie gebräuchlich fallen diese dem Staate zu, der bereits im Besitze des größten Kolonialreiches der Welt ist, und hier wagt es niemand, von Imperialismus zu sprechen...!"

Die italienische Presse setzt in Vorausschau der Entwicklung der imperialistischen Raubgier der Alliierten ihre dringenden Warnungen entgegen. In den Konferenzsälen des Friedenskongresses sind die Kämpfe um die Verteilung der Beute noch im vollen Gange. Menschliche Unzulänglichkeit, Unduldsamkeit, Habgier und Torheit toben sich aus. Der Haß gegen Deutschland feiert Triumphe. Die Deutschen bleiben von diesen Verhandlungen noch immer ausgeschlossen. Die Neutralen werden als Zuschauer gerade noch geduldet. Aber die Presse der neutralen Länder legt alle Duldsamkeit ab und tritt gegen die großen Mächte in heftigen Pressefehden auf den Kampfplan.

Das holländische Blatt „Het Volk" reitet im Januar 1919 gegen die französische Zeitung „Petit Parisien", die in außerordentlich gehässiger

Weise ebenfalls eine Internationalisierung der deutschen Kolonien fordert, eine ungewöhnlich scharfe Attacke. Mit überlegener Ironie stellt das holländische Blatt fest:

„...Der neu zu gründende Völkerbund soll also seine segensreiche Wirksamkeit damit beginnen, Deutschland solcher Besitzungen zu berauben, auf die es gleiche Rechte geltend machen kann wie jede andere Kolonialmacht auf ihre Besitzungen. Das paßt ganz in unsere stets vertretene Auffassung der imperialistischen Praxis dieses berühmten Völkerbundprojektes. Man kann annehmen, daß nur die gegenseitige Eifersucht die Alliierten hindert, die Verteilung schon heute vorzunehmen...!"

An Deutlichkeit läßt diese Auffassung von den Plänen der Alliierten und dem künftigen Wirken des Völkerbundes nichts zu wünschen übrig. Mit derselben Offenheit spricht sich Schwedens größter Journalist in „Stockholms Dagblad" am 31. Januar 1919 aus. Er schreibt aus Paris seiner Zeitung:

„...Die Frage der Aufteilung der deutschen Kolonien auf der Pariser Konferenz wird nach dem Grundsatze: ‚dem Sieger die Beute' gelöst werden, eine von der amerikanischen Innenpolitik stammende Maxime, die unter den europäischen Großmächten einen größeren Anschluß finden dürfte als irgendeiner der 14 Punkte. Natürlich wird aber auch der Machtfriedenssatz hier in hübsche Idealitätskleider gehüllt. Die moralische Motivierung für die beschlossene Aufteilung ist doppelt: teils will man verhindern, daß Deutschland imstande ist, U-Boot-Stützpunkte anzulegen, teils wird der Beschluß auf die harte Behandlung der Schwarzen zurückgeführt.... An einem der nächsten Tage wird das endgültige Resultat über das Schachern mit Deutschlands früheren Kolonien bekannt werden. Die schönen Worte über Völkerbund und Rechte der Eingeborenen, die dann auf der Konferenz und in der Presse klingen werden, dürften wohl niemand über den alten imperialistischen Charakter der zu erwartenden Beuteabrechnung irreführen...!"

Mit großer Genauigkeit werden die führenden Vertreter der 27 „Siegerstaaten", werden vor allen Dingen die Staatsmänner der Großmächte über die öffentliche Meinung der großen Welt unterrichtet. Die Stimmen der neutralen Presse dringen selbst bis in die Stille der Studierstube in dem gartenumgebenen Haus in Paris, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als Wohnung dient. Der Eindruck ist peinlich für ihn, denn gerade er legt, wie ein kleiner Komödiant, hohen Wert auf eine gute Presse. Aber zu einer Wandlung in seinem Verhalten den Raubabsichten der Alliierten gegenüber wird der Präsident dadurch nicht veranlaßt. Die Neutralen, mögen ihre Anschauungen von den Geschehnissen und Dingen noch so klug und

weitblickend sein, sind als Zuschauer nur geduldet. Ihre laute Meinungsäußerung wird oft genug von den Vertretern der Großmächte als lästig empfunden. Sie stören den reibungslosen Ablauf der Handlung nur. In der Ablehnung jeden Rates und jeder Warnung aus neutralem Lager sind sich die Politiker der Großmächte einig. In der Erreichung ihrer imperialistischen Ziele und in der Wahl der anzuwendenden Methoden aber sind sie sich durchaus nicht einig. Aus den Auslassungen des „New York Herald" geht das deutlich genug hervor. Er schreibt am 31. Januar 1919, im wesentlichen den französischen Standpunkt vertretend und von französischen Politikern maßgeblich beeinflußt:

„...Die Abmachungen über die Kolonialfrage sind nur vorläufig. Wie könnten sie auch anders sein? Die vorgebrachten Ansichten zeigten nichts weniger als Einigkeit, sondern gingen vielmehr soweit wie möglich auseinander. Eine Gruppe empfiehlt, die vormals deutschen Kolonien sollen an die Mächte übergehen, die sie durch kraftvolle Anstrengungen und unter furchtbaren Opfern von dem verabscheuungswürdigem Joche Deutschlands befreit haben. Eine andere Gruppe tritt dafür ein, daß sie durch den Völkerbund verwaltet werden, der zwar alle möglichen trefflichen Eigenschaften besitzt, aber noch nicht einmal existiert. Wenn er existierte, so bewiese doch nichts, daß er außer seiner schon reichlich fürchterlichen Aufgabe, den Weltfrieden zu hüten, fähig wäre, auch noch Kolonien zu verwalten.

Eine dritte Gruppe rät zur Internationalisierung der Kolonien nach den Richtlinien der Kongoakte. Man hätte keinen unglücklicheren Vorschlag finden können. Denn die Internationalisierung des Kongostaates war ein totgeborenes Projekt. Man sagt uns, einzelne Mächte sollten ein Mandat zur Verwaltung der früheren deutschen Kolonien erhalten. Österreich hat ein solches Mandat für Bosnien und die Herzegowina erhalten, und es hat diese Länder im günstigen Augenblick mit Seelenruhe eingesteckt, womit es eine europäische Krise und beinahe einen europäischen Krieg hervorrief. Der Internationalisierungsvorschlag und der Plan einer Verwaltung durch den Völkerbund legen beide die Frage nahe: Was soll aus den Verträgen werden, die die Kolonien betreffen und noch in Geltung sind? Sollen sie lediglich als Papierfetzen betrachtet werden?

Angenommen, eine einzelne Nation weigert sich, bestimmte Rechte, die ihr durch Vertrag gesichert sind, aufzugeben. Wird der Völkerbund, wenn er zustande kommt, seine Streitkräfte dazu verwenden, den Verzicht auf solche Rechte zu erzwingen? Sicherlich nicht! So kommt man also notwendig zu dem Schluß, daß die einzige praktische und sichere Lösung dieser Frage die

einfachste ist, nämlich die Kolonien unter Bedingungen, die gleiche Behandlung aller Nationen und Schutz der Interessen der Eingeborenen sicherstellen, den Mächten anzuvertrauen, die sie von der deutschen Zwangsherrschaft befreit haben ..."

So spielt sich nunmehr die größte politische Komödie, die zugleich eine Komödie menschlicher Unzulänglichkeit und Torheit ist, zu Paris ab. Der Kampf zwischen den politischen Akteuren ist auf der ganzen Linie entbrannt. Um die Friedens- und Kriegsziele der alliierten Verbündeten wird von den Staatsmännern ihrer Regierungen mit größter Erbitterung gerungen. Der geschlossenen Phalanx der Lloyd George, Balfour, Clemenceau, Tardieu, Poincaré, der Foch und Weygand steht allein der Repräsentant der Neuen Welt, steht Woodrow Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten, gegenüber. Der Kampf tobt sowohl hinter verschlossenen Türen im sogenannten „Rat der Zehn" wie in den Ausschüssen, Kommissionen und ebenso in den Vollkonferenzen. Im Parkett sitzen die Völker der Erde als Zuschauer bei diesem politischen Spektakulum.

Das Volk der Deutschen, die deutsche Regierung sind bei den Vorbesprechungen des Friedens ausgeschlossen. Man erlaubte ihnen nicht einmal, als Zuschauer an den Vorgängen interessiert teilzunehmen. Deutschland befindet sich in einer grenzenlosen Vereinsamung und Isolierung. Deutschland ist, wenn es über die Vorgänge in Paris einigermaßen unterrichtet sein will, auf seinen eigenen Nachrichtendienst und auf die Berichterstattung der internationalen Presse angewiesen. Aus den Berichten, Verlautbarungen und Pressenachrichten, die er mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, baut sich dem deutschen Außenminister, Graf Brockdorff-Rantzau, seine Aufgabe: in Paris gegen eine geschlossene Phalanx von unerbittlichen Gegnern einen Frieden der Gerechtigkeit für das deutsche Volk zu erkämpfen, auf. Dabei gibt es selten genug für ihn aussichtsreiche Möglichkeiten, die geistige Blockierung Deutschlands zu durchbrechen und über die deutschen Friedensziele und den deutschen Friedenswillen unmittelbar zur großen Welt zu sprechen. Er begrüßt deshalb den Wunsch des Berliner Vertreters der „Chicago Daily News" nach der Gewährung eines Interviews mit Genugtuung und schildert am 2. Februar 1919 als Führer der deutschen Außenpolitik und als wahrscheinlicher Führer der deutschen Friedensdelegation den deutschen Standpunkt. Hinsichtlich der Lösung der Kolonialfrage erklärt Graf Brockdorff-Rantzau folgendes:

„...In diesen Tagen wird in Paris das Los über die deutschen Kolonien geworfen. Unsere Feinde sind beschäftigt, die deutschen Schutzgebiete, deren

sie sich unter dem Bruch internationaler Verträge, unter der Preisgabe wesentlicher Interessen der weißen Rasse bemächtigt haben, untereinander zu verteilen. Ein allerdings unbeglaubigtes Reuter-Telegramm meldet sogar, daß Präsident Wilson die australische Regierung aufgefordert habe, ihre Rechtsgründe für die Besetzung der deutschen Kolonien in der Südsee darzulegen.

Deutschland kann nicht zugeben, daß über sein Eigentum ohne seine Zustimmung verfügt wird. Rechtsgründe für den Raub, der an ihm begangen wird, erkennt es nicht an. Es verlangt, bei der Neuordnung der Herrschaft der weißen Rasse über die tropischen Gebiete und bei der Verteilung ihrer Erzeugnisse zugelassen zu werden.

Der fünfte der ‚Vierzehn Punkte' Wilsons bezeichnet als Aufgabe des Weltfriedens eine freie, weitherzige und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, bei der die Interessen der eingeborenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch auf koloniale Souveränität festgestellt werden soll. Während der Pariser Beratungen hat der Präsident sodann, wenn wir zutreffend unterrichtet sind, den Grundsatz vertreten, daß die Kolonien unter eine internationale Kontrolle gestellt werden sollen. Deutschland hat vor der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen die 14 Punkte Wilsons anerkannt, und auch die Entente hat diese Punkte, insbesondere den fünften, ohne jede Einschränkung angenommen. Deutschland geht davon aus, daß der Grundsatz der internationalen Kontrolle auf die Kolonien aller Mächte des europäischen Kulturkreises Anwendung findet.

Zwar hat England versucht, durch ein verleumderisches Blaubuch die deutsche Kolonialherrschaft als unerträglich darzustellen; dieser Versuch muß schon an den Zeugnissen scheitern, die die ersten Geister Englands über die kolonisatorischen Sünden ihres eigenen Volkes abgelegt haben. Wir Deutschen sind fern davon, leugnen zu wollen, daß in dem knappen Menschenalter, seitdem Deutschland Kolonialpolitik treibt, Mißgriffe vorgekommen sind; wir behaupten nur, daß sie nicht entfernt an die Verheerungen heranreichen, die andere kolonisierende Nationen in den Anfängen ihrer Tätigkeit veranlaßt haben. Wir können uns auf eine große Anzahl von Zeugnissen fremder Besucher berufen, die bis kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges die deutschen Verwaltungen in den Schutzgebieten gerühmt und als Muster hingestellt haben.

Das deutsche Volk hat seine Befähigung zu kolonisatorischer Arbeit in Asien und Afrika erbracht. Jedenfalls hat es, wie jedes andere Volk, An-

spruch auf Teilnahme an den Erträgnissen der tropischen Zonen und an der Bewirtschaftung der Gebiete, auf denen sie gewonnen werden. Es würde also auch für den Fall, daß sämtliche Tropenkolonien unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, eine angemessene territoriale Beteiligung an der Verwaltung des gesamten tropischen Kolonialgebietes verlangen.

Wenn Frankreich, England und Belgien nach den Zeitungsberichten über den Gang der Pariser Verhandlungen den Plan verfolgen, die deutschen Kolonien unter sich zu verteilen, so entfernen sie sich damit von den Grundsätzen, auf denen ein Völkerbund im Sinne der Wilsonschen Botschaften errichtet werden kann.

Ganz abgesehen von dem Bruch der Kongoakte würde die Übereignung der deutschen Kolonien an die Eroberer eine Legitimierung der Gewalt bedeuten, gegen die die Entente angeblich den Krieg geführt hat. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß England bei jedem europäischen Kriege, an dem es teilnimmt, eine reiche Ernte an Kolonialbesitz einheimst, wie ihm das seit zweihundert Jahren regelmäßig gelungen ist. Es liegt nicht im Interesse der Völkergemeinschaft, daß Frankreich seinen Kolonialbesitz, dem es schon jetzt wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch nicht gewachsen ist, immer weiter ausdehnt, um ihn seinen Finanzleuten durch künstliche Absperrung der übrigen Nationen ausschließlich vorzubehalten. Wenn Frankreich Kamerun und Togo erwirbt, so daß die französische und belgische Regierung gemeinsam fast ganz Mittelafrika beherrschen, so wird es sowohl um die Betätigung anderer Völker in diesem reichen Gebiete tropischer Produktion wie um die Eingeborenen des Gebietes schlecht bestellt sein.

Die natürliche Entwicklung Mittelafrikas drängt zur Internationalisierung. Es ist anzunehmen, daß die einzige große Kolonie der afrikanischen Rasse, der sogenannte schwarze Gürtel Nordamerikas, künftig in immer engere Beziehungen zu dem Mutterlande treten wird. Dem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, in welch starkem Maße die Beziehungen des nördlichen Amerikas zu dem westlichen Afrika sich während des Krieges verdichtet haben. Amerikanischer Handel und amerikanische Schiffahrt haben den Platz besetzt, der infolge der kriegerischen Inanspruchnahme europäischer Nationen offen blieb. Es ist nicht einzusehen, weshalb Afrika unter europäische Mächte territorial aufgeteilt werden soll, die keinen anderen Erwerbstitel als eine völkerrechtswidrige Eroberung für sich geltend machen können, während andere Nationen an der Erschließung der verteilten Gebiete mindestens das gleiche Interesse haben wie sie ..."

Und der Außenminister des Deutschen Reiches, Graf Brockdorff-Rantzau,

geht im weiteren Verlauf der Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten in besonders eindringlichen Worten auf das segensreiche Wirken der deutschen Missionare in den deutschen Überseebesitzungen ein. Vor und vor allen Dingen auch während des Weltkrieges haben die deutschen Missionen stets nur ein Ziel gekannt und angestrebt, nämlich das Wohl der eingeborenen Bevölkerung. Allein die Tätigkeit deutscher Missionare in den tropischen Gebieten genügt als erschütternder Beweis gegen das englische Blaubuch! Er fordert in klaren Formulierungen nach der These des ehemaligen deutschen Staatssekretärs des Kolonialamtes, Dr. Solf, daß die kolonisierenden Nationen als missionierende Nationen darüber zu wachen haben werden, daß nicht durch eine Aufteilung der afrikanischen Erde in reine Ausbeutungsbezirke die Zukunft der Missionen und ihre Tätigkeit gefährdet, ja wahrscheinlich unmöglich gemacht werde. Anklage und Urteil sind die Worte des deutschen Außenministers gegenüber dem Verhalten der Eroberer der deutschen Kolonien gegen die deutschen Missionen:

„...Ein besonders gehässiger Charakter würde der Teilung des Raubes unter Deutschlands Gegner dadurch aufgedrückt werden, daß diese während des Krieges mit unverantwortlicher Schroffheit gegen die deutschen Missionen vorgegangen sind, die sich anerkanntermaßen seit dem Anfang der Kolonisierung Afrikas die größten Verdienste um die Hebung der Eingeborenen erworben haben..."

Und Graf Brockdorff-Rantzau schließt das Gespräch mit diesen Worten:

„...Nicht das ist das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, daß alle Kolonien tropischen Charakters unmittelbar unter eine internationale Regierungsgewalt gestellt werden; vielmehr erscheint auch uns eine angemessene Zuteilung der Kolonialgebiete an einzelne Nationen zur Verwaltung unter eigener Verantwortung als die bessere Lösung. Über der Verwaltung der einzelnen Staaten muß aber eine Kontrollinstanz des Völkerbundes stehen, die dem starken Ausbeutungsinteresse des Mutterlandes das Menschheitsinteresse einer wohlwollenden Behandlung der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstellt...!"

Unter dem Aufwand aller politischen Propagandamittel, von der einfachen Phrase bis zur Argumentation mit Maschinengewehren und Handgranaten, ist in der deutschen Republik die deutsche Nationalversammlung gewählt worden. Am 14. Februar 1919 steht Graf Brockdorff-Rantzau zum erstenmal als Führer der deutschen Außenpolitik vor der Nationalversammlung zu Weimar. Er nimmt sofort die Gelegenheit wahr, dem deutschen Volk und seinen erwählten Vertretern den unerbittlichen Vernichtungswillen

der Feinde und Wege, ihm erfolgreich zu begegnen, aufzuzeigen. Der großen Mehrzahl der Vertreter der deutschen Republik, die, im mehrheitssozialistischen Gewande einherstolzierend, der deutschen Nation die Herbeiführung eines Friedens nach den Utopien ihrer Völkerverbrüderungsideen versprochen hatten, die mit fast hysterischen Worten für die Annahme des Programmes der „Vierzehn Punkte" und eine sofortige Waffenniederlegung eingetreten waren, zerbrechen schon bei den ersten Ausführungen des neudeutschen Außenministers alle Hoffnungen. Das ganze Kartenhaus ihrer Theorien und Phrasen stürzt polternd in sich zusammen. Den Ebert, Scheidemann, Bell, Erzberger und Genossen werden die Regierungssessel außerordentlich unbequem angesichts einer nüchternen, grausam nüchternen Wirklichkeit. Von dem milden Licht der Völkerverbrüderungswelt ist nichts mehr geblieben als ein grauer Schein der Ernüchterung. Dazu erspart der neue deutsche Außenminister den Schöpfern der deutschen Republik nicht eine der Anklagen, die in viel ernsterer und unerbittlicherer Form das gesamte deutsche Volk allerdings sehr viel später selbst gegen die Regierung erheben wird. Die Ausführungen des deutschen Außenministers müssen verstanden werden in ihrer Klarheit und Unerbittlichkeit:

„...Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt, sondern ihnen nur die Möglichkeit gegeben, durch wiederholtes Drohen mit Erneuerung der Feindseligkeiten weitere Zugeständnisse von uns zu verlangen. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören und die sie unter dem Druck der Waffen einseitig zu unserem Nachteil zu lösen gedachten, während sie nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zu lösen waren. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch künftig solche Versuche zurückweisen. Verlassen wir in diesen Fragen den Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit, so können wir uns nicht wundern, wenn wir auch beim Friedensschluß als Parias behandelt werden. Man kann uns Gewalt antun, man kann uns aber nicht zwingen, Gewalt als rechtsverbindlich anzuerkennen..."

Die Tragödie, die in der freiwilligen deutschen Wehrlosigkeit ihre eigentliche Ursache hat, beginnt in ihrem unweigerlichen Ablauf. Eine endlose Kette der brutalsten Vergewaltigungen und dauernden Bedrohungen wird von den Gegnern mit den Mitteln der Gewalt um jeden Versuch einer freien Willensentfaltung des deutschen Volkes gelegt. Die übereilte, freiwillige Waffenniederlegung durch das deutsche Volk, erfolgt im blinden

Vertrauen auf die verschiedenen Heilsbotschaften aus Amerika, auf das Programm der „Vierzehn Punkte", auf das verpfändete Wort des Präsidenten der Vereinigten Staaten, erfolgt aber auch auf die Versprechungen und Völkerverbrüderungsphrasen der deutschen Volksführer, der Sozialdemokraten, hin, gibt den Feinden Deutschlands jede Möglichkeit für Erpressung und Unterdrückung. Proteste? Proteste sind schlechte, untaugliche Waffen gegen Geschütze, Tanks, Granaten, Minenwerfer, Maschinengewehre. Alle deutschen Proteste werden hohnlächelnd von den „Siegern" zurückgewiesen oder überhaupt keiner Beachtung für wert erachtet. Herr Matthias Erzberger besonders soll sich der Antwort erinnern, die der Generalissimus der Verbündeten, die der französische Marschall auf seinen „flammenden Protest" im Salonwagen im Walde von Compiègne hatte: „Es ist schon gut!" Die Reichsregierung muß die Anklage fühlen, die aus dem Wort des Generals Weygand drohend klingt:

„Der Sieger hat nichts zu befürchten!"

Graf Brockdorff-Rantzau serviert der Nationalversammlung der deutschen Republik und ihrer Regierung weiter seine unangenehmen, unerbittlichen Wahrheiten:

„...Wenn die Gegner glauben, uns strafen zu müssen, so dienen sie der Rache, statt der Gerechtigkeit, und töten den Geist, in dem nach ihren eigenen Erklärungen der Friede geschlossen werden sollte..."

Er malt mit seinen folgenden Worten das Bild in seiner ganzen unabwendbar erscheinenden Schauerlichkeit aus, das die Vernichtungsarbeit und der Vernichtungswillen der Feindbundmächte ausgeklügelt hat. Seine folgenden Ausführungen über das Kolonialproblem sind ernst genug, um der deutschen Nation und ihren Vertretern die Furchtbarkeit der Situation klarzumachen:

„...Ohne Kolonien kann Deutschland ebensowenig in den Völkerbund eintreten wie ohne Handelsflotte. Nach Wilsons Programm sollen Kolonialfragen eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung finden. Im Sinne dieses Programmes erwarten wir Rückgabe unseres Kolonialbesitzes, der uns zum Teil unter Bruch internationaler Verträge, zum Teil unter fadenscheinigen Vorwänden genommen worden ist. Wir sind bereit, über die Abtretung dieser oder jener Kolonie zu verhandeln, aber wir wollen das als rechtmäßige Eigentümer tun.

Die künftige Kolonialpolitik soll, wie Präsident Wilson verlangt, die menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen unter allen Umständen gewährleisten. In dieser Richtung sind — wir müssen es bekennen — auch von

uns Fehler begangen worden. Die Tätigkeit der Missionen, an der Deutschland einen großen, jetzt leider durch den Krieg schwer beeinträchtigten Anteil hatte, muß schon im Interesse der Eingeborenen gesichert werden. Im Zusammenhang hiermit stimmen wir dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält; freilich wird die Beteiligung an kolonialer Tätigkeit für uns nur Bedeutung haben, wenn den tüchtigen Firmen, die als eigentliche Träger der praktischen Kolonialpolitik Deutschlands zu betrachten sind, Ersatz für Schäden geleistet wird, die ihnen durch die Feinde zugefügt worden sind.

Wenn wir uns also gegen die Beschlagnahme unserer Kolonien mit allem Nachdruck verwahren, so müssen wir auf der anderen Seite darauf gefaßt sein, von dem alten Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren ..."

Zu einem Zeitpunkt also, da in den Friedensvorbesprechungen und in den geheimen Verhandlungen des „Rates der Zehn" zu Paris die Würfel über das deutsche Schicksal immer heftiger durcheinandergeschüttelt werden, schildert der deutsche Außenminister den Abschluß des Friedens so, wie er ihn sieht und erwartet. Wohl sind ihm die Vernichtungsabsichten der Feindbundmächte gegenüber Deutschland in ihrer Unerbittlichkeit bekannt, und dennoch kennt er sie nur zu einem verschwindend kleinen Teil genau. Auch er ist bis zu einem gewissen Grade bereits in die Befangenheit von den Ideologien des amerikanischen Präsidenten geraten. Er glaubt oder gibt wenigstens vor, an die Reinheit des Willens Woodrow Wilsons zu glauben. Er erklärt das verpfändete Wort des Präsidenten und das Programm der „Vierzehn Punkte" als die einzigen, vielleicht wirksamen Abwehrmittel, die das Volk der Deutschen gegen die Brutalität eines Clemenceau, gegen den Haß eines Poincaré, gegen die Raubgelüste der englischen und überseeischen Imperialisten besitzt. So nur ist es zu erklären, daß der deutsche Außenminister auch die Idee von dem zu gründenden Bund der Nationen und Völker als ernsten Faktor in seine Erwägungen aufnimmt. Der deutsche Außenminister ahnt allerdings nicht, daß er mit einer unbekannten Größe rechnet, mit einer Größe, über die sich nicht einmal ihre Schöpfer einig und im klaren sind. Er gründet seinen Willen zur Befriedung der europäischen Welt auf ein Fundament, das sich bald genug als nicht tragfähig für die geringste Belastung ergeben wird. Wie anders sind sonst seine folgenden Worte zu verstehen:

„...Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem

von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft, der allein eine solche Zusammenarbeit ermöglicht. Der Gedanke der Liga der Nationen, der kürzlich noch als Traumbild ideologischer Schwärmer erschien, steigt jetzt aus dem Nebelland der Utopien in das klare Licht der Wirklichkeit, in dem praktische Staatsmänner arbeiten. Schon hat man in Paris dem kommenden Völkerbund große Mengen brennender Streitfragen überwiesen, die man im Meinungsaustausch der Interessen nicht erledigen konnte.

Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden, und der Bund in erster Linie gegründet wird, um Deutschland an der Fortsetzung einer kriegerischen Politik, die uns doch völlig fernliegt, zu hindern. Dieses Mißtrauen müssen wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden ..."

Im Namen des Bundes der Nationen, im Namen des Wilsonschen Völkerbundes, wird Deutschland seiner Kolonien beraubt. Es ist einer der verhängnisvollsten Irrtümer der deutschen politischen Führung, bei der Vorbereitung der Friedenskonferenzen und des Friedensschlusses an eine gerechte Wirksamkeit des Völkerbundes zu glauben. Auch Verwahrungen, wie sie der Außenminister der deutschen Republik ausspricht, können daran nichts ändern:

„...In einem Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können ...!"

Mögen solche Entgegnungen und Verwahrungen auch dem deutschen Willen zur Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit entsprungen sein, von den Feindbundmächten und ihren im Vernichtungswillen einigen Führern können sie nicht anders als Schwäche ausgedeutet werden. Auf die Vorwürfe, Diffamierungen und Verleumdungen in der Kolonialfrage, auf die Schändung der deutschen Kolonialehre sind das nicht die Erwiderungen eines zum äußersten Kampf entschlossenen Staatsmannes.

Ganz anders klingt es da aus deutschen Großstädten, klingt es aus Versammlungen des Volkes auf dem flachen Lande. Zugegeben, daß bei der Waffenlosigkeit des gesamten deutschen Volkes auch seine zahllosen Willensäußerungen, gekleidet in die Form von Aufrufen, Protesten, Petitionen usw., ohne praktisch auswertbare Erfolge geblieben sind, so ist doch durch niemand hinwegzuleugnen, daß in ihnen das verletzte Ehrgefühl und das gekränkte Gefühl für Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit zu oftmals elementarem Durchbruch kommt. Außerdem mußte der einsichtige, poli-

12*

tische Führer immerhin zu der beruhigenden, wenn nicht beglückenden Gewißheit kommen, daß weder der Krieg, noch der Waffenstillstand in seiner Grausamkeit, noch die scheinbar hoffnungslose Lage des Deutschen Reiches den Widerstandswillen ganz aus der deutschen Seele verbannen konnten. Die Kolonialfrage besonders hat Wurzel geschlagen selbst bis in die, der Kolonialfrage sonst fremd gegenüberstehenden Kreise, ja, selbst bis in die sozialistisch, marxistisch geführten breiten Arbeitermassen hinein! Es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Politik, daß sie bei der Vorbereitung der Friedenskonferenzen die mächtig ausbrechenden Stimmen der breiten Massen der deutschen Menschen, sich offenbarend in Versammlungen und Protestkundgebungen, nicht beachtete, nicht als Gegengewicht gegen den beabsichtigten und offen proklamierten Raub der deutschen Kolonien in die Waagschale geworfen hat. Der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau versäumte es, zum Leidwesen des ganzen deutschen Volkes, sich diese urgewaltig strömende Widerstandsbewegung zu eigen zu machen und sie zumindest in ihrer moralischen Auswirkung mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit dem Vernichtungswillen der Feindbundmächte entgegenzuwerfen.

Am zweiten Tage des Februar 1919 tagen allein in Berlin, inmitten spartakistischer Unruhen, drei riesige Versammlungen. Die geplante Loslösung der Kolonien steht als Problem vor den Massen. Sie begreifen die offensichtliche Untätigkeit der Regierung der deutschen Republik überhaupt nicht und machen aus ihrer Unzufriedenheit keinen Hehl. Es ist ihr Wille, der Regierung der deutschen Republik und ihrem Außenminister durch einmütig gefaßte Entschließungen aufzuzeigen, daß der Widerstandswillen der deutschen Nation gegen offensichtliche Diktate und den beabsichtigten Raub der blühenden deutschen Kolonialbesitzungen nicht gebrochen ist, daß vielmehr für das ganze deutsche Volk die Kolonialfrage und ihre Lösung nach den Gesetzen der Gerechtigkeit ein unveräußerlicher Bestandteil der deutschen Ehre geworden ist. Auch diese Massenversammlungen mahnen den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort und an die im Punkt V seines Programmes der „Vierzehn Punkte" feierlich vor aller Welt übernommene Verpflichtung hinsichtlich der Lösung des Kolonialproblems!

„...Das ganze deutsche Volk fordert die Rückgabe seiner Kolonien als sein weltkundiges Recht. Nie und nimmer kann Deutschland um dieses Recht gebracht werden, wenn anders Treu und Glauben bei der Durchführung des fünften Punktes des Präsidenten Wilson maßgebend sind. Denn

1. Deutschland hat seine Schutzgebiete durchweg auf friedlichem Wege in völkerrechtlich unanfechtbarer Weise erworben,
2. Deutschland hat gerecht und fürsorglich die Interessen der eingeborenen Bevölkerung wahrgenommen und mit wachsendem Erfolge ihren wirtschaftlichen und sittlichen Aufstieg gefördert,
3. Deutschland kann den Besitz seiner Kolonien wirtschaftlich nicht entbehren, sie sind bestimmt, in steigendem Maße dem Mutterland die Versorgung mit dringend notwendigen Rohstoffen, seinem Handel und Gewerbe Absatzmärkte, seiner überschüssigen Volkskraft Siedelungsland, seinem Unternehmungsgeist Wirkungsfelder zu sichern,
4. Deutschland hat als großer Kulturstaat den Anspruch, an seinem Teile auch weiterhin an der weltgeschichtlichen Aufgabe der friedlichen Erschließung unentwickelter Länder und der Hebung ihrer Bevölkerung mitzuwirken.

Der Ausschluß Deutschlands von kolonialer Betätigung wäre ein Bruch der vereinbarten Friedensgrundlage und eine Vergewaltigung des deutschen Volkes.

Tausende in drei Versammlungen anwesende Männer und Frauen erheben feierlich Protest gegen die Absicht feindlicher Mächte, Deutschland seiner Kolonien zu berauben!"

Ganz wie zu Berlin, so geht die Welle der Protestkundgebungen durch das ganze deutsche Vaterland. Auf den Regierungstischen häufen sich Eingaben von Industrieverbänden, häufen sich Denkschriften von Handelskammern, von politischen Verbänden und Vereinigungen, von Organisationen und wissenschaftlichen Kreisen, häufen sich auch die unzähligen, flehentlichen Anrufungen aus allen Kreisen des deutschen Volkes, der kolonialen Schuldlüge als untragbarer Belastung der deutschen Ehre und der beabsichtigten Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes jeden nur denkbaren Widerstand entgegenzusetzen. Aber der aufblühenden deutschen Widerstandskraft erwächst weder aus dem deutschen Volke selbst, noch aus der Führung der deutschen Republik ein Führer, der alles wagte, um alles zu gewinnen. In der deutschen Nationalversammlung ist das Wort „Widerstand" ein Wort wie jedes andere, genau so teuer und genau so billig wie jedes andere. Der Geist des Matthias Erzberger, der Geist des ewigen Nachgebens geht um und der Geist des Juden Rathenau in all seiner Heimtücke und Niedertracht. Und beide instruieren und beeinflussen die einzelnen Mitglieder der Regierung der deutschen Republik im Sinne ihrer Theorie von der äußersten Nachgiebigkeit und Duldsamkeit. Es ist eines der erschütterndsten Ergeb-

nisse, daß an dieser ewigen Politik der Resignation und stets allzu laut betonten Friedfertigkeit dem unerbittlichsten Vernichtungswillen gegenüber die im deutschen Volke emporwachsende Bewegung des Widerstandes als aussichtslos erlahmen und sich in ungehörten Protesten erschöpfen mußte.

So ist es wahrhaft erschütternd anzusehen, wie auch die kraftvollen Bemühungen des Reichsverbandes der Kolonialdeutschen um die Rückgewinnung der deutschen Kolonien angesichts einer immer kraftloser werdenden deutschen Regierungshaltung ohne Erfolg bleiben müssen. Immerhin aber wird der Reichsbund der Kolonialdeutschen zum Antriebsmotor und Träger einer Volksbewegung von beachtlichem Ausmaß. Wie ein Sturmwind geht ein Aufruf an das Volk der Deutschen aus, der gegen alle Widerstände, die aus den Erscheinungen der Zeit, aus politischer Gärung, aus der Unsicherheit des öffentlichen Lebens in Deutschland kommen, eine Unterschriftensammlung einleitet und mit geradezu überwältigendem Erfolg durchführt. Die Regierung jeden anderen Landes, jede andere Regierung auch in Deutschland hätte dieser entfachten Bewegung und ihrer Begeisterung, ihrer Einsatzbereitschaft und Opferwilligkeit mit allen Mitteln staatlicher Macht und Autorität Hilfsstellung geleistet. Daß es nicht geschehen ist, bezeichnet die völlig passive Art der Regierung der deutschen Republik bereits mit dem harten Wort der Feigheit, vielleicht aber auch Unfähigkeit. Die Regierung der deutschen Republik hat zweifellos mit dieser Nichtausnützung des geradezu aufschäumenden Widerstandes in der Frage der deutschen Kolonien eine Schuld auf sich geladen. — Der Aufruf des Reichsbundes der Kolonialdeutschen lautet also:

„Wir fordern Kolonialbesitz,

weil jedes Volk ein Recht auf einen, seiner Lebenskraft, seiner Bevölkerungszahl und seinen Fähigkeiten entsprechenden Anteil an den unentwickelten Ländern der Erde hat, und

weil die gewaltsame Ausschaltung eines Volkes von der Ausübung dieses Rechtes den Frieden der Welt gefährdet;

weil jedes Volk das Recht und die Pflichten hat, an der Ausbreitung von Gesittung und Kultur, Wahrheit und Recht und an der Gewinnung der Güter der Erde mitzuarbeiten, und

weil die Ausschließung eines Volkes von dieser Mitarbeit menschheitsfeindlich ist;

weil uns die ausreichende Versorgung aller Volksschichten mit Nahrung und Kleidung und die Schaffung ausreichender Erwerbsmöglichkeiten nur mit Hilfe kolonialer Erzeugnisse möglich ist und

weil nur eigene Kolonialwirtschaft uns einen angemessenen Einfluß auf die Preisbildung für die wichtigsten Kolonialgüter sichert!...“

Mitten in einen trüben deutschen Alltag, in eine unermeßlich scheinende Not, in politische Machtkämpfe der verschiedenen Parteien und Gruppen, in Streiks und Aufruhr fällt dieser Aufruf des Reichsverbandes der Kolonialdeutschen und hat dennoch die Wirkung eines zündenden Funkens. In Not und Verzweiflung ist dennoch das heilige Gefühl für die nationale Ehre bei großen Teilen des deutschen Volkes noch nicht versunken. So bekennt sich ein Großteil des Volkes durch öffentlich geleistete Unterschrift zu dem unveräußerlichen deutschen Recht auf seine Kolonien. Innerhalb eines allzu kurz bemessenen Zeitraumes kommt ein Gesamtergebnis von fast vier Millionen Unterschriften zusammen. Die Regierung machte auch von diesem Ergebnis keinen Gebrauch. Sie beschränkte sich weiterhin auf hohle, phrasenreiche, aber eben leider nur papierene Proteste. Der Aufwand an Kraft und Mitteln durch den Reichsverband der Kolonialdeutschen ist, abgesehen von der innerpolitischen Wirkung, in außenpolitischer Hinsicht infolge des Versagens der Regierung umsonst und ohne Erfolg gebracht worden.

Dafür aber reiste zur selben Zeit der spätere Mitunterzeichner des Vertrages von Versailles, reiste der Kolonialminister der Regierung Ebert-Scheidemann, reiste der internationale Intellektuelle Dr. Bell, in den deutschen Landen umher und verkündete in langatmigen Vorträgen den Deutschen Orakeleien über die deutschen Kolonien und ihren nunmehr ernstlich drohenden Verlust. Er spielte sich in allen möglichen deutschen Großstädten als Vorkämpfer für die Rückgewinnung der deutschen Kolonien auf und ermahnte in schulmeisterlichen Worten das Volk der Deutschen, ihn in diesem harten Kampf nicht im Stich zu lassen, sondern ihn mit allen Kräften zu unterstützen. Er stellte dabei immer wieder die Behauptung auf, daß sein Ziel einzig und allein die Rückgewinnung der deutschen Kolonien sei, ja, daß er dieser Aufgabe sein Leben verschrieben habe. Er leistete ungeforderte heilige Eide, daß er nicht eher ruhen und rasten werde, bis dem deutschen Volke in der Frage seiner Kolonien Gerechtigkeit durch die sofortige und bedingungslose Zurückgabe widerfahren sei. — Es gehen einige Monate in das Land, und der inzwischen vom Kolonialministerium zum Justizministerium der deutschen Republik hinübergewechselte Dr. Johannes Bell, Duzfreund des Juden Rathenau, unterschreibt mit ruhiger Hand das Diktat von Versailles, verleugnet seine Eide und Versprechungen und gibt die deutschen Kolonialbesitzungen für alle Zeiten dem Feindbund preis!

Dieser sogenannte Kolonialminister der deutschen Republik reist von Ver-

lin nach Hamburg, er spricht wieder in Berlin und spricht abermals in Hamburg, er gibt Presseleuten Interviews am laufenden Band. Den Kundigen überrascht die Anmaßung dieses Kolonialministers nicht, der als eigenes Gedankengut vorträgt, was er dem Gedankengut des ehemaligen deutschen Staatssekretärs Dr. Solf entnommen hat. Mit großem Pathos erklärt er die Frage der Kolonien für eine nationale Frage von höchster politischer, wirtschaftlicher und moralischer Bedeutung. An den Konferenztischen der Friedenskonferenz werde die deutsche Friedensdelegation gegen eine Welt von Feinden um die gerechte Lösung des Kolonialproblems, um der Wahrheit, um des Rechtes, um der höheren menschlichen Würde, um der Ehre der deutschen Nation willen den Kampf bis zum äußersten führen, denn so erwarte es in dieser Frage das deutsche Volk „von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken"!

Es wird sich im Interesse eines klaren Blickes für das Wirken der novemberdeutschen Regierung Ebert und Scheidemann als außerordentlich wertvoll erweisen, dem Wirken dieses neudeutschen „Kolonialministers" und seinen verschiedenen Reden an anderer Stelle noch einige Aufmerksamkeit zu schenken.

*

In Paris tagt die Friedenskonferenz in unzähligen Vollversammlungen, tagt der „Rat der Zehn" hinter verschlossenen Türen in Permanenz, tagen Kommissionen und Ausschüsse, tagen Abordnungen der „unterdrückten Völker", tagen die Vertreter der Weltpresse, die Macher der öffentlichen Meinung der Welt. Die Sprecher der 27 Siegerstaaten formulieren ihre Wünsche und Forderungen für den kommenden Friedensschluß, und all diese Wünsche und Forderungen entspringen einer Habsucht, einem Egoismus beinahe großartigen Ausmaßes. Mit Argumentierungen, die jegliche Vernunft vermissen lassen, wird das Diktat gerechtfertigt, das den Deutschen aufgezwungen werden soll. Die Deutschen sollen zahlen, zahlen, zahlen! Der Ausspruch des Premiers des englischen Weltreiches, Lloyd George: „Wir werden den Deutschen die Taschen bis auf den Grund durchsuchen", hat bei den 27 Siegernationen ausreichend Schule gemacht. Der Wahnsinn geht um zu Paris. Ein Taumel hat die Völker erfaßt in der Erwartung der Verteilung der Beute. Aber in den ersten Vollsitzungen der Friedenskonferenz tun sich alle Gegensätze, die in den geheimen Sitzungen sich bereits mit aller Schärfe offenbarten, zwischen den Auffassungen der einzelnen Vertreter der Nationen von den, den Deutschen zu diktierenden Friedensbedingungen als Mahnungen auf.

Das Verhandlungsprogramm für die Sitzungen des „Rates der Zehn", aufgestellt von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinen Mitarbeitern, sieht an erster Stelle die Lösung des Problems: Schaffung eines Völkerbundes, vor. Aber weder den Engländern noch den Franzosen ist diese Ordnung für die Verhandlungen erwünscht und angenehm. Allzu laut taucht, besonders auch von General Smuts immer wieder propagiert, der Mandatsgedanke für die Lösung des Kolonialproblems auf. Der Mandatsgedanke aber kann nur durch den zu schaffenden Völkerbund in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die englischen Imperialisten aber streben zunächst in allererster Linie die endgültige Sicherstellung der überseeischen Beute mit allen diplomatischen Mitteln an. Sie wollen, die Franzosen folgen ihnen bald genug auf diesem Wege, die Sicherstellung der afrikanischen und fernöstlichen Kolonialbeute nicht von Zufällen, vor allen Dingen aber nicht von den Entscheidungen des Völkerbundes, abhängig machen. Ein wirkliches Bild von dessen Beschaffenheit und Wirksamkeit kann sich der ganze Kreis der zu Paris versammelten Diplomaten und Staatsoberhäupter überhaupt nicht machen. Der Mandatsgedanke hat, genau so wie alle anderen herumgeisternden Vorschläge und Pläne, dem englischen Premier ein gelindes Schaudern beigebracht, dem französischen Staatspräsidenten aber eine stark fühlbare Verärgerung aufgezwungen. Clemenceau jedoch nimmt den Völkerbund nicht einmal als Idee ernst. Über seinem Handeln steht der unabänderliche Wille, die Deutschen zu vernichten. Er wird sich mit der Schaffung eines Völkerbundes nur dann einverstanden erklären, wenn er in ihm ein wirksames Instrument zur Erreichung dieses Zieles erblicken kann. Sollte sich der zu gründende Völkerbund für Clemenceau als ein Hindernis auf dem Wege zur Vernichtung der Deutschen um des Ruhmes und der Ehre Frankreichs willen erweisen, dann wollte er auch mit diesem Völkerbund fertig werden! Die Schaffung des Völkerbundes hat so für die französischen Staatsmänner nur untergeordnete Bedeutung, für sie geht es einzig und allein darum, in dem „Gedanken an die ungeheuren Opfer", die Frankreich in diesem Krieg hat bringen müssen, den Deutschen einen Frieden nach Frankreichs Willen aufzuzwingen. Und diesen Friedensvertrag wird Clemenceau den Deutschen präsentieren auf der Spitze guter französischer Bajonette. Es ist Clemenceaus Entschluß, sich diesen Triumph als Krönung seines Lebens auch von dem bestorganisierten Völkerbund nicht vergällen zu lassen.

Völkerbund? — Auch der Präsident der französischen Republik strapaziert sein Gehirn nicht besonders für die Schaffung des Völkerbundes, dieses

seltsamen Gewächses aus dem Treibhaus der Ideologien des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Gut! Auch die französische Nation und ihre Regierung ist durchaus gewillt, dem ehemaligen Geschichtsprofessor und nunmehrigen Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Willen zu lassen. Beide werden sich um die Schaffung einer Liga der Nationen bemühen. Wozu hat Frankreich einen großen Gelehrtenstab für Völkerrecht. Die französische Regierung beauftragt also den Gelehrten Léon Bourgeois mit der Ausarbeitung eines französischen Entwurfes für den Bau dieses Bundes der Nationen. Es ist aber ihr Wille, zugleich mit dieser Auftragserteilung das Ziel des Präsidenten der französischen Republik, die Vorbereitung des abzuschließenden Friedensvertragswerkes als den eigentlichen Mittelpunkt aller politischen Bestrebungen, festzuhalten. Der Entwurf des französischen Gelehrten für eine alsbaldige Installierung des Völkerbundes hatte sich also demzufolge unmittelbar diesem Ziel einzuordnen und in allen seinen Teilen auf die Wünsche und Forderungen der französischen Regierung und ihrer politischen und militärischen Ziele Rücksicht zu nehmen.

Bisher sind alle Vollkonferenzen und auch die Sitzungen des „Rates der Zehn" über Meinungsäußerungen und Streitereien nicht hinausgekommen. Clemenceau und Poincaré beschließen, diesem unhaltbaren Zustand ein schnelles und vor allen Dingen ein Ende im französischen Sinne zu bereiten. Es wird von ihnen die Forderung aufgestellt, daß die Vollkonferenz insbesondere mit sofortiger Wirkung von einem Führer geleitet wird, der zur Erreichung aller Friedensziele die Konferenzen mit aller Energie und Unnachgiebigkeit vorwärtstreibt. Das bisherige französische Haupt, Pichon, hatte sich für Clemenceau und Poincaré als allzu weich und nachgiebig erwiesen. Der Präsident der französischen Republik übernimmt in einer der nächsten Sitzungen der Vollkonferenz rücksichtslos die Verhandlungsführung und komplimentiert seinen eigenen Kollegen Pichon mit Anstand und Würde aus dem Sessel des Vorsitzenden heraus, um sich selbst als Vorsitzender der Vollkonferenz darin zu etablieren. Unter dem Deckmantel einer vollendeten gallischen Höflichkeit, unter peinlicher Wahrung aller Formen des diplomatischen Verkehrs, begleitet von einer Prunkentfaltung ohnegleichen, erkämpfen so die Vertreter Frankreichs das souveräne Recht der Verhandlungsführung. Mit der Wahl des französischen Staatspräsidenten zum Vorsitzenden der Vollkonferenz durch die Vertreter der 27 Siegernationen gewinnt Frankreich für die kommenden Verhandlungen eine außerordentlich starke Vormachtstellung.

Die Amerikaner, Italiener und Japaner stehen als Großmächte dieser

Entwicklung einigermaßen fassungslos gegenüber. Besonders die italienischen Vertreter ahnen die kommende Entwicklung und können eine tiefe Enttäuschung nicht verbergen. Die Engländer erkennen in dem errungenen Erfolg der Franzosen in der Führung der kommenden politischen Verhandlungen sofort einen Erfolg von ungewöhnlicher Tragweite. Das Gesetz der freien Handlungsbestimmung ist auf die Vertreter Frankreichs übergegangen. Die Engländer stehen schäumend vor kaum verhaltener Wut einer für sie beschämenden Situation gegenüber. Lloyd Georges Befürchtungen hinsichtlich der Machtgier und der Machtansprüche des gallischen Verbündeten sind Wirklichkeit geworden. Lloyd George wird plötzlich in einen Zustand der höchsten Aktivität versetzt und beschließt, da es für ihn offenbare Gewißheit geworden ist, daß Frankreich selbst die englischen Opfer in diesem Kriege und seine ungeheure Hilfeleistung fast vergessen hat, nunmehr von sich aus die Verhandlungsführung im „Rat der Zehn" an sich zu reißen. Er setzt den raffiniert organisierten englischen Nachrichtendienst zum Großangriff an, um über jeden Vorgang in den verschiedenen Lagern der verbündeten Diplomaten genauestens unterrichtet zu sein. Er betrachtet nunmehr sämtliche Abgeordnete der Friedensdelegationen der 27 Siegerstaaten als Feinde Englands und damit als seine persönlichen Feinde. Er fürchtet seine Gegner nicht, denn er ist sich seiner Überlegenheit ihnen gegenüber voll bewußt. Notfalls wird er die gesamte Macht des Britischen Weltreiches für die Erreichung seiner Ziele in die Waagschale werfen.

So entbrennt, da die beiden hauptbeteiligten europäischen Großmächte vor der Erreichung ihrer Beuteteilung und Sicherung die Konstituierung des Wilsonschen Völkerbundes nicht für diskutabel erachten, der Kampf um den eroberten deutschen Kolonialbesitz mit aller Hartnäckigkeit, deren englische und französische Imperialisten überhaupt fähig sind. Lloyd George entfesselt diesen Kampf, indem er in einer der nächsten Sitzungen des „Rates der Zehn" einfach alle bereits in Gang gekommenen Debatten über den Völkerbund, seine Konstituierung und seine Einrichtungen rücksichtslos, wenn auch mit aller diplomatischen Höflichkeit, beiseiteschiebt. Er verlangt plötzlich, unter verschleierter Ablehnung des Wilsonschen Verhandlungsprogrammes, die sofortige Erörterung des fünften Punktes. Von diesem Augenblick an ist der Führer der englischen Delegation, ist der Premierminister des Britischen Weltreiches, taub für alle anderen Vorschläge. Er fordert vor der Behandlung aller anderen Punkte des Wilsonschen Verhandlungsprogrammes die sofortige Lösung des Kolonialproblems! Nicht um einen Zentimeter geht er mehr von seinem Standpunkt ab.

Aber Lloyd George stößt zum ersten Male in seinem Leben auf einen ebenso unerbittlichen Widerstand, wie sein eigener Wille zur Erzwingung des englischen Zieles unerbittlich ist. Der Präsident der Vereinigten Staaten erkennt zwar die Hintergründigkeit der britischen Absichten nicht, aber er wehrt sich aus Prestigegründen gegen eine Abänderung seines vorgeschlagenen und wohlerwogenen Verhandlungsprogrammes. Es bleibt für Wilson unumstößliche Forderung, daß die Installierung des Völkerbundes einzig und allein das erste und grundlegende Prinzip für den Friedensschluß und für die Sicherung des Weltfriedens ist. Es ist sein Entschluß, sich von dieser Erkenntnis und Forderung kein Tüpfelchen abhandeln zu lassen. Mit einer unvergleichlichen Sturheit und Hartnäckigkeit wirft er in allen Verhandlungen seine Forderung auf, fordert ihre sofortige Erfüllung und Erhebung zum Postulat für alle weiteren Verhandlungen überhaupt. Er erklärt, daß für die Erfüllung und Verwirklichung dieser Forderung Amerika allein an dem „Kreuzzug gegen die Deutschen" teilgenommen und doch letzten Endes dank seiner ungeheuren Materiallieferungen und seines Eintrittes in den europäischen Krieg diesen entschieden und beendet habe. Es ist ihm dabei nunmehr doch zum Bewußtsein gekommen, daß die Völker der europäischen Welt, daß insbesondere England und Frankreich auf dem alten, ausgetretenen Wege einer, von der Habgier und Raublust inspirierten imperialistischen Politik weitergehen wollen. So ist ihm auch die Notwendigkeit um so zwingender geworden, diesen Raubinstinkten einer, für ihn zwar veralteten, aber deshalb nicht weniger gefährlichen Politik in der Institution des Bundes der Völker ein wirksames Abwehrinstrument entgegenzustellen. In allererster Linie soll nach seinem Willen der Völkerbund für die Behandlung der Kolonialfragen zuständig sein.

Es wird nunmehr allerdings für Wilson, dem eigentlich doch allmächtigen Verhandlungspartner aus USA., Zeit, den wartenden Völkern endlich ein klares Bild über seine „14 Punkte" hinaus über den Völkerbund zu geben. Die Völker beginnen des müßigen Theoretisierens überdrüssig zu werden und verlangen in aller Klarheit zu wissen, wie nun eigentlich der Völkerbund beschaffen und wie er sich auswirken soll zum Heile der in ihm vereinten Völker, ja nach dem Willen seines Schöpfers zum Heile der ganzen Menschheit. Die Völker warten auf den leuchtenden, beglückenden Strahl, der nunmehr endlich aus der stillen Welt des amerikanischen Präsidenten in die dunklen Tage der Wirrnis und Irrnis fallen soll. Der Glaube der Völker an eine Befriedung der ganzen Welt für alle Zeiten ist durch das laut, vielleicht allzu laut gepredigte Wunder erweckt und genährt worden.

Wenn dieser Glaube nicht seine Grundlagen verlieren soll, wenn er nicht umschlagen soll in Enttäuschung und Pessimismus, dann muß nunmehr endlich die Verwirklichung des Mysteriums eintreten.

Der Heilsbringer aus Übersee, nun nur noch ein von Krankheit und Übersättigung an Vergnügen und Luxus allzu leicht ermüdender Mensch unternimmt einen erneuten Versuch, den Glauben der Menschheit an ihn zu erfüllen. Er arbeitet unter Anspannung des Restes der verbliebenen Kräfte an dem Rüstzeug zur Erzwingung der Installierung des Völkerbundes. Oberst House, sein vertrautester Mitarbeiter, durchbricht die Stille der Studierzimmers des Präsidenten. Der Präsident berät sich mit seinem Ratgeber in Permanenz über die Schaffung des Bundes der Nationen. Oberst House besitzt das Vertrauen des Präsidenten souverän, während der Staatssekretär der Vereinigten Staaten von ihm nur noch in mehr oder weniger belanglosen Organisationsfragen gehört wird. Robert Lansing ist in seiner ruhigen Klarheit, die einen Glauben an Wunder nicht gestattet, in den Tagen des europäischen Aufenthaltes zum Skeptiker geworden. Er steht unverrückbar auf dem Standpunkt und wird durch die gewonnenen europäischen Erfahrungen in seinem Beharren auf diesem Standpunkt noch bestärkt, daß Amerika in Amerika bleiben und sich in europäischen Angelegenheiten so wenig als nur irgend möglich engagieren solle. Dem Staatssekretär Robert Lansing sind Zweifel an der Heiligkeit der Mission des Präsidenten schon längst gekommen. Er hat mit schärfer blickendem und prüfenden Auge längst das Unoriginelle und Kompilatorische im Schaffen und Wesen des Präsidenten erkannt. Er konstatiert mit immer wachsender Besorgnis, wie sein Chef allen fremden Vorschlägen und Gedanken bis zur Wahllosigkeit nachläuft, nur um aus ihnen Bestätigungen für sein eigenes Wirken zu gewinnen. Er läßt sich durch die scheinbare Gründlichkeit des Präsidenten, mit der er alle Anregungen und Vorschläge, die ihm zur Verwirklichung seiner Lieblingsidee, den Völkerbund betreffend, zukommen, überprüft, durchforscht, belegt und widerlegt, nicht mehr täuschen. Er erkennt vielmehr die Schwäche in der Stellung des Repräsentanten Amerikas mit klarem Auge. Ihm muß es immer mehr als Farce erscheinen, einer Welt, erfüllt von einem brutalen Egoismus und Vernichtungswillen anderen gegenüber, mit dem Wissen und dem gläubigen Idealismus eines puritanischen, amerikanischen Geschichtsprofessors entgegentreten zu wollen. Er hat sein Ohr wirklich an den Wänden der Welt und tastet mit wachen Sinnen die Absichten der Alliierten ab. Sein waches Gedächtnis kann die Äußerungen der Lloyd George, Robert Cecil, Walter Long, Balfour, Smuts, Hughes, Clemen-

ceau, Poincaré usw. über die Kriegsziele der Alliierten nicht vergessen. Er baut sich, ohne Selbsttäuschung die Absichten der Alliierten studierend, ein eigenes Bild von dem Frieden, den man den wehrlos gewordenen Deutschen aufzwingen wird. Er weiß schon jetzt, daß es ein brutaler Friede, ein Friede der Gewalt und der Unterdrückung sein wird. Man wird die Deutschen, die sich mit Recht auf das Programm der „14 Punkte" berufen und einen Friedensschluß auf ihrer Grundlage fordern, überhaupt nicht zu Wort kommen lassen. Clemenceau wird diesen Frieden den Deutschen einfach auf Annahme oder Nichtannahme diktieren! Und damit wird man den Deutschen ihre blühenden Überseebesitzungen rauben. Kein Völkerbund wird die Machtmittel besitzen, um dem Vernichtungswillen der europäischen Imperialisten erfolgreich in den Arm zu fallen. Niemand wird die deutschen Kolonien retten und ihre Annektierung durch die Alliierten hindern können. Dem Staatssekretär Lansing ist das Wort des französischen Generals Weygand in seiner ganzen Tragweite geläufig geblieben:

„Der Sieger hat nichts zu befürchten!"

Und der Staatssekretär sieht in den seltenen Stunden, da er zu vertraulicher Aussprache bei seinem Präsidenten weilt, die Entwürfe und Aufzeichnungen über die Schaffung des Bundes der Nationen sich auf dem Schreibtisch und in den Mappen des Präsidenten häufen. Es liegen da die Vorschläge des Obersten House, die die Schaffung eines besonderen Sekretärs zur Führung der Geschäfte des Bundes vorsehen, die weiter die Schaffung eines besonderen internationalen Gerichtshofes vorschlagen, dem alle Vollmachten der Urteilssprechung und Strafvollziehung gegen widerspenstige Mitglieder des Bundes gegeben werden sollen. Über die Mittel und Möglichkeiten der Durchführung solchen Strafvollzugs ist sich aber offensichtlich auch Oberst House nicht im klaren. Er vertritt lediglich mit sturer Konsequenz die These, daß eine Blockierung widerspenstiger Mitglieder durch eine Blockade absolut erfolgreich zu sein vermöge. Die Anwendung von Waffengewalt gegen widerspenstige Mitglieder des Bundes der Nationen lehnt dagegen Oberst House ab. Damit verneint er auch den Willen der Franzosen, der darauf ausgeht, im Rahmen des Völkerbundes einen großen internationalen Generalstab ins Leben zu rufen und die allgemeine Wehrpflicht für alle Bundesmitglieder einzuführen. Zu allen Vorschlägen und Plänen des Obersten House gesellen sich die Vorschläge aus englischem Lager, die Vorschläge des Barons Phillimore, des Südafrikaners Smuts, des Robert Cecil und ungezählter anderer. Und der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Robert Lansing, kann sich der Einsicht nicht mehr verschließen,

daß Wilson und seine Ideen in einer Hochflut unnütz verschwendeten Papiers, sinnlos vertaner Stunden, in Diskussionen und Theorien untergehen werden.

In die Gedankenwelt Woodrow Wilsons wirft der General und Politiker der Südafrikanischen Union, Smuts, ein neues Argument. Smuts spielte sich in die Rolle eines glühenden Verfechters des Friedensligagedankens hinein; er, der in ungezählten Willensäußerungen die bedingungslose Enteignung der deutschen Kolonien für England gefordert hat, er, der zu den Vätern und Verbreitern der Kolonialschuldlüge gegen Deutschland gehört, er hatte, um der Lösung der Kolonialprobleme im Sinne der englischen Imperialisten ein weiteres Rechtfertigungsmäntlein umhängen zu können, dem Präsidenten Wilson den Mandatsgedanken nahezubringen verstanden. Der Präsident greift sofort nach dieser Idee mit der ganzen Begeisterung, deren dieser sonst kühle Kompilator überhaupt fähig ist, wie nach einem rettenden Anker. Er erkennt, daß er somit in die Lage versetzt worden ist, dem erkannten Annexionswillen der Alliierten in der Frage der deutschen Kolonien Widerstand entgegenzusetzen und über den Weg einer Mandatserteilung die Kolonialfragen im Sinne seines eigenen Punktes V zu lösen, daß aber für diese Lösung die Schaffung des Völkerbundes Vorbedingung ist. Der Präsident wird in dieser Erkenntnis bestärkt dadurch, daß überraschend auch Lord Robert Cecil plötzlich den Mandatsgedanken verficht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten schiebt alle Warnungen seines Staatssekretärs mit einer lässigen Handbewegung beiseite und beginnt mit erneutem hoffnungsvollem Eifer die Arbeit an der endgültigen Formung der sogenannten Völkerbundsakte. In ihr verankert Wilson den Mandatsgedanken in dem festen Glauben, daß der Bund der Nationen nach seiner Gründung sofort die Befriedungsarbeit aufnehmen und den Völkern ein unbeschreibliches Glück schenken wird. Er ist des Glaubens, daß auch das Kolonialproblem durch den Völkerbund in seiner Gesamtheit nach den Richtlinien seines Punktes V durch Mandatserteilungen an die Großmächte gelöst wird zum Heile aller Beteiligten nach den Grundsätzen des Rechtes und der Vernunft. Und erneut tauchen alle jene Idole vor seinem geistigen Auge auf: Alle Kriege sollen in Zukunft vermieden werden durch die friedliche Beratung der Völker untereinander! Das Schwert und der Imperialismus, der sich des Schwertes bei jeder Gelegenheit bediente, werden für alle Zeiten in Acht und Bann getan. Die Neuordnung Europas und der Welt wird durch die Schaffung eines Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes Wirklichkeit.

So ergibt sich für Präsident Wilson als unstreitbar wichtigste Aufgabe der Friedenskonferenz, insbesondere aber für die Bemühungen des „Rates der Zehn", die Verwirklichung seiner Lieblingsidee: die Installierung des Völkerbundes; gehegt in vielen Jahren wird er ihr nunmehr alle seine Kraft zu ihrer Verwirklichung verleihen. Es steht für Woodrow Wilson nunmehr unumstößlich fest, daß erst dieser Völkerbund geschaffen sein muß, bevor er sowohl im „Rat der Zehn" wie auch in den Vollkonferenzen sich auf die Besprechung und Lösung aller anderen Probleme einlassen wird.

Wie es aber tatsächlich um den Widerstandswillen des Präsidenten der Vereinigten Staaten beschaffen ist, das wird durch eine der scheußlichsten und verdammungswürdigsten Komödien erwiesen, die auf der politischen Weltbühne jemals gespielt worden ist. Hauptakteur ist der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson.

Am 25. Januar 1919 findet zu Paris eine Vollversammlung der Friedensdelegierten aller 27 Siegernationen statt. Bei den nicht im „Rat der Zehn" zugelassenen Vertretern der Nationen macht sich eine steigende Gereiztheit und Nervosität fühlbar. Man erwartet endlich greifbare Ergebnisse aus den nunmehr bereits zwei Wochen andauernden Beratungen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten macht die Vollversammlung der Friedensdelegierten mit seinem Plan, der Gründung des Völkerbundes, bekannt und formuliert seine Forderung mit klaren, unantastbar scheinenden Worten in folgendem Satz:

„Dieser Bund soll als ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Friedensvertrages geschaffen werden ...!"

Die Engländer horchen auf. Lloyd George kennt diese Melodie aus den Verhandlungen im „Rat der Zehn", und dennoch überrascht ihn die plötzliche Diktatorengeste des Apostels aus Übersee. Sein Gesicht ist verschlossener als sonst und die allbekannte joviale Art aus seinem Wesen wie für immer verbannt. Er gedachte der Verhandlungen im „Rat der Zehn" vom 24. Januar 1919 im französischen Außenministerium und seines Angriffes auf den Präsidenten in der Frage der deutschen Kolonien und ihres kommenden Schicksals, er gedachte seiner eigenen Worte:

„... Ich möchte im Namen des Britischen Reiches als Gesamtheit erklären, daß ich im höchsten Maße dagegen wäre, Deutschland irgendeine dieser Kolonien zurückzugeben ..."

Er gedachte weiterhin aber auch des Nachgebens des Präsidenten, der auf Lloyd Georges Angriff nur mit schwacher Widerstandsgeste feststellte, daß nunmehr nach seiner gewonnenen Meinung alle Vertreter der Großmächte

dagegen seien, die deutschen Kolonien an Deutschland zurückzuerstatten. Nun ist Lloyd George sichtlich überrascht, daß der Präsident seinen Völkerbundsplan in offensichtlich aggressiver Weise gegen die Großmächte der Vollkonferenz servierte. Hatte der Präsident vergessen, daß erst 24 Stunden vorher im Prinzip die Rückgabe der deutschen Kolonien an ihre rechtmäßigen Besitzer als nicht diskutabel „zum Beschluß erhoben" wurde? Hoffte der Präsident den Siegerstaaten, hoffte er England und Frankreich über die Institution seines Völkerbundes die koloniale Beute streitig zu machen? Lloyd George suchte nach Angriffsflächen, nach schwachen Punkten im Wilsonschen Gedankengebäude. Lloyd George ist außerdem verärgert, daß der Präsident ganz offenbar die englische Formulierung des Planes der Völkerbundsgründung einfach beiseitegeschoben hatte, wie er sich auch allem Anschein nach um die französische Formulierung nicht im geringsten gekümmert zu haben scheint. Der Hellhörigkeit des englischen Premiers entgeht nicht, daß Wilson mit dem nachträglich eingefügten Wort „integrierend" dem französischen und englischen Vorschlag, der also lautete: „Dieser Bund soll als Teil des Friedens geschaffen werden", dem ganzen Plan eine überragende Bedeutung verschaffen wollte. Lloyd George steht mit einigem Unbehagen dieser Verflechtung von Frieden, Friedensvertrag und Völkerbundsidee gegenüber. Die Franzosen hingegen erregen sich um der Abänderung ihres Vorschlages willen überhaupt nicht. Sie scheint auch der damit in äußerst bedrohliche Nähe für die endgültige Sicherstellung der Kolonialbeute gerückte Mandatsplan nicht sonderlich aufzubringen. Lloyd George erkennt die Gefährlichkeit dieses vorläufig noch völlig unklaren Planes mit dem geschulten Auge des englischen Diplomaten. Und noch ein anderer erkennt die Gefährlichkeit des Mandatssystems, wenn auch in anderem Sinne als der Premierminister des Britischen Weltreiches. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Robert Lansing, steht für Amerika dem Mandatssystem als großer Skeptiker gegenüber. Er denkt für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, unbeeinflußt von einem unabwägbaren Wunderglauben. Ihm tut sich das ganze Mandatssystem als eine Quelle dauernder Schwierigkeiten und politischer und wirtschaftlicher Gefahren auf. Darum lehnt er das Mandatssystem in seinem ganzen Umfang ab. Er ist dabei außerdem der festen Überzeugung, daß das Mandatssystem nicht der vorgesehenen Lösung der Kolonialfragen nach den Richtlinien des Punktes V des Wilsonschen Friedensprogramms entspricht, sondern ihr diametral entgegensteht. Wenn er auch den Völkerbund an sich nicht absolut verwirft, so beharrt er dennoch auf dem Standpunkt, daß Amerika besser in Amerika geblieben wäre und

sich den europäischen Angelegenheiten möglichst ferngehalten hätte. Er betrachtet das Ganze, mit den höchsten Tönen der Begeisterung gepriesene Befriedungswerk des Präsidenten, mit unüberwindlichem Mißtrauen. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten zieht den Staatssekretär der Vereinigten Staaten überhaupt nicht mehr zu den engeren Beratungen zu. Der Präsident erliegt so abermals der grausamsten Selbsttäuschung. Er lebt im Rausche eines errungenen großen Sieges über menschliche Unzulänglichkeit und Schwäche. Die Vollkonferenz hat seinem Verlangen nach der Schaffung eines „Bundes der Völker" entsprochen und bestätigt, daß „dieser Bund als ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Friedensvertrages geschaffen werden soll..."

Die Vereinigten Staaten haben diesem „Völkerbund" und dem ganzen Friedensvertragswerk später dann ihre Zustimmung versagt und sind selbst dem „Bund der Nationen" ferngeblieben. Der Skeptizismus des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, Robert Lansing, hat ihm recht gegeben. Gemäß seinen trüben Ahnungen mußten bei der Eigenart der europäischen Welt und bei dem Raubinstinkt seiner großen Regierungen und Diplomaten die Befriedungsabsichten des Präsidenten scheitern. Das von den Völkern der europäischen Welt erhoffte große Wunder bleibt aus. Die Enttäuschung der Völker ist einer Katastrophe des Vertrauens in die Ehrlichkeit ihrer Führungen gleichzusetzen. Der Großteil der europäischen Welt, verbündet im Krieg gegen Deutschland, bald genug verbündet im „Bund der Nationen", führt, wenn auch mit anderen, aber darum nicht weniger gefährlichen Waffen und Methoden, den Krieg gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk weiter.

*

Im „Rat der Zehn" finden vom ersten Augenblick seiner Konstituierung an in allen Tagungen erbitterte Kämpfe um die Kriegs- und Friedensziele der europäischen Großmächte statt. Das Britische Weltreich forciert vor allen Dingen die Verhandlungen, die zur dauernden Enteignung der deutschen Kolonien führen sollen. Es ist für die englische Delegation, es ist für Lloyd George und Balfour Selbstverständlichkeit, daß die Aufteilung des deutschen Überseebesitzes im Sinne der englischen Imperialisten und der Imperialisten aus den englischen Dominien die erste Aufgabe des „Rates der Zehn" zu sein hat.

Der Kampf um das Schicksal der deutschen Kolonien wird von englischer Seite von Englands bestem Anwalt, dem Premierminister Lloyd George, und durch Englands kühlsten, realsten Politiker Balfour geführt. Lloyd

George, die gesamte diplomatische Geschichte des Britischen Reiches während der letzten Jahrzehnte wird bei diesem Namen lebendig, hat in seiner Advokatenbehendigkeit, in seiner Spritzigkeit und Witzigkeit, der englischen Politik jenen unaussprechlichen Charakter gegeben, hat ihr jenen Schuß Lebendigkeit zugefügt, der sie aus einer drohenden Erstarrung loslöste und unvergleichlichen Erfolgen zuführte. Lloyd George erkennt in den Verhandlungen im „Rat der Zehn" bald genug die Schwächen Wilsons und die Verwaschenheit seiner Ideale. Um Englands willen führt er nunmehr im „Rat der Zehn", den er als sein eigentliches Kampffeld betrachtet, in unvergleichlicher Vollendung den Angriff gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und damit zugleich gegen dessen Programm der „14 Punkte". In unnachahmlicher Weise bringt er vor allen anderen Diskussions- und Verhandlungspunkten das Problem der Kolonialfrage zur Sprache. Er besitzt genaue Informationen über die Einstellung des amerikanischen Präsidenten zur Kolonialfrage. Er kennt in allen Einzelheiten die geradezu kindliche Unwissenheit des Präsidenten in kolonialen Dingen. Diese Unwissenheit ausnützend, stößt Lloyd George nach der Taktik der Überraschung gegen den unbequemen Punkt V des Wilson-Programms vor und schlägt so entscheidend Bresche für die englischen Forderungen. Es entsteht auf diese Weise eine lange Reihe hochpolitischer Spannungsfelder, wie sie nur die Kunst des Diplomaten Lloyd George zu schaffen vermag. Mit unbeschreiblichem Geschick lockt er den Präsidenten der Vereinigten Staaten in diese Spannungsfelder, umstrickt er mit meisterlicher, diplomatischer Kunst den Schöpfer des Punktes V mit den Fäden der Verwirrung und Irrung.

Die Einstellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu den kolonialen Fragen bedarf einiger Klärung. — Wohl könnte man mit Fug und Recht annehmen, daß der Schöpfer des Punktes V seines Programms der „14 Punkte", der eine eindeutige Lösung der Kolonialfragen nach den Gesetzen der Wahrheit und Vernunft propagiert, sich ernste Rechenschaft über die weittragende Bedeutung dieses Punktes und damit der Kolonialfragen überhaupt abgelegt habe! Aber dem ist nicht so! Ihm genügte die diktatorische Form und die unantastbare Klarheit des Punktes V zunächst an sich. Wenn man den verschiedenen Veröffentlichungen über die Tätigkeit des Präsidenten auf europäischem Boden, wenn man besonders die Memoiren eines seiner engsten Berater und Mitarbeiter, Baker, prüfend heranzieht, dann kann man mit Recht bezweifeln, daß der Präsident überhaupt die unheure Bedeutung der deutschen kolonialen Besitzungen und ihre Wichtigkeit für das deutsche Mutterland gekannt hat. Hätte der amerikanische Präsident

überhaupt nur die leiseste Ahnung von dem Ernst der deutschen Kolonialbestrebungen gehabt, hätte er die Reinheit des deutschen Kolonialwillens aus lauteren Quellen geschöpft, hätte er die Erfolge der deutschen Kolonisierungstätigkeit überprüft, hätte er weiterhin aus der Geschichte des deutschen Kolonialbesitzes die Erkenntnis gewonnen gehabt, daß die deutschen Kolonien in aller Rechtmäßigkeit von Deutschland erworben und selbst unter großen Opfern und Anstrengungen entwickelt worden sind, wäre er sich tatsächlich der Tragweite und des Ernstes seiner eigenen Botschaft über die Lösung der kolonialen Fragen bewußt gewesen, er hätte dann niemals der aller Gerechtigkeit und Wahrheit hohnsprechenden Verteilung der Kolonien an die Feindmächte seine Zustimmung gegeben, auch nicht unter dem scheinheiligen Deckmantel der Mandatserteilung durch seinen sagenhaften Völkerbund. Bei einigermaßen gutem Willen und bei der gepredigten unparteiischen Haltung, mit der allein die Kolonialfrage zu lösen war, bei Beachtung all der wichtigen und einflußreichen Stimmen, die vor und noch während des Weltkrieges in den Feindbundländern und selbst in der Heimat des Präsidenten die deutsche Kolonisationstätigkeit mit höchstem Lob bedachten, hätte der Vertreter der Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz dem Deutschen Reich als Kolonialmacht seine Bestätigung erteilen und die Zurückgabe der geraubten Kolonien an ihre rechtmäßigen Besitzer erzwingen müssen. Wir Deutsche müssen fragen, ob sich Präsident Wilson niemals der Tatsache bewußt gewesen ist, daß die Kolonialfrage eine Frage und ein Bestandteil der deutschen Ehre ist, daß die deutschen Kolonien dem deutschen Volke nach allen Titeln des unveräußerlichsten Rechtes gehörten, wenn sie sich auch zur Zeit der tagenden Friedenskonferenzen in den Händen der Feindbundmächte England und Frankreich befanden. Auch aus der mehr als traurigen Geschichte der Eroberung der deutschen Kolonien leuchtete für jeden Einsichtigen das unbestreitbare Recht Deutschlands und das ebenso unbestreitbare Unrecht Englands und Frankreichs als lichtes Zeichen hervor. Ihm hätte erschütternd bewußt werden müssen, was jedem unparteiischen Europäer längst bewußt geworden war, daß die deutschen Kolonien nur unter dem eklatantesten Bruch aller bestehenden Verträge und entgegen jeder höheren Vernunft zerschlagen und erobert worden sind. Erkennen hätte der Präsident der Vereinigten Staaten müssen, so er überhaupt guten Willens war, daß Neid und Habsucht, Mißgunst und Haß gegenüber dem Deutschen Reich und Volk die Treibfedern sind, die das imperialistische Ziel der Zertrümmerung des deutschen Kolonialreiches durch seine Eroberung und dauernde Annektierung veranlaßten, somit also auch zur Entfesselung des Weltkrieges entscheidenden Antrieb geleistet haben. So Präsident Wilson guten Willens gewesen wäre, hätte er ferner zu erkennen wenig Mühe gehabt, daß die Eroberung und dauernde Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes zu den wichtigsten Kriegs- und Friedenszielen der Feindbundmächte gehörte, daß er also in der Frage der Verwirklichung seines Punktes V der geschlossenen Phalanx der europäischen Annexionisten, der unerbittlichen Front der Imperialisten der Alten Welt gegenüberstand. So also konnte auch seinem forschenden, prüfenden Auge nicht verborgen bleiben, daß unter der Führung des gerissensten Politikers des Britischen Weltreiches die Imperialisten der Alten Welt die Rechtfertigung des Raubes der deutschen Kolonien unter Anwendung aller Mittel, besonders aber der moralischen Phrase von der Unverletzlichkeit der ewigen Menschenrechte, der Kolonialschuldlüge, der kolonialen Unwürdigkeitserklärung des Deutschen Reiches und Volkes, anstrebten. Der Präsident der Vereinigten Staaten hätte erkennen müssen, so er guten und reinen Willens war, daß durch die Aushöhlung seines Punktes V durch die Imperialisten der Alten Welt, durch die Übereignung der deutschen Kolonien an die imperialistischen Mächte seinem ganzen Friedensprogramm und Befriedungswerk der tiefere Sinn genommen und die Aktionsfähigkeit seiner Lieblingsschöpfung, des Völkerbundes, durch die Belastung mit dem Mandatssystem eingeschränkt, wenn nicht überhaupt vernichtet werden würde.

War Präsident Wilson in der Einlösung des Versprechens, das sein Punkt V enthält, guten Willens, dann mußten die Worte seines größeren Landsmannes, des ewigen Rauhreiters und früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, mit denen er der deutschen Kolonisatoren Afrikas und ihrer kolonisatorischen Arbeit voll des höchsten Lobes gedenkt, als Mahnung zur Gerechtigkeit vor seinem Geiste und Gewissen stehen:

„... Ich war nicht vorbereitet auf die interessanten Typen unter den Deutschen, die Pflanzer, die Zivilbeamten, die Offiziere, die weiße und eingeborene Truppen befehligt hatten oder zu übernehmen im Begriff waren. Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft; wenn man sie sah, dann verstand man leicht, warum Deutschland in Ostafrika so zusehends emporgeblüht ist ..."

Ist wirklich ernstlich anzunehmen, so müssen wir Deutschen füglich fragen, daß Präsident Wilson die Auslassungen Roosevelts und dessen Buch „Afrikanische Wanderungen eines Naturforschers und Jägers" unbekannt geblieben sind? Standen aber als lautere Quellen zur Vervollständigung seines Wissens über das deutsche Kolonialreich und seine Geschichte, über

die deutschen kolonisatorischen Leistungen und Großtaten, dem Präsidenten nicht unzählige andere Werke, standen ihm nicht zahllose Zeugnisse kolonialkundiger Männer gerade aus den Ländern der Feindbundmächte zur Verfügung? Sind die Anerkennungen, die englische Gouverneure aus den Kolonien, Staatsmänner, Offiziere und Kaufleute dem deutschen Kolonialstreben ausgesprochen haben, dem Präsidenten unbekannt geblieben? — Bei der anerkannten peinlichen, schulmeisterlichen Gründlichkeit, mit welcher der Präsident der Vereinigten Staaten alle Fragen seines Friedensprogramms überprüft und durch Beachtung eines ungeheuren Materials vervollständigt hat, müßte das füglich bezweifelt werden. Die offensichtliche Unkenntnis des Präsidenten in der Frage der deutschen Kolonien und ihres Schicksals läßt aber dennoch alle diese Zweifel zu! So muß also abermals und sehr ernst gefragt werden, woher dann überhaupt der Präsident der Vereinigten Staaten seine Kenntnisse über die deutschen Kolonien, über ihre Erwerbung durch Deutschland, ihre Hebung und Verwaltung durch die deutsche Regierung geschöpft hat? — Soll also Baker, einer der getreuesten und vertrautesten Mitarbeiter des Präsidenten Wilson, in seinen Veröffentlichungen „Memoiren und Dokumente zu Versailles" tatsächlich recht haben, wenn er von einer geradezu unverantwortlichen Leichtsinnnigkeit spricht, mit der im „Rat der Zehn", mit der vor allem aber von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das deutsche Kolonialproblem behandelt worden ist? Es ist dem unvoreingenommenen Betrachter der Geschehnisse unbegreiflich, wie Woodrow Wilson jämmerlich vor der allerdings geschlossenen Phalanx der Deutschenfeinde in der Frage der Kolonien kapitulierte! Es ist, als habe er den berühmten Punkt V seines Friedensprogramms vollständig aus dem Gedächtnis verloren. Wie hätte er sonst vor dem feindlichen Vernichtungswillen einen schändlichen Rückzug antreten können? Wie hätte er selbst die Behauptung aufstellen können, daß die schlechte Verwaltung der Kolonien durch Deutschland den Feindbundmächten ein unbezweifelbares Recht auf Sanktionen gebe? Wie hat Woodrow Wilson, seines Zeichens Erlöser und Friedensstifter, vor der ganzen Welt die Behauptung aufstellen können, daß die eingeborene Bevölkerung der deutschen Kolonien durch die Schuld der deutschen Verwaltung namenlos verwahrlost und hilflos gewesen sei! Die Eilfertigkeit, mit welcher Herr Woodrow Wilson, wie so mancher einflußreicher Vertreter europäischer und überseeischer Völker der allgemeinen Psychose gegen Deutschland und der Haßpropaganda, besonders der englischen Presse, erliegend, sich eine Meinung von dem Volk der Deutschen, seiner Ehrenhaftigkeit, seiner Tüchtigkeit schuf, ist zumindest

verdächtig. Diese Eilfertigkeit läßt einen mehr als ungünstigen Rückschluß auf den vorhandenen guten Willen zu! Niemals hätte auch Herr Woodrow Wilson, dessen verpfändetem Wort gerade das Volk der Deutschen rückhaltloses Vertrauen entgegenbrachte, eine solche Verdächtigung Deutschlands und seiner kolonialen Tätigkeit aussprechen dürfen! Wenn er in der Frage der Eingeborenenbehandlung nicht den zahlreichen amtlichen Veröffentlichungen Deutschlands in der Vorkriegszeit, die eindeutig den Beweis dafür erbringen, mit welchem Verständnis und mit welcher Sorgfalt die deutschen Kolonisatoren auf die Eigenart und die Bedürfnisse der ihnen anvertrauten Farbigen eingegangen sind, wie vorgekommene Fehlgriffe und erwiesene Schuld, wie Brutalitäten und Ungerechtigkeiten durch unparteiische Richter in öffentlichen Verhandlungen festgestellt und öffentlich abgestraft worden sind, wie neben der deutschen Verwaltung und Gerichtsbarkeit auch vor allen Dingen die deutschen Missionen zum Wohle der eingeborenen Bevölkerung in den Kolonien gearbeitet haben, wie die Kultivierung der eingeborenen Bevölkerung durch die Schaffung zahlreicher Schulen gefördert worden ist, wie von der deutschen Regierung ungewöhnlich hohe Beträge für das Gesundheitswesen in den Kolonien aufgewendet worden sind, Glauben schenken will, dann soll er wenigstens den Urteilen aufrechter Engländer, wie Cecil Rhodes, Hamilton, Harry Johnston, soll aufrechten Franzosen, wie Paul Leroy, soll den Zeugnissen seiner eigenen Landsleute Gibbons und Roosevelt Glauben schenken. Muß Woodrow Wilson von uns Deutschen nicht weiter gefragt werden, ob ihm niemals etwas bekanntgeworden ist von der Tätigkeit deutscher Ärzte und Wissenschaftler in den deutschen Kolonien zum Wohle und zum Schutze der Eingeborenen? Ist ihm der Name Robert Koch, der doch gerade in USA. mit allem Prunk gefeiert worden ist, so völlig unbekannt geblieben?

Wo hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, sein Wissen über die deutsche Kolonialtätigkeit und die deutsche Kolonialpolitik herbezogen? Mit welchem Recht spricht er gegen Deutschland die schwersten Beschuldigungen aus, ohne die Beschuldigten überhaupt jemals gehört zu haben? Sind das „Blaubuch" der Engländer, das „Handbuch über die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien", das Pamphlet Lewins „Deutsche Kolonisatoren in Afrika", sind das die einzigen Quellen gewesen, aus denen er seine Kenntnisse über das Kolonialproblem schöpfte?

Allein schon die Erinnerung an die wissenschaftlichen Großtaten eines Robert Koch für die farbigen Bevölkerungen der ganzen Erde, von aller Welt gekannt und bewundert, mußten den Präsidenten der Vereinigten

Staaten angesichts des Vernichtungswillens der alliierten Imperialisten hindern, seine Diffamierung Deutschlands auszusprechen, daß durch deutsche Schuld die Eingeborenen seiner Kolonien verwahrlost und hilflos vorgefunden worden seien!

Sind dem amerikanischen Präsidenten die angestrengten Bemühungen der deutschen Regierung bekannt gewesen, die zum Ziele hatten, gemäß den bestehenden Verträgen die Ausdehnung des europäischen Krieges auf die überseeischen Besitzungen unter allen Umständen zu verhindern? Hat sich der Präsident jemals überhaupt nur die Frage vorgelegt, wer eigentlich die Eingeborenen in Afrika militarisiert hat? Ist es Deutschland gewesen oder waren es nicht vielmehr die Feindbundstaaten England, Frankreich, Belgien, Portugal? Sind dem Präsidenten die Tatsachen unbekannt geblieben, daß die Feindbundmächte ihre farbigen Divisionen selbst auf den europäischen Kriegsschauplätzen gegen Weiße, gegen Deutsche kämpfen und sich zum größten Teil verbluten ließen? Warum glaubte er allzu willfährig das Märchen von den deutschen Absichten, die angeblich darauf hinausliefen, in Zentralafrika durch rücksichtslose Militarisierung der Eingeborenen große Armeen aufstellen zu wollen? Es würde sich als ratsamer erwiesen haben, wenn der Befrieder der europäischen Welt und voreilige Verdammer Deutschlands als Kolonialmacht sich einmal die bunte Musterkarte der durch die Feindbundstaaten militarisierten farbigen Divisionen angesehen hätte. Nach dem Willen der französischen Militärs zahlten die Eingeborenen der afrikanischen Kolonien auf europäischen Schlachtfeldern einen grauenhaften Blutzoll für die Größe und den Ruhm Frankreichs. Bei gutem Willen mußte der Präsident die Verlogenheit und Unehrlichkeit der Feindbundpropaganda erkennen! Bei gutem Willen konnte der Präsident sich leicht unter Berücksichtigung des tatsächlichen Materials über die Kolonialfrage ein unparteiisches Urteil formen! Aber war der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, guten Willens, als er nach den Machwerken der Feindbundpropaganda greift, ihre Behauptungen gläubig hinnimmt und sich nicht scheut, dieselben diffamierenden Beleidigungen und Verdächtigungen der Deutschen auszusprechen und zum Postulat für alle kommenden Entscheidungen zu erheben?

So muß man auch weiterhin fragen, ob dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Geheimabkommen zwischen den Verbündeten bekannt gewesen sind? Diese Geheimabkommen sehen eine Neuverteilung der kolonialen Welt, insbesondere aber eine Enteignung und Neuverteilung der deutschen Kolonien vor. Es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß dem Präsident diese

Geheimverträge, zwischen den Großmächten abgeschlossen in den ersten Jahren des Weltkrieges, sehr wohl bekannt geworden sind! Aus dem eigenen Lager findet sich gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten der unerbittliche Ankläger. Der amerikanische Senator Ny stellt unter Beweis, daß der Präsident in der Lösung der Kolonialprobleme zum Schaden des auf ihn und seine Ehrlichkeit vertrauenden deutschen Volkes mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit vorgegangen sei. Er stellt, bis zum heutigen Tage unwiderlegt, die Behauptung auf, daß der Präsident sehr genau die zwischen den kriegführenden europäischen Mächten England, Frankreich, Italien und weiterhin zwischen England, Frankreich und Japan abgeschlossenen Geheimverträge über die Annexion und Verteilung der deutschen Kolonien gekannt hat!

Trifft die Feststellung des Senators Ny tatsächlich zu, dann ist mit aller Wahrscheinlichkeit der Schlüssel zu dem Verhalten des amerikanischen Präsidenten in der Frage der deutschen Kolonien und ihres Schicksals gefunden!

Woodrow Wilson kapituliert in der Frage der deutschen Kolonien zum Nachteile der Wahrheit und Gerechtigkeit vor der unerbittlich in ihrer Raubgier erscheinenden Front der europäischen Imperialisten, er kapitulierte aus der Einsicht der Hoffnungslosigkeit eines Widerstandes gegen die in Geheimverträgen bereits vorgesehene und in der Wirklichkeit bereits durchgeführte Annexion der deutschen Kolonien. Da der Präsident der Vereinigten Staaten alle Geheimabkommen der Alliierten in der Frage der Kolonien nach den Behauptungen seines bedeutenden Landsmannes, des amerikanischen Senators Ny, gekannt hat, kommt seinen Absichten, ausgesprochen in seinem Punkt V seines Programms der „Vierzehn Punkte", eine tiefere Bedeutung überhaupt nicht mehr zu. Dieser Punkt V, ehemals als Grundlage für die Lösung der Kolonialprobleme sowohl von dem vertrauenden Volk der Deutschen angenommen, als auch von den Alliierten im gleichen Sinne mit bindender Verpflichtung anerkannt, ist angesichts der schimpflichen Kapitulierung des Präsidenten zu einer Farce geworden. Die Bemäntelung und Rechtfertigung des Raubes der deutschen Kolonien durch die Humanitätsphrase kann über die Größe des Unrechtes und über das jämmerliche Versagen des amerikanischen Weltbeglückungsapostels nicht hinwegtäuschen. Es ist und bleibt Blasphemie, die Beraubung der deutschen Nation als gottgewolltes Werk hinstellen zu wollen, es bleibt verlogenste Heuchelei, wenn Wilson, wenn die vereinigten Imperialisten der beteiligten Nationen die Ausplünderung des deutschen Volkes als im Namen des ewigen Men-

schenrechtes geschehen rechtfertigen wollen. Auch die Behauptung, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Kolonien an ihre rechtmäßigen Besitzer fordere, gehört in das Reich der Fabel.

Die vernichtende moralische Niederlage des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Frage der Lösung der Kolonialprobleme, der Verrat des Punktes V seines Friedensprogrammes, wird gerade in der öffentlichen Weltmeinung mit tiefer Beschämung empfunden und offen und verhüllt festgestellt. Auch in den Tagen, da in den Friedensvorbesprechungen im „Rat der Zehn" zu Paris in grenzenloser Frivolität die Würfel über das Schicksal des deutschen Kolonialbesitzes geworfen werden, werden in der Öffentlichkeit der Länder der Alliierten und in der öffentlichen Meinung der neutralen Staaten gewichtige Stimmen laut, die ganz allgemein und besonders in der Frage der deutschen Kolonien Gerechtigkeit gegenüber dem deutschen Volke fordern.

Noel Buxton, Mitglied des englischen Unterhauses, hält am 25. Januar 1919 zu Manchester vor allen Kreisen der englischen Bevölkerung eine mitreißende Rede, in der er das koloniale Problem aufzeigt und den englischen Imperialisten die eindeutige Bescheinigung der Heuchelei und Lüge ausstellt.

Noel Buxton spricht mit eindringlichen Worten davon, daß durch eine umfangreiche Propaganda, gefördert in England, ganz allgemein die Anschauung in der Frage der deutschen Kolonien herrsche, daß ihre Rückgabe an Deutschland nicht geschehen könne. Für diese Verweigerung der Rückgabe der deutschen Kolonien habe die englische Politik Gründe der Pflicht, der Moral, der Ehre und auch imperialistische Interessen vorgebracht. Es sei somit die Forderung nach der Annektierung der deutschen Kolonien durch England im englischen Denken Allgemeingut geworden.

Noel Buxton lehnt aber in eindringlichen Worten diese Auffassung von dem Schicksal der deutschen Kolonien unbedingt ab und gibt dem englischen Volk zu bedenken, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kolonien und ihre Annexion durch England ein Unglück und für den Weltfrieden verhängnisvoll sein werde. Außerdem aber habe England sich sowieso zu dem Grundsatz: „Keine Annexionen!" bekannt.

Das Verhalten des amerikanischen Präsidenten ist selbstverständlich dem englischen Unterhausmitglied unbekannt geblieben, und so erläutert er seinen zahlreichen Hörern, daß auf der Friedenskonferenz vor allen Dingen Amerika zu einem Hauptfaktor des Widerstandes gegen alle Annexionsabsichten und zu einem Verfechter der „Politik der offenen Tür" in allen überseeischen

Ländern werde. Mahnend erhebt Noel Buxton seine Stimme und warnt vor einer Nichtanerkennung der deutschen Ansprüche in Afrika. Durch eine solche Nichtanerkennung werde Deutschland veranlaßt werden, den Krieg wieder aufzunehmen und weiterzuführen. Deutschland werde dann mit gutem Recht behaupten können, daß es einen Verteidigungskrieg führe.

Der englische Parlamentarier befindet sich, wenn er bei den Deutschen und ihrer Regierung, die bei jeder Gelegenheit ihre Friedensbereitschaft bis zur Selbstaufgabe betonen zu müssen glaubt, noch den ernstlichen Widerstandswillen und eine erneute Bereitschaft zu einem Verteidigungskrieg vermutet, in einem verhängnisvollen Irrtum. Immerhin aber ist diese Ansicht für uns Deutsche insofern interessant, als sie eine sehr hohe Meinung von den kämpferischen Eigenschaften der deutschen Nation ausspricht.

Noel Buxton weist auch den Vertretern der Theorie von einer Stellung der deutschen Kolonien unter eine internationale Kontrolle eindeutig nach, daß das keine befriedigende Lösung des ganzen Problems bringen würde, aber dafür eine unverkennbare, schwere Kränkung des deutschen Ehr- und Souveränitätsgefühls bedeuten würde. Er spricht es offen aus, daß „nationale Eifersucht sich nicht durch einen Federstrich aus der Welt schaffen lasse"!

Auf der Suche nach einer hoffnungsvollen Lösung der Kolonialfrage kommt das Unterhausmitglied Noel Buxton zu der Ansicht, daß „die beste Lösung eine Ausdehnung der Grundsätze der Kongoakte von 1885 auf das gesamte tropische Afrika unter Aufrechterhaltung der bestehenden Souveränitäten, abgesehen vom Kolonialtausch auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen, sein werde"!

Der Engländer Noel Buxton kommt also zu der Erkenntnis, daß alle Rechtfertigungsversuche für die Annexion der deutschen Kolonien durch England nicht ausreichen, um das ungeheure, damit den Deutschen angetane Unrecht zu übertünchen. Seine Folgerung von der Gefährdung des Weltfriedens als Folge einer kolonialen Enteignung Deutschlands trifft zwar für den Augenblick infolge der absoluten Wehrlosigkeit Deutschlands nicht zu, läßt aber infolge der Verletzung des deutschen Ehrgefühls trübe Prophezeiungen für die Zukunft zu. Die Feststellung, daß England auf „Annexionen" Verzicht geleistet habe durch die Anerkennung des Grundsatzes „Keine Annexionen", ist ein Peitschenhieb in das Gesicht aller englischen Raubpolitiker und Imperialisten. Dieser Peitschenhieb kommt von einem Briten! Die Lösung des Kolonialproblems auf dem Wege über eine Ausbreitung der Kongoakte muß von Deutschland abgelehnt werden.

Die Entstehung der Kongoakte verdankt die kolonisierende Welt im wesentlichen der Initiative und Mitwirkung Deutschlands. Die Kongoakte von 1885 wurde zum Heile der farbigen Bevölkerung abgeschlossen. Wer hat die Kongoakte in ihrem ganzen Umfang zu Beginn des Weltkrieges, ja fast schon vor seinem Ausbruch, als Fetzen betrachtet und zerrissen zum Unheile der ganzen Menschheit? Ist es Deutschland gewesen oder waren es nicht in allererster Linie England und Frankreich? — Der brutale Bruch der Kongoakte durch die beiden westlichen Großmächte ist ein warnendes Beispiel für die Völker, die beabsichtigen, mit Frankreich und England Verträge zu schließen. Dieses Beispiel lockt weder zu einer unmittelbaren Nachahmung, noch zu einer Wiederholung im alten Stil!

Trotz dieser Fehlkonstruktion einer Lösung des Kolonialproblems muß dankbar von uns Deutschen anerkannt werden, daß der Engländer Noel Burton inmitten einer feindlichen Welt den Versuch macht, uns Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Am 1. Februar 1919 folgt ihm die englische Zeitschrift „The Nation" mit folgendem, im Auszug wiedergegebenen Aufsatz:

„... Der Rat der Verbandsmächte befaßt sich zur Zeit mit dem Schicksal der deutschen Kolonien. Alle Verbandsmächte erachten ihre Rückgabe an Deutschland für ausgeschlossen, und theoretisch bleiben drei Möglichkeiten offen: 1. Annexion in der altmodischen Art. 2. Oberherrschaft des Völkerbundes mit Übertragung von Mandaten der Verwaltung. 3. Direkte Verwaltung durch eine internationale Beamtenschaft. Wilson, so heißt es, ist für die zweite Möglichkeit. Der einfache Mann aber wird sich sagen, daß, wenn die Mächte als Mandatare lediglich die Gebiete erhalten, die sie sich als Eroberer in Geheimverträgen verschrieben, der Unterschied nur in den Worten liegt ..."

In aller Öffentlichkeit wird also am 1. Februar 1919 durch eine der bedeutendsten Zeitschriften Englands die Tatsache ausgesprochen, daß die Eroberer der Kolonien noch während des Krieges die Aufteilung der erst noch zu erobernden deutschen Überseebesitzungen durch den Abschluß von Geheimverträgen an die vertragschließenden Mächte zur vollendeten Tatsache werden lassen. Wie ein Scheinwerfer auf die ganze schimpfliche Komödie von Paris und Versailles ist diese Feststellung. Im grellen Licht des Strahlenkegels liegt die ganze Heuchelei der Kolonialschuldlüge. Für alle Augen sichtbar ist die Unwahrhaftigkeit, mit der von Wilson und den Staatsmännern der Alliierten gegen die Deutschen die Humanitätsphrase angewendet wird zur Konstruierung einer Schuld, die die Deutschen niemals auf ihre Schultern geladen haben, zur Konstruierung eines Rechtes, das den Feindbundmächten niemals gegeben worden ist, gegeben werden konnte. Die bestehenden Geheimverträge über die Aufteilung der kolonialen Besitzungen Deutschlands lassen den Mandatsgedanken nur noch als Farce erscheinen. Und er ist es in seiner Verwirklichung auch geworden. „The Nation" fährt fort:

„... Das Mandat sollte der Reihe nach an alle vertrauenswürdigen Mächte kommen, die Feinde und die Neutralen nicht ausgeschlossen. ‚Mandate für die Sieger' wäre nur eine Variante für das alte Beuteprinzip ...!"

Wir müssen uns erinnern, daß im Kriegsjahr 1917 in der Geographischen Gesellschaft zu London der Miteroberer der deutschen Kolonien, der General Smuts, im Namen der Südafrikanischen Union sowohl wie des gesamten Britischen Weltreiches sich offen für eine „Annexion" in der alten Art aussprach! Wir müssen weiterhin bedenken, daß es derselbe General Smuts ist, der zu Paris in die Wilsonsche Gedankenwelt die leuchtende Theorie des Mandats geworfen hat! Sich dieses seltsamen Spieles des Südafrikaners ganz bewußt zu werden, heißt das Intrigenspiel der Politik der englischen und französischen Imperialisten völlig durchschauen.

Aus dieser gewonnenen Erkenntnis von dem britischen Ränkespiel: Zuerst in Geheimverträgen die deutschen Kolonien als Siegerbeute zu verteilen und dann als Sieger sich für diese Gebiete durch den Völkerbund zur Sanktionierung des Raubes noch Mandate verleihen zu lassen, ist für Deutschland der ganze Mandatsgedanke überhaupt und das Mandatsrecht mit ihm abzulehnen, denn beide sind nichts anderes „als eine neue Variante des alten Beuteprinzips"!

Die Stimmen, die in England Gerechtigkeit für Deutschland in der Frage seiner Kolonien fordern, mehren sich. Am 15. Februar 1919 meldet sich „Common Sense" mit folgenden Ausführungen:

„... Wenn der Völkerbund etwas anderes als nur eine kurzlebige Posse sein soll, müßten die Verbündeten selbst und die Neutralen ihre eigenen Kolonien unter seine Kontrolle stellen. Niemand mit gesunden Sinnen wird behaupten wollen, daß eine große Nation wie die deutsche, die ebenso gute koloniale Fähigkeiten besitzt wie andere kontinentale Länder auch, einen Augenblick länger als nötig Vorrechte, wie sie Portugal und Belgien genießen, entbehren will. Wenn diese Anregung ausgeführt wird und Deutschland einen angemessenen Teil an den in Frage kommenden Gebieten erhält — das Gebiet sollte, wie in allen Fällen, der Dichtigkeit seiner heimischen Bevölkerung entsprechen —, würde sich der Völkerbund als ein dauernder

Segen für die ganze Menschheit erweisen. Im anderen Falle können wir nur eine entsetzliche Zukunft erwarten, wie sie uns Rolland prophezeite: ‚Eine Epoche des Hasses, neue Vergeltungskriege und die Zerstörung der europäischen Kultur‘ ...“

Daß der Verfasser dieser wirklich bedeutsamen Ausführungen der Theorie von einer „segensreichen Wirkung des Völkerbundes“ erliegt, kann unter Berücksichtigung der Tatsache, daß zu jener Zeit alle Welt im Völkerbund eine Erlösung von allen Leiden erblickte, nicht verwundern, daß er aber über die eindeutige Anerkennung des deutschen Rechtes auf Kolonialbesitz überhaupt oder auf das Recht auf Zuteilung von afrikanischen Gebieten hinaus fordert, daß die Zuteilung dieser tropischen Gebiete „wie in allen Fällen nach der Dichtigkeit der heimischen Bevölkerung“ zu erfolgen habe, gibt der deutschen Forderung nach einer Aufteilung der kolonialen Gebiete nach den Gesetzen der Vernunft Ausdruck. Der Wahnsinn und die Habgier der englischen Imperialisten, die sowieso schon den Großteil der Welt besitzen, kann nicht vernichtender beurteilt und verdammt werden als durch diese Forderungen eines aufrechten Engländers.

Und überraschend erhebt in Paris, also am Ort der Friedenskonferenzen, wo die Würfel um das Schicksal und den Besitz der deutschen Kolonien heftig durcheinanderrollen, am 1. Januar 1919 die sozialistische Zeitung „L'Humanité“ ihre Stimme und spricht in offenen Worten das aus, was eigentlich alle Staatsmänner und Politiker, was alle Friedensdelegierten hätten längst offen bekunden sollen, so ihnen an der Erreichung eines wirklichen Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes gelegen war.

Mit eindringlicher Mahnung fordert „L'Humanité“ von den Staatsmännern, daß sie einen Frieden des Rechtes schließen sollten. Um dieses Friedens willen müßten aber den Deutschen ihre Kolonien zurückgegeben werden. Mit beißender Ironie werden die Beteuerungen der Imperialisten gegeißelt, die vier Jahre lang vorgaben, den „Krieg um der Gerechtigkeit willen“ geführt zu haben, die, obgleich sie selbstverständlich ihre eigenen Kolonien zu behalten wünschten, sich aber außerdem noch die eroberten deutschen Kolonien als Kriegsbeute einzuverleiben versuchten. „L'Humanité“ beschuldigt die Imperialisten, daß sie die Absicht hätten, die dazugewonnenen deutschen Kolonien genau so wie ihre bisherigen Kolonien nach den „wilden Methoden des Kapitalismus“ auszubeuten. „L'Humanité“ widerlegt damit, wenn auch indirekt, die im englischen Blaubuch vorgebrachten Beschuldigungen Deutschlands. „L'Humanité“ zeigt aber mit einem einzigen Satz die ganze Brutalität der annexionistischen Kreise auf, indem er

feststellt, daß es ein Unrecht sei, ein „übervölkertes Land wie Deutschland, ohne es solbst zu fragen, einfach seiner Kolonien zu berauben“.

„L'Humanité“ nennt ironisch diesen Beginn des Friedensschlusses „den ersten Akt eines Rechtsfriedens“!

Inmitten der tagenden Vollkonferenzen der Friedensdelegationen zu Paris, am Tagungsort des „Rates der Zehn“, erhebt sich diese mahnende Stimme. Der Kalender zeigt den 1. Februar 1919. Der Präsident der Vereinigten Staaten hätte sich also, wenn er guten Willens war, diese Stimme zu hören, bei der Verwirklichung der Ideen von der Neuordnung der Welt nach den zwingenden Geboten menschlicher Vernunft, noch immer ein besseres Bild von der wirklichen Bedeutung und der tatsächlichen Tragweite des Kolonialproblems und seiner Lösung machen können.

Aber die Stimme der „L'Humanité“ verliert sich ungehört in einem wirr und wild aufrauschenden Strudel egoistischer Leidenschaften. Sie geht unter wie viele andere Stimmen aus der französischen Geisteswelt, die bei allem sprichwörtlichen, französischen Patriotismus dennoch nicht ganz das Gefühl verloren haben für Gerechtigkeit und Wahrheit auch dem „besiegten“ Deutschland gegenüber. So geht auch die mahnende Stimme des wohl anerkanntesten französischen Kolonialschriftstellers Victor Bérard unter. Er veröffentlicht bedeutsame Ausführungen zur Lösung des Kolonialproblems am 18. Februar 1919 im „Journal de Genéve“ unter dem Titel: „Deutsche Kolonien und Frankreichs Sicherheit.“ Gewiß stellt sich diesem Kolonialkenner Frankreichs das deutsche Kolonialproblem und seine Lösung, soweit er die Sicherheit seines Vaterlandes und dessen afrikanischer Besitzungen gefährdet sieht, in einem für uns unbegreiflichen Blickpunkt dar. Aber trotzdem kann auch Bérard nicht an der Tatsache vorüber, daß das deutsche Recht auf kolonialen Besitz undeutelbar ist. Er schreibt unter anderem:

„... Artikel V des Wilson-Programms von 1918 war ein Versuch, zwischen den Forderungen Englands und Deutschlands in der Kolonialfrage eine Lösung durch ein Schiedsgericht auf Grund des Prinzips der Interessen der eingeborenen Bevölkerung zu finden. Die englische öffentliche Meinung will Deutschland keine Kolonien zubilligen, hier wird Amerika einen schweren Stand haben, den obigen Artikel durchzusetzen. Aber Frankreichs Sicherheit ist dabei unmittelbar berührt. Hat Deutschland keine Kolonien mehr, so könnte es leicht den heiligen Krieg der Schwarzen entfachen, wie es während des Weltkrieges den Heiligen Krieg des Islams predigte, wo es keine muselmännischen Untertanen hatte. Um der Sicherheit der Welt willen muß Deutschland an der Kolonialkultur interessiert bleiben.

Man möge Grenzkorrekturen in Kamerun und Ostafrika vornehmen, aber Deutschland muß ein dem bisherigen gleichwertiges afrikanisches Negerreich behalten. Da die Pariser Konferenz beschlossen hat, daß die deutschen Kolonien unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden, muß Deutschland ein Verwaltungsmandat über Kamerun und Ostafrika erhalten...!"

Sonderbar malt sich im Kopfe dieses Kolonialkenners Frankreichs die politische und koloniale Welt. Er sieht selbstverständlich, wie könnte es bei einem guten Franzosen anders sein, die Sicherheit seines Vaterlandes immer und überall, in diesem Falle sogar in Afrika durch einen, von den bösen Deutschen inszenierten Heiligen Krieg der Schwarzen bedroht und vergißt dabei ganz, daß sein Vaterland über den Großteil von Afrika Souveränitätsrechte ausübt, daß weiterhin sein eigenes Vaterland eine Riesenarmee Farbiger in Europa und in seinen afrikanischen Kolonien hält, er übersieht bei der Erwägung einer Mandatsgewährung an Deutschland auch, daß immerhin Deutsch-Südwestafrika und Togo nicht ganz unbedeutende deutsche Besitzungen in Afrika sind, aber er übersieht nicht, und dieses muß auch ihm gedankt werden, daß das deutsche Recht auf kolonialen Besitz und kolonisatorische Betätigung unbestreitbar ist. Er stellt fest, daß man zur Erhaltung der Sicherheit Deutschland unter allen Umständen weiterhin kolonial interessiert halten müsse. Er stellt weiterhin fest, daß selbst nach vorgeschlagenen Grenzkorrekturen in Kamerun und Ostafrika Deutschland im Besitze eines gleichgroßen afrikanischen Negerreiches bleiben müsse. Ihm sind auch die Raubabsichten der englischen Imperialisten sehr genau bekannt, denn er sagt den Amerikanern bei der Durchsetzung des Punktes V des Wilson-Programms einen schweren Stand voraus.

Da Victor Bérard diese Feststellung trifft, wußte er nicht, daß inzwischen Woodrow Wilson, daß also die Amerikaner diesen Punkt V längst an die Imperialisten verraten hatten, daß für sie also keine Notwendigkeit mehr vorlag, auf warnende Stimmen zu hören und Deutschlands Recht auf die Einlösung der feierlich gegebenen Versprechungen zu respektieren durch eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche"!

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sich offensichtlich in dem Bestreben, auch von sich aus seinen Verrat des eigenen Friedensprogramms zu rechtfertigen, ganz dem Beispiel der englischen Imperialisten folgend, in der ersten Februarhälfte des Jahres 1919 völlig des englischen „Blaubuches" bemächtigt, denn er benutzt die darin konstruierte Kolonialschuldlüge als schwerwiegendes Argument gegen die vertrauenden Deutschen und

versetzt sie in den Anklagezustand. Durch diese Handlung, die in ihrer Perfidie unübertroffen ist und bleiben wird, sollen die deutschen Ansprüche auf Kolonialbesitz für alle Zeiten vernichtet werden.

Die vollkommen unparteiische, holländische Zeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet aus Paris am 17. Februar 1919:

„...Wilson hat am Sonnabend in seiner Rede über den Völkerbund u. a. gesagt: ‚Es ist eine der vielen elenden Enthüllungen der letzten Jahre gewesen, daß die Großmacht, die jetzt glücklich geschlagen ist, hilflosen Menschen in einzelnen Kolonien, die sie annektiert hatte, eine unerträgliche Last ungerechter Behandlung auferlegte. Ausrottung dieser Menschen viel eher als ihre Entwicklung war Deutschlands Interesse. Ihr Land zu besitzen war Deutschlands Wunsch. Nun aber hat die Welt ihr Gewissen in dem Gesetz ausgesprochen, daß dem allen ein Ende gemacht werden wird!'

Allein schon aus einem Gesichtspunkt historischer Berichterstattung ist es nötig, auch den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit ein wenig zu hören. Die Deutschen sind der Meinung, daß man von jener ‚Enthüllung' niemals etwas gehört haben würde, wenn die Ententemächte, namentlich England, nicht den Wunsch ins Auge gefaßt hätten, die deutschen Kolonien in Besitz zu nehmen. Nach deutschem Standpunkt sind es nicht diese ‚Enthüllungen' gewesen, die England genötigt haben, im ‚Interesse der Eingeborenen' die deutschen Kolonien zu übernehmen, vielmehr verlangten die Engländer diese Kolonien als einfachen Siegespreis.

Anstatt nun aber rundheraus zu sagen: Wir haben Deutschland geschlagen, und das hat uns viel Geld gekostet, und darum nehmen wir Deutschlands Kolonien, machen die Engländer hierfür eine altruistische Ausrede. Sie geben vor, diese Kolonien nicht für sich selbst, sondern aus reiner Nächstenliebe zu annektieren (oder wie sie sagen: als Mandatar zu verwalten), und um ihr Ziel zu erreichen, haben sie tendenziöse Broschüren geschrieben über deutsche Greuel gegenüber den Eingeborenen.

Zahllose Broschüren sind bereits von den Deutschen veröffentlicht worden, um zu beweisen, daß die deutsche Kolonialgeschichte nicht reicher, sondern ärmer gewesen ist an derartigen Greueln gegen Eingeborene als die der anderen Mächte, insbesondere Englands, und daß die Deutschen, namentlich mit Rücksicht auf die kurze Zeit und die mangelhaften Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, auf kolonialem Gebiet den Vergleich mit anderen Nationen aushalten könnten. Deutscherseits weist man in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die gesamte Idee, nach der die deutsche Kolonialverwaltung so schlecht sein sollte, erst während des Krieges entstanden ist,

und daß vor dieser Zeit des Völkerhasses gerade die englischen Kolonialbehörden und Zeitungen die Deutschen auf diesem Gebiet am meisten zu rühmen pflegten..."

Bevor der weiteren Entwicklung der entscheidenden Verhandlungen in der Kolonialfrage im „Rat der Zehn" und in den Vollkonferenzen alle Aufmerksamkeit zugewendet wird, erweist es sich als ratsam, noch einer Reihe anderer Stimmen der außerdeutschen öffentlichen Meinung das Ohr zu leihen; besser als auf diese Weise können der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit die politische Komödie von Paris und Versailles und ihre geradezu grauenhaften Folgen nicht unter Beweis gestellt werden.

Die holländische Zeitung „Allgemeen Handelsblad" läßt sich am 17. Februar 1919 in einem Leitartikel also vernehmen:

„...Daß der Entwurf (zum Völkerbund) von den Siegern auf dem Schlachtfeld im vollen Bewußtsein ihrer alles beherrschenden Macht beeinflußt ist, bleibt nicht einen Augenblick verborgen. Dies kommt namentlich zum Ausdruck bei der Frage der Behandlung der Kolonien. Nirgends werden so viele schöne Worte, die ganz dem Grundgedanken des Völkerbundes entsprechen könnten, gebraucht, aber leider nur, um die Gedanken der häßlichen Wirklichkeit zu verbergen. Man kann sich immerhin irren, aber einstweilen bleibt der Eindruck eines mehr oder weniger scheinheiligen Versuches, die Verteilung des kolonialen Beutezuges mit salbungsvollen Schlagworten zu verdecken und Deutschland im Widerspruch mit den auf Grund des Waffenstillstands berechtigten Erwartungen seiner Kolonien zu berauben..."

Ebenfalls am 17. Februar 1919 folgt die niederländische Zeitung „Nieuws van den Tag" mit der Feststellung:

„...Man fragt sich, woraus denn ersichtlich ist, daß Deutschland in seinen Kolonien es so viel bunter getrieben hat als andere Mächte, die überseeischen Besitz haben. Treten etwa die Portugiesen in ihren Kolonien menschenfreundlicher auf?..."

Es kracht im Gebälk des Kartenhauses der Kolonialschuldlüge. Die holländische Neutralität und Unparteilichkeit wendet sich offensichtlich gegen die Raubabsichten der Feindbundmächte und bezeichnet die englische Rechtfertigung, bezeichnet damit auch die Rechtfertigung des amerikanischen Präsidenten in der Kolonialfrage und ihrer beabsichtigten ungerechten Lösung als offensichtlichste Heuchelei und Scheinheiligkeit.

Am 18. Februar 1919 tritt „Nieuwe Rotterdamsche Courant" abermals auf den Plan, glossiert mit härtesten Worten den Völkerbundsentwurf

und schreibt im Hinblick auf das zukünftige Schicksal der deutschen Kolonien:

„...Von den weiteren Artikeln ist hauptsächlich derjenige über die Mandate von Wichtigkeit, aber das ist nur Schall und Rauch. Darüber hat unser Berichterstatter in Paris aus maßgebendem französischem Munde folgenden Kommentar, der sich durch seine Kürze und Richtigkeit auszeichnet: ‚Das Wort Einverleibung ist verschwunden, aber die Tat bleibt bestehen!'"

Schon wenige Tage später, am 22. Februar 1919, reitet die holländische Zeitung „Het Volk" eine ungewöhnlich schneidige Attacke gegen die vom Wahnsinn verblendeten Imperialisten der Großmächte. „Het Volk" erklärt mit unzweideutigen Worten die Frage „der Annexionen der deutschen Kolonien" für im höchsten Maße „unverständig und unverständlich". Mit ungewöhnlich scharfen Worten wird die sofortige Zuziehung der Deutschen zu den Pariser Verhandlungen und ebenfalls sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gefordert. Wenn schon Mandate vom Völkerbund über Kolonien verteilt würden, dann stehe in allererster Linie Deutschland das Recht zu, über seine eigenen Kolonien das Mandatsausübungsrecht zu erhalten. Mit Genugtuung können wir Deutschen vermerken, daß auch dieses holländische Blatt die Feststellung trifft, daß Deutschlands Kolonialgeschichte jeden Vergleich mit der Kolonialgeschichte der anderen kontinentalen Mächte aushalte. Der Vergleich mit der Kolonialgeschichte der anderen Staaten, also etwa Englands und Belgiens, falle durchaus zugunsten der Deutschen aus.

Ist die Sprache der holländischen Presse als der berufenen Sprachrohre der holländischen öffentlichen Meinung schon klar, so ist es die der größten Zeitung Norwegens nicht minder. „Dagbladet" schreibt in seinem Leitartikel vom 3. Februar 1919 unberührt von zahlreichen Beeinflussungsversuchen durch die englische Presse:

„...über das Schicksal der deutschen Kolonien herrscht auf der Friedenskonferenz Uneinigkeit. Einige wollen sie ganz einfach und brutal nehmen. Bei dieser Gesellschaft findet man natürlich den Premierminister Australiens, Mr. Hughes, der während des Krieges fortwährend das englische Publikum mit seinen imperialistischen Bravourreden geärgert hat. Andere, darunter Herr Wilson, arrangieren die Sache in einer schöneren Form. Die deutschen Kolonien sollen unter internationale Leitung oder, wie es im Telegraphenbürostil heißt, unter Kontrolle kommen. Aber niemand hat die natürliche Lösung gefunden, die Kolonien Deutschland zurückzugeben... Es spricht außerordentlich viel für die Internationalisierung der Herrschaft über

die Kolonien. Man würde auf diese Weise Monopole verhindern, man könnte sie zum Besten der ganzen Menschheit ausnützen und die Ausbeutung der Eingeborenen verhindern. Der Gedanke ist schön, und die Schwierigkeiten, denen seine Durchführung begegnet, müßten mit gutem Willen überwunden werden können.

Soll aber irgendein Sinn darin sein, so muß er verallgemeinert werden. Es gibt absolut keinen vernünftigen Grund, ihn nur bezüglich der deutschen Kolonien geltend zu machen, die ja nicht mehr als ein ganz kleiner Teil des Kolonialgebietes der Welt sind. Dies zu tun, ist keine großzügige Kolonialpolitik. Es ist einfach Rache, Rache der Siegesherren!

Die Deutschen haben ihre Kolonien nicht so gut verwaltet wie die Engländer. Es fehlte gerade noch, daß der alte Kolonialstaat England nicht die Erfahrungen von Jahrhunderten und im Kolonialdienst erprobter Generationen ausgenutzt hätte. Aber alle, die etwas von den Dingen verstehen, sind doch darin miteinander einig, daß Deutschland, besonders in Ostafrika es gut gemacht und eine bewunderswerte Arbeit geleistet hat..."

„...Wenn man die Deutschen jetzt ihrer Kolonien beraubt, so verhindert man damit ein Wiederaufblühen ihrer Industrie. Dies wäre, wie so vieles andere, was in diesen Tagen geschieht, eine kurzsichtige Politik. Vor allem von seiten derer, die Hunderte von Milliarden Schadenersatz zu bekommen wünschen..."

Es bedarf nur der menschlichen Einsicht, nicht aber einer besonderen politischen Klugheit, um nach einem Überblick über alle politischen Geschehnisse in der unheilschwangeren Atmosphäre von Paris zu Anfang des Jahres 1919 den Friedenskonferenzen, dem Völkerbund Wilsons, dem ganzen Friedenswerk und der Neuordnung der europäischen Welt und der kolonialen Besitzverhältnisse die denkbar schlechteste Prognose stellen zu können. Prophetie hat aber in der Politik und in der sonderbaren Welt der internationalen Geheimdiplomatie kaum einen tieferen Sinn. Trotz dieser Einsicht ist nicht zu leugnen, daß in den Worten, mit denen die norwegische Zeitung „Verdens-Gang" über Paris und die Lösung der Kolonialprobleme berichtet, eine große Vorausschau liegt! „Verdens-Gang" schreibt am 10. Februar 1919:

„...Im Augenblick ist man auf der ‚Friedenskonferenz' des Verbandes am Quay d'Orsay zu einem Wendepunkt gekommen, der für die Zukunft der Welt verhängnisvoll werden kann. Der Gedanke, die deutschen Kolonien auf dem Wege der Annexionen zu teilen, droht über Wilsons Internationalisierungspläne siegen zu wollen. Gleichzeitig scheinen starke Strömungen darauf auszugehen, Deutschlands Teilnahme am friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit auf dem Weltmarkt definitiv unmöglich zu machen. Es zeigten sich auch bei der Teilung der ‚Hinterlassenschaft' Deutschlands unter den ehemals verbündeten ‚Freunden' Gegensätze, die nur ein schlechtes Omen für die Möglichkeit eines dauernden Weltfriedens bilden. Soviel ist jedenfalls sicher, wenn die Hoffnungen des deutschen Volkes, über Weimar nach Paris zu gelangen, um wenigstens als formell ebenbürtige Nation an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, bevor die endgültige Bestimmung über Deutschlands Schicksal getroffen ist, enttäuscht wird und man das deutsche Volk zur Unterwerfung zwingen will, so wird der Völkerbund die Keime seines Zerfalls in sich tragen...!"

Vernichtende Kritik und hoffnungslose Prognosen findet die Lieblingsschöpfung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, findet der Völkerbund im allgemeinen und die beabsichtigte Lösung der Kolonialprobleme im besonderen. Trotz jahrelanger Beeinflussungsversuche durch eine „kostspielige und unwahrhafte" Propaganda von seiten der Feindbundmächte, besonders aber von seiten Englands, hat sich die öffentliche Meinung der neutralen Staaten die klare unparteiische Urteilsfähigkeit nicht rauben lassen. Es ist eine Leichtigkeit, ganze Bände anzufüllen mit Stimmen des neutralen und sogar feindlichen Auslandes, die in großer Einhelligkeit die Raubabsichten der Feindbundmächte und die Annektierung der deutschen Kolonien, gehüllt in das bunte Gewand der Humanitätsphrase, der Kolonialschuldlüge, verdammen. Allzu offensichtlich sind sich die „Siegerstaaten" ihrer sich diktatorisch gebärdenden Gewalt bewußt, zu offensichtlich für alle Augen der Welt setzt sich das Annexionsziel der Imperialisten in den Verhandlungen, die doch die endliche Befriedung der Welt bringen sollen, durch. Die Welt wird erfüllt von dunklen Ahnungen kommenden Unheils und von einer Unruhe und Unsicherheit ohnegleichen.

Feierlich hat der Präsident der Vereinigten Staaten der aufhorchenden Welt an jenem Januartag 1918 sein Friedensprogramm der „Vierzehn Punkte" verkündet. Für die Neuordnung des europäischen Raumes haben die Kanonen Amerikas auf den Schlachtfeldern Europas gedonnert, sind amerikanische Soldaten im Kampf gefallen. Für die Vernichtung des deutschen, des preußischen Militarismus arbeiteten jahrelang unter Anspannung aller Kräfte die Industrien der Vereinigten Staaten. Die Beseitigung der Hohenzollern und damit des monarchischen Systems ist eines der erhabensten Ziele der amerikanischen Demokratie gewesen. Der Krieg ist in den

letzten Monaten des Sommers und Herbstes des Jahres 1918 auf allen Schlachtfeldern ausgebrannt, aber der Vernichtungswillen ist den Feindbundregierungen geblieben. Es ist ein tragischer Irrtum des deutschen Volkes und seiner Regierung gewesen, bedingungslos den „Vierzehn Punkten" zu vertrauen und die Waffen niederzulegen, denn nirgends in den „Vierzehn Punkten" ist auch nur die Möglichkeit berücksichtigt, daß bei den Alliierten Kriegsziele und Friedensziele, von brutaler Bedeutung und Gesinnung erfüllt, weiterbestehen würden über den Waffenstillstand und selbst Friedensschluß hinaus.

So ist es für die Lösung des Problems der deutschen kolonialen Besitzungen für die Feindbundmächte nur noch zwingende Pflicht, zur Beseitigung des Punktes V des Wilson-Programms, den Präsidenten von der Rechtschaffenheit und moralischen Würde ihres Vorgehens zu überzeugen. Nach genauem Studium der Mentalität des Präsidenten legt die Diplomatie der Feindbundmächte die Veröffentlichungen der Feindbundstaaten über die Schuld der Deutschen in ihren Kolonien in seine Hand und kann sich dabei getrost in der beruhigenden Sicherheit wiegen, daß der Präsident dieser Beeinflussung gegen die Deutschen unter allen Umständen erliegen wird. Gewiß kann auch von uns Deutschen nicht verkannt werden, daß die Stellung des Präsidenten im Hinblick auf die in der Frage der Verteilung der deutschen Kolonien bestehenden Geheimverträge und auf die Tatsache der Eroberung der Kolonien durch die Feindbundmächte, falls er auf der Verwirklichung des V. Punktes seines Programmes nach dem Buchstaben bestehen sollte, außerordentlich schwierig sein werde. Aber Deutschland kann diese Einsicht nicht veranlassen, von seinem Rechtsanspruch auch nur den geringsten Teil zu opfern. War der Präsident der Vereinigten Staaten guten Willens, das den Deutschen gegebene Versprechen einzulösen, so konnte er seine Stellung den Feindbundmächten gegenüber sofort zu einer Vormachtstellung in allen Fragen und Entscheidungen der Friedenskonferenz ausbauen, wenn er nur die ganze Wucht der hinter ihm stehenden politischen, militärischen, wirtschaftlichen und zugleich moralischen Kräfte der Vereinigten Staaten in die Waagschale wirft. Aber er hat auch diese Möglichkeit, wie so viele andere, wie fast alle, die zur Herbeiführung eines europäischen Rechtsfriedens hätten führen müssen, vertan, sinnlos und gedankenlos, wenn nicht sogar böswillig! Ursprünglich haben sich auch die Staatsmänner der Feindbundmächte kein klares Bild von seinem tatsächlichen politischen Wollen machen können, denn die aus dem Nebelland seiner Utopien und Ideologien aufgetauchten Heilsbotschaften können für Realpolitiker nicht Gegenstand poli-

tischen Handelns und Geschehens sein. Aber die wenigen Wochen des europäischen Aufenthaltes und des persönlichen Umganges mit dem Präsidenten haben genügt, sowohl die Stärke wie Schwäche seiner Stellung und seiner Persönlichkeit zu studieren. Es ist ihnen Gewißheit geworden, daß der Präsident unter schwerwiegenden Hemmungen leidet, daß er besonders bei langandauernden Verhandlungen leicht, allzu leicht ermüdet und dann fast teilnahmslos und, was wichtiger ist, fast widerstandslos den schwierigsten, bedeutendsten Problemen gegenübersteht. Den letzten Rest von Widerstandskraft und Widerstandswillen glaubten die Alliierten gebrochen zu haben, indem sie den Präsidenten von Festen zu Festen, von rauschenden Empfängen zu rauschenden Empfängen führten, indem sie seine Tage anfüllten mit Luxus und Vergnügungen. Wo sich aber dennoch ein Widerstreben gegen das einseitige politische Wollen der Alliierten bemerkbar machte, dort haben sie durch systematisch hervorgerufene Schwierigkeiten in ihm eine abgrundtiefe Unlust erzeugt. Unterstützt werden all diese Bemühungen europäischer, diplomatischer Taschenspieler durch die schnell genug erkannte, fast unbegreiflich erscheinende Unwissenheit des Präsidenten in allen europäischen Fragen und Problemen. So brauchten sie außer dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Robert Lansing, eigentlich niemand in der amerikanischen Delegation bei der Verwirklichung ihrer Pläne ernstlich als Gegner in Rechnung zu stellen und zu fürchten, denn auch die Sachverständigen im amerikanischen Lager sind von einer Leichtfertigkeit und Unwissenheit in den Dingen der europäischen Politik, in den Lebensfragen der europäischen Völker, die verblüffen mußte, die aber bei der Lösung verschiedener ernster Probleme in verhängnisvoller Auswirkung zu entscheidenden Faktoren wird. Nur an die Lösung der Nationalitätenfragen, der Minderheitenprobleme braucht hier erinnert zu werden, um den beinah verbrecherisch zu nennenden Leichtsinn zu kennzeichnen, mit dem diese Fragen zum Unheil Europas gelöst worden sind. Die geschichtliche Entwicklung hat zu einem vernichtenden Urteil für die Politiker und Delegierten Amerikas auf der europäischen Friedenskonferenz geführt.

Deutschlands Recht auf die Verwirklichung des Punktes V des Wilson-Programmes durch die sofortige bedingungslose Rückgabe der geraubten kolonialen Besitzungen; die moralische Pflicht, feierlich übernommen, diese Verwirklichung herbeizuführen, stehen der durch die Unwissenheit des amerikanischen Präsidenten wesentlich erleichterten, geschlossenen Abwehr durch die Staatsmänner der Alliierten gegenüber. Das Schicksal der deutschen Forderung kann so nicht zweifelhaft sein, wenn auch um die Lösung der

Kolonialfragen in den Sitzungen des „Rates der Zehn" ein scheinbar erbitterter Kampf entbrennt.

Im „Rat der Zehn" schiebt mit einer Überlegenheit, deren nur der Premierminister des englischen Weltreiches fähig ist, Lloyd George, die Behandlung aller übrigen Verhandlungspunkte einfach beiseite und fordert in erregter Debatte und in überraschendem Angriff die sofortige Behandlung der Kolonialfrage. Die Franzosen sekundieren meisterhaft. Auf moralische und ethische Rechtfertigungen der zu beschließenden, dauernden Enteignung des deutschen Kolonialreiches legen weder Clemenceau noch Poincaré gesteigerten Wert. Für sie ist und bleibt die Wegnahme der deutschen Kolonien eine militärisch vollzogene, also längst vollendete Tatsache. Wenngleich die englischen Vertreter moralisierende Spaziergänge nicht unterlassen können und politische Debatten bis zu einem gewissen Grade als Lebenselement betrachten, so ist ihnen doch die endlose Rederei und das müßige Diskutieren über die Wilsonsche Idee des Völkerbundes nachgerade lästig. Es muß ein Ende gemacht werden mit dem sinn- und fruchtlos erscheinenden Spiel um Ideale und Ideologien. Also wirft mit unübertrefflicher Frivolität und Ironie Lloyd George die Frage der Beratung der Kolonialprobleme auf mit der Begründung, daß die Lösung dieser Probleme wahrscheinlich die allergeringsten Schwierigkeiten bereiten werde und damit in Wahrheit ein aussichtsreicher Beginn aller Beratungen geschaffen sei. Clemenceau und Poincaré setzen in unvermittelten Reden den englischen Vorstoß auf das Verhandlungsprogramm der Amerikaner fort. Auch ihre Gedanken sind bei der afrikanischen Beute Togo und Kamerun, die den französischen Kolonialbesitz vervollständigen sollen. Der Vertreter Italiens, Sonino, hegte im stillen die Absicht, die offen zutage tretenden Annexionsgelüste der Verbündeten abzubremsen und die Entscheidung über berechtigte koloniale Forderungen Italiens dem Völkerbund zuzuschieben. Von den Entscheidungen des Völkerbundes erhoffte er eine Befriedigung der italienischen Wünsche eher als von den Beratungen im „Rat der Zehn", die zweifellos von den Vertretern Frankreichs und Englands bestimmt werden sollten. England und Frankreich zu mißtrauen war für Sonino nach den bisher auf der Konferenz gemachten Erfahrungen Notwendigkeit geworden. Nun aber muß er sich dem Gebot der Stunde im Interesse des italienischen Volkes fügen und einer sofortigen Behandlung der Kolonialfrage zustimmen. Tut das Sonino auch mit reichlich gemischten Gefühlen, so hofft er dennoch für Italien auf Grund der mit England abgeschlossenen Geheimverträge auf Gebietszuwachs in Kleinasien und Afrika. Trotz aller brutalen

Beutegier werden die Verbündeten die Geheimverträge respektieren und Italien nicht den Lohn für die geleistete Waffenhilfe vorenthalten wollen. Die Vertreter Japans, die ewig schweigenden und ewig lächelnden Söhne des fernen Ostens, haben auf der europäischen Friedenskonferenz nur die Interessen Japans zu wahren. Japan wird mit der Übereignung des deutschen Pachtgebietes in China und der deutschen Südseeinseln nördlich des Aquators saturiert sein. Die Söhne Japans hegen nicht die Absicht, an dem machtpolitischen Kampf auf den Konferenzen teilzunehmen. Sie erteilen kaum merklich lächelnd deshalb dem Vorschlag des englischen Premierministers ihre Zustimmung und sind mit der sofortigen Verhandlung der Kolonialfragen im „Rat der Zehn" einverstanden.

Lloyd George triumphiert!

Der Präsident der Vereinigten Staaten aber sieht sich so unvermittelt und übergangslos der geschlossenen Front der Alliierten gegenüber. Ihre Annexionsabsichten werden damit unverhüllt auch seinem Auge endlich sichtbar. Wenn sich die Alliierten in der Begründung ihrer Kolonialforderungen auch mit großem Ernst darauf berufen, daß sie die deutschen Kolonien in opferreichen Kämpfen erobert haben und fest in ihrer Hand halten und schon aus diesem Grunde für die Lösung der Kolonialfragen keine nennenswerten Schwierigkeiten zu erkennen seien; Woodrow Wilson zeigt sich nicht geneigt, ihren Wünschen ohne jede Gegenwehr Genüge zu tun. Aus der Überraschung über den plötzlichen Angriff heraus erwächst in ihm der Widerstandswillen neu. Es ist nicht seine Absicht und sein Ziel gewesen, als er die Reise nach der Alten Welt antrat, um Länder und Kolonien zu feilschen; den leidenden Völkern der Alten Welt will er den Frieden bringen. Jeder künftige Krieg soll durch seinen Willen für alle Zeiten unmöglich gemacht werden. Die Befriedung Europas, die Befriedung der Welt will er schaffen und für immer sichern in einem Bund aller Völker.

So versteift sich der Präsident in den Verhandlungen im „Rat der Zehn" auf die Durchführung seines wohlerwogenen Verhandlungsprogramms. Er fordert die Lösung aller europäischen Fragen als vordringlich, denn für ihn steht die Lösung der kolonialen Fragen nach den Grundsätzen seines Programms der „Vierzehn Punkte" unverrückbar fest. So weigert er sich, den Vorschlag des englischen Premierministers anzunehmen und in die sofortigen Verhandlungen über das Schicksal der deutschen Kolonien einzutreten. Alle Versuche der Alliierten, den Präsidenten umzustimmen, schlagen fehl. Bei den Alliierten tritt ein Zustand peinlichster Verärgerung ein.

Woodrow Wilson liegt die Verwirklichung seiner Idee am Herzen. Er

will vor allen anderen Punkten und ihrer Beratung und Lösung die Installierung seines Völkerbundes unter allen Umständen erzwingen und damit, nach seiner Meinung, die Konsolidierung der europäischen Verhältnisse gesichert wissen. An sein unbestechliches Gewissen hatten die leidenden Völker der Alten Welt appelliert, seinem Wort hatten sie vertraut, und er war und blieb willens, ihnen zu helfen. So erscheint ihm unverrückbar als Ziel, trotz aller Angriffe auf ihn und seine Absichten, der Völkerbund, der Bund der Nationen. Aber über die Gründung dieses Bundes hinaus betrachtet er die Lösung der Probleme der zukünftigen europäischen Grenzziehungen, der Reparationen, der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker als so dringend und wichtig, daß er die Behandlung der kolonialen Fragen nach wie vor als den letzten Punkt seines aufgestellten Verhandlungsprogramms festhält. Diese Punkte und ihre Lösung fordert er als Gegenstand für die Beratung des „Rates der Zehn", nicht aber das vorzeitige Feilschen um Länder und Kolonien!

Aus dem Weißen Haus zu Washington haben seine Heilsbotschaften den Weg in die Welt genommen. Die Völker der Welt haben ihnen das Vertrauen nicht versagt. Der Präsident darf die Völker nicht enttäuschen. Ihm ist es zur hohen Pflicht geworden, nunmehr, da der Krieg auf allen Schlachtfeldern ausgebrannt ist, da die Völker, da insbesondere das Volk der Deutschen die Waffen niedergelegt haben, die Verwirklichung der verkündeten Ideale herbeizuführen und mit allen Mitteln das Befriedungswerk zu beginnen. Wie ein Wunder ist der zerfleischten Menschheit die Verkündung des Friedensprogramms erschienen, aber der Glaube an Wunder erlischt allzubald, wenn sie sich nicht in die Realität umsetzen lassen, umgesetzt werden!

Trotz aller Enttäuschungen, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten bisher in Europa geworden sind, trotz der geradezu feindlichen Haltung, die die Alliierten nunmehr seinen Plänen gegenüber einnehmen, hat er noch nicht den Glauben an die Wichtigkeit und Bedeutung, ja an die Heiligkeit seiner eigenen Mission verloren. Er ist sich aus diesem Glauben und aus anderen realeren Einsichten heraus der unentrinnbaren Verpflichtung in diesem Augenblicke noch bewußt, daß er die Schlachtfelder der europäischen Diplomatie nur als der große Neuschöpfer einer unantastbaren sittlichen Weltordnung verlassen darf, wenn nicht anders die Völker jeden Glauben an Recht, Gerechtigkeit, an die ewigen Menschenrechte überhaupt verlieren sollen.

So trägt er aus der Stille seines Arbeitszimmers in seinem Pariser

Hause, trägt aus den Besprechungen mit seinen Ratgebern einen hartnäckigen Widerstandswillen gegen die Abänderung seines Verhandlungsplanes in die Sitzungen des „Rates der Zehn". Er hat sich unter dem Druck der gewonnenen Einsichten entschlossen, mit eisernem Willen und gegen alle Widerstände der Alliierten sein Verhandlungsprogramm durchzusetzen, ihm souveräne Geltung zu verschaffen. Er fordert von den Mitgliedern des „Rates der Zehn" die abermalige Anerkennung seiner Ordnung und die sofortige Konzentrierung aller Kräfte auf die Lösung der europäischen Fragen. Die vordringliche Verhandlung der Kolonialfrage lehnt er ab!

Der Mitarbeiter des Präsidenten, Baker, schreibt über den jäh aufgeflammten Widerstandswillen Wilsons und seine Bekundung im „Rat der Zehn": „... Seine Worte waren eine lebendige Kraft geworden, sie wogen eine Armee auf ...!"

Es ist mit diesen Worten für Wilson nicht anders wie mit den Worten des Präsidenten selbst. Die Ergebnisse der europäischen Friedenskonferenzen lassen von der lebendigen Kraft des Wilsonschen Wortes nichts mehr erkennen, lassen nichts mehr ahnen von der Tiefe der Urgewalt seiner Ideen, von der Beschwingtheit seines Denkens, denn das Schicksal Wilsons ist das Schicksal, das alle falschen Propheten vor ihm erlitten haben. Wohl ist es der Kraft seiner Worte zu verdanken, daß er selbst in der Welt in den Ruf eines Erlösers geriet, aber dieser Ruf und Ruhm blieb nur so lange, als die Welt noch immer an ihn glaubte. Mit der menschlichen Unzulänglichkeit des Präsidenten, mit seiner Schwäche, mit dem Scheitern seiner tönend verkündeten Pläne scheiterte auch sein Ruf und Ruhm als Friedensapostel und Heilsbringer der Menschheit.

Im „Rat der Zehn" stehen sich die Auffassungen noch immer diametral gegenüber. Der Präsident fordert erneut die sofortige Schaffung des Völkerbundes durch die Zustimmung der Alliierten zu seinem Entwurf. Lloyd George, der mit seinen englischen Ministerkollegen den Wilsonschen Entwurf eingehend geprüft hatte und nur unter großen Einschränkungen bereit ist, diesem Plan seine Zustimmung zu geben, ahnt, daß dem Präsidenten für die kommenden Friedensverhandlungen mit den Deutschen sonderbare Lösungen vorschweben, daß er insbesonders die Lösung des Kolonialproblems dem Völkerbund als unmittelbare Aufgabe zuzuweisen gedenkt. So kommt Lloyd George zu dem Entschluß, um Überraschungen peinlicher Art zu verhindern, denn der Teufel mochte diesem sonderbaren Heiligen und puritanischen Geschichtsprofessor von jenseits des Atlantik trauen, seine Zustim-

mung zur Schaffung des Völkerbundes von der sofort in Angriff zu nehmenden Lösung der Kolonialfrage abhängig zu machen. Mit schonungsloser Offenheit und Aggressivität setzte er den Präsidenten von diesem unwandelbaren Entschluß in Kenntnis. Die Forderung Lloyd Georges hat fast ultimativen Charakter. Lloyd George ist des ewigen Redens müde. Er will endlich Ergebnisse erzielt sehen und läßt sich nun auch von dem sturen Widerstand des Präsidenten nicht mehr von seinem vorgesteckten Ziel abbringen.

Dazu sind den englischen und französischen Staatsmännern durch ihren minutiös genau arbeitenden Nachrichtendienst aus dem Lager der amerikanischen Delegation höchst alarmierende Nachrichten zugegangen. Es ist ihnen zur Gewißheit geworden, daß der Präsident die Verteilung der kolonialen Beute von dem guten Willen des Bundes der Nationen abhängig machen will. Ihnen ist weiter bekannt geworden, daß der Präsident Absichten trägt, die die Schaffung eines allmächtigen obersten Schiedsgerichtshofs im Rahmen des Völkerbundes bezwecken. Sie erfahren, daß der Präsident, beeinflußt durch seine engsten Ratgeber, beabsichtigt, die deutschen Kolonien zunächst den kleineren Staaten des Bundes der Nationen als Mandate in Verwaltung zu geben. Lloyd George schäumt vor verhaltener Wut. Hinter ihm steht das Britische Weltreich und seine Imperialisten. Er muß die koloniale Beute in Sicherheit bringen. Poincaré und Clemenceau sind nicht weniger verärgert als der englische Premier. So kommen die Alliierten überein in geheimen Besprechungen, daß Völkerbund und abzuschließender Frieden in scharfer Trennung auseinanderzuhalten sind, soll der Erfolg des mehr als vierjährigen Ringens auf den Schlachtfeldern Europas, Afrikas und Asiens, auf den Weltmeeren nicht gefährdet werden, sollen die furchtbaren Opfer an Menschen, Material und Geld nicht umsonst gebracht worden sein. Es wird zwischen den Vertretern Englands und Frankreichs beschlossen, die Lösung der Kolonialfragen sofort zu erzwingen und im Friedensvertrag für alle Zeiten zu sichern. Sie kümmern sich dabei nicht im geringsten darum, daß sie ursprünglich, und zwar in der ersten Sitzung des „Rates der Zehn", das Wilsonsche Verhandlungsprogramm angenommen hatten.

Nach zehntägigen mehr oder weniger ergebnislosen Verhandlungen im Rat macht sich ganz natürlich bei den gehegten, überspannten Erwartungen bei den Delegierten ein Zustand der Nervosität und Gereiztheit bemerkbar, der für alle weiteren Verhandlungen nicht gerade aussichtsreiche Prognosen zuläßt. Die Verhandlungen selbst stagnieren. Der Präsident der Vereinigten Staaten folgt müde den Debatten. Bange Ahnungen beginnen seinen Willen

wieder zu lähmen. Seine Seele ist erschüttert von den erlittenen Enttäuschungen.

Da tritt Lloyd George, wie nach einem gegebenen Zeichen, mit der Geste des Großanwalts der englischen Welt auf und fordert abermals zur Erreichung sichtbarer Ziele die Änderung des Verhandlungsprogramms durch die sofort aufzunehmende Verhandlung der kolonialen Probleme. In einer auf den ermüdet scheinenden Präsidenten der Vereinigten Staaten unmittelbar abgestimmten, von innerster Überzeugungskraft diktierten Rede trägt der Angreifer die Forderungen Englands vor. Es sind, wenn auch mehr als sonst schon verhüllt durch die Humanitätsphrase, die alten Forderungen der englischen Imperialisten nach einer Annektierung der eroberten deutschen Kolonien im alten Stil. Es ist derselbe Lloyd George, der im November 1914 in scheinheiliger Heuchelei der englischsprechenden Welt seine, heute als Blasphemie anmutende These von dem reinen Willen und Gewissen Allenglands und seiner Regierung also vortrug: „So wahr Gott lebt, haben wir an keiner Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen!"

Der Präsident der Vereinigten Staaten erwachte aus seinem Dämmerungszustand, besinnt sich auf seine Aufgabe und wehrt noch einmal, allerdings mit offensichtlich nachlassender Kraft, den Angriff der englischen Annexionisten ab. Es ist aber dem tiefer blickenden Auge nicht mehr zu verschleiern, daß die Widerstandskraft des Präsidenten gegen die Offensive der Alliierten einen empfindlichen Stoß erlitten hat. Wie aus einem Traum erwacht Wilson und beginnt die tatsächliche Situation zu erkennen. Seit Beginn der Konferenzen und der Beratungen im „Rat der Zehn" wiegte sich Wilson in dem Glauben, die europäischen Regierungen würden ihm auf seinem eingeschlagenen Weg zum Frieden und zur Befriedung der Welt folgen. Er mußte das um so mehr glauben, als die Alliierten ursprünglich gegen sein Beratungsprogramm keine Einwendungen erhoben hatten. Die Alliierten aber hatten in anfänglicher kluger Zurückhaltung unter Vermeidung jeder Bindung die vergangenen zehn Tage der Beratungen dazu benutzt, die Pläne des Präsidenten in das helle Licht des Tages treten zu lassen, sie eingehend zu studieren, um nach den also gewonnenen Erkenntnissen alle eigenen Pläne darauf abzustimmen, die souveräne Beherrschung der Verhandlungsführung zu gewinnen und nach eigenem Ermessen den Gang der Dinge zu bestimmen. Woodrow Wilson, ehedem amerikanischer

Geschichtsprofessor und nunmehr Präsident der Vereinigten Staaten, ist in das Netz der Diplomatie der europäischen Großmächte unentrinnbar verstrickt. Seine Niederlage ist nur noch eine Frage der Zeit.

Aber an diesem 23. Januar 1919 überläßt die Diplomatie der Alliierten dem Präsidenten noch einen Sieg. Die englische Forderung nach einer sofortigen Behandlung der Kolonialfragen und der Probleme der türkischen Gebiete in Kleinasien wurde von dem Präsidenten abermals mit Erfolg abgelehnt. Wilson triumphierte scheinbar über den Machtwillen und die Raubabsichten der vereinigten Imperialisten. Es ist ein Scheinsieg!

Aber Lloyd George zeigt keine Verärgerung über die scheinbar abermals erlittene Niederlage. Mit seinem Advokatenlächeln auf dem verschmitzten Gesicht verläßt er die Verhandlungsräume des „Rates der Zehn", nachdem er sich von den einzelnen Ratsmitgliedern mit vollendeter, vielleicht um ein wenig zu jovialer Höflichkeit verabschiedet hat. Er kennt seinen Weg und kennt sein Ziel. An dem Widerstand des Präsidenten haben sich alle in ihm wohnenden Energien entzündet. Während er grüßend und lächelnd in das Quartier der englischen Friedensdelegation zurückkehrt, erwägt er schon alle Möglichkeiten, Ruhmesblatt um Ruhmesblatt aus dem Kranze des Präsidenten zu lösen. Nicht ungenutzt soll dieser 23. Januar 1919 vorübergehen. Noch in seinem Verlaufe empfängt der englische Premier in seinen Räumen fast alle Vertreter und Minister der englischen Dominien. Hinter verschlossenen Türen tagt er mit ihnen, schildert ihnen die Situation hinsichtlich der Enteignung der deutschen Kolonien infolge des Widerstandes des Präsidenten in den allerungünstigsten Farben, um so die Basis zu bereiten für die Mittel, die er den Vertretern der Dominien zum Kampf gegen den Vertreter der Vereinigten Staaten empfehlen muß. Mit einer, in ihrer Frivolität wohl einzig dastehenden politischen Niedertracht wird zwischen Lloyd George und den Vertretern der Dominien die politisch-diplomatische Komödie vorbereitet, die auf der Pariser Bühne abrollen soll, die aber letzten Endes den Raub der deutschen Kolonialbesitzungen zur Handlung hat. Lloyd George bereitet auf dem Weg über diese Komödie die endgültige Entthronung des amerikanischen Präsidenten, bereitet die Aushöhlung seiner Völkerbundsidee, bereitet die Sanktionierung der Verteilung der Beute im alten Stil mit seiner ganzen registerreichen Diplomatenkunst vor.

Der erste Akt dieser Komödie wird dem puritanischen Amerikaner, der kein Organ besitzt zur Erkennung des Aberwitzes, mit dem diese Komödie menschlicher Heuchelei und Verlogenheit als großpolitische Handlung vor dem Horizont weltgeschichtlichen Geschehens abrollt, bereits am nächsten

Tag, also am 24. Januar 1919, im „Rat der Zehn", der stets nur hinter versiegelten und verriegelten Türen tagte, vorgespielt. Die Agierenden sind vollzählig beisammen und beherrschen ihre Rollen bis auf das unbedeutendste Stichwort. Den Regisseur dieser Komödie, den englischen Premierminister, kümmert auch die gebotene Vertraulichkeit der Verhandlungen im „Rat der Zehn" nicht. Ist es überhaupt für ihn ein Bruch der Vertraulichkeit, wenn er heuchlerisch bedauert, nicht umhin zu können, den Ministern und Vertretern der Dominien des Britischen Weltreiches Gelegenheit zu geben, dem „Rat der Zehn", insbesondere aber dem Vertreter Amerikas, dem Repräsentanten der Vereinigten Staaten, dem Präsidenten Wilson, ihre Wünsche, soweit sie die eroberten deutschen Kolonien betreffen, vorzutragen. Diese Wünsche seien vordringlich und um der Ungeduld der Völker in den englischen Dominien willen so stürmisch vorgetragen worden, daß er sich ihnen und ihrer inneren Berechtigung nicht gut habe verschließen können. Dabei betonte der Premier, daß er selbst zunächst im Namen Englands von einer neuen Stellung seiner Forderung auf sofortige Lösung der Kolonialfrage Abstand nehmen wolle. Das englische Mutterland überlasse den Vertretern der englischen Dominien nunmehr das Recht des Vortritts. Im übrigen hätten diese Vertreter für ihr Auftreten im Namen der Regierungen der Dominien die beste Legitimierung bei sich, denn die Fragen der deutschen Kolonien und ihres künftigen Schicksals seien letzten Endes auch eine Angelegenheit der englischen Dominien. Außerdem aber könne doch nicht daran von irgendeinem Vertreter der Mächte, also auch nicht von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gezweifelt werden, daß die englischen Dominien die Hauptlast des Kolonialkrieges getragen hätten. Die Völker der Dominien haben unter ungeheuren Opfern die Kolonien erobert. Beteiligt sind dabei in allererster Linie Südafrikaner, Neuseeländer, Australier gewesen. Weiterhin aber weist Lloyd George darauf hin, daß die Lösung der rein europäischen Probleme auf den Tagungen des „Rates der Zehn" wie auf den Friedenskonferenzen kaum das tiefere Interesse der Minister und Vertreter der Dominien besitzen könnten. Die Minister und Vertreter seien in Paris anwesend, um dem „Rat der Zehn", um aber vor allen Dingen Wilson ihre berechtigten Wünsche hinsichtlich der deutschen Kolonien selbst vorzutragen und eine Entscheidung zu verlangen.

Die Überraschung im „Rat der Zehn" ist nur bei den amerikanischen Vertretern deutlich spürbar. Von den französischen Vertretern wird es noch nicht einmal für nötig erachtet, wenigstens eine künstliche Überraschung zu spielen. — Lloyd George aber bleibt weiterhin der glänzende Inszenator und

Regisseur dieser Komödie. Die Agierenden sind die Minister und Vertreter der englischen Dominien. Reden läßt er die diplomatischen Vertreter der Dominien. Er selbst aber hält sich in plötzlichem Entschluß bescheiden im Hintergrund. So kann er das Schauspiel besser beobachten. Und er beobachtet es mit sich immer mehr steigerndem Vergnügen. Der Ansturm der Vertreter der englischen Dominien auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten ist überwältigend. Ganz abgesehen davon, daß ihnen der englische Premier in vertraulichen Besprechungen die bindende Versicherung gegeben hatte, daß es für ihn an sich eine Notwendigkeit, die Frage der deutschen Kolonien erneut zu prüfen und zu verhandeln, überhaupt nicht gebe. Es sei offenkundige Tatsache, daß die Kolonien der Deutschen von England und seinen Dominien siegreich erobert worden seien, sich fest in der Hand Englands und seiner Dominien befänden und niemals mehr aus diesen Händen entlassen werden könnten, fühlten die Vertreter der Dominien aus der Haltung der französischen Vertreter Clemenceau und Poincaré allzu deutlich die Billigung und schweigende Unterstützung ihres Vorgehens gegen den widerspenstigen Präsidenten. So tobte der Kampf um das Schicksal der deutschen Kolonien auf neuer Basis heftig weiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten saß diesen brutal angemeldeten Annexionsabsichten hilflos gegenüber.

Eine verhängnisvolle Unsicherheit nimmt ihm die Möglichkeit, den Forderungen erfolgreich zu widerstreben. Er findet keine Argumente, von denen er annehmen könnte, daß sie geeignet sein würden, der Beweisführung der Vertreter der englischen Dominien die Grundlagen zu entziehen. Und in seiner inneren Bedrängnis sucht Präsident Wilson bereits nach Ausflüchten und Rechtfertigungen für seine langsam eintretende Bereitwilligkeit, den Wünschen der Feindbundmächte in der Frage der deutschen Kolonien entgegenzukommen! Lag nicht in den Anklagen gegen die deutsche Verwaltung der Kolonien, in der großen Schuld, die die Deutschen durch ihre brutale Behandlung der Eingeborenen auf sich geladen hatten, bereits ein genügender Rechtstitel, um ihnen den Besitz von Kolonien überhaupt absprechen zu können? Es ist für Wilson wahr, die Deutschen haben ihre Kolonien schlecht verwaltet und rücksichtsloser Ausbeutung unterworfen gehabt, sie haben ein tyrannisches Regiment über hilflose Eingeborene ausgeübt! Vor dem geistigen Auge des Präsidenten stehen alle Ausführungen und Anklagen des englischen „Blaubuchs" und der übrigen vernichtenden Veröffentlichungen gegen Deutschland als Kolonialmacht. In der Seele des Präsidenten tobt ein widerstreitender Kampf der Elemente. Es ist für ihn bei Berücksichtigung aller Vorwürfe gegen die Deutschen zwar leichter geworden, durch Enteignung der deutschen Kolonien eine Lösung der Kolonialfrage herbeizuführen, aber zugleich muß er erkennen, daß die von England und seinen Dominien geforderte Übereignung der deutschen Kolonien an England und Frankreich im krassesten Widerspruch zu seinem Punkt V des Friedensprogramms steht. Durch die bedingungslose Verwirklichung der Feindbundabsichten wird sein Punkt V zu einer Farce gemacht. Die Rückwirkungen auf sein gesamtes Friedensprogramm bedrängen die Seele des Präsidenten mit unaussprechlichen Ängsten.

Lloyd George sieht für sich nunmehr den Zeitpunkt gekommen, den Angriff gegen den Widerstand des Präsidenten fortzusetzen und einen entscheidenden Erfolg zu erzwingen. Dieser gerissenste Diplomat des englischsprechenden Weltreiches zaubert dem Präsidenten das ganze Feuerwerk seiner Rednerkunst vor und exerziert vor ihm alle moralischen, humanitären, wirtschaftlichen usw. Rechtstitel, die die Übertragung der deutschen Kolonien an die großen Feindbundstaaten unmittelbar geboten erscheinen lassen. Er krönt seinen Redeerguß mit der offen formulierten Forderung: „Ohne Kolonien keinen Völkerbund." Er setzt so die Wilsonsche Gegenforderung: „Ohne Völkerbund keine Kolonien" einfach schachmatt.

So muß der Präsident der Vereinigten Staaten seine Lieblingsidee, muß das Herzstück seines Befriedungswerkes in höchster Gefahr sehen. Hilfesuchend wendet er seine Augen von einem Delegierten und Minister zum anderen, bis sein Blick auf den General der Südafrikanischen Union, auf Jan Smuts haften bleibt. Wie ein rettender Gedanke taucht abermals in Woodrow Wilson der Mandatsgedanke auf. Hatte nicht der General Südafrikas diesen Gedanken in ihm wachgerufen? Hatte nicht Jan Smuts auf der Friedenskonferenz, bei allen Zusammenkünften die Rolle des treuen, ja leidenschaftlichen Anhängers des Friedensligaplanes überzeugend gespielt? Nun aber steht dieser Vertreter der Südafrikanischen Union vor ihm und erklärt, daß Südwestafrika der Südafrikanischen Union eingegliedert werden müsse, denn es sei von der Union erobert worden! Was für Südwestafrika zu fordern sei, das müsse logischerweise aus denselben Gründen für Ostafrika gefordert werden! Jan Smuts erklärt ganz im Sinne der Argumentierung Lloyd Georges, daß die Südafrikanische Union beide Kolonien fest in ihrer Hand halte und es niemals zulassen werde, daß beide Kolonien auf dem Wege über eine Mandatserteilung an irgendeine andere Macht begeben würden. Wenn schon der Weg einer Mandatserteilung beschritten werden müsse zur Lösung der kolonialen Fragen, dann könne eine Erteilung

von Mandaten für die beiden genannten Kolonien nur für die Südafrikanische Union oder das englische Mutterland in Frage kommen. Mit dem Recht des Siegers könne sowohl England als die Südafrikanische Union diese Lösung fordern, und es gäbe keine Macht auf dieser Erde, die imstande sein werde, beide von dieser Forderung abzubringen oder ihre Verwirklichung aufzuhalten!

In ganz dem gleichen Sinne, nur vielleicht noch um einiges beredter und brutaler, vertreten die australischen Gesandten des Recht Australiens auf die südlich des Aquators, in der Südsee liegenden ehemaligen deutschen Inseln. Sie fordern mit der Begründung, daß die Sicherheit ihres Landes die bedingungslose Annektierung dieser deutschen Überseebesitzungen gebieterisch verlange, die einfache Annektierung und Einverleibung, lehnen also den Mandatsgedanken und sogar das sonst vorlaut gepredigte Gesetz der „Politik der offenen Tür" für diese Besitzungen ab. Die Vertreter Neuseelands folgen dem Beispiel Australiens und erheben dieselben Forderungen.

Baron Makino, der Vertreter Japans im „Rat der Zehn", sieht nur die Interessen Japans und damit keine Möglichkeit und keine Verpflichtung für sich und sein Land, dem Annexionswillen der anderen Staaten entgegenzutreten. Er erklärt sich deshalb an der Lösung der Kolonialprobleme, sobald Japans Verlangen nach dem Besitz von Schantung und den deutschen Südseeinseln nördlich des Aquators befriedigt sein werde, für uninteressiert. Lächelnd, wie immer, bringt er seine Forderungen vor. Er kennt die bezwingende Kraft seiner Zurückhaltung und Bescheidenheit und weiß, daß die Interessen Japans zufriedengestellt und beachtet werden! Baron Makino ist sparsam mit seinen Worten. Er spricht nicht von der siegreichen Eroberung der deutschen Besitzungen im Fernen Osten durch Japans Armee und Marine.

Für Präsident Wilson, der sich erstmalig in aller Form und Offenheit der beutelüsternen Front der Feindbundmächte gegenübersieht, besteht nur noch eine Sorge, die Sorge um seinen Völkerbund. Innerlich ist er bereit, den Punkt V seines Friedensprogramms zu opfern und die deutschen Kolonien den Eroberern zu überlassen, aber er macht diese Bereitwilligkeit von der Konstituierung des Völkerbundes an sich abhängig, damit aber stellt er erneut die Forderung, daß zwar an sich das Schicksal der deutschen Kolonien nach dem Willen aller entschieden scheine, daß aber die fordernden Staaten ihre Rechtstitel durch die Mandatsverleihung besonders sanktionieren lassen müßten. Die Mandatsverleihung aber könne nur dem Völkerbund vorbehalten bleiben!

Und der Premierminister des englischen Weltreiches macht sich anheischig, abermals die Leitung der Verhandlungsführung an sich zu reißen. Der Völkerbund? Gewiß wünsche auch er, wie übrigens alle Vertreter der Großmächte, ja, wie alle Vertreter der Friedenskonferenz, so glaube er annehmen zu dürfen, die endliche Konstituierung dieses Völkerbundes. Die Vertreter der Völker im „Rat der Zehn" wünschten ihn sogar ausdrücklich als einen „Teil des Friedens", wie es die Staatsmänner Frankreichs dokumentiert hätten, aber den Völkern und ihren Vertretern kann es natürlich nicht verübelt werden, wenn sie vor der Gründung dieses Bundes der Nationen zunächst die Beachtung ihrer vitalsten Interessen forderten. Es ist für Lloyd George eine politische Binsenweisheit, die Entscheidung über diese Interessen nicht einer noch unbekannten Macht zu überlassenn, von der im Augenblick noch niemand zu sagen vermochte, wie sie sich überhaupt im politischen Leben der Völker auswirken werde. An sich bedeuten ja die Forderungen der Alliierten in der Frage der deutschen Kolonien keine Einschränkung ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Gründung eines Völkerbundes. So sei der Widerstand des Präsidenten fast unbegreiflich. — Auch die französischen Vertreter stimmten ja der Gründung des Völkerbundes im Prinzip zu. Aber sie alle halten es für nicht vernünftig, den Völkerbund in seiner Wirksamkeit von allem Anfang an mit allzu vielen Problemen und ihrer Lösung zu belasten. Da aber zweifellos die Lösung des Kolonialproblems die zunächst geringsten Schwierigkeiten bereite, so sollte diese Lösung auch sofort vollzogen werden. — Die Ausführungen der Vertreter der englischen Dominien erscheinen dem englischen Premier stichhaltig genug zu sein, um schon im Hinblick auf die Opfer, die die Dominien durch die Führung des Krieges gegen die deutschen Kolonien gebracht haben, die Lösung in dem vorgeschlagenen Sinne zu fordern, darüber hinaus aber werden diese Forderungen im „Rat der Zehn" durch das englische Weltreich im Namen der Menschlichkeit und der Demokratie, dieser erhabensten Gedanken der Menschheit, erhoben.

Die Rede Lloyd Georges ist in aller Kürze dennoch zu einem Schulbeispiel diplomatischer Taschenspielerei und Verdrehungskunst geworden. Aber sie macht in ihrer Grundhaltung und durch die ausdrückliche Betonung der Phrase von den ewigen Menschenrechten und der demokratischen Heilslehre im „Rat der Zehn" entscheidenden Eindruck. Dieser Eindruck ist vorbereitet worden durch die Reden und Forderungen, die die Vertreter der englischen Dominien gehalten oder erhoben hatten. Wahrlich, ein erhabenes Beispiel diplomatischer Kunst! Wahrlich, eine Tragikomödie von Heuchelei, Lüge,

Niedertracht, menschlich allzu menschlicher Unzulänglichkeit, in ihrer Dialogführung eines ganz großen Satirikers würdig. Die politische Geschichte aller Nationen der Erde kennt kaum ein zweites Beispiel dieser Art der Vorbereitung eines Friedensschlusses!

Jan Smuts, der Vertreter der Südafrikanischen Union, führte, der bekanntgewordenen Unwissenheit des amerikanischen Präsidenten vertrauend, mit den seltsamsten Argumenten den Beweis, daß die Enteignung der afrikanischen Kolonien Deutschlands und ihre Überführung in den Besitz Englands und der Südafrikanischen Union kein Unrecht sei. Er schildert im „Rat der Zehn" die deutschen Kolonien als praktisch für Deutschland wertlose Besitzungen. Von Südwestafrika sprach er nur als von einem Land der unaufhörlichen Sandwüsten, ohne nennenswerte Bevölkerung, ohne wertvolle Bodenschätze. Aus diesen Feststellungen zieht er selbstverständlich auch den Schluß, daß somit, genau wie für Deutschland, diese Gebiete auch für andere europäische Mächte wertlos sein dürften. In welcher Form sollen europäische Staaten Mandatsrechte ausüben über Länder, die infolge ihrer Beschaffenheit und geographischen Lage schon vollkommen ungeeignet erscheinen für jede europäische Mandatsverwaltung! Selbstverständlich kommt Jan Smuts auch zu der entscheidenden Schlußfolgerung, daß allein die Südafrikanische Union in der Lage sein werde, diese ehemaligen deutschen Besitzungen nutzbringend für die ganze Menschheit zu verwalten, also sollte man endlich auch die zu Recht bestehende Anweisung für die zukünftigen Besitzverhältnisse in diesem Sinne der Südafrikanischen Union erteilen. Und diese Anweisung müßte alsbald erteilt werden, denn gerade in diesen afrikanischen Kolonien habe der Deutsche unter Mißachtung aller Gesetze der Menschlichkeit am schlimmsten, ja geradezu tyrannisch und barbarisch gehaust. Geradezu einen Ausrottungsfeldzug haben die Deutschen, nach Jan Smuts, in ihren Kolonien gegen die eingeborene Bevölkerung geführt. Die Südafrikanische Union aber bereitete durch die Eroberung dieser Kulturschande ein Ende. Kraft der Wiederherstellung der ewigen Menschenrechte durch die Union erhebe die Union nunmehr mit vollem Recht Besitzansprüche, um endlich in den deutschen Kolonien den Prinzipien der Ordnung und Zivilisation für alle Zeit wieder Beachtung und Geltung zu verschaffen.

Die Argumente des südafrikanischen Generals könnten zu jeder Stunde von jedem deutschen Mittelschüler widerlegt werden, aber die völlige Unwissenheit, die katastrophale Unkenntnis der tatsächlichen Lage der Dinge oder vielleicht der Mangel an gutem Willen bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten stehen diesen, wider besseres Wissen von dem Vertreter

Südafrikas gemachten Ausführungen hilflos gegenüber. Hätte der Präsident der Vereinigten Staaten, hätten seine Mitarbeiter auch nur ein geringes an unparteiischem Wissen über die Beschaffenheit der Kolonialfragen und über den hohen Stand der deutschen Kolonien im besonderen gehabt, es wäre ihnen ein leichtes gewesen, die Heuchelei des Südafrikaners zu erkennen und seine Argumente, mit denen er die Enteignung im Sinne Englands und seiner südafrikanischen Heimat fordert, sei es auch unter dem fadenscheinigen Deckmantel der Mandaterteilung, wie Spreu in alle Winde zu fegen. So aber fehlten dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern alle Voraussetzungen zu einer objektiven Betrachtung der Kolonialfrage, zu einer gerechten Würdigung und Prüfung aller, von den Vertretern der Feindbundmächte für die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes vorgebrachten Argumente. — Auch die Beweisführung durch die Vertreter der englischen Dominien ist in ihrer Unwahrhaftigkeit nicht weniger lückenhaft als die des Premierministers des englischen Weltreiches selbst, als die des Politikers und Generals der Südafrikanischen Union, Jan Smuts, ja, sie übertrifft in ihrer Frivolität und brutalen Formung jene noch um ein Vielfaches.

Die Politik des englischen Weltreiches ist zu allen Zeiten eine brutale Zweckpolitik gewesen. In der Wahl der Mittel zur Erreichung ihrer Ziele sind englische Politiker niemals sonderlich eigen gewesen. Die im Falle der Enteignung der deutschen Kolonien angewandten Methoden und Mittel mußten zur Erreichung des angestrebten Zieles führen, denn im Parkett der aufgeführten Komödien und Tragikomödien saßen menschliche Torheit und Unzulänglichkeit, Habgier und Unvernunft. Agiert wurde im Gewand der Lüge, des Unrechtes und des Widersinns! Die Phrase von den erhabenen Gesetzen aller Demokratie tönte überlaut von dieser politischen Bühne! Tiraden auf Menschlichkeit, Menschenwürde, Kultur, Zivilisation wurden gehalten. Aber das unabänderliche Recht und die Wahrheit sind zu Paris in die Verbannung geschickt worden, damit Machtgier und Beutelust sich unverhüllt aussprechen konnten. Nach den also Betrogenen, nach den im „Namen des Rechtes und der Wahrheit" Beraubten, nach den Enterbten, nach den auf Wilson und sein Wort vertrauenden Deutschen fragte niemand. Die Deutschen? Ihnen mag es überlassen bleiben, sich in dem Raum, den ihnen die Sieger für die Zukunft anweisen werden, einzurichten nach ihrem Gutdünken. Ja, sie sollten noch dankbar sein für die von der Gnade der Sieger abhängigen Zuweisung des künftigen Lebensraumes. Kolonialmacht jedenfalls durfte nach dem unabänderlichen Willen der Siegerstaaten

Deutschland niemals wieder werden. Was kümmerte es bei diesen Entschlüssen die Imperialisten und Egoisten im „Rat der Zehn", daß allen diesen Entschlüssen das Kainsmal der Unvernunft und des Verbrechens gegen ein großes Volk aufgeprägt ist, was kümmert es Frankreich und vor allem England, daß sie in der Durchführung ihrer imperialistischen Raubpolitik durch die politische Lüge ein Siebzig-Millionen-Volk moralisch vernichten wollen. Ihnen ist nur das Wort des französischen Generals Weygand geläufig: „Der Sieger hat nichts zu befürchten!" — Die Frage nach dem tatsächlichen Recht ist weder in Paris aktuell, noch wird sie es in Versailles sein! Die Frage nach der Wahrheit konnte an die Sieger nur der weltfremdeste Idealismus, konnten also nur Narren und Halbnarren stellen. Zu Paris diktierte die brutale Gewalt. Zu Versailles wird die Macht diktieren. Macht und Gewalt aber sind bei den Siegern!

Der Widerstand des amerikanischen Präsidenten ist gebrochen und die Enteignung und Verteilung der deutschen Kolonien Tatsache geworden. Für die Vertreter Frankreichs war sie stets schon beschlossene Tatsache auch ohne moralische Rechtfertigung. Clemenceau lehnte es auch in dieser Frage ab, sich des zweifelhaften Mittels der moralischen Phrase zur Rechtfertigung einer politischen Handlung zu bedienen. So denkt er auch nicht einen Augenblick daran, im Kampf gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten seine politische Taktik zu ändern. Er beauftragte den Kolonialminister der französischen Republik mit ungeschminkten, offenen Worten die Annektierung von Kamerun und Togo durch Frankreich zu verkünden und diese Annektierung in allererster Linie zu gründen auf die geheimen Verträge, die zu Anfang des Weltkrieges zwischen den Verbündeten geschlossen worden waren, zu einer Zeit also, da der deutsche General v. Lettow-Vorbeck und das Häuflein seiner Getreuen gegen eine unvorstellbare Übermacht Ostafrika erfolgreich verteidigte. Dem Tiger sind im tiefsten Grunde seiner Seele die moralisierenden, salbungsvollen Reden der Engländer zuwider. Sie sollen nach seinem Willen offen ihre Absichten auf die übrigen Besitzungen Deutschlands in den Tropen zugeben, denn eindeutig ist der Sinn der abgeschlossenen Geheimverträge dahin zu verstehen, daß das deutsche Kolonialreich vernichtet und an die Verbündeten zu verteilen ist. England sollte endlich alle phrasenhaften Rechtfertigungen sein lassen und sich offen zu den wirklichen Prinzipien seiner Politik bekennen. Es würde ja sowieso der Welt eines Tages bekannt werden, daß auch zwischen England und Italien und zwischen England und Japan ähnliche Geheimverträge im Jahre 1915 und im Jahre 1917 abgeschlossen worden sind. Für ihren Eintritt in den Weltkrieg und

für die Waffenhilfe 1917 im Mittelmeer sind von England den Japanern Schantung und, allerdings widerstrebend, die deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators zugesagt worden. Trotz der Lloyd George'schen Phrase, „daß England niemals an einer Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen habe, daß dasselbe England Deutschland nicht um seinen Grundbesitz beneide, daß England keinen Fußbreit deutscher Kolonien fordere, daß England nur aus reinen, ritterlichen Gründen in den Krieg gegangen sei, nämlich um die Schwachen zu verteidigen", versprach England auch den Italienern für ihre Waffenhilfe Gebiete in Kleinasien und Afrika, Gebiete, die niemals England selbst gehört haben, die also England auch niemals das Recht hatte zu verschenken. Aber das härteste Urteil über die Unwahrhaftigkeit und Brutalität der englischen Politik fällte die Entwicklung selbst. Italien wurde von England, getreu den zu allen Zeiten geübten Praktiken, in der infamsten Weise um alles Versprochene gebracht, betrogen und benachteiligt. Eine dunkle Seite der politischen Geschichte Englands, geschrieben von Heuchelei, Verlogenheit und unersättlicher Beutegier!

Frankreichs Vertreter lehnten also bei der rücksichtslosen Anmeldung ihrer Kolonialforderungen dem amerikanischen Präsidenten gegenüber die Inanspruchnahme der moralischen Phrase kategorisch ab; sie beriefen sich vielmehr auf die politische und militärische Stärke ihrer Stellung und vor allen Dingen ebenfalls auf die geschlossenen Geheimverträge mit dem englischen Weltreich und seiner Regierung. Frankreichs Minister Cambon hatte sich in bindenden Verhandlungen und Verträgen, abgeschlossen mit der englischen Regierung, vertreten durch Sir Edward Grey, den Besitztitel auf das deutsche Togo und Kamerun gesichert. Clemenceau betonte nunmehr, daß Frankreich stark genug sei, diesen Besitz gegen jede Macht der Welt zu verteidigen.

Die Engländer erlitten einen gewaltigen Schock bei diesen rücksichtslosen Enthüllungen des französischen Kolonialministers. Lloyd George geriet in eine Aufregung größten Ausmaßes. Die Vertreter Japans und Italiens aber schickten sich an, ihre eigenen Geheimabkommen mit England gleichfalls bekanntzugeben und damit eine Niederlage der englischen Diplomatie von unvorstellbaren Ausmaßen herbeizuführen.

Wie aber ist es nun in Wirklichkeit um diese Geheimabkommen bestellt? Das deutsche Volk sollte nicht achtlos an ihrem Bestehen und an ihrem Inhalt vorübergehen, denn diese Geheimabkommen widerlegen sowohl nach Form wie Inhalt die ewigen englischen Moralpredigten über die deutsche Kolonialschuld, indem sie offen erkennen lassen, daß England bereits lange vor dem

Zeitpunkt, da es die Kolonialschuldlüge zur Rechtfertigung der englischen Kolonialbeutepläne erfand, entschlossen gewesen ist, das deutsche Kolonialreich zu zertrümmern und zu enteignen.

Am 26. April 1915 wird zu London zwischen den Vertretern der Regierung Sr. Majestät des Königs von England und den Vertretern Italiens ein Geheimabkommen abgeschlossen, das Italien für die zu leistende Waffenhilfe gegen die Mittelmächte größeren Gebietszuwachs in Afrika und Kleinasien versprach, vorausgesetzt selbstverständlich, daß es England und Frankreich gelingen werde, gegen die deutschen Kolonien und die Deutschen überhaupt siegreich zu bleiben und ihren eigenen Kolonialbesitz in Afrika auf Deutschlands Kosten zu erweitern. Die Geheimhaltung des Vertrages wurde in einem besonderen Artikel ausdrücklich vereinbart. Als für England für diesen Vertrag ausdrücklich verantwortlich bezeichnet sich selbst sehr viel später der damalige englische Ministerpräsident Asquith.

Zwischen Frankreich und England, zwischen dem französischen Außenminister Cambon und dem britischen Außenminister Sir Edward Grey, ist in den ersten Kriegsjahren ein Geheimvertrag abgeschlossen worden, der in dem Teilungsplan für die deutschen Kolonien ausdrücklich die Übereignung von Togo und Kamerun an Frankreich vorsieht. Ein entsprechender Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen hat durch ihre Außenminister am 24. März 1916 und am 11. Mai 1916 stattgefunden.

Zwischen Japan und England ist im Februar 1917 ein ähnliches Geheimabkommen getroffen worden. In allen Einzelheiten geht dieses Geheimabkommen und seine Ziele hervor aus dem Schreiben, das der britische Botschafter in Tokio am 16. Februar 1917 an den japanischen Außenminister, Viscount Montono, richtete. Das Schreiben lautet also:

„... Unter Bezugnahme auf unsere Unterredung vom 27. Ultimo, in der Ew. Exzellenz mir den Wunsch der Kaiserlichen Regierung unterbreiteten, von seiten der Regierung Seiner Britannischen Majestät die Zusicherung zu erhalten, daß Seiner Britannischen Majestät Regierung auf der Friedenskonferenz die Ansprüche Japans auf die Rechte Deutschlands in Schantung sowie auf das deutsche Inselgebiet nördlich des Aquators unterstützen werde, habe ich die Ehre, nach den Instruktionen Seiner Britannischen Majestät Staatssekretär des Äußeren Ew. Exzellenz die folgende Botschaft von Seiner Britannischen Majestät Regierung zu übermitteln:

Seiner Majestät Regierung kommt mit Vergnügen dem Wunsche der japanischen Regierung nach und versichert, daß sie Japans Ansprüche auf Überlassung der deutschen Rechte in Schantung und des Besitzes an Inseln

nördlich vom Aquator bei Gelegenheit der Friedenskonferenz unterstützen wird unter der Voraussetzung, daß die japanische Regierung sich bei der endgültigen Festsetzung des Friedensvertrages gegenüber den Ansprüchen Britanniens auf den deutschen Inselbesitz südlich des Aquators in dem gleichen Sinne verhalten werde ..."

Aus diesen drei Geheimabkommen geht für Deutschland und für die ganze Welt, soweit sie guten Willens ist, eindeutig die nicht zu leugnende Tatsache des Bestehens der englischen Raubpolitik bereits in den ersten Jahren des Weltkrieges hervor. Es bleibt dabei gleichgültig, daß der englische Premierminister in einer späteren Sitzung des „Rates der Zehn" in der Abwesenheit der Vertreter Japans auf diese Verträge erklärend zu sprechen kommt und ihr Zustandekommen für England als einen Zwang durch eine bestehende Notlage bezeichnet. Es bleibt weiterhin gleichgültig, daß der ehemalige englische Ministerpräsident Asquith im Jahre 1920 als Ursache für das Zustandekommen des englisch-italienischen Geheimabkommens die außerordentlich bedrohliche Lage an der Westfront anführt. Es bleibt unleugbare Wirklichkeit, daß die Zertrümmerung des deutschen Kolonialreiches das wirkliche Kriegsziel Großbritanniens und der Regierung Sr. Britannischen Majestät gewesen ist.

In den Januarsitzungen 1919 des „Rates der Zehn" weiß jedenfalls der Premier Englands, Lloyd George, mit großem diplomatischem Geschick die Verlesung des Wortlautes der Geheimverträge zu verhindern. Ihm war dabei voll bewußt, daß diese Verlesung zu einer ernsten Gefährdung des englischen Kolonialanspruchs und zu einer vernichtenden Bloßstellung der englischen Geheimdiplomatie führen mußte.

Dem engsten Mitarbeiter Woodrow Wilsons, R. St. Baker, ist es zu verdanken, daß diese Methoden und Praktiken englischer Geheimdiplomatie bekanntgeworden sind. Es bleibt unverständlich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten angesichts dieser Tatsachen dem Raub der deutschen Kolonien zustimmen konnte.

Frankreichs Stellungnahme in der Frage der deutschen Kolonien bedeutet aber zugleich die direkte Ablehnung des Mandatsgedankens überhaupt. Indem er als indiskutabel verworfen wird, wird zugleich die Annexion der deutschen Kolonien gefordert, und zwar bezeichnet Clemenceau diese Annexion als „die einfachste Sache der Welt!" Der Mandatsgedanke bedeutet für Clemenceau nur eine neuerliche Belastung des politischen Lebens der Staaten in Europa und ein Hindernis für die erfolgreiche Ausnützung der hochentwickelten deutschen Kolonien.

„Öffentlich zu verhandelnde und in aller Öffentlichkeit abzuschließende Friedensverträge" hatte der Präsident der Vereinigten Staaten der leidenden Menschheit, hatte er den vertrauenden Deutschen verkündet als seiner Weisheit letzten Schluß. Nach seinem Ideal und mit seinem Willen sollte das alte beliebte Spiel der „geheimen Abkommen" für alle Zeit der Verachtung durch die ganze Welt verfallen. Er stellte die Forderung auf, die Geheimdiplomatie endgültig abzulösen durch einen vertrauensvollen, unmittelbaren, diplomatischen Verkehr der Staatsführungen der einzelnen europäischen und überseeischen Länder untereinander oder über die Institutionen des Völkerbundes. — Glaubte Präsident Wilson allen Ernstes, nachdem er durch eigene frühere Erfahrungen und nunmehr durch die Enthüllungen des französischen Kolonialministers in den Verhandlungen des „Rates der Zehn" einen Einblick hatte gewinnen können in das unheilvolle Wirken einer glänzend organisierten Geheimdiplomatie, daran, daß er mit Hilfe seines Völkerbundes diesen Methoden werde steuern können? Dabei muß erneut gefragt werden: Hat Wilson während der Verhandlungen im „Rat der Zehn" über das Schicksal der deutschen Kolonien die abgeschlossenen Geheimverträge auch nach ihrem Inhalt gekannt! Mit der Beantwortung dieser Frage ist der absolute Bankrott der Wilsonschen Befriedungspolitik offenkundig. Es erscheint nicht als Wagnis, diese Frage zu bejahen, denn selbst der amerikanische Senator Ny erklärte in aller Öffentlichkeit, daß Wilson die Geheimverträge zwischen den Alliierten über die Kolonien der Deutschen offenbar in allen Einzelheiten kannte! Damit ist die Haltung des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Frage der deutschen Kolonien einer vernichtenden Kritik zu unterziehen, damit bekommt auch der Punkt V seines Friedensprogramms einen sonderbaren Charakter, damit ist weiterhin festzustellen, daß der Präsident mit der Sinnlosmachung seines Punktes V durch die endgültige Vollziehung und Sanktionierung des Kolonialraubes sich unmittelbar mitschuldig gemacht hat an dem ungeheuerlichsten Unrecht, das man einem zunächst durch Betrug wehrlos gemachten, verpfändeten Worten der Staatsmänner vertrauenden Volk angetan hat. Weiterhin ist damit festzustellen, daß dieser Betrug als im Namen der Menschheit und ihrer ewigen Rechte geschehen von den Staatsmännern der Feindbundmächte bezeichnet und im Vertragswerk von Versailles niedergelegt wurde! Präsident Wilson hat als Vertreter des amerikanischen Volkes diese Schuld auf sich genommen. Das amerikanische Volk, die Regierung der Vereinigten Staaten haben zwar später dem Friedenswerk und dem Völkerbund ihres Präsidenten die Anerkennung verweigert, aber sie haben sich nicht entschließen können, im Namen

der Wahrheit und des Rechtes durch die Zurückgabe der deutschen Kolonien das zu Paris und Versailles begangene Unrecht zu beseitigen.

So führt das offensichtliche Versagen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz zu Paris und in den Verhandlungen des „Rates der Zehn" zu einem traurigen und tiefbeschämenden Ergebnis. Er erliegt dem konzentrischen Angriff der verbündeten Imperialisten der Alliierten und wagt zuletzt kaum noch eine Geste des Widerstandes gegen die Vergewaltigung seines Willens und die Verfälschung seiner Ideen und Ideale. Ja, uns Deutschen will es scheinen, als ob Wilson zum aktiven Mitspieler in der Tragikomödie geworden sei.

Und wieder muß der Mitarbeiter des Präsidenten, muß R. St. Baker als Kronzeuge gegen ihn angerufen werden. In seinem Werk „Memoiren und Dokumente zu Versailles" erwähnt er das Geheimprotokoll der Sitzung des „Rates der Zehn" vom 24. Januar 1919 und stellt fest, daß Lloyd George im Namen des Britischen Reiches als Gesamtheit erklärte, daß er im höchsten Maße dagegen wäre, Deutschland auch nur eine seiner Kolonien zurückzugeben. Die Zustimmung der anderen Vertreter der Großmächte sei der Wilsonschen Feststellung gefolgt, daß nach seiner Meinung alle dagegen wären, die deutschen Kolonien zurückzugeben an ihre früheren Besitzer. Ohne Widerspruch sei also diese Tatsache nunmehr zum Beschluß erhoben worden.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erhebt vor der ganzen Welt zu allen Zeiten die furchtbarste und unwiderlegbare Anklage, indem sie fragt, ob das die Einlösung der mit der Verkündung des Programmes der „Vierzehn Punkte" übernommenen heiligen Pflichten der Befriedung der Völker sein soll! Sind das die versprochenen großen Taten des Heilsapostels aus Übersee? Ist das die Schaffung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit? Woodrow Wilson hat nicht nur alle seine Heilsbotschaften vergessen, er hat den Punkt V, der den Völkern eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche" versprach, verraten und verkauft. Er hat alle jene Notenwechsel, die zur Annahme seines Friedensprogramms durch das deutsche Volk und zur Waffenniederlegung führten, vergessen! Seinem Gedächtnis sind die Denkschriften und Funksprüche seines Staatssekretärs Robert Lansing und seines intimsten Beraters, des Obersten House, entfallen. Er vermag sich selbst nicht mehr auf den sogenannten „Lyoner Funkspruch" und dessen eindeutige Verpflichtung zu besinnen.

Die Kapitulation des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Frage

der deutschen Kolonien ist traurige Tatsache geworden. Es ist für ihn seit der Sitzung des „Rates der Zehn" vom 24. Januar 1919 „zum Beschluß" erhoben, daß die deutschen Kolonien an Deutschland nicht mehr zurückgegeben werden sollen. Praktisch sind die deutschen Kolonien damit unter Bruch des verpfändeten Wortes an die Staaten ausgeliefert, die sie „militärisch erobert und fest in der Hand haben". Diese Staaten haben sich durch den Mund ihrer Vertreter für allein berufen erklärt, die deutschen Kolonien zum Nutzen der ganzen Menschheit verwalten zu können. Um die Modalitäten, nach denen dieser Raub der deutschen Überseebesitzungen vor den Augen der Welt durchgeführt werden soll, wird in den Sitzungen des „Rates der Zehn" in den Tagen vom 24. Januar 1919 bis zu jenem denkwürdigen, unglückseligen 14. Februar 1919 noch in endlosen Debatten gestritten.

Der politischen Komödie zweiter Akt beginnt!

Die Geschichte des Völkerbundes ist allen Nationen und Völkern der Erde hinreichend bekannt. Seine völlige Bedeutungslosigkeit hat sich für die Welt sowohl in der Frage der Befriedung der Welt als auch eines Zusammenlebens der Völker nach den Gesetzen einer höheren Vernunft längst mit aller Eindeutigkeit erwiesen. Wenn der Blick hingerichtet wird auf die Geburtswehen dieses sonderbaren Kindes Wilsonschen Geistes, dann kann es keine Verwunderung über seine spätere Entwicklung geben.

Mit der Verwirklichung der Forderung der Alliierten, daß die deutschen Kolonien dem deutschen Volke nicht zurückgegeben werden dürften, machte sich plötzlich in ihren Kreisen eine seltsame Bereitwilligkeit des Entgegenkommens gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten bemerkbar. Die Alliierten stimmen plötzlich allen Wilsonschen Ideen von der Befriedung der Welt durch die Schaffung des Bundes der Nationen zu. Lloyd George gibt seinen Widerstand auf und läßt alle gemachten Einschränkungen und Vorbehalte fallen. Clemenceau und Poincaré, die sowieso nur mit einem mitleidigen Lächeln des Völkerbundes als Kolonialmacht gedacht hatten und die Idee eines sogenannten obersten Schiedsgerichtes beim Völkerbund niemals ernstlich in Erwägung zogen oder etwa gar fürchteten, verweigerten ihre Zustimmung nicht mehr länger. Sie dachten sowieso nur daran, auch diesen Völkerbund zu einem Instrument für die Verwirklichung aller Interessen Frankreichs zu machen, zumindest war es ihr fester Wille, der französischen Republik in diesem Völkerbund einen Einfluß zu sichern, der die Durchführung aller politischer und militärischer Aktionen zum Ruhme und zur Ehre Frankreichs zu allen Zeiten garantierte.

Als der wahre Sieger aus den bisherigen Beratungen des „Rates der Zehn" ging England, ging sein Premierminister Lloyd George hervor. Er hatte der englischen Nation einen Sieg von unvorstellbaren Ausmaßen errungen. Obwohl er im Verlaufe der Verhandlungen kaum jemals seine joviale, höfliche Art und damit seine Selbstbeherrschung verloren hatte, jetzt strahlten seine Mienen eine geradezu bezwingende Heiterkeit. Er allein kannte die Bedeutung des errungenen Erfolges. Das deutsche Kolonialreich ist vernichtet! Deutschland ist nunmehr endlich aus der Reihe der Kolonialmächte gestrichen! Das deutsche Kolonialreich würde zu seinem Großteil dem englischen Überseebesitz eingegliedert werden, ganz gleichgültig, ob das nun in der Form von Mandaten erfolgte oder auf dem Wege über die „Annexion pure et simple", wie es Frankreichs Kolonialminister gefordert hatte, geschah! Der deutsche Rivalismus um die Erschließung der unkultivierten Teile der Erde ist nicht mehr! Er gehört der Vergangenheit an! England wird nunmehr dafür Sorge tragen, daß dieser Rivalismus niemals mehr auferstehen kann! England hat mit der Enteignung der deutschen Kolonien der deutschen Industrie durch die damit verbundene Verbauung der Wege zu den wichtigsten Rohstoffen der Welt einen furchtbaren Schlag versetzt! Englands Wille ist es auch, den deutschen Welthandel zum Erliegen zu bringen oder wenigstens zu Bedeutungslosigkeit zu verdammen! Die Konkurrenz auf den Weltmärkten ist zu beseitigen und Englands Monopolstellung zu sichern. Der Triumph Englands und seiner Delegierten wird in zahllosen ruhmredigen Artikeln der Presse der englischen Welt gefeiert!

So soll die Beutegier und der Länderhunger der Imperialisten im alliierten Lager befriedigt werden: England und seine Dominien erhalten aus der Kolonialbeute die wertvollsten deutschen Besitzungen in Afrika und in der Südsee; Frankreich erklärt sich durch die Besitzergreifung von Togo und Kamerun für saturiert; Japan erhält die deutschen Rechte in China und die deutschen Südseeinseln, soweit sie nördlich des Aquators liegen; Belgien soll volkreiche Gebiete in Ostafrika erhalten und Portugal durch ebensolche Gebiete für seine Teilnahme am Weltkrieg belohnt werden. Die englischen und französischen Sieger sind wirklich großzügig zu nennen!

Einzig das volkreiche Italien geht bei der Beuteteilung vollkommen leer aus!

Italien hat im Weltkrieg immerhin 5 bis 6 Millionen seiner Söhne als Soldaten den Alliierten zur Niederkämpfung der Mittelmächte zur Verfügung gestellt und mit einem furchtbaren Aderlaß einen Blutzoll von

schauerlichem Ausmaß bezahlt. Italiens Armeen ist zu verdanken, daß bedeutende Truppenmassen der Mittelmächte an der Alpenfront gebunden waren. Italien ist zu verdanken, daß die K. u. K. Flotte sich nur beschränkt in ihrer Kampfkraft entfalten konnte. Den italienischen Armeen wurden von den vereinigten Generalstäben der Alliierten Offensiven zur Entlastung der übrigen Fronten aufgezwungen, die zu wahren Opfergängen werden sollten. Die Volkskraft Italiens erlitt Stöße, die zu katastrophalen Folgen führen mußten. Italien war durch Geheimverträge vom 26. April 1915 als Lohn für die geleistete Waffenhilfe ein wesentlicher Gebietszuwachs in Kleinasien, waren afrikanische Rohstoff- und Siedelungsgebiete versprochen worden. Diesem Italien wurde durch England das feierlich verpfändete Wort in beschämender Weise gebrochen. England hatte nicht das geringste Interesse an einem Erstarken Italiens als Mittelmeermacht. Die Schwächung Italiens durch die gebrachten Blutopfer, die Schwächung der italienischen Wirtschaftskraft als Folge des Krieges betrachtete England als Stärkung seiner eigenen Position im Mittelmeer! Dieselben Probleme, die einstmals Deutschland zum Erwerb überseeischer, kolonialer Besitzungen gezwungen haben, die rasche Erholung des italienischen Volkes von den Folgen des Krieges, die Aufwärtsentwicklung, die ihm sein genialer Führer Benito Mussolini sicherte, haben Italien viel später gebieterisch gezwungen, sich mit den Mitteln der Gewalt Siedelungs- und Rohstoffgebiete in Afrika zu sichern. Aber was geschah, als es Italien unternahm, das ehemals von England feierlich gegebene und dann gebrochene Versprechen aus eigener Kraft zu verwirklichen? Unter der Führung von England fielen dieselben Verbündeten, die den Kolonialraub an Deutschland und die ungerechte Verteilung der Beute vor aller Welt als moralisch berechtigte und von den gekränkten Menschenrechten geforderte Tat hinzustellen sich erdreisteten, mit aller Brutalität über Italien her. Um die Verhängung von Vergeltungsmaßnahmen und Sanktionen schrieen sie aus den Genfer Hallen des Völkerbundes in die Welt. Die Bildung einer geschlossenen Front aller im Völkerbund vereinigten Nationen gegen Italien forderten und strebten sie an. Strafmaßnahmen und Sanktionen sollte der Völkerbund gegen Italien verhängen, derselbe Völkerbund, der durch die Mandatsverleihungen einstmals den Raub der deutschen Kolonien sanktionierte!

In den Sitzungen des „Rates der Zehn" entbrannten überraschend in den Tagen des Februar 1919 abermals die Diskussionen zwischen den Vertretern der Großmächte in den Fragen der deutschen Kolonien und des Völkerbundes. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der aus allen Sitzungen

ermüdet und enttäuscht in sein Haus zu Paris zurückging, hatte sich offenbar aus stillen Stunden der Einsicht und Einkehr erneute Widerstandskraft gewonnen. Ihm war die Verantwortung, die er mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg übernommen hatte, in das Bewußtsein zurückgekehrt. Er fühlte diese Verantwortung in ihrer furchtbaren Wucht erdrückend für sich werden, wenn ihm nunmehr nicht endlich als sichtbarer Erfolg seiner Friedenspolitik die Verkündung des Völkerbundpaktes in feierlicher Sitzung möglich wurde. So bäumte er sich noch einmal gegen Lloyd George, Balfour, Clemenceau, Poincaré, gegen Hughes und Smuts, gegen alle Imperialisten der Alliierten auf. In scharfen Diskussionen nennt er die Lösung des Kolonialproblems nur noch eine „reine Verteilung der Beute". Er ergeht sich in moralisierenden Reden, die offensichtlich ohne Eindruck und ohne Wirkung bleiben. Als er das erkennt, versteigt er sich zu sehr ernsten Drohungen und fordert mit diktatorischer Geste die Rückkehr zur Vernunft und zu seinem Friedensprogramm der „Vierzehn Punkte". Als ultima ratio stellt er sein Verlassen der Konferenz und seine alsbaldige Rückkehr nach Amerika in Aussicht. — Ganz besonders erhitzen sich die Gemüter bei den Beratungen über das Mandatsprinzip bis zur Weißglut. Aber in diesem Punkte bleibt nunmehr der Präsident der Vereinigten Staaten unbelehrbar. Er beharrt auf der Verwirklichung des Mandatsgedankens gegen alle Imperialisten der Feindbundmächte. Aber die Imperialisten Englands und Frankreichs haben die wahren Absichten des Präsidenten erkannt. Die deutschen Kolonien sind von ihm in Wirklichkeit bereits aufgegeben worden seit jenem 24. Januar 1919. Er sucht tatsächlich nur noch seine Völkerbundsidee zu retten und will vermeiden, daß durch „die einfache Annexion der deutschen Kolonien nach dem alten Stil" sein Völkerbund bereits in der Stunde seiner Geburt mit einem unauslöschlichen Makel behaftet wird. Er befindet sich dabei in dem unwandelbaren Glauben, daß es ihm gelingen könne, durch die Erfüllung reiner Formalitäten sein ganzes Werk der Völkerbefriedung retten zu können. Es ist für Wilson unabänderliche Bedingung, daß die Kolonialfrage durch die Verwirklichung des Mandatsprinzips in ihrer beabsichtigten Lösung vor der Welt gerechtfertigt werden muß. Die Vertreter Frankreichs aber lehnen das Mandatsprinzip an sich überhaupt ab und haben sich mit ihm noch nicht einen einzigen Augenblick ernstlich befaßt. Für die Vertreter Frankreichs ist der Besitz von Kamerun und Togo dank der militärischen Macht gesichert. Für sie steht kein Mandatsprinzip mehr zur Debatte. Zur Verleihung von Mandaten aber müsse der Völkerbund überhaupt erst vorhanden, also geschaffen sein.

Das sei aber offenbar noch immer nicht der Fall. In stürmischer Forderungsformulierung verlangen die französischen Vertreter endlich einen Abbruch müßiger Diskussionen und damit den Beginn der Beratung der Friedensbedingungen, wie man sie den besiegten Deutschen vorzulegen gedenkt!

Und Lloyd George inszeniert einen neuen Akt der nun einmal begonnenen großpolitischen Komödie. Er beschließt, dem Präsidenten beizuspringen, selbst gegen die Vertreter Frankreichs. Er spielt plötzlich den Menschenfreund in unnachahmlicher Pose und Haltung. Vielleicht ist sogar ein echtes Mitleid mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Seele zum Leben erwacht. Lloyd George weiß es aus sicheren Quellen, daß in diesen Tagen ein unerhörter Pressefeldzug gegen den Präsidenten gestartet worden ist. Lloyd George hat zwar mit Befriedigung die hämischen Artikel über das europäische Wirken des Präsidenten zur Kenntnis genommen, aber er weiß, daß dieser Pressefeldzug gegen den Präsidenten sich mit jedem Tag steigern und zu dem Zusammenbruch seiner Ideale und Ideen, zur Vernichtung seines Rufes führen wird und einmal der Verurteilung des amerikanischen Friedensapostels vor der Geschichte Unterlage sein kann. Er ahnt das politische Schicksal des Präsidenten und Weltbeglückers. Er beschließt nunmehr endlich, Geburtshelferdienste für den Völkerbund zu leisten. Wenn Woodrow Wilson wie ein störrisches Kind eben darauf bestehen bleiben will, daß die „bloße Verteilung der Beute", wie er die beschlossene Lösung der Kolonialprobleme nennt, nur durch die Verleihung von Mandaten sanktioniert werden kann, dann mußte eben dieser Völkerbund als Institution endlich ins Leben treten.

In unnachahmlich kluger Dialektik macht er dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, macht er den Großmächtevertretern im „Rat der Zehn", macht er sich selbst die These verständlich und annehmbar, daß der Völkerbund doch eigentlich schon überhaupt keiner besonderen Geburtsstunde mehr bedürfe. Bestand der Völkerbund nicht überhaupt schon in den zur Friedenskonferenz zu Paris versammelten Nationen? Kam es so unbedingt auf Vollzähligkeit und Formen, auf Statuten und theoretische Gesetze an? Waren das nicht an sich nur noch Formalitäten, die man zu späterer Stunde in Kommissionen und Ausschüssen beraten konnte? Konnte man die Ergebnisse all dieser Beratungen nicht in Vollkonferenzen dann zum Gesetz und Beschluß erheben? Genügte dem Präsidenten und den Vertretern der Großmächte nicht bereits die Vollkonferenz vom vergangenen 25. Januar 1919, die ihrem Geschehen und ihrem Inhalt nach bereits die Geburtsstunde des

Völkerbundes gewesen sei! Wenn aber der Völkerbund in dieser Weise als bereits bestehend angesehen werden dürfe, dann stünden doch auch der Verleihung von Mandaten zur Lösung der Kolonialfragen keinerlei Hindernisse mehr entgegen, vorausgesetzt selbstverständlich, daß die Verleihung in der bereits „zum Beschluß erhobenen" Festlegung der neuen Besitzverhältnisse ihre Grundlagen erkenne. Also sähe er für sich und für Großbritannien und seine Dominien keinerlei Grund mehr, dem Mandatsprinzip nicht zuzustimmen. Für ihn, für England und für die Dominien sei das Mandatssystem unter den gegebenen Blickpunkten durchaus tragbar und berechtige in seinen voraussichtlichen Auswirkungen zu großen Hoffnungen für die Mandatare. Also, warum wollte man noch länger zögern, die Lösung endlich herbeizuführen?

Die widerspenstigen Vertreter der englischen Dominien hatte Lloyd George wohlweislich vorher in langen, vertraulichen Besprechungen gefügig gemacht. Sie hatten sich zur Annahme des Mandatsprinzipes entschließen müssen. Sie taten es, nachdem ihnen der Premierminister Englands die bindende Versicherung gegeben hatte, daß das Mandatsprinzip für die englische Kolonialpolitik nur eine andere, äußere Form der tatsächlich längst vollzogenen Annexion der deutschen Kolonien darstelle und auch keine andere Bedeutung für ihn besitze.

Der Präsident der Vereinigten Staaten willigt in die vorgetragene Lösung ein! Er sieht sein Befriedungswerk gerettet! Der Raub der deutschen Kolonien, von ihm zwar als „bloße Verteilung der Beute" bezeichnet, wird durch die Begebung von Mandaten vor der Welt gerechtfertigt, so ist auch in diesem Zusammenhang die Gründung des Völkerbundes erfolgt und gerechtfertigt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten vergißt sehr schnell alle erlittenen Niederlagen und Enttäuschungen. Er sieht mit der Gründung des Völkerbundes und der Verkündung der Völkerbundsakte in der nächsten Vollkonferenz sein Befriedungswerk als gesichert an und kann wieder mit ruhigerem Herzen an seine demnächstige Heimkehr nach den Vereinigten Staaten denken, denn die Neuordnung der Welt wird nach seinen Prinzipien nunmehr erfolgen und in das helle Licht der Wirklichkeit treten. Er flüchtet sich in seine Traumländer und Ideologien zurück. Daß er zum Hauptschuldigen bei dem Betrug an der vertrauenden deutschen Nation geworden ist, das bedenkt Wilson nicht einen Augenblick. Zur Rechtfertigung der beschlossenen Enteignung der deutschen Kolonien bemächtigt er sich nun ganz der Ausführungen des englischen „Baubuches", bemächtigt er sich der Phrase

von den verletzten Menschenrechten, bemächtigt er sich der Kolonialschuldlüge!

Am 14. Februar 1919 steht der Präsident der Vereinigten Staaten zu Paris der Vollversammlung der Friedensdelegierten gegenüber. Die Vertreter der 27 Siegernationen erwarten die Verkündungen des Heilandes aus USA. Er ist vor sie hingetreten als Triumphator, ein wenig müde zwar und bleichen Angesichts, aber dennoch mit der Geste des Neuordners der Alten Welt, des Schöpfers hoher sittlicher Gesetze, für alle Nationen gleicherweise geltend, verpflichtend. Vergessen hat er angesichts des Prunkes der Versammlung die zahlreichen Niederlagen in den Beratungen im „Rat der Zehn", vergessen die Streitigkeiten und machtpolitischen Kämpfe, vergessen aber vor allen Dingen das betrogene Volk der Deutschen, vergessen sein feierlich gegebenes Wort. Er breitet vor sich ein umfangreiches Schriftstück aus: die Völkerbundsakte. Nach der Erfüllung umständlicher Formalitäten beginnt er zu sprechen:

„... Die Welt ist sich sicher mehr denn je zuvor der Majestät des Rechtes bewußt geworden. Völker, die einander mißtrauten, können jetzt als Freunde und Kameraden leben, eine einzige Familie bilden ..."

Die ganze Unwahrhaftigkeit der Ideenwelt eines Woodrow Wilson ist schon aus diesen wenigen Worten zu erkennen. Über das gelöste Kolonialproblem aber läßt er sich also vernehmen:

„... Noch auf eine Eigentümlichkeit dieses Bundesvertrages möchte ich hinweisen, die meiner Auffassung nach zu den größten und erfreulichsten Fortschritten gehört, die gemacht worden sind. Es wird ein Ende gemacht mit der zwangsweisen Angliederung hilfloser Menschen, die in manchen Fällen seitens mancher Mächte nur Ausbeutungsabsichten dienten. Wir erkennen in der feierlichsten Weise an, daß wir gegenüber den hilflosen und unentwickelten Völkern der Welt, gerade weil sie sich in diesem Zustand befinden, die Verpflichtung haben, in erster Linie ihre Interessen zu wahren, ehe wir sie unseren Interessen dienstbar machen, und daß von nun an in allen derartigen Fällen es die Pflicht des Bundes ist, darüber zu wachen, daß die als Vormünder und Ratgeber und Leiter dieser Menschen bestellten Nationen die Interessen und die Entwicklung der Schützlinge berücksichtigen, ehe die eigenen Interessen und materiellen Wünsche der beauftragten Nationen berücksichtigt werden. Ein größerer Fortschritt als dieser wurde noch niemals erzielt. Wenn Sie auf die Weltgeschichte zurückblicken, so werden Sie sehen, wie nur zu oft hilflose Völker die Beute von Mächten geworden sind, die in diesem Punkte kein Gewissen kannten. Zu den vielen betrüblichen Enthüllungen der letzten Jahre hat es gehört, daß die Großmacht, die soeben glücklicherweise besiegt worden ist, unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten den hilflosen Menschen in einigen der Kolonien auferlegt hat, die sie sich angegliedert hatte, daß eher deren Ausrottung als deren Entwicklung von dieser Macht als ihr Interesse angesehen wurde und daß der Wunsch bestand, das Land der Eingeborenen für europäische Zwecke zu besitzen, nicht ihr Vertrauen zu genießen, um die Menschheit in diesen Gegenden auf eine höhere Stufe zu bringen. Jetzt sagt die Welt und gibt dem Gebot ihres Gewissens in Gesetzesform Ausdruck: Dies hat ein Ende! Unser Gewissen soll bei dieser Angelegenheit mitreden. Solche Staaten sollen herangezogen werden, die bereits bewiesen haben, daß sie in dieser Sache imstande sind, sich vom Gewissen leiten zu lassen. Unter ihrer Vormundschaft werden die hilflosen Völker der Welt einem neuen Licht und einer neuen Hoffnung entgegengehen.

So glaube ich, von dieser Urkunde sagen zu können, daß sie gleichzeitig eine brauchbare und menschliche Urkunde ist. Man spürt darin den Pulsschlag der Sympathie, und das Ganze steht unter dem Zeichen der Macht des Gewissens. Sie ist aufs Praktische gerichtet und doch beabsichtigt sie, zu reinigen, zu bessern, auf eine höhere Stufe zu heben, und ich möchte bemerken, soweit meine Beobachtung mich gelehrt hat, kommt sie in gewissem Sinne spät. Ich glaube, daß das Gewissen der Welt schon lange darauf vorbereitet war, auf solche Weise zu Worte zu kommen. Wir entdecken nicht erst heute unsere Sympathie mit diesen Menschen und unsere Anteilnahme an ihnen. Wir geben ihr nur Ausdruck, denn gefühlt wurde sie schon lange, und in der Verwaltung von mehr als einem der hier vertretenen großen Staaten — soviel ich weiß von allen hier vertretenen großen Staaten — hat sich dieser menschliche Trieb in der Art ihrer Behandlung derjenigen ihrer Kolonien gezeigt, deren Völkerschaften sich noch auf einer niedrigen Stufe der Zivilisation befanden. Wir haben viele Beispiele von Kolonien, die zu vollkommener Selbstregierung erhoben worden sind. Wir haben hier nicht einen Grundsatz entdeckt. Wir haben vielmehr einem Grundsatz allgemeine Anwendung gegeben. Die großen Nationen, die bestrebt gewesen sind, jede in ihrer besonderen Verwaltung nach dieser Richtschnur zu verfahren, sind übereingekommen, daß sie nun sich vereinigen wollen in dem Bemühen, ihre gemeinsame Kraft und ihre gemeinsame Überlegung und Einsicht diesem großen und menschlichen Vorhaben zu leihen. Darum ist meines Erachtens Anlaß gegeben zur tiefsten Befriedigung darüber, daß man zu dieser mensch-

lichen Entscheidung gelangt ist, auf welche die Welt lange gewartet hat, die noch vor kurzem meinte, es sei noch zu früh, zu hoffen!...".

Also verkündet der Neuordner der europäischen Welt, verkündet der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, den Vertretern der 27 „Siegernationen", der gesamten Presse der ganzen Welt, der aufhorchenden Welt überhaupt, das Produkt seiner geistigen Kämpfe und Bemühungen, gewonnen aus ungezählten Stunden einsamen Studierens, gewonnen aus zahllosen Niederlagen im Ringen um machtpolitische Ziele. Mit dieser Verkündung der Völkerbundsakte ist die Gründung des Völkerbundes für die aufhorchende Welt somit zur Tatsache geworden. Gekrönt sind durch ihre Verwirklichung die demokratischen Weltbeglückungsträume des amerikanischen Präsidenten, erfüllt seine Idee von der Vernichtung des Kriegs durch eine allgemeine und für alle Zeiten gesicherte Befriedung der Völker. Die Vernunft und das Gewissen der Menschheit haben nach Wilsons Meinung gesprochen, werden nunmehr immer im Weltgeschehen zur Richtschnur für das Handeln der Nationen werden! Wilson Triumphator! Im Rausche des erfochtenen „Sieges" versinken die inneren, mahnenden Stimmen, die mit bohrender Unerbittlichkeit an das gebrochene Wort, die an den verratenen Punkt V seines Friedensprogrammes erinnern wollen. Im Rausch der Begeisterung geht unter, daß menschliche Torheit, menschlicher Ungeist, Habgier, Lüge und Verleumdung als Paten an der Wiege des Völkerbundes gestanden, daß die Niedertracht und die Verhetzung, daß Ehrabschneiderei und Verlogenheit die Fundamente des erhabenen Baues des Bundes der Nationen sind. Verraten und verschachert sind um einen Judaslohn alle Versprechungen, Versicherungen, Doktrinen und Maximen worden, nach denen allein ein Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit dem furchtbarsten aller Kriege folgen könnte. Vergessen von Herrn Wilson ist der einstmals mit Diktatorengeste verkündete Grundsatz: „daß Völker und Provinzen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden dürfen, gerade als ob sie bloße Steine oder Gegenstände in einem Spiele wären...!"

Wie aber hatte Präsident Wilson am 11. Februar 1918 vor dem amerikanischen Kongreß gesprochen hinsichtlich des Friedens, der nach seinem Willen den Weltkrieg beenden sollte:

„...Die anzuwendenden Grundsätze sind folgende:

Erstens, daß jeder Teil der schließlichen Auseinandersetzungen auf der dem betreffenden Falle innewohnenden Gerechtigkeit und solchen Adjustierungen aufgebaut sein muß, von denen die Herbeiführung eines Friedens von Dauer am wahrscheinlichsten ist...

drittens: daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen getroffen werden muß und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleiches oder eines Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten...

...Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben!".

In demselben Geiste werden die Grundlagen für den Abschluß eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit von dem Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 4. Juli 1918 in Mount Vernon bestätigt:

„...Dies sind die Ziele, für die die verbündeten Völker der Welt kämpfen und die sie erreichen müssen, bevor Friede werden kann:

„...II. Die Regelung aller Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Souveränität, wirtschaftliche Vereinbarungen oder politische Beziehungen betreffen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch unmittelbar betroffenen Volkes, das um seines äußeren Einflusses oder seiner Vorherrschaft willen eine andere Regelung wünschen könnte...!"

Am 27. September 1918 betonte der Präsident der Vereinigten Staaten in einer Rede zu Neuyork diesen Willen zur Schaffung eines Rechtsfriedens auf der Grundlage der „Vierzehn Punkte" abermals:

„...Erstens, die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

Zweitens, kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen aller verträgt!"

Zu allem Überfluß aber besteht der Funkspruch des engsten Mitarbeiters des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des Obersten House, der insbesondere eine Verwirklichung des Punktes V der Wilsonschen „Vierzehn Punkte" zum Gegenstand und Inhalt hat, welcher außerdem als Willenskundgebung des Präsidenten unmittelbar angesehen werden muß. Die Ausführungen dieses Funkspruches aber lauten hinsichtlich des Schicksales der deutschen Kolonien also:

„...Der Vorschlag geht dahin, daß im Falle der deutschen Kolonien der Besitztitel nach Beendigung des Krieges durch unparteiisches Urteil nach ge-

wissen Grundsätzen festgesetzt werden soll. Diese Grundsätze sind zweifacher Natur.

1. Berechtigte Ansprüche.

2. Die Interessen der betroffenen Bevölkerungen.

...Was sind die berechtigten Interessen Deutschlands? Daß es Zugang zu den Tropen mit ihren Rohprodukten braucht, daß es ein Gebiet für seinen Bevölkerungsüberschuß nötig hat, daß nach den vorgeschlagenen Friedensbedingungen die Eroberung keinen Rechtsanspruch der Gegner begründet...

...Was ist das Interesse der Bevölkerung? Daß sie nicht zum Heeresdienst herangezogen wird, daß die Erschließung nach den Grundsätzen der offenen Tür erfolgt und unter genauester Regelung der Arbeitsbedingungen, des Gewinnes, der Steuern, daß die gesundheitlichen Maßnahmen beibehalten, ständige Verbesserungen am Wegenetz gemacht werden, daß die Schutzmacht stark und erfahren genug ist, um Korruption und Intrigen zu verhindern, daß sie Geld und erfahrene Verwaltungsbeamte genug hat, um erfolgreich zu kolonisieren.

Hieraus ergibt sich offenbar, daß der diesem Punkt zugrunde liegende Grundsatz dahingeht, daß eine Kolonialmacht nicht als Eigentümer der Kolonien, sondern als Treuhänder der Eingeborenen und des Völkerbundes handeln soll, daß die Gesichtspunkte, nach denen die Verwaltung der Kolonien betrieben wird, eine internationale Angelegenheit sind und daher mit Recht Gegenstand internationaler Untersuchung sein können, und daß die Friedenskonferenz daher Vorschriften über die Kolonialpolitik aufstellen kann, die für die Kolonialmächte bindend sind..."

Im Rückblick auf das Verhalten und klägliche Versagen des Präsidenten den imperialistischen Raubforderungen der Alliierten gegenüber wird unter Berücksichtigung der verschiedenen Botschaften und Funksprüche, wird unter Berücksichtigung der aufgestellten Friedensprogramme und Friedensbedingungen die ungeheuerliche Tatsache des begangenen Betruges an Deutschland erst völlig offenbar. Es gibt nicht eine aufgestellte These in den Programmen und Verkündigungen des Präsidenten Wilson, die von ihm nicht verraten, verfälscht, verschachert worden wäre. Es ist gut, wenn es dem deutschen Volk immer und immer wieder gesagt wird, daß es von den imperialistisch regierten Weltdemokratien nichts als Lug und Trug, als Verleumdung und brutale Vergewaltigung zu erwarten hat, daß es die Regierungen und Staatsmänner der Weltdemokratien waren, die unter Bruch aller bestehenden Verträge, unter Verleugnung aller gegebenen Zusagen und

Versprechen nur aus den imperialistischen Prinzipien ihrer Haß- und Raubpolitik heraus gegen alle Gesetze einer höheren Vernunft, einer weisen Einsicht, gegen Recht und Wahrheit die Enteignung der deutschen Kolonien durchgeführt haben. Es gibt in der Geschichte der Menschheit kaum ein zweites Beispiel von solcher Perfidie und Heuchelei, von solch fanatischem Vernichtungswillen und einer solchen Schlammflut des Hasses und der Lüge! Dem Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika aber muß immer wieder mit eindringlicher Mahnung in die Erinnerung zurückgerufen werden, daß der Präsident im Namen der Vereinigten Staaten diesem Betrug seine Hand hilfreich geliehen hat zu seiner endgültigen Vollendung. Menschliche Schwäche und Unzulänglichkeit der Front der vereinigten Imperialisten gegenüber sind weder Entschuldigung, noch können sie Milderungsgründe sein. Durch die Anwendung aber der demokratischen Moralitätsphrasen hat der Präsident seine Schuld nur vergrößert. Es ist ein frucht- und erfolgloses Beginnen von ihm, wenn er den Versuch unternimmt, der Welt die Berechtigung für sein Handeln durch die Anwendung salbungsvoller Worte vom Gewissen der Welt und der Stimme der Gerechtigkeit einzureden, die sich beide gegen Deutschland entschieden hätten; es ist ein heuchlerisches Bemühen, die deutschen ewigen Rechte auf den Besitz seiner Kolonien in Acht und Bann zu tun durch die Erhebung der Kolonialschuldlüge zum Postulat. Kein Weltbürger wird jemals der Versicherung Glauben schenken, daß „die Wahrung der Interessen der eingeborenen Bevölkerung" die Vernichtung der deutschen Kolonialherrschaft zur zwingenden Notwendigkeit habe werden lassen und sei sie auch durch alle Behauptungen des englischen „Blaubuches" über die deutsche Kolonialschuld gestützt. Der Präsident der Vereinigten Staaten folgt, vor dem Machtwillen der Alliierten schmachvoll kapitulierend, den Fingerzeigen, die die Politik der Alliierten mit der Diffamierung der deutschen Kolonialpolitik und des deutschen Kolonialstrebens gibt, allzu bereitwillig und bedient sich der vorgebrachten Beschuldigungen und Anklagen in der Frage der Eingeborenenbehandlungen mit einem Eifer, der allein schon verdächtig genug ist, um an seiner Ehrlichkeit berechtigte Zweifel aufkommen zu lassen, und beschuldigt die Deutschen, daß „sie die Eingeborenen in ihren Kolonien grausam unterdrückt und durch willkürliche Requisitionen brutal unterdrückt und zu den verschiedensten Formen der härtesten Zwangsarbeit gepreßt haben".

Um seine eigene Idee, um die Schaffung des Völkerbundes aus dem Bereich der Theorie hinüberzuretten in den Bereich der Wirklichkeit, um mit diesem einzigen politischen Triumph in seine Heimat zurückkehren, um sich

wegen der Verwirklichung dieser Idee als Völkerbeglücker feiern lassen zu können, stimmte der Präsident der Beraubung der Deutschen durch die Wegnahme ihrer Kolonien zu und scheute sich nicht, durch die Anwendung der Kolonialschuldlüge, dieser einzigartigen Diffamierung eines ehrlichen Willens, einen politischen Meuchelmord an einem 70-Millionen-Volk begehen zu helfen. Um der Enteignung der deutschen Kolonien in den Augen der Welt und vor dem Forum der Geschichte für alle Zeit den Charakter eines vollzogenen, heimtückischen Betruges zu nehmen und ihr zumindest einen Schein des Rechtes wenigstens in der Form zu verleihen, entschließt sich der Präsident, einem zweifelhaften, fadenscheinigen Mandatssystem seine Zustimmung zu geben, das zwar scheinbar die Interessen der eingeborenen Bevölkerung in den Vordergrund rücken und wahren soll, das aber in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine vom schlechten Gewissen angestrebte Bemäntelung der „Annexion pure et simple!" — Der Vertreter des Mandatsgedankens, ja man kann schon sagen sein eigentlicher Schöpfer und Vater, der Südafrikaner Jan Smuts, verurteilte den Mandatsgedanken später anläßlich von Äußerungen, die er, unvorsichtig geworden durch den gewonnenen Machtzuwachs für die Südafrikanische Union, bei Besuchen in der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika tat, selbst zur Bedeutungslosigkeit. Er erklärte, daß der Mandatsgedanke nichts anderes in der Praxis darstelle als die vollzogene und sanktionierte Annexion der deutschen Kolonialbesitzungen. Aber jede andere und vor allem gerechte Lösung des Problems war für die Alliierten nicht akut. Sie wurde abgelehnt von den Alliierten mit Argumenten, wie dem folgenden:

„...Deutschlands Versagen auf dem Gebiet der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich gezeigt worden, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihr Einverständnis zu einem zweiten Versuch geben und die Verantwortung dafür übernehmen könnten, 13 bis 14 Millionen Eingeborene von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind...!"

Es ist vernichtend für das Denken und Handeln des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß er, wie er es zu allen Zeiten auch auf anderen Gebieten mit großer Gründlichkeit getan hat, sich diese Diffamierungen des Volkes der Deutschen zu eigen machte und seinem Geistesschatz einverleibte. Es ist vernichtend für die staatspolitische Einsicht und vielgepriesene Klugheit, daß er es nicht unterlassen konnte, den völligen Verrat seines eigenen Friedensprogrammes und seines Punktes V, zur Rettung der eigenen Ehre sich der diffamierenden Lüge gegen die große, ehrliebende Nation der Deutschen zu bedienen. Dieses Urteil ist um so schärfer und vernichtender, als durch die schmachvolle charakterliche Haltung des Präsidenten der Vereinigten Staaten das Vertrauen in seinen guten Willen und in die Heiligkeit seines verpfändeten Wortes in den Grundfesten erschüttert worden ist. Für die deutsche Nation erweist es sich als zwingende Pflicht, im Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Kolonien und die Austilgung des geschehenen Verbrechens sich vor allem immer der Vorgänge zu erinnern, die in den Beratungen des „Rates der Zehn" und in den Sitzungen der Friedenskonferenz zu dem Kolonialraub geführt haben. So kann Deutschland auch niemals von seiner Forderung abweichen, daß die Schmach von Paris und Versailles nur ausgelöscht werden kann durch eine bedingungslose Zurückgabe des geraubten deutschen Überseebesitzes, nicht aber durch Manipulationen, wie sie in der Diplomatie und Politik der großen Demokratien dieser Erde beliebt sind.

Mit Wilsons offenkundig gewordenem Verrat in der Frage der deutschen Kolonien machte zugleich ein anderer Gedanke aus der großen Geistesrüstkammer demokratischen Denkens unzweifelhaft bankrott, nämlich der Gedanke und die Planung einer Befragung der afrikanischen Eingeborenen und die Herbeiführung einer Entscheidung auf diesem Wege über ihr zukünftiges Schicksal. In einer der Beratungen des „Rates der Zehn" hatte Wilson den ursprünglich aus englischen Kreisen stammenden Plan einer Eingeborenenbefragung aufgegriffen. Er glaube durchaus an die Herbeiführung einer gerechten Lösung der afrikanischen Probleme durch eine solche Befragung. Es sei deshalb nötig, den Eingeborenen die Möglichkeit eines Plebiszites zu gewähren! Mit einem Sturm der Entrüstung wurde dieser Vorschlag von den alliierten Imperialisten abgelehnt. Sie hatten ihre Gründe zu dieser Ablehnung, denn sie kannten allerdings auch da wieder, zu der katastrophalen Unkenntnis des Präsidenten in den Fragen der Kolonien im krassesten Gegensatz stehend, die Stimmung in der eingeborenen Bevölkerung der deutschen Kolonien allzu genau. Besonders in den Berichten über den Kolonialkrieg tauchten als ernste Mahnungen immer wieder Schilderungen von der fast beispiellosen Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung an die deutschen Kolonisatoren auf. Außerdem waren den Regierungen und der Presse der imperialistischen Alliierten genügend Kundgebungen des Willens der Eingeborenen zugeleitet worden, die mit eindeutiger Sprache Treuebekenntnisse zu ihren deutschen Herren ablegten und in ebenso eindeutigen Worten die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, ihren Verbleib aber bei Deutschland forderten. So mußten die Alliierten sowohl aus diesen

Gründen wie aus der Einsicht, daß ihre eigenen Kolonisationsmethoden bei den Farbigen nicht gerader besonderer Beliebtheit sich erfreuten, eine Eingeborenenbefragung und Entscheidung durch ein Plebiszit fürchten. Mit allen Mitteln diplomatischer Kunst hintertrieben sie die Verwirklichung solcher Forderungen.

Eine unbeeinflußte Abstimmung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien wäre zu einem vernichtenden Ergebnis für die Annexion geworden. Sie hätte ohne jeden Zweifel nicht anders ausgesehen als die Eingabe von 117 Häuptlingen aus dem deutschen Kamerun, gerichtet an den König von Spanien, als den Monarchen einer im Krieg neutral gebliebenen Kolonialmacht. Diese Eingabe ist datiert: „Bococo, den 2. Februar 1919", also zu einem Zeitpunkt, da das Schachern über das Schicksal der deutschen Kolonien und den Wilsonschen Völkerbund zwischen den Alliierten und dem Präsidenten zu Paris noch im vollen Gange war. Dieses in seiner Wahrhaftigkeit unantastbare Dokument enthält das Todesurteil für die Kolonialschuldlüge und die imperialistischen Annexionsgelüste, öffnet aber zugleich die Augen derer, die guten Willens sind, und lenkt den Blick hin auf eine erschütternde Tragödie. Dieses Dokument ist Rechtfertigung der deutschen Kolonisatoren und Verurteilung der kolonialgierigen Alliierten. Es lautet also:

„An Seine Majestät König Alfons XIII. von Spanien.

Eure Majestät flehen wir Häuptlinge von Kamerun untertänigst an, folgende Bitte annehmen zu wollen: Alle Häuptlinge, die hier mit Namensunterschrift unterzeichnet haben, sind im Jahre 1916 aus Liebe zu ihrer deutschen Regierung dieser hierher nach Fernando Po gefolgt und haben sich unter den Schutz Eurer Majestät gestellt.

Hab und Gut und unsere Familie haben wir in unserer Heimat Kamerun zurückgelassen, so groß war die Liebe zu unserer Regierung und das Vertrauen, bald wieder wie früher in unser Land mit unserer deutschen Regierung zurückzukehren. Diese Liebe und Treue ist unverändert bis heute in uns geblieben. Wir alle, Häuptlinge und andere Flüchtlinge in Bococo, haben nur den einen Wunsch, mit der deutschen Regierung nach Kamerun zurückzukehren. Wir haben gehört, daß bei dem alsbaldigen Friedensschluß über unser ferneres Schicksal beraten und entschieden werden soll. Untertänig, voll Inbrunst und Dankbarkeit flehen wir Eurer Majestät Beistand an, beim Friedensschluß uns helfen zu wollen, daß wir unter der deutschen Regierung bleiben, der wir alles, was wir wissen und gelernt haben, verdanken. Wir sind überzeugt, daß unsere in Kamerun zurückgebliebenen

Landsleute den gleichen Wunsch haben, wenn sie auch vielleicht aus Furcht nicht wagen, ihn auszusprechen. Im vollen Vertrauen auf Eurer Majestät Hilfe und Gnade zeichnen wir in Ehrfurcht und Dankbarkeit:

K. Atangana,
Oberhäuptling der Banes und Jaundes usw. usw.
Adgia Lifida,
Oberhäuptling der Mohammedaner usw. usw."

117 Häuptlinge haben aus Furcht vor den „Eroberern" ihrer angestammten Heimat Kamerun, diese ihre Heimat, haben ihre Familien, ihre Untertanen und Stammesmitglieder, ihr Hab und Gut verlassen und sind der deutschen Regierung außer Landes gefolgt. Auf der spanischen Insel Fernando Po suchten sie Sicherheit und Schutz vor der Rachsucht und Vergeltung der Eroberer wegen ihrer Treue und Liebe der angestammten deutschen Regierung gegenüber. Ihr Anruf des spanischen Königs enthüllt eine erschütternde Tragödie, reißt den Vorhang weg von der Brutalität und Rachsucht der Alliierten, die sich nicht scheut, farbige Eingeborene um ihrer Liebe und Treue willen so zu bedrohen, daß ihnen nur noch die Flucht als Rettung erscheinen konnte. Nennt das die Welt, nennen das die alliierten Regierungen, ihre Staatsmänner, ihre Annexionisten und Moralprediger, nennt das der Präsident der Vereinigten Staaten eine „gerechte Behandlung der Eingeborenen und eine Sicherung und Wahrung ihrer Interessen"? Fünf Jahre lang wird durch die Eroberer den geflüchteten Häuptlingen die Rückkehr in ihre Heimat, zu ihren Familien und Brüdern mit brutaler Gewalt verwehrt, soll ihnen das Recht auf ihren Besitz und die Rückkehr auf dem Weg über die brutale Enteignung der deutschen Kolonien für alle Zeit verwehrt werden? Die Kolonialschuldlüge und die koloniale Unwürdigkeitserklärung des deutschen Volkes brechen angesichts dieser Tatsachen zusammen wie Kartenhäuser.

Aber nicht nur die Eingeborenen von Kamerun bekunden so ihre Treue zur deutschen Regierung und zum deutschen Volk. Am 20. Mai 1919 erreicht einen der bedeutendsten Kenner der kolonialen Fragen und Probleme, erreicht den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg eine Eingabe von Eingeborenen aus der deutschen Kolonie Togo, die also lautet:

„Aus den Zeitungen haben wir ersehen, daß die Entente beabsichtigt, unser Togo von Deutschland zu trennen und unter englische oder französische Verwaltung zu stellen.

Wir Unterzeichneten, die wir die Gesinnung unserer Landsleute drüben in Togo genau kennen, sind zusammengekommen und protestieren im Namen

der gesamten Bevölkerung Togos gegen die beabsichtigte Lostrennung von Deutschland. Wir wollen nicht den Franzosen und Engländern zugeteilt werden, sondern wollen unter deutscher Verwaltung bleiben, denn alle Togoer sind im deutschen Sinne erzogen, denken, lesen und schreiben nur deutsch und sehen daher unter deutscher Verwaltung das beste Fortkommen für Togo.

Da Ew. Hoheit als Afrikaforscher doch nun auch die Gesinnung der Bevölkerung kennt und somit auch weiß, daß diese nur deutsch denkt und zu Deutschland hält, bitten wir Eure Hoheit, mit allem Nachdruck dafür Sorge zu tragen, daß kein Friede geschlossen und unterzeichnet wird, der Togo von Deutschland trennt. Wir wollen deutsch bleiben!

Ferner bitten wir Eure Hoheit, dahin bestrebt zu sein, daß von Togo hier ein Vertreter zur Nationalversammlung entsandt und zu dieser zugelassen wird, damit derselbe den Willen der gesamten Bevölkerung von Togo kundgeben kann, und der dann Togo ständig in der Nationalversammlung vertreten kann, denn dieses Recht muß Togo als deutscher Kolonie und deutscher Bestandteil zustehen.

Vielleicht ist es sogar angebracht und zweckdienlich, daß bis zum Eintreffen dieses Vertreters ein in Deutschland weilender Landsmann zur Nationalversammlung zugelassen wird..."

Nur wenige Wochen später, am 19. Juni 1919, folgte einer wahren Flut von Treuekundgebungen aus den besetzten deutschen Kolonien die nachfolgende dringende Eingabe von Kameruneingeborenen an die deutsche Nationalversammlung zu Weimar:

„Wir Unterzeichnete, als berufene Vertreter der Duala-Leute aus Kamerun, erlauben uns, die deutsche sociale Republik vor Abschluß des Friedensvertrages auf folgendes hinzuweisen:

Als Sohn des Unterhäuptlings Dewids Jost (Dibobe), seit dem Jahre 1896 in Berlin, erhebe ich mit sämtlichen unterzeichneten Landsleuten den schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung der Kolonien.

Wir erklären der wohllöblichen deutschen Regierung, daß der Vertrag von 1884 anerkannt wird, welcher uns unsere Selbständigkeit gewährleistet. Wir akzeptieren unter Vorbehalt, daß die Wünsche der Afrikaner nicht ungehört und nicht unerfüllt bleiben. Wir geloben der socialen Republik unverbrüchliche Treue und werden alles daransetzen, wenn der Vertrag von 1884 von der deutschen Regierung erfüllt wird, mit dem neuen deutschen Reich in gutem Einvernehmen zu leben.

Unsere Wünsche werde ich der Regierung im besonderen klarlegen.

Ich bitte, in den Zeitungen dieses Schreiben zu veröffentlichen, damit die Bevölkerung weiß, wir sind reichstreu..."

Unterzeichnet ist auch diese Erklärung von einer großen Anzahl von Kamerunleuten. Auch diese Erklärung kann für den Einsichtigen nur bestätigen, daß alle Behauptungen der englischen Kolonialschuldlüge doch zumindest angesichts der also sich äußernden Treue und Anhänglichkeit der westafrikanischen Eingeborenen einen außerordentlich merkwürdigen Eindruck erwecken müssen. Ganz gewiß ist die Verdrehungskunst der alliierten Imperialisten aber sofort bereit, diese Willenskundgebungen der Farbigen als inspiriert oder erzwungen hinzustellen. Um nun allen Verdächtigungen von vornherein jede Grundlage zu entziehen, soll hier eine völlig unparteiische Bestätigung stehen.

Die „Times" schreibt zu London am 12. Dezember 1918 wie folgt:

„Unsere Annahme, daß sich die Eingeborenen seit Kriegsausbruch nach Befreiung vom deutschen Joch gesehnt hätten, ist falsch. Die unbedingte Treue der Eingeborenen ist beachtenswert. Sie beruht auf der besonderen Fähigkeit der Deutschen, Liebe und Achtung zu gewinnen..."

Wem kann es angesichts solcher und ähnlicher Stimmen und Willensäußerungen aus den überseeischen Besitzungen des Deutschen Reiches noch verwunderlich erscheinen, daß die Feindbundmächte die Durchführung des demokratischen Prinzips der Eingeborenenbefragung unter dem fadenscheinigen Hinweis auf ihre praktische Unmöglichkeit verhinderten. Für sie ist es offenkundige Gewißheit, daß diese Durchführung zu einem Debakel der englisch-französischen Kolonialpolitik führen mußte, daß aber durch diese Abstimmungsdurchführung, vor allen Dingen das englische „Blaubuch", die gesamte Hetz- und Haßpropaganda und die sich auf die Rechtfertigung durch beide stützende Enteignung der deutschen Kolonien als Akt brutaler Willkür und krassesten Imperialismus' der Welt in dem seltsamen Zwielicht der Lüge, Ungerechtigkeit und Verblendung erscheinen mußten. Es ist hierbei festzustellen, daß alle jene Verbrechen, die die englische Politik dem deutschen Volk und seiner Kolonialgeschichte zum Vorwurf machte, der englischen Politik selbst unmittelbar in das Schuldkonto zu schreiben und auf den zahlreichen dunklen Seiten der englischen Kolonialgeschichte nachzulesen sind. Es ist weiterhin festzustellen, daß gerade das Beispiel Englands in der Behandlung seiner kolonialen Völkerschaften seine abschreckende Wirkung auf diese nicht verfehlt hat. Es kann als Tatsache hingenommen werden, daß englische Kolonisationsmethoden keine Verwirklichung der so gern und mit viel Lungenkraft gepredigten Völkermoralphrasen bedeuten. Vor-

würfe, wie sie die Feindbundregierungen in ihren Verlautbarungen und auf dem Wege über eine Haßpropaganda glaubten mit Recht den deutschen Kolonisatoren und der deutschen Regierung machen zu dürfen, sind besonders in den Augen der eingeborenen Bevölkerungen auf die Feindbundmächte als Kolonialmächte selbst zurückgefallen. Das Kapitel der Verfehlungen der Feindbundmächte in den eigenen, besonders aber in den eroberten deutschen Kolonien ist eines der dunkelsten in der Kolonialgeschichte der Menschheit überhaupt. Unwiderlegbare Beweise standen der deutschen Regierung von ehemals, stehen dem deutschen Volk von heute in überaus großer Zahl zur Verfügung. Aber die deutsche Regierung lehnte durch die Willensäußerung ihres damaligen Staatssekretärs für Kolonien, Dr. Solf, die Veröffentlichung dieser Beweise zum Zwecke einer Gegenpropaganda ab mit der Begründung, daß „sie sich nicht mitschuldig machen wolle an der allgemeinen Völkerverhetzung". Dem deutschen Volk aber bleibt das Recht für alle Zeit vorbehalten, von seinem Wissen und den dafür vorhandenen Beweisen um die düsteren Seiten in der Kolonialpolitik der Feindbundmächte durch Veröffentlichung entsprechenden Gebrauch zu machen.

Der Plan, die zukünftige Zugehörigkeit der eingeborenen Bevölkerung zu der einen oder anderen europäischen Macht durch eine Selbstbestimmung feststellen zu lassen, wurde von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten nur in der stillen Hoffnung und wahrscheinlich aus der Mahnung seines unruhig gewordenen Gewissens heraus aufgegriffen, daß das Abstimmungsergebnis gegen Deutschland ausfallen werde. So sah der Präsident selbst darin noch die Möglichkeit einer Rechtfertigung für seine Zustimmung zu der bedingungslosen Verteilung der deutschen Kolonien an die Alliierten. Mit dieser Rechtfertigung hätte er selbst den störrischsten amerikanischen Demokraten von der Gerechtigkeit der nun einmal getroffenen Lösung zu überzeugen vermocht. Aus dem Lager der Alliierten erwuchs einstmals dieser Plan. Seine Verwirklichung haben die Alliierten niemals ernstlich gewollt oder betrieben, besonders von dem Augenblick an nicht mehr, als ihnen durch die zahlreichen Willensäußerungen der Eingeborenen der deutschen Kolonien, bei Deutschland bleiben zu wollen, durch die Berichte ihrer eigenen kolonialen Verwaltungen und militärischen Stellen in den deutschen Kolonien, durch die Veröffentlichungen der Presse die Aussichtslosigkeit dieses Planes zur Gewißheit geworden war. Der Plan der Schicksalsentscheidung durch Plebiszit der Eingeborenen verfällt der allseitigen Ablehnung. Es bleibt auch in dieser Hinsicht bei der „bloßen Verteilung" der afrikanischen und überseeischen Beute, verhüllt lediglich durch das angenommene Mandatsprinzip.

Nach dem 14. Februar 1919 kommen im „Rat der Zehn", kommen in den Kommissionen und Ausschüssen die kleinen politischen Schauspieler endlich zu der längst ersehnten Aktionsmöglichkeit. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat zu einer Unterbrechung seiner europäischen Tätigkeit das Festland verlassen und ist nach Amerika zurückgekehrt; Lloyd George reiste als vorläufiger Sieger in der Kolonialfrage und in der Frage des Völkerbundes nach dem Inselreich zurück. Er läßt sich in überschwenglichen Worten von der Öffentlichkeit der ganzen englischen Welt feiern. Clemenceau mußte sich zu Bett legen. Um ein Haar wäre der Tiger der Revolverkugel eines Anarchisten zum Opfer gefallen. Sein Zustand war für ganz Frankreich besorgniserregend und zugleich Anlaß, die französische Öffentlichkeit auf das Wirken ihres größten Patrioten immer wieder hinzuweisen und zugleich die Krönung des Lebenswerkes des „Tigers" zu fordern durch einen „französischen Frieden" mit Deutschland. Während man auch so noch die Kommissionen und Ausschüsse, die die letzte Formung aller Bedingungen und Lasten suchte, die man den Deutschen im Friedensvertrag auferlegen wollte, in ihrer Haltung beeinflußte, regte sich das Weltgewissen, aufgeschreckt durch die offenkundig zutage getretenen Raubabsichten der Alliierten, doch und spricht in oft unerbittlich harten Worten sich aus, und das ganz besonders in der Frage der deutschen Kolonien und ihres Raubes durch die Annexionisten.

Es erweist sich als zwingende Notwendigkeit hier, noch vor der Behandlung der eigentlichen Friedensverhandlungen, soweit sie das Schicksal der deutschen Kolonien zum Gegenstand hatten, noch vor der „Prozedur", nach der die Friedensbedingungen und Friedensverträge den Deutschen zur Annahme überreicht werden sollten, diese mahnenden Stimmen, wenn auch nur in kurzen Auszügen zur Geltung kommen zu lassen. Allerdings muß bei ihrer übergroßen Zahl die Auswahl mit Strenge und nach bestimmten Gesichtspunkten vorgenommen werden. Es ist dabei besonderer Wert darauf zu legen, daß deutschfeindlich eingestellte Kreise und ihre Meinungs- und Willensäußerungen bevorzugt zu Wort kommen. Gerade dieser Stimmen sollte sich das Volk der Deutschen, da sie ihm trotz aller feindlichen Einstellung mehr oder weniger Gerechtigkeit in der Kolonialfrage widerfahren lassen, im Kampf um die Rückgabe seiner Kolonien erinnern.

Der Landsmann des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Nordamerikaner J. R. Mandeville, gibt am 5. Februar 1919, also zu einem Zeitpunkt, da ihm zwar der Kampf des amerikanischen Präsidenten gegen die Alliierten in der Frage der deutschen Kolonien bekanntgeworden war,

er aber die wahre Entwicklung der Dinge in ihrer ganzen furchtbaren Tragweite noch nicht zu übersehen vermochte, er besonders nicht einmal ahnen konnte, in welch leichtfertiger Weise der Präsident der Vereinigten Staaten sich die Auffassung der alliierten Imperialisten von der Kolonialschuldfrage zu eigen gemacht hatte, die er dann anläßlich der Verkündung seiner Völkerbundsakte durch die öffentliche ausgesprochene Kolonialschuldlüge zum Gesetz erhob und damit die koloniale Unwürdigkeitserklärung sanktionierte, seine Meinung in „The New York World" also wieder:

„... Präsident Wilson hat abermals der Welt im allgemeinen und den auf der Friedenskonferenz vertretenen Nationen gezeigt, daß die hohen Ideale und selbstlosen Beweggründe, um derentwillen die Vereinigten Staaten in diesem Kriege gekämpft haben, nicht durch die selbstsüchtigen Wünsche dieser Nationen nach Gebietserwerbung befleckt werden dürfen. Der Grundsatz der Selbstbestimmung unterworfener Rassen war der stärkste Punkt des Präsidenten und richtete sich unmittelbar gegen gewaltsame Annexionen. Hätte er von diesem Punkt ein Jota umstoßen lassen, so wäre die ganze Grundlage des Völkerbundes zerbröckelt. Wenn diese Nationen ehrlich einen Völkerbund zur Erzwingung des Friedens wollen, wozu bedarf es dann noch der Erwerbung von strategischem Gelände und Stützpunkten?

Die fraglichen Gebiete werden von vielen Millionen Schwarzer bewohnt, die gegenwärtig noch nicht fähig sind, über sich selbst zu bestimmen. Aber Angelsachsen, Germanen, Romanen und Slawen waren alle einmal unfähig zur Selbstbestimmung; sie sind erst durch Ströme von Blut gewatet, bis sie ihre heutige politische Freiheit erworben haben. Der Geist der heutigen Welt – und Präsident Wilson ist die Verkörperung dieses Geistes – verlangt von keiner Rasse, daß sie ihre Freiheit durch die Schrecken des Krieges erlangt. Man internationalisiere diese Kolonien und lehre ihre Bewohner, die politische Freiheit zu gebrauchen, wie es in den meisten französischen Kolonien geschehen ist..."

Der Nordamerikaner J. R. Mandeville erkennt die Unmöglichkeit der Selbstbestimmung der Farbigen und singt dennoch dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Lobeshymnen. Aus den Ausführungen des deutschen Staatssekretärs im Deutschen Kolonialamt, Dr. Solf, hätte auch Mandeville eine Belehrung in dieser Frage ziehen können. Die Anpreisung französischer Kolonialmethoden kann nur aus einer Unkenntnis der tatsächlichen Lage in der Verwaltung der französischen Kolonien entspringen. J. R. Mandeville fährt in seinen Ausführungen also fort:

„... Unter keinen Umständen sollte Präsident Wilson die Grundsätze der

englischen Kronkolonie-Regierung annehmen. Diese Grundsätze haben bewirkt, daß die amerikanischen Kolonien dem Britischen Reich verlorengingen. Hätte man auf ihnen bestanden, so würden sie zum Verlust der Dominions geführt haben. Aber den lange leidenden und unterworfenen Rassen der Kronkolonie Indiens bürdete man sie weiter auf. Das Britische Reich hat eine Bevölkerung von mehr als 500 Millionen Menschen, und von diesen haben weniger als 70 Millionen irgend etwas in ihrer Regierung mitzureden. Über 400 Millionen Einwohner der größten Demokratie der Erde haben heute und in aller Zukunft keinerlei Stimme in ihrer Regierung. Kein Wunder, daß das englische Kabinett in der Frage der Übernahme der deutschen Kolonien so vorsichtig auftrat..."

Obwohl im Lager der Feinde Deutschlands stehend und in ihrem Denken mehr oder weniger verhaftet, kommt also J. R. Mandeville zu einer eindeutigen Verurteilung englischer Kolonisationsmethoden und stellt außerdem die völlig ungleiche und ungerechtfertigte Verteilung des kolonialen Raumes unter die europäischen Völker fest. Indirekt wird damit eine Neuaufteilung des Kolonisationsraumes der Erde gefordert, wenngleich natürlich die Vorschläge auf eine Internationalisierung aller gegenwärtigen und künftigen Kolonialbesitzungen hinauslaufen. Indem er die Überantwortung der deutschen Kolonien an England ablehnt, stellt er die Forderung auf:

„... Die deutschen Kolonien könnten einem Exekutivrat des Völkerbundes mit einem Präsidenten an der Spitze übertragen werden, der die Befugnisse hätte, für jede Kolonie gesetzgebende Körperschaften zu schaffen..."

Mit den vorzugsweise englischen Gegnern der Internationalisierung der Kolonien im allgemeinen und der deutschen Kolonien im besonderen rechnet er in ziemlich eindeutiger Sprache also ab:

„... Diese Hindernisse sind lediglich hervorgesucht, um die Ansprüche Südafrikas und Australiens zu unterstützen, zweier Länder also, die in der Eingeborenenbehandlung vollkommen versagt haben...!"

Zu den Ausführungen des Amerikaners Mandeville in „The New York World" vom 5. Februar 1919 gesellen sich Ausführungen in der amerikanischen Zeitung „Nashville Tennessean", die in ihrer lakonischen Kürze und Deutlichkeit keine Mißdeutung, keine Umdeutung zu lassen. Sie erklären im Telegrammstil, daß die Belassung der deutschen Kolonien bei ihren Eroberern, bei ihren jetzigen Besitzern unzweifelhaft bedeuten würde, daß die „Vierzehn Punkte" des Präsidenten Wilson damit bereits in alle vier Winde zerstoben seien.

Das Programm der Wilsonschen „Vierzehn Punkte" ist zu diesem Zeit-

punkte, also im Februar 1919, tatsächlich bereits in alle vier Winde zerstoben! Von der Ordnung für die Verhandlungen zu Paris wird von Wilson, wird von den Feindbundmächten der erste und der letzte Punkt verwirklicht. Der Völkerbund, in zahlreichen schmerzvollen Stunden geboren, tritt mit der Verkündung der Völkerbundsakte am 14. Februar 1919 in das politische Leben der Völker ein. Die Kolonialfrage ist mit der „Belassung der geraubten deutschen Kolonien" bei ihren jetzigen Besitzern gelöst worden. Zwischen diesen beiden „welterschütternden, politischen Leistungen" der größten Staatsmänner der Erde aber bietet sich dem Auge ein Abgrund an Lüge und Heuchelei, an Unrecht und Habgier dar, der von niemand zu überbrücken ist.

Mit allen, auch den zweifelhaftesten Mitteln der von Herrn Wilson in Acht und Bann getanen europäischen Geheimdiplomatie wurden Vorbedingungen für den mit den Deutschen zu schließenden Frieden geschaffen, die sich, die Einsicht unparteiischer Betrachter erkannte das sofort, verhängnisvoll für die gepredigte Sicherung des Weltfriedens auswirken mußten. Die noch während des Völkerringens abgeschlossenen Geheimverträge zwischen den alliierten Großmächten über die Verteilung der deutschen Kolonien forderten Erfüllung und Verwirklichung. Sie sind verwirklicht worden dank der Brutalität der Clemenceau und Poincaré, dank der gerissenen Verhandlungsführung und dem Annexionswillen Englands und seiner Dominions. Um in der Erfüllung dieser Geheimverträge die Deutschen um so sicherer ihrer Kolonien im Namen des ewigen Rechtes berauben zu können, mobilisierte man ein ganzes Arsenal von Lügen und Verleumdungen. Die Rechtfertigung der bloßen „Verteilung der Beute" veranlaßte Herrn Wilson, die moralische und Humanitätsphrase zu predigen. Eine Frage, von den Feindbundkolonisatoren in ihren eigenen Kolonien niemals als Ideal verwirklicht, die Frage der gerechten Behandlung der Eingeborenen, diktiert Wilson als Grundlage für alle durch seinen Völkerbund zu erteilenden Mandate. Er erhebt dabei vor aller Welt in geheuchelter Entrüstung alle lügnerischen Behauptungen der Feindbundregierungen über eine angebliche Kolonialschuld Deutschlands zum Gesetz. Dabei ignorierte der Präsident willkürlich alle Argumente, die ihn von der tatsächlichen Methode der Eingeborenenbehandlung in den Kolonien der Feindbundmächte überzeugen hätten können.

Um die charakterliche Haltung der „Sieger" und ihres großen Führers und Apostels aus USA. in der Frage der Eingeborenenbehandlung in ihrer Heuchelei und Unwahrhaftigkeit aufzuzeigen, ist es Notwendigkeit, hier Be-

gebenheiten zu schildern, die zwar zeitlich einige Monate später erst sich abspielten, die aber bei dem Fehlen von einwandfreien Zeugnissen für ebensolche und ähnliche Ereignisse, die zeitlich früher ebenfalls geschehen sind, beispielhaft wirken.

Ein Bericht der „Deutschen Weserzeitung" meldet am 12. Oktober 1919:

„...‚Nieuwe Rotterdamsche Courant' meldet aus London, daß im Nationaliberalen Klub eine vom Unterausschuß für auswärtige und koloniale Angelegenheiten einberufene Versammlung stattfand, woran die Abgeordneten der südafrikanischen Eingeborenen, die nach England gegangen sind, um gegen die Behandlung der Farbigen zu protestieren, teilnahmen und ihren Standpunkt auseinandersetzten. Ein Eingeborenendelegierter teilt mit, daß, trotzdem die Gesetzgebung den Farbigen verbot, am Kriege teilzunehmen, 94000 Eingeborene an die Front geschickt worden seien, wovon 4000 gefallen sind. Er legte ferner die Rechte der Eingeborenen in der Union dar. Die Eingeborenen besitzen nur noch in der Kapkolonie Stimmrecht, dürfen jedoch nur Weiße wählen. Sie dürfen im Mittelpunkt der Industrie keine Facharbeit verrichten. Sie dürfen nur von Eingeborenen Land kaufen, so daß sie niemals Landbesitz haben können, da kein Eingeborener Land besitzt. Der erste Minister sei ein Holländer. Es sei aber von jeher die Politik der Holländer gewesen, die Eingeborenen zu Sklaven zu machen. Das englische Parlamentsmitglied Kentborthy erklärte, die öffentliche Meinung Englands solle fordern, daß die Eingeborenen gerecht behandelt werden, und schlug vor, daß die Protektorate der Union nicht übergeben werden sollten, bevor die Eingeborenen nicht besser behandelt würden...!"

Vernichtender können eigentlich die moralischen Rechtfertigungen des Kolonialraubes durch die scheinheilige Aufstellung der Kolonialschuldlüge durch England und ihre leichtfertige Übernahme durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht getroffen werden, als durch die Feststellung, daß wenige Monate nach den zu Paris in der Frage der Eingeborenenbehandlung verkündeten Idealen, Thesen und Methoden, ausgerechnet aus der Südafrikanischen Union, dem Vaterland des Annexionisten und Vaters des Mandatsgedankens, Jan Smuts, erbitterte Klagen über die Eingeborenenbehandlung geführt werden, daß die südafrikanischen Eingeborenen sich veranlaßt, ja gezwungen sehen, durch eigene Delegierte angesichts der englischen Öffentlichkeit in London feierlich Protest einlegen zu lassen gegen die Unterdrückung und ungerechte, harte Behandlung der Eingeborenen in der Südafrikanischen Union. Das englische Parlamentsmitglied stellt die koloniale Unwürdigkeit in der Frage der Eingeborenenbehandlung für die Südafrika-

nische Union ausdrücklich fest, indem es die Forderung erhebt, die englische Öffentlichkeit solle eine gerechte Eingeborenenbehandlung fordern, die Mandate über die west- und ostafrikanischen deutschen Kolonien sollen der Südafrikanischen Union nicht übergeben werden.

Den Deutschen aber wirft man zu Paris, warf man zu London brutale Kolonisationsmethoden und eigennützige Ausbeutung der Farbigen vor. Kann die Unschuld Deutschlands als Kolonialmacht in diesen Fragen treffender bewiesen werden als durch diese Tatsachen? Ein besonders beliebtes Argument im Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland ist immer die Behauptung gewesen: Deutschland beabsichtige die vollständige Militarisierung der Eingeborenen und die Aufstellung großer farbiger Armeen zum Zwecke der Eroberung und Unterjochung ganz Afrikas! Allein aus der Südafrikanischen Union aber wurden fast 100000 Farbige zu Kriegsdiensten gegen die Deutschen an die Front gebracht! In der Südafrikanischen Union ist es für die Eingeborenen Unmöglichkeit, durch Erwerbung zu einem Landbesitz zu kommen! Der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, hielt es am 14. Februar 1919 zu Paris anläßlich der Verkündung der Völkerbundsakte für geboten, im Namen des Weltgewissens die Deutschen anzuklagen, es sei allein in ihren Kolonien ihr eifrigstes Bestreben gewesen, ihre Eingeborenen ihres Landbesitzes zu berauben!

Was aber hatte der Allafrikanische Kongreß, der in den ersten Februarhälfte 1919 in Paris tagte, in der Frage der Eingeborenenbehandlung für unumstößliche Forderungen aufgestellt? Es ist nicht ganz unwichtig festzustellen, daß auf diesem Kongreß immerhin 200 Millionen Farbige vertreten waren. Den Vorsitz führte das französische Kammermitglied für Senegal, der Abgeordnete Diagne. Die Forderungen lauten unter anderem so:

„Einrichtung eines Komitees zum internationalen Schutz der Eingeborenen; daß sich in dem Völkerbund ein beständiges Sekretariat mit dem Status der Eingeborenen beschäftigt in bezug auf Landarbeit, Erziehung, Gesundheitsdienst, Bildung und Gottesdienst; daß die afrikanischen Eingeborenen allmählich zur Teilnahme an der Führung der Staatsgeschäfte zugelassen werden nach dem Grade ihrer Bildung; daß die internationale Arbeitergesetzgebung über die eingeborenen Arbeiter wie über die weißen Arbeiter ausgedehnt wird, so daß die Interessen der farbigen Bevölkerung in den internationalen Einrichtungen des Völkerbundes auf gerechte Weise wahrgenommen werden..."

In welchem Maße und Umfang, in welcher Weise diese Forderungen des

zu Paris tagenden Allafrikanischen Kongresses von den alliierten Kolonialmächten gehört, erhört und verwirklicht wurden, das alles geht mit wünschenswerter Deutlichkeit aus den feierlichen Protesten und erbitterten Klagen der Eingeborenen der Südafrikanischen Union bereits im Oktober desselben Jahres hervor. Zu moralischer, sittlicher Entrüstung über die Kolonisierungsmethoden der Deutschen bleibt in dieser Erkenntnis weder für Herrn Wilson noch für die alliierten Imperialisten das geringste Recht übrig!

Und an dieser Stelle möchte ich einer anderen gewichtigen Stimme Raum geben, die das deutsche Recht auf seinen Kolonialbesitz einerseits und die Perfidie, mit welcher dieser Kolonialbesitz dem deutschen Volk abgenommen wurde, in unantastbaren Worten festgestellt. Die bekannte polnische Delegierte des „Comité pour une paix durable" zu Genf, Dr. M. de Rusicka, schreibt in ihrer bedeutungsvollen Denkschrift über die Frage der deutschen Kolonien:

„...Wie wir wissen, besteht die Absicht, die deutschen Kolonien der Verwaltung durch die Deutschen zu entziehen, und das unter dem Vorwande: Deutschland sei nicht fähig noch würdig, seine Kolonien zu verwalten. Dieser Vorwand ist unzulässig, und man sollte ihn bei voller Loyalität nicht in Erwägung ziehen, weil die Geschichte der Kolonien da ist, um die Haltlosigkeit einer Anklage zu beweisen, die heute ohne Gnade zum Vorteil des Siegers ausgenutzt werden soll.

Es ist augenscheinlich, daß ich hier nicht in alle Einzelheiten der Kolonien eingehen kann; ich beschränke mich daher nur auf die Tatsache, daß das deutsche Kolonialreich erst vom Jahre 1884 datiert. Nachtigall hat in dieser Zeit die deutsche Flagge in Togo, Kamerun und Südwestafrika gehißt.

Diese Daten geben der deutschen Kolonisation nur eine Lebensdauer von 30 Jahren..."

Die polnische Delegierte des „Comité pour une paix durable" führt weiterhin in ihrer Denkschrift aus, daß sich Deutschland bei der Erwerbung seiner Kolonien und bei ihrer Zivilisierung alle Erfahrungen der übrigen Kolonialmächte zunutze gemacht habe, um von allem Anfang an in seinem Kolonialstreben nicht Rückschlägen ausgesetzt zu werden, wie es nach den Aufzeichnungen bedauerlicherweise den übrigen Kolonialmächten früher geschehen ist. Wenn gewisse Rückschläge dennoch eingetreten sind, so stehen sie in ihrer Bedeutung und ihren Ausmaßen in gar keinem Verhältnis zu den Irrtümern und Fehlern, denen die übrigen Kolonialmächte in ihren Kolonien verfallen und teilweise sogar unterlegen sind. Die deutsche Regierung habe nach gewonnener Einsicht in die Ursachen für Fehlschläge in der Ent-

wicklung ihres Kolonialreiches sofort und mit allen Mitteln Besserung und Verbesserung angestrebt. Dabei sei von der deutschen Regierung stets der erhabene Grundsatz einer gerechten Behandlung der farbigen Eingeborenen nach den Richtlinien der Milde und Güte, der Geduld als obersten Gesetzes für die Kolonisierungsarbeit beachtet worden. Dr. M. de Rusicka stellt ausdrücklich fest, daß die deutsche Kolonialpolitik sich nach kühnen und weiten Gesichtspunkten ausrichtete, daß sie die Lösung aller kolonialen Aufgaben besonders durch die Verwaltungen und Beamten der Kolonien in diesem Geist als erstrebenswertes Ziel forderte. Sie stellt fest, daß es der deutschen Regierung Bemühen gewesen ist, stets nur menschlich reife, in ihrer charakterlichen Haltung gefestigte Beamte in die Kolonien zu entsenden, um damit bei den Eingeborenen Achtung und unbedingtes Vertrauen zu gewinnen. Die Absichten der deutschen Regierung, durch dauernde Verbesserungen der Verbindungen in ihren Kolonien, durch Förderungsmaßnahmen der Erziehung der Eingeborenen, durch die Bemühungen seiner hochentwickelten heimischen Wissenschaft auf den Gebieten der Seuchenbekämpfung, durch die wirtschaftliche Hebung und sachgemäße Bodenbearbeitung den allgemeinen Stand seiner Kolonien zu heben, werden ausdrücklich anerkannt, so anerkannt, daß sie in der Tat nur von böswilliger Absicht verdächtigt und verleumdet werden können. Die Verfasserin erklärt:

„... Es besteht kein Zweifel, daß man diese Arbeiten und Reformen fortgesetzt hätte, um das Schicksal der Eingeborenen zu verbessern, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre.

Wenn wir nun die Anfänge der anderen Mächte in der Kunst der Kolonisation prüfen, stellen wir fest, daß dieselben Hunderte von Jahren gebraucht haben, um dahin zu gelangen, wo sie heute sind, d. h. ohne den deutschen Leistungen irgendwie voraus zu sein.

Überall brauchten sie lange Zeit Gewalt und zwangen die Eingeborenen durch Sklaverei, wobei sie ihre Handlungsweise mit dem Rechte des Mächtigeren rechtfertigten, jedoch stets ihre moralische Überlegenheit in den Vordergrund stellend. Sie haben kaum ihre Empfindungen an dem Tage geändert, wo sie aus rein verstandesmäßigem Mitleid die Befreiung der Sklaven verkündeten.

Ich habe nicht die Absicht, in nähere Einzelheiten einzutreten über den Sklavenhandel und die Übeltaten den Schwarzen gegenüber, die zu Beginn der Kolonisation von allen Mächten begangen wurden.

Wir wissen, daß nach Spanien und Portugal England das Privilegium des Assiento eingeräumt wurde. Und das vereinigte Königreich führte seine

lohnende, wenn nicht als ruhmreich angesehene Aufgabe 260 Jahre durch, indem es die Rekrutierung und den Transport der Negersklaven nach Amerika besorgte.

Durch Hunderte von Zeugen hat man die fürchterlichen Leiden erfahren, die diese Unglücklichen erdulden mußten. Ebensowenig ist es nötig, auf die Schändlichkeiten zurückzukommen, die eine traurige, umfangreiche Literatur verbreitet hat, indem sie über das erniedrigende Schicksal berichtete, welches den Sklaven auf ihren Galeeren von den Wächtern zuteil wurde, wobei es sich darum handelte, die Reichtümer Amerikas und der Antillen, das Eigentum europäischer Staaten, zu bergen.

Spanien und Portugal waren mit solchen Beispielen vorangegangen, die Engländer und Franzosen beeilten sich, ihnen zu folgen.

Die barbarische Art, mit der der belgische Kongo verwaltet wurde, lebt noch frisch in unserer Erinnerung.

Jeder weiß auch noch, daß die Engländer die gesamte tasmanische Rasse in 73 Jahren ausgerottet haben und die Franzosen die Kabylenstämme in Nordafrika. Es ist auch allgemein bekannt, mit welcher Grausamkeit die Engländer ihre Aufstände in Indien und Ägypten unterdrückt haben.

Das Massaker der Madhisten im Sudan 1898, wo 15000 Verwundete durch die „siegreichen" Soldaten Kitcheners hingeschlachtet wurden, ist noch in aller Gedächtnis.

Herr de Freycinet drückt sich in seinem Buch „La question d'Egypte" wie folgt über die Ereignisse aus, die auf die Schlacht von Omdourman folgten:

„Am folgenden Tage wurde eine entscheidende Schlacht geschlagen, in der nicht nur die Soldaten des Madhi, sondern eine Masse Wehrloser vernichtet wurden. Man deckt am besten einen Schleier über diesen fürchterlichen Tag, dessen Einzelheiten schwer zu würdigen sind. Aber der Ruhm des Generals wäre sicher größer gewesen, hätte ein wenig Menschlichkeit bei dem Siege mitgewirkt. Und dann, warum das Grab des Propheten entweihen? Warum seine Gebeine auseinanderreißen und in den Nil werfen? Solche Taten, die man gern nur für Handlungen einfacher Untergebener halten würde, dienen nicht zur Erhöhung ihrer Urheber und lassen tiefen Haß hinter ihnen zurück."

Das sind ernste Vorwürfe, die um so ernster sind, als sie von einem Manne wie Freycinet stammen.

Diese wenigen Notizen genügen, um zu beweisen, daß die Geschichte der deutschen Kolonien unendlich viel weniger belastet ist als die der anderen

Kolonialmächte und daß der Vorwand, dessen man sich bedient, um sich der solange umstrittenen Kolonien zu bemächtigen, nur eine traurige Ironie ist, die kein Kulturmensch ernst nehmen kann.

Dieser Vorwand erscheint noch heuchlerischer, wenn man bedenkt, daß die schrecklichen Leiden und die gewaltigen Opfer an Menschenleben, welche die Eingeborenen der Kolonien während des Krieges erdulden mußten, ihnen durch die Westmächte zugefügt worden sind.

Und bei Beginn des 20. Jahrhunderts hat die zivilisierte Welt noch einmal dem empörenden Schauspiel einer organisierten Sklaverei zum Vorteil der europäischen Kolonialstaaten beiwohnen müssen. Ich möchte hoffen, daß wir alle darüber einig sind, daß es im offenkundigen Widerspruch mit den einfachsten Freiheitsbegriffen steht, wenn man diese für eine Armee rekrutiert, die bestimmt ist, sich für Interessen zu schlagen, die ihnen völlig fremd sind, und gegen Völker, mit denen sie nie irgendwelchen Streit gehabt haben.

Ich möchte besonders darauf bestehen, daß es den kolonisierenden Mächten in Zukunft völlig untersagt sein muß, Eingeborenenarmeen außerhalb der nationalen Gebiete derselben, d. h. in Europa, für einen Krieg zwischen den weißen Rassen zu bilden.

Ebenso muß es ausgeschlossen sein, daß Eingeborene dazu gezwungen werden, in „Arbeiterbataillonen" zu dienen, wie sie durch die Westmächte auf dem westlichen Kriegsschauplatz von 1914 bis 1918 gebildet wurden.

Es ist überflüssig, denke ich, auf die tiefe moralische Tatsache hinzuweisen, die darin besteht, den Schwarzen die Niedermetzelung der Weißen zu lehren ...!"

Bei der Beurteilung dieser Denkschrift darf von uns nicht übersehen werden, daß ihre Verfasserin Mitglied des internationalen Friedensinstitutes „Reconciliatio" zu Freiburg in der neutralen Schweiz und Delegierte des „Comité pour une paix durable" ist und als solche, besonders in der neutralen Schweiz überdurchschnittlichen Einfluß in der übrigen, besonders aber neutralen Welt einen außerordentlich klingenden Namen besitzt. Weiterhin darf bei der Beurteilung der Bedeutung, die dieser Denkschrift zukommt, nicht übersehen werden, daß sie der Völkerbundskonferenz zu ernsten Prüfungen Veranlassung gegeben hat. Es kann auch im Hinblick auf die Feststellungen dieser Denkschrift immer wieder nur behauptet werden, daß die Friedensmacher zu Paris und zu Versailles, daß die Staatsmänner der alliierten Großmächte, daß an ihrer Spitze der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, in unverantwortlicher, leichtfertiger, ja böswilliger Weise alle Argumente beiseitegeschoben haben, die Deutschlands Recht

auf seine Kolonien und das Unrecht, das ihm durch deren Annexion durch die Alliierten angetane Unrecht beweisen, daß also die Enteignung der deutschen Überseebesitzungen nur zu dem Zwecke der Saturierung der imperialistischen Gruppen in den Regierungen und Völkern der Feindbundmächte als politische Notwendigkeit gepredigt und durchgeführt wurde. Es kann abermals unter Beweis gestellt werden, daß die allzu große Bereitwilligkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf die Forderungen und Wünsche der alliierten Imperialisten in der Kolonialfrage einzugehen, nicht durch die auch von ihm aufgegriffene Kolonialschuldlüge und koloniale Unwürdigkeitserklärung Deutschlands erklärt oder etwa gerechtfertigt erscheinen kann. Diese Denkschrift beweist ja gerade trotz ihrer Kürze, daß in der Geschichte der deutschen Kolonien nennenswertes Beweismaterial für eine koloniale Schuld nicht zu finden ist. Es bleibt damit auch weiterhin unumstößliche Gewißheit, daß die Lüge von der deutschen Kolonialschuld nur erfunden worden ist, um gegen Deutschland als Beweislast angewendet zu werden von den sogenannten Anwälten des Weltgewissens, deren eigene Kolonialgeschichte eine einzige ungeheure und unwiderlegbare Anklage ist. Der Bund der Nationen, der Völkerbund, diese Schöpfung Wilsonschen Geistes, bleibt von der ersten Stunde seines Bestehens mit dem Makel behaftet, durch eine von ihm vorzunehmende und in seinem Namen sanktionierte Mandatverleihung an die Feindbundmächte für die deutschen Kolonien ein Unrecht unterschrieben, gefördert und besiegelt zu haben, das in seinen Auswirkungen zu einer schwerwiegenden Gefahr für den Weltfrieden werden wird.

Wie schwerer Trommelschlag geht mahnend und erweckend auch diese Denkschrift durch die Nacht der Rechtlosigkeit und die düsteren Täler der Diffamierung und Verleumdung der deutschen Nation. Die europäischen Völker sind erwacht. In ihnen ist das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, für Wahrheit und Ehrlichkeit dem deutschen Volke gegenüber lebendiger als jemals zuvor. Die Forderung nach Gerechtigkeit für Deutschland kommt in den Veröffentlichungen ihrer Presse, kommt in Aufrufen und Protesten zum Ausdruck. Es ist außerordentlich interessant zu sehen, daß selbst bis in die linkspolitisch orientierten Arbeitermassen aller Staaten das Kolonialproblem und seine Lösung Aufsehen und Aufregung verursachte. Es ist doppelt interessant zu sehen, wie neben den marxistisch verhetzten Arbeitermassen Deutschlands die marxistisch und demokratisch geführten Arbeitermassen des neutralen und vor allen Dingen des feindlichen Auslandes protestieren gegen eine Lösung der kolonialen Probleme, wie sie zu Paris angeblich als Patentlösung gefunden und der Welt offenbart wurde. Es protestierten also die

marxistischen Arbeitermassen der Länder, die heute sich als die Todfeinde des Deutschen Reiches gebärden, gegen das Unrecht in der Frage der Kolonien.

So tagte im Februar 1919 der Internationale Arbeiter- und Sozialistenkongreß zu Bern. Er beschäftigte sich in endlosen Diskussionen mit allen Fragen der europäischen und überseeischen Politik; er fand aber dennoch genügend Zeit, um auch der Lösung der Kolonialprobleme seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein heftiger Streit der Meinungen herrscht auf diesem Kongreß. Die Meinungen der Arbeitervertreter aller Länder prallen hart und unmittelbar aufeinander. Wie hätte es bei der Verhetzung der Völker anders sein können? In einer Frage allerdings ist auch dieser sozialistische Arbeiterkongreß vollkommen einig: die Lösungen der territorialen Fragen, wie sie auf der Friedenskonferenz zu Paris angestrebt oder bereits beschlossen werden, stellen keine tragbaren Lösungen dar, insbesondere, soweit die Aufteilung der überseeischen Besitzungen Deutschlands zur vollendeten Tatsache erhoben werden soll. Alle Teilnehmer an dem Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß zu Bern bekunden in seltener Übereinstimmung die Verwerfung jeglicher Annexionen, in welcher Form sie auch von den Alliierten auf der Friedenskonferenz gefordert oder gerechtfertigt werden mögen. In Resolutionen kommt diese einstimmige Verwerfung der Raubabsichten Englands und Frankreichs zu beredtem Ausdruck:

„... Die Konferenz fordert ...:

g) Schutz der Bevölkerung der abhängigen Gebiete, Kolonien, Protektorate durch die Gesellschaft der Nationen, die dahin zu wirken hat, daß Einrichtungen getroffen werden, die deren eingeborene Bevölkerung möglichst rasch zu staatlicher Selbstbestimmung entwickeln, durch Gründung von Schulen, Gewährung zunächst lokaler Autonomie, Presse-, Vereins-, Versammlungsfreiheit und anderer politischer Rechte.

Die Konferenz protestiert gegen jeden Versuch, die genannten Grundsätze zu verfälschen, und verwirft deshalb

1. das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisverträge, die einem Staate für seinen Eintritt in den Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Nationen zusichern; ...

3. gewaltsame oder verschleierte Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten ..."

So ist es für die deutsche Nation gerade in der Gegenwart zwingende Notwendigkeit und Pflicht geworden, sich der Stellungnahme der Arbeitervertreter der europäischen und besonders der Feindbundländer in der Frage der deutschen Kolonien und ihrer Enteignung durch die Friedenskonferenz, den „Rat der Zehn" und den Völkerbund zu erinnern und diese in ihren Ergebnissen als Argumente im Kampf um die Zurückgabe der Kolonien an Deutschland den Arbeitermassen und der öffentlichen Meinung in den Ländern, die sich als Besitzer der deutschen Kolonien seit 20 Jahren gebärden, gegenüber zu verwenden. Durch die Vergiftung der öffentlichen Meinung in den westlichen Demokratien ist es den Imperialisten gelungen, die deutsche Kolonialforderung außerordentlich unpopulär auch gerade bei den breiten Massen der Völker zu machen.

Im Jahre 1919 sind alle Arbeiterkongresse, soweit sie die Kolonialfrage behandelten, einig gewesen in der Bejahung des deutschen Rechtes auf kolonialen Besitz. Fast alle Vertreter der internationalen Arbeitermassen lehnen in ihren Ausführungen den Standpunkt des „Rates der Zehn" und der Friedenskonferenz in der Frage der Kolonien ab. Soweit sie nicht für die unmittelbare und bedingungslose Rückgabe der Kolonien an Deutschland plädieren, verlangen sie wenigstens die Verwirklichung des Punktes V des Wilsonschen Programms der „Vierzehn Punkte" durch ein unparteiisches Schiedsgericht oder durch den Völkerbund. Die von den Staatsmännern Frankreichs forcierte „annexion pure et simple" wirkt auf alle Kongreßteilnehmer wie eine Herausforderung. Sie wird auch von den französischen Vertretern selbst in aller Form abgelehnt.

So kommen in den Verhandlungen und Sitzungen der Berner Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz vor allen Dingen Vertreter der Arbeitermassen in den Ländern der Feindbundregierungen zu Wort. Ihren Ausführungen dürfte unser besonderes Interesse mit Recht gehören. In der überfüllten Versammlung vom 8. Februar 1919 nimmt der Vertreter Englands zunächst zur Kolonialfrage das Wort. James Ramsay Macdonald führt in seiner, ihm eigenen überlegenen Weise folgendes aus:

„... Was die besetzten deutschen Kolonien anlangt, so hat die Internationale Konferenz der Arbeiter- und Sozialistenparteien vom Februar 1916 auf Antrag der englischen Arbeiterpartei eine Resolution angenommen, die im wesentlichen besagt, die Rückgabe der deutschen Kolonien an diejenigen, die sie vor dem Kriege besessen haben, oder ein eventueller Austausch oder andere Abkommen dürften kein Hindernis für den Friedensschluß sein ..."

Politische Einsicht wird sofort ohne weitere Erklärungen erkennen, daß solchen Resolutionen, die sowohl nach Form wie Inhalt zweideutig und zumindest unklar anmuten, gegen eine annexionistisch orientierte Politik und imperialistisch geführte Geheimdiplomatie nur theoretische Bedeutung zu-

kommen kann. Die von James Ramsay Macdonald hier erwähnte Resolution ist im Kriegsjahr 1916 zu London gefaßt und auch der englischen Regierung zugeleitet worden. Sie wurde also den beutehungrigen Imperialisten bekannt zu einer Zeit, da an den Fronten die Geschütze noch brüllten und die Maschinengewehre ratterten. Eine Wirkung blieb dieser Resolution selbstverständlich bei der Stärke des feindlichen Vernichtungswillens versagt. Für die Feindbunddiplomatie erschien es außerdem als eine politische Kleinigkeit, selbst in diese Resolution noch eine praktisch vollzogene Annexion hineinzuprojizieren.

Aber James Ramsay Macdonald, allmächtiger Arbeiterführer Großbritanniens, fährt in seinen Ausführungen fort:

„... Die Verwaltung der Kolonien wird sich nach dem Wunsche der sie bewohnenden Völkerschaften richten müssen. Es muß ihnen der Bezug von Rohstoffen erleichtert und Handelsfreiheit gewährt werden. Alle Einkünfte einer Kolonie müssen zum Wohle der Eingeborenen und unter Aufsicht des Völkerbundes verwendet werden.

Die Arbeiterpartei verpflichtet sich, diese vollkommen klaren Leitsätze peinlich anzuwenden. Sie hofft, daß diese freimütigen Erklärungen alle Mißverständnisse zerstreuen werden. Mit anderen Worten: die englische Delegation macht sich die Grundsätze der Resolution zu eigen ..."

Der deutsche Mehrheitssozialistenführer, Hermann Müller, tritt als Vorkämpfer für das deutsche Recht auf die Rückgabe seiner Kolonien auf den Plan. Er verteidigt die deutschen Kolonien auf dem Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß zu Bern am 8. Februar 1919. Niemals kann diese Verteidigung deutscher Interessen und unantastbarer deutscher Rechte durch einen deutschen Sozialistenführer vom Schlage eines Hermann Müller im tiefsten Glauben und in der heiligsten Überzeugung, die allein den Erfolg zu garantieren vermögen, erfolgt sein. Dieser selbe Hermann Müller ist wenige Monate später bereit, die deutschen Kolonien durch seine Unterschrift unter das Friedensdiktat von Versailles bedenkenlos zu opfern. Die Schwäche und Charakterlosigkeit dieses deutschen Arbeiterführers kann durch nichts deutlicher und eindringlicher bewiesen werden als durch seine jammervolle Haltung in der Frage der deutschen Kolonien. Zu Bern führte Hermann Müller folgendes aus:

„... Genosse Ramsay hat darauf hingewiesen, daß die Kolonialfrage im Memorandum der interalliierten Sozialistenkonferenz in London behandelt worden ist. Wir hatten als Grundlage für Vorbesprechungen eine Resolution über die Rückgabe der deutschen Kolonien eingebracht, die aber nicht

mehr behandelt werden konnte. Der allgemeinen Resolution, die in Absatz g eine Kontrolle der Nationen, einen gewissen kulturellen und kolonialen Schutz für die Eingeborenen vorsieht, stimmen wir Satz für Satz zu. Die Kolonien sollten unserer jungen Republik zurückgegeben werden, die ja nicht verantwortlich ist für das, was in früheren Jahrzehnten gesündigt wurde. Wenn die Kolonien Deutschland zurückgegeben werden, so würden die Eingeborenen jedenfalls besser gestellt dadurch, als wenn sie unter das Regime der imperialistischen, kapitalistischen Regierungen kämen, die zur Zeit um diese Gebiete streiten ..."

Die Delegation der deutschen Mehrheitssozialdemokratie unterbreitete dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Bern die folgende Erklärung:

„Die deutsche Sozialdemokratie verwirft in Übereinstimmung mit dem Stockholmer Manifest der Sozialisten der neutralen Länder und mit den Grundsätzen des Wilson-Programms jede Vergewaltigung eines Volkes. Sie protestiert deshalb dagegen, daß bei den bisherigen Friedensverhandlungen in bezug auf die deutschen Kolonien nicht nach Punkt V der Wilsonschen Punkte ‚eine unbedingt unparteiische Schlichtung' der deutschen Ansprüche enthalten ist, sondern das Prinzip des Eroberers zur Anwendung kommen soll. Die von allen Sozialisten stets betonte Ablehnung gewaltsamer Gebietsaneignungen schließt die Rückgabe der besetzten deutschen Kolonien als selbstverständlich in sich. Die Kolonien stellen heute einen Teil des Nationalbesitzes der sozialdemokratischen deutschen Republik dar, deren Kolonialpolitik auch die Interessen der betroffenen eingeborenen Bevölkerung in höherem Maße zu wahren imstande sein wird als die jener imperialistischen Mächte, die jetzt über die Verteilung der deutschen Kolonien verhandeln. Die deutsche Sozialdemokratie fordert deshalb die Rückgabe der deutschen Kolonien sowie das volle Mitbestimmungsrecht im Völkerbunde bei der künftigen Regelung aller Kolonialfragen. Diese Regelung muß den Völkern aller Nationen offene Tür, wirtschaftliche Gleichstellung und die Garantien schaffen, daß kein Volk vom rechtmäßigen Zugang zu den Quellen der Rohprodukte ausgeschlossen, an der Verfügung über seine eigene Produkte gehindert oder seines rechtmäßigen Anteils wirtschaftlicher Entwicklung beraubt ist."

Es ist außerordentlich bezeichnend für die Unwirksamkeit der von der deutschen Sozialdemokratie stets mit überlauten Worten gepredigten Solidarität der internationalen Arbeitermassen, daß die deutsche Erklärung auf die übrigen Vertreter auf der Internationalen Arbeiterkonferenz einen unangenehmen Eindruck machte. Ihre Ablehnung ist, wenn auch gewunden und ge-

tarnt, dennoch in den Ausführungen einiger Delegierter für das klar und ungetrübt blickende und prüfende Auge erkennbar genug. Der französische Delegierte Mistral, der das erhabene Amt eines Berichterstatters der Kommission bekleidete, führt in gewundener Rede folgendes aus:

„Mit Bezug auf die kolonialen Gebiete hat die Internationale die Politik der kapitalistischen Regierungen stets bekämpft. Hinsichtlich der deutschen Kolonien im besonderen liegt ein Spezialfall vor. Die allgemeine Resolution bringt hier keine Lösung. Die interalliierten Kongresse während des Krieges haben über diese Frage diskutiert; zum Beispiel in der Antwort auf die Fragestellung von Stockholm hat die französische sozialdemokratische Partei geantwortet, daß die Kolonien kein Hindernis für den Friedensschluß bilden sollen. Auch die interalliierte Konferenz in London hat eine Resolution über diesen Gegenstand angenommen. Ferner hat die Kommission verschiedene Proteste von Delegationen erhalten ..."

Der französische Abgeordnete Mistral beschränkt sich also in der Frage der deutschen Kolonien, ohne selbst persönlich Stellung zu ihr zu nehmen, auf die gewundene Feststellung, daß in der Frage der deutschen Kolonien ein Spezialfall vorliege, daß aber trotzdem die französische Sozialdemokratie den Beschluß gefaßt habe, in der Lösung der Kolonialfrage kein Hindernis für den Friedensabschluß zu sehen. Ganz wie die Erklärung des Engländers Macdonald sind die Erklärungen Mistrals hintergründig und zweideutig genug, daß sie als entscheidende Entgegnungen auf die offenkundig gewordenen Annektierungsabsichten der französischen und englischen Politik nicht gewertet werden können. Diese Erklärungen erscheinen nicht im geringsten geeignet, den Imperialisten auf der beschrittenen Bahn des Kolonialraubes Hindernis zu sein, denn die Fassung, „die deutschen Kolonien dürfen kein Hindernis für den Friedensabschluß sein", ist so unbestimmt, daß es geschickter Diplomatie immer gelingen wird, selbst eine einfache Annexion nach dem alten Stil aus ihr zu rechtfertigen.

Die Erklärungen Macdonalds und Mistrals hatten auf die Delegierten des Internationalen Arbeiterkongresses außerordentlich verstimmend gewirkt. Für die Franzosen tritt deshalb in der Sitzung vom 10. Februar 1919 in mannhafter Haltung der Delegierte Pierre Renaudel auf und erklärt mit klaren, nicht mißzuverstehenden Worten, daß er in seinem eigenen Namen und im Namen aller französischen Genossen die Erklärung in der Frage der deutschen Kolonien abzugeben habe, daß nach ihrer Auffassung die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes sich nur als Verhängnis für den Weltfrieden auswirken könne. Mit der Beraubung des deutschen Volkes werde der Befriedung der Welt kein guter Dienst erwiesen. Er formulierte im Namen aller französischen Genossen die unzweideutige Forderung, den Deutschen ihre Kolonien zurückzugeben, denn sie hätten ihre Kolonien genau so nötig wie die anderen Kolonialmächte die ihrigen. Zur Erreichung dieser Rückgabe des widerrechtlich besetzten Gebietes in Übersee, in Afrika, ist von den Sozialisten Frankreichs und der ganzen übrigen Welt ein unmittelbarer Druck auf die Friedenskonferenz zu Paris auszuüben!

Es ist tief bedauerlich, daß es der französische Delegierte unterlassen hat, der aufhorchenden, sozialdemokratisch orientierten Welt zu verraten, wie er sich die Ausübung dieses Druckes auf die alliierten Regierungen gedacht hat, wie er sich seine Wirkung vorstellte angesichts der Tatsache der bereits vollzogenen Annexion der deutschen Kolonien durch die Feindbundmächte, angesichts des klar ausgesprochenen Widerstandswillens gegen jede andere Lösung des Kolonialproblems, angesichts des dokumentierten und durch die Enteignung vollzogenen Beschlusses der imperialistischen Regierungen, Deutschland für alle Zeiten aus der Liste der Kolonialmächte zu streichen! Pierre Renaudel spricht ausdrücklich von einem Druck auf die Regierungen der Großmächte, die zu Paris über den Friedensschluß berieten zugunsten einer gerechten Lösung der Kolonialprobleme! — Ist dieser Druck durch die Vertreter der internationalen Arbeitermassen auf die Regierungen tatsächlich ausgeübt worden, so ist ihm, die noch immer bestehende Tatsache der kolonialen Beraubung Deutschlands beweist es, jeder Erfolg versagt geblieben. Damit ist allerdings die völlige Machtlosigkeit der Arbeiterparteien der sämtlichen 27 zu Paris versammelten „Siegerstaaten" ebenfalls unter unantastbaren Beweis gestellt worden. Zugleich bleibt allen Gegnern internationaler Solidaritätsverkündungen durch die marxistisch geführten Arbeiterparteien damit das Recht, sie als Phrasen und Vernebelungstheorien zu brandmarken und festzustellen, daß die internationale Solidarität sofort vollkommen versagen muß, sobald sie als Machtfaktor sich gegen die Imperialisten in den alliierten Regierungen auswirken soll. Es ist damit fast zwingende Selbstverständlichkeit, auch dem Wirken der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Führer in der Frage der deutschen Kolonien ein vernichtendes Urteil auszustellen. Die Bemühungen der deutschen Volksführer um die Wiederherstellung des deutschen Kolonialreiches mußten erfolglos bleiben. Schuld daran tragen die Führer der belogenen und betrogenen deutschen Arbeitermassen. Im Hinblick auf den Kolonialraub werden die Errungenschaften der deutschen Sozialdemokraten, nämlich die Unterminierung des deutschen Widerstandswillens, die Anzettelung von Munitionsarbeiterstreiks und die

damit verbundene Schwächung der deutschen Wehrkraft, die politische Verhetzung und Verseuchung der deutschen Heimat und der Etappe, ja, zuletzt selbst der kämpfenden feldgrauen Front, die unter Vorspiegelung einer sich anbahnenden internationalen Völkerverbrüderung und -Versöhnung herbeigeführte vollständige Selbstentwaffnung und Wehrlosmachung der deutschen Nation, die letzten Endes die eigentlichen Ursachen für den politischen Zusammenbruch des Reiches und der Mittelmächte überhaupt geworden sind, zu furchtbaren, unsühnbaren Verbrechen. Die dauernde Anwendung der Phrasen von Völkerverbrüderung und internationaler Solidarität der arbeitenden Massen aller Länder hat dieses Verbrechen mit vollenden helfen. Die internationale Solidarität versagte aber im selben Augenblick, da mit ihrer angeblichen Macht Forderungen nach der Herstellung deutscher Rechte erreicht werden sollten. Wäre die immer gepredigte allgemeine internationale Solidarität tatsächlich wirksam gewesen, hätte sie eine tiefere Bedeutung als die der Phrase und der schönen Geste gehabt, dann hätte sie von den Regierungen der feindlichen Staaten gehört, dann hätte sie von den, um die deutschen Kolonien zu Paris feilschenden, schachernden Imperialisten beachtet werden müssen. Sie wurde ebensowenig beachtet wie die Stimme des belgischen Politikers und allmächtigen Arbeiterführers Camille Huysmans, die sich Pressevertretern gegenüber auf der Berner Konferenz in der Frage der deutschen Kolonien also vernehmen ließ, beachtet wurde:

„... Als Sozialist verwerfe ich jede Kolonialpolitik, die nur im Dienste kapitalistischer Interessen steht. Meiner Ansicht nach müßte das ganze Kolonialproblem einheitlich dahin gelöst werden, daß alle Kolonien unter internationaler Kontrolle stehen müßten nach dem Muster der englischen Kontrolle in Agypten. Ist dies jedoch nicht möglich, so sehe ich nicht ein, warum Deutschland keine Kolonien besitzen soll. Ich habe noch im Oktober 1918 in einer Versammlung in London gesagt: Wenn Belgien Kolonien besitzen muß, um die Rohstoffe zu sichern, und einen Aufnahmemarkt, wenn Portugal das gleiche Recht erhalten soll, und wenn England aus demselben Grunde ein so großes Kolonialreich unterhält, warum soll Deutschland nicht dasselbe Recht erhalten? Es erhob sich kein Widerspruch, im Gegenteil, die Versammlung klatschte Beifall. Von einem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen verspreche ich mir gar nichts. Das läßt sich schon schwer unter Kultivierten anwenden, geschweige denn unter Unkultivierten ..."

Der belgische Arbeiterführer und Politiker Camille Huysmans besaß das unbedingte Vertrauen des Großteiles des belgischen Volkes. Wenn er also das Problem der deutschen Kolonien in so eindeutiger Weise zu London und

nun abermals zu Bern zur Sprache gebracht hatte, so mußte er sich der bedingungslosen Zustimmung des Großteiles des belgischen Volkes sicher sein. Wenn aber Großteile des belgischen Volkes, wenn seine Führer sowohl zu London, wie nunmehr abermals zu Bern, vor aller Welt Gerechtigkeit für Deutschland in der Frage seiner Kolonien als unabweisbares Erfordernis der Stunde bezeichnen, dann muß es Verwunderung auslösen, daß auf der anderen Seite dasselbe belgische Volk und seine Regierung zusehen, wie auf der Friedenskonferenz zu Paris das Deutsche Reich einseitig zugunsten Englands, Frankreichs, Portugals und allerdings auch Belgiens um seine Kolonien betrogen, beraubt wird! Die Vertreter der belgischen Regierung und des belgischen Volkes haben auf der Friedenskonferenz der kolonialen Enteignung des Deutschen Reiches ihre Zustimmung gegeben, obgleich der Belgier Huysmans das deutsche Recht auf seinen Kolonialbesitz in eindeutigen Worten und Begründungen ausdrücklich anerkennt!

Auch die französischen Staatsmänner hätten trotz ihres unerbittlichen Vernichtungswillens der deutschen Nation gegenüber nicht die Stimme des französischen Sozialisten Marcel Cachin überhören dürfen. Marcel Cachin besaß das Vertrauen der linksradikal orientierten Arbeiterkreise der Republik und als Direktor der ebenfalls linksradikal geleiteten „Humanité" einen klingenden Namen und ebensoviel Einfluß. Poincaré und Clemenceau fürchteten den politischen Gegner zwar nicht, aber der Name Marcel Cachin war ihnen beiden verhaßt. Es ist für Deutschland außerordentlich lehrreich zu wissen, daß der französische Sozialist und Direktor der heute sich kommunistisch und deutschfeindlich gebärdenden „Humanité" im Jahre 1919 das deutsche Recht auf deutsche Kolonien anläßlich der Arbeitertagung zu Bern einem Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung" gegenüber erläuterte und begründete. Marcel Cachin erklärte im Februar 1919, daß er die Haltung der alliierten Regierungen, besonders aber der französischen Regierung, in der Frage der deutschen Kolonien nicht zu verstehen vermöge; die Ablehnung der deutschen Forderung auf Rückgabe der deutschen Kolonien durch die Großmächte sei ihm unbegreiflich, denn für ihn bleibe die einfachste und gerechteste Lösung dieses Problems nur die Wiederherstellung der ursprünglichen kolonialen Besitzverhältnisse vom Jahre 1914. Offen geißelt er die Lösungsversuche in der Frage der deutschen Kolonien, die in Paris aus dem Lager der alliierten Imperialisten bekanntgeworden waren als getarnte und verschleierte Annexionen. Weiter stellt er fest, daß, wenn eine Internationalisierung der deutschen kolonialen Besitzungen angestrebt werden sollte, dann sei es für ihn Selbstverständlichkeit, daß auch alle übrigen

Mächte ihre Kolonien der Internationalisierung zu unterwerfen haben würden. Eine Internationalisierung der deutschen Kolonien allein könne nicht dem menschlichen Empfinden von Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit entsprechen. Mit einer Durchführung der Internationalisierung der Kolonien sei selbstverständlich auch den Deutschen freier Zugang zu allen Rohstoffgebieten in den tropischen Gebieten zu gewähren!

So endete die Internationale Arbeiter- und Sozialistenkonferenz zu Bern im Februar 1919 mit demselben Ergebnis wie alle früheren Konferenzen dieser Art: es wurden Beschlüsse und Resolutionen gefaßt und wieder verworfen; es wurden in der Frage der umstrittenen deutschen Kolonien die Rechte Deutschlands auf seinen Kolonialbesitz bedingungslos anerkannt und eine Druckausübung auf die Regierungen der Alliierten zugunsten der deutschen Forderungen erwogen und dennoch nicht durchgeführt! Die Imperialisten haben von solchen Konferenzen nichts zu befürchten!

Der internationalen Zusammenkunft der Delegierten der Arbeitermassen und Sozialisten auf dem Kongreß in den Februartagen zu Bern folgte die Internationale Arbeiter- und Sozialistenkonferenz, tagend vom 26. bis zum 29. April 1919 zu Amsterdam.

Dieser Konferenz muß noch einmal alle Aufmerksamkeit zugewendet werden, denn sie bringt, abgesehen von dem Schauspiel in der Kolonialfrage hart aufeinanderprallender, gegensätzlicher Meinungen, die die Brüchigkeit der Thesen von Völkerverbrüderung und internationaler Solidarität noch offensichtlicher beweisen, als es bereits zu Bern geschehen war, das traurige Beispiel des Verrates aller deutschen Rechte und Interessen durch einen sogenannten deutschen Arbeiterführer. Über diesen Verrat hinaus reißt diese Konferenz und ihre Geschehnisse vor dem deutschen Blick die letzten Schleier entzwei, die bisher noch immer bis zu einem gewissen Grade das unheilvolle Wirken der deutschen Linksparteien und ihrer Führer verhüllten. Bestätigt wird dem um das Schicksal seiner Kolonien bangenden deutschen Volk die Erfahrung, daß die Völkerverbrüderungsphrasen immer Phrasen bleiben werden, daß von dem Wirken einer internationalen Solidarität niemals für das deutsche Volk etwas zu erwarten ist, daß diese Solidarität niemals als kämpferischer Faktor für die Erlangung unveräußerlicher Rechte in Rechnung gestellt werden darf, daß somit das politische Versagen der deutschen Sozialisten in allen Fragen, besonders auch in der Frage der Erzwingung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit, für alle Augen sichtbar geworden ist. Die politischen Linksparteien haben ihre politische Impotenz in peinlichster Form zum Ausdruck gebracht und unter Beweis gestellt. Als Machtfaktor in außenpolitischer Hinsicht kommt ihnen nicht einmal nur theoretische Bedeutung zu.

Auf der internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz vom 26. bis zum 29. April 1919 wurde zu Amsterdam folgende Resolution in der Kolonialfrage abgefaßt und zum Beschluß erhoben:

„... Die internationale Konferenz verurteilt die Unterdrückung aller Völker. Sie verwirft die Idee, daß diese Völker als Eigentum irgendeines Staates angesehen und zugunsten seiner egoistischen Interessen verwaltet werden.

Sie verurteilt gleichermaßen jede offene oder verhüllte imperialistische Annexionspolitik und bedauert, daß die in Paris gefaßten Beschlüsse eine derartige Auslegung ermöglichen.

Sie begrüßt die Aufnahme der neuen Idee in die Statuten des Völkerbundes, daß die Völker, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu verwalten, unter die Vormundschaft und den Schutz jener fortgeschritteneren Staaten gestellt werden, die in der Lage sind, diese Verantwortung zu übernehmen. Sie erneuert hier gleichwohl die Amendements, die sie gestellt und dem Präsidenten der Kommission, der mit der Ausarbeitung des Völkerbundsprojektes betraut ist, vorgelegt hat:

1. daß auf alle Kolonien und ihr zugehörige Niederlassungen und nicht allein in bezug auf die deutschen die vorgeschlagene Behandlung Anwendung finden muß;
2. daß die Mandate nicht früher verteilt werden dürfen, bis der Völkerbund die Gesamtheit aller demokratischen Staaten umfaßt;
3. daß die Verantwortlichkeit für jedes Mandat in bezug auf die bevollmächtigten Staaten genau definiert wird und die Rechte der Völker auf das strengste gewahrt werden, wobei nicht außer acht gelassen werden darf, diese Völker auf die Ausübung der Autonomie vorzubereiten.

Die Konferenz erklärt, daß die Kolonien in wirtschaftlicher Hinsicht allen Staaten in gleicher Weise zugänglich gemacht werden müssen.

Die Konferenz erhebt ferner Protest gegen eine Politik, die Deutschland seiner Kolonien berauben will, und betrachtet diese ihre Haltung im Einklang stehend mit den sozialistischen Prinzipien, die allen Völkern die gleichen Rechte zugestehen und jede Annexion verwerfen.

In Ausführung der Berner Beschlüsse über die Rechte der Kolonialbevölkerung beschließt die Konferenz, die Frage der sozialistischen Auffassung der Kolonialfrage auf die Tagesordnung des nächsten allgemeinen Kongresses zu setzen ...“

In den Verhandlungen zu Amsterdam nimmt der Vertreter der nieder-

ländischen werktätigen Massen, Pieter Jelles Troelstra, Gelegenheit zu außerordentlich scharfer Polemik in der Frage der deutschen Kolonien. Seine Kritik an der von den Vertretern der deutschen Mehrheitssozialdemokratie eingebrachten Resolution nimmt ungewöhnlich scharfe Formen an. Ihm kann diese Resolution weder ihrem Sinn noch ihrer Form nach genügen. Er stellt die Forderung auf, sofort eine neue und wesentlich erweiterte Resolution in der Frage der deutschen Kolonien auszuarbeiten und zum Beschluß zu erheben. Der Verhandlungsbericht über die Ausführungen des Niederländers ist so aufschlußreich, daß er hier abgedruckt werden soll:

„Pieter Jelles Troelstra erklärt einleitend, daß er weder mit dem Geist noch mit dem Ton der Resolution der deutschen Mehrheitspartei einverstanden ist. Es wird nötig sein, eine andere Entschließung auszuarbeiten. Die Frage muß vom Standpunkt unserer internationalen Prinzipien und nicht vom Standpunkt der Interessen eines einzelnen Landes aus betrachtet werden. Wir müssen vor allem feststellen, daß wir jede offene oder versteckte Annexion bekämpfen, und von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir denn auch die Rückgabe der Kolonien an Deutschland fordern. Auch müssen wir dem Beschluß der Berner Konferenz Rechnung tragen, der den Schutz der Interessen der noch nicht selbständigen Völker bezweckt und für den Handel in den Kolonien die offene Tür fordert.

Wenn die deutsche Mehrheit erklärt, daß für alle Völker dieselben Rechte gelten müssen, so können wir dem nur beistimmen. Dieser Krieg darf nicht mit einem Gewaltfrieden endigen, auch nicht auf kolonialem Gebiete."

Der Holländer Troelstra aber findet sofort in dem britischen Arbeiterführer und Politiker James Ramsay Macdonald seinen Gegner. Auch ihm genügt die deutsche Resolution nicht. Er lehnt aber auch die Ausführungen und Forderungen des Holländers eindeutig ab. In seiner Polemik bedient er sich — und darin ist er nicht mehr Internationalist, sondern eben immer und überall nur Brite — einer Beweisführung und wendet Argumente an, die späterhin jede politische Deutung zuzulassen vermögen. Obwohl Macdonald genauer als die anderen Konferenzteilnehmer die Absichten der Alliierten in der Frage der Kolonien und über die bereits zum Beschluß erhobenen Tatsachen und Ergebnisse in der Frage der Kolonien auf der Friedenskonferenz aus einer erteilten Weisung seines Landsmannes Lord Robert Cecil kennt, tritt er vor den Arbeiterführern der Welt dennoch mit der Forderung auf, aus moralischen Gründen die deutschen Kolonien allein dem Völkerbund zu unterstellen. Er ist sich dabei bewußt, daß das Mandatssystem, das auch ihm ganz offensichtlich als die einzige Lösung erscheint, von

den Imperialisten längst ausgehöhlt und zur Farce gemacht worden ist, daß also die angestrebte Erteilung von Mandaten für die deutschen Kolonien nichts anderes bedeuten kann als eine Bemäntelung der Annexion im alten Stil.

Der Verhandlungsbericht gibt folgendes Bild von den Ausführungen des Engländers James Ramsay Macdonald:

„... James Ramsay Macdonald ist mit der Resolution der Deutschen nicht einverstanden, er findet aber auch die von Troelstra eingebrachte unzulänglich. Der Redner legt dann die Auffassung dar, die von den Sozialisten der Ententeländer auf den interalliierten Konferenzen und insbesondere in der Zusammenkunft mit Lord Robert Cecil in der Kolonialfrage vertreten wurde, eine Auffassung, die sich auch mit der von Wilson vertretenen deckt, wonach die koloniale Bevölkerung unter den Schutz und unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden solle. Auch Deutschland hat ein Anrecht auf Vormundschaftsmandate, die ihm bei seinem Eintritt in den Völkerbund nicht vorenthalten werden dürfen. Es kann sich nicht darum handeln, den alten Zustand wiederherzustellen. Die Resolution über die Kolonien muß jede Unterdrückung und Ausbeutung der kolonialen Bevölkerung verurteilen und jede offene oder verhüllte imperialistische Politik abweisen. Wir verlangen, daß die eingeborene Bevölkerung zur politischen Selbständigkeit erzogen, daß die Kolonien der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt und für den Handel in den Kolonien die offene Tür gefordert werde ..."

Mögen die Ausführungen des englischen Arbeiterführers Macdonald an sich einen peinlichen Eindruck machen in ihrer Gewundenheit und Hintergründigkeit, sie können aber dennoch nicht umhin, zumindest das deutsche Recht auf sogenannte Vormundschaftsmandate über afrikanische Kolonien anzuerkennen. Er macht allerdings eine Verleihung solcher Vormundschaftsmandate von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig und lehnt die Wiederherstellung des alten Zustandes der Besitzverhältnisse in Afrika, soweit sie die deutschen Kolonien betreffen, ab. Zu gleicher Zeit polemisiert auch er gegen alle Annexionen, gleichgültig, ob sie sich offen oder mehr oder weniger geschickt getarnt auftun wollen. Auch er verschwendet, kein Engländer kann anders handeln, überreichlich die Humanitätsphrase in der Frage des Schutzes der Eingeborenen und der Wahrung ihrer Interessen. Auch er fordert sowohl für die Verwaltung wie für den Handel in den Kolonien als obersten Grundsatz das Gesetz von der „offenen Tür"! Leider vergißt auch James Ramsay Macdonald ein Bekenntnis darüber abzulegen, daß der englische Staatsmann und Politiker Lord Robert Cecil,

mit dem er Besprechungen in der Frage der deutschen Kolonien gepflogen hat, am 24. August 1918 der englischen Öffentlichkeit und zugleich der Weltöffentlichkeit das niederträchtigste Hetzpamphlet, das englische „Blaubuch" über die deutsche Kolonialschuld, mit folgenden anklägerischen Worten ankündigte und dabei zugleich den Deutschen jedes Recht auf weitere koloniale Tätigkeit und kolonialen Besitz absprach:

„... Was die deutschen Kolonien anbelangt, so kann ich Dr. Solfs Ausführungen über das ‚moralische Recht' der Deutschen, die Beschützer der farbigen Rassen zu sein, nicht beistimmen. Ich bin der Ansicht, daß das deutsche Regiment sich als brutal und gefühllos erwiesen hat. Die britische Regierung hat hierüber Zeugnisse gesammelt und wird diese bald der Öffentlichkeit übergeben. Ich glaube, daß dann die Welt meine Auffassung teilen wird ..."

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß auch Lord Robert Cecil sich in Paris als ein eifriger Anhänger der Völkerbundsidee und sogar als Verfechter des Mandatprinzips bekannte. Allerdings gingen diesem Bekenntnis die Erreichung der kolonialen Kriegsziele Englands voraus durch die abgeschlossene Eroberung der deutschen Kolonien und ihre Enteignung in einer mehr oder weniger moralisch verschleierten und durch den Mandatsgedanken gerechtfertigten Form. Die Forderungen der internationalen Arbeitervertreter, besonders aber auch des englischen Arbeiterführers und Politikers Macdonald, erscheinen in einem eigenartigen Licht, soweit sie die Verwirklichung des Mandatsprinzips zur Grundlage haben. Die Mandatsfrage ist von den Staatsmännern des englischen Weltreiches niemals als etwas anderes angesehen worden als eine reine Angelegenheit der Form. Sie scheuten sich nicht, diese Tatsache offen auf den Friedenskonferenzen, vor der öffentlichen Meinung der Welt, vor ihren eigenen Völkern zu bekennen. Der Premierminister Australiens lehnte über das Mandatsprinzip hinaus für die eroberten deutschen Südseeinseln selbst das Gesetz der Handelsfreiheit nach dem Grundsatz der „offenen Tür" als für Australien untragbar ab. — Es mutet aus diesen Gründen sonderbar an, wenn der englische Politiker und Arbeiterführer Macdonald, obwohl er genau über die vollzogenen Tatsachen in der Frage der deutschen Kolonien, über ihre Enteignung zugunsten Englands und Frankreichs unterrichtet war, vor den internationalen Arbeitervertretern sich in einer Verfluchung und Verdammung annexionistischer Politik ergeht und den Deutschen das Recht auf sogenannte Vormundsmandate in den tropischen Zonen zugesteht, obgleich er wissen muß, daß man den Deutschen das Recht auf Mandate ruhig garantieren kann, denn die

Beute ist verteilt und für eine Verwirklichung von Mandatserteilungen an Deutschland fehlt somit jede Möglichkeit.

Aber die niederschmetterndste und beschämendste Erscheinung auf diesem Kongreß der Führer der arbeitenden und werktätigen Massen der Völker ist das Auftreten und die Haltung des „deutschen" Sozialistenführers Hugo Haase. Er vollbrachte in geradezu meuchlerischer Weise das gemeinste Attentat auf die ewigen Rechte des deutschen Volkes, indem er die Rechte des deutschen Volkes auf Kolonialbesitz verneinte und somit den Feindbundmächten einen neuen Beweis von der innerdeutschen Zerrissenheit auch in der Frage der deutschen Kolonien lieferte. Diese Schandtat eines sogenannten „deutschen Arbeiterführers", ausgeführt vor einer feindlich lauernden Welt, muß dem deutschen Volk in die Erinnerung zurückgerufen werden, wenn es zu einem klaren Urteil über die Mächte und Gewalten kommen soll, die in geradezu meuchelmörderischer Weise sich gegen die Interessen der deutschen Nation betätigten. Der Verhandlungsbericht sagt über das unheilvolle Wirken des „deutschen" Arbeiterführers Hugo Haase in der Frage der deutschen Kolonien auf der internationalen Konferenz zu Amsterdam folgendes, indem er dessen Ausführungen wiedergibt:

„... Bis jetzt haben in Deutschland nicht einmal die bürgerlichen Politiker von den Kolonien als von einem ‚deutschen Nationalbesitz' gesprochen, wie das in der Resolution geschieht. Man betrachtete sie bisher nicht einmal als einen Besitz des Kapitalismus im allgemeinen, sondern höchstens als einen Besitz privilegierter kapitalistischer Gruppen.

Die Resolution spricht ferner davon, daß die Kolonien durch die ‚Deutsche Sozialistische Republik' besser verwaltet werden würden als durch den Entente-Imperialismus. Die ‚Sozialistische Republik' hat indes lauter Männer des alten Regimes in das Kolonialministerium berufen: als Minister einen Zentrumsmann alten Stils, Herrn Erzberger, der zu Beginn des Krieges die halbe Welt für den deutschen Imperialismus eingefordert hat, und dann Herrn Dernburg, der ein typischer Vertreter des alten Systems ist. Das sind die Männer, die die sozialistische Kolonialpolitik repräsentieren. Wären die Kolonien in den Händen dieser Männer in besserer Hut als in denen des Entente-Imperialismus?

Sicher ist alle Kolonialpolitik mit Blut geschrieben, aber England hat es gleichwohl verstanden, weniger abstoßend aufzutreten! ..."

So lieferte der „deutsche" Arbeitervertreter der Feindbundpresse eine Sensation mit seinem hochverräterischen Treiben. Die ganze jämmerliche Charakterhaltung der deutschen Marxisten spricht aus diesem Vertreter. Mit

ekelerregender Liebedienerei versucht er selbst noch die englischen Kolonisierungsmethoden und ihre Brutalität in einem milden, versöhnlichen Licht erscheinen zu lassen. Er muß sich von dem Abgeordneten Wibaut durch den Zuruf: „Sie sind noch ärger!" über die koloniale Haltung der Engländer eine vernichtende Zurechtweisung gefallen lassen. Noch vernichtender aber für diesen Vertreter deutscher Interessen sind die folgenden außerordentlich erregten Ausführungen des Niederländers Troelstra. Er erklärt, daß man zwar die Reden Macdonalds und sogar Haases begrüßen könne, daß es sich im Augenblick aber darum handele, die Rechte der Deutschen festzustellen. Der Niederländer erklärt mit überlegener Ironie, daß alle Reden zwar schön und begrüßenswert erscheinen, aber dennoch nicht Taten zu ersetzen vermöchten. Er verlangt von der Konferenz, daß sie nunmehr endlich in der Frage der deutschen Kolonien, als in der aktuellsten Frage dieser Konferenz, zu praktischen Entscheidungen und zum Handeln zu kommen habe. Mit aller Eindeutigkeit stellt er fest, daß „die Rückgabe der deutschen Kolonien eine Frage des Rechtes sei"! „Worauf es heute ankommt, ist, zu verhindern, daß die Sieger unter der Hülle von allerlei schönen Losungsworten ihre Annexionspolitik treiben..." „...Macdonald hat hier zweifellos treffliche Ideen entwickelt, aber es ist noch die Frage, ob zum Beispiel mit den Mandaten praktisch nicht das Gegenteil dessen geschieht und erreicht wird, was der Redner hier angeführt hat..." „...Wenn man aber sieht, was jetzt in Paris geschieht, dann ist es geraten, die Entwicklung der Dinge genauer ins Auge zu fassen...!"

Gegen die Niedertracht der Feindbundmächte und gegen die hochverräterische Haltung des deutschen Sozialistenvertreters Hugo Haase bleibt es einem Niederländer vorbehalten, die deutschen kolonialen Interessen und kolonialen Rechte zu verfechten, indem er abermals und mit eindringlichen Worten von dem tagenden Kongreß fordert, daß er sofort mit allen Mitteln und in aller Form gegen die Wegnahme der deutschen Kolonien durch die Feindmächte zu protestieren habe, zugleich aber auch der tagenden Friedenskonferenz von sich aus Lösungsvorschläge in der Kolonialfrage zu unterbreiten!

Der belgische Vertreter Camille Huysmans unterstützt die Forderung des Niederländers und stimmt auch dessen Ansicht bei, daß sich über die Kolonialfrage noch weitere Besprechungen auf internationalen Arbeiterkongressen als nötig erweisen würden, aber auch er verlangte von der gegenwärtig tagenden Konferenz, daß sie zu einer, wenigstens vorläufigen Entscheidung zu kommen und im Sinne dieser Entscheidung sofort Einfluß auf die in

Paris tagenden Mächte zu nehmen habe, indem sie dem Grundsatz Geltung verschaffe, daß, wenn die Feindbundregierungen für sich Kolonialbesitz als sittlich berechtigt bezeichneten, dasselbe Recht der deutschen Regierung und dem deutschen Volke nicht vorenthalten werden könne.

Zwischen dem Vertreter der Interessen der belgischen Arbeitermassen und dem Vertreter der Arbeitermassen des Britischen Reiches entwickelt sich in diesem Zusammenhang eine außergewöhnlich interessante und aufschlußreiche Auseinandersetzung. In erregter Debatte verteidigt der englische Arbeiterführer Macdonald seine Thesen und Doktrinen und lehnt die Forderungen Troelstras und Huysmans ab. Er stellt dabei die einigermaßen sonderbare Behauptung auf, daß in den geforderten Entschließungen eine einseitige Stellungnahme zugunsten Deutschlands sich ergebe, die zugleich eine Verleugnung der internationalen Grundsätze, wie sie auf allen früheren Konferenzen in der Kolonialfrage aufgestellt worden seien, in sich einschließe. Die verlangten Resolutionen stellten durch ihre Annahme zugleich eine Abwendung von allen internationalen Grundsätzen und eine eindeutige Zustimmung zum kapitalistischen System in der Kolonialpolitik dar.

Der Belgier Huysmans weicht von seiner Forderung nicht ab. Macdonalds Auffassung von der Lösung der Kolonialprobleme bedeutet für ihn praktisch nicht mehr und nicht weniger als eine indirekte Rechtfertigung der englischen Regierung und damit zugleich sogar eine Sanktionierung der durch die Tat bereits durchgeführten Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes. Mit logischer Klarheit widerlegt er Macdonalds Ausführungen und verschafft seiner und des Niederländers Troelstra Forderung Anerkennung, indem er in diesem Sinne argumentiert:

„...Wenn man einwendet, daß wir mit unserer Auffassung im Prinzip den Kapitalismus unterstützen, dann könnte man schließlich auch den Aufbau von Fabriken, wie er jetzt für die wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens geplant ist, als Zustimmung zum kapitalistischen System hinstellen. Ich wiederhole: wenn alle anderen Länder ein Recht auf Kolonien haben, muß dieses Recht auch Deutschland zuerkannt werden, ohne daß damit eine grundsätzliche Anerkennung des Rechtes auf kolonialen Besitz ausgesprochen wird..."

Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen, die noch die ausdrückliche Zustimmung zu den Forderungen Troelstras und Huysmans' durch den französischen Delegierten Jean Longuet bringen, einigt man sich auf eine Resolution, die in ihrer Form einen Kompromiß zwischen der englischen Ansicht und der Ansicht der übrigen Vertreter bedeutet. Über die hochverräteri-

schen Ausführungen des Führers der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, Hugo Haase, hinaus treffen Arbeiterdelegierte und Politiker aus den Feindbundstaaten die Feststellung, daß Deutschlands Recht auf Kolonialbesitz und auf die Zuteilung von Kolonialmandaten unbestreitbar ist und ihm durch Einflußnahme auf die alliierten Regierungen Achtung und Geltung zu verschaffen sein wird.

Durch die Willensäußerung ihrer Führer haben also die Arbeitermassen in den Ländern der Feindbundmächte in der Frage der deutschen Kolonien auch auf dem Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß vom 26. bis 29. April 1919 zu Amsterdam gegenüber der Annexionspolitik ihrer Regierungen eine unbedingt ablehnende Haltung eingenommen und in Resolutionen zur Lösung der Kolonialfrage die Rückgabe der deutschen Kolonien als unbedingt zu erfüllende Pflicht bezeichnet. Die im Friedensvertragswerk von Versailles besiegelte koloniale Enteignung des deutschen Volkes wird von den Völkern der Feindbundmächte in ihren überwiegenden Teilen 1919 als zu Unrecht geschehen bezeichnet. Es wird späteren Ausführungen vorbehalten sein, die Haltung der Völker in den Feindbundstaaten in der Kolonialfrage über den Friedensschluß hinaus bis zur Gegenwart einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Um aber an dieser Stelle abermals und eindeutig die Haltung der linkspolitischen Parteien in den verschiedenen Staaten, der Arbeitermassen in den Feindbundstaaten insbesondere und ihrer Führer in der Frage der deutschen Kolonien festzulegen, soll hier der endgültige und amtliche Text, der auf der Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz, tagend vom 1. bis 10. August 1919 zu Luzern, angenommen wurde, stehen:

„Die Internationale erklärt, daß sie sich, was die Prinzipienfrage wegen der Kolonien anbelangt, auf den Standpunkt der ehemaligen internationalen Kongresse in bezug auf die Rechte der Eingeborenen und die Ungesetzlichkeit der kolonialen Ausbeutung durch den Kapitalismus der großen Mächte stellt.

Da jedoch das Kolonialsystem aufrechterhalten bleibt, erklärt die Internationale, daß die Friedenskonferenz Deutschland nicht seine Kolonien hätte wegnehmen sollen. Dies ist gleichzeitig eine Ungerechtigkeit und ein Fehler.

Eine Ungerechtigkeit, weil die übrigen Nationen sich kaum auf eine höhere moralische Verwaltung beziehen können.

Ein Fehler, weil Deutschland dadurch einer Möglichkeit beraubt wird, sein Wirtschaftsleben aufzubauen im Augenblick, wo ihm nach gerechten Normen gewisse Teile des Landes abgetrennt werden, die zu ihrer früheren nationalen Gemeinschaft übertreten, und im Augenblick, wo an Deutschland schwere Entschädigungsansprüche gestellt werden zur Gutmachung verursachten Schadens.

Aber in Anbetracht der Lage, die durch die Mandatsysteme, welche von der Friedenskonferenz angenommen wurden, entstanden ist, erklärt die Internationale, daß auf jeden Fall folgende Grundsätze beachtet werden müssen bei der Revision des Artikels 19 des Vertrages:

1. Gleichheit ökonomischer Möglichkeiten in allen Kolonien ohne Selbstverwaltung soll durch den Völkerbund verbürgt werden.
2. Alle derartigen Kolonien und nicht nur die eroberten deutschen Kolonien sollen dem Mandatprinzip unterworfen werden.
3. Die Mandate dürfen nur von dem Völkerbund und nicht von den Alliierten abgetreten werden. Die eroberten Kolonien müssen an den Völkerbund und nicht an die Alliierten abgetreten werden.
4. Deutschland muß die Möglichkeit gegeben werden, ein Mandatar des Bundes zu werden."

Selbst wenn die Ehrlichkeit der Bemühungen um eine gerechte Lösung der Kolonialprobleme auf den Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenzen nicht in Zweifel gezogen wird, so muß dennoch festgestellt werden, daß diese Konferenzen und ihre Vertreter sich sowohl weltanschaulich wie in der ganzen Auffassung der Lage der Dinge und der Erfordernisse der Stunde in Irrtümern befanden. Alle Bemühungen mußten scheitern, denn der angestrebte Völkerbund ist bereits in seiner Geburtsstunde durch die Verfälschung der Mandatidee mit einem untilgbaren Makel belastet. Die Mandatverteilung, die praktisch bereits in den Tagungen des „Rates der Zehn" erfolgt war, läßt Änderungen, läßt Revisionen überhaupt nicht mehr zu. Der Mandatgedanke stellt in seiner Verwirklichung außerdem nichts anderes dar als die Verschleierung der praktisch längst vollzogenen einfachen Annexion der deutschen Kolonien im alten Stil. Alle Hoffnungen auf eine als Kompromiß wenigstens gerechter erscheinende Lösung der Kolonialprobleme durch den Völkerbund mußten somit aussichtslos bleiben. Aber es ist wichtig, zu einem Vergleich der späteren Haltung der sogenannten Internationale in der Frage der Kolonien sich ihrer Haltung vom Jahre 1919 zu erinnern und bewußt zu bleiben.

Wie eine Farce, wie ein albernes Zwischenspiel in der großen Komödie, welche die Feindbundmächte und ihre Staatsmänner um die Enteignung der deutschen Kolonien herumspielten, mutet angesichts der Tatsache des vollzogenen Kolonialraubes die auf der Internationalen Völkerbundskonferenz,

zu Bern vom 6. bis zum 13. März 1919 tagend, in der Frage der Kolonien gefaßte Resolution an:

„Die Kolonialkommission geht in ihrem Votum von der Annahme aus, daß ein Völkerbund errichtet werde, dessen Verfassung denjenigen Grundsätzen entspricht, welche vom Präsidenten Wilson in seinen 14 Punkten formuliert wurden.

Die Kommission vertritt durchaus die humanitäre Auffassung über die moralische Pflicht des die Vormundschaft über die Eingeborenen ausübenden zivilisierten Staates und ist der Ansicht, daß diese sittliche Pflicht als hauptsächlichste Richtlinie der Kolonialverwaltung gelten sollte, wie es auch in Artikel 19 des Pariser Entwurfes zum Ausdruck gebracht wurde.

Nach Kenntnisnahme eingehender Berichte seitens Kennern der Kolonialverhältnisse und auf Grund altbekannter Tatsachen bestätigt die Kommission, daß die Annalen der Besitzergreifung von Kolonien seitens Vertretern der weißen Rasse von schmachvollem Mißbrauch der Gewalt Zeugnis ablegen. Sie anerkennt aber auch, daß sich die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt in so entschiedener Weise gegen solchen Mißbrauch aufgelehnt hat, sobald diese empörenden Zustände zur allgemeinen Kenntnis gelangten, daß die Regierungen der betreffenden Kolonialstaaten veranlaßt wurden, Maßregeln zu ergreifen, um diese Mißstände zu beseitigen, und daß es auch tatsächlich gelungen ist, dieses Ziel in beachtenswertem Maße zu erreichen.

Auf Grund dieser Erwägungen ist die Kommission zu dem Schluß gekommen, daß es sowohl im Interesse der Eingeborenen wie auch zur Förderung unserer gemeinsamen Kultur wünschenswert wäre:

1. Die Verwaltung aller Kolonien, die keine Selbstverwaltung genießen, unter gleichartige internationale Überwachung des Völkerbundes zu stellen.
2. Die vor Errichtung eines Völkerbundes gegen die Verwaltung eines Kolonialstaates erhobenen Anklagen sollten gerechterweise nur von einem unparteiischen, neutralen Gerichtshof gewürdigt und beurteilt werden.
3. Ohne hier auf die Frage der territorialen Friedensbedingungen einzugehen, hält die Kommission sich für berechtigt, darauf hinzuweisen, daß es im Interesse der Herstellung einer Friedensstimmung unter den Völkern Europas ihr durchaus wünschenswert erscheint, daß bei der Ausübung der kolonialen Tätigkeit der Kulturvölker eine Gleichberechtigung gemäß ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen erstrebt werden soll, wie das auch in Punkt V des Wilsonschen Programmes zum

Ausdruck gekommen ist, worin verlangt wird, daß die kolonialen Fragen gelöst werden in einem freien, unbefangenen und vollkommen unparteiischen Geiste ..."

Die echte oder wahrscheinlich gespielte Ahnungslosigkeit der Kolonialkommission dem tatsächlichen politischen Geschehen gegenüber wirkt geradezu frappierend, wenn bedacht wird, daß alle Welt über die Vorgänge in den Beratungen der Großmächte zu Paris in der Frage der deutschen Kolonien unterrichtet war und offen über den durchgeführten Kolonialraub bereits in den letzten Januar- und ersten Februartagen des Jahres 1919 in aller Öffentlichkeit als über ein ungeheuerliches Unrecht diskutierte. Auch diese Kommission sieht in der Verwirklichung des Punktes V des Wilsonschen Friedensprogramms die beste Lösung der kolonialen Fragen. Sie vertraut dabei auf ein gerechtes Wirken des Völkerbundes. Fast sinnverwirrend kann man die Auswirkung der Suggestion, die von der Wilsonschen Völkerbundsidee ausstrahlte, nennen. Angezweifelt muß allerdings werden, daß dieser Kolonialkommission und ihren einzelnen Mitgliedern im Glauben an den Völkerbund das große Versagen seines Schöpfers in der Frage der Kolonien in den Beratungen des „Rates der Zehn" und damit der Verrat des Programms der „Vierzehn Punkte" tatsächlich entgangen sein sollte, ob ihnen entgangen sein sollte, was alle Welt wußte, daß die Übereignung der eroberten deutschen Kolonien, trotz der Wilsonschen Versicherungen, daß die „Eroberung noch keinen Rechtstitel darstelle", trotz seiner Versicherung, daß „es bei dem Abschluß des Friedens mit Deutschland keinerlei Annexionen geben dürfe", unter dem Deckmantel der Mandaterteilung zum Beschluß erhobene Wirklichkeit war! Sollten dieser Kommission und ihren Mitgliedern die politische Erkenntnis versagt geblieben sein, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die deutschen Kolonien opferte, um die Verwirklichung seiner Idee eines Bundes der Nationen zu retten? Aus der zu Genf von dieser Kolonialkommission gefaßten Resolution geht hervor, daß auch sie der Hetze gegen das koloniale Deutschland erlegen ist, daß sie zum Gesetz die in der Lüge von der deutschen Kolonialschuld eingeschlossene Diffamierung Deutschlands erhebt, wenngleich sie mildernd eine internationale Untersuchung durch einen wirklich unparteiischen Gerichtshof fordert. Dieser Kommission war es also demnach auch nicht gegeben, die tatsächlichen Ursachen zu erkennen, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten veranlaßten, in seiner Rede vor den Teilnehmern an der Friedenskonferenz die deutsche Kolonialschuld zur Rechtfertigung der getroffenen Lösung in der Frage der eroberten deutschen Kolonien zur Anwendung zu bringen und ihr

Beweiskraft beizulegen! Ist das Wissen um das völlige charakterliche Versagen und um die menschliche und politische Unzulänglichkeit des Präsidenten, ist die Ahnung von der Belastung des Völkerbundes, von seiner hoffnungslosen Lage in der Frage der Kolonialprobleme nur auf einen kleinen Kreis Einsichtiger beschränkt geblieben? In fast zwei Jahrzehnten, angefüllt mit politischen Spannungen und Krisen, mit politischen Wirrnissen und Irrungen hat sich die Unfähigkeit des Völkerbundes zu tieferer Wirkung auf das politische Zusammenleben der Völker im Sinne einer allgemeinen Befriedung eindeutig erwiesen.

Wie sehr aber das Mandatsprinzip als Lösung der Kolonialfrage sich für den Völkerbund als Belastung auswirken sollte, das geht aus einer zu London veröffentlichten australischen Meinungsäußerung hervor. Allerdings geht auch diese Meinungsäußerung, veröffentlicht am 6. Februar 1919 in „The British Australesian", von falschen Voraussetzungen aus und verneint, prinzipiell dem Plan des australischen Premiers und seinen verschiedenen Ausführungen folgend und auch wieder nicht folgend, das deutsche Recht auf den Besitz der Südseeinseln. Für die Einsicht der Notwendigkeit des geistigen Kampfes um den Besitz der deutschen Kolonien und für ihre bedingungslose Rückgabe an Deutschland ist die australische Stimme außerordentlich wertvoll, und wenn man ihre Hintergründe zu erkennen vermag, interessant und unterrichtend über die sonderbare Art, mit der die Lösung der Kolonialfragen in den Feindbundländern aufgenommen, versucht worden ist.

„Die Staatsmänner Australiens und Neuseelands taten ihr Bestes, um zu bewirken, daß die deutschen ozeanischen Kolonien, deren Schicksal umstritten wird, unter absolute Kontrolle und Eigentumsrecht gestellt werden, aber es gelang ihnen nicht, den Widerstand des Präsidenten zu brechen ..."

Die in Australien dank der Propaganda geläufige Annexionsabsicht gegenüber dem deutschen Kolonialreich wird hier unumwunden zugegeben. Daß zu Paris in den Sitzungen des „Rates der Zehn" und in den Kommissionen die australische Forderung auf einfache Übereignung der Südseekolonien nicht anerkannt wurde, sondern daß vielmehr auch auf die Südseeinseln das Mandatsprinzip Anwendung finden sollte, bezeichnet diese australische Stimme als politische Niederlage des Premierminister Hughes, indem sie feststellen muß, daß „es nicht gelungen sei, den Widerstand Wilsons zu brechen!"

„The British Australesian" fährt fort:

„...In einem Interview stellt Mr. Hughes den australischen Fall so

überzeugend wie möglich dar, und es scheint, daß er sich in Frankreich sehr starker Sympathien erfreut. In Australien und Neuseeland gibt es viele Leute, die aufs äußerste darüber empört sind, daß der australische Staatenbund und Britisch-Nordamerika nicht die Inseln annektieren sollen, die sie durch Waffengewalt eroberten. Diese Leute bringen jeder Art internationaler Kontrolle das tiefste Mißtrauen entgegen. Wie wir voraussahen, gibt es jedoch viele andere, die eine Entscheidung bewillkommnen werden, welche Deutschlands Besorgnisse zerstreut und dem australischen Gebiet kein neues hinzufügt. Die maßgebenden Persönlichkeiten und die Presse Australiens hatten übrigens wiederholt erklärt, daß sie eine Gebietserweiterung nicht beabsichtigten ..."

Es ist also wertvoll genug zu wissen, daß es in Australien eine große Anzahl führender Persönlichkeiten gab, die die Annexion der Südseekolonien ablehnte, die Gebietserweiterungen in der Südsee für Australien nicht wünschten, die also auch in den deutschen Besitzungen in der Südsee keine unmittelbare Bedrohung für Australien zu erblicken vermochten. Mit dieser Feststellung erfolgt die Grundlosmachung der hysterischen Forderung nach der bedingungslosen Übereignung der deutschen Südseebesitzungen aus Gründen der unbedingten Existenzsicherung Australiens und der Beseitigung der deutschen Gefahr für Australien, wie sie in öffentlichen Veranstaltungen und Interviews, in den Verhandlungen des „Rates der Zehn" und auf der Friedenskonferenz zu Paris von dem australischen Premierminister Hughes stets erhoben wurde.

Aber lassen wir „The British Australesian" auch weiterhin zu Wort kommen:

„...Die ‚Melbourne Age' wünscht, daß Australien sich in keiner Weise mit den Inseln befaßt, nicht weil sie die Entscheidung billigt, diese der Liga der Nationen zu unterstellen, sondern weil sie die Inseln Britannien zuerkennt! ‚Melbourne Age' ist der Meinung, daß sich Australien jedenfalls nicht mit den Inseln befassen soll, weder als besitzende noch als verwaltende Macht. Von allen diesen verschiedenen Meinungen wird die unsrige wohl von den meisten Australiern geteilt, nämlich, daß in der Hauptsache der richtige Weg eingeschlagen worden ist, indem man die eroberten Kolonien unter die unbedingte Rechtsgewalt der Liga stellen soll und eine dazu geeignete Macht mit der Verwaltung beauftragt. Der Erfolg oder Nichterfolg dieses Planes wird von seiner Ausführung abhängen. Falls Australien ein Mandat erhält, um Ex-Deutsch-Guinea und Neuseeland, um Samoa auf Grund derselben gesetzlichen Grundlage zu verwalten, die auf ihren eigenen Gebieten zur An-

wendung kommen, so halten wir es nicht für ungerecht, die Forderung an sie zu stellen, daß andere Völker sich dort gleicherweise am Handel beteiligen dürfen, was sie natürlich nicht gestatten würden, wenn die Inseln als Besitztum in ihren Besitz gelangten. Für uns ist die Hauptsache, daß wir nicht länger von der deutschen Gefahr bedroht werden können. Wir werden gänzlich davon befreit werden, wenn wir die deutschen Kolonien im Auftrag der Liga verwalten, und wir werden den weiteren Vorteil daraus ziehen, der vor dem Kriege noch nicht bestand, in freien Handelsverkehr mit den Inseln treten zu können, während sie vor dem Kriege von den Deutschen unseren Kaufleuten, Schiffen und Geschäftsmännern abgesperrt wurden..."

In der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne einer einfachen Annexion der deutschen Kolonien und in diesem besonderen Falle der Südseebesitzungen des Deutschen Reiches durch Australien und Neuseeland hatte sich der Premierminister Australiens, Hughes, mit besonderer Intensität beschäftigt. Seine Argumente sind die Argumente aller englischen Annexionisten. Er versucht der Welt gegenüber den Beweis zu erbringen, daß Australien in seiner Sicherheit bedroht sei durch die deutschen Südseebesitzungen, daß darüber hinaus auch die wirtschaftliche Existenz durch die Deutschen einer dauernden Bedrohung unterliege. Dabei stellt er allerdings nur Behauptungen auf, denen eine Beweiskraft an sich nicht beigemessen werden kann. Seine Vernichtungsabsicht gegenüber dem deutschen Handel in der Südsee geht aus seiner Forderung hervor, daß, falls die deutschen Besitzungen in die Verwaltung Australiens übergehen, der Grundsatz der „Offenen Tür" für diese Besitzungen abzulehnen sei. Damit stellt er sich in den krassesten Gegensatz zu den Äußerungen der australischen Öffentlichkeit selbst. Neid, Mißgunst und Haß gegenüber den deutschen Kolonisatoren in der Südsee und gegenüber dem nicht unbedeutenden Handel in den dortigen Kolonien können sich nicht offener aussprechen als in dieser Forderung. Wie wenig stichhaltig die Argumentierung des australischen Premierministers an sich ist, geht daraus hervor, daß durch ihn und allerdings auch durch andere bestimmte australische Kreise gegen die Deutschen der Vorwurf erhoben wird, daß sie den australischen Kaufleuten die Unterhaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Südseeinseln unter Verneinung des Grundsatzes der „Offenen Tür" verweigert haben, dabei scheut er sich nicht, für Australien das gleiche Programm den deutschen Kaufleuten und Kolonisatoren gegenüber für die Zukunft als bedingungslos anzunehmende Forderung aufzustellen. Die Vorwürfe, die australische Annexionistenkreise gegen die Staatsmänner des Inselreiches,

besonders aber gegen Lloyd George, erheben, sind grundlos und entsprechen einer überdimensionierten politischen Kurzsichtigkeit. Lloyd George hegt in seinem Herzen dieselben Raubabsichten wie alle englischen Imperialisten, nur ist Lloyd George so nebenbei immerhin Diplomat aus guter englischer Schule. Er tritt weniger agressiv auf als Herr Hughes und erreicht das gleiche Ziel. Immerhin aber ist es für den deutschen Kampf um die Zurückerlangung seiner Überseebesitzungen wertvoll genug zu erkennen, daß die australische Regierung im offenen Gegensatz zu dem Großteil des australischen Volkes die Annexion fordert und auf eine politische, moralische Rechtfertigung für diese Forderung überhaupt verzichtet. Die australische Regierung spricht unumwunden ihre Enttäuschung über die getroffene Lösung der Kolonialfrage aus und lehnt das Mandatsprinzip ab. Auch da befindet sich die australische Regierung im offenbaren Gegensatz zu der öffentlichen Meinung und zu dem Willen des Großteils der Australier, denn diese lehnen nicht nur eine „Annexion im alten Stil", sondern auch das Mandatsprinzip als für Australien untragbar ab, weil sie in dem Besitzzuwachs in der Südsee für Australien nur die Aufbürdung neuer Lasten erkennen.

Daß der australische Premierminister Hughes für seinen Standpunkt und seine imperialistischen Forderungen, wenn auch nur nach seiner eigenen Anschauung, teilweise Anerkennung zu Paris erkämpft und Australien tatsächlich in den Besitz der Südseebesitzungen Deutschlands kommt, und dieses selbst gegen den Willen eines Großteils der australischen Bevölkerung, so wird damit die tatsächlich bestehende Vernichtungsabsicht bei den Feindbundmächten mit äußerster Eindringlichkeit unter Beweis gestellt. Die Mandatsformel ist dabei nur eine notdürftige Verhüllung der Annexion.

*

Im Leben des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, bedeutet der 14. Januar 1919, soweit er sich in seinen Geschehnissen dem Auge des Präsidenten darbietet, die Krönung seines Lebenswerkes, den Triumph über die Unduldsamkeit der Alten Welt, die Vernichtung ihrer Ziele durch die augenblickliche und zukünftige Unmöglichmachung der Austragung von politischen und wirtschaftlichen Konflikten der Nationen untereinander mit den Mitteln der Gewalt. Die Heilslehre Woodrow Wilsons von der Schaffung einer heiligen Allianz aller demokratischen Nationen der Erde ist Wirklichkeit geworden. Aus den Sitzungen und erbitterten Verhandlungen im „Rat der Zehn" hat der Präsident seinen Völkerbundsplan endlich hinübergerettet in die Vollsitzung der Vertreter der 27 „Sieger-

nationen". In dem Gefühl eines überwältigenden politischen Sieges der Neuen über die Alte Welt, amerikanischen Denkens über europäische Zweck- und Haßpolitik, entschwinden aus seinem Gedächtnis die zahllosen Stunden, in denen er sich bewußt geworden war, daß er mit seinen Ideen von der Völkerbefriedung einer unerbittlich feindlichen europäischen Front gegenüberstand. Angesichts der Siegergeste, mit der der Präsident der aufhorchenden Welt das Ergebnis seines Denkens, das Resultat seiner Verhandlungen mit den europäischen Staatsmännern, seinen Völkerbundspakt verkündet, ist für kein prüfendes Auge mehr zu erkennen, daß in Wirklichkeit dieser Bund der Nationen geboren worden ist in Stunden, die angefüllt waren mit dem Feilschen und Schachern um politische und wirtschaftliche Vorteile, um die Befriedigung der Raubgelüste und Beutegier der europäischen Imperialisten. Das Gleichgewicht im politischen Streben des amerikanischen Präsidenten erscheint wieder hergestellt. Die Widerstände, die bereits in der Geburtsstunde des Völkerbundes gegen sein Wirken sich ankündigen in der Frage der Mandate für die geraubten deutschen Kolonien, übersieht der Präsident. Er hofft in vollkommen unklaren Gefühlen auf die Zukunft. Auf seinen Schultern trägt er den einzigen politischen Erfolg aus den Kämpfen um die Befriedung der Alten Welt mit triumphaler Haltung nach der Neuen Welt hinüber. Es ist seine tiefste Überzeugung, daß ihn die amerikanische Welt als den großen Repräsentanten der Vereinigten Staaten und Bezwinger der europäischen Imperialisten in überschwenglicher Weise feiern wird.

Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ist die Schaffung des Völkerbundes gelungen, und er hofft, dafür Ruhm und Ehre zu gewinnen. Den Präsidenten der Vereinigten Staaten bekümmert dabei kein Gedanke an das verratene Volk der Deutschen, das im Vertrauen auf sein verpfändetes Wort in den grauen Novembertagen 1918 die Waffen niederlegte, sich selbst unter das unerbittlich harte Joch der Waffenstillstandsbedingungen beugte, auf einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit hoffend, der in der Frage der deutschen Kolonien nur in einer Lösung nach dem Grundsatz des Friedensprogramms der „Vierzehn Punkte", unter Berücksichtigung besonders des Punktes V, seine Verwirklichung finden konnte. Der Wortbruch des amerikanischen Präsidenten und seine charakterliche Haltung auf den europäischen Friedenskonferenzen werden charakterisiert durch die abgrundtiefe Heuchelei, mit der er vor den Vertretern der 27 Siegernationen in gespieltem Idealismus und triefend vor Begeisterung sein eigenes Geisteskind, den Völkerbund, angepriesen hat:

„...Nachdem ich den Entwurf, das Ergebnis unserer Arbeit, verlesen habe, habe ich das Vergnügen hinzuzufügen, daß die Diskussion während der Kommissionssitzungen nicht nur sehr instruktiv, sondern auch durchweg sehr ermutigend waren. Im Laufe unserer Unterhaltungen gab es niemals ernste Verschiedenheit von Meinung oder Motiv über das Ziel, das wir erreichen wollten, wenn auch verschiedene Ansichten über die Methoden, die angewendet werden sollten, manchmal sichtbar wurden..."

„...Dieser Krieg hat furchtbare, aber auch sehr schöne Folgen gezeitigt. Das Verbrechen ist besiegt worden. Die Welt ist sich, mehr denn jemals zuvor, der Majestät des Rechtes bewußt geworden. Völker, die einander mißtrauten, können jetzt als Freunde und Kameraden leben, eine einzige Familie bilden, und sie wünschen, daß es so sein möge! Miasmen des Mißtrauens und der Intrigen sind fortgefegt. Die Menschen sehen einander ins Antlitz und sagen: Wir sind Brüder und wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir ahnten es früher nicht, aber jetzt geben wir uns Rechenschaft darüber. Und hier ist unser Pakt der Verbrüderung und Freundschaft!..."

Man muß jedes dieser hohen Worte auf seinen Inhalt hin überprüfen, aller Vorgänge in den Kommissionen und der Geschehnisse im „Rat der Zehn" muß man sich erinnern, wenn man die „innere Wahrhaftigkeit" dieser Tirade ganz begreifen will. Man muß weiterhin bei diesen Worten bedenken, daß ihr Sprecher, daß der Prophet und Völkerbeglücker aus USA. sich in geradezu sträflich leichtfertiger Weise über die vitalsten Rechte einer mehr als 70 Millionen Menschen umfassenden Nation durch vollendeten Wort- und Vertrauensbruch hinweggesetzt hat, daß es der Präsident der Vereinigten Staaten gewagt hat, durch Erhebung der Kolonialschuldlüge in ihrer ganzen Infamie zum Gesetz und zum Richtungsweiser für sein Handeln einen moralischen Meuchelmord an dieser ehrliebenden Nation zu versuchen.

„Die Welt ist sich, mehr als jemals zuvor, der Majestät des Rechtes bewußt geworden!"

Ist es ein besonderes Zeichen der Achtung vor der Majestät dieses von der Welt erkannten Rechtes, wenn seine Prediger entgegen feierlich eingegangener Verpflichtungen zu Paris einzig und allein den Gesetzen eines unbändigen, ungebändigten Egoismus folgend, mühsam verhüllt allein von Humanitätsphrasen, dem deutschen Volk sein rechtmäßiges Eigentum, die deutschen Kolonien, raubten?

„...Völker, die einander mißtrauten, können jetzt als Freunde und Kameraden leben...!"

Die innere Hohlheit dieses hochtrabenden Wortes wird schon zur Zeit seiner Prägung durch die zahllosen Stimmen nachgewiesen, die sich mit der Lösung der Kolonialprobleme durch Wilson und die Staatsmänner der Feindbundmächte beschäftigten und immer wieder aufzeigten, daß gerade in der durch die Kolonialschuldlüge begründeten Diffamierung des deutschen Volkes und im Raub der deutschen Kolonien die schwersten Gefahrenquellen für eine tatsächliche Befriedung der Welt zu suchen sein werden. Nicht nur die neutrale Welt erhob ihre Warnungsrufe. Aus den Völkern der Feindbundstaaten selbst ertönten sie in immer zunehmender Zahl!

Bezeichnend für die Stimmung, die die Lösung der Kolonialprobleme selbst in den linkspolitisch ausgerichteten Arbeiterkreisen der Feindbundmächte erzeugt hatte, ist eine Auslassung des Vorstandes der Arbeiterpartei des Britischen Weltreiches vom 8. Mai 1919. — Diese Auslassung stellt mit eindeutigen Worten fest, daß zu den wirklichen Kriegsursachen besonders der koloniale Neid und die Eifersucht auf die aufblühenden deutschen Überseebesitzungen zu rechnen seien. Da aber der beabsichtigte Friedensvertrag, besonders auch selbstverständlich der Völkerbund, soweit er die Erteilung von Kolonialmandaten unter Ausschluß der deutschen Nation vorgenommen hat, damit also die Enteignung der deutschen Kolonien zur Wirklichkeit werden ließ, eine dauernde Diffamierung des deutschen Volkes in sich schließen, ja, sie sogar verewigen wollen, so will die englische Arbeiterführung darin die schwersten Gefahren für den Weltfrieden erkennen. Sie stellt dabei ausdrücklich unter Beweis, daß diese Gefahren sich nicht ergeben würden bei einer gerechteren Lösung der Kolonialprobleme. Die englische Arbeiterführung erkennt Deutschlands Recht auf Kolonien und auf koloniale Betätigung ausdrücklich an und nennt die Kolonialfrage für Deutschland eine Frage der nationalen Ehre. Die Führung der englischen Arbeitermassen verschließt sich nicht der Einsicht, daß der Ausschluß des deutschen Volkes von diesen Kulturaufgaben notgedrungen im deutschen Volk einen Zustand tiefster Verstimmung und Unzufriedenheit zurücklassen muß.

Aber die Väter des Völkerbundes, der Präsident der Vereinigten Staaten insbesondere, haben sich über die Auswirkungen ihrer Beschlüsse niemals wirkliche Rechenschaft abgelegt. Wäre es geschehen, so hätten niemals die tönenden Worte in der Vollversammlung der 27 „Siegernationen" vom 14. Februar 1919 gesprochen werden können.

Tönende Worte aber sind am Tage der Verkündung des Völkerbundpaktes überreich zwischen den Vertretern der 27 „Siegernationen" ausgetauscht worden, nur für die Enterbten, für die im Namen ewiger Menschen-

rechte Beraubten, nur für das deutsche Volk fand sich kein einziger Sprecher; es sei denn, man wolle sich der kurzen Rede des Delegierten des Hedschas, Rostem Heidar, erinnern, der hinsichtlich der Lösung der Kolonialprobleme sich also vernehmen ließ:

„... Ich weiß sehr wohl, daß die kürzesten Reden am besten aufgenommen werden. Ich werde also meine Betrachtungen in wenige Sätze zusammenfassen. Ich habe an sich den Worten meiner Vorredner nichts hinzuzufügen. Es steht mir nicht an, denen Lobsprüche zu erteilen, die den kleinen Nationen die Gerechtigkeit zusichern. Was ich sagen möchte, bezieht sich auf den Artikel 19... Es findet sich im Text ein Wort, das mir recht unklar erscheint. Es ist das Wort ‚Mandat'. Was versteht man darunter? Man weiß es nicht genau. Und dennoch wird von der Auslegung dieses Wortes die Zukunft der daran interessierten Nationen abhängen..."

Dem Vertreter von Hedschas ist es vorbehalten geblieben, einen Gefahrenherd für den Frieden von allergrößter Bedeutung aufzuzeigen. In seinen kurzen, aber um so treffenderen Ausführungen erläutert er die geheimen Abmachungen zwischen den Großmächten über die Aufteilung kleinasiatischer, ehedem türkischer Gebiete. Mit klaren Worten trifft er die Feststellung, daß diese Aufteilungspläne und Abmachungen im direkten Widerspruch mit einem anderen fundamentalen Grundsatz des Völkerbundes stehen, nämlich mit dem Grundsatz von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker"! Mit ebenso klarer Formulierung fordert er die Ungültigkeitserklärung für all diese geheimen Abmachungen! Wenn der Vertreter des Hedschas diese Forderungen auch in allererster Linie für die kleinasiatischen Gebiete aufstellt, sie treffen in ihrem ganzen Umfang unmittelbar für die geraubten deutschen Kolonialbesitzungen zu. In der offiziellen, mit aller Feierlichkeit begangenen Geburtsstunde des Völkerbundes wird also unter Beweis gestellt, daß für die Aufteilung der kolonialen Gebiete geheime Abmachungen bestanden haben, daß also die Enteignung und Aufteilung von vornherein als beschlossene Tatsache anzusehen ist, daß aber damit zugleich dem Wort „Mandat", von dem keiner recht weiß, was es bedeuten soll, nur noch die Aufgabe einer nachträglichen Sanktionierung des längst vollzogenen Raubes der deutschen Kolonien zugedacht ist! Ist aber das Wort „Mandat" nur noch eine nachträgliche Verhüllung und Bemäntelung der praktisch längst vollzogenen, gewaltsamen Enteignung der deutschen kolonialen Besitzungen, dann ist in ihm keinerlei Rechtstitel mehr eingeschlossen und die Verleihung von Mandaten für die deutschen Kolonien an die „Siegerstaaten" zur Ungültigkeit verurteilt. Im Namen der Sittlichkeit, im

Namen des „Bewußtseins der Menschheit von der Majestät des Rechtes" ist damit die Aufhebung aller Mandatserteilungen als unberechtigter Scheinmaßnahmen zu fordern. Das Mandatsrecht besitzt sodann nur noch theoretische Bedeutung, denn es wurde einzig und allein geschaffen und zur Anwendung gebracht, um den Raub der deutschen Kolonien vor der Welt als im Namen des Rechtes geschehen erscheinen zu lassen.

Aber die mahnenden Ausführungen des Vertreters von Hedschas gingen unter in dem Rausch einer allgemeinen Begeisterung der Völker, die in aller Zukunft „das Wohl und die Sicherheit der Menschheit" zu garantieren haben würden. Zwar findet des Präsidenten Wilsons Idee, findet das Geschöpf seines Geistes, der Völkerbund, nicht den ungeteilten Beifall aller Nationen, aber er berauscht dennoch die Völker über jedes durchschnittliche Maß hinaus und richtet eine beängstigende Verwirrung der Begriffe an. Diese Verwirrung ist so groß, daß die Vertreter der 27 „Siegernationen" an die betrogenen und von den Vorbesprechungen des Friedens ferngehaltenen Deutschen nur noch als an eine Nation, die besiegt worden ist, zu denken vermögen. — „Die Sieger aber haben nichts zu befürchten!" — Das Ziel ist erreicht! Die Deutschen liegen am Boden! Es ist nunmehr an der Zeit, ihnen das Maß ihrer Pflichten und Strafen zuzumessen. Es ist die Stunde des endlichen Triumphes nähergerückt. Man wird den Deutschen die Bedingungen des Friedens diktieren!

So beginnt nunmehr für das deutsche Volk und für seine Regierung der bitterste Teil des Weges nach Versailles, beginnt der eigentliche Kampf um einen „Frieden der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Rechtes", beginnt ein unerbittlicher Kampf gegen Vernichtungswillen und Habgier, gegen politischen Haß und menschliche Torheit, gegen Brutalität und übersteigerte Unvernunft.

Die deutsche Regierung, der deutsche Außenminister, die deutschen Friedensunterhändler stehen für die Kämpfe in den kommenden Verhandlungen einer geeinten, geschlossenen Front der „Siegernationen" fast waffenlos gegenüber. Dem Führer der deutschen Friedensdelegation, dem Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, ist diese Wehrlosigkeit längst zur Gewißheit geworden. Sein Wille, jedem Friedensdiktat, das dem deutschen Volke nicht wenigstens ein Minimum an Lebensmöglichkeiten läßt, seine Zustimmung unter allen Umständen zu verweigern, ist ungebrochen, aber seine Gedankenwelt ist umdüstert, denn es ist ihm nicht erspart geblieben, in zahllosen Verhandlungen mit der Regierung der deutschen Republik, mit der deutschen Nationalversammlung, mit Ausschüssen und Kommissionen

einen tiefen Einblick zu gewinnen in die Gedanken- und Ideenwelt, in das Streben der Erben des zweiten deutschen Reiches. Ihm waren Korrekturen der eigenen Anschauung von den politischen Gegebenheiten und den Forderungen der Stunde, von politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten in erbitterten Meinungsauseinandersetzungen mit den parteipolitisch denkenden und als Sozialdemokraten international orientierten Regierungsmännern der Ebert-Scheidemann-Erzberger-Regierung aufgedrungen worden. Bei der Festlegung der Richtlinien, nach denen die deutsche Friedensdelegation die Verhandlungen zu führen haben würde, machten Sozialdemokraten, machte vor allen Dingen der deutsche Friedensapostel Erzberger die bedenklichsten Schwierigkeiten. Der Einfluß des Zentrums wuchs mit jeder Stunde, damit aber gewann auch die Erzbergersche These von der Verneinung jeden aktiven Widerstandes, vom ewigen Nachgeben um jeden Preis in verhängnisvoller Weise Boden. Die Regierung übersah dabei geflissentlich, daß es gerade Erzberger gewesen ist, der die deutsche Wehrhaftigkeit in leichtfertiger, ja gewissenloser Weise verspielt hat und damit das einzige Argument, das in die Waagschale als wahrscheinlich einzig gewichtiges hätte geworfen werden können. Die persönliche Eitelkeit Erzbergers faßte den Beschluß der Reichsregierung, den Außenminister und nicht ihn mit der Führung der deutschen Friedensdelegation zu betrauen, als Kränkung auf und bestimmte ihn, dem holsteinischen Grafen durch überaus geschäftige Einflußnahme auf alle Regierungsstellen die Vorbereitung der Friedensverhandlungen zu erschweren. Es ist somit nicht zum wenigsten dem Einfluß des Zentrums zuzuschreiben, wenn die erste Forderung des deutschen Außenministers Brockdorff-Rantzau nach Wiederherstellung einer, wenn auch nur bedingten deutschen Wehrhaftigkeit ohne Erfolg geblieben ist. Die Parteien, in ihrer Beurteilung der politischen Lage von eigenem Machtdünkel verblendet und verwirrt, lehnten die Organisierung einer Wehrmacht ab. Die Linksradikalen aber sahen sowieso in den noch immer bestehenden feldgrauen Divisionen, die Weltrevolutionsplänen und Völkerverbrüderungsideen die Gefolgschaft verweigerten, ein gefährliches Hindernis auf ihrem Wege zur politischen Macht. Aber auch die Regierung selbst betrachtete die noch intakten Heeresgruppen mit denkbar größtem Unbehagen und mit Mißtrauen. Sie sah sich allerdings dabei andauernd in die Zwangslage versetzt, sich der intakten Wehrmachtsformationen zu bedienen zur Niederwerfung der Aufstände, die die Linksradikalen an allen Ecken und Enden des Reiches inszenierten. Aber aus den feldgrauen Divisionen kristallisierten sich immer eindeutiger nationale Forderungen nach klaren innerpolitischen Entscheidungen, nach einer

Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Raum. Der Widerstand gegen die politische und wirtschaftliche Führung des Reiches durch Sozialdemokraten und ihre Parteigänger wurde zur Veranlassung auch für die Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger, der geforderten Neuorganisierung der deutschen Wehrkraft die Zustimmung zu verweigern. Somit aber ergab sich für den Führer der deutschen Friedensdelegation die bedauerliche, aber zwingende Notwendigkeit, auf die deutsche Wehrhaftigkeit und den in ihr verkörperten Widerstand gegen einen Diktatfrieden als gewichtigstes Argument Verzicht leisten zu müssen. Er konnte beide bei seinen Vorbereitungen nicht mehr ernstlich in Erwägung ziehen. – Dabei kann allerdings nicht verhehlt werden, daß dem holsteinischen Grafen die zwingende Kraft fehlte, allen Widerständen zum Trotz, in dieser Frage seinem Willen und seiner Einsicht Geltung zu verschaffen. Er fand ebensowenig wie die deutsche Reichsregierung den zündenden Funken für das deutsche Volk, das dank der von Herrn Erzberger erzielten Wehrlosigkeit sich den grauenhaften Auswirkungen eines unerbittlich harten Waffenstillstandes gegenübersah und hungerte und Not und Mangel an allem litt! Diese Tat- und Willenlosigkeit hat sich um so tragischer in ihren direkten und indirekten Folgen ausgewirkt, als das deutsche Volk bei dem Bekanntwerden der brutalen Bedingungen für den Friedensschluß in seinen besten Teilen zu sofortigem und kompromißlosem Widerstand bereit war.

Der Außenminister des Deutschen Reiches, Graf Brockdorff-Rantzau, bereitet so in enttäuschungsreicher Arbeit die Verhandlungen für den Frieden mit den Siegernationen vor. Neben allen anderen Problemen und ihrer Lösung in einem für Deutschland tragbaren Sinne bereitete ihm besonders die Lösung der Kolonialfragen ernsteste Sorgen, denn die Nachrichten, die ihm über die Verhandlungen zwischen den Alliierten in dieser Frage zugegangen waren, ließen den unerbittlichen Vernichtungswillen eindeutig und klar erkennen. Die Nachrichten über die Friedensvorbesprechungen zu Paris nahmen in den letzten Januar- und ersten Februartagen 1919 alarmierenden Charakter an. Sie gaben Auskunft über die eindeutig vorgetragenen Absichten der Alliierten, die deutschen Kolonien bedingungslos zu enteignen und unter die Großmächte aufzuteilen, wobei selbstverständlich dem englischen Weltreich der Löwenanteil zuzufallen hatte, sie gaben Auskunft über den geringen Widerstand, den der Präsident der Vereinigten Staaten den imperialistischen Forderungen der Feindbundmächte gegenüber aufzubringen gewillt oder fähig war, sie ließen erkennen, daß Wilson besiegt wurde von der Habgier und dem Annexionswillen der Feindbundmächte und ihrer

Staatsmänner, sie gestatteten keinen Zweifel mehr daran, daß die deutschen Kolonien von Wilson den Feindbundmächten überantwortet wurden, nur um seine eigene Idee, den Völkerbund, Wirklichkeit werden zu sehen. Brockdorff-Rantzau konnte sich für die kommenden Friedensverhandlungen, für das Ringen um einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit, aber einzig und allein nur des verpfändeten Wilsonschen Wortes und seines Friedensprogramms der „Vierzehn Punkte" bedienen. Die deutschen Kolonien aber hatte sich Woodrow Wilson in erbitterten Verhandlungen bereits abhandeln lassen und damit den Punkt V seines Friedensprogramms verraten. So überschattete das Bewußtsein, daß der Widerstand gegen einen Gewaltfrieden nur von den Wilsonschen Verkündungen und seinem Programm für die Befriedung der Welt aus erfolgreich zu organisieren war, bereits die Ahnung, daß diese geistige Waffe bereits die wirksame Schärfe verloren hatte mit der Aushöhlung des Punktes V der „Vierzehn Punkte", der Schaffung des Völkerbundes und der Verhüllung der als nackte Tatsache bestehenden Enteignung der deutschen Kolonien durch Mandatserteilung an die Feindbundgroßmächte, mit der durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Frage der deutschen Kolonien zum Gesetz erhobenen Schuldlüge! Weiterhin ist sich der deutsche Außenminister und Führer der deutschen Friedensdelegation darüber klargeworden, daß in diesen Tagen traurigster nationaler Zerrissenheit und politischer und militärischer Ohnmacht des deutschen Volkes hinter ihm bei seinem Willen zum äußersten Widerstand gegen einen Gewaltfrieden keine ernstzunehmende Macht stehen wird. Aber dem deutschen Außenminister bleibt keine Wahl. Sein Widerstandswillen wird noch einmal bis an die äußerste Grenze gesteigert und setzt sich angesichts der brüsken Aufforderung der französischen Regierung, für die Entgegennahme der Friedensbedingungen beglaubigte Vertreter zu ernennen und nach Paris zu entsenden, gegen Erzbergersche Nachgiebigkeit erfolgreich durch. Er war entschlossen, mit allen Mitteln, insbesondere aber unter sturer Berufung auf das verpfändete Wort des amerikanischen Präsidenten und auf das auch von den Alliierten angenommene Friedensprogramm der „Vierzehn Punkte", den Kampf aufzunehmen und zu führen zur Erlangung eines Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes.

Zu dem Zeitpunkt, da im politischen Würfelspiel zu Paris von den Vertretern der Feindbundgroßmächte um die deutschen Kolonien gespielt und ihr Schicksal nach dem Willen der Annexionisten entschieden wurde, zu dem Zeitpunkt, da auch dem gesamtdeutschen Volk die Beraubung offenkundig wurde in den Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der

Vollversammlung der Delegierten der 27 „Siegernationen", also in den ersten Februartagen des Jahres 1919 läßt sich auf das Drängen des deutschen Außenministers die deutsche Regierung in der Frage der Kolonien zu folgender Protestaktion herbei:

„... In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkung angenommen haben. Danach ist eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche (a free openmindet and absolutely impartial adjustment of all colonial claims) zugesichert. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Ein Frieden, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen..."

Für das politische Geschehen ist diese Protesterklärung der deutschen Regierung ohne Einfluß geblieben. Es kommt ihr nur insofern noch einige Bedeutung zu, als sie die öffentliche Meinung des Auslandes erneut auf die Frage der deutschen Kolonien hinlenkte und die Auslösung einer Anzahl von Stimmen bewirkte, die für Recht und Gerechtigkeit dem deutschen Volk gegenüber eintraten. Die Enteignungsabsichten der Feindbundgroßmächte hatten aber bereits ihre moralische Rechtfertigung durch die Aufnahme der Kolonialschuldlüge durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten erfahren. Die Kolonialschuldlüge gehört seit diesem Zeitpunkt zu dem eisernen Bestand der Argumentation gegen die deutsche Würdigkeit, überhaupt zu den großen Kulturaufgaben der Kolonisation zugelassen zu werden. Die Deutschen haben sich der Kolonisationstätigkeit in Übersee nicht würdig erwiesen, also muß ihnen jedes Recht auf Kolonialbesitz verweigert werden! Angesichts dieser These der Feindbundpolitik kommt den Richtlinien, die von der deutschen Regierung der deutschen Friedensdelegation am 17. Januar 1919 in der Frage der Kolonien gegeben wurden, nur noch theoretische Bedeutung zu. Diese Richtlinien lauteten also:

„... Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht des europäischen Kulturkreises betonen..."

Nur der Verwirrung der Begriffe in den Großteilen des deutschen Volkes ist es zuzuschreiben, daß die Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger es

wagen konnte, zur Wahrung der deutschen Kolonialinteressen einen Minister zu bestellen, der in seinem politischen Wirken für die deutschen Kolonien und ihr Schicksal sowohl wie für das politische Geschick des deutschen Volkes im allgemeinen zu einem Verhängnis werden sollte. Mit der Ernennung des späteren Unterzeichners des Friedensvertrages von Versailles, Dr. Johannes Bell, zum Kolonialminister der deutschen Republik hat die Regierung Ebert-Scheidemann eine unmeßbare Schuld auf sich geladen. Allein das politische Wirken dieser Novembergröße heute noch einmal zu betrachten, erweist sich als zwingende Notwendigkeit, um sowohl die Doppelzüngigkeit und Gewissenlosigkeit wie die traurige Schwäche und das völlige Versagen der damaligen Reichsregierung in allen Fragen des deutschen Volkes zu erkennen. Wenn schon im deutschen Volke selbst angesichts der Vernichtungsabsichten der Feindbundmächte sich besonders auch in der Frage der deutschen Kolonien ein immer mehr wachsender Widerstand zeigte, so ist das phrasenreiche Wirken dieses Kolonialministers nicht angetan gewesen, den gesunden Widerstandswillen zu organisieren zu entschlossener Abwehr. Angesichts aber der Tatsache, daß dieser Kolonialminister, der, als die Kolonien verloren schienen, sofort zum Justizminister hinüberwechselte, das Diktat von Versailles unterzeichnete und damit zugleich die Kolonien verloren gab, ist an der Ehrlichkeit seiner, dem deutschen Volk und der Welt allzuoft und allzu wortreich gegebenen Versicherungen zu zweifeln.

Angesichts des tragischen Verlustes der deutschen Kolonien, die das ganze deutsche Volk als nationales Besitztum betrachtete, angesichts der Beraubung durch die Feindbundmächte, die das ganze deutsche Volk als eine Schändung seiner ewigen Rechte bezeichnen muß, angesichts der kolonialen Unwürdigkeitserklärung, die die deutsche Nation als eine tiefe Kränkung ihrer Nationalehre brandmarken muß, ist es im Kampf um die Rückgewinnung des gestohlenen deutschen Besitzes wichtig aufzuzeigen, wie durch das Wirken deutscher Novemberminister deutsche Interessen vertreten wurden, deutsche Interessen aufgegeben wurden. Die Schuld der damaligen deutschen Regierung wird um so größer, je mehr erkannt wird, daß tönenden Reden, die letzten Endes nur im deutschen Volk den Eindruck erwecken sollten, als seien seine vitalsten Interessen in bester Obhut, ein Verrat dieser vitalsten Interessen von grauenhaftem Ausmaß folgte, daß für diesen Kolonialminister der deutschen Republik von 1919 von glühenden, wortreichen Verteidigungsreden in der Kolonialfrage bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, der die Enteignung der deutschen Kolonien verewigen sollte, nur ein kleiner Schritt ist.

Es ist von fundamentaler Bedeutung für das Schicksal der deutschen Kolonien geworden, daß in den entscheidenden Augenblicken durch die Regierung Ebert-Scheidemann die Vertretung der deutschen Kolonialrechte und der deutschen Kolonialehre einem fremdrassigen, international orientierten Intellektualisten anvertraut wurde.

Am 19. März 1919 hält der Kolonialminister der deutschen Republik zu Hamburg vor einer außerordentlich großen Volksmasse eine seiner Beruhigungsreden in der Frage der deutschen Kolonien. Er spricht vor Kaufleuten, Soldaten, Bürgern und Arbeitern davon, daß die Beendigung des Krieges für das Reich den Anbruch einer neuen Entwicklung und eines neuen Geistes bedeute. In der Frage der deutschen Kolonien und ihres Schicksals gibt er im Namen der Regierung des Deutschen Reiches die Versicherung ab, daß die Regierung sowohl wie er selbst ihre ganze Kraft für die alsbaldige Rückgabe der Kolonien an das Deutsche Reich einsetzen würden. Zugleich aber fordert er die erfahrenen Kaufleute der Hansestadt, fordert er darüber hinaus das ganze deutsche Volk zur Mitarbeit in dieser Frage auf. Schonend gibt er zu, daß die Frage der deutschen Kolonien in der Nationalversammlung zu Weimar nicht widerspruchslos behandelt worden sei. — Immerhin hatten in einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung zu Weimar die Unabhängigen Sozialdemokraten in hochverräterischer Weise einer Entschließung ihre Stimme versagt, die das Recht des deutschen Volkes auf seinen Kolonialbesitz dokumentieren und ihre unverzügliche Rückgabe bezwecken sollte. Es wird sich als lehrreich erweisen, auf diese Verhandlung in der deutschen Nationalversammlung zu Weimar an anderer Stelle nochmals einzugehen. Es ist gravierend für die charakterliche Haltung neudeutscher Minister, daß sie für die Drohung ihrer linksradikalen Brüder stets Entschuldigungen und Erklärungen zur Hand hatten. In Hamburg versuchte der neudeutsche Kolonialminister selbst die hochverräterische Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Frage der deutschen Kolonien zu erklären und zu entschuldigen, indem er feststellte, daß sie sich in der Kolonialfrage auf ruhige und sachliche Erklärungen beschränkt hätte. — Wir haben die Einstellung des Führers der Unabhängigen Sozialdemokratie, Haase, in der Kolonialfrage kennengelernt, der sich nicht scheute, auf internationalen Sozialistenkonferenzen vor den Augen der Welt das deutsche Recht auf seine Kolonien zu verneinen und somit der deutschen Kolonialforderung in den Rücken zu fallen.

Es ist weiterhin bezeichnend, mit welcher Lässigkeit der neudeutsche Kolonialminister zu einem Zeitpunkt, da die brutale Raubabsicht der Feindbundmächte sich eindeutig in der Annektierung der deutschen Kolonien austobt, das Kolonialproblem als ein Problem der deutschen Ehre und des unveräußerlichen deutschen Rechtes behandelt, wenn er sich in seiner Argumentation immer wieder nur ohne eigene Gedanken und Ideen all jener Gründe und Argumente bedient, die bisher erfolglos geblieben waren.

„... Die Frage sei heute, was wird voraussichtlich aus unseren Kolonien werden? Zu seinem schmerzlichen Bedauern sei er nicht in der Lage, eine irgendwie befriedigende Antwort geben zu können! Wilsons Programm sei nicht nur von Deutschland, sondern auch von der Entente vereinbarungsgemäß als Grundlage akzeptiert worden. Damit dürfte man vom Standpunkt der Gerechtigkeit die Sache als erledigt betrachten, da ja der Punkt V von keiner Seite, also auch von der Entente, in keiner Weise beanstandet worden sei ..."

Die ganze jämmerliche Hilflosigkeit der Novemberhelden zeigt sich in solchen Ausführungen, vielleicht darüber hinaus sogar eine gewisse Doppelzüngigkeit. Zugleich aber erklärt dieser Kolonialminister der neudeutschen Republik mit seinen Ausführungen den vollkommensten Bankrott der Völkerverbrüderungsphrase. Mit Engelszungen ist von den Novemberlingen das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten dem deutschen Volk angepriesen worden. Im Brustton der Überzeugung hat man dem deutschen Volk die Erhabenheit des demokratischen Gedankens geschildert und die Behauptung aufgestellt, daß mit der Annahme der Wilsonpunkte und dem Bekenntnis zur Demokratie für das Deutsche Reich zugleich der ehrenhafte Friede des Rechtes und der Gerechtigkeit gesichert sei. Angesichts der aufwallenden Widerstandsbewegung breitester Volkskreise gegen die Enteignungsabsichten der Feindbundmächte in der Frage der deutschen Kolonien muß der novemberdeutsche Kolonialminister mit einem schmerzlichen Bedauern zugeben, daß er über das Schicksal der deutschen Kolonien keine befriedigende Antwort zu erteilen vermag. Er bestätigt dem deutschen Volk seine und der Regierung Ebert-Scheidemann politische Unzulänglichkeit und Unfähigkeit, indem er einzig und allein den Verkündigungen des amerikanischen Präsidenten vertrauend das Zugeständnis macht, daß er mit der Annahme des Punktes V des Wilson-Programms die Frage der deutschen Kolonien und ihres zukünftigen Schicksals als im deutschen Sinne geklärt und abgetan bezeichnet. Es ist mit allem Recht die Frage aufzuwerfen, ob diesem Kolonialminister die Vernichtungsabsichten der Feindbundmächte nicht bekannt gewesen sind? Jeder auch nur einigermaßen politisch interessierte Mensch in Deutschland kannte die Willensäußerungen der

Feindbundimperialisten und fürchtete um das Schicksal der deutschen Kolonien! Dem neudeutschen Kolonialminister und späteren Unterzeichner des Diktates von Versailles sind diese Absichten in allen Einzelheiten zweifellos bekannt gewesen! Durch seine allerdings geradezu jämmerlichen Polemiken gegen Wilson und die Feindbundmächte versucht er vor dem deutschen Volk den Eindruck eines Vorkämpfers der deutschen Kolonialehre zu erwecken. Angesichts der Tatsache seiner späteren Unterschriftsleistungen unter das Todesurteil aller Kolonialbestrebungen des Deutschen Reiches erscheinen all seine Ausführungen und Proteste in dem merkwürdigen Zwielicht politischer Hochstapelei. Es bleibt beschämende Tatsache, daß die Ebert-Scheidemann-Regierung die heiligsten Rechte des Deutschen Reiches und Volkes und ihre Wahrung und Verteidigung Männern überlassen hat, deren charakliche Haltung allein schon Warnung genug vor ihnen hätte sein müssen. Mit politischen Schwanengesängen begleitet der „Vorkämpfer" der deutschen Kolonialehre sein Eintreten für das deutsche Recht:

„...Dieser Auffassung war man, und man mußte sie haben, bis im Februar dieses Jahres die neue Kundgebung Wilsons, seine Pariser Rede, uns eine schmerzliche Enttäuschung bereitete, worin erklärt wurde, wir hätten durch brutale Behandlung der Eingeborenen den Anspruch, als zivilisierter und kultivierter Staat betrachtet zu werden, verwirkt..."

So aber denkt sich der Kolonialminister der Novemberregierung Ebert-Scheidemann den Kampf gegen die Infamie der Kolonialschuldlüge:

„...Wilson war vollkommen falsch unterrichtet. Er hätte die Gründe für die Urteilsfindung nicht nur aus dem englischen Blaubuch schöpfen sollen, sondern auch das deutsche Weißbuch berücksichtigen müssen, vor allen Dingen aber die Urteile amerikanischer und englischer Kolonisatoren. Hätte Wilson das getan, so hätte er seine Pariser Rede niemals halten können, hätte die Kolonialschuldlüge niemals gegen das deutsche Volk aussprechen dürfen, sondern hätte unter allen Umständen sich auf einen völlig entgegengesetzten Standpunkt stellen müssen, denn das englische Blaubuch sei ein objektiv ungerechtes Urteil und stütze sich auf befangene und interessierte Gegner, denen es unter dem Scheine der Moral und Gerechtigkeit darum zu tun sei, ihre kolonisatorischen Annexionsgelüste zu verdecken..."

Der Kolonialminister der neudeutschen Republik polemisiert so gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, polemisiert gegen die Feindbundmächte. Er lehnt in tönenden Worten die Versetzung des deutschen Volkes in der Frage seiner Kolonien und seines kolonialen Strebens in den Anklagezustand ab. Ohne für die Verschärfung der kolonialen Fragen die entsprechenden Waffen zu benutzen und mit allen Mitteln gegen die Imperialisten der Feindbundmächte die deutschen Rechte zu verteidigen, wiederholt der neudeutsche Kolonialminister alle Argumente, die der Staatssekretär Dr. Solf ursprünglich dem Vernichtungswillen der Feinde Deutschlands entgegengestellt hatte. Selbstverständlich kann es der neudeutsche Kolonialminister der Ebert-Scheidemann-Regierung nicht unterlassen, selbst in die Frage der deutschen Kolonien, die für das ganze deutsche Volk sichtbar zu einer Frage der deutschen Ehre geworden ist, sozialistische Parteidogmen und -phrasen einzuschmuggeln. Seine Tätigkeit als Lenker des deutschen kolonialen Schicksals bestand in der Tat nur in der Drechselung und Verausgabung von phrasenreichen Protesten und Aufrufen. Ein ernster Widerstand gegen die Annexionsbestrebungen der Feindbundregierungen scheitert an der Kraftlosigkeit und politischen Unzulänglichkeit dieses Repräsentanten der Novemberrepublik Deutschland, vielleicht sogar an seinem mangelnden Willen zur Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Die überraschenden Wandlungen der politischen Einsichten dieses Kolonialministers lassen zumindest jedes Mißtrauen in dieser Richtung als geboten erscheinen. Die politische Zuverlässigkeit dieses neudeutschen Ministers erscheint in einem seltsamen Zwielicht. Die deutsche Friedensdelegation, der die Wahrung der deutschen Kolonialrechte durch die unverzügliche Rückgabe der deutschen Kolonien zu besonderer Pflicht von Volk und Regierung gemacht worden ist, kann in den kommenden Kämpfen gegen die geschlossene Front der Gegner mit einer ernsten Unterstützung durch den schönredenden Kolonialminister der deutschen Republik kaum rechnen.

Wenn hier den Reden des neudeutschen Kolonialministers, wenn hier seinen Willensäußerungen und Protesten größerer Raum eingeräumt wird, so geschieht das, um aufzuzeigen, daß auch die Mitglieder der Ebert-Scheidemann-Regierung, daß vor allen Dingen auch dieser sonderbare neudeutsche Minister sich dem Druck der öffentlichen deutschen Meinung fügen und die Anerkennung der deutschen Rechte auf Kolonien zum Programm und zur unantastbaren Forderung erheben mußten. Findet in jenen trüben Tagen das deutsche Volk selbst für seine Rechte und Forderungen eindeutigere und klarere Worte, es ist dennoch festzustellen, daß auch seine „berufenen Vertreter" trotz ihrer internationalen Einstellung, trotz ihrer Haltung als „Weltbürger" die deutschen Rechte auf seine Kolonien nicht übergehen können, ohne in die Gefahr zu laufen, vom deutschen Volk als undeutsch bezeichnet und vielleicht gestürzt zu werden. Trotz aller geflissentlichen Verbeugungen vor den internationalen Weltverbrüderungsparteien

muß die berufene „deutsche Volksregierung", müssen die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und ihr glorreicher Kolonialminister vor der internationalen Öffentlichkeit die Unveräußerlichkeit der deutschen Kolonialrechte dokumentiern und den Kampf gegen die Feindbundmächte um die Zurückgabe der geraubten Kolonien organisieren.

Der Kolonialminister der deutschen Republik spricht in großen Versammlungen vor dem deutschen Volk, er spricht in der deutschen Nationalversammlung, er spricht vor Diplomaten und Vertretern der deutschen Regierung in feierlicher Protestkundgebung im Schloß zu Weimar, er spricht vor Vertretern der in- und ausländischen Presse über das Kolonialproblem. Die aufzustellende Forderung bleibt immer die gleiche! Es ist die Forderung des ganzen deutschen Volkes. Die Argumente zur Begründung dieser Forderung bleiben gleichfalls immer dieselben, denn es sind die Argumente des Rechtes und der Wahrheit. Ob allerdings der neudeutsche Kolonialminister von der Heiligkeit des deutschen Rechtes und von der Unabänderlichkeit der Forderung überzeugt gewesen ist, das muß, es sei hier wiederholt festgestellt, allerdings angesichts der späteren, eilfertig vollzogenen Unterschrift unter das Diktat von Versailles füglich in Zweifel gezogen werden.

„... und wir werden für unsere Besitzungen mit der Aufwendung unserer äußersten Kraft eintreten. Es ist wahr, daß wir unsere Forderung nicht erzwingen können, da wir besiegt zu Boden geschlagen sind, aber zwei Verbündete sind uns geblieben: Gerechtigkeit und das internationale Recht! Auf diese werden wir unsere Forderung stützen. Wir werden dabei vermittels unseres eigenen Weißbuches dartun, daß Deutschland seine Kolonien in einer Weise verwaltet hat, die beweist, daß es fähig ist, Treuhänder für zurückgebliebene Völker zu sein. Wir werden dartun, daß wir als kolonisierende Macht vorteilhaft mit den anderen kolonisierenden Völkern verglichen werden können... Die Rückgabe der Kolonien Deutschlands ist nicht nur von ausschlaggebender Bedeutung für Deutschland selbst, sondern auch notwendig zur Sicherung eines dauernden Friedens. Zuerst ist es eine Frage der nationalen Ehre. Soll Deutschland allein von allen europäischen Staaten für immer von der Kolonisationsarbeit ausgeschlossen werden? Nachdem es den Beweis von seiner Fähigkeit zu kolonisieren gegeben hat, würde eine solche diminutio capitis eine Schmach sein, erkennbar allen zukünftigen Geschlechtern. Sie würde nur die Erbitterung verewigen, nur Haß großziehen!

Aber wir werden unsere Forderung auch, und zwar vor allem, auf wirtschaftliche Gründe stützen. Unser Land ist ‚das Herz Europas' genannt.

Dieses Herz ist in einen Schnürleib gepreßt, der viel zu eng ist für sein dauernd gutes Arbeiten. Vor 1884, als wir Kolonialmacht wurden, verließen jährlich 200000 Deutsche ihr Vaterland, weil es ihnen Arbeit und Brot nicht geben konnte. Der Wohlstand, den wir mit Hilfe unseres Außenhandels und unserer kolonialen Erzeugnisse anhäufen konnten, setzte uns in die Lage, so viel mehr von unseren Volksgenossen im Lande zu erhalten, daß die Kolonien die Mehrzahl des immer noch bestehenden Überflusses aufnehmen konnten. Und denken Sie daran, daß wir nur 30 Jahre als Kolonisatoren gearbeitet haben. Mit der Zeit hätten sich diese Kolonien so entwickelt, daß sie nicht nur die Rohstoffe, welche wir für unsere Industrie brauchten, hätten liefern können, sondern sie hätten auf der anderen Seite auch sehr viel von unseren Industrieerzeugnissen aufnehmen können. Das würde den Druck des Wettstreites, über den England sich so beklagt, vermindert und dem deutschen Handel erlaubt haben, sich in normaler Weise innerhalb deutscher Gebiete abzuwickeln. Auf alle Fälle müssen unsere 70 Millionen arbeiten, um zu leben, sie müssen erzeugen, und diese Erzeugnisse müssen in die Welt hinausgehen. Ein Deutschland mit Kolonien würde, und zwar gerade vom Standpunkt Englands und Amerikas aus gesehen, wirtschaftlich weniger gefährlich sein, als ein Deutschland ohne Kolonien.

„Deutschland muß einen erträglichen Frieden haben! Wir brauchen unsere Kolonien, um bei dem Aufbau unserer verlorenen Finanzkraft zu helfen. Wir haben unsagbare Todeskämpfe vier Jahre lang gelitten, wir wanken unter einer furchtbaren Last, und im besten Falle wird es Jahrzehnte dauern, ehe wir wieder auf unsere Füße kommen... Wenn wir unsere Rohstoffe von unseren Feinden kaufen müssen, wird unsere erschreckend niedrige Valuta noch tiefer sinken, und wir werden nicht mehr in der Lage sein zu zahlen..."

Am 21. März 1919 gibt der neudeutsche Kolonialminister dem politisch einflußreichen Vertreter der „Evening Post", Scarchinge, solche Informationen. Er erhofft eine starke Wirkung auf die öffentliche Meinung des Auslandes und malt zu diesem Zwecke das drohende Gespenst der Weltrevolution und des Bolschewismus an die Wand. Er spricht davon, daß automatisch mit der Verwirklichung aller Vernichtungsabsichten der Feindbundmächte dem wehrlosen Deutschland gegenüber eben dieses Deutschland dem bolschewistischen Chaos verfallen und zu einer europäischen Gefahr werden würde. Er bezeichnet zu diesem Zeitpunkt mit tönenden, tönernen Worten den Verlust der deutschen Kolonien als nationales Unglück für Deutschland und leitet daraus die Forderung nach der Abschließung eines „erträglichen

Friedens" her. — Auch sein Ministerkollege und politischer Zentrumsheros, Matthias Erzberger, auch die übrigen Delegierten der deutschen Waffenstillstandskommission hatten den Feindbundmilitärs dasselbe Gespenst aufgezeigt und trotz ernstester Ausführungen nur ein Achselzucken und das Wort: „Der Sieger hat nichts zu befürchten!" als Antwort bekommen. Es ist anzunehmen, daß dem Kolonialminister der deutschen Republik diese Situation bekannt war. So hätte er auch dem überseeischen Journalisten gegenüber seine Klagelieder unterlassen können. War er tatsächlich reinen Willens, für die deutschen Kolonialrechte und Kolonialehre den Kampf mit den allerdings unerbittlich scheinenden Gegnern aufzunehmen, so blieb ihm ein viel gangbarerer Weg. Die sich immer dringender anmeldende deutsche Empörung, der täglich stärker fühlbar werdende Widerstand gegen die entehrenden Beschlüsse der Feindbundnationen stellen Kampffaktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung dar. Aber diese erwählten Vertreter und „Führer" des deutschen Volkes marschierten lieber weiter auf der breiten Straße der Demütigungen und brutalen Unterdrückungen, der Ehr- und Würdelosigkeit, der politischen Unzulänglichkeit und geistigen Unaufrichtigkeit.

„Aber unser Volk, das fleißig und tüchtig war, das die Selbstzucht und die Erfahrung im industriellen Ausbau, im Außenhandel und in der Kolonisation hat, ist das natürliche Bollwerk gegen diese Flut des Bolschewismus... Wenn ihm erlaubt wird zu arbeiten, seine besonderen Gaben der Welt mitzuteilen, ist Deutschlands Bevölkerung zufrieden..."

Eine seltsame Gedankenwelt spricht sich in solchen Phrasen und liebedienerischen Beteuerungen aus. Wie wenig kennen die Novembergrößen von 1918—1919 das deutsche Volk, wie weltfremd oder wie doppelzüngig steht dieser neudeutsche Kolonialminister den Willensäußerungen der deutschen Nation gegenüber. Ihm ist nicht einen einzigen Augenblick überhaupt die Gnade des Verständnisses für den deutschen Menschen und seiner seelischen, charakterlichen Haltung auch im Unglück, und im Unglück erst recht, gegeben gewesen. Aus innerer Feigheit quellen diesen Novemberhelden intellektuelle Redensarten. Wo ihnen die mitreißende, schöpferische Tatkraft versagt geblieben ist, dort flüchten sie sich in das Dämmerland sagenhafter Hoffnungen auf die vielleicht, trotz aller Vernichtungsabsichten der Poincaré, Clemenceau, Balfour, Lloyd George usw., doch noch eintretende Verwirklichung des großen Wunders durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

„...Die idealen Gedanken des Präsidenten Wilson haben unser Volk mit Hoffnung auf Gerechtigkeit erfüllt. Aber es wird weder Gerechtigkeit

noch Frieden, dauernden Frieden in Europa geben ohne die Rückgabe der deutschen Kolonien..."

„...Wir sind ganz damit einverstanden, daß unsere Kolonien internationalisiert werden, wenn alle Kolonien der Welt internationalisiert werden; aber wir sehen nicht ein, warum diejenigen Deutschlands die einzigen sein sollen. Wir sind sicher damit einverstanden, den ganzen afrikanischen Kontinent unter eine internationale Überwachungsautorität zu stellen, und wir würden selbst eine Neuverteilung dieses Kontinentes mit Rücksicht auf die Größe, wirtschaftliche Leistung und kolonisatorische Fähigkeit einer jeden der besitzenden Mächte willkommen heißen. Aber welcher Plan auch immer angenommen werden wird, er muß in Übereinstimmung sein mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson. Mit ihnen stehen oder fallen wir..."

Zu Paris hat in den Sitzungen des „Rates der Zehn" der Heilsbringer aus Übersee, an den zu glauben der neudeutsche Kolonialminister in der Frage eines Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes und in der Frage der deutschen Kolonien noch immer lehren zu müssen glaubt, sein gesamtes Friedensprogramm der „Vierzehn Punkte" längst vollkommen und mit absoluter Gründlichkeit aufgegeben. Ohne die Deutschen überhaupt zu befragen, sprach er seine Diffamierungen und Verurteilungen aus. Der Punkt V, der eine Lösung der kolonialen Fragen der Menschheit bescheren sollte, ist durch die Raubgier der Imperialisten der Feindbundmächte ausgehöhlt und durch die praktisch vollzogene Annexion der deutschen Kolonien ungültig geworden. Welchen Zweck sollen nunmehr die hochtrabenden Reden des neudeutschen Kolonialministers noch haben, denn es ist nicht anzunehmen, daß er im März 1919 noch immer nicht den wahren Sachverhalt gekannt haben sollte, da ihn doch die ganze übrige Welt bereits in all seinen brutalen Einzelheiten kannte?

Der neudeutsche Kolonialminister aber ließ das Programm seiner tönenden Protestreden auch weiterhin abrollen. Vor den neudeutschen Regierungsgrößen, vor Ebert, Scheidemann, Erzberger usw., vor Diplomaten, vor den gewählten Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, vor Vertretern der deutschen und internationalen Presse erfüllten die Tiraden dieses „Vorkämpfers" der kolonialen Idee die weiten Säle des Schlosses zu Weimar: Die Kolonien sind Gemeingut des ganzen deutschen Volkes! — Die Kolonien sind erst dann verloren, wenn das deutsche Volk sie wirklich verloren gibt! — Für Deutschland gibt es an sich überhaupt keine koloniale Frage, denn diese ist gelöst und erledigt nach dem Punkt V des Wilsonschen Friedensprogramms! — Die deutschen Kolonien sind rechtmäßig er-

worben worden, sie sind unter großen Opfern zu einer gewissen Blüte entwickelt worden! Darum verlangt Deutschland von den Feindbundmächten die Erfüllung der feierlich eingegangenen Verträge und gegebenen Versprechungen! – Deutschland stützt sich in der Frage seiner Kolonien auf das internationale Recht und auf die Gerechtigkeit! – Bei den deutschen Kolonien handelt es sich nicht um das eine oder andere Stück Land, es handelt sich vielmehr um einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Ehre! –

So argumentiert der neudeutsche Kolonialminister angesichts bereits vollzogener und aller Welt angezeigter Tatsachen. Er wirft sich in die Brust und erklärt dem ganzen deutschen Volk, daß er zwar den Willen zu unnachgiebigem Kampf um die deutschen Kolonien habe, daß er aber in diesem seinen Kampf gestützt werden müsse von dem ganzen deutschen Volk.

Die für die nachnovemberlichen Verhältnisse im wehrlosen Deutschland immerhin einigermaßen illustre Gesellschaft im Schloß zu Weimar fand die Ausführungen des neudeutschen Kolonialministers eines guten Beifalls für wert. Er hatte an diesem „feierlichen" Abend der Proteste gesprochen und protestiert nach seinem Vermögen. Wenn er auch vor allen Dingen dem deutschen Volk nicht verraten hatte, wie er sich überhaupt über seine wortreichen Proteste hinaus den Kampf um die deutschen Kolonien dachte; die Vertreter der deutschen Presse hatten ihn dahingehend verstanden, in Artikeln der gleichen Art die Protestaktion der Reichsregierung fortzusetzen. Sie veröffentlichte zwischen Schilderungen und Meldungen von Straßenkämpfen, von Aufstandsversuchen, zwischen parteipolitischen Aufrufen und Proklamationen Protestartikel gegen die „beabsichtigte" Enteignung der deutschen Kolonien. So wird das deutsche Recht auf seine Überseebesitzungen in einer katastrophalen Unkenntnis über die tatsächliche politische Situation zerredet und zerschrieben. Die Wirkung auf das neutrale und vor allen Dingen feindliche Ausland muß naturnotwendig ausbleiben. Einem Lloyd George und Balfour nötigen Auslassungen, wie die nachfolgenden, nur ein mitleidiges Lächeln ab, wenn sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden! Die Franzosen aber schieben solche gedruckten Proteste mit Verachtung beiseite und achten ihrer überhaupt nicht. Man ist sich zu Paris in allen wesentlichen Teilen über den Friedensschluß mit den Deutschen einig geworden. Die Friedensbedingungen, die man demnächst den deutschen Abgesandten präsentieren wird, stehen fest. Es sind die Bedingungen eines brutalen Diktatfriedens, eines Friedens der Gewalt und des Unrechtes. Der neudeutsche Kolonialminister aber veröffentlicht in der deutschen Presse zur selben Stunde den folgenden Aufsatz:

„... Deutschland hat den Waffenstillstand mit den Feinden unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß der sogenannte Wilsonfriede, wie er in großen Umrissen in der Januarkundgebung und den sonstigen Verlautbarungen des Präsidenten Wilson im Jahre 1918 gezeichnet ist, beim Friedensschluß auch von unseren früheren Feinden angenommen wird. Dazu gehört eine loyale Erfüllung des Punktes V, der eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche in Aussicht nimmt. Danach ist Deutschlands Recht auf Kolonien unbestreitbar. An dieser Tatsache läßt sich nichts drehen und deuteln. Eine Verpflichtung, einem Frieden zuzustimmen, der in wesentlichen Punkten von dem Wilson-Programm abweicht, besteht für Deutschland nicht, und es würde nicht zu verantworten sein, die Geduld des deutschen Volkes, die in den letzten Monaten wahrhaftig genug zu ertragen hatte, einer allzu harten Belastungsprobe auszusetzen. Das deutsche Volk hat wie kein anderes durch den Krieg gelitten, und wie kein anderes wird es gezwungen sein, hart und unablässig zu arbeiten, um die Schäden des Krieges zu heilen. An dieser Arbeit aber darf die Entente uns nicht hindern. Bewegungsfreiheit muß sie uns lassen, und aus diesem Grunde verlangen wir über See eigenen Grund und Boden, auf dem wir uns betätigen können. Ein Friede, der uns in dieser Beziehung nicht einmal die Rechte einräumt, die kleine Staaten wie Portugal und Belgien genießen, wäre ein Gewaltfriede, der sich mit Recht und Gerechtigkeit schlechterdings nicht in Einklang bringen läßt und unmöglich von Dauer sein könnte. Ich kann mir nicht denken, daß Präsident Wilson als unermüdlicher Vorkämpfer für Rechtsfrieden und Verständigungsfrieden einem derartigen Gewaltfrieden seine Zustimmung geben wird.

Wir sind die letzten, die sich widersetzen, wenn die anderen Mächte gewillt sind, in loyaler Weise das Kolonialproblem von Grund auf in Angriff zu nehmen. Die heutige Besitzverteilung des überseeischen Kolonialbesitzes ist ja eine rein zufällige. Bei einer Neuverteilung müßten zweifellos auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Nationen, ihre Bevölkerungszahl usw. in Betracht gezogen werden. Daß sich hierbei Schwierigkeiten mancherlei Art ergeben, brauche ich kaum zu erwähnen. Im gegenwärtigen Moment ist deshalb die einfachere Lösung die, daß wir bei Friedensschluß unseren Kolonialbesitz wieder zurückerhalten. Die koloniale Frage bekommt naturgemäß in dem Augenblick einen ganz anderen Charakter, in dem die bisher kriegführenden Nationen sich zu einem Völkerbund zusammengeschlossen haben. Es ist denkbar, vielleicht sogar das Ideal, daß der Völkerbund als solcher den gesamten kolonialen Besitz übernimmt und die bis-

herigen Besitzmächte als Mandatare einsetzt. Gegen Billigkeit und Recht verstieße es aber, die Kolonialfrage auf die Weise lösen zu wollen, daß man lediglich die deutschen Kolonien dem Völkerbund unterstellt und überdies Deutschland nicht einmal als Mandatar über seine Gebiete einsetzte. Das deutsche Volk kann nur als gleichberechtigte Nation einem Völkerbund beitreten. Wenn man dagegen einen Völkerbund schaffen will, in dem die Sieger als Bevorrechtigte gelten und das deutsche Volk nur unter Demütigungen geduldet werden soll, dann schafft man durch solch einen Bund der Nationen kein festes Fundament für den von allen ehrlichen Menschenfreunden ersehnten Weltfrieden..."

Um vieles klarer, eindeutiger und als Willensäußerung härter spricht sich der damalige deutsche Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, spricht sich der wirkliche und selbstlose Vorkämpfer der deutschen Kolonialrechte und Kolonialbestrebungen, spricht sich Dr. Schnee im März 1919 vor Vertretern der deutschen und internationalen Presse aus.

„...Punkt V des Programms des Präsidenten Wilson sieht vor:

‚Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.'

Daneben schien das Verbleiben von Deutsch-Ostafrika in deutschem Besitz zweifellos, da unsere dortige koloniale Tätigkeit jeder unparteiischen Prüfung standhält. Unsere kolonialen Leistungen sind auch von namhaften Engländern und Amerikanern, wie Sir H. Johnston, Sir C. Elliot, T. Roosevelt und Forbes, anerkannt.

Während des Krieges haben die Feinde Lügen und Verleumdungen über angeblich schlechte Behandlung der Eingeborenen durch uns ausgestreut. Präsident Wilson führt in seiner Rede vom 14. Februar 1919 aus, daß Deutschland den hilflosen Völkern einiger von ihm annektierter Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegte. Deren Ausrottung lag mehr in ihrem Interesse als ihre Entwicklung. Es werde vom Völkerbund das Mandat für diese Kolonien solchen Nationen anvertraut werden, welche bewiesen haben, daß sie imstande sind, es in einem Geist hoher Humanität auszuüben.

In Deutsch-Ostafrika war unsere Politik auf die kulturelle und wirtschaftliche Erschließung des Landes und die Hebung der Eingeborenen gerichtet. Im Lande, in dem früher beständige Kämpfe der Eingeborenen untereinander herrschten, ist Friede geschaffen, der Sklavenhandel beseitigt, dem Unwesen der Zauberer und Giftmischer ist gesteuert, den Eingeborenen ist persönliche Freiheit gebracht. Die letzten Reste der Hausssklaverei sollten in kurzem beseitigt werden. Die Seuchen, besonders Pocken und Schlafkrankheit, sind erfolgreich bekämpft. Der Rinderpest ist durch veterinäre Maßnahmen Halt geboten. Heidnische Wahnvorstellungen und Unsitten werden allmählich durch christliche Lehre und christliche Moral verdrängt, wobei die Missionen beider Konfessionen eine segensreiche Wirksamkeit entfalten. Schulen auch für Handwerk sorgen für Erziehung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse. Eine vorbildliche soziale Arbeitergesetzgebung für die Eingeborenenarbeiter ist geschaffen. Unser Streben war, die Eingeborenen auf ein möglichst hohes kulturelles und wirtschaftliches Niveau zu heben, selbstverständlich gleichzeitig auch die Interessen des Mutterlandes zu fördern.

Im Kriege haben wir die Früchte dieser Eingeborenenpolitik geerntet. Wir waren 6000 Europäer, einschließlich Frauen und Kinder, unter 8 Millionen Eingeborenen. Wenn wir die Eingeborenen schlecht behandelt hätten, so hätten sie im Kriege sich sicher gegen uns erhoben. Tatsächlich stand die ganze Eingeborenenbevölkerung auf unserer Seite. Die Eingeborenen haben als Askari, als Träger, durch Nahrungsmittellieferung und in jeder Weise geholfen. Nicht nur Askari, sondern auch Träger und Boys haben bis zum Schluß treu bei uns ausgehalten, selbst als wir gezwungen waren, unser Schutzgebiet und damit die Heimat unserer Eingeborenen zu verlassen.

Die englischen Behauptungen über schlechte Eingeborenenbehandlung, darunter ein verleumderischer offener Brief des englischen Bischofs von Zanzibar, sind bewußte politische Lügen, um einen Vorwand zu haben, uns unserer Kolonien zu berauben. Sie werden durch die angeführten Tatsachen widerlegt. Auch haben kolonialerfahrene Engländer, wie Sir H. Johnston und Morel, noch während des Krieges wahrheitsgemäß ausgeführt, daß unsere Eingeborenenpolitik nicht schlechter war als die der anderen Kolonialvölker.

Wen hat Wilson mit den Völkern gemeint, die besser als das deutsche für die Kolonisierung geeignet seien?

Die Portugiesen haben eine furchtbare Mißwirtschaft in ihren Kolonien, die zu beständigen schweren Eingeborenenaufständen führt.

Die belgischen Kongogreuel sind von den Engländern genügend geschildert und in der ganzen Welt sprichwörtlich geworden. In Deutsch-Ostafrika

haben die belgischen Truppen während des Krieges nach altem Kongomuster furchtbar gehaust.

Die Franzosen haben u. a. die Greuel des französischen Kongo begangen, von denen der Engländer Morel sagt, daß sich nichts in den deutschen Kolonien ereignet habe, was damit verglichen werden könne. Der französische Kolonial-Militarismus während des Krieges ist allgemein bekannt.

Auch in den englischen Kolonien ist in den Kolonialanfängen viel Schlimmeres geschehen als in den deutschen Kolonien in unseren Kolonialanfängen. Vergleiche das kürzlich veröffentlichte amtliche Weißbuch. Wenn die englische Kolonialverwaltung besser wäre als die deutsche, so wäre es unerklärlich, daß während des Krieges in englischen Nachbarkolonien Aufstände stattfanden, in unserem Schutzgebiet dagegen nicht. Deutsch-Ostafrika haben die Engländer nach der Besetzung gedrückt und geknebelt. Sie haben Askaris zum Dienst gegen uns gepreßt, unter Anwendung unfairer Mittel Träger gewaltsam gegriffen, massenweise Vieh aus dem Lande herausgezogen, eine ganze Reihe Eingeborener deportiert, in Einzelfällen selbst nach St. Helena. Sie haben die schreckliche Seuche der Genickstarre eingeschleppt, die viel Opfer gefordert hat. Die Engländer trifft die Schuld an den furchtbaren Folgen des Krieges für die Eingeborenenbevölkerung. Wir haben den Krieg in Ostafrika weder vorbereitet noch gewollt. Bei den Eingeborenen hat sich ein Wort zur Charakterisierung der Engländer und Deutschen gebildet, das lautet: ‚Die Engländer haben gute Worte, aber ein hartes Herz, die Deutschen haben harte Worte, aber ein gutes Herz.‘

Das deutsche Volk darf nicht zugeben, daß uns unsere Kolonien unter einem fadenscheinigen Vorwand geraubt werden.

Deutschland braucht Kolonien, um den Überschuß seiner Volkskraft aufzunehmen, um Rohstoffe zu erhalten und Absatzgebiete für seinen Handel zu haben.

Wir wollen uns auf das Wilsonsche Programm stellen. Unsere Rechtstitel sind unleugbar. Unsere Leistungen haben bewiesen, daß wir mindestens ebenso würdig sind, Eingeborenenvölker zu kolonisieren wie alle anderen Nationen...!“

Die Ausführungen des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika erregen die deutsche Öffentlichkeit ungeheuer und entfachen die Widerstandsbewegung gegen den geplanten, wahrscheinlich sogar für alle Zeit bereits vollzogenen Kolonialraub. Mit unerbittlicher Klarheit rechnet Dr. Schnee vor den Pressevertretern und damit vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit mit den Vätern der Kolonialschuldlüge und mit ihrem Verbreiter

Woodrow Wilson ab. Die Kolonialschuldlüge wird von ihm in ihrem ureigensten Wesen erkannt und als das bezeichnet, was sie in der Tat ist: eine politische Zwecklüge perfidester Art. Die Erhebung dieser Zwecklüge englischer und französischer Imperialisten zum Gesetz durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten und ihre Verwendung als entscheidendes Argument für die Rechtfertigung des Kolonialraubes stellt an sich bereits ein so vernichtendes Urteil für die Friedensmacher von Versailles dar, daß dem erklärende weitere Worte nicht mehr hinzugefügt zu werden brauchen. Da aber die Beraubung des deutschen Volkes unter Verwendung dieser politischen Zwecklüge der Welt gegenüber als eine Tat, geschehen im „Bewußtsein der Majestät des Rechtes“, dargestellt wird, muß an anderer Stelle der Kampf gegen die Kolonialschuldlüge abermals aufgenommen werden.

*

Während das ganze deutsche Volk über seine alltäglichen Nöte hinaus in Besorgnis um das Schicksal seiner überseeischen Besitzungen bangt, während sich in ihm immer mehr eine ernste Widerstandsbewegung organisiert, sind die Friedensmacher zu Paris am unheilvollen Werken und Wirken. Das Friedensvertragswerk nimmt konkrete Formen an. Es ist an der Zeit, die Besiegten, die Deutschen nunmehr zu den weiteren Verhandlungen zuzulassen.

In ungewöhnlich brüsker Formulierung läßt Clemenceau im Namen der Feindbundregierungen und ihrer Völker der deutschen Regierung die Aufforderung zugehen: beglaubigte Vertreter zur Entgegennahme der Friedensbedingungen zu entsenden! In ihrer unerhörten, bewußt unhöflichen Sprache läßt bereits diese Aufforderung keinen Zweifel über die Feindbundabsichten in der Frage der Friedensbedingungen mehr zu.

Aber der Außenminister des Deutschen Reiches, Graf Brockdorff-Rantzau, ist nicht gewillt, dem Tiger die erste Niederlage zu ersparen. Er wehrt in unvergleichlich diplomatischer Geste die Brutalität Clemenceaus ab, indem er im Namen der deutschen Reichsregierung den Feindbundregierungen mitteilt, daß die deutsche Reichsregierung einige Unterbeamte beglaubigen und bevollmächtigen werde, nach Paris zu reisen, um dort aus den Händen der „Sieger“ die Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen. Clemenceau empfindet diese erste Schlappe, die, wenn sie auch nur aus formalen Gründen ihm zuteil wird, dennoch seinen Haß erneut zur Weißglut bringt. Dennoch muß er sich, wenn er überhaupt eine verhandlungsfähige deutsche Delegation nach Paris und Versailles zwingen will, den Gesetzen internatio-

naler Höflichkeit und diplomatischer Formen fügen. In erneuter Einladung entspricht er den internationalen Höflichkeitsgesetzen und diplomatischen Gepflogenheiten und erbittet die Absendung von ordentlich beglaubigten Vertretern des Deutschen Reiches zur weiteren Durchführung von Verhandlungen mit dem Ziel der Herbeiführung eines Friedensabschlusses. Die deutsche Regierung erteilt zusagende Antwort, und die deutsche Delegation reist, von der deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt, ab und trifft in den letzten Apriltagen 1919 in Paris ein. Der Führer der deutschen Delegation, Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, wußte vor sich eine geschlossene Phalanx unerbittlicher Gegner und hinter sich eine unbeschreibliche Leere. Aus allen Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung und der deutschen Nationalversammlung, aus den Informationen über die Ergebnisse und Beschlüsse der Vorfriedensbesprechungen zwischen den 27 „Siegernationen" ist ihm die Gewißheit geworden, daß er für seinen Kampf um die Herbeiführung eines erträglichen Friedens für Deutschland sich einzig nur auf das Wilson-Programm der „Vierzehn Punkte" berufen und stützen kann. Es ist sein Entschluß notgedrungen geworden, da ihm Machtmittel nicht zur Verfügung stehen, immer und zu jeder Stunde die Vertreter der Feindbundmächte, den amerikanischen Präsidenten selbst an sein verpfändetes Wort zu mahnen und die, in der feierlichen Annahme seines Programmes beruhende unumdeutbare Verpflichtung zur Herbeiführung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit durch die Alliierten schonungslos als Waffe gegen alle Vernichtungsabsichten und gegen jedes Diktat eines Gewaltfriedens zu benutzen. Von dieser einzigen Waffe gegen einen Frieden der Gewalt und der Brutalität gedachte der deutsche Außenminister souveränen Gebrauch zu machen, wenngleich auch sein Gemüt und seine Seele von dumpfen Ahnungen überschattet sind; Wilsons Haltung in den Vorberatungen der Friedensbedingungen können diese Ahnungen nur in ihm verstärken, daß das Programm der „Vierzehn Punkte" und die feierlich eingegangenen Verpflichtungen der Alliierten nur politisches Mittel gewesen sind, um die Deutschen zur Niederlegung der Waffen zu bestimmen, daß Programm und feierlich verpfändetes Wort selbst durch den Präsidenten längst gebrochen wurden.

Der Geist des deutschen Außenministers aber wurde noch mehr überschattet von der bitteren Erkenntnis, daß ihm in den kommenden Tagen des Kampfes gegen den Haß und die Unvernunft einer ganzen Welt aus der deutschen Heimat keine nennenswerten Kraft- und Widerstandsströme mehr zufließen werden. Er muß den schweren Weg allein gehen. Selbst

innerhalb der Friedensdelegation wird er mit seinem unabänderlichen Entschluß: jedem Zwang und jedem Diktat Widerstand entgegenzusetzen, oftmals vereinsamt stehen. Er hat in den letzten Wochen und Monaten die Einstellung der deutschen Regierung und ihrer zahlreichen Trabanten zu den großen Problemen der Gegenwart erkennen müssen. Seine eigne Arbeit und seine Entschlüsse haben unter ungezählten Schwierigkeiten gelitten, die ihnen von dem unheilvollen Einfluß des Staatssekretärs Matthias Erzberger bereitet wurden. Es konnte dem deutschen Außenminister der Entschluß und der Wille des Zentrumspolitikers Erzberger nicht verborgen bleiben, die Zeit der Abwesenheit des deutschen Außenministers ausgiebig zu benutzen, um Zweifel und Zwiespalt gegen ihn und seine Absichten zu säen. Während sich die deutsche Friedensdelegation gegen die Raubabsichten und den Vernichtungswillen der „Siegernationen" zum Widerstand rüstete, unterminiert Erzberger in der deutschen Heimat bereits in einem phantastischen Spiel politischer Intrigen den Widerstand gegen die Feindbundmächte und die zu erwartenden Gewaltfriedensbedingungen in den Kreisen der Novemberregierung Ebert-Scheidemann und versuchte dafür seine ewige These vom Nachgeben bis zur Selbstaufgabe zum richtungweisenden Gesetz zu erheben.

Brockdorff-Rantzau überdenkt die politischen Geschehnisse der letzten Wochen, überdenkt, daß auch Erzberger, dem er persönlich in tiefster Überzeugung von seiner Unfähigkeit, Unehrlichkeit, politischen Unzulänglichkeit nur mit allergrößtem Mißtrauen zu begegnen vermag, in der Frage der deutschen Kolonien und ihres Schicksals in mehreren öffentlichen Reden feierlich Protest gegen ihren Raub erhoben hat und mit klingenden Worten zum Widerstand gegen die koloniale Enteignung aufforderte:

„... Es muß sich jetzt zeigen, ob wir den Weltfrieden bekommen oder einen Scheinfrieden, der nichts anderes ist als ein Waffenstillstand, der mit der Vergewaltigung einzelner Glieder des Völkerbundes endigen soll. In der Theorie hat ja Wilson in Paris gesiegt, aber in Wirklichkeit behaupten Clemenceau und Lloyd George das Feld. Frankreich will seinen alten historischen Traum verwirklichen, den Rhein als Grenze der beiden Reiche zu sehen, und es sucht die Zerstückelung des Deutschen Reiches mit allen Kräften zu betreiben. Es ist Imperialismus in krassester Form, den wir bei den Franzosen jetzt erleben müssen. Und da Frankreichs Machthunger nicht Ägypten haben kann, auf das sein britischer Bundesgenosse seine Hand gelegt hat, darum fordert es Deutschlands Kolonien ... Wir haben bewiesen, daß wir ein Recht auf Ausbreitung, auf den Welthandel haben. Aber alles das war umsonst. Wir sollen zu Hause bleiben! Alle anderen Völker sollen

Tummelplätze für koloniale Experimente haben, selbst die Tschechen und die Portugiesen. Nur wir Deutschen sollen von allem abgeschnitten werden. Man sollte in Paris doch wenigstens offen sein und sagen: ‚Wir wollen eure Kolonien, weil wir sie brauchen, weil sie zur Abrundung unseres Besitzes dienen sollen, wir wollen sie zur Belohnung oder so ähnlich.' Das wäre wenigstens wahr und offen. Aber man versucht uns auf dem Wege des Schleichhandels die Kolonien zu rauben. England, das vor dem Kriege einen fünfundzwanzigmal so großen Kolonialbesitz und siebenundvierzigmal mehr Eingeborene hatte als Deutschland, soll auf unsere Kosten bereichert werden. Deutschland soll alles ausliefern... Man schafft im Augenblick eine neue Welt in Paris! Ohne uns gegen uns!... Was jetzt jedoch in Paris geschieht, steht im Gegensatz zu Wilsons Programm. Es ist lediglich die Wahrnehmung der Interessen der Alliierten... Wenn der Friede so zustande kommt, wie die Alliierten ihn planen, so ist das der Todeskeim des Weltfriedens!... Unsere Kolonien sollen internationalisiert werden. Das ist keine Regelung, sondern ein Kompromiß, den wir nicht anerkennen können. Eine internationale Verwaltung würde nur Unzufriedenheit und damit neue Kriege erregen. Jedes Volk muß seine Gebiete selbst verwalten. Und Wilson hat uns unsere Kolonien in Aussicht gestellt. Einer internationalen Regelung könnten wir nur beistimmen, wenn alle Kolonien internationalisiert würden... Der Kolonialraub in Paris bringt kein Glück. Er ist der Tod des Völkerfriedens!..."

Und eine andere Protestrede des politischen Exponenten der deutschen Zentrumspartei kehrt ihrem Inhalt nach in das Gedächtnis des deutschen Außenministers zurück, angefüllt mit denselben Protesten und Forderungen.

„...Die Regelung der kolonialen Fragen in Artikel 19 (des Völkerbundpaktes) ist ganz offensichtlich gegen Deutschland zugeschnitten. Die afrikanischen Kolonien Deutschlands sollen unter die Vormundschaft des Völkerbundes gestellt werden. Südwestafrika und die Südseeinseln sollen sogar nach den Gesetzen des Mandatarstaates und als integrierender Bestandteil desselben verwaltet werden. Das ist ein ganz durchsichtiger Schleierfetzen, den man über einen ausgesprochenen Annexionsakt hängt.

Deutschland hat aber ein unbestreitbares moralisches Recht auf Kolonialbesitz. Es ist eine Beleidigung sondergleichen, die man dem deutschen Volke antut, wenn man ihm die Fähigkeit zur Kolonisation abstreitet... Die deutschen Kolonien konnten sich sehen lassen vor dem Kriege. Darum ist es eine Schmähung des ganzen deutschen Volkes, wenn man Deutschland die Kolonien wegnehmen will, um sie unter die Vormundschaft eines anderen

Volkes zu stellen, als ob wir nicht selbst zu dieser Vormundschaft fähig wären. Wenn die kolonialen Ansprüche nach Punkt V Wilsons in freier, weitherziger und unbedingt unparteiischer Weise geschlichtet werden sollen, so hätte man uns zu dieser Prüfung hinzuziehen sollen. Wir wollen abwarten, ob es noch geschieht. Geschieht es nicht, so sind wir gespannt, mit welcher Logik die Alliierten ihre Handlungweise mit Punkt V Wilsons in Einklang bringen..."

Graf Brockdorff-Rantzau fühlt eine große Bitternis bei dem Überdenken dieser Worte und Proteste des Staatssekretärs Erzberger in der Frage der deutschen Kolonien. Er weiß, was von den Reden und Protesten dieses Zentrumspolitikers zu halten ist, denn er hat mit wachem Sinn die Unehrlichkeit seiner Rede und seiner Gesten erkannt. Vergleiche mit dem politischen Handeln des Staatssekretärs in den vergangenen Wochen, Monaten, Jahren drängen sich ihm unwiderstehlich auf. Er muß sich der unheilvollen Wirksamkeit des Zentrumsmannes in den letzten Kriegsjahren erinnern, muß sein verhängnisvolles Wirken in den Waffenstillstandskommissionen überdenken, um sich ganz klar zu werden darüber, was von den tönenden Reden und Protesten zu halten ist. Die politische Geschäftigkeit widerstrebte dem deutschen Außenminister im tiefsten Inneren, denn sein Streben ging auf die Erlangung eines tatsächlichen Friedens hinaus, der unter Berücksichtigung aller politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten dem deutschen Volk nicht als Kränkung und Unterdrückung seiner heiligsten Lebensrechte erscheinen darf. Es ist ihm über sein politisches Wirken hinaus zur unabweisbaren Pflicht geworden, den Glauben im deutschen Volk an eine bessere Zukunft nicht ersterben und damit das deutsche Volk nicht in das Chaos absinken zu lassen. Das Problem der deutschen Kolonien erscheint ihm in seiner ganzen bedeutungsvollen Tragweite. Er weiß, daß es mit Protesten der Erzbergerschen Art nicht zu lösen ist, daß mit diesen Protesten der Annexionswillen der Alliierten nicht gebrochen werden kann. Dieser Annexionswille erscheint ihm so unerbittlich, daß er auch keine hoffnungsvollen Aussichten auf einem Wege über Verhandlungen zu erkennen vermag. Die verschiedenen Willensäußerungen der imperialistisch denkenden und handelnden Staatsmänner der Feindbundmächte haben mit aller Klarheit das von ihnen angestrebte und nach den verschiedenen eingehenden Informationen vielleicht schon erreichte Ziel der „Annexion im alten Stil" erkennen lassen. Die Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei der Verkündung seines Völkerbundes am 14. Februar 1919 hat wie ein greller Scheinwerfer trotz all ihrer Heuchelei und Scheinheiligkeit einen enthüllen-

den Lichtkegel auf die Kolonialenteignungsabsichten der Feindbundmächte geworfen. Dem Politiker Brockdorff-Rantzau ist es selbstverständlich auch sofort klargeworden, daß das überraschende und fast brutale Aufgreifen der Kolonialschuldlüge durch den Präsidenten einzig und allein nur der Tarnung der vollzogenen Annexion und des eigenen politischen Versagens des Präsidenten zu dienen hat. Der Politiker Brockdorff-Rantzau trägt schwer an der Gewißheit, daß der Präsident in der Frage der Lösung der Kolonialprobleme durch den Verrat seines Punktes V seines Friedensprogrammes sein verpfändetes Wort gebrochen hat mit der Zustimmung zu der „bloßen Verteilung der kolonialen Beute" durch die Alliierten. Ihm ist es nicht mehr zweifelhaft, daß auch die Geste der Mandatserteilung an die Erben der deutschen Kolonien nur den Versuch einer notdürftigen Verschleierung der „Annexion pure et simple" darstellt!

Der deutsche Außenminister, der einem unerbittlich zu führenden politischen Kampf entgegengeht, ist dennoch entschlossen, diesen Kampf mit allen Mitteln zu führen und niemals zu kapitulieren. In diesem Willen kann ihn auch die Erkenntnis von der Schwäche der deutschen Reichsregierung und ihrer allzuoft sichtbar gewordenen Wandlungsfähigkeit nicht erschüttern. — So umdüsterte zwar der Gedanke an die Wehrlosigkeit der deutschen Heimat das Sinnen des deutschen Außenministers, umdüsterte das gewonnene Urteil über die charakterliche Haltung der deutschen Regierung sein Planen für die Erlangung eines Rechtsfriedens, umdüsterte die trübe Ahnung seine Seele, daß sein Kampf und sein Widerstand vielleicht ohne Zweck und tieferen Sinn sein werden, weil die Heimat, weil die Führung des Deutschen Reiches im Augenblick der ernstesten Entscheidung ihm die Gefolgschaft aufsagen und den Erzbergerschen Thesen von „Friedfertigkeit bis zur Selbstaufgabe", vom ewigen „Nachgeben" erliegen und auch an seiner Stelle einen unehrenhaften Gewaltfrieden unterzeichnen werden; aber sein Wille soll rein und ungebrochen bleiben. Er wird seine Unterschrift verweigern, wenn sein Gewissen es ihm befiehlt!

*

Die deutsche Delegation steht nunmehr endlich der geschlossenen Front der 27 „Siegernationen" Auge in Auge gegenüber. Die Stunde der großen Entscheidung ist gekommen. Die Staatsmänner der Feindbundmächte triumphieren. Der Haß des Tigers hat diesen Augenblick mit seiner ganzen zehrenden Glut und leidenschaftlichen Kraft herbeigesehnt. Er fühlt in dem Schlag seines eigenen Herzens den Herzschlag der ganzen französischen Nation. Die

Stunde der Demütigung der niedergeworfenen Deutschen ist da. Das Lebenswerk Clemenceaus erfährt seine Krönung.

Die „Prozedur" der Übergabe der Friedensbedingungen an die Deutschen kann beginnen!

Clemenceau läßt die Worte unerbittlich in das große Schweigen fallen.

„Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Hier ist weder die Stunde noch die Gelegenheit zu überflüssigen Worten. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der großen und kleinen Mächte.

Sie haben uns den Krieg aufgedrungen! Es wird dafür gesorgt werden, daß nicht ein zweiter Krieg in dieser Form entstehen kann...!

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten! Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren!

Wir übergeben Ihnen das Buch des Friedens. Jede Muße zu seiner Prüfung wird Ihnen gegeben werden. Ich rechne darauf, daß Sie diese Prüfung in dem Geiste der Höflichkeit vornehmen werden, welche zwischen den Kulturnationen vorherrschen muß, der zweite Versailler Frieden ist zu teuer von uns erkauft worden, als daß wir es auf uns nehmen könnten, die Folgen dieses Krieges allein zu tragen. Um auch die andere Seite meines Gedankens zu Ihrer Kenntnis zu bringen, muß ich notwendigerweise hinzufügen, daß dieser zweite Versailler Friede, der den Gegenstand unserer Verhandlung bilden wird, von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkauft worden ist, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete gerechte Genugtuung zu erlangen...!"

Der Gluthauch des Hasses und der stahlharte Wille zur Vernichtung schlägt der deutschen Delegation entgegen. Die Mitglieder der deutschen Delegation sitzen mit verschlossenen Gesichtern den Staatsmännern und Militärs der Alliierten gegenüber. In ihre Seelen ist mit plumper Schwere die Feindseligkeit gefallen. Der Wille dieser Sieger hat sich in eindeutigster Weise ausgesprochen in den Worten des Ministerpräsidenten der französischen Republik. Die Pressevertreter werden nunmehr der aufhorchenden Welt mitteilen können, daß die Friedensbedingungen nach den rücksichtslosen Ankündigungen des Tigers von grausamer Härte sein werden. Für die Vertreter der Feindbundmächte sitzen nunmehr die Deutschen auf der Anklagebank und haben ihr Urteil entgegenzunehmen. Die Friedensverhandlungen werden von dieser Stunde an das Weltforum sein, vor dem über die Schuld der Deutschen und über die Bedingungen der Sühne beraten werden soll.

Während noch die Übersetzer am Werk sind, um die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau in alle Verhandlungssprachen zu übertragen, suchen die Versammelten die Gesichter der deutschen Vertreter, besonders aber das ihres Führers zu ergründen. Eine unaussprechliche Spannung liegt über der Versammlung. Niemand folgt im Grunde genommen den mehr oder weniger monotonen Stimmen der Übersetzer. Alle aber erwarten die erste Entgegnung des Führers der deutschen Friedensdelegation auf die mit rückhaltloser Brutalität vorgebrachten Anklagen des Tigers. — Diese Antwort wird nicht ausbleiben. Kaum läßt die Zeremonie, nach der dem Grafen Brockdorff-Rantzau als dem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die Friedensbedingungen übergeben werden, den Grafen aufschauen. Er nimmt den Band, der die Versklavungsbedingungen für das Volk der Deutschen enthält, fast gleichgültig hin und legt ihn vor sich nieder. Seine Gedanken aber durchlaufen noch einmal die politischen Geschehnisse der letzten Wochen und Monate, durchlaufen den Raum der deutschen Not und der tragischen Geschehnisse des deutschen Niederbruches. Das kommende Geschick des Vaterlandes, die Zukunft der deutschen Nation steht vor seinem Auge als übermenschliche Verpflichtung. Vor den Erinnerungen marschieren die endlosen feldgrauen Divisionen, marschiert die Armee der Gefallenen, die der Vermißten, die der Verwundeten, die der noch immer bitterste Sehnsucht in der Gefangenschaft Leidenden, marschieren die Kolonnen der Not, des Elendes, marschieren die nach dem unerbittlichen Willen der Feindbundmilitärs noch immer dem Hunger ausgesetzten deutschen Frauen, Kinder, Greise und Greisinnen vorüber. Der deutsche Außenminister muß sich weiter der verhängnisvollen deutschen Wehrlosigkeit erinnern, jener Wehr- und Waffenlosigkeit, die Wilson als Vorbedingung für die allgemeine Annahme seines Friedensprogrammes aufgestellt hatte und die von dem vertrauenden Volk der Deutschen nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes mit aller Peinlichkeit herbeigeführt worden war. Im tiefsten Vertrauen auf das Wort des amerikanischen Präsidenten und auf die Annahme seiner Bedingungen und seines Friedensprogrammes durch die Alliierten hatten so die Deutschen sich des einzigen, vielleicht überhaupt noch wirksamen Argumentes in diesem Kampf um die Befriedung der europäischen Welt begeben. Die Vertreter der deutschen Nation mußten schweigend nunmehr die brutalen, aller Menschlichkeit und den übernommenen Verpflichtungen hohnsprechenden Anklagen des französischen Ministerpräsidenten über sich ergehen lassen. Nach Augenblicken tiefster Betroffenheit und spannungerfüllten

Schweigens nimmt der Führer der deutschen Außenpolitik das Wort zu scharfer, klarer, kühler Entgegnung:

„Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat: der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkrieg kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den traurigen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Österreich-Ungarns den Mörderhänden zum Opfer fiel. In den letzten fünfzig Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierhergekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Frevel gegen das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im Deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gutmachen.

Aber auch in der Art der Kriegführung hat Deutschland nicht allein ge-

fehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen nur ungern erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Krieg mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. Januar an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen!

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen diese Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein, ohne Bundesgenossen, der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstanden, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen, am 5. November 1918 hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, und auch für unsere früheren Bundesgenossen bindend geworden.

Die einzelnen Grundsätze fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer. Aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm; keine Nation wird ihn ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorfrieden, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster

Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschrittes zu zeigen. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufwirft, sollten wir möglichst bald die Hauptaufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfes erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwüstete Menschenkraft der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten.

Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzt gewesenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlichst übernommen, und wir sind entschlossen, sie in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden; Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig. Aber sie käme der Welt teuer zu stehen, wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron weiterschmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzu lange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht genügen kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker, zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsgeschichte herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen; nur

wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten des Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechtes vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann!"

Graf Brockdorff-Rantzau stand nach dieser Rede nicht mehr als Außenminister des Deutschen Reiches als ein Vertreter einer angeklagten Nation vor der geschlossenen Front der „Sieger". Er verließ vielmehr die erste Sitzung mit den Vertretern der 27 „Siegernationen" als unerbittlicher Ankläger. Seine Rede, die von der Vollversammlung der Friedensdelegationen mit eisigem Schweigen aufgenommen wurde, ging in die Welt hinaus und wurde für die Welt die erste große Überraschung im Rahmen der Friedensverhandlungen überhaupt. Diese Rede, die sich für die kommenden Verhandlungen eindeutig auf das Programm der „Vierzehn Punkte" und die damit auch von den Feindbundmächten anerkannten Grundsätze des Präsidenten Wilson stützte, läßt erkennen, daß das angeklagte deutsche Volk durchaus nicht gewillt ist, geduldig sein Haupt unter jedes beabsichtigte Diktat zu beugen. Die klar ausgesprochene Forderung nach dem Abschluß eines Rechtsfriedens und die Ankündigung der Unterschriftsverweigerung für einen Frieden der Brutalität und Vergewaltigung bedeuten für den Machtanspruch der Feindbundmächte, vor allen Dingen aber für den Vernichtungswillen der Franzosen, eine merkliche Dämpfung und Ernüchterung. Die Einsichtigen dieser Konferenz waren sich nach dieser ersten Rede des deutschen Delegationsführers darüber einig, daß mit diesem deutschen Minister das deutsche Volk nicht bedingungslos zu kapitulieren gedachte, sondern dem Machtwillen unter allen Umständen den eigenen lebendigen Widerstand entgegensetzen würde. Für den deutschen Außenminister gibt es der geschlossenen Front der Feinde gegenüber als richtungweisend nur die Verantwortung dem eigenen Volk gegenüber. Also beruft er sich auf das Wilson-Programm und geht nicht ab von seiner grundsätzlichen Forderung, die auf

die Schließung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit abzielt. Er nimmt deshalb das Dokument der ihm überreichten Friedensbedingung nicht bedingungslos hin, sondern betont ausdrücklich, daß es von ihm im Auftrag des deutschen Volkes guten Willens geprüft und erst nach der eingehenden, sorgfältigen Prüfung unter Ablehnung jeder Diktatur oder auch nur diktatorischen Geste einzig und allein nach den Gesetzen der Ehre und der deutschen Lebensrechte von ihm das „Annehmbar" oder auch das „Unannehmbar" bezeichnet werden würde.

Unter Beachtung aller Gesetze internationaler Gepflogenheit und Höflichkeit, innerlich erschüttert angesichts der brutalen offensichtlichen Feindseligkeit der Alliierten, aber äußerlich ruhig, mit verschlossenen Gesichtern verlassen die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation die Vollsitzung der Friedenskonferenz. Sie kehren in ihr Quartier zurück und achten auch der feindseligen, vom Haß diktierten Haltung der Bevölkerung nicht.

Die Kommissionen und Ausschüsse der deutschen Friedensdelegation treten unmittelbar darauf zur Prüfung des gesamten Friedensvertragswerkes zusammen. Das für die Begutachtung zu gewinnende Bild wird von Stunde zu Stunde trüber, tragischer, erschütternder. Stahlharte Gesichter wie das des Soldaten Seeckt oder jenes des Staatssekretärs im Deutschen Auswärtigen Amt, Haniel, werden noch härter, noch unerbittlicher, noch verschlossener angesichts des grauenhaft übersteigerten Vernichtungswillens der Feindbundmächte, der aus jedem Satz, ja fast aus jedem Wort des Friedensvertragswerkes sichtbar wird. In den gemeinsamen Beratungen der deutschen Delegation macht sich in leidenschaftlichen Ausbrüchen eine abgrundtiefe Empörung Luft. Die Mehrzahl der deutschen Delegierten plädiert sofort bei dem Führer der Delegation für eine schroffe Ablehnung jeder weiteren Verhandlung und für Abreise nach Deutschland. Die Erregung, die alle erfaßt hat, ist durch nichts mehr niederzuhalten. Es gibt nur eine einzige Meinung über die Haltung der deutschen Delegation: unbedingte Ablehnung! Die deutschen Delegierten schätzen die Wirkung dieses Friedensdokumentes und seiner Bedingungen bei ihrer Bekanntgabe auf das deutsche Volk nach dem Ausmaß und der Tiefe ihrer eigenen Entrüstung und Empörung ab. Ihnen erscheint ein spontan und mit der Gewalt eines vulkanischen Ausbruches eintretender Widerstand des gesamten deutschen Volkes gegen diese Welt von Haß und Vernichtungswahnsinn, die das deutsche Volk in seinen tiefsten Empfindungen treffen, erschüttern, aufwühlen muß, als die einzige Antwort an die Feindbundmächte, auf das „Friedenswerk"! — Aber der Führer der deutschen Delegation, Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau,

vermag es, obgleich auch in seiner Seele Stürme der Entrüstung toben, dennoch nicht diesen in der ersten Erregung ausgesprochenen Gedankengängen zu folgen. Er hat die deutsche Regierung und ihre Vertreter allzu genau in den letzten Monaten studiert und kennengelernt. Er weiß um die Ideen, die sie bewegen. Er hat sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß diese Regierung niemals imstande sein wird, einen spontan aufflammenden Widerstand des deutschen Volkes wirksam zu organisieren und, das Äußerste wagend, der feindlichen Welt entgegenzuwerfen! – Er kennt den parteipolitisch ausgerichteten Horizont der Ebert-Scheidemann-Regierung und befürchtet mit Recht ihr Versagen in den Stunden großer, alles erschütternder Entscheidungen. Weiterhin vermag er es auch nicht, sich der Einsicht von der geradezu traurigen innerpolitischen Verfassung des Deutschen Reiches zu verschließen. Er kannte die innerpolitische Lage des Reiches allzu genau, um ernstlich an das Aufflammen und Andauern eines spontan auszulösenden Widerstandes des gesamtdeutschen Volkes zu glauben. Die dauernd tobenden parteipolitischen Kämpfe um Machtansprüche und Machtpositionen, die Straßenrevolten, die Putsche und Aufstände in Berlin, München, in Sachsen und im Rheinland erscheinen ihm als schlechte Vorzeichen für einen Kampf gegen die waffenstarrende Welt der Feindbundmächte. Er hatte erkennen müssen, daß es nur unter rücksichtslosem Einsatz der Frontkämpfer, nur durch die Opfer- und Einsatzbereitschaft der noch bestehenden feldgrauen Divisionen überhaupt möglich war, die Autorität der Reichsregierung gegen die Propheten der Weltrevolution und bolschewistisch verhetzte, verseuchte Arbeitermassen durchzusetzen und zu sichern. So war es ihm auch nicht zweifelhaft, daß die politisch linksradikal ausgerichteten Kreise des deutschen Volkes mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Widerstandsbewegung gegen die Vernichtungsabsichten der Alliierten sabotieren und für ihre eigenen politischen Umsturzabsichten zu mißbrauchen versuchen würden. Als Führer der deutschen Friedensdelegation mußte sich deshalb der Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau dem Willen und den Ausführungen der empörten deutschen Delegierten verschließen und widersetzen. In dem sofortigen Abbruch aller Beziehungen und in einer überstürzten Abreise konnte er keine hoffnungerweckenden Möglichkeiten für den Kampf um gerechte Friedensbedingungen erblicken. Sein Ziel mußte es bleiben, durch konsequent fortgesetzte Verhandlungen den deutschen Rechtsstandpunkt zu vertreten und der ganzen Welt anschaulich werden zu lassen, daß die deutsche Regierung, fußend auf dem Wilson-Programm, nicht nachlassen werde in ihren Bemühungen zur Erlangung eines „öffentlich verhandelten und öffentlich abzuschließenden" Rechtsfriedens. Darüber hinaus glaubte der deutsche Außenminister nicht an die Geschlossenheit der gegnerischen Front unter allen Umständen. Er hegte im stillen die Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, nach erfolgreicher Erkundung der Sachlage die Front der Gegner zu erschüttern. Über einer Abreise stand für das kommende Schicksal des deutschen Volkes außerdem das dunkel drohende Wort des französischen Generals Weygand: „Der Sieger hat nichts zu befürchten!" Auch aus diesem Grunde war es dem Reichsaußenminister unmöglich, den Kampf um einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit aufzugeben, bevor er in seiner ganzen Ausdehnung überhaupt entbrannt war.

Den tatsächlich entbrennenden Kampf um die Befriedung der europäischen Welt in allen seinen Phasen zu schildern, kann nicht die Aufgabe dieses Buches sein. Immerhin aber ist seine Aufgabe: diesem Kampf in all jenen Einzelheiten zu folgen, als er auch die endgültige Entscheidung des Schicksals des deutschen Kolonialreiches zum Ziel hatte.

Die politische Niedertracht und menschliche Unvernunft der großen Vertreter der Feindbundnationen, die sich in ihrem Vernichtungswillen, in ihrer imperialistischen Habgier, ihrem fast bis an die Grenze des Wahnsinnes übersteigerten Haß bereits in den Sitzungen und Verhandlungen des berühmten „Rates der Zehn" offenbart hatte, wurde zum Dokument geformt in den besonders das Schicksal der deutschen Kolonien bestimmenden Bedingungen des Friedensvertragswerkes. Bei ihrem Bekanntwerden im deutschen Volk lösten gerade diese Bestimmungen einen ungeheuren Sturm der Entrüstung und der Empörung aus. Die deutsche öffentliche Meinung sprach diese Empörung eines zutiefst verletzten Rechtsgefühls, die alle Kreise der Bevölkerung ergriffen hatte, in leidenschaftlichen Anklagen und Protestkundgebungen aus, und sie sprachen sich mit Recht in den härtesten Anklagen und Vorwürfen gegen die Friedensmacher von Versailles aus, denn die Versailler Friedensbedingungen vom 7. Mai 1919 wollen das Schicksal der deutschen Kolonien also besiegeln:

„Teil I. – Völkerbundsvertrag.

Artikel 22.

Auf die Kolonien und Gebiete, die infolge des Krieges aufgehört haben unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vorher beherrschten und die von solchen Völkern bewohnt werden, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst

zu leiten, finden nachstehende Grundsätze Anwendung. Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bilden eine heilige Aufgabe der Zivilisation, und es ziemt sich, in den gegenwärtigen Vertrag Bürgschaften für die Erfüllung dieser Aufgabe aufzunehmen.

Der beste Weg, diesen Grundsatz praktisch zu verwirklichen, ist die Übertragung der Vormundschaft über diese Völker an die fortgeschrittenen Nationen, die auf Grund ihrer Hilfsmittel, ihrer Erfahrung oder ihrer geographischen Lage am besten imstande und bereit sind, eine solche Verantwortung auf sich zu nehmen, und zwar hätten sie die Vormundschaft als Beauftragte im Namen des Bundes zu führen.

Die Art des Auftrages muß nach dem Maße der Entwicklung des Volkes, nach der geographischen Lage des Gebietes, nach seinen wirtschaftlichen Bedingungen und nach den sonstigen Umständen dieser Art verschieden sein.

Gewisse Gemeinwesen, die ehemals zum türkischen Reiche gehörten, haben einen solchen Grad der Entwicklung erreicht, daß ihr Dasein als unabhängige Nation vorläufig anerkannt werden kann, unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung einer beauftragten Macht ihre Verwaltung bis zu dem Zeitpunkt lenken, wo sie imstande sein werden, sich selbst zu leiten. Bei der Wahl des Beauftragten müssen die Wünsche jener Gemeinwesen in erster Linie berücksichtigt werden.

Der Grad der Entwicklung, in dem sich andere Völker, insbesondere die mittelafrikanischen, befinden, erfordert, daß der Beauftragte dort die Verwaltung des Gebietes unter Bedingungen übernimmt, die das Aufhören von Mißbräuchen wie Sklaven-, Waffen- und Alkoholhandel gewährleisten und zugleich die Gewissens- und Religionsfreiheit unter keinen anderen Beschränkungen sichern, als solchen, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erfordern. Dabei ist die Errichtung von Festungen oder von Heeres- und Flottenstützpunkten ebenso zu verbieten wie eine militärische Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht für Polizei oder die Verteidigung des Gebietes erforderlich ist. Zugleich sind den anderen Mitgliedern des Bundes gleiche Bedingungen für Handel und Verkehr zu gewährleisten.

Endlich gibt es Gebiete, wie Südwestafrika und gewisse Inseln des australischen Stillen Ozeanes, die infolge ihrer geringen Bevölkerungsdichte, geringen Ausdehnung, ihrer Entfernung von den Mittelpunkten der Zivilisation, ihrer geographischen Nachbarschaft zum Gebiet des Beauftragten oder infolge anderer Umstände nicht wohl besser verwaltet werden können als nach den Gesetzen des beauftragten Staates und als integrierender Bestandteil seines Gebietes, unter Vorbehalt der Garantien, die vorstehend im Interesse der eingeborenen Bevölkerung vorgesehen sind.

In allen Fällen hat der beauftragte Staat dem Rat jährlich einen Bericht über die seiner Fürsorge übertragenen Gebiete vorzulegen.

Wenn der Grad von behördlicher Machtbefugnis, Aufsicht und Verwaltung, den der Beauftragte ausüben soll, nicht Gegenstand eines vorhergehenden Übereinkommens zwischen den Mitgliedern des Bundes geworden ist, wird er durch den Rat in diesen Punkten ausdrücklich festgelegt.

Eine ständige Kommission wird beauftragt, die Jahresberichte der Beauftragten entgegenzunehmen und zu prüfen und dem Rate über alle die Ausführungen der Auftragsverpflichtungen angehenden Fragen zu berichten.

Artikel 23.

Unter Vorbehalt der Bestimmungen der schon bestehenden oder künftig abzuschließenden internationalen Übereinkommen und im Einklang mit diesen Bestimmungen übernehmen die Bundesmitglieder folgendes:

a) Sie werden sich bemühen, angemessene und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sowohl in ihren eigenen Gebieten wie in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Gewerbebeziehungen erstrecken, und zu diesem Zwecke die erforderlichen internationalen Stellen zu errichten und zu unterhalten;

b) sie verbürgen der eingeborenen Bevölkerung in den ihrer Verwaltung unterstellten Gebieten eine gerechte Behandlung;

c) sie betrauen den Bund mit der allgemeinen Überwachung der Abmachungen, betreffend den Mädchen- und Kinderhandel, sowie den Handel mit Opium und anderen schädlichen Mitteln;

d) sie betrauen den Bund mit der allgemeinen Überwachung des Waffen- und Munitionshandels mit den Ländern, bei denen die Überwachung dieses Handels im allgemeinen Interesse unumgänglich ist;

e) sie werden die nötigen Anordnungen treffen, um die Freiheit des Verkehrs und der Durchfuhr sowie die gerechte Regelung des Handels aller Bundesmitglieder zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten mit der Maßgabe, daß die besonderen Bedürfnisse der während des Krieges von 1914 bis 1918 verwüsteten Gegenden berücksichtigt werden sollen;

f) sie werden sich bemühen, internationale Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Krankheiten zu treffen.

Teil IV.

Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands.

Abschnitt I. — Deutsche Kolonien.

Artikel 119.

Deutschland verzichtet zugunsten der hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen.

Artikel 120.

Alle Rechte an beweglichem und unbeweglichem Eigentum, die in diesen Gebieten dem Deutschen Reiche oder irgendeinem deutschen Staat zustehen, gehen an die Regierung über, unter deren Gewalt diese Gebiete stehen, und zwar unter den im Artikel 257 des Teiles IX des gegenwärtigen Vertrages festgesetzten Bedingungen. Streitigkeiten, die etwa hinsichtlich der Natur dieser Rechte entstehen sollten, werden gegebenenfalls von den örtlichen Gerichtshöfen letztinstanzlich entschieden.

Artikel 121.

Die Bestimmungen der Abschnitte I und IV des Teiles X des gegenwärtigen Vertrages sind hinsichtlich dieser Länder anwendbar, gleichviel welches die für diese Gebiete angenommene Regierungsform ist.

Artikel 122.

Die Regierung, die über diese Gebiete die Gewalt ausübt, darf die ihr als notwendig erscheinenden Maßnahmen hinsichtlich der Heimbeförderung der daselbst befindlichen deutschen Reichsangehörigen europäischer Herkunft, sowie hinsichtlich der Bedingungen treffen, unter denen die deutschen Reichsangehörigen europäischer Herkunft zur Niederlassung, zum Besitzerwerb, zum Handeltreiben oder zur Ausübung eines Berufes daselbst ermächtigt oder nicht ermächtigt werden.

Artikel 123.

Die Bestimmungen des Artikels 260 des Teiles XI des gegenwärtigen Vertrages finden auf die Abmachungen Anwendung, die mit deutschen Reichsangehörigen zur Vornahme oder zum Betriebe der öffentlichen Arbeiten in den deutschen überseeischen Besitzungen abgeschlossen worden sind, sowie auf die Unterkonzessionen oder Abschlüsse, die mit den erwähnten Reichsangehörigen im Verfolg dieser Verträge abgeschlossen worden sind.

Artikel 124.

Deutschland übernimmt die Wiedergutmachung der Schäden, die französische Staatsangehörige in der Kolonie Kamerun oder in der Grenzzone durch Handlungen der deutschen Zivil- oder Militärbehörden und durch deutsche Privatleute in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 1. August 1914 erlitten haben, und zwar gemäß der Verrechnung, die von der französischen Regierung vorgelegt und von dem Wiedergutmachungsausschuß gutgeheißen wird.

Artikel 125.

Deutschland verzichtet auf alle Rechte aus den Abmachungen und Vereinbarungen, die am 4. November 1911 und am 28. September 1912 mit Frankreich betreffend Aquatorialafrika abgeschlossen worden sind. Es verpflichtet sich, alle Bürgschaften, eröffnete Konti, Vorschüsse usw., die auf Grund dieser Handlungen zum Vorteile Deutschlands getätigt worden sind, der französischen Regierung nach Maßgabe der Abschätzung zu bezahlen, die von dieser vorgelegt und vom Wiedergutmachungsausschuß gutgeheißen wird.

Artikel 126.

Deutschland verpflichtet sich zur Anerkennung und Annahme der von den alliierten und assoziierten Mächten oder von einigen derselben mit jeder anderen Macht abgeschlossenen oder abzuschließenden Vereinbarungen über den Handel mit Waffen und Spirituosen, sowie über alle sonstigen Gegenstände, die in den Berliner Generalakten vom 2. Juli 1890 und den Zusatz- und Ergänzungsverträgen behandelt sind.

Artikel 127.

Die Eingeborenen, welche die ehemaligen deutschen überseeischen Besitzungen bewohnen, erwerben Anspruch auf den diplomatischen Schutz der Regierung, die über diese Gebiete Hoheitsrechte übernimmt.

Abschnitt IV. — Schantung.

Artikel 156.

Deutschland tritt an Japan alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte ab, insbesondere auch alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte, die auf das Gebiet von Kiautschau, die Eisenbahnlinien, die Bergwerke und die Unterseekabel Bezug haben, die Deutschland auf Grund des durch den Vertrag mit China vom 6. März 1898, sowie durch alle sonstigen die Provinz Schantung betreffenden Verträge erworben hat.

Alle deutschen Rechte auf die Eisenbahnlinie von Tsingtau nach Tsinanfu, einschließlich ihrer Abzweigungen, sowie der dazugehörigen Baulichkeiten jeder Art, der Bahnhöfe, Lagerräume, des festen und rollenden Materials, der Gruben, der auf die Gruben bezüglichen Betriebseinrichtungen und des Betriebsmaterials sind und bleiben mit allen dazugehörigen Rechten und Vorrechten japanisches Eigentum.

Die Unterseekabel des Deutschen Reiches von Tsingtau nach Shanghai und von Tsingtau nach Tschefu bleiben mit allen dazugehörigen Rechten, Vorrechten und Besitzungen freies und unbelastetes Eigentum Japans.

Artikel 157.

Die beweglichen und unbeweglichen Rechte, die der deutsche Staat im Gebiet von Kiautschau besitzt, sowie alle Ansprüche, die er auf Grund der Vornahme von Arbeiten und Einrichtungen oder von Ausgaben, die er mittel- oder unmittelbar für dies Gebiet gemacht hat, geltend machen könnte, sind und bleiben freies und unbelastetes Eigentum Japans.

Artikel 158.

Innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages übergibt Deutschland Japan sämtliche Archive, Register, Pläne, Urkunden und Dokumente, welche die Zivil-, Militär-, Gerichts- oder andere Verwaltungen Kiautschaus betreffen, gleichgültig, wo sich diese Papiere befinden.

In der gleichen Frist hat Deutschland Japan sämtliche Verträge, Vereinbarungen und Kontrakte, die sich auf die in den beiden vorstehenden Artikeln beregten Rechte, Ansprüche oder Vorrechte beziehen, zu notifizieren.

Teil VIII. — Wiedergutmachungen.

Artikel 246, Abs. 2.

In gleicher Frist, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages, ist der Schädel des Sultans Makaua, der aus dem deutschen Schutzgebiet in Ostafrika entfernt und nach Deutschland gebracht wurde, von Deutschland der britischen Regierung zu übergeben.

Teil IX. — Finanzielle Bestimmungen.

Artikel 257.

Mit Bezug auf die bisherigen deutschen Gebietsteile, einschließlich der Kolonien und Schutzgebiete, die gemäß Artikel 22 des Teiles I des gegenwärtigen Vertrages durch Mandatare verwaltet werden, übernimmt weder

das Gebiet noch die das Mandat ausübende Macht einen Teil des Schuldendienstes des Reiches oder der deutschen Einzelstaaten.

Alles dem Reiche oder den deutschen Einzelstaaten gehörige und in solchen Gebieten gelegene Besitz- und Eigentum geht gleichzeitig mit den Gebieten auf die Mandatarmacht in ihrer Eigenschaft als Mandatar über, und es ist aus Anlaß dieses Überganges keinerlei Zahlung oder Gutschrift zugunsten jener Regierungen zu bewirken.

Im Sinne des gegenwärtigen Artikels sind unter dem Besitz und Eigentum des Reiches oder der deutschen Einzelstaaten alles Eigentum der Krone, des Reiches und der Einzelstaaten, sowie der Privatbesitz des ehemaligen deutschen Kaisers und der anderen königlichen Persönlichkeiten zu verstehen.

Artikel 260.

Unbeschadet des durch Deutschland auf Grund des gegenwärtigen Vertrages ausgesprochenen Verzichtes auf eigene Rechte oder Rechte seiner Staatsangehörigen kann der Wiedergutmachungsausschuß binnen Jahresfrist vom Tage der Inkraftsetzung des gegenwärtigen Vertrages ab verlangen, daß Deutschland alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmungen oder an allen Konzessionen in Rußland, China, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und den Nebenländern dieser Staaten oder in einem Gebiete, das früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört hat und auf Grund des gegenwärtigen Vertrages abgetreten oder von einem Mandatar verwaltet werden muß, erwirbt; anderseits muß die deutsche Regierung innerhalb einer Frist von sechs Monaten vom Tage der Aufforderung ab die Gesamtheit dieser Rechte und Interessen, sowie alle Rechte und Interessen, die Deutschland etwa selbst besitzt, dem Wiedergutmachungsausschuß übertragen.

Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine Staatsangehörigen, die so ihren Besitz abgetreten haben, zu entschädigen. Der Wiedergutmachungsausschuß schreibt Deutschland die dem Wert der übertragenen Rechte und Interessen entsprechenden Summen in der vom Ausschuß festgesetzten Höhe in Anrechnung auf die für die Wiedergutmachung geschuldeten Beträge gut. Die deutsche Regierung hat dem Wiedergutmachungsausschuß binnen sechs Monaten vom Tage der Inkraftsetzung des gegenwärtigen Vertrages ab eine Liste aller in Betracht kommenden Rechte und Interessen zu übermitteln, einerlei, ob die Rechte und Interessen bereits erworben, schwebend oder noch nicht ausgeübt sind, und verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten

Regierungen sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Staatsangehörigen auf alle obigen Rechte und Interessen, die in der vorgenannten Liste etwa nicht verzeichnet sind.

Teil X. – Wirtschaftliche Bestimmungen.

Artikel 297.

Die Frage des Privateigentums, der privaten Rechte und Interessen in Feindesland findet ihre Lösung gemäß den in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätzen und den Verfügungen des hier beigefügten Anhanges.

b) Unter Vorbehalt entgegengesetzter Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der durch sie beherrschten Gesellschaften innerhalb ihrer Gebiete, ihrer Kolonien, Besitzungen und Schutzgebiete, einschließlich der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag abgetreten worden sind, zurückzubehalten und zu liquidieren. Die Liquidation erfolgt nach den Gesetzen des interessierten alliierten oder assoziierten Staates, und der deutsche Eigentümer darf weder über dieses Eigentum, diese Rechte und Interessen verfügen, noch sie ohne Zustimmung des Staates belasten.

Deutsche Reichsangehörige, welche gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages ipso facto die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben, gelten nicht als deutsche Reichsangehörige im Sinne dieses Paragraphen.

c) Der Kaufpreis oder der Betrag der Entschädigung für die Ausübung des im vorgenannten Paragraphen bestimmten Rechtes wird gemäß den Methoden des Verkaufes oder der Abschätzung festgesetzt, welche durch die Gesetzgebung des Landes bestimmt sind, in welchem das Eigentum zurückgehalten oder liquidiert worden ist.

h) Mit Ausnahme des Falles, wo durch Anwendung des Absatzes f Zurückerstattungen in natura erfolgt sind, werden das Nettoergebnis der Liquidation des feindlichen Eigentums, der feindlichen Rechte und Interessen, wo sie auch bestanden haben, welche entweder auf Grund der außerordentlichen Kriegsgesetzgebung oder durch Anwendung des Artikels erfolgt sind, und im allgemeinen alle feindlichen Guthaben in bar wie folgt verwendet:

1. Was die Mächte betrifft, welche den Abschnitt III nebst Anhang nicht annehmen, so werden die erwähnten Erträge und Guthaben der Macht,

welcher der Eigentümer angehört, durch Vermittlung des im genannten Abschnitt und Anhang eingesetzten Prüfungs- und Ausgleichamtes gutgeschrieben; ein Gläubigersaldo zugunsten Deutschlands, der sich hieraus ergibt, wird in Übereinstimmung mit Artikel 243 behandelt werden.

2. Was die Mächte betrifft, welche den Abschnitt III nebst Anhang nicht annehmen, so werden der Ertrag des Eigentums, der Rechte und Interessen und die von Deutschland zurückbehaltenen Barguthaben der Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte unverzüglich an den Berechtigten oder an seine Regierung ausgezahlt werden. Jede alliierte oder assoziierte Macht kann über den Ertrag des Eigentums, der Rechte und Interessen und über die Barguthaben der deutschen Reichsangehörigen verfügen, die sie nach ihren Gesetzen und Verordnungen beschlagnahmt hat, und kann sie zur Bezahlung der Ansprüche und Forderungen verwenden, welche in diesem Artikel oder im § 4 des beigefügten Anhanges bezeichnet sind.. Alles Eigentum, alle Rechte oder Interessen oder Erträgnisse der Liquidation dieses Eigentums oder Barguthabens, über welches nicht nach dem Vorstehenden verfügt worden ist, kann von der genannten alliierten oder assoziierten Macht zurückbehalten werden, und in diesem Falle wird sein Geldwert nach Artikel 243 behandelt.

i) Deutschland verpflichtet sich, seine Angehörigen wegen der Liquidation oder Zurückbehaltung ihres Eigentums, ihrer Rechte und Interessen in den alliierten und assoziierten Ländern zu entschädigen.

Anlage.

§ 14.

Die Bestimmungen des Artikels 297 dieser Anlage, betreffend Eigentum, Rechte und Interessen in Feindesland und den Ertrag ihrer Liquidation, finden Anwendung auf Schulden, Guthaben und Abrechnungen; Abschnitt III regelt nur die Art der Bezahlung.

§ 15.

Die Bestimmungen des Artikels 297 und dieses Anhanges finden Anwendung auf die Rechte des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, welche inbegriffen sind oder einbegriffen sein werden in der Liquidation des Eigentums, der Rechte, Interessen, Gesellschaften, Unternehmungen, welche in Anwendung der außerordentlichen Kriegsgesetzgebung durch die verbündeten oder assoziierten Mächte oder in Anwendung der Bestimmungen des Artikels 297 Absatz b vorgenommen wird.

Teil XV.

Artikel 438.

Die alliierten und assoziierten Mächte kommen dahin überein, daß, soweit religiöse christliche Missionen durch deutsche Gesellschaften oder deutsche Personen auf Gebieten unterhalten wurden, welche ihnen gehören oder ihrer Regierung in Gemäßheit des gegenwärtigen Vertrages anvertraut worden sind, das Eigentum dieser Missionen oder Missionsgesellschaften einschließlich des Eigentums der Handelsgesellschaften, deren Überschüsse der Unterhaltung dieser Missionen dienen, weiter für Missionszwecke verwendet werden soll. Um die richtige Ausführung dieser Verpflichtung zu sichern, werden die alliierten und assoziierten Regierungen das genannte Eigentum Verwaltungsräten übergeben, welche durch die Regierungen ernannt oder bestätigt werden und aus der christlichen Religion angehörenden Persönlichkeiten bestehen. Diese Verwaltungsräte werden damit betraut werden, darüber zu wachen, daß das Eigentum weiter für Missionszwecke verwandt wird.

Durch die Verpflichtungen, welche durch die Bestimmungen von den alliierten und assoziierten Regierungen übernommen werden, sollen die Überwachung und die Machtbefugnisse der genannten Regierungen gegenüber den Personen, welche diese Missionen leiten, in keiner Weise berührt werden.

Deutschland hat von den vorstehenden Verpflichtungen Kenntnis und erklärt, jeder getroffenen oder noch zu treffenden Regelung der beteiligten alliierten oder assoziierten Mächte hinsichtlich der Ausführung des Werkes der genannten Missionen oder Handelsgesellschaften zuzustimmen, und enthält sich jedes Einwandes in dieser Hinsicht ..."

In ihrer ganzen furchtbaren Härte und sadistischen Grausamkeit enthüllen diese Friedensbedingungen, soweit sie die Enteignung der deutschen kolonialen Besitzungen für eine Ewigkeit festzulegen versuchen, den Vernichtungswillen der verbündeten Siegerstaaten. Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen und Bedingungen dieses Friedensvertrages erwecken dem unvoreingenommenen Betrachter den Eindruck eines von krankhaften Geistern ausgeklügelten mittelalterlichen Foltersystems. Die Arbeit ungezählter deutscher Kolonialidealisten soll zerschlagen werden; die Opfer mutiger deutscher Kaufleute, gebracht für die Entwicklung des Handels in und mit den deutschen Kolonien, sollen umsonst gebracht worden sein; den deutschen Farmern und Kolonialpionieren soll Eigentum und Besitz genommen und für diese sagenhafte „Wiedergutmachung" verwendet werden. Selbst vor der Kulturarbeit der Missionen, ihren Rechten, Interessen und Besitzungen wird nicht haltgemacht. Nur haßerfüllten Herzen und vom Wahnsinn vernebelten Gehirnen konnten solche Bestimmungen, konnten solche Friedensbedingungen, konnte ein solches Befriedungswerk entspringen. Nicht in einem einzigen Wort, nicht in einem einzigen Artikel ist der allzu laut gepredigte und vor allen Dingen von dem vertrauenden Volk der Deutschen als Offenbarung höherer menschlicher Einsicht auch geglaubte Wilsonsche Idealismus zu verspüren. Ein Dokument menschlicher Niedertracht und des Irrsinns kann man dieses Friedensdokument nennen.

Aber das deutsche Volk ist nicht und niemals gewillt gewesen, diese Bedingungen als das Todesurteil für all sein politisches und wirtschaftliches Streben, für seinen reinen Kolonisationswillen, für seine Überzeugung von seiner hohen Befähigung zur Lösung größter Kulturaufgaben in überseeischen unkultivierten Ländern hinzunehmen oder gar als Recht anzuerkennen. Mit dem Bekanntwerden dieser Friedensbedingungen im deutschen Volk setzten die Widerstandsbewegungen ein. — Auch die deutsche Friedensdelegation nimmt den Kampf gegen diese Friedensbedingungen unter der Führung und nach den Weisungen des deutschen Außenministers sofort und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf. Sie wendet vor allen Dingen dem kolonialen Unrecht ihre ganze Aufmerksamkeit zu und überreicht bereits am 9. Mai 1919 den alliierten und assoziierten Regierungen ihren eigenen Vorschlag für eine Konstituierung des Völkerbundes. Soweit er die kolonialen Fragen behandelt, soll er an dieser Stelle dem deutschen Volk in das Gedächtnis zurückgerufen werden:

„... IX. Kolonien.

57. Für die Verwaltung der Kolonien, die nicht das Recht der Selbstverwaltung besitzen, schafft der Völkerbund eine internationale Ordnung auf folgenden Gebieten:

a) Der Schutz der Eingeborenen gegen Sklaverei, Alkohol, Waffen- und Munitionshandel, Volksseuchen, Zwangsarbeit und Zwangsenteignung;

b) die Fürsorge für Gesundheit, Erziehung und Wohlstand der Eingeborenen und die Sicherung der Gewissensfreiheit;

c) die Sicherung des Friedens durch Neutralisierung der Kolonialgebiete und durch Verbot der Militarisierung.

58. Den in den Völkerbundsstaaten anerkannten Religionsgemeinschaften

wird die freie Ausübung ihrer Bekenntnisse und der Mission in allen Kolonien gewährleistet.

59. Den Angehörigen aller Völkerbundstaaten wird die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung unter Berücksichtigung der vorstehenden allgemeinen Bestimmungen über die Verkehrsfreiheit in jeder Kolonie gewährleistet.

60. Zur Ausführung und Überwachung der vorstehenden Bestimmungen wird ein Weltkolonialamt eingerichtet. In jeder Kolonie sind Beauftragte des Völkerbundes verpflichtet, über die Innehaltung der vorstehenden Bestimmungen zu wachen.

61. Über das Schicksal der dem Völkerbund nicht unmittelbar angeschlossenen Gebiete kolonialen Charakters kann nur durch Beschluß des Völkerbundes zugunsten eines Mitgliedes verfügt werden..."

Auch in dieser außerordentlich schwachen Form kamen die deutschen Vorschläge, die geeignet erscheinen sollten, trotz des Eingehens auf die Gedanken der alliierten und assoziierten Staatsmänner, immerhin die deutschen Kolonialrechte bis zu einem, wenn auch bereits außerordentlich bescheidenen Grade über den Völkerbund zu wahren, zu spät. Die Alliierten hatten bereits vor Wochen und Monaten die Verteilung der Beute vollzogen und dem Völkerbund von Wilsons Geist nur noch die Aufgabe zugedacht, unter die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes in mehr oder weniger scheinheiliger Art sein bekräftigendes Siegel zu setzen. Selbst aus den Friedensbedingungen wird der abgründige Betrug an dem Programm Wilsons, an dem die Lösung aller kolonialen Fragen verheißenden Punkt V und damit an dem vertrauenden Volk der Deutschen offenbar. In den Bestimmungen des Friedensdiktates soll von den Alliierten der Raub der deutschen Kolonien, bestärkt durch die deutsche Anerkenntnis für den Verzicht auf alle Überseebesitzungen, in das Gewand des Völkerrechtes gehüllt werden. Von dem Volk der Deutschen forderte man in diesem Machtfrieden den offiziell auszusprechenden Verzicht auf sein Kolonialreich. Alle Rechtsgründe wollte man damit für immer entkräften und der Wirkung berauben. Daß dieser Verzicht von den Deutschen erpreßt werden sollte, das kümmerte die alliierten Imperialisten nicht. Daß der Punkt V des Wilson-Programms dieser Lösung der kolonialen Fragen diametral entgegensteht, das kümmerte in den Ländern der Alliierten kaum noch jemand. Verkrampfte Versuche des Präsidenten der Vereinigten Staaten in den letzten Stunden vor der großen Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kolonien eine Wendung dieses Schicksals herbeiführen zu wollen, können über seinen Verrat an seinem eigenen Programm nicht mehr hinwegtäuschen, sie sind außerdem angesichts der unerbittlichen Absichten der Alliierten hoffnungslos und nur noch bezeichnend für die sprunghafte, politisch völlig unzulängliche Art des Präsidenten. Diese verkrampften Versuche mußten scheitern an der Halsstarrigkeit der Staatsmänner der Alliierten. Freiwillig hatte er sich in den Verhandlungen des „Rates der Zehn" seiner Vormachtstellung begeben und damit seine eigene Schwäche und Unzulänglichkeit dokumentiert. Nach der erfolgten Zustimmung zur „bloßen Verteilung" der Beute und dem damit offen eingestandenen Bankrott seiner Ideen und Pläne ist Woodrow Wilson nur noch Staffagefigur in den Friedensverhandlungen zu Versailles und als Staatsmann vor dem Gericht der Weltgeschichte für alle Zeit gerichtet und des perfidesten Wortbruches überführt. Für dieses Verbrechen an einem vertrauenden 70 Millionen umfassenden, unbesiegten Volk kann es kein Wort der Beschönigung geben. Das aber ist von diesem Tage an die Auffassung aller Deutschen!

Der Führer der deutschen Friedensdelegation machte aus dieser Auffassung keinen Hehl. Er richtete am 24. Mai 1919 an den Präsidenten der Friedenskonferenz das folgende Schreiben, das in seiner lapidaren Kürze und Klarheit den Haß beschämend bloßstellt, der diese Friedensbedingungen geschaffen hat und nun den Versuch unternimmt, sie dem Volk der Deutschen mit den Mitteln brutaler Gewalt aufzuzwingen:

„Herr Präsident!

Der Inhalt des Schreibens Ew. Exzellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Sinn vollständig mißverstanden haben, in dem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note voraufgehen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle, und daß Amerika nur für diesen Rechtsfrieden in den Kampf gezogen sei. Für dieses Kriegsziel wurde die Formel geprägt: ‚Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen!'..."

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau erörtert in eingehenden Ausfüh-

rungen die Kriegsschuldfrage und die Entschädigungsprobleme. Er widerlegt in seiner kühlen absolut sachlichen Weise alle irrigen Auffassungen der feindlichen Diplomaten und Staatsmänner. Aus der Verteidigung geht er zum unmittelbaren Angriff über. Die erneute Feststellung der Maxime: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen", ehedem geprägt als Friedensziel von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und anerkannt von allen nunmehr am Friedensschluß beteiligten Nationen, ist ein unerhört scharfer Gegenhieb. Brockdorff-Rantzau führt weiter aus:

„...Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten; sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenrechnung aufzustellen hat, und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermeßlich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung, sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte..."

„...Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volke versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Änderung erfahren würde, wenn man es von dem seiner Herrscher trennte. Die deutsche Delegation möchte die Worte Eurer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß diese Zusage heute zurückgenommen werden soll...!"

In diesen Worten und Gedanken ist eine eindeutige Abrechnung mit dem haßerfüllten Vertreter Frankreichs, mit dem Präsidenten der Friedenskonferenz, mit Clemenceau zu erkennen. Aus diesen Worten spricht die Empörung und die anklägerische Gewalt des ganzen deutschen Volkes, werden Heuchelei und Verlogenheit, politische Niedertracht und diplomatische Verschlagenheit der Staatsmänner der Feindbundregierungen sichtbar. Wenn die Ausführungen des Führers der deutschen Friedensdelegation auch nicht unmittelbar

Einzelprobleme erörtern, sie treffen dennoch für alle Einzelprobleme, also auch unmittelbar für das Kolonialproblem, zu.

„...Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an Schäden und Leiden dieses Krieges zur Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, das von den alliierten assoziierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material sei eine innere Angelegenheit der Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden..."

Kriegsschuldlüge und Kolonialschuldlüge sind in vieler Hinsicht gleichgerichteter Natur. Mit dem Kampf gegen die einseitige Kriegsschuldlüge mußte also von den berufenen Vertretern der deutschen Regierung und des deutschen Volkes auch der unerbittliche Kampf gegen die Kolonialschuldlüge eröffnet und geführt werden. Wilson hat in seinen Grundsätzen ausdrücklich von „öffentlich zu verhandelnden und öffentlich abzuschließenden" Friedensverträgen gesprochen, er hatte weiterhin als Gesetz aufgestellt, daß alle Anklagen und alle Probleme, besonders aber auch die Fragen der Kriegsschuld und der Kolonialschuld, vor einem neutralen und absolut unparteiischen Gerichtshof untersucht und abgeurteilt werden sollten. So erfolgte der eindeutige Widerspruch gegen die Diffamierungsmethoden der alliierten Staatsmänner und Regierungen durch den deutschen Außenminister auf der Grundlage unantastbaren Rechtes. Er kennt die Methoden und Praktiken der internationalen Geheimdiplomatie allzu genau, um nicht vor ihnen in ernsten, weitblickenden Ausführungen warnen zu müssen. Es wirkt wie Hammerschläge, wenn er in lapidarer Kürze gegen Clemenceau mit folgenden Worten Verwahrung einlegt:

„...Die Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen!..."

Die deutsche Delegation arbeitete nach der Überwindung der ersten Empörung und Erregung über die Art der Überreichung der Friedensbedingungen und den ersten Eindruck von der grausamen, jedes vernünftige Maß übersteigenden Härte der Friedensbedingungen unausgesetzt an der peinlichsten Durchprüfung des „Dokumentes der Friedensbedingungen". Die Lösung des Kolonialproblems, soweit sie in den Friedensbedingungen unmittel-

baren Ausdruck findet, beschäftigt sowohl die Sachverständigenkommission wie die deutsche Gesamtdelegation und legt sich über die Gemüter als trüber, hoffnungsloser Schatten. Es ist den Vertretern des Deutschen Reiches klar, daß bei der völligen Wehrlosigkeit des deutschen Volkes, dem unerbittlichen Vernichtungswillen der Entente, nur die eindeutige Berufung auf die unabänderlichen deutschen Rechtstitel für die Zurückgabe der geraubten Kolonien unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden Protestmittel entgegenzustellen ist. Andere Mittel stehen der deutschen Delegation und ihrem Führer für die Erzwingung der Rückgabe der deutschen Kolonien zunächst nicht zur Verfügung. Bereits in der Mantelnote der deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919 kommt die Auffassung und der Standpunkt der Deutschen zu klarem Ausdruck. Es heißt dort:

„...Trotz solcher ungeheuerlicher Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelsflotte ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandswerte verzichten. Wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmungen, selbst in den verbündeten Ländern, auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluß sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alle deutschen Vermögen zur Einziehung zu bringen. Kein deutscher Kaufmann wird in ihren Ländern vor solchen Kriegsmaßnahmen geschützt sein. Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten! — Nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben, ihren Beruf auszuüben. Wir sollen also auf jede politische, wirtschaftliche und ideelle Betätigung verzichten...!"

Diese Feststellungen über die ganze Brutalität der „Sieger" sind als erschütternd in ihren furchtbaren Perspektiven zu bezeichnen. Sie werden um so erschütternder, wenn man die Hoffnungen des durch Betrug wehrlos gemachten deutschen Volkes bedenkt, die in der Einleitung dieser Mantelnote zu beredtem Ausdruck kommen, die aber zugleich im Hinblick auf die feierlichen Versprechungen des Präsidenten von jenseits des Ozeanes zu einer unwiderlegbaren Anklage werden. Die Einleitung der Mantelnote vom 29. Mai 1919 lautet also:

„... Wir hofften auf den Frieden des Rechtes, den man uns verheißen! Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindrangen, um so mehr überzeugten wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes...!"

Um den ganzen Umfang des beispiellosen Unrechtes, das mit dem Friedensvertrag von Versailles dem Deutschen Reich und Volk angetan werden soll, aufzuhellen, um aber auch dem deutschen Volk im Hinblick auf die Kolonialprobleme die abgrundtiefe Scheinheiligkeit und das Rattenfängersystem der im Vernichtungswillen vereinten großen Weltdemokratien vor Augen zu führen, erweist es sich als nötig, an dieser Stelle den Ausführungen der Anlage zur deutschen Mantelnote vom 29. Mai 1919 breiteren Raum zu gewähren. Aus den Ausführungen der deutschen Friedensdelegation geht mit eindeutiger Beweiskraft hervor, daß alle Voraussetzungen für den Kolonialraub und die damit verwirklichte Enteignung des deutschen Volkes auf kolonialem Gebiet fehlten, daß das Friedensdiktat mit seinem durch die Brutalität und den Vernichtungswillen erzwungenen Verzicht auf die deutschen Kolonien überhaupt jeder Rechtsgrundlage entbehrt, daß die koloniale Schuldlüge und die damit verbundene koloniale Unwürdigkeitserklärung des deutschen Volkes nur heimtückische politische Kampfmittel der alliierten Regierungen und Staatsmänner darstellen. Das Friedensdokument von Versailles aber ist darüber hinaus ein Dokument des verewigten Verrates aller Zusagen und Versprechungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten, die Woodrow Wilson, die die Staatsmänner der vereinigten Feindmächte dem vertrauenden Volk der Deutschen vor der Waffenniederlegung gegeben haben. Dieser bewußt durchgeführte Verrat kann dem deutschen Volk für immer als ein unveränderliches Warnungszeichen gelten. Die Abrechnung mit diesem Verrat durch die deutsche Friedensdelegation lautet also:

„...Die deutsche Friedensdelegation ist an die Aufgabe des Friedensabschlusses in der Rechtsüberzeugung herangetreten, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch seine Vorgeschichte in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Versailles eine sichere Plattform gegeben sei. Diese Rechtsüberzeugung gründet sich auf folgende Tatsachen:

Am 5. Oktober 1918 ersuchte die deutsche Regierung den Präsidenten Wilson, die Herstellung des Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und auf der Grundlage seiner späteren Kundgebungen, namentlich seiner Rede vom 27. September 1918, in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen und den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes herbeizuführen.

Am 8. Oktober 1918 fragte Präsident Wilson an, ob die deutsche Re-

gierung seine 14 Punkte annehme und der Zweck ihrer Diskutierung nur eine Verständigung über die praktische Anwendung ihrer Einzelheiten sei. Die deutsche Regierung bestätigte dies ausdrücklich und sprach gleichzeitig die Erwartung aus, daß auch die alliierten Regierungen auf dem Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stehen. Außerdem erklärte sie sich zu der von Präsident Wilson als Voraussetzung zur Herbeiführung des Waffenstillstandes geforderten Räumung der besetzten Gebiete bereit.

Nach weiterem Schriftwechsel teilte Präsident Wilson am 23. Oktober 1918 seine Bereitschaft mit, den alliierten Regierungen die Frage eines Waffenstillstandes zu unterbreiten. Er gab dabei bekannt, daß er in Ausführung dieser seiner Absicht den Notenwechsel zwischen ihm und der deutschen Regierung den Alliierten übermittelt habe mit dem Anheimstellen, falls die Alliierten mit den von Deutschland angenommenen Bedingungen und Grundsätzen für den Frieden einverstanden seien, durch ihre militärischen Stellen diejenigen Waffenstillstandsbedingungen zu bezeichnen, die geeignet seien, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten oder zu erzwingen. Deutschland, so wurde ausdrücklich gesagt, könnte durch die Annahme solcher Waffenstillstandsbedingungen den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze des ganzen Friedensvertrages annehme.

Nachdem die deutsche Regierung in bezug auf weitere innerpolitische Angelegenheiten, die Präsident Wilson in seiner letztgenannten Rede vom 23. Oktober berührt hatte, in ihrer Antwort vom 27. Oktober befriedigende Auskunft erteilt hatte, eröffnete Präsident Wilson am 3. November der deutschen Regierung, daß er von den alliierten Regierungen als Antwort auf den von ihm übergebenen Notenwechsel mit der deutschen Regierung ein Memorandum erhalten habe folgenden Inhaltes:

‚Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt worden sind. Sie müssen jedoch betonen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen der Zivilbevölkerung der Alliierten durch seinen Angriff zu Land, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.‘

Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand abgeschlossen. Aus dem Notenwechsel, der zu diesem Waffenstillstand geführt hat, geht hervor:

1. Deutschland hat ausdrücklich als Grundlage für den Frieden ausschließlich die 14 Punkte des Präsidenten Wilson und seine späteren Kundgebungen angenommen. Andere Grundlagen hat weder Präsident Wilson noch irgendeine der alliierten Regierungen nachträglich gefordert.

2. Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen sollte nach der eigenen Versicherung des Präsidenten Wilson der beste Beweis für die unzweideutige Annahme der obenerwähnten Grundbedingungen und Grundsätze für den Frieden seitens Deutschlands sein. Deutschland hat die Waffenstillstandsbedingungen angenommen und schon damit den vom Präsidenten Wilson geforderten Beweis erbracht. Überdies ist es mit allen Kräften bemüht gewesen, die Bedingungen trotz ihrer großen Härte durchzuführen.

3. Die Alliierten haben ebenfalls die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen als Friedensgrundlage angenommen.

4. Es besteht also zwischen beiden Parteien eine feierliche Vereinbarung über die Friedensgrundlage. Wenn die Alliierten sie verlassen wollen, würden sie ein völkerrechtliches Abkommen brechen.

Wie sich aus den dargelegten historischen Tatsachen ergibt, ist zwischen der deutschen Regierung einerseits und den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte anderseits ein unzweifelhaft rechtsverbindliches pactum de contrahendo zustandegekommen. In ihm sind für beide Parteien die Grundlagen für die Gestaltung des Friedens unabänderlich festgelegt.

Was die praktische Anwendung der vereinbarten Grundsätze betrifft, so muß darüber nach den eigenen Worten des Präsidenten Wilson verhandelt werden. Deutschland hat ein Recht auf Diskussion der Friedensbedingungen. Diese Diskussion kann sich nur auf die Anwendung der 14 Punkte und der späteren Kundgebungen Wilsons erstrecken. Würde Deutschland ein Friede anderen Inhaltes aufgezwungen, so wäre das der Bruch einer feierlichen Zusage ...“

Es gibt also für den Führer der deutschen Friedensdelegation, es gibt für den Kampf gegen die vorgelegten Friedensbedingungen in ihrer ganzen Ungerechtigkeit und absoluten Unvernunft, in ihrem Haß und ihrer blindwütigen Rachsucht keine andere Ausgangsbasis als die, immerwährender Berufung auf das von allen Beteiligten feierlich angenommene Wilsonsche Befriedungsprogramm der „Vierzehn Punkte". Dieser Kampf muß allerdings angesichts der brutal sich offenbarenden wirklichen Absichten der Gegner von vornherein als wenig aussichtsvoll erscheinen, insbesondere auch deshalb, weil es an der unantastbaren Autorität einer deutschen Regierung mangelte, die Voraussetzung gewesen wäre, den Kampf auch mit den Mitteln eines praktischen Widerstandes zu führen. Die deutsche Wehr- und Widerstandskraft war aber gerade durch den blinden Glauben an die Reinheit der Wilsonschen Absichten und an die alleinseligmachenden Theorien und Ideologien des Präsidenten der Vereinigten Staaten in allererster Linie unterminiert und zerbrochen worden. Die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation sind für diesen Tatbestand außerordentlich gravierend und für die nunmehr offen zugegebenen Feindbundabsichten unerbittliche Anklage:

„...Im Vertrauen auf die zugesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen hat das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gelegt. Dieses Vertrauen beseelte das deutsche Volk deshalb im besonderen Maße, weil es in dem vertragsmäßigen Abkommen nur eine Zusammenfassung von grundsätzlichen Ideen erblickte, die ihm gegenüber in reicher Fülle schon vorher von den feindlichen Staatsmännern geäußert worden waren. Unsere Gegner haben wiederholt versichert, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk führen, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung. Unsere Gegner wiederholten immer wieder, auf diesen Krieg ohnegleichen solle auch eine neue Art des Friedens folgen, ein Friede des Rechtes und kein Friede der Gewalt. Ein neuer Geist solle von diesem Frieden ausgehen und sich in einem Bunde der Völker verkörpern, zu dessen Gliedern auch Deutschland gehören müsse. Deutschlands Stellung unter den Völkern solle nicht vernichtet werden, und es solle das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker anerkannt werden.

Alle diese Grundsätze waren zusammengefaßt in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson und seinen späteren Erklärungen.

Die uns vorgelegten Friedensbedingungen stehen zu allen solchen Zusicherungen aus dem Munde der gegnerischen Staatsmänner in offenbarem Widerspruch..."

Und nunmehr greift der Führer der deutschen Friedensdelegation mit

hartem Griff hinein in das aufgebaute Lügengewebe der feindlichen Staatsmänner und enthüllt mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit die Wortbrüchigkeit der führenden Staatsmänner und Politiker der Feindbundstaaten, enthüllt die Wertlosigkeit und Heuchelei ihrer Versprechungen, Kundgebungen, Programme, Auslassungen! Das Idol der Weltdemokratie erscheint nunmehr dem prüfenden Auge immer mehr in einem zweifelhaften Licht. Mit der Anpreisung dieses demokratischen Ideals aber hatte man das deutsche Volk zur Aufgabe seiner bisherigen Regierung und seiner Staatsform verführt und zur Niederlegung der Waffen überredet. Gewissenlose, international ausgerichtete Agitatoren haben innerhalb des deutschen Volkes in den Kriegsjahren die Propagierung der im folgenden zu schildernden Rattenfängermethoden der Weltdemokratien übernommen und damit die Geschäfte der Feinde des deutschen Volkes besorgt. Sie tragen neben der brutalen imperialistischen Gier der Feindbundmächte die Hauptschuld und Verantwortung für das Nachkriegsschicksal der deutschen Nation. — Es ist für uns, wenn wir die abgrundtiefe Heuchelei und Verlogenheit der Repräsentanten der Weltdemokratien richtig einschätzen, würdigen und daraus die Nutzanwendung für alle Zukunft ziehen wollen, unabwendbar Pflicht, den weiteren Ausführungen der deutschen Friedensdelegation zu folgen. Die unüberbrückbare Kluft zwischen den zahlreichen feierlichen Versprechungen und Versicherungen der feindlichen Staatsmänner und Regierungen in den letzten Kriegsjahren und ihren „Ruhmestaten", niedergelegt und dokumentiert in dem Friedensvertrag von Versailles, dem Völkerbund und allen daraus resultierenden politischen Folgeerscheinungen, tut sich damit erschreckend auf. Es ist nötig, diesen Ausführungen Raum zu gewähren, denn ursächlich leitet sich das Schicksal des deutschen Kolonialreiches aus diesen Tatsachen her. Die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation lauten also:

„...Daß der Krieg sich nicht gegen das deutsche Volk richtet, sprach der frühere englische Minister Asquith am 27. September in Leeds aus:

‚Der preußische Militarismus war der Gegenstand unseres Kampfes und ist es noch.' Ebenso äußert Lord Robert Cecil am 23. Juli 1917: ‚Wenn in Deutschland wirklich eine demokratische Regierung errichtet würde, so wäre damit eine starke Bürgschaft gegeben, daß die Gefahren, deren man sich in Zukunft von Deutschland zu versehen hätte, entsprechend vermindert würden.' In Übereinstimmung damit sagte der englische Munitionsminister Winston Churchill in einer Rede am 3. Oktober 1914: ‚Wenn die Deutschen entscheidend geschlagen sind und ihr Vertrauen in ihre Regierungsform verloren haben, so daß sie begreifen, daß diese sie nur ins Elend bringt und

zum Feind der Menschheit macht, wenn also das deutsche Volk eine erwachsene Nation wird, wie es die freien Demokratien der Welt sind, wenn dieses infolge der harten Lehre des Krieges geschieht, dann kommt ein wirklicher, dauernder Friede, ein Friede, der heilt, und nicht ein Friede, in dem die Welt durch Furcht und Mißtrauen getrennt wäre aus Folge des Willens einer Nation, sich über die andere zu erheben.'

Das gleiche versicherte Präsident Wilson am 2. April 1917 mit den Worten: ‚Mit dem deutschen Volke haben wir keinen Streit. Wir hegen kein anderes Gefühl ihm gegenüber als das der Sympathie und Freundschaft. Nicht auf seinen Antrieb hat die deutsche Regierung diesen Krieg unternommen, auch nicht mit seinem Wissen oder seiner Billigung. Es wird um so leichter werden, in unserer Kriegsführung den hohen Geist der Rechtlichkeit und Billigkeit walten zu lassen, weil wir ohne Bitterkeit handeln, weil wir keine Feindschaft gegen ein Volk hegen und auch keinen Wunsch haben, es irgendwie zu schädigen oder zu benachteiligen, sondern nur einer unverantwortlichen Regierung bewaffneten Widerstand leisten.' Und am amerikanischen Flaggentage äußerte Präsident Wilson 1917 in Washington: ‚Wir wissen es heute noch ebensogut, wie wir es vor dem Eintritt in den Krieg wußten, daß wir ebensowenig ein Feind des deutschen Volkes sind, wie dieses der unsere ist. Das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet oder gewollt, noch auch gewünscht, und wir haben ein dunkles Bewußtsein, daß wir nicht nur für unsere eigene Sache kämpfen, sondern auch für die seinige, wie sie sich ihm dereinst darstellen wird.' In einer Ansprache am 4. Dezember 1917 heißt es: ‚Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art enden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben.' In seiner Ansprache am 6. April 1918 in Baltimore hat Präsident Wilson gesagt: ‚Wir wollen keine Ungerechtigkeit und haben keine Angriffsabsichten. Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und Deutschland genau so wie die anderen Mächte redlich zu behandeln. Bei diesem Endurteil kann kein Unterschied zwischen den Völkern gemacht werden, wenn es wirklich gerecht ausfallen soll. Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch behandelten und mit dem leidenschaftlichen Wunsche, nach allen Seiten gerecht zu sein, wie auch der Krieg ablaufen möge. Denn wir fordern nicht, was wir nicht ebenfalls zu bewilligen bereit wären ..."

Die Ausführungen der Anlage zu der Mantelnote der deutschen Friedens-

delegation ergehen sich im Anschluß an die Zitierung der heiligen Versicherungen der feindlichen Staatsmänner in Schilderungen der innerpolitischen Umwälzungen im Deutschen Reich, die zweifellos nicht zumindest als Folgeerscheinung dieser Versprechungen und Versicherungen anzusehen sind, sie schildert die Abdankung der regierenden Staatsoberhäupter, die Ablösung der bisherigen deutschen Staatsform durch die Schaffung einer republikanischen Volksregierung, also die Verwirklichung der von den Staatsmännern der Feindbundmächte als Ideal hingestellten vollkommenen Demokratie nach empfohlenen Mustern. Das deutsche Volk, gegen das die feindlichen Regierungen und Staatsmänner angeblich keinerlei feindliche Absichten hegen, sondern nur „Gefühle der Freundschaft und Sympathie", kann sich in der gewählten demokratisch-republikanischen Staatsform vollständig selbst regieren und sein Geschick bestimmen. Alle Gewalt geht in diesem neuen Deutschland vom Volke aus! Die neue deutsche Staatsverfassung und Regierungsform entsprechen also vollkommen dem Ideal der großen Demokratien dieser Erde. Darüber hinaus kann die fast vollständige Abkehr des deutschen Volkes von dem „preußischen Militarismus" als bester Beweis für den bereits erlangten hohen Stand der neudeutschen, demokratischen Gesinnung gelten! In diesem neuen Deutschland wird von deutschen Weltbeglückungsaposteln der Wilsonsche Völkerbund mit nicht weniger klingenden Worten und glühender Leidenschaft gepredigt als der Idealzustand eines Friedensbundes aller Nationen, wie anderswo, wie vor allen Dingen in Paris, London und Washington! Deutschland hat vor allen Dingen in peinlichster Erfüllung des grausam harten Waffenstillstandes bis zur Aufgabe jeder Wehrhaftigkeit abgerüstet. Von dem verhaßten „preußisch-deutschen Militarismus" ist bis auf wenige feldgraue Verbände, die kaum den Anforderungen der Aufrechterhaltung der Ordnung genügen, wirklich kaum noch etwas zu verspüren. — Und dennoch kommen die großen, beredten Prediger des demokratischen Staatsideals, kommen die Wilson, Balfour, Lloyd George, Clemenceau, Lord Robert Cecil usw. usw. als wahre Rattenfänger zu Versailles zu einem Friedensdiktat und zu Friedensbedingungen, die mit der gepredigten demokratischen Überzeugungstreue und mit der Feinheit und Empfindsamkeit des demokratischen Weltgewissens nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun haben. Die Fratze des Hasses gegen alles Deutsche, die Fratze der Lüge, der Scheinheiligkeit, der Heuchelei, des Betruges, der gemeinsten Brutalität und des rücksichtslosesten Vernichtungswillens enthüllte sich zu Versailles in ihrer grauenhaftesten Form! Was sollen Worte und heilige Versprechungen demokratischer Staatsmänner und Völker-

beglückungsapostel überhaupt noch für einen Wert haben, wenn man den Blick hinrichtet auf die unausgleichbare Disharmonie, auf die offenen Widersprüche zwischen eben diesen Worten und Versprechungen, zwischen diesen Zusicherungen und Verkündungen und den Friedensbedingungen von Versailles? — Das deutsche Volk hat diesen Versicherungen einmal vertrauensvoll des Herzens gegenübergestanden und ist durch die Folgen dieses Vertrauens für alle Zeiten geheilt worden! Das deutsche Volk ist willens, niemals mehr die Wiederholung des Rattenfängerspieles demokratischer Staatsmänner und Diplomaten zu dulden! Das deutsche Volk hat neben anderen furchtbaren Folgen, resultierend aus dem demokratischen Friedensvertragswerk zu Versailles, den Verlust der deutschen Überseebesitzungen zunächst hinnehmen müssen. Allein der Kolonialraub schon hat dem deutschen Volk den hohen Stand „demokratischen Denkens und Handelns" für alle Zeiten bewiesen!

Die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation fahren anklagend gegen die Feindbundmächte also fort:

„... Der Friede, der mit Deutschland geschlossen werden soll, sollte ein Friede des Rechtes, kein Friede der Gewalt sein.

So versprach am 18. September 1917 der französische Minister Painlevé im Senat und in der Deputiertenkammer den Abschluß: „... nicht eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der den Keim der nächsten Kriege in sich schlösse, sondern eines gerechten Friedens.' Am 12. Dezember 1917 sagte derselbe Staatsmann von den Alliierten: ‚Sie kämpfen, damit endlich die Nationen den Frieden kennenlernen, die Gerechtigkeit, die Achtung vor dem Rechte, ohne unter eiserne Gesetze gebeugt zu werden!' Am 27. September 1917 sagte der Minister des Äußeren, Pichon, in der Deputiertenkammer: ‚Siegen? Warum? Eroberungen machen, um Völker zu unterdrücken, um zu herrschen? Nein! Um der Welt einen Frieden der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit entsprechend den Abstimmungen der Kammer und den Erklärungen der Alliierten zu verschaffen.'

Der englische Minister Asquith erklärte in seiner Rede in Leeds am 27. September 1917: ‚Noch weniger kann man einen der Welt würdigen Frieden von einem der Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrag erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet ließe und geschichtlichen Überlieferungen, Ansprüchen und der Freiheit der betreffenden Völker nicht entspräche. Solche sogenannten Verträge haben die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich und bereiten ganz einfach einen furchtbaren Nährboden für künftige Kriege.'

Am 10. Januar 1918 erklärte der Minister Balfour in Edinburg: ‚Wir

gingen niemals in den Krieg für selbstsüchtige Zwecke, und wir werden den Krieg auch nicht für selbstsüchtige Zwecke zu Ende kämpfen!'

Am 4. September 1915 sagte der englische Minister Bonar Law in der Guild Hall: ‚Wir kämpfen für die sittlichen Kräfte der Menschheit und für das Recht der öffentlichen Gerechtigkeit, die Grundlage der Gesittung. Wir kämpfen für Recht gegen Macht!'

Am 22. Oktober 1917 forderte der englische Ministerpräsident Lloyd George im Unterhaus: ‚Wir dürfen Deutschland keine Waffe in die Hand geben dadurch, daß wir ihm ein wirkliches Unrecht zufügen!', und in seiner Rede vom 5. Januar 1918 sagte er: ‚Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein; wir dürfen keine neue elsaß-lothringische Frage haben, aus dem einfachen Grunde, weil wir sonst den Fehler Deutschlands wiederholen würden!' — Ebenso bezeichnet der General Smuts am 17. Mai 1918 gegenüber den Werftarbeitern von Clyde als Ziel des Krieges die Sicherung der Freiheit und der Rechte aller Nationen.

Am 2. April 1917 sagte Präsident Wilson in seiner Ansprache an die beiden Häuser des Kongresses: ‚Wir werden zufrieden sein, wenn die Rechte der Menschheit soweit sichergestellt sind, wie sie durch das gegenseitige Vertrauen und die Freiheit der Völker sichergestellt werden können.' Und am 4. Dezember 1917 verkündete er in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß folgendes: ‚Ich glaube, daß ich für das Volk spreche, wenn ich zweierlei sage: wenn die Zeit kommt, wo wir über den Frieden sprechen können, und wenn diese Sprecher bereit sein werden, sich namens ihres Volkes dem allgemeinen Urteil der Nationen darüber zu unterwerfen, was künftig die Grundlage von Recht und Abmachung im Leben der Welt sein soll; alsdann werden wir freudig bereit sein, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen und ihn ohne Murren zu zahlen. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird. Es wird volle unparteiische Gerechtigkeit sein, Gerechtigkeit in jedem Punkt und gegen jede Nation, die die schließliche Auseinandersetzung angeht, unsere Feinde ebenso wie unsere Freunde...' In derselben Rede heißt es von den wiedergutzumachenden Rechtsverletzungen: ‚Sie können und dürfen nicht durch die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen gegen Deutschland und seine Bundesgenossen gutgemacht werden. Die Welt wird die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen als ein Mittel zur Wiederherstellung und Auseinandersetzung nicht zulassen. Die Staatsmänner müssen nachgerade gelernt haben, daß die öffentliche Meinung der Welt allerwärts wach geworden ist, und die Fragen, um die es sich handelt, vollständig versteht.'

In seiner Ansprache an die mexikanischen Journalisten am 9. Juni 1918 versprach Präsident Wilson die Wahrung des Grundsatzes, daß das Interesse des Schwächsten und des Stärksten gleich heilig sein solle: ‚Das ist es, was wir meinen, sofern wir das aufrichtig, verständnisvoll und mit wirklicher Kenntnis und Auffassung des Gegenstandes tun. Wenn es in der Tat und Wahrheit das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland vereinten Regierungen und Völker ist, in den kommenden Friedensverhandlungen einen sicheren und dauernden Frieden zustande zu bringen, so werden alle, die am Verhandlungstische Platz nehmen, bereit und willens sein, den einzigen Preis zu zahlen, um den er zu haben ist. Auch müssen sie bereit und willens sein, mit männlichem Mute das einzige Werkzeug zu schaffen, das die Ausführung der Friedensbedingungen sicherstellen kann. Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte, gleichgültig, wessen Interesse dabei durchkreuzt wird, und nicht nur unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch Befriedigung aller Völker, deren Geschicke zur Entscheidung kommen!‘ – Und in seiner Rede am 11. Februar 1918 charakterisiert der Präsident das Friedensziel folgendermaßen: ‚Was wir anstreben, ist eine neue internationale Ordnung, die auf weitherzigen und universellen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit beruht... nicht ein bloßer Friede aus Fetzen und Flicken.‘

Das Friedensdokument zeigt, daß keine dieser wiederholten feierlichen Versicherungen eingehalten worden ist...“

Über die Ausführungen und Zitierungen des deutschen Außenministers hinaus könnte man die Liste solcher und ähnlicher Aussprüche und feierlicher Versprechungen und Beteuerungen feindlicher Staatsmänner und Staatsoberhäupter der großen Weltdemokratien beliebig lange fortsetzen, ohne sich der Gefahr eines allzu früh auftretenden Mangels auszusetzen. Die Versprechungen waren billig wie Bettelsuppen, die man dem vertrauenden Volk der Deutschen gegeben hat. Über ihre allgemeine Bedeutung für den abzuschließenden Frieden hinaus bekommen alle diese Versicherungen einen sonderbaren Charakter, wenn man gewillt ist, ihre Verwirklichung zu überprüfen an der getroffenen Lösung des Kolonialproblems. So wird der Punkt V des Wilson-Programms der „Vierzehn Punkte“ zur absoluten Farce und die Predigten des amerikanischen Präsidenten zu Rattenfängermelodien.

Die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation im Anhang zur Mantelnote vom Mai 1919 haben selbst zu einer Änderung des Kolonialproblems und seiner Lösung nach dem Willen der englischen und französischen Raubpolitiker nichts vermocht, aber sie können auch heute noch, und dieses mehr

als jemals zuvor, als Argumente dafür herbeigezogen werden, daß weder die deutsche Friedensdelegation, noch deren Führer, der deutsche Außenminister, noch das Deutsche Reich und Volk jemals den Kolonialraub als zu Recht geschehen hingenommen haben und jemals hinnehmen werden. Das Recht des deutschen Volkes auf koloniale Betätigung ist gerade auch im Gedenken an die zahlreich verschwendeten Phrasen der Feindbundstaatsmänner von „Recht und Gerechtigkeit“ im Hinblick auf den abzuschließenden Frieden als obersten Grundsätzen, als unveräußerlich und unabänderlich anzusehen. Der beabsichtigte Verzicht, später durch Gewaltandrohung erzwungen, kann an dieser klaren Rechtslage nichts ändern. Die deutsche Friedensdelegation ist sich ihrer hohen Aufgabe hinsichtlich der Lösung des Kolonialproblems bewußt gewesen. Ihre Ausführungen zu den, die Lösung des Kolonialproblems betreffenden Friedensbedingungen sind also von grundlegender Bedeutung und nicht zu leugnender Wichtigkeit. Bereits die allgemeinen Bemerkungen in der scharfen Entgegnung auf die Friedensbedingungen enthalten prinzipielle Feststellungen von größter Tragweite:

„...Auch die Regelung der Kolonialfrage widerspricht dem Rechtsfrieden. Denn das Wesen staatlicher Betätigung auf kolonialem Gebiet besteht nicht in kapitalistischer Ausbeutung einer minderentwickelten Menschenrasse, sondern in der Gewinnung zurückgebliebener Völker für höhere Kultur. Daraus folgt ein naturrechtlicher Anspruch der fortgeschrittenen Mächte, an der kolonialen Betätigung beteiligt zu sein. Diesen naturrechtlichen Anspruch hat auch Deutschland, dessen Leistungen auf kolonialem Gebiet unbestreitbar sind. Er wird durch einen Friedensvertrag, der Deutschland seiner sämtlichen Kolonien beraubt, nicht erfüllt...“

Über diese grundsätzlichen Feststellungen hinaus, die zweifellos weder den Beifall noch das Verständnis der alliierten Imperialisten finden, geht die deutsche Friedensdelegation in allen Einzelheiten auf die beabsichtigte Lösung der kolonialen Fragen ein. Sie erwidert in ihrer Anlage zur Mantelnote vom 29. Mai 1919 den Annexionisten der Feindbundmächte folgendes:

„...Artikel 119 des Entwurfes verlangt von Deutschland den Verzicht auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen. Die Bestimmung steht in unvereinbarem Widerspruch zu Punkt V der Kongreßrede vom 8. Januar 1918, worin Präsident Wilson eine freie, aufrichtige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche verheißt. Die Grundlage jeder unparteiischen Regelung ist, daß vor der Entscheidung die Parteien gehört und ihre Ansprüche geprüft werden. Artikel 119 weist die deutschen Ansprüche von vornherein zurück, ohne daß

Deutschland überhaupt in die Lage versetzt worden ist, sie geltend zu machen.

Deutschlands Anspruch auf seine Kolonien gründet sich in erster Linie auf die Tatsache, daß es sie rechtmäßig erworben und in zäher, erfolgreicher Arbeit mit vielen Opfern entwickelt hat. Sein Besitzstand ist von allen Mächten anerkannt. Wo Streitigkeiten mit anderen Mächten über einzelne Gebietsteile bestanden haben, sind sie im Wege der Vereinbarung oder des Schiedsspruches beigelegt worden.

Der Besitz der Kolonien ist für Deutschland in Zukunft noch mehr als früher notwendig, weil es schon im Hinblick auf die ungünstige Gestaltung der Valutaverhältnisse die Möglichkeit haben muß, die für seine Volkswirtschaft erforderlichen Rohstoffe soviel wie möglich aus eigenen Kolonien zu gewinnen. Es benötigt auch bei seinen durch den Ausgang des Krieges geschmälerten Erwerbsmöglichkeiten den aus der Eigenerzeugung zu erzielenden Gewinn.

Deutschland bedarf seiner Kolonien ferner als Absatzgebiete für seine Industrie, um Rohstoffe tunlichst mit eigenen Fabrikaten bezahlen zu können, und als Betätigungsfeld für seinen Handel. Es hofft, daraus Hilfe zu erlangen, um den im Friedensvertrag festgesetzten Verpflichtungen nachzukommen.

Endlich braucht Deutschland Kolonien, um Siedlungsgebiete, wenigstens für einen Teil des Überschusses seiner Bevölkerung, zu haben, um so mehr, als durch den Ausgang des Krieges die Notwendigkeit der Auswanderung vermehrt und die Auswanderungsmöglichkeit beschränkt wird.

Als ein großes Kulturvolk hat das deutsche Volk das Recht und die Pflicht, an der wissenschaftlichen Erforschung der Welt und an der Erziehung unentwickelter Rassen als einer gemeinsamen Aufgabe der zivilisierten Menschheit mitzuarbeiten. Es hat nach dieser Richtung in seinen Kolonien außerordentliches geleistet. Diese Feststellung und der aus ihr abgeleitete Anspruch wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß bei der Verwaltung der deutschen Kolonien Mißgriffe und Fehler vorgekommen sind, wie die Kolonialgeschichte aller Völker sie aufzuweisen hat. Deutschland hat einen moralischen Anspruch darauf, seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können.

Deutschlands Verbleiben in seinen Kolonien ist aber ebensosehr in den Interessen der farbigen Bevölkerung dieser Gebiete begründet. Die deutsche Verwaltung hat die verheerenden und unaufhörlichen Raubkriege der Stämme, die Willkür der Häuptlinge und Zauberer, den Sklavenraub und Sklavenhandel und die mit dem allen gegebene Unsicherheit des Lebens und

Eigentums beseitigt. Sie hat dem Lande Frieden und Ordnung gebracht und die Bedingungen für einen ungefährdeten Handel und Verkehr geschaffen. Eine unparteiische, die Anschauungen und Gebräuche der Eingeborenen berücksichtigende Rechtsprechung bot Schutz vor Bedrückung und Ausbeutung auch gegenüber den Weißen. Die Erschließung des Landes durch Straßen und Eisenbahnen für den Weltverkehr und seinen Handel und die Förderung vorhandener und die Einführung neuer Kulturen hat das wirtschaftliche Leben der Eingeborenen auf eine höhere Stufe gehoben. Die Verwaltung war zugleich bemüht, die eingeborene Bevölkerung durch weitgehende soziale Fürsorge zu schützen, insbesondere durch Arbeitergesetzgebung und Überwachung des Abschlusses von Verträgen zwischen Weißen und Farbigen. Die wissenschaftliche Erforschung und planmäßige Bekämpfung der Menschen- und Tierseuchen, Malaria, Pocken, Schlafkrankheit, Rinderpest u. dgl., an der erste deutsche Autoritäten, wie Robert Koch, tätigen Anteil nahmen, eine umfassende Gesundheitspflege, und die Errichtung von Krankenhäusern haben die segensreichsten Folgen für Leben und Gesundheit der Eingeborenen gehabt.

Ein durchgebildetes Schulwesen, das auch Handwerker und Ackerbauschulen umfaßte, diente der geistigen und wirtschaftlichen Erziehung der Eingeborenen. Die deutschen Kolonien gehörten zu den am schnellsten und hoffnungsvollsten sich entfaltenden Arbeitsfeldern der christlichen Missionen beider Konfessionen.

Aus dem allen ergibt sich, daß Deutschland das Interesse seiner Eingeborenen gewahrt hat. Es hat sich insbesondere jeglicher Militarisierung seiner Eingeborenen von Anfang an streng enthalten und würde daher einem internationalen Verbot der Militarisierung rückhaltlos zustimmen. Deutschland hat bereits bisher an allen internationalen Regelungen wichtiger kolonialer Fragen, wie Abschaffung des Sklavenhandels, Unterdrückung des Waffenhandels und des Alkoholmißbrauches und Bekämpfung der Schlafkrankheit, regsten Anteil genommen. Auch soweit keine internationale Bindung vorlag, hat Deutschland im Gegensatz zu einigen anderen bedeutenden Kolonialmächten in seinen Kolonien stets den Grundsatz der offenen Tür unter tatsächlich völlig gleicher Behandlung fremder Staatsangehöriger durchgeführt.

Zahlreiche Zeugnisse angesehener Kolonialschriftsteller des Auslandes vor dem Kriege, ebenso wie die Anhänglichkeit der Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete, insbesondere Ostafrikas während des Krieges, beweisen die Aufrichtigkeit und die großen Erfolge deutscher kolonisatorischer Arbeit.

Aus vorstehenden Gründen wird die in den Artikeln 119 und 125 erhobene feindliche Forderung eines Verzichtes Deutschlands auf seine Kolonien für ungerechtfertigt gehalten.

Ohne die ablehnende Haltung gegenüber der Forderung des Verzichtes auf die Kolonien irgendwie aufzugeben oder abzuschwächen, wird zu den Modalitäten, unter denen die Abtretung verlangt wird, unter dem Vorbehalt der Ergänzung folgendes bemerkt:

Die Forderung, daß alles bewegliche und unbewegliche Staatseigentum in den Kolonien auf die Mandatarmächte ohne irgendeine Entschädigung übergehen soll, ist unbillig und eine ungerechtfertigte Annahme von dem Grundsatze, daß der Wert des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten Deutschland gutgebracht werden soll. Was die Schuldenfrage betrifft, so will der Entwurf weder die abgetretenen Kolonien noch die Mandatarmächte einen Teil der Schulden des Reiches und der Bundesstaaten übernehmen lassen. Demgegenüber müßte verlangt werden, daß der übernehmende Staat alle Aufwendungen erstattet, die vom Reiche zugunsten der betroffenen Schutzgebiete und ihrer Verwaltung gemacht worden sind, und daß die abzutretenden Gebiete selbst mit den von ihnen aufgenommenen Verbindlichkeiten belastet bleiben.

Der deutsche Privatbesitz soll der Willkür der Mandatarstaaten preisgegeben werden. Sie dürfen alles Eigentum der Deutschen und der von Deutschen kontrollierten Gesellschaften liquidieren, die verhängten Kriegsmaßnahmen aufrechterhalten und neue Maßnahmen dieser Art ergreifen. Die Mandatarstaaten dürfen ferner nach ihrem Belieben die Deutschen von Haus und Hof vertreiben, auch wenn sie dort seit Jahren ansässig oder selbst dort geboren waren, und das Land der deutschen Betätigung dauernd verschließen. Diese Regelung macht allen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Grundregeln zum Trotz die Deutschen auf dem Gebiet des Privatrechtes und der persönlichen Bewegungsfreiheit rechtlos.

Das Verlangen, daß Deutschland französischen Staatsangehörigen Schäden aus der Zeit vor dem Kriege ersetzen soll, steht im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsabkommen und ist auch sonst unbillig.

Im höchsten Maße unbillig ist auch das Ansinnen, daß Deutschland sich hinsichtlich der künftigen Regelung der in den Generalakten von Berlin und von Brüssel behandelten Gegenstände für die Dauer blind dem Willen der Gegner unterwerfen soll.

Hiernach kommt die deutsche Regierung hinsichtlich der deutschen Schutzgebiete zu folgendem Ergebnis:

1. Für die formelle Behandlung der Kolonialfragen wird folgender Vorschlag gemacht:

In Nr. V der 14 Punkte aus der Kongreßbotschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 ist eine absolut unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesagt. Eine unparteiische Schlichtung setzt die Anhörung beider Teile vor der Entscheidung voraus. Eine solche ist nicht erfolgt. Unter Berufung auf jene Zusicherung und insbesondere unter Berufung auf den Grundsatz, daß die Regelung der kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der Regierungen wie der Bevölkerungen mit gleichem Gewicht erfolgen solle, wird der Vorschlag gemacht, die Kolonialfragen an einen besonderen Ausschuß zu verweisen.

2. Für die materielle Erledigung gilt folgender Vorschlag:

Die in den Artikeln 119 ff. des Friedensvertragsentwurfes vorgesehene Forderung des Verzichtes Deutschlands auf seine überseeischen Besitzungen ist nach der Überzeugung der deutschen Friedensdelegation mit den auf Ziffer V der Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 fußenden Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages nicht in Einklang zu bringen. Die deutsche Regierung hält vielmehr den Anspruch Deutschlands auf Wiederherausgabe des deutschen Kolonialbesitzes für gerechtfertigt; Deutschland ist aber bereit, wenn ein Völkerbund zustande kommt, in den es sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wird, die Verwaltung seiner Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu führen, gegebenenfalls als dessen Mandatar ..."

Die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation entbehren also nicht der Zusicherung des guten Willens zu einer Verständigung auf der Basis der Vernunft und des Punktes V des Wilson-Programmes, sie stellen anderseits aber ebenso klar und unzweideutig den festen Willen heraus, die Forderung auf die unverzügliche und bedingungslose Zurückgabe der deutschen Kolonien zum unwandelbaren Gesetz zu erheben und die Verzichterklärung, ausgesprochen in den Friedensbedingungen, niemals als zu Recht bestehend anzuerkennen oder gar durch erzwungene Unterschrift zu sanktionieren. Aus den Ausführungen der deutschen Friedensdelegation ist zum Verständnis der Friedensbedingungen, soweit sie die Enteignung der deutschen Überseebesitzungen zum Gegenstand haben, mit eindeutiger Klarheit die Größe und Wichtigkeit des Problems für Deutschland und zugleich für den Frieden der Welt zu erkennen, es ist weiterhin abzusehen die geradezu wahnsinnige Vernichtungspolitik der Feindbundmächte und die völlige Verlogenheit ihrer Argumentierung in der Kolonialfrage. Niemandem kann auch mehr die

zweifelhafte Rolle des Präsidenten der Vereinigten Staaten unerkennbar sein. Es gibt kaum einen Menschen, der es nicht vermöchte, auf dem Wege über die gewonnenen Einsichten das völlige Versagen des amerikanischen Heilspropheten in der Frage der Befriedung der europäischen Welt eindeutig als die Hauptursache für die Verwirklichung der Raubabsichten der alliierten Imperialisten dem vertrauenden Volk der Deutschen gegenüber zu erkennen. — Soweit die wirtschaftlichen Fragen behandelt und ihre brutale Lösung durch die Feindbundmächte entschleiert wird, ist eine ergänzende Ausführung eines der größten Kenner der afrikanischen Fragen, des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, von bedeutungsvollem Interesse. Er sagt in eindeutigen Worten über den großen wirtschaftlichen Betrug am deutschen Volk, begangen durch die entschädigungslose Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes, folgendes:

„Wären die deutschen Kolonien unter die siegreichen Mächte mit Übertragung der vollen Souveränitätsrechte verteilt worden, so wäre eine Anrechnung auf die Tributforderungen jener Mächte wohl nicht zu umgehen gewesen. Unter dem Mandatsystem erhielten die feindlichen Mächte Deutschlands koloniale Besitzungen, ohne irgendeinen ihrer Entschädigungsansprüche aufzugeben!"

Es ist bezeichnend, daß unter diesem Gesichtspunkt auch der Mandatsgedanke in dem seltsamen Zwielicht der politischen Raubabsichten der alliierten Imperialisten erscheint, daß der Mandatsgedanke letzten Endes damit den Raubpolitikern noch zu einem Mittel geworden ist, die entschädigungslose Enteignung der deutschen Kolonien praktisch zu erreichen und dabei aber dennoch die Möglichkeit zu besitzen, die tatsächlich durchgeführte „Annexion im alten Stil" zu bemänteln.

Viele außerordentlich wichtige politische Erwägungen veranlaßten die deutsche Friedensdelegation hinsichtlich der deutschen Rechte im Fernen Osten die folgende Regelung als vollendete Tatsache hinzunehmen:

„... Deutschland ist bereit, auf seine sämtlichen Rechte und Privilegien bezüglich Kiautschaus und Schantungs zu verzichten.

Deutschland muß aber dabei voraussetzen, daß die Entschädigung für staatliches und privates Eigentum, das von Artikel 156 Abs. 2 und Artikel 157 betroffen wird, nach den allgemeinen Grundsätzen erfolgen wird, die hinsichtlich solcher Entschädigungen im Friedensvertrage aufgestellt werden ..."

Jeder Satz des Friedensvertrages, soweit er die Regelung und Lösung der kolonialen Fragen zum Gegenstand und Inhalt hat, ist offensichtlich

von Haß und Neid und von einem unbändigen Vernichtungswillen diktiert worden. Der Niederschlag aus den jahrelang propagierten Absichten, aus den mehr oder weniger geheimen Besprechungen und Vertragsschließungen zwischen den Alliierten, aus den unerbittlich mit dem Ziel der kolonialen Enteignung geführten Verhandlungen im „Rat der Zehn" hat unter Verleugnung aller gepredigten Grundsätze von Menschenrecht und Gerechtigkeit in den Bestimmungen des Friedensvertrages geradezu unbeschreibliche Formen angenommen. Aus konstruierter Kolonialschuld- und Kriegsschuldlüge leiten nunmehr die Imperialisten im Lager der Feinde das souveräne, unantastbare Recht ab zu jeder, auch der grausamsten Vergeltungs- und Rachemaßnahme. Oder ist etwa die Vertreibung der deutschen Kolonisatoren, der Farmer, Kaufleute, ja selbst der Missionare aus den deutschen Überseebesitzungen und ihre brutale Beraubung nicht von Haß und Vernichtungswillen diktiert? Sind die Maßnahmen selbst gegen die deutschen Missionen, deren segensreiches Wirken in den tropischen Zonen von aller Welt in oftmals begeisterten Worten anerkannt worden ist, aus dem Geist christlicher Staatsmänner entsprungen? — So ist es kein Wunder, daß die Ausführungen der deutschen Friedensdelegation in diesem Punkte zu einer bitteren Anklage werden.

„Auch in seinem persönlichen Aufenthalt in Überseeländern und selbst in den deutschen Kolonien wird jeder Deutsche unter eine unerträgliche Kontrolle und Ungewißheit gestellt. Darüber, ob er in den deutschen Kolonien leben darf, entscheiden die alliierten und assoziierten Mächte. Dies nimmt nach solcher radikalen Schädigung dem Kaufmann die letzte Möglichkeit, auch hier in mühsamer Arbeit einen langsamen Wiederaufbau vorzubereiten. An keiner Stelle des Vertrages ist davon die Rede, daß Deutsche, in ähnlicher Weise wie bei uns die Angehörigen der alliierten assoziierten Mächte, zu ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren dürfen. Versucht der Kaufmann, derart eingeengt, von seinem eigenen Heimatslande aus die deutsche Überseewirtschaft zu erneuern, so verfolgt ihn auch hier die Kommission für die Wiederherstellung mit ihren diktatorischen Befugnissen ..."

Mit den finanziellen Auswirkungen des Kolonialraubes beschäftigte sich innerhalb der deutschen Friedensdelegation eine besondere Kommission berufener Fachleute. Die Arbeit gerade dieser Kommission aber ist besonders undankbar und hart, sie wird erschwert durch die abgrundtiefe Verschlagenheit und Heimtücke, die sich in den finanziellen Bedingungen des Friedensvertragswerkes auswirken. Die Finanzkommission der deutschen Friedensdelegation kommt hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Auswir-

kungen der vom Feindbund herbeigeführten Regelung der kolonialen Fragen zu folgenden eindeutigen Feststellungen, die in der Anlage zur deutschen Mantelnote an die Alliierten und Assoziierten am 29. Mai 1919 zur Kenntnis der Feindbundmächte gebracht werden.

„...Ohne der Frage über die verlangte Abtretung der deutschen Schutzgebiete irgendwie vorgreifen zu wollen, müssen wir auch aus finanziellen Gesichtspunkten folgendes betonen: Die Wegnahme soll erfolgen ohne Übernahme auch nur eines Teiles der Schulden des Reiches oder der Bundesstaaten. Deutscherseits müßte, falls es zur Abtretung von Schutzgebieten kommen sollte, verlangt werden, daß die abgetretenen Gebiete mit denjenigen Schulden belastet bleiben, die sie teils mit, teils ohne Garantie des Reiches aufgenommen haben, unter Befreiung des Reiches von der Garantie, und daß der erwerbende Staat dem Reiche alle von ihm zugunsten der abgetretenen Gebiete gemachten Aufwendungen erstattet. Die Wegnahme der Schutzgebiete steht aber überhaupt im Widerspruch mit den Grundlagen des Waffenstillstandes. In den 14 Punkten des Präsidenten Wilson heißt es unter Punkt V: ‚Eine voreingenommene, ehrliche und unbedingt unparteiische Schlichtung aller Kolonialansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.' Von einer Wegnahme der Kolonien überhaupt, und insbesonders ohne Anrechnung, ist danach im Programm des Präsidenten Wilson keine Rede. Für Deutschland aber sind die Kolonien in so weitgehendem Maße Bestandteile der eigenen Volkswirtschaft geworden, sie sind so wertvolle Teile seines internationalen Kapitals, daß es schon aus finanziellen Gründen nicht auf Kolonialbesitz verzichten kann..."

Über diese Stellungnahme der Finanzkommission hinaus aber gehen die Ausführungen der Anlage zur Mantelnote der deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919, wenn sie die Frage aufwerfen, ob es Absicht der Feindbundmächte sei, Deutschland mit diesem sogenannten Instrument des Völkerfriedens, mit den Bedingungen des Friedensvertrages vernichten zu wollen. Wenn diese Ausführungen auch das gesamtdeutsche Problem im allgemeinen darzustellen unternehmen, so treffen sie doch für das deutsche Kolonialproblem und seine rücksichtslos brutale Lösung durch die Alliierten im besonderen zu.

„Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt zugesichert,

daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinauswollen. ‚Wer hätte jemals gewünscht', erklärte Ministerpräsident Lloyd George am 19. September 1916 im Unterhaus, ‚der Nationalexistenz Deutschlands oder seiner freien nationalen Entwicklung ein Ende zu machen?' Am 20. Februar 1918 sagte das Mitglied im englischen Kriegsrat, Lord Milner: ‚Wir kämpfen nicht, um Deutschland zu vernichten... wir kämpfen nicht, um Deutschland seine Unabhängigkeit zu nehmen oder um es von seinem billigen Anteil an dem Handelsverkehr der Welt auszuschließen.' Am 27. Dezember 1917 nahm der französische Minister des Äußern, Pichon, in seinem Bericht an die Deputiertenkammer darauf Bezug, daß auch in der Antwort der Alliierten auf die Botschaft Wilsons keine Rede sei von der Vernichtung des deutschen Volkes.

‚Amerika muß zeigen', sagte Präsident Wilson am 26. Oktober 1916 in Cincinnati, ‚daß es bereit ist, nicht nur seinen moralischen Einfluß, sondern auch seine physische Kraft zur Verfügung zu stellen, wenn andere Nationen mit ihm zusammen dafür sorgen wollen, daß keine Nation und keine Gruppe von Nationen versucht, eine andere Nation oder eine andere Gruppe von Nationen auszunützen, und daß das einzige, wofür gekämpft worden ist, die allgemeinen Rechte der Menschheit sind.' In der Antwort des Präsidenten auf die Note des Papstes vom 27. August wird festgestellt: ‚Das amerikanische Volk glaubt, daß der Friede auf dem Recht der Völker, ob groß oder klein, ob schwach oder mächtig, ruhen sollte, auf ihrem gleichen Rechte, auf Freiheit, Sicherheit, Selbstherrschaft und einer auf ehrlicher Bestimmung aufgebauten Beteiligung an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Welt, worin natürlich das deutsche Volk eingeschlossen wäre, sofern es die Gleichberechtigung annähme und nicht Oberherrschaft suchen will.'

Ferner bezeichnete Präsident Wilson am 8. Januar 1918 in einer Ansprache an den Kongreß als Bedingung für den gerechten Frieden ‚die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung einer Gleichheit der Handelsverhältnisse für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verpflichten'; und nach seiner Neuyorker Rede vom 27. September 1918 soll wirtschaftlicher Boykott nur noch als Maßregel geordneter Exekutive des Völkerbundes geduldet werden.

Im Widerspruch dazu zeigt das Friedensdokument, daß Deutschland als Weltvolk schlechterdings vernichtet werden soll. Den Auslandsdeutschen wird die Möglichkeit genommen, die alten Verbindungen im Auslande fortzusetzen und Deutschland einen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu sichern, indem

ihr bisher eingezogener Besitz verwendet wird für die Wiedergutmachung, statt ihnen ersetzt zu werden.

Ebenso wird es jedem Deutschen unmöglich gemacht, seinem Vaterland einen Anteil am Welthandel zu erwerben, wenn – auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages – aller Besitz von Deutschen im Auslande auf unbestimmte Zeit Kriegsmaßregeln unterworfen bleiben und damit zur Einziehung gelangen kann. Dazu kommt noch, daß auch sonst der Deutsche in den Ländern der Gegner nicht die persönliche Rechtsstellung genießen soll, die ihnen bei uns zustehen würde. Der Wille, Deutschland aus dem Weltverkehr auszuschalten, zeigt sich auch in der Entziehung des Eigentums an seinen Kabeln.

Dazu kommt die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens im Innern, die an anderer Stelle dargelegt wird.

Derartige Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jener Idee des Völkerrechtes, nach der jedes Volk einen Anspruch auf das Leben hat. Dieses höchste Gut darf ihm um der wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden..."

Wenn der prüfende Blick unter Berücksichtigung dieser Ausführungen auf das Schicksal der deutschen Kolonien, auf ihren Raub durch die Alliierten hingelenkt wird, dann werden alle Hintergründe aufgehellt, die die eigentlichen Ursachen für diese perfideste politische Gewaltmaßnahme in der Geschichte zivilisierter Völker überhaupt leicht erkennen lassen. Es ist und bleibt trotz aller gegenteiligen Versicherungen ein unbezähmbarer Vernichtungswillen gegen das deutsche Volk und seine blühende Wirtschaft, es ist der Neid und der Haß gewesen, die diese Gewaltmaßnahmen in dem Diktatfrieden von Versailles zu verewigen gedachten. Was dabei von der überreichen Drapierung dieser Gewaltmaßnahmen durch die Phrase von den ewigen Menschenrechten zu halten ist, geht aus der Einführung der Tarnung dieser Raubmaßnahmen durch das Mandatsrecht und seine Ausübung durch den Völkerbund hervor. Der Völkerbund als „integrierender Bestandteil" des Völkerfriedens und damit des Vertragswerkes von Versailles, geschaffen in einer politischen Kuhhandelsstunde, sollte die Verleihung der Mandate für die deutschen Kolonien vornehmen. Das Recht Deutschlands auf sofortigen Eintritt in diesen Völkerbund war zugleich gleichbedeutend mit seinem Recht, mindestens mit der Verwaltung seiner Kolonien als Mandatar betraut zu werden. Die praktisch bereits durchgeführte Annexion der deutschen Kolonien durch die Alliierten hätte also von dem Völkerbund nicht mehr durch die Verleihung entsprechender Mandate gedeckt werden und als Handlung im

Namen der ewigen Menschenrechte deklariert werden können. Durch die Verweigerung der sofortigen Aufnahme Deutschlands in diesen Völkerbund und die damit bedingte rechtliche Gleichstellung mit den Gegnern ist das unzweideutige Recht Deutschlands auf seinen Kolonialbesitz und seine Geltendmachung erneut in perfidester Weise zerschlagen worden. Die Ausführungen der Anlage zur deutschen Mantelnote vom 29. Mai 1919 über diese Tatsachen sind von höchstem Wert und allgemeinem Interesse. Sie lauten also:

„...Wie oft ist Deutschland versprochen worden, daß dieser Völkerbund die Kriegführenden, also Sieger und Besiegte, in einer dauernden Rechtsgemeinschaft einigen würde!

Am 10. April 1916 sagte Minister Asquith zu den französischen Parlamentariern: ‚Das Ziel der Verbündeten in diesem Kriege ist, den Weg zu einem internationalen System zu ebnen, das den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sichert.' Am 1. November 1918 sprach der Minister Lord Robert Cecil von einem Völkerbundsgeist, der nicht nur die Maschinerie eines Völkerbundes bedeutet, sondern den Ersatz der Konkurrenz in internationalen Beziehungen durch Zusammenarbeit: ‚Das wäre ein ungeheurer Wechsel, der den Patriotismus in England von vielen auf die Probe stellen wird. Wenn wir nicht diese Probleme mit dem wirklich aufrichtigen Wunsche behandeln, eine Lösung durchzusetzen, die zum Vorteil der ganzen zivilisierten Welt dauernd bestehen wird, dann in der Tat könnte es sein, daß wir einen neuen Fehlschlag, eine neue Katastrophe gegen uns selbst in Bewegung setzen, so wie wir sie in den letzten vier Jahren erlebt haben, und dann ist es keineswegs sicher, daß die europäische Zivilisation das überlebt.' Am 26. August 1915 sagte der ehemalige Minister Sir Edward Grey: ‚Wenn es Garantien gegen einen künftigen Krieg geben sollte, so müßten sie allumfassend und wirksam sein und Deutschland ebenso wie die anderen Nationen, England eingeschlossen, binden.' Derselbe Minister schrieb in seiner Abhandlung über die ‚Liga der Nationen' im Januar 1918: ‚Ein solcher Völkerbund muß auch Deutschland umfassen, aber nicht ein Deutschland, das nicht von dem Vorteile und der Notwendigkeit eines solchen Bundes überzeugt ist. Die Alliierten müssen demgegenüber den Gedanken der gegenseitigen Achtung der Staaten in den Vordergrund stellen und entschlossen sein, jeden Versuch zu einem Kriege als eine die ganze Welt mit Zerstörung bedrohende Epidemie zu ersticken. Wenn Leute, die diesen Gedanken und diese Art des Friedens annehmen, im Namen Deutschlands sprechen und handeln werden, werden wir einen guten Frieden erhalten.' Unter dem 12. Oktober 1918 sagte Lord Grey: ‚Wilson hat wiederholt darauf gedrun-

gen, daß der Völkerbund ein Bund sein müsse, in den auch Deutschland aufgenommen werden kann. Wir dürfen keinen Vorwand suchen, Deutschland aus einem andern Grunde auszuschließen, als daß jede zu dem Bunde gehörende Regierung ein freies Volk repräsentieren muß, entschlossen, die Ziele des Bundes in aller Aufrichtigkeit auszuführen.' Ähnliches verlangte der französische Ministerpräsident Ribot am 6. Juni 1917: ‚Morgen muß sich ein Friedensbund bilden im Namen des demokratischen Geistes, den Frankreich die Ehre hätte in die Welt einzuführen. Die Nationen, die heute in Waffen stehen, werden morgen die Gesellschaft der Nationen bilden. Das ist die Zukunft der Menschen, oder man müßte an ihrer Zukunft zweifeln. Wilson hat gesagt, daß er in diesem Punkt mit uns sei.'

‚Wenn der kommende Friede von Dauer sein soll', sagte Präsident Wilson am 22. Januar 1917, ‚muß er ein Friede sein, der gesichert ist durch das organisierte Übergewicht der Macht der ganzen Menschheit.' — ‚Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß gebildet werden', hieß es in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918. Am 27. September 1918 erklärte er: ‚Die Schaffung jenes Völkerbundes sowie die klare Umschreibung seiner Ziele müßte ein Teil, ja in gewissem Sinne der wesentliche Teil des Friedens selbst sein. Wenn er schon jetzt geschlossen werde, würde er lediglich ein neues Bündnis bedeuten, das sich auf jene Nationen beschränkte, die sich gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossen hätten.' Noch am 3. Januar 1919 sah Präsident Wilson in Rom die Aufgabe der Friedenskonferenz zu Paris darin, ‚die Freundschaft der ganzen Welt zu organisieren, dafür zu sorgen, daß alle die sittlichen Kräfte, die auf Recht, Gerechtigkeit und Freiheit hinwirken, vereinigt würden zu einer lebendigen Gliederung.'

Diese Kundgebungen ließen es dem deutschen Volke als selbstverständlich erscheinen, daß es von Anfang an bei der Errichtung des Völkerbundes beteiligt werden würde. Aber im Widerspruch mit ihnen ist das Völkerbundsstatut ohne Deutschlands Mitwirkung festgesetzt worden. Ja, Deutschland befindet sich nicht einmal auf der Liste der Staaten, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Zwar kann sich Deutschland um die Zulassung bewerben, aber sie ist abhängig gemacht von ‚effektiven Garantien', deren Umfang und Inhalt es nicht einmal kennt. Deutschlands Bedeutung ist unabhängig von seiner jeweiligen militärischen oder politischen Macht; daher kann von einem wahren Völkerbund ohne seine Zulassung überhaupt nicht gesprochen werden. Vielmehr ist, was der Friedensvertrag schaffen will, nur eine Fortdauer der gegnerischen Koalition, die den Namen ‚Völkerbund' nicht verdient..."

So wird von der deutschen Friedensdelegation, wird von dem deutschen Außenminister der Völkerbund bereits erkannt und gebrandmarkt als eine Institution, die, ohne Deutschland zustande gekommen, lediglich den politischen Zweck haben kann, „die Fortdauer der alten auf Macht gestützten Politik der Rankünen und Rivalitäten" zu sichern und gegen Deutschland als Instrument dieser Machtpolitik zu dienen. Darüber hinaus ist der Völkerbund bereits seit der Stunde seiner Geburt, die alles andere als königlich genannt werden darf, mit so viel Problemen und einem solchen Maß an Schuld durch die Raubpolitiker der Alliierten belastet worden, daß zu einem gedeihlichen Wirken im Sinne der zahllosen Anpreisungen seiner Väter, also im Sinne der Gleichberechtigung aller Völker, alle Grundlagen fehlen. Der Ausschluß Deutschlands bei seinem Zustandekommen und für seine weitere Wirksamkeit ist ohne Zweifel aus Gründen der Befriedigung der imperialistischen Ziele der Alliierten geschehen. Soweit die Lösung der kolonialen Fragen als Scheinaufgabe dem Völkerbund überwiesen wurde, hatte der Völkerbund nur die Aufgabe durch die Verleihung der Mandate für die geraubten deutschen Kolonien an die Feindbundmächte die längst erfolgte brutale „Annexion im alten Stil" zu sanktionieren, außerdem aber in zum Gesetz erhobenen Grundsätzen jede Entschädigungsforderung unter Hinweis auf das Mandatsrecht abzuweisen als unbegründet und zwecklos!

So ist es durchaus nicht verwunderlich, daß die Ausführungen der Anlage zur Mantelnote der deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919 zu einer Schlußfolgerung kommen müssen, die bei der Feststellung des allgemeinen Ergebnisses der Prüfung der vorgelegten Friedensbedingungen auch unmittelbar hinsichtlich der Lösung des deutschen Kolonialproblems und des damit offen eingestandenen Unrechtes, begangen am vertrauenden Volk der Deutschen, für die Friedensbedingungen und die Friedensbemühungen der Feindbundmächte vernichtend sein müssen.

„...All das zeigt, daß dieser der deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Grundlage für einen dauernden Rechtsfrieden steht. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfes entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai von der Regierung wie von allen Parteien als unerfüllbar be-

zeichnet. Die Verwirklichung dieses Vertragsentwurfes würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten. Hat doch schon der frühere Präsident Roosevelt am 10. Oktober 1914 gewarnt: ‚Eine Vernichtung oder nur Verkrüppelung Deutschlands, die zu einer politischen Ohnmacht führen würde, wäre eine Katastrophe für die Menschheit.' Das würde sich auf wirtschaftlichem Gebiet zunächst bemerkbar machen. Die Gläubiger Deutschlands können bei einer wirtschaftlichen Verelendung, wie sie die unausbleibliche Folge eines solchen Friedens wäre, jene ungeheuren Summen nicht gewinnen, die ihnen Deutschland zahlen soll. Die nachteiligen Folgen eines solchen Friedens würden über den Ausfall der gegnerischen Forderungen weit hinausgehen. Das wirtschaftliche Wohlergehen der Welt ist im letzten Grunde abhängig von der Summe der produzierten Güter. Mag die völlige Ausschaltung Deutschlands aus dem Weltgeschäft lästige Konkurrenten entfernen, im ganzen muß die Welt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands unendlich viel ärmer werden. Eine solche dauernde Schädigung des Wohlstandes der Welt ist doppelt verhängnisvoll, weil der Krieg einen großen Teil des Nationalvermögens der meisten Kriegführenden verschlungen hat. Was die Welt braucht, ist die internationale Arbeitsgemeinschaft auf allen Gebieten.

Das Zeitalter der Weltwirtschaft erfordert die politische Organisierung der Kulturwelt. Die deutsche Regierung stimmt mit den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte darin überein, daß die grauenhaften Verwüstungen, die dieser Krieg gebracht hat, die Aufrichtung einer Neuordnung der Welt verlangen, einer Ordnung ‚effektiver Geltung der Grundsätze des Völkerrechts'... Nur die Völker, die in freier Selbstverantwortung nach dem Rechte leben, können einander die Gewähr für gerechte und ehrenhafte Beziehungen geben. Ihre Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit verlangt aber auch, daß sie sich gegenseitig Freiheit und Leben als die heiligsten und unveräußerlichen Grundrechte gewährleisten.

Diese Erkenntnis spricht nicht aus dem Friedensdokument, das uns vorgelegt wurde. Eine sterbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen feiert darin ihren letzten entsetzlichen Triumph. Gegen über diesen Anschauungen, die unsagbares Unglück über die Welt gebracht haben, berufen wir uns auf das ‚angeborene Recht' der Menschen und Völker, unter dessen Zeichen sich der englische Staat entwickelt, das niederländische Volk sich befreit, die nordamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit errichtet, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Es kann von den Trägern solcher geheiligten Traditionen dem deutschen Volke nicht verweigert werden... Mit der Achtung vor diesem angeborenen Recht erscheint ein Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt worden ist, nicht vereinbar!"

So ist mit der Übergabe dieser Mantelnote und ihrer Anlage der Kampf um den Friedensvertrag auf der ganzen Linie zwischen dem deutschen Außenminister, Graf Brockdorff-Rantzau, als dem Führer der deutschen Friedensdelegation, und den Feindbundmächten und ihren Staatsmännern mit äußerster Heftigkeit entbrannt. Dieser Kampf wird in seinen Ergebnissen zugleich die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Kolonialbesitzes bringen. Das koloniale Schicksal ist so folgerichtig zu einem wesentlichen Teil dieses unerbittlichen Kampfes, dieses Ringens um die vitalsten Rechte des deutschen Volkes geworden. Aus den Noten der deutschen Friedensdelegation geht mit aller Deutlichkeit die Wichtigkeit dieses kolonialen Schicksals hervor, denn seine Entscheidung bringt für Deutschland die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Folgen, darüber hinaus aber kann die moralische Seite nicht verkannt werden. Die Kolonialfrage ist zu einem unleugbaren Bestandteil der deutschen Ehre geworden. Das Ringen gegen die entehrenden Bestimmungen des Friedensvertrages muß aus dem Kolonialproblem deshalb immer wieder entscheidenden Anstoß erhalten. Die deutsche Friedensdelegation hat aus berufenen Fachleuten eine besondere Kommission für die kolonialen Angelegenheiten gebildet. Diese Kolonialkommission legt im Kampf gegen den Friedensvertrag, soweit er die kolonialen Fragen in Diktaten und Lösungen für die Ewigkeit verankern will, ihren Standpunkt in einem besonderen Gutachten nieder. Die unleugbare Größe und Bedeutung des Kolonialproblems und die ungerechte und brutale Lösung durch die Feindbundmächte ist in diesem Gutachten aufgezeigt. Dieses Gutachten muß deshalb an dieser Stelle zu Wort kommen. Es ist besser als beschreibende Ausführungen geeignet, das deutsche Recht auf seinen Kolonialbesitz zu erweisen, zugleich aber auch das grauenhafte Unrecht und die Skrupellosigkeit in das helle Licht der Wahrheit zu stellen.

„...Die Friedensbedingungen verlangen, daß Deutschland zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf seine Rechte und Titel in bezug auf seine überseeischen Besitzungen verzichtet. Da Kiautschau in dem Abschnitt über Schantung besonders behandelt wird, sind unter den überseeischen Besitzungen nur die Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee zu verstehen. Über ihr weiteres Schicksal soll Deutschland nicht mitzubestimmen haben. Es wird in die Hände des Völkerbundes gelegt, dem die Verfügung offenbar von den Hauptmächten überlassen werden soll. Der Völkerbund soll seinerseits von ihm auszuwählenden Mächten die Vormundschaft zum

Zwecke der Verwaltung als seine Beauftragten und in seinem Namen unter gewissen, für Zentralafrika einerseits und für Südwestafrika und gewisse Südseeinseln anderseits verschieden umschriebenen Bedingungen übertragen.

Über die Verteilung der deutschen Kolonien liegen nach Zeitungsmeldungen bereits Beschlüsse des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Hauptmächte vor. Wenn die Meldungen richtig sind, sollen in Abweichung von der Bestimmung des Artikels 22 die Schutzgebiete Togo und Kamerun von dem Mandatsystem ausgenommen werden. Dort würden demnach die künftigen Besitzer die volle Staatshoheit ohne irgendwelche Bindung gegenüber dem Völkerbund haben. Südwestafrika und gewisse Inseln der Südsee würden im Namen des Völkerbundes von den beauftragten Staaten als integrierende Bestandteile des eigenen Staatsgebietes und nach dessen Gesetzen lediglich unter Vorbehalt gewisser im Interesse der eingeborenen Bevölkerung vorgeschriebenen Schutzbestimmungen verwaltet werden. Nur für Ostafrika und den Rest der Südseeschutzgebiete würde das Mandatsystem im vollen Umfange gelten; aber auch hier würde dieses den Besitzer nur durch einige den Schutz der Eingeborenen, die Handelspolitik und die Rüstungen betreffende Verpflichtungen beschränken..."

Die tatsächlichen imperialistischen Annexionsabsichten gehen aus diesen Ausführungen klar ersichtlich hervor. Der Völkerbund und sein Mandatsystem erscheint bereits hier als Farce, und das Unrecht der deutschen kolonialen Beraubung ist nicht mehr zu leugnen. Für den kommenden Kampf um die Zurückgewinnung der deutschen Kolonien ist aus diesen immer wieder zu kennzeichnenden Tatsachen das Rüstzeug zu gewinnen. Die deutsche Kolonialkommission in der deutschen Friedensdelegation stellt weiterhin in diesem Sinne unter Beweis:

„...Die ganze Regelung des Schicksals der deutschen Kolonien ist dem Wesen nach nichts anderes als Annexion. Bei Togo und Kamerun tritt das offen zutage. Im übrigen ist sie nur notdürftig durch das eingeschobene Mandatsystem verschleiert. Daß dieses nur eingeführt worden ist, um die Annexion zu verdecken, ergibt sich aus seiner Beschränkung auf die deutschen Schutzgebiete, da das allgemeine Prinzip, mit dem dieses System begründet wird, auch auf die Kolonien der anderen Staaten angewendet werden müßte, wenn seine Durchführung ernstlich beabsichtigt wäre. Es ergibt sich ferner daraus, daß das Staatseigentum in den Schutzgebieten unmittelbar den Mandatarstaaten und nicht dem Völkerbund übertragen werden soll..."

Über die kolonialen Grundsätze für den Friedensabschluß und für die

Grundlagen zu einem Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes auch in kolonialer Hinsicht fährt das Gutachten also fort:

„Bei dem Abschluß des Waffenstillstandes haben die kriegführenden Parteien als Grundlage für den Friedensschluß hinsichtlich der Kolonialfrage eine unvoreingenommene, ehrliche und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche vereinbart, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes beruht, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerungen ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die billigen Forderungen der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen. Diese Klausel zielte offenbar auf eine allgemeine Nachprüfung des bestehenden Kolonialsystems. So hat sie auch die deutsche Regierung aufgefaßt. Eine Neuregelung des Kolonialsystems müßte, wenn sie dem Weltfrieden dienen und der geläuterten Auffassung vom Wesen der Kolonisierung entsprechen soll, von dem Grundgedanken einer weitgehenden Internationalisierung der Kolonialgebiete und einer der Leistungsfähigkeit und den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Kolonialstaaten besser angepaßten Länderverteilung beherrscht sein. Auf die Verwirklichung einer solchen Absicht scheinen die alliierten und assoziierten Mächte verzichtet zu haben. Wenn einzig die deutschen Kolonien zum Gegenstand der Nachprüfung gemacht werden sollen, so hat Deutschland aus dem Waffenstillstandsvertrag einen völkerrechtlich unanfechtbaren Anspruch darauf, daß dabei der zitierte Punkt V genau zur Anwendung gelangt. Die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Schutzgebiete hat demnach unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Interessen ihrer Bewohner und der berechtigten Ansprüche Deutschlands zu erfolgen. Daneben gilt unzweifelhaft das alte Prinzip des Ausschlusses von Annexionen auch für die Kolonien!"

Die Begründung des deutschen Rechtes und die Begründung der deutschen Kolonialforderung kann nicht eindeutiger geschehen, ebenso kann die Hohlheit des gepredigten Mandatsystems und des Systems einer Internationalisierung einzig und allein nur der deutschen überseeischen Schutzgebiete nicht klarer an den Pranger gestellt werden, als es durch diese Ausführungen der Kolonialkommission geschehen ist.

Die deutsche koloniale Beraubung ist von den Feindbundmächten stets mit der Phrase von den ewigen Menschenrechten verteidigt worden. Für die Rechtfertigung dieser Phrasenanwendung aber wurde von den Feindmächten die These von der deutschen Kolonialschuld aufgestellt und in der kolonialen Unwürdigkeitserklärung Deutschlands besonders durch den Präsidenten der

Vereinigten Staaten zum Gesetz erhoben. Kolonialschuldlüge und kolonialer Unwürdigkeitserklärung als zweien der entehrendsten Bestimmungen der Friedensbedingungen stellt die deutsche Kolonialkommission in der Friedensdelegation die folgenden Ausführungen entgegen:

„...Die in dem Entwurf eines Friedensvertrages geforderte Abtretung der deutschen Schutzgebiete ist mit der Friedensgrundlage unvereinbar.

Was die Interessen ihrer Bevölkerungen anlangt, so wurden diese unter der deutschen Verwaltung völlig gewahrt. Die Eingeborenen befinden sich durchweg noch auf niederen Stufen menschlicher Gesittung, bedürfen also des Schutzes und der Leitung eines Kulturstaates. Der Besitz der Schutzgewalt über zurückgebliebene Völker verpflichtet zur Arbeit an ihrer kulturellen Hebung und Emporentwicklung. Von dieser hohen Auffassung des Wesens der Kolonisierung hat sich die deutsche Regierung bei der Verwaltung ihrer Schutzgebiete leiten lassen. Sie hat die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Länder im einseitigen Interesse des Mutterlandes weder selbst betrieben noch zugelassen. Nach Überwindung mancher Schwierigkeiten, wie dies auch bei anderen Kolonialstaaten zu beobachten gewesen ist, hat sich jene Grundauffassung im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege immer klarer herausgebildet und als Richtlinie der praktischen Betätigung der örtlichen Verwaltungsbehörden durchgesetzt. Die Reden der verantwortlichen deutschen Staatsmänner, die koloniale Literatur Deutschlands und die Ergebnisse seiner Kolonialverwaltung selbst erbringen dafür den Beweis. Die deutsche Schutzgebietsverwaltung stand, was die Sorge für das leibliche und sittliche Wohl der Eingeborenen betrifft, auf derselben Höhe wie die Verwaltung der am besten regierten fremden Kolonien. Die von ihr gesammelte Erfahrung, ihre Einsicht in die Bedürfnisse ihrer Schutzbefohlenen und ihre Verantwortlichkeit gewährleisten auch in Zukunft die pflegliche Behandlung und Förderung der eingeborenen Bevölkerung.

In den deutschen Schutzgebieten war der Landfrieden, die Grundlage aller weiteren Entwicklung, hergestellt und gesichert. Die Verwaltung und die Rechtspflege lagen in den Händen eines Stabes fähiger und von dem Gedanken der Fürsorge für die Eingeborenen durchdrungener Zivilbeamter. Die einheimischen Organisationen, Gebräuche und Rechtsanschauungen wurden in weitem Maße aufrechterhalten und geachtet. Die militärischen Einrichtungen waren auf das äußerste Maß eingeschränkt; nur in den größeren afrikanischen Kolonien gab es relativ kleine militärische Truppenkörper, nirgends Flottenstationen, Befestigungen gegen äußere Feinde oder Einrichtungen zur Militarisierung der Eingeborenen. Die Einnahmen wurden den

Schutzgebieten restlos belassen; das Reich gab ihnen daneben Zuschüsse aus eigenen Mitteln, um die Entwicklung zu beschleunigen. In der Bekämpfung der Sklaverei und des Sklavenhandels, des Waffen- und Spirituosenhandels hat sich Deutschland von keiner anderen Kolonialmacht übertreffen lassen. Die Anwerbung von Arbeitern für die europäischen Unternehmungen und der Schutz dieser Arbeiter gegen Ausbeutung waren durch eingehende Gesetze geordnet und dauernd Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit; Zwangsarbeit war verboten. Überall wurden die verheerenden Volksseuchen mit allen Mitteln der tropen-medizinischen Wissenschaft erfolgreich bekämpft und die gesundheitlichen Verhältnisse ständig verbessert. Gute Regierungsschulen und staatlich geförderte christliche Missionen deutscher und anderer Nationalität arbeiteten an der sittlichen und intellektuellen Hebung der Eingeborenen, Handwerks- und Landwirtschaftsschulen an der Verbreitung technischer Fähigkeiten. Auf dem Gebiete der Erschließung durch Häfen, Eisenbahnen und Wege wurde Hervorragendes geleistet. Die Volksernährung war sichergestellt, die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit und die Ausnützung der Produktivkräfte des Landes auf dem Wege der Eingeborenenkulturen und Pflanzungen in bester Entwicklung. Alle Kolonien standen jedem offen; es herrschte uneingeschränkte Handelsfreiheit und volle Gleichheit der Behandlung aller Nationen. Auf allen den genannten Gebieten der kolonialen Betätigung wurde mit großem Eifer und erheblichen Mitteln in dem rechten Geiste auf die klar erkannten Ziele hingearbeitet. Die Erfolge zeigten sich in dem raschen wirtschaftlichen und kulturellen Aufblühen der deutschen Kolonien, die darin mit den benachbarten fremden Besitzungen zum wenigsten gleichen Schritt hielten.

Die Eingeborenen selbst waren mit der deutschen Verwaltung zufrieden bis auf geringfügige Ausnahmen, deren besondere Begründung leicht nachzuweisen ist. Aufständige Bewegungen sind in den letzten Jahren vor dem Kriege nicht mehr vorgekommen. Im Kriege selbst haben die Eingeborenen durch ihr Verhalten den unwiderleglichen Beweis ihrer Treue und Anhänglichkeit gegeben. Während in einigen Kolonien der feindlichen Staaten, obwohl große Machtmittel zur Verfügung standen, Aufstände erheblichen Umfanges unterdrückt werden mußten, hat sich, wenn man ganz vereinzelte Vorkommnisse beiseite läßt, die eingeborene Bevölkerung der deutschen Schutzgebiete trotz der ihr bekannten äußerst gefährdeten Lage der deutschen Verwaltung völlig ruhig verhalten und die Landesverteidigung bereitwillig unterstützt. Das gilt insbesondere von Deutsch-Ostafrika, dessen Verteidigungskampf ohne diese Haltung der Eingeborenen unmöglich gewesen wäre.

Die deutsche Regierung ist auch überzeugt, und sie besitzt Beweise dafür, daß in allen Schutzgebieten die große Masse der Eingeborenen die Wiederherstellung der deutschen Herrschaft wünscht. Wenn einzelne gegenteilige Stimmen gesammelt worden sind, so weiß jeder, der die Neigung primitiver Menschen, dem Ausfrager das zu antworten, von dem er annimmt, daß dieser es hören will, und die Möglichkeit ihrer Beeinflussung kennt, mit welcher Vorsicht solche Äußerungen bewertet werden müssen.

Eine große Anzahl von Stimmen sachverständiger Beurteiler auch aus den alliierten und assoziierten Ländern hat vor dem Kriege und teilweise auch noch während des Krieges den ausgezeichneten Geist der deutschen Kolonialverwaltung, ihre kolonisatorische Leistungsfähigkeit und die Ergebnisse der bisherigen Arbeit unumwunden anerkannt. Die zwischen Deutschland und England kurz vor dem Kriege geführten Verhandlungen über zentralafrikanische Fragen zeigen, daß es der englischen Regierung damals fern gelegen hat, Deutschlands koloniale Betätigung zu bemänteln. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, durch Beibringung von Material aller Art nachzuweisen, daß Deutschland eine Politik der Bedrückung, Ausbeutung und Mißhandlung, ja der Ausrottung gegenüber den Eingeborenen seiner Kolonien geführt habe, so muß, sofern darauf Entscheidungen aufgebaut werden sollen, zunächst eine unparteiische Nachprüfung der Tatbestände verlangt werden. Es soll nicht bestritten werden, daß Mißgriffe und Fehler einzelner Beamten und der Verwaltung vorgekommen sind. Sie liegen aber zum überwiegenden Teile vor der letzten Periode der deutschen Kolonialpolitik und können schon um deswillen keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Aus vereinzelten Vorkommnissen darf ferner nicht ohne weiteres auf das Wesen des Systems geschlossen werden. Und schließlich lassen sich Mißgriffe der fraglichen Art auch in den Kolonien der Gegner unschwer nachweisen. Die deutsche Regierung ist bereit, sich wegen der ihrer Kolonialverwaltung gemachten Vorwürfe vor jeder Instanz, deren Unparteilichkeit und Sachkunde gesichert erscheint, zu rechtfertigen.

Bei der Entscheidung über Südwestafrika darf, wenn das Selbstbestimmungsrecht nicht gröblich verletzt werden soll, über den Willen der ansässigen, mit dem Lande verwachsenen weißen Bevölkerung nicht hinweggegangen werden. Das Interesse dieser zu $^5/_6$ deutschen Bevölkerung verlangt die Aufrechterhaltung der Zugehörigkeit zu Deutschland, weil sie allein die Wahrung ihrer nationalen Eigenart verbürgt. In diesem Sinne wird sich die Bevölkerung auch entscheiden, wenn sie befragt wird ..."

Bereits diese noch immer sehr allgemein gehaltenen Ausführungen schlagen

den Vätern der Kolonialschuldlüge mitten in die heuchlerische Fratze, enthüllen die ganze innere Unwahrhaftigkeit der sie propagierenden Hetzapostel, zeigen aber zugleich auch die menschliche schwache charakterliche Haltung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich nicht entblödete, die Kolonialschuldlüge als Gesetz zu proklamieren und im Namen dieses Gesetzes die koloniale Beraubung Deutschlands als eine Wohltat für die eingeborene Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten, ja für die ganze Menschheit zu bezeichnen. Er scheute sich nicht, bei der Proklamierung der kolonialen Beraubung Deutschlands sich auf das Bewußtsein von der Heiligkeit der ewigen Menschenrechte zu berufen. Mit größerer Niedertracht ist noch niemals ein politischer, moralischer Meuchelmord an einem ehrliebenden Volk versucht worden. — Die Ausführungen der deutschen Denkschrift stellen dem Vernichtungswillen und den Raubabsichten der Alliierten in eindeutiger Klarheit die deutschen Rechtstitel auf Kolonialbesitz entgegen. Sie argumentiert dabei selbst noch in ungewöhnlich zurückhaltender Weise:

„...Was Deutschlands Ansprüche auf seine Schutzgebiete anlangt, so stützen sie sich in erster Linie darauf, daß die Erwerbung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch Verträge mit den Eingeborenen und Abkommen mit den in Betracht kommenden Mächten erfolgt ist. Der größte Teil des Gebietes gehörte vorher keinem der zur Völkerrechtsgemeinschaft zählenden Staaten. Die übrigen sind im Wege des Kaufes oder Tausches erworben worden. Die Besitzergreifung ist durchweg mit viel geringeren Reibungen durchgeführt worden als in anderen Kolonien, in denen langwierige Eroberungskriege stattgefunden haben. Die Besitztitel Deutschlands an seinen Kolonien sind deshalb unangreifbar und keinesfalls weniger gut als die irgendeines anderen Staates an seinen überseeischen Besitzungen. Deutschland beruft sich ferner auf seine 30jährige erfolgreiche Arbeit in den Schutzgebieten, die ein moralisches Recht auf deren Rückgabe begründen. Es erinnert in diesem Zusammenhange auch an die Leistungen zahlreicher deutscher Gelehrter und Reisender auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Erforschung Afrikas und der Inseln der Südsee vor der Verteilung dieser Länder unter die Kolonialstaaten und in der späteren Epoche..."

„...Von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist Deutschland beim Erwerb seiner Kolonien ausgegangen. Sie sind es auch, die zur Vermeidung des durch den Verlust des Krieges und die ungeheure Schwere der Friedensbedingungen drohenden Zusammenbruches die Erhaltung des Kolonialbesitzes zu einer Lebensfrage machen..."

Und nunmehr kann auch die deutsche Kolonialkommission an den brennen-

den ungelösten Problemen, die die deutsche Wirtschaft und Industrie, die die deutsche Bevölkerungspolitik, die den deutschen Handel bewegen, nicht mehr vorübergehen. Sie muß die ungelösten Rohstoffbeschaffungsfragen, die Frage der Erschließung von neuen Absatzgebieten und der Erhaltung der bisherigen Absatzgebiete für die gesteigerte und zur Erfüllung der Friedensbedingungen noch zu steigernde heimatliche Produktion, sie muß das für die Erhaltung des deutschen Volkes von allerhöchster Bedeutung werdende Siedlungsproblem dem Vernichtungswillen der Alliierten entgegenstellen und naturnotwendig aus diesen Problemen und ihrer Lösung den unveräußerlichen Besitztitel und das Besitzrecht auf die Kolonien ableiten:

„Deutschland ist auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen, um seine Bevölkerung zu ernähren und zu kleiden und die Industrie, die allein einem erheblichen Bruchteil der Menschen Arbeit und Brot verschaffen kann, in Gang zu erhalten. Als Bezugsländer haben die tropischen und subtropischen Gebiete eine wachsende Bedeutung. Von dort stammte vor dem Kriege nicht viel weniger als die Hälfte der deutschen Gesamteinfuhr von 11 Milliarden Mark. In den von alliierten und assoziierten Mächten kontrollierten Gebieten wird der deutsche Handel künftig mit großen Schwierigkeiten, die mit der durch den Krieg herbeigeführten Entfremdung und den Folgen des Wirtschaftskrieges zusammenhängen, zu kämpfen haben. Um so wichtiger werden die eigenen Kolonien für Deutschland werden. Bisher lieferten sie zwar nur einen kleinen Bruchteil der deutschen Einfuhr. Das erklärt sich aber nicht aus ihrer Leistungsunfähigkeit, sondern daraus, daß sie sich erst in den Anfängen der wirtschaftlichen Entwicklung befanden. In der Zukunft sind aus ihnen mit Sicherheit große Mengen von Erzeugnissen zu erwarten, die von Deutschland dringend benötigt werden; die Produktionsmöglichkeiten werden von den besten Kennern sehr günstig beurteilt. Die Bezüge aus eigenen Kolonien erleichtern außerdem die finanzielle Lage Deutschlands, da sie mit dem Mutterlande zusammen ein Währungsgebiet bilden. Durch die verlangte Abtretung der Schutzgebiete ginge Deutschland also eines weiteren Mittels seines wirtschaftlichen Aufbaues verlustig. Die alliierten und assoziierten Mächte haben das erheblichste Interesse an der Sicherstellung des deutschen Bedarfs an ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen, weil sie die Voraussetzung für die Weiterarbeit der deutschen Industrie und die Aufrechterhaltung des gesamten Wirtschaftslebens bildet, ohne die die Erfüllung der Deutschland auferlegten finanziellen Verbindlichkeiten unmöglich ist..."

„Der Industriestaat Deutschland braucht seine Kolonien als Absatzgebiete

für seine Warenausfuhr, die ihm allein die Mittel zu den Auslandszahlungen, die durch die Rohstoffeinfuhr und die Entschädigung auf Grund des Friedensvertrages notwendig werden, liefern kann. Mit der fortschreitenden Erschließung und der Steigerung ihrer Produktion werden die deutschen Schutzgebiete auch in ihrer Aufnahmefähigkeit für Fabrikate gewinnen und in absehbarer Zeit wichtige Märkte für die deutsche Industrie bilden, auf deren Erhaltung um so größeres Gewicht gelegt werden muß, als die Handelsbeziehungen Deutschlands zu einem erheblichen Teil seiner bisherigen Kundschaft durch den Krieg gestört worden sind..."

Die Größe des Unrechtes, bestehend in dem Kolonialraub, wird dem einsichtigen Betrachter vollkommen klar, wenn er den Blick auf das deutsche bevölkerungspolitische Problem lenkt: Das Problem „Volk ohne Raum" tut sich in seinen erschütternden Erscheinungen auf. Das Problem der deutschen Auswanderung kann ohne eigenen Kolonialbesitz nicht mehr gelöst werden. Deutschland als das Herz Mitteleuropas ist in einen Schnürleib gepreßt. Es kann nicht gut genug arbeiten. Der deutsche Raum ist zu klein und wird es mit dem gesunden Wachsen des deutschen Volkes mit jedem Tag mehr. Die besten Söhne deutscher Väter und Mütter müssen des Reiches Boden verlassen, müssen einströmen in den großen Strom der deutschen Auswanderung. Tausendjähriges deutsches Schicksal tut sich in erschütternden Tragödien auf. Es ist aber des Deutschen Reiches und Volkes unabwendbarer Wille, seine Kinder nicht mehr in überseeischen Ländern anderer Nationen systematischen Entdeutschungsprozessen auszusetzen und sie so dem Mutterlande für immer verlorengehen zu lassen. In eigenen Überseebesitzungen will das deutsche Volk seine Jugend siedeln lassen, um sie der Nation als kostbares Gut und Blut erhalten zu wissen. Die Kolonialstaaten gerade der Feindbundmächte und ihre Geschichte haben erhabene Beispiele an Tüchtigkeit und Mut deutscher Kolonisten gesehen. Die Geschichte des deutschen Kolonialreiches aber soll von deutschen Kolonisatoren fortgesetzt werden nach dem Beispiel der deutschen Väter und Vorväter.

Für die Begründung der Rechtstitel auf deutsche Kolonien wird von der deutschen Kolonialkommission das Siedlungsproblem mit allem Ernst in die Waagschale geworfen:

„Besondere Bedeutung wird künftig die Auswanderungsfrage für Deutschland wieder gewinnen, da das Mutterland nicht mehr imstande sein wird, allen seinen Bewohnern Nahrung und Arbeit zu gewährleisten. Dies würde in größtem Umfange eintreten, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte durchgeführt würden.

Aber auch sonst wird die durch den verlorenen Krieg hervorgerufene Notlage viele Tausende Deutscher zwingen, außerhalb der Heimat eine Existenzmöglichkeit zu suchen. Der Zutritt zu den Ländern der alliierten und assoziierten Mächte, zu denen die bisher bevorzugten Auswanderungsgebiete gehörten, wird den Deutschen erschwert, wenn nicht ganz verschlossen werden. Die eigenen Kolonien stehen ihnen dagegen offen. Sie sind zwar bisher nur von einer relativ geringen Zahl von Deutschen bewohnt worden. Das wird sich aber unter dem Druck der wirtschaftlichen Not des Mutterlandes ändern. Auch in den tropischen Kolonien werden die für die Dauersiedlung geeigneten Hochländer, auf denen für viele Europäer, die nichts suchen, als ihr Leben zu fristen, Raum ist, aufgesucht werden. Die Bedenken, die bisher gegen die Ansiedlung Weißer in den Tropen angeführt wurden, werden bei der in der Heimat drohenden Verelendung und Verkümmerung zurücktreten. Die Kolonien können also gegenüber den schweren Gefahren der Übervölkerung des Mutterlandes ein Ventil schaffen."

Es ist eine Seite deutscher Gründlichkeit, jedes Problem nach allen gegebenen Richtungen zu untersuchen und für eine Lösung auch mit den Mitteln idealer Argumente einzutreten. Die deutsche Kolonialkommission unterscheidet sich in diesem Streben nicht von dem Streben der gesamtdeutschen Nation. Auch sie untermauert den deutschen Kolonialanspruch mit ideellen Gründen und gibt ihm dadurch über alle politischen und wirtschaftlichen Erwägungen hinaus ein vertieftes Gewicht und eine höhere Bedeutung:

„Neben den dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten hat Deutschland ideelle Gründe für die Rückgabe seiner Kolonien geltend zu machen.

Die Kolonisierung unentwickelter Länder und die Hebung ihrer Bevölkerung ist eine Aufgabe der ganzen Kulturmenschheit. An ihrer Durchführung beteiligt zu werden, hat jede einzelne Kulturnation einen unentziehbaren Anspruch. Deutschland macht für sich diesen Anspruch mit allem Nachdruck geltend. Die Aufgabe ist so ungeheuer groß, daß die Entwicklung der in Frage stehenden Gebiete eine Schädigung erfahren würde, wenn die deutsche Mitarbeit aufhören sollte. Deutschland gegen seinen Willen von der Teilnahme an der Kolonisation ausschließen, hieße, es aus der Gemeinschaft der Kulturmenschheit ausstoßen, was mit den obersten Grundsätzen und dem Geiste der vereinbarten Friedensgrundlage vollständig unvereinbar sein würde.

Für viele Millionen deutscher Volksgenossen ist die christliche Mission unter den Heidenvölkern eine Herzenssache, der sie ein großes, in der Tiefe

ihres christlichen Glaubens verankertes Interesse zuwenden. Der Erwerb eigener Kolonien hat den stärksten Aufschwung der deutschen Mission zur Folge gehabt und den Missionsgedanken in der deutschen Christenheit erst wahrhaft volkstümlich gemacht. Dem kirchlichen Leben und der Volksfrömmigkeit würde ein nicht abzusehender Schaden zugefügt, wenn das deutsche Volk die Möglichkeit verlöre, seine Kolonialmission fortzusetzen, die innerhalb von 30 Jahren so stark entwickelt worden ist, daß bei Kriegsausbruch bereits ein Drittel aller protestantischen und vier Fünftel aller katholischen Missionen sich in deutschen Schutzgebieten befanden.

Das deutsche Volk kann auf eigene Kolonien auch wegen sonstiger wertvoller Rückwirkungen auf das Mutterland nicht verzichten. Die koloniale Praxis befruchtet insbesondere die heimische Wissenschaft und Technik. Die vergleichenden Sprach- und Rechtswissenschaften, die Ethnologie, die Völkerpsychologie und die Tropenmedizin, um nur einige Zweige zu nennen, haben von den Kolonien zum Segen für Deutschland und der ganzen Menschheit beträchtliche Förderung erfahren. Wissenschaftliche Einrichtungen von Weltruf verdanken ihnen die Entstehung. Der Verlust der Kolonien wird deshalb auch das Geistesleben Deutschlands beeinträchtigen.

Und schließlich braucht das niedergeworfene deutsche Volk in seiner Gesamtheit ein ideales Ziel, das über seine engen Grenzen hinausweist, etwas, was seine Phantasie beschäftigt. Auch unter diesem Gesichtswinkel halten die Besten des Volkes Kolonialbesitz für ein dringendes Bedürfnis. Die Gegner mögen selbst urteilen, ob es politisch klug ist, ihm diese Ablenkung vorzuenthalten. Sie wissen, daß Deutschland nach dem Krieg von 1870/71 es nicht nur abgelehnt hat, Frankreichs Kolonien anzutasten, sondern die Ausdehnung seines Überseereiches, soweit es konnte, begünstigt und gefördert hat.

Ehrgeizige Machtpolitik wird Deutschland in den Kolonien nicht treiben. Im Gegensatz zu anderen Kolonialmächten hat es sich von einer Militarisierung der Eingeborenen ebenso ferngehalten wie von sonstigen militärischen Rüstungen. In der Zukunft wird es zu einer anderen Politik gar nicht in der Lage sein, nachdem sein Landheer und seine Kriegsmarine zu Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sind. Es ist außerdem bereit, Garantien dafür zu geben, die eine militärische Auswertung der Kolonien unmöglich machen..."

Auch das Gesamtergebnis dieser Ausführungen der deutschen Kolonialkommission innerhalb der deutschen Friedensdelegation ist zugleich Forderung nach der Befriedigung und Beachtung des deutschen kolonialen Rechts-

anspruches; es ist aber zugleich auch unerbittliche Anklage gegen die Feindbundmächte und besonders den Präsidenten der Vereinigten Staaten, denn es kann nicht umhin, noch einmal die Perfidie und Skrupellosigkeit des Kolonialraubes und der Kolonialschuldthese aufzustellen und zu brandmarken als den brutalen Versuch, durch die Vernichtung des deutschen Kolonialreiches zugleich das gesamte deutsche Volk näher an den Abgrund der vollständigen Verelendung heranzuführen. In den folgenden Ausführungen wird aber zugleich auch die Unvernunft und die Ungleichheit in der Verteilung der Kolonialgebiete an europäische Staaten gegeißelt und eine Abänderung der ungleichen Besitzverhältnisse nach den Gesetzen der Tüchtigkeit, der Größe, der kolonialen Erfahrung usw. des Mutterlandes gefordert.

„Die deutschen Schutzgebiete sind ein verhältnismäßig geringer Teil der kolonialen Gebiete der Erde. Von allen am Krieg beteiligten europäischen Kolonialstaaten hat Deutschland, wenn man die Größe und die Bevölkerung der Mutterländer berücksichtigt, bei weitem den kleinsten überseeischen Besitz. Wenn der Friede nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfes geschlossen wird, verliert es auch diesen und ist dann der einzige größere Industriestaat Europas, der ohne Kolonien ist. Der Verlust würde nicht nur eine schwere materielle Einbuße, sondern auch eine weitere beträchtliche Erschwerung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bedeuten.

In den Friedensbedingungen wird keine Begründung für die Wegnahme der Kolonien gegeben. Man kann aber in diesem Zusammenhange an der Rede nicht vorübergehen, mit der der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 14. Februar 1919 den Entwurf einer Völkerbundsakte vor der Vollversammlung der Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte eingebracht hat. Wenn der durch die Presse verbreitete Text authentisch ist, so hat er darin gesagt, daß Deutschland den hilflosen Menschen in einigen der Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegt hätte, daß eher deren Ausrottung als deren Entwicklung von ihm als sein Interesse angesehen worden und daß es sein Ziel gewesen sei, das Land der Eingeborenen für europäische Zwecke in Besitz zu nehmen, nicht ihr Vertrauen zu gewinnen, um die Menschheit in diesen Gegenden auf eine höhere Stufe zu bringen. Diese höchst abfällige Beurteilung der deutschen Kolonialpolitik bedeutet eine ungeheuerliche Beschimpfung Deutschlands, gegen die nachdrücklichst Verwahrung eingelegt wird. Ihre Entstehung kann nur dadurch erklärt werden, daß durch einseitig ausgewähltes und aus dem Zusammenhang gerissenes Material eine Irreführung stattgefunden hat.

Ehe ein so schwerwiegendes Urteil, das Deutschland als Kolonialstaat für

immer moralisch vernichten und als unwürdig zu weiterem Kolonialbesitz hinstellen soll, gefällt wurde, hätte dem beschuldigten Volke nach den elementarsten Grundsätzen der Gerechtigkeit und gemäß der Vereinbarung einer absolut unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche Gelegenheit zur Verteidigung gegeben werden müssen. Da dies nicht für notwendig erachtet worden ist, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, die Vorlegung des dem Urteil zugrunde liegenden Materials und die Einleitung von gemischten kommissarischen Verhandlungen zu verlangen, bei denen sie dazu Stellung nehmen und ein richtiges Bild von den Grundsätzen, den Zielen und Methoden der deutschen Kolonialverwaltung zu geben in der Lage ist. Sie hält es für selbstverständlich, daß diesem Verlangen entsprochen wird, und sie ist sicher, daß bei unparteiischer Nachprüfung der Vorwurf, Deutschland sei unwürdig zum Besitz von Kolonien, als unbegründet erwiesen werden wird.

Bei der Annahme der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 als Friedensgrundlage hat die deutsche Regierung nicht daran gezweifelt, daß die Kolonien zurückgegeben würden. Sie hält, gestützt auf den einmütigen Willen des deutschen Volkes, die beabsichtigte Wegnahme der deutschen Schutzgebiete für eine willkürliche Verletzung der Friedensgrundlage, zu der sie ihre Zustimmung nicht zu geben vermag ..."

In allen Kundgebungen feindlicher Staatsmänner, der feindlichen Presse, der großen Verbände und Organisationen des feindlichen Auslandes ist immer wieder zur Lösung des Kolonialproblems der Vorschlag einer Internationalisierung des Kolonialbesitzes, selbstverständlich in erster Linie des deutschen Kolonialbesitzes gemacht worden. Koloniale Sachverständige haben diesen Plan in langen Ausführungen erörtert. Wissenschaftler haben an diesen Plan ihren Geist verschwendet. Selbst in der neutralen Presse tauchte immer wieder die Forderung nach einer Internationalisierung des tropischen und subtropischen Kolonialbesitzes auf. In dieser Presse allerdings wurde der Plan aufgegriffen, weil man eine einfache Übereignung der deutschen Kolonien an die Feindbundmächte scheute. Die großen internationalen Arbeiterparteien haben die Internationalisierung der Kolonien als Prinzip in ihre Resolutionen aufgenommen und ihre Durchführung als dringlichste Aufgabe des Wilsonschen Völkerbundes bezeichnet. Da also diese Idee in der Weltöffentlichkeit einige Geläufigkeit besaß, betrachtete es die deutsche Kolonialkommission als ihre Pflicht, dieser Idee ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich in eindeutig klarer Weise mit ihr auseinanderzusetzen. Die Kolonialkommission innerhalb der deutschen Friedensdelegation führt zur

Frage der Lösung der Kolonialprobleme durch eine Internationalisierung der Kolonien das Folgende aus:

„Die Forderung einer internationalen Ordnung für alle Kolonien, soweit sie sich nicht selbst verwalten, beruht auf den beiden Grundgedanken, daß die Entwicklung der zurückgebliebenen Völker der Erde und der von ihnen bewohnten Länder eine gemeinschaftliche Aufgabe der Kulturmenschheit darstellt und daß in diesen Ländern allen Nationen die gleichen Rechte der wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung zustehen. Dieser Forderung, die immer mehr Anhänger gewinnt, gehört die Zukunft. Die Anfänge zu ihrer Verwirklichung sind in den Generalakten von Berlin und Brüssel gegeben, an deren Zustandekommen und Ausführung Deutschland führend mitgearbeitet hat.

Der von den alliierten und assoziierten Mächten beschlossene Entwurf einer Völkerbundsakte stellt in Artikel 22 den Grundsatz auf, daß das Wohlergehen und die Entwicklung von Völkern, die noch nicht imstande sind, sich selbst zu leiten, eine heilige Aufgabe der Zivilisation sei, beschränkt aber seine Anwendung auf die Kolonien, die Deutschland abtreten soll. Schon aus dieser Beschränkung ergibt sich, daß es den alliierten und assoziierten Mächten nicht ernsthaft um die Internationalisierung der Kolonien zu tun ist. In welchem Umfange den Mandatarstaaten Verpflichtungen bezüglich der Verwaltung der ihnen vom Völkerbund anvertrauten Kolonien auferlegt werden sollen, ist bereits im Eingange gestreift worden. Die einzige allgemeine, alle Kolonien der Völkerbundsmitglieder betreffende Verpflichtung hat den wenig präzisen Inhalt, der eingeborenen Bevölkerung eine angemessene Behandlung zu gewährleisten.

Deutschland setzt nur seine bisher gegenüber diesem Problem eingenommene Haltung fort, wenn es sich bereit erklärt, an dem Ausbau der internationalen Ordnung auf kolonialem Gebiete mitzuwirken. Es verlangt aber, wie es dem Prinzip entspricht, die Einbeziehung aller sich nicht selbst verwaltenden Kolonien und hält eine wesentliche Erweiterung der Gebiete, auf denen eine internationale Regelung erfolgen soll, sowie stärkere Einrichtungen zur Sicherung der Ausführung der getroffenen Bestimmungen für notwendig. In den den Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte überreichten Vorschlägen der deutschen Regierung für die Errichtung eines Völkerbundes sind die Grundzüge einer solchen weitergehenden Regelung aufgestellt worden. Sie bezeichnen als Gegenstände der internationalen Ordnung neben der Bekämpfung von Sklaven-, Alkohol-, Waffen- und Munitionshandel den Schutz der Eingeborenen gegen Zwangsarbeit und

Zwangsenteignung und die Fürsorge für Gesundheit, Erziehung und Wohlstand der Eingeborenen. Die Ausführung und Überwachung soll einem Weltkolonialamt und Beauftragten des Völkerbundes in den einzelnen Kolonien übertragen werden. Unzweifelhaft kommen die deutschen Vorschläge dem Ideal einer Internationalisierung der Kolonien wesentlich näher als die der alliierten und assoziierten Mächte, ohne daß sie die Grenzen der praktischen Durchführbarkeit überschreiten.

Nach dem vorgelegten Entwurfe eines Friedensvertrages soll Deutschland, da es dem Völkerbunde nicht angehören soll, von der Mitbestimmung über die internationalisierten Kolonialgebiete und von der Beteiligung an ihrer Verwaltung als Mandatar des Völkerbundes ausgeschlossen werden. Der Entwurf geht in der Entrechtung Deutschlands noch weiter, indem er den alliierten und assoziierten Mächten das Recht vorbehalten will, ohne Deutschland zu befragen, über die Gegenstände der Generalakten von Berlin und von Brüssel neue Abmachungen zu treffen. Diese Forderung, deren Zugeständnis es den alliierten und assoziierten Mächten ermöglichen würde, Deutschland nicht nur als Mitkontrahenten an diesen Akten, sondern auch von den darin zugunsten aller Nationen festgelegten Rechten auszuschließen, ist im höchsten Maße unbillig und ungerecht..."

Die Kolonialkommission der deutschen Friedensdelegation fügt diesen Ausführungen noch weitere Ausführungen über das Schicksal privatrechtlicher Forderungen und Interessen in den abzutretenden deutschen Schutzgebieten an und kommt dann zu einem vernichtenden Urteil auch in der Frage der Internationalisierung der Kolonien, denn ganz offensichtlich erstreben die Feindbundgroßmächte eine Bemäntelung der Kolonialraubzüge durch die Vorgaukelung einer Internationalisierung der deutschen Kolonien und ihre sachgemäße Verwaltung durch den Völkerbund. Dabei wird die selbstverständliche Forderung nach einer gleichen Internationalisierung aller kolonialen Besitzungen europäischer Mächte abgelehnt oder überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Der These von der Internationalisierung der Kolonialgebiete der Erde kommt bei dem Mangel an aufrichtigen Willen zu einer solchen Lösung der kolonialen Probleme bei den Feindbundmächten kaum theoretische Bedeutung zu. Auch diese mit Humanitätsphrasen begründete Maxime der feindlichen Raubpolitik hat keinen anderen politischen Zweck als den der Tarnung der durch die Feindbundimperialisten praktisch durchgeführten Annexion der blühenden deutschen Kolonialbesitzungen. Es ist nunmehr die logische Folge, selbstverständlich die Internationalisierung allein der deutschen Kolonien als untragbar für das deutsche Rechtsbewußtsein

abzulehnen und erneut die Forderung auf die sofortige Rückgabe der geraubten deutschen Schutzgebiete aufzustellen und mit allen Mitteln zu verfechten.

Der Kampf um die Friedensbedingungen tobt mit äußerster Heftigkeit auf der ganzen Linie. Der Führer der deutschen Friedensdelegation ist nicht gewillt, von dem beschrittenen Wege unerbittlichen Widerstandes gegen jeden Gewaltfrieden auch nur um ein kleines abzuweichen. Es ist dabei seine feste Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, die scheinbar unantastbar stehende Front der Feindbundmächte zu sprengen. Bestimmte Erlebnisse und Erfahrungen im Rahmen der Verhandlungen und des dauernden Notenaustausches mit den Staatsmännern der Feindbundregierungen hatten ihm diese Hoffnung fast zur Gewißheit werden lassen. Dazu erreichen ihn beglückende Nachrichten aus der deutschen Heimat. Das Bekanntwerden der Friedensbedingungen in Deutschland hat einen Entrüstungssturm hervorgerufen, der geeignet erscheint, alle Parteizänkereien, alle politischen Gegensätze, alle Not, alle Stumpfheit dem deutschen Schicksal gegenüber mit einem einzigen Stoß hinwegzufegen. Das deutsche Volk, an das der deutsche Außenminister mit der ganzen Kraft seines Herzens glaubte, hatte sich noch nicht verloren, es sprach über die Friedensbedingungen von Versailles sein Todesurteil in einem wie ein Wetter hereinbrechenden „Nein"! Das „Unannehmbar" erschütterte das ganze öffentliche Leben im Deutschen Reich. Die deutsche Nationalversammlung mußte dieser Sturmbewegung folgen und sprach das gleiche „Unannehmbar"! Die deutschen Frontsoldaten und ihre Führer, an der Spitze der Feldmarschall, bekamen noch härtere, noch verschlossenere Gesichter. Ihre Augen schwelten in einem undefinierbaren Feuer. Der deutschen Jugend, zusammengeschlossen in Freiwilligenverbänden, bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, denn sie ahnte ihr grauenhaftes Sklavenschicksal, wenn dieser Friede der brutalsten Gewalt und Unterdrückung jemals zustande kommen sollte. In den deutschen Wirtschaftskreisen wuchs die Erbitterung über die beabsichtigte und offenkundig gewordene Vernichtung des deutschen Handels. Die deutsche Industrie erkannte immer mehr, daß die Vernichtungsforderungen des englischen Imperialisten Carsen Wirklichkeit werden sollten. An der Gurgel aber der deutschen notleidenden Bevölkerung saß noch immer die würgende englische Faust. Die Phrase der Völkerverbrüderung und der Weltbeglückung durch den internationalen Sozialismus verstummte. In der deutschen Seele erwachte mit dumpfer, drohender Gewalt der Widerstandswillen und sprach sich aus in unheimlich drohenden Protesten. Die Raubabsichten der Feindbundstaaten haben dem

deutschen Volk die Augen aufgerissen. Es lehnt die Völkerbeglückungsapostel von diesem Tage an ab und wird ihnen trotz eines langen politischen Irrweges nunmehr nicht mehr Gehör schenken. Das Kolonialproblem aber brennt seit diesen Tagen wie eine unheilbare Wunde am deutschen Körper. Die deutsche Entrüstung über den Verrat des amerikanischen Präsidenten spricht sich mit harten Worten aus.

Die deutsche Reichsregierung veranlaßt durch ihren Kolonialminister unter dem Druck der allgemeinen Entrüstung im deutschen Volke eine Zurückweisung der feindlichen Annexionsabsichten und der die Kolonialfrage behandelnden Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Kolonialminister spricht in großer öffentlicher Rede am 15. Mai 1919 zu Berlin den Willen und die Auffassung der deutschen Reichsregierung aus:

„Klar und fest wird die Antwort der deutschen Reichsregierung in Übereinstimmung mit der deutschen Nationalversammlung, getragen von der Entschlußkraft des deutschen Volkes, auf das Friedensangebot der Entente gegeben durch die drei inhaltsschweren Worte: ‚Unerträglich, unerfüllbar, unannehmbar!'"

...Mit vollem Nachdruck muß ich Verwahrung einlegen gegen den ungerechten und lediglich auf einseitige Parteitendenzen interessierter Kolonialmächte gegründeten Vorwurf, daß wir durch unsere Eingeborenenpolitik den Anspruch auf Mitwirkung zur Kolonisation und Zivilisation verwirkt hätten und daher durch fortgeschrittene Nationen ersetzt werden müßten. Haben unsere Gegner, die so vor der ganzen Welt das deutsche Volk brandmarkten, es überhaupt für nötig gehalten, die von uns vorgelegten Dokumente über unsere und der anderen Kolonialstaaten seit Jahrzehnten geleistete Kolonialarbeit und Eingeborenenpolitik einer Durchsicht zu unterziehen? Zu einer offenen und gründlichen Aussprache hierüber, ebenso wie über alle anderen kolonialen Angelegenheiten, sind wir nach wie vor bereit. Mit entsprechenden Vorschlägen werden wir unverzüglich an die Entente herantreten. Unsere Gegner werden dann aus unwiderlegbaren Zeugnissen ihrer eigenen Landsleute, deren durchschlagende Sachkenntnis und Unbefangenheit sie nicht anzweifeln, in Verbindung mit der Haltung der Eingeborenen vor und während des Krieges, die Hinfälligkeit ihrer schweren Anschuldigungen erkennen und daraus die vom Standpunkt der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit sich von selbst ergebenden Folgerungen herleiten müssen.

„...Deutschlands Ansprüche auf Wiederherstellung eines seiner Größe, Bevölkerungszahl und Leistungsfähigkeit entsprechenden Kolonialbesitzes ergeben sich aus folgenden Gründen:

1. Infolge der Zerstörung des Handels und der Industrie kann Deutschland seiner durch den Friedensvertrag in noch engere Grenzen zusammengedrängten Bevölkerung nur zum Teil Arbeit geben und bedarf der Kolonien als Abflußgebiete.

2. Das durch den Krieg völlig verarmte deutsche Volk ist für die Zukunft allein auf seine Arbeitskraft angewiesen. Um sie voll auszunutzen, bedarf es der Rohstoffe. Für ihren Bezug ist es vom Ausland abhängig. Infolge schlechten Standes der deutschen Valuta wird dieser außerordentlich verteuert, und es muß Deutschland durch den Besitz eigener Rohstoffgebiete ermöglicht werden, wenigstens einen Teil der benötigten Stoffe zu mäßigen Preisen zu beziehen. Nur unter dieser Voraussetzung könnte sich Deutschland zur Entschädigung bereit erklären, zu deren Leistung es nach Verlust seiner Kolonien nicht mehr imstande sein würde.

3. Mit dem Wegfall kolonialen Besitzes würde Deutschland auch ein wichtiges Betätigungsfeld für ideale Bestrebungen kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Art verlieren. Nach seiner ganzen Vergangenheit, seiner durch Jahrtausende bewährten Kultur, seinen auch von allen gerechten Gegnern anerkannten kolonisatorischen Fähigkeiten, seinen durch das mächtige Emporblühen der noch vor wenigen Jahrzehnten bedeutungslosen und unwirtschaftlichen Kolonien unwiderlegbaren kolonisatorischen Leistungen, seinen nach überstandenen kolonialen Kinderkrankheiten erfolgreichen Bestrebungen um wirtschaftliche und sittliche Förderung der Eingeborenen, vor allem auch der segensreichen, opfermutigen Kulturarbeit seiner Missionen hat Deutschland dauernden Anspruch auf praktische Mitwirkung an der Aufgabe aller Kulturstaaten zur Aufwärtsentwicklung unkultivierter Völker. Noch ein Schlußgedanke: Dankbar erkennen wir an, mit welcher Einmütigkeit die neutrale Presse diesen Gewaltfrieden als Ausbeutung der verzweifelten Notlage eines durch Blockade und Aushungern zum Erliegen gebrachten Volkes verurteilt und namentlich auch dem Kolonialraub als einer ebenso ungerechten wie unvernünftigen Maßnahme entgegentritt. Erfreulicherweise scheinen aber auch in den Ententestaaten, besonders in den Arbeiterkreisen, die Stimmen derer sich zu mehren, die vor den verhängnisvollen Folgen eines solchen Gewaltfriedens warnen und einem Frieden des Rechts und der Verständigung das Wort reden. Gegenüber der Friedensdiktatur der Brutalität werden wir bis zum letzten Augenblick den Rechtsstandpunkt wahren und auf einen Frieden hinarbeiten, der dauernden Bestand verspricht und an Stelle des Europa zerfleischenden und verarmenden Völkerhasses die Völkerversöhnung bringt."

„...Darum verzweifeln wir auch nicht an unserer kolonialen Zukunft. Die furchtbare Zwangslage ausnutzend, kann uns unseren rechtmäßig erworbenen und gewissenhaft ausgeübten Kolonialbesitz rauben, wer dies vor dem Richterstuhl der Geschichte nach Recht und Billigkeit, nach Vernunft und Gewissen zu verantworten vermag. Aber der koloniale Gedanke läßt sich nicht ertöten im deutschen Volk..."

Der neudeutsche Kolonialminister folgte so den Weisungen der deutschen Regierung und protestierte vor zahlreichen Hörern aus allen Kreisen der Bevölkerung gegen Unrecht und Gewalt, gegen Unvernunft und Brutalität. Der neudeutsche Kolonialminister erhob dieselben Anklagen in einer Unterredung mit einem Vertreter der deutschen „Nationalzeitung" am 17. Mai 1919. Auch dort spricht er mit dem Brustton der Überzeugung von den ewigen und unveräußerlichen Rechten der deutschen Nation auf ihren Kolonialbesitz, auch dort versichert er den unwandelbaren Willen der Reichsregierung, für die Zurückgabe der deutschen Kolonien mit der äußersten Kraft zu kämpfen. Die Worte sind ihm geläufig, aber an dem tiefen Glauben, der hinter diesen Worten stehen sollte, kann füglich gezweifelt werden angesichts der späteren Haltung dieses neudeutschen Ministers in der Frage der deutschen Kolonien, in der Frage der deutschen Lebensrechte überhaupt. Das deutsche Volk sollte sich aller Handlungen und Reden, aller Proteste und Aufrufe der Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger und des neudeutschen Kolonialministers erinnern, sollte sich angesichts der späteren Haltung der Regierung der deutschen Republik in der Frage des Friedensschlusses und also auch in der Frage der deutschen Kolonien immer wieder daran erinnern, damit es erkenne, mit welcher Frivolität seine heiligsten Lebensrechte von dieser Regierung der Minderwertigen preisgegeben, mit welcher Leichtfertigkeit das Leben der Nation gefährdet wurde. Um die geradezu hochverräterische Haltung der neudeutschen Regierungsgrößen anschaulich werden zu lassen, ist es deshalb zwingende Notwendigkeit, die Haltung und die Handlungen, die Worte und die Taten der neudeutschen Volksführer einer eingehenderen Würdigung insoweit zu unterziehen, als das koloniale Schicksal unmittelbar von ihnen beeinflußt und zu tragischen Auswirkungen geführt worden ist. Es muß, um die Ausgangsbasis für einen erfolgreich zu führenden zukünftigen Kampf um die Zurückgewinnung der geraubten deutschen Kolonien zu gewinnen, um für eine endgültige Lösung der kolonialen Probleme überhaupt nach den dafür allein maßgeblichen Gesetzen der Vernunft und Gerechtigkeit die Grundlagen und Voraussetzungen zu schaffen, von uns die Erkenntnis gewonnen werden, daß der Raub der deutschen Kolonien

durch die imperialistischen Feindbundmächte, durch die politische und charakterliche Haltung der damaligen deutschen Reichsregierung erleichtert worden ist. Es ist die Feststellung zu treffen und durch unerschütterlichen Beweis zu erhärten, daß die damalige deutsche Regierung das deutsche Volk in der Frage seiner Kolonien im Kampf gegen die Feindbundmächte getäuscht, irregeführt, hintergangen hat, daß diese Regierung sich leichtfertig über die Lebensrechte und die Forderungen der deutschen Ehre hinwegsetzte und die deutsche Widerstandskraft unbeachtet gelassen hat und in trauriger Kapitulation durch die Unterschrift unter das Friedensdiktat von Versailles auch die deutschen Kolonien der Raubgier und Willkür der Feindbundmächte überantwortete. Die deutsche Novemberregierung kann sich nicht darauf berufen, daß sie in Unkenntnis der ungeheuren Tragweite ihrer Entschlüsse gehandelt habe. Sie kann nicht behaupten, daß sie dem Kolonialproblem nicht hätte die für das Leben der deutschen Nation und für den deutschen Ehrenstandpunkt allein tragbaren Lösungen werden lassen können. Die neudeutsche Regierung kannte die Tragweite und die Auswirkungen der Lösung des Kolonialproblems durch die alliierten und assoziierten Imperialisten sehr genau, denn sie reihte Protest an Protest gegen diese Lösung; sie machte es der deutschen Friedensdelegation zur heiligen Pflicht: für die Rückgewinnung der deutschen Kolonien alle Kräfte zum Einsatz zu bringen; sie veranlaßte ihren Kolonialminister zu Kundgebungen des deutschen Kolonialanspruches; sie veranlaßte eine allgemeine Aussprache über die kolonialen Fragen in der deutschen Nationalversammlung. Um die Haltung der republikanischen Regierung und der deutschen Politik in der Frage der deutschen Kolonien zu beleuchten, ist ein Eingehen auf die Besprechung dieser Frage in der deutschen Nationalversammlung unerläßlich. Abgesehen von Äußerungen einzelner Mitglieder der Nationalversammlung zur Kolonialfrage, gibt in allererster Linie die Sitzung vom 1. März 1919 ein einigermaßen geschlossenes Bild von der Stellung der Reichsregierung und der Parlamentarier in der Frage der deutschen Kolonien und ihrer gewaltsamen Enteignung durch die Alliierten. Aus allen Bevölkerungskreisen der deutschen Nation waren in unmittelbar aufflammendem Widerstandswillen gegen die entehrenden Vergewaltigungsabsichten der Feindbundmächte hinsichtlich des deutschen Kolonialbesitzes an die verschiedensten Vertreter der politischen Parteien in der deutschen Nationalversammlung immer stürmischere Forderungen auf eine unmittelbare Abwehr der Annexionsabsichten der Feindbundmächte ergangen. Die Vertreter der Parteien in der deutschen Nationalversammlung konnten diesem gebieterisch ausgesprochenen Willen der gesamtdeutschen Nation sich

nicht verschließen und brachten deshalb für die Sitzung am 1. März 1919 zur sofortigen Verhandlung den folgenden Antrag ein:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die in Artikel 19 des Satzungsentwurfes des Völkerbundes über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt V des Wilson-Programmes aufgestellten kolonialen Friedensbedingungen nicht in Einklang zu bringen.

Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Änderung dieser Bedingungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame Grundlage für den Frieden angenommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte."

Der Antrag wurde mit der Forderung auf sofortige und dringliche Verhandlung eingebracht und von den Führern der bedeutendsten Parteien verantwortlich gezeichnet. Die Regierung mußte sich zu diesem Antrag äußern und über die Nationalversammlung dem gesamtdeutschen Volk Rechenschaft über ihre Einstellung zu den kolonialen Lebensrechten der deutschen Nation wie zu den Raubabsichten der Feindbundmächte geben. Der Kolonialminister der Regierung Ebert-Scheidemann hielt die folgende Rede:

„...Der von fast allen Parteien der Nationalversammlung eingebrachte Antrag zur Kolonialfrage gibt mir willkommene Gelegenheit, die Stellung des mir anvertrauten Kolonialamtes, das hoffentlich in absehbarer Zeit nicht mehr ein Amt ohne Land sein wird, hier darzulegen. Der Geschäftslage des Hauses und der gesamten politischen Lage Rechnung tragend, beschränke ich mich auf knappe, sachliche Erörterungen und behalte mir zur gegebenen Zeit ausführlichere Stellungnahme vor. Als einen Lichtblick in trüber Zeit darf ich es aber bezeichnen, daß über die zur Erörterung stehenden Fragen auf kolonialem Gebiet der Streit der Parteien völlig ausgeschaltet ist und daß darüber eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen Regierung, Parlament und Volk besteht.

Die heutige Verhandlung der für Deutschlands Zukunftsentwicklung bedeutungsvollen kolonialen Fragen bildet in ihrem zeitlichen Zusammentreffen einen Willkommensgruß der Heimat an die soeben eingetroffenen Ostafrikaner.

Solange die Dankbarkeit nicht ausstirbt in deutschen Landen, solange wird man singen und sagen von den unbesiegten Helden, die unter Führung ihres Generals von Lettow-Vorbeck mit beispielloser Opferkraft jahrelang jeden Fuß deutschen Landes gegen eine vielfache Übermacht verteidigt haben. Besser als Wort und Schrift bleiben sie lebende Zeugen für deutsche koloniale Fähigkeiten und Leistungen. Die hingebende Treue, mit der sie in der Ver-

teidigung deutschen Kolonialbesitzes von den Eingeborenen unterstützt wurden, widerlegt zugleich schlagend die Vorwürfe einer ungerechten Behandlung und Unterdrückung der eingeborenen Bevölkerung...

...Von der deutschen Nationalversammlung darf ich die Ermächtigung erbitten, unseren getreuen Ostafrikanern die herzlichen Glückwünsche zur Rückkunft in die Heimat zu entbieten. Der Heimgekehrten Wunsch, daß ihre vaterländische Lebensarbeit nicht vergeblich gewesen sein möge, ist auch der Herzenswunsch des ganzen Volkes..."

Die deutschen Verteidiger Ostafrikas gegen eine unvorstellbare Übermacht waren in diesen Tagen aus der verlorenen deutschen Kolonie unter Führung des Generals v. Lettow-Vorbeck in die deutsche Heimat zurückgekehrt. Unbesiegt und dank des Kampfes des Mitgliedes der deutschen Waffenstillstandskommission v. Vanselow, gegen die Absichten der Engländer auch ungedemütigt, kehrte das Häuflein der Getreuen heim in das deutsche Mutterland. Mit denselben Augen wie alle heimgekehrten Frontsoldaten sahen auch die Ostafrikaner die Wandlungen der Heimat, sahen das Chaos, sahen die parteipolitischen Machtkämpfe, sahen die grauenhafteste Not und den Mangel. Auch den heimkehrenden Ostafrikanern blieb die Heimat zunächst fremd, und ihr Wunsch, daß ihr eigener Kampf über mehr als vier Jahre, daß auch ihre Opfer in den Kolonien nicht vergeblich gewesen sein möchten, klingt gegen die Umstürzler und die neudeutschen Regierungsgrößen fast wie eine dunkle Drohung. Der Verlust der deutschen Kolonien bedeutet zugleich den tragischen Schlußakt des heroischen Kampfes der Deutsch-Ostafrikaner. Unter das Friedensdiktat aber von Versailles, das den Raub des deutschen Kolonialbesitzes für die Ewigkeit festzulegen unternimmt, setzte der neudeutsche Kolonialminister seine Unterschrift!

In der Nationalversammlung zu Weimar am 1. März 1919 aber fährt der Kolonialminister der Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger in seiner Rede über das Schicksal der deutschen Kolonien fort:

„...Unter den 14 Punkten, die der Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellt hat, beschäftigt sich der fünfte Punkt mit dem kolonialen Problem in folgender Fassung:

‚Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.'

Für die Beurteilung der kolonialen Friedensprobleme ist aus der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 außerdem folgender Satz bedeutungsvoll:

‚Wir wünschen Deutschland einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt.'

Weiter enthält die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918 folgenden Satz:

‚Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme, die 14 Punkte, jedes für sich und insgesamt die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche, sowie auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der betroffenen Völker kein dauernder Friede erreicht werden kann.'

Die nämliche Botschaft des Präsidenten enthält den lapidaren und jede Mißdeutung ausschließenden Satz: ‚Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben.'

Diese Botschaften des Präsidenten Wilson sind vor dem Abschluß des Waffenstillstandes von Deutschland ebenso wie von den Ententestaaten als Grundlage des Waffenstillstandes und des Friedens angenommen worden, ohne daß dabei wegen der in Punkt V der Botschaft vom 8. Januar 1918 festgelegten Kolonialfrage von irgendeiner Seite ein Vorbehalt gemacht worden wäre. Nach den übereinstimmenden Grundsätzen der Moral, der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes ist daher nicht nur Deutschland, sondern auch die Entente an dieses vereinbarte Wilsonsche Programm gebunden, wie in allen übrigen Punkten, so auch in der Kolonialfrage. Deutschland wird die von ihm übernommenen Verpflichtungen getreulich erfüllen, erwartet aber auch von seinen Gegnern Wahrung der Vertragstreue.

Das deutsche Volk ist bereit, bei den Friedensverhandlungen seine Forderungen nach der Wiederherstellung seines Kolonialbesitzes einer unparteiischen Nachprüfung auf der Grundlage der vom Präsidenten Wilson aufgestellten Gesichtspunkte im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit unterziehen zu lassen...

...Eine schmerzliche Überraschung und bittere Enttäuschung bei dem deutschen Volk im Hinblick auf diese früheren Kundgebungen des Präsidenten Wilson der Artikel 19 des Satzungsentwurfes für den Völkerbund, der über die deutschen Kolonien Bestimmungen trifft, die unter dem Zeichen des Rechtsfriedens verschleierte Annexionen darstellen.

Diese Bestimmungen des Artikels 19 stehen den durch die getroffenen

Vereinbarungen zum unlösbaren Bestandteile des Waffenstillstands- und Friedensvertrages gemachten früheren Kundgebungen des Präsidenten Wilson über die kolonialen Probleme unvermittelt gegenüber. Sofort nach der Veröffentlichung des Satzungsentwurfes des Völkerbundes habe ich daher als verantwortlicher Leiter des Kolonialamtes in der Presse auf den unlösbaren Widerspruch zwischen beiden Kundgebungen hingewiesen und die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes auf Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte begründet..."

Immer öfter von Zurufen aus der Nationalversammlung unterbrochen, die den Willen des Volkes zum Widerstand in der Kolonialfrage und der durch die Alliierten propagierten Lösung kundtun, fährt der Vertreter der republikanischen Reichsregierung fort:

„...Zunächst muß gegenüber der ohne Begründung aufgestellten Behauptung, daß die Kolonien infolge des Krieges aufgehört hätten, unter deutscher Oberhoheit zu stehen, daran festgehalten werden, daß weder der Krieg als solcher, noch die Besetzung durch die Gegner unser Recht an den Schutzgebieten berührt hat. Diese völkerrechtliche Grundlage läßt sich durch die Formel, daß unsere Souveränität infolge des Krieges aufgehört habe, weder zu unseren Ungunsten noch zugunsten der Gegner verschieben oder erschüttern. An diesem Rechtsgrundsatz wird auch der Präsident Wilson festhalten müssen..."

Der Vertreter der deutschen Regierung spricht hier zu Anfang des Monats März 1919 einen verhängnisvollen Irrtum, in dem sich die Regierung befand, aus und bekundet damit, daß sich die Regierung in der Beurteilung des Präsidenten der Vereinigten Staaten in sträflicher Leichtfertigkeit auf Irrwegen befand, daß sie noch immer trotz der augenscheinlichsten politischen Beispiele für die verräterische Haltung des Weltbeglückungsapostels aus USA. seinem eigenen Friedensprogramm und seinen zahlreichen anderen Kundgebungen gegenüber auf ein Eingreifen der amerikanischen Delegation und ihres Führers im Interesse der Schließung eines „öffentlich verhandelten und öffentlich abzuschließenden Friedens" des Rechtes und der Gerechtigkeit hoffte. Gerechtigkeit und Recht erwartete sie gläubigen Gemütes in der Frage der deutschen Kolonien von dem Heilsbringer aus Übersee, obgleich ihr die politische Haltung und das charakterliche Versagen dieses neuen Messias besonders aus seiner, das deutsche Volk brutal diffamierenden Rede vom 14. Februar 1919 eindeutig klargeworden sein mußte. Es ist nicht zu entscheiden, ob Leichtfertigkeit, Gutgläubigkeit oder vollkommene politische Impotenz die Ursachen für die Haltung der Regierung Ebert-Scheidemann-

Erzberger bildeten. — Der Vertreter der kolonialen Interessen des deutschen Volkes, der Verwalter des Deutschen Kolonialamtes, erklärt den Vertretern des deutschen Volkes weiterhin folgendes:

„...Wir appellieren ferner an sein (Wilsons) Gerechtigkeitsgefühl und erwarten, daß er sein Urteil nicht einseitig auf die Anklagen unserer an dem Erwerb deutschen Kolonialbesitzes interessierten und daher befangenen Gegner gründet. Auch für das Völkerrecht läßt sich der Fundamentalsatz ‚audiatur et altera pars' nicht aus der Welt schaffen. Mit dem Standpunkte von Recht und Gerechtigkeit ist es schlechterdings unvereinbar, und es darf auch als beispiellos in der Geschichte bezeichnet werden, wenn man trotz feierlicher Verkündung des Rechtsfriedens ein Volk kontumazieren, also ungehört verurteilen will, obgleich es bereit und in der Lage ist, Rede und Antwort zu stehen. Namens der Volksregierung und des hinter ihr stehenden deutschen Volkes erkläre ich dem Präsidenten Wilson, daß wir nach wie vor bereit sind, vor einem unparteiischen Forum Rede und Antwort zu stehen und uns zu allen über unsere koloniale Tätigkeit erhobenen Anklagen zu äußern.

Ein objektives Bild und ein unparteiisches Urteil läßt sich unmöglich gewinnen aus einseitigen Tendenzschriften interessierter Gegner, wie es insbesondere das englische Blaubuch vom August 1918 ‚über die Eingeborenen von Südwestafrika und ihre Behandlung durch Deutschland' und ähnliche amtliche und halbamtliche Tendenz- und Propagandaschriften darstellen. Das deutsche Weißbuch über die ‚Behandlung der einheimischen Bevölkerung in den kolonialen Besitzungen Deutschlands und Englands' liefert an der Hand englischen und sonstigen einwandfreien Materials den untrüglichen Beweis, daß die gegen die deutsche Kolonialpolitik erhobenen Anschuldigungen teils auf maßloser Übertreibung, teils auf Entstellung oder Unwahrheit beruhen. Dabei wird keineswegs verschwiegen, sondern mit vorbildlicher Offenheit in eingehender Darstellung zugegeben, daß wir von den Kinderkrankheiten der Kolonialpolitik keineswegs verschont gewesen sind, sondern in den ersten Jahrzehnten manche Fehler des Systems und bedauerliche Unklugheiten begangen haben. Aber abgesehen davon, daß von derartigen Mängeln und Fehlern auch keine andere Kolonialmacht, wie die Kolonialgeschichte untrüglich erweist, freigeblieben ist, hat unsere verhältnismäßig noch blutjunge Kolonialgebarung in der neuen Kolonialära, besonders in dem letzten Jahrzehnt, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wir sind in der Lage, eine Reihe englischer und sonstiger einwandfreier Zeugnisse dafür beizubringen, daß unsere Kolonialpolitik und unsere Kolonialwirtschaft,

namentlich aber unsere Behandlung der Eingeborenen den Befähigungsnachweis erbracht haben. Das von meinem um unsere koloniale Sache hochverdienten Herrn Amtsvorgänger Dr. Solf geprägte Wort ‚Kolonisieren heißt Missionieren', und zwar im besten Sinne des Wortes, ist von uns in die Tat umgesetzt worden. Dadurch werden die ‚Enthüllungen über unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten', die wir den Eingeborenen auferlegt haben sollen, ebenso klar widerlegt wie die uns ohne jede berechtigte Grundlage vorgeworfenen Ausrottungsbestrebungen gegenüber den Eingeborenen..."

Der Vertreter der deutschen Regierung führt nun in der Widerlegungsabsicht der feindlichen Annexionsabsichten der Nationalversammlung eine Reihe von Beispielen vor dafür, wie die Auswirkungen des Artikels 19 des Völkerbundssatzungsentwurfes hinsichtlich der deutschen Kolonien in der Feindbund- und in der neutralen Presse beurteilt werden. Die angeführten Presseurteile, die tatsächlich um ein Vielfaches vermehrt werden könnten, machen sichtlichen Eindruck auf die deutschen Volksvertreter; sie sind geeignet, das koloniale Unrecht zu erweisen und den deutschen Widerstandswillen zu stärken, indem sie das deutsche Recht auf Kolonialbesitz eindeutig unterstreichen; sie rufen in der Nationalversammlung und im deutschen Volk unverkennbare Erregung hervor, aber der Erfolg muß auch dieser Argumentation versagt bleiben, weil hinter ihr nicht eine unbezweifelbare Autorität und eine entsprechende Macht unterstützend stehen.

„...So hat die Turiner ‚Stampa' geschrieben, alle Kolonien müßten internationalisiert werden, der Völkerbund sei nichts anderes als eine Verbindung der Mächte zur Befriedigung der eigenen Habgier. Im ‚Journal de Geneve' war zu lesen, die Erledigung der kolonialen Fragen in Paris ähnele mehr einer Verteilung als einer Befreiung. In der Londoner ‚Nation' vom 1. Februar 1919 heißt es, Mandate für die Sieger wären nur eine Variante für das alte Beuteprinzip. Auch die Pariser ‚Humanité' hat geschrieben, den alliierten Imperialisten käme es nur darauf an, die Beute zu verteilen. In der holländischen Presse ist die Kritik noch schärfer. Das ‚Allgemeen Handelsblad' sieht in der Regelung der Kolonialfrage ‚einen mehr oder weniger scheinheiligen Versuch, um die Verteilung der kolonialen Beute unter schönen Losungsworten zu verbergen und Deutschland von jedem Kolonialbesitz auszuschließen'. Auch die ‚Nieuwe Rotterdamsche Courant' spricht von Annexionsplänen der Friedenskonferenz hinsichtlich der deutschen Kolonien, die den Wilsonschen Grundsätzen durchaus widersprächen. Durch das Kolonialkompromiß, so sagt diese Zeitung, werde der Völkerbund zu

einem Bund siegreicher Nationen, um bei der Ernte der Siegesfrüchte keinen Streit entstehen zu lassen..."

Vollkommen unverständlich für den deutschen Standpunkt, für den Standpunkt besonders der großen deutschen Volksmasse in der Frage des drohenden Verlustes des deutschen Kolonialbesitzes ist die Feststellung des Regierungsvertreters, daß er eine Schilderung des Eindruckes, den der Artikel 19 des Wilsonschen Geisteskindes, des Völkerbundsatzungsentwurfes auf das deutsche Volk gemacht habe, unterlassen wolle. Er begründet diese Haltung mit der merkwürdigen Behauptung, daß durch diese Schilderung der allgemeinen deutschen Empörung die bereits überhitzte Temperatur nicht noch mehr gesteigert werden dürfe. Die Leisetreterei der Regierung Ebert-Scheidemann-Erzberger wird in diesen wenigen Worten erschreckend sichtbar. Der Verwalter der deutschen Kolonialrechte begnügt sich damit, der Nationalversammlung zu sagen, daß er sich dafür mit einer Schlußbemerkung genügen lassen müsse, denn immerhin verstünde man es im deutschen Volke nicht, wie man es auch im Auslande nicht verstehen würde, wenn die deutsche Volksregierung die fragwürdige Kundgebung des Präsidenten Wilson und der Konferenz der 27 „Siegerstaaten" am 14. Februar 1919 zu Paris widerspruchslos hinnehmen und nicht in einhelligem Protest unter wiederholtem Hinweis auf die Wilsonbotschaften zurückweisen würde. Die Schlußbemerkung des deutschen Regierungsvertreters aber lautet also:

„...Wollen die am Erwerb deutscher Kolonien interessierten Ententestaaten einen Gewaltfrieden herbeiführen und gewaltsam unsere Kolonien unter Ausnutzung unserer politischen und militärischen Lage wegnehmen, dann soll man auch das Kind beim rechten Namen nennen, sich aber nicht mit dem Schein der Moral und des Rechtes umgeben.

Der Präsident Wilson wird bei seiner hochherzigen und großzügigen Idee eines Völkerbundes und dauernden Weltfriedens keinen eifrigeren Mitarbeiter finden als die deutsche Regierung und das deutsche Volk.

Unerläßliche Voraussetzung ist aber dabei, daß diese Gründung vom Geiste wahrer Gerechtigkeit und edler Duldsamkeit getragen wird und eine wirkliche Gleichstellung aller beteiligten Nationen vorsieht. Niemals würde das deutsche Volk es ertragen können, wenn es, außer der vorgesehenen verschleierten Annexion mit dem Brandmal kolonisatorischer Unfähigkeit gekennzeichnet, aus der Reihe der Kulturvölker ausgestoßen würde. Gegen diesen Gedanken bäumt sich das Nationalempfinden des ganzen deutschen Volkes auf.

Unabweisbar und unverzichtbar ist Deutschlands Forderung nach Wiederherstellung seines Kolonialbesitzes. Frei von Eroberungssucht und annexionistischem Imperialismus, fordern wir eigenen Kolonialbesitz, weil wir es als eine Lebensnotwendigkeit für ein 70-Millionen-Volk betrachten, an der Verbreitung von Kultur und Sitte mitzuarbeiten und für die seelische und wirtschaftliche Vorwärtsentwicklung der Eingeborenen mit vertieftem Verständnis für ihre Eigenart und ihre wahren Bedürfnisse unsere volle Kraft einzusetzen. Eine gewaltsame Ausschließung von dieser kolonialen Mitarbeit, die eine unerträgliche moralische Degradierung Deutschlands bedeuten würde, wäre ein ebenso unsühnbares und für den Weltfrieden verhängnisvolles Unrecht wie die Unterbindung der Wirtschaftsadern durch Absperrung der zur allmählichen Wiederholung unseres bis ins Mark getroffenen Wirtschaftslebens unentbehrlichen kolonialen Ein- und Ausfuhr.

Unter allen Kriegsbeschädigten hat niemand schwerere Kriegsnot gelitten und herberes Kriegsleid erfahren als das Rechtsgefühl und die Gerechtigkeit. Dem schwer daniederliegenden Völkerrecht wieder aufzuhelfen ist vornehmste Friedensaufgabe und Ehrenpflicht aller Kulturstaaten. Gelingen wird das Friedenswerk aber nur dann, wenn Eigennutz und Selbstsucht von dem Gesamtinteresse an der weltfriedlichen Regelung der Beziehungen der Völker zueinander überwunden werden. Was dabei die bedeutsamen kolonialen Probleme anlangt, so werden für den friedlichen Ausgleich unter den Kolonialvölkern und namentlich für die als politische Notwendigkeit zu erwartende Neuverteilung des gesamten afrikanischen Kolonialbesitzes als gerechte Maßstäbe die Größe und Bevölkerungszahl der Staaten, weiter ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse und schließlich ihre kolonisatorische Leistungsfähigkeit in erster Linie allgemeine Anerkennung finden müssen.

Soll nach den neuerlichen Vorschlägen eine internationale Instanz wie der Völkerbund einen Einfluß auf die Verwaltung der Kolonien gewinnen, so darf dieser Gedanke vom Standpunkte der Gerechtigkeit nicht auf den deutschen Kolonialbesitz eingeschränkt bleiben, sondern muß auf die kolonialen Gebiete aller Völker angewandt werden.

Auch ist die Politik der offenen Tür, für die wir immer eingetreten sind, gleichmäßig von allen Handel treibenden Nationen zu gewährleisten. Darum gebe ich der Stimmung nicht nur der Nationalversammlung, sondern des ganzen deutschen Volkes Ausdruck, wenn ich die dringende Erwartung ausspreche, daß im Sinne und Geiste der von uns und der Entente gleichmäßig akzeptierten Wilsonschen Botschaft vom 8. Januar 1918 das Kolonialproblem bei den Friedensverhandlungen in einer Weise gelöst wird, die dem Standpunkt des Rechtes und der Gerechtigkeit entspricht und Gewähr für einen unerschütterlichen Völkerbund und dauernden Weltfrieden bietet!"

Die Nationalversammlung des deutschen Volkes, zusammengesetzt aus Marxisten, Liberalen, Demokraten, Spießbürgern, nimmt diese Erklärungen des novemberdeutschen Kolonialministers entgegen. Aber die Diskussion über die brennende Schicksalsfrage der deutschen kolonialen Besitzungen bietet dem deutschen Volke, bietet dem Ausland, bietet vor allen Dingen den Feindbundmächten das beschämende Bild einer unglaublichen Disharmonie. Die Verfechter der Thesen der Weltrevolution, die getreuen Trabanten des asiatischen Rausches einer Vernichtung aller bestehenden Werte, die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie bringt den traurigen Mut auf, in agitatorischer Form und demagogischer Argumentierung das deutsche Recht auf kolonialen Besitz zu verneinen. In demselben Augenblick also, da der Außenminister der deutschen Volksregierung die letzten Vorbereitungen für den Kampf um die deutschen Interessen und Rechte gegen eine Welt von unerbittlichen Feinden trifft, fallen Sozialdemokraten ultraroter Färbung ihm in den Rücken und geben den Feindbundmächten, geben den beutehungrigen Imperialisten Frankreichs und Englands in einer der wichtigsten Lebensfragen des gesamtdeutschen Volkes das düstere Bild der Uneinigkeit und der feindlichen Forderung unerhörten Auftrieb. Wenn auch die von den meisten Parteien der Nationalversammlung eingebrachte Entschließung in der Frage der deutschen Kolonien und ihres ferneren Schicksals mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der hochverräterischen Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen wird, es kommt ihr nur beschränkte Bedeutung zu. Sie ist in ihrer Form kaum ein wertvolles Argument für die deutsche Friedensdelegation im Ringen um einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit, gegen koloniale Enteignung, gegen Kolonialschuldlüge und koloniale Unwürdigkeitserklärung.

Bereits die eindeutige Kundgebung des Präsidenten Wilson und der Alliierten und Assoziierten am 14. Februar 1918 zu Paris hatte in Deutschland eine stürmisch hervorbrechende Widerstandsbewegung gegen Kolonialraub und koloniale Unwürdigkeitserklärung hervorgerufen. Noch vor der Abreise der deutschen Friedensdelegation und des deutschen Außenministers zu den entscheidenden Verhandlungen nach Paris waren Gerüchte über die Friedensbedingungen in Deutschland im Umlauf, die über die bisherigen, an sich bereits erschütternden Nachrichten hinaus das deutsche Schicksal in seiner ganzen Schwere und dumpfen Gewalt ahnten, ahnen ließen. In der Frage der deutschen Kolonien hatten die Handlungen und politischen Gewalt-

akte der feindlichen Friedensmacher bereits eine gewisse Klärung gebracht. Es war auch dem letzten deutschen Menschen bewußt geworden, daß das Ringen um Sein oder Nichtsein der deutschen kolonialen Besitzungen gehen würde, daß der Vernichtungswahn der Feindbundmächte mit der kolonialen Beraubung des deutschen Volkes alle Lebensadern abzuschnüren hoffte, daß man zugleich mit dem in der Kolonialschuldlüge ausgesprochenen politischen Meuchelmordversuch das deutsche Volk in seiner nationalen Ehre empfindlich treffen wollte. Es erhoben sich deshalb vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt Stimmen einhelligen Protestes. Das Bekanntwerden der Friedensbedingungen aber steigerte diese Protestflut um ein Vielfaches und erregte die deutschen Gemüter und Seelen bis auf den tiefsten Grund. Es wird sich, da alle diese Proteststimmen eindeutig unter Beweis stellen, daß das deutsche Volk trotz der jämmerlichen Haltung seiner Regierung bei dem endlichen Abschluß des Friedens und des im Friedensvertrag ausgesprochenen und unterzeichneten Verzichtes auf koloniale Besitzungen, niemals auf sein unveräußerliches Recht Verzicht geleistet hat, daß die deutsche koloniale Forderung als Teil der deutschen Nationalehre immer bestanden hat und bestehen wird bis zu ihrer endgültigen Befriedigung, als Notwendigkeit erweisen, diesen Stimmen, allerdings in beschränkter Auswahl und zumeist nur im Auszug, hier Raum zu geben. Daß die deutschen Proteststimmen in ihrer klaren Formulierung der Forderungen und Anklagen weit über die Auslassungen und Willensäußerungen der deutschen Novemberregierung Ebert-Scheidemann-Erzberger hinausgehen, ist beschämende Tatsache und angesichts der späteren Haltung der Regierung bittere Anklage.

So steht an der Spitze des sich organisierenden Widerstandes in der kolonialen Frage die Deutsche Kolonialgesellschaft. Sie unternimmt es in einem offenen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die ganze Welt auf das ungeheuerliche Unrecht in der Frage der Lösung der kolonialen Probleme hinzuweisen, den Präsidenten selbst und das amerikanische Volk aber als verantwortlich für die Entwicklung der Dinge und die naturnotwendig sich für den Weltfrieden daraus ergebenden Folgen zu bezeichnen. Im Auszug lautet dieser offene Brief nach der deutschen „Kolonialzeitung" vom 20. April 1919 also:

„Vor aller Welt richten wir an Sie die Frage: Aus welchen Quellen haben Sie Ihre Kenntnisse über die deutschen Kolonien geschöpft? Waren es nur die englischen Blaubücher vom Juli 1916 und vom August 1918? Diese lehnen wir als tendenziös, zum Teil als falsch ab. Da Sie selbst

bisher die deutschen Kolonien nicht bereisen konnten, so blieb Ihnen die Möglichkeit, sich durch unvoreingenommene Sachverständige aus Amerika und aus neutralen Staaten über die Verhältnisse in den deutschen Kolonien Bericht erstatten zu lassen. Nur wer die deutschen Kolonien aus eigener und gründlicher Anschauung kennt, ist berechtigt, über unser Verfahren gegen die Eingeborenen zu urteilen. Haben Sie diesen Weg zu einer gerechten und gründlichen Information beschritten? Wir können es nicht glauben, sonst würde Ihr Urteil anders lauten. Aber auch in den Reihen unserer Feinde konnten und können Sie auch sogar noch jetzt solche Sachverständige finden, die ihre Überzeugung vor und auch während des Krieges öffentlich zu unseren Gunsten dargelegt haben.

Aus zahlreichen deutschen amtlichen Veröffentlichungen geht hervor, wie sorgfältig unsere Beamten auf die Eigenart der Eingeborenen eingehen, wie streng unsere Richter Übergriffe und Roheiten gegen sie bestrafen, wie viele Schulen für Eingeborene in den deutschen Kolonien bestehen, wie viele Millionen jährlich für die Gesundheitspflege der Eingeborenen ausgegeben wurden, welche große Zahl von deutschen Ärzten — an ihrer Spitze Robert Koch, den Amerika hoch geehrt hat — nach den Kolonien gegangen ist, um die dort herrschenden Krankheiten zu erforschen, zu heilen und zu bekämpfen, um die Kindersterblichkeit zu verringern, kurz, um die Eingeborenen gesundheitlich und sittlich zu heben. Welch gewaltige Arbeit haben die deutschen christlichen Missionen in deutschen und auch in fremden Kolonien geleistet! Der beste Beweis aber zugunsten unserer Eingeborenenpolitik ist der Verlauf des Krieges in Ostafrika: Wie wäre es unserer Schutztruppe möglich gewesen, abgeschnitten von Europa, den an Zahl soviel mal überlegenen Truppen der Engländer, Belgier und Portugiesen vier Jahre innerhalb der Kolonie Widerstand zu leisten, wenn ihr nicht die gesamte Einwohnerschaft geholfen hätte! Wären wir wirklich die grausamen Peiniger, als die wir verschrien werden, so wären die Eingeborenen sicherlich über die kleinen versprengten Truppenverbände hergefallen und hätten sich an ihren Unterdrückern gerächt. Nichts von dem geschah, sondern gerade das Gegenteil trat ein. Mit Zwangsmaßregeln, und wären sie noch so streng, kann man solche Treue niemals erzwingen: nein, diese Farbigen hielten uns die Treue bis ans Ende, weil wir ihnen Vertrauen eingeflößt hatten und sie mit ihrem Herzen an uns hingen! Kann irgendeine Kolonialmacht der Erde solche Erfolge ihrer kolonisatorischen Tätigkeit aufweisen? Nein, gewiß nicht!

Auch im deutschen Mutterlande ist das Interesse an den Eingeborenen ständig rege; eine aus der unterzeichneten Gesellschaft hervorgegangene Ge-

sellschaft für Eingeborenenschutz zählt die besten Namen deutscher Gelehrter, Missionare und Kolonialfreunde zu ihren Mitgliedern und hat häufig ihren Einfluß und mit gutem Erfolge zur Wirkung gebracht. Was wir Deutsche für die Eingeborenen unserer Kolonien geleistet haben und wie sie uns diese Mühe in Zeiten der Not vergolten haben, darauf haben wir ein Recht, stolz zu sein, darum kann man uns nur beneiden!

In Ihrer Rede vom 14. Februar zu Paris sagen Sie, Herr Präsident, weiter: ‚Es werden die Staaten ausgesucht werden, die bereits gezeigt haben, daß sie imstande sind, in dieser Sache gewissenhaft vorzugehen, und unter ihrer Leitung wird den hilflosen Völkern der Welt neues Licht und neue Hoffnung gebracht werden.' Haben Sie sich überzeugt, Herr Präsident, ob dieses Urteil über Engländer, Franzosen, Belgier und Portugiesen auch wirklich berechtigt ist? Wer hat die Kongoakte gebrochen, wer hat den Krieg nach Afrika hineingetragen? Wer hat seine Kolonien zu europäischen Zwecken benutzt? Nicht wir, sondern die, welche farbige Soldaten zu Hunderttausenden im Kampf gegen Weiße verwendet und damit das Übergewicht der weißen Rasse für immer aufs schwerste geschädigt haben. Wer trägt die Schuld, daß allein in Ostafrika etwa $^3/_4$ Million Eingeborene dem Hunger und den Seuchen zum Opfer gefallen sind? Nicht wir Deutsche haben das getan, sondern jene, welche unsere Kolonien angriffen! Haben Sie, Herr Präsident, niemals von den Greueltaten der Engländer am Putumayo, in Neuseeland, Tasmanien, in Irland, der Belgier am Kongo gehört? Wissen Sie, in welch schamloser Weise England noch heute die indischen Völker ausbeutet? Wissen Sie, daß nach englischen Berichten dort etwa jährlich eine Million Menschen an Malaria zugrunde geht, jetzt, wo wir dank der Tätigkeit der Amerikaner am Panamakanal wissen, wie diese Krankheit im großen zu verhüten ist? Haben Sie die Urteile indischer und ägyptischer Patrioten über die englische Verwaltung gelesen? Ist Ihnen bekannt, daß in Marokko, in Senegambien, in Nordrhodesia und neuerdings in Ägypten blutige Aufstände der ‚hilflosen Völker' gegen diejenigen ausgebrochen sind, welche, wie sie glauben, so hervorragend zur Leitung eben dieser Völker berufen sind? Ist kein Wort zu Ihren Ohren gedrungen von den Mißhandlungen, welche die Franzosen an den wehrlosen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Dahomey und Marokko verübt haben und durch ihre schwarzen Soldaten verüben ließen? Haben Sie die Veröffentlichungen des Deutschen Reichskolonialamtes mit ihren himmelschreienden Einzelheiten gelesen? Gewiß nicht! Sonst könnten Sie nicht die Gewissenhaftigkeit dieser Nationen rühmen, könnten nicht ihren Beamten und Offizieren die wehrlosen Ein-

geborenen überantworten, damit sie ihnen ‚neues Licht und neue Hoffnungen' bringen!

In Punkt V Ihrer Botschaft vom 8. Januar 1918 haben Sie ‚eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche' als Ihren Willen feierlich der Welt verkündet. Im Vertrauen auf Ihr Wort hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Soll dieses Vertrauen jetzt getäuscht werden? Doppelt tief muß es jeden Deutschen schmerzen, daß gerade Sie, Herr Präsident, Ihr Ohr nur unseren Feinden leihen, auf uns aber unverdiente Anklagen häufen. Fragen Sie neutrale Sachverständige, welche unvoreingenommen die Verhältnisse in den deutschen und fremden Kolonien aus eigener Anschauung kennengelernt haben und sie vergleichen können! Wenn diese dann, wie wir zuversichtlich erwarten, uns kein schlechteres Zeugnis ausstellen als den anderen kolonisierenden Völkern auch, dann fordern wir von Ihnen, als einem ehrenhaften Manne, daß Sie offen der Welt bekennen: ‚Ich habe mich geirrt, ich war falsch berichtet', und daß Sie dann, wenn dieser einzige Grund, uns unsere Kolonien vorzuenthalten, wegfällt, in allerletzter Stunde all den ungeheuren Einfluß, der in Ihrer Hand vereinigt ist, aufwenden werden, damit das deutsche Volk nicht auf immer seiner Kolonien, die es zum Leben so notwendig braucht, beraubt werde. All Ihr Streben gilt, so vertrauen wir, dem Siege und der Majestät des Rechtes; erster Grundsatz des Rechtes ist, daß der Beklagte auch gehört werde. Nichts weiter fordern wir von Ihnen als Gerechtigkeit!"

Dieser „Offene Brief" der Deutschen Kolonialgesellschaft ging aus in die deutsche Öffentlichkeit, und seine Wirkung war unabsehbar. Er ging aus in die internationale Öffentlichkeit und erregte die neutrale öffentliche Meinung bis in die tiefsten Tiefen. Er ging aus in die feindliche Öffentlichkeit und löste ein betretenes Schweigen aus. Dieser „Offene Brief" kam zur Kenntnis des Präsidenten der Vereinigten Staaten, und es blieb ihm, abgesehen von einem letzten krampfhaften Versuch des Präsidenten, der Lösung der Kolonialprobleme eine grundlegende Wendung zu geben, der entscheidende Erfolg versagt. Daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich des ungeheuerlichen Unrechtes, begangen durch den imperialistischen Kolonialraub, vollständig bewußt geworden ist, geht eben aus seinem Versuch zu erneuter Aufrollung der Kolonialfragen hervor. Daß dieser unternommene Versuch an dem Widerstand der Imperialisten im Feindbundlager scheiterte, das zeigt, wie nichts anderes, die politische und charakterliche Schwäche des Heilsbringers aus Übersee mit erschütternder Deutlichkeit auf.

Über den Präsidenten der Vereinigten Staaten hinweg aber richtet die

deutsche Regierung im Mai 1919, also nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen, einen erschütternden Funkspruch unmittelbar an das ganze amerikanische Volk. Wie ein Schrei aus gepreßter und vergewaltigter Seele ist dieser Funkspruch. Unmittelbar an die Völker der Vereinigten Staaten richten sich seine Anklagen und Forderungen. Das amerikanische Volk ist unter den Wilsonschen Parolen in den Krieg auf europäischen Boden gegen Deutschland eingetreten. Im Namen des Rechtes und der ewigen Menschen- und Völkerrechte haben sich die Staaten an dem „Kreuzzug gegen die Hunnen" beteiligt. Den Botschaften des Präsidenten der Vereinigten Staaten vertrauend, hat das unbesiegte deutsche Heer die Waffen niedergelegt und einen unerbittlich und fast unerfüllbar erscheinenden Waffenstillstand auf sich genommen und in peinlicher Vertragstreue erfüllt. Nunmehr, nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen, an denen auch die Vertreter der Vereinigten Staaten und ihr Präsident mitgearbeitet haben, sieht sich das vertrauende deutsche Volk in seinen Hoffnungen und in seinem Glauben an den verheißenen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit bitterlich enttäuscht. Durch einen Frieden brutalster Vergewaltigung und schreienden Unrechtes soll das ehrliebende Volk der Deutschen für alle Zeiten am Boden gehalten und versklavt werden, es soll mit Hilfe der Lüge und Diffamierung seiner kolonialen Besitzungen in der perfidesten Weise beraubt werden. Der Präsident der Vereinigten Staaten aber leiht bei diesem Betrug hilfreich seine Hand und erhebt selbst am 14. Februar 1919 zu Paris die entehrendsten Vorwürfe gegen die deutsche Nation, indem er die Kolonialschuldlüge zur unumstößlichen Tatsache erklärt. Das deutsche Volk betrachtet aber das gesamte Volk der Vereinigten Staaten als mitverantwortlich für die Handlungen seiner Friedensdelegation und vor allem seines Staatspräsidenten. So wendet sich also das deutsche Volk unmittelbar an das amerikanische Volk und ruft ihm zu:

„Das deutsche Volk an das amerikanische Volk: Die freien Bürger der deutschen Republik senden Euch Grüße und richten eine dringende Bitte und Warnung an Euch. Wir begrüßen Euch als solche, gegen die wir in schlimmer Zeit eine kurze Weile kämpfen mußten. Wir ersuchen Euch, das unermeßliche, unwiderstehliche Gewicht Eurer Stimme in die Waagschale der Gerechtigkeit zu legen. Wir warnen Euch, das große Unrecht, das gegen uns begangen werden soll, widerspruchslos hinzunehmen. Von Eurer Haltung und Eurer Handlungsweise wird in dieser feierlichsten Stunde, welche die Annalen der Welt zu verzeichnen haben, der Richtspruch abhängen, den das unerbittliche Urteil der Geschichte über Euch fällen wird.

Der wirkliche Erfolg des Krieges besteht in dem Triumph eines neuen Ideals, nämlich der internationalen Moralität der Völker, über die alte Verderbtheit der Staaten. Die goldene Gelegenheit, eine Grundlage zu dauernder Freundschaft aller Nationen zu schaffen, ist der wahre Preis des Krieges. Wir warnen Euch, dieser allein sicheren Früchte Eures Sieges verlustig zu gehen. Es gibt unter Euch weder Mann noch Weib, die diese Angelegenheit nichts angeht. Eure vereinigten Stimmen sind nebst den Worten Eures Präsidenten in den Augen der ganzen Welt eine Bürgschaft, und die Ehre Eures Landes ist damit verknüpft. Ihr habt Euer Wort gegeben, damit die Machtherrschaft über die Völker gebrochen werde. Und doch haben die letzten fünf Monate den Beweis erbracht, daß kurzsichtiger Haß und das alte verruchte System der Habgier und der Eroberungssucht die alten Irrtümer wieder neu aufleben lassen. Die Vertreter dieses Systems können nicht begreifen, daß die Welt sich verändert hat, daß das Ideal einer sozialen Gerechtigkeit zum Evangelium der Völker geworden ist und diese soziale Gerechtigkeit ebenso für die Nationen wie für den einzelnen Menschen gilt.

Wir sind besiegt, verhungert, verarmt! Unser Volk hat geblutet und gehungert bis über die Grenzen seiner Widerstandskraft. Große Leiden und schwere Lasten haben uns gebeugt. Die Mehrzahl des Volkes, einst ordnungsliebend, fleißig und den Gesetzen untertan, ist jetzt verzweifelt, weil sie keine Hoffnung mehr hat. Aber wir leben und werden weiterleben, wir, die 70 Millionen freier Männer der deutschen Republik und unsere österreichischen Brüder.

Wir fordern das heilige unantastbare Recht zu leben. Wir fordern Raum zu atmen und zu arbeiten! Wir finden in Europa keinen Platz dazu und müssen uns jenseits des Meeres welchen suchen. Wir verlangen die Rückgabe unserer Kolonien, den Boden und das Besitztum des deutschen Volkes, die Länder, die wir durch friedliche Übereinkunft und Ankauf erwarben und die der deutsche Unternehmungsgeist zur Entwicklung gebracht hat. Für kein anderes Volk, mag es groß oder klein sein, sind die Kolonien eine so unentbehrliche Notwendigkeit wie für das unsere. Sie sind die Lunge unserer Nation, die Ellbogenfreiheit, der sichere und natürliche Schauplatz, auf dem sich die Energie unserer männlichen Jugend, unserer Ex-Soldaten, Pioniere und Missionare auswirken kann. Unser Militarismus ist vernichtet worden und wird in einer sozialisierten Welt nie wieder erstehen. Die Kräfte jedoch, die in uns leben, können nicht unterdrückt werden, denn sie sind ein Teil des Naturgesetzes, dessen Wesen Entwicklung ist.

Die heutige und zukünftige Zivilisation kann nicht gestatten, daß unver-

antwortliche Verbrechen gegen sie begangen werden durch die verrufene Politik der Vergangenheit. Ein solches Verbrechen würde es sein, 70 Millionen Menschen in einem engen, ungenügenden Gebiet im Herzen Europas zusammenzupferchen. Unser geliebtes Vaterland, dessen Grenzen bereits in Stücke gerissen worden sind, kann für eine Bevölkerung wie die unsrige nicht mehr genügen. Stellt Euch vor, Ihr Amerikaner, daß die ganze Bevölkerung Eures Landes im Staate Texas zusammengedrängt werden sollte! Uns unserer Kolonien zu berauben, hieße ein Verbrechen gegen die organische Entwicklung eines Volkes, gegen den Fortschritt der Welt und die Dauerhaftigkeit des Friedens begehen. Können andere Nationen gesund bleiben, wenn ein Geschwür in ihrer Mitte besteht? Können andere Nationen, die sich mit Beute gemästet haben, der Ruhe pflegen, während ein Volk in seinen Fesseln schmachtet und unter dem Bewußtsein eines tödlichen Unrechtes leidet?

Rücksichtsloser Imperialismus, der den Sieg als eine Gelegenheit betrachtet, reiche Beute an sich zu reißen, möchte uns das Recht absprechen, unsere Kolonien wiederzugewinnen, indem er erklärt, daß wir ihrer unwürdig sind und daß wir unsere Macht über die eingeborenen Rassen mißbraucht haben. Ein greulicher Feldzug ist diesbezüglich gegen uns unternommen worden. Sein Zweck ist offensichtlich und verrät sich von selbst. Wir wollen kein Unrecht und keinen Irrtum, die unter dem früheren Regime begangen worden sind, verteidigen, aber die Nation, die sich in den Kolonien kein Unrecht vorzuwerfen hat, soll den ersten Stein auf uns werfen. Voll Zorn und Empörung weisen wir die ungerechten Verleumdungen zurück, die gegen ein Kolonialsystem erhoben werden, das vor dem Kriege die Anerkennung von zahllosen Amerikanern und Engländern gefunden hat. Wir haben diese Verleumdungen in Denkschriften widerlegt, deren Wahrheit zu prüfen wir der Welt überlassen. Wir erinnern an das Motto, das unsere Kolonialpolitik innerhalb der letzten Jahre beherrschte: ‚Kolonisieren heißt Missionieren.'

Auf Grund der aufopfernden Arbeit unserer Entdecker, Lehrer und Missionare, auf Grund der Denkmäler der Zivilisation, die wir in unseren afrikanischen Städten, in Lome, in Windhuk und Daressalam errichtet haben, fordern wir unser Recht in Afrika. Wir verlangen, daß diese Gebiete, die unsere Staatsmänner so ehrenhaft erwarben, unsere Beamten so gewissenhaft verwaltet haben und die General v. Lettow-Vorbeck mit seinen wenigen Getreuen und mit Hilfe der anhänglichen und loyalen Eingeborenen so heldenmütig verteidigte, uns und unseren Kindern zurückerstattet werden.

Unsere Kolonien sind im Vergleich zu den reichen Besitztümern mancher kleiner Staaten geringwertig hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit und des Klimas; aber sie sind das Eigentum, die Farm und der Garten des deutschen Volkes, und wir fordern ihre Rückgabe. Es gibt keine Deutschen, sei es Mann, Weib oder Kind, die sich nicht der unbedingten Rechtmäßigkeit dieser Forderung leidenschaftlich bewußt sind. Sollte die unersättliche Habgier eines Weltreiches, das schon mehr überflüssiges Land verschlungen hat, als es verwenden kann, uns unserer spärlichen und unentbehrlichen Besitzungen berauben wollen, so würde eine nie heilende brennende Wunde im Herzen unseres Volkes entstehen. Wir könnten das uns zugefügte Unrecht niemals vergessen noch verzeihen. Eine Generation nach der anderen würde gegen dieses Unrecht Widerspruch erheben und unsere Forderung erneuern.

Wir Männer und Frauen der deutschen Republik berufen uns auf die Ehre des amerikanischen Volkes, welche den 14 Punkten des Präsidenten Wilson verpflichtet ist. Wir berufen uns auf Eure Interessen, die von dem ungestörten wirtschaftlichen Gleichgewicht des ganzen Erdreiches und den gesunden Beziehungen der europäischen Staaten zu ihren Kolonien abhängig sind. Wir erinnern Euch an die denkwürdigen Worte, die Euer Präsident im Kongreß gesprochen hat: ‚Wir wünschen nur, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung zwischen den Völkern der Welt, der Neuen Welt, in der wir jetzt leben, einnehmen zu sehen!'

Der V. Punkt des Präsidenten Wilson, bezüglich der Kolonien, ist bereits durch den unheilvollen annexionistischen § 19 des Völkerbundsentwurfes verletzt worden. Die machthabenden Persönlichkeiten scheinen gegenüber den Warnungszeichen, die am Himmel aufflammen, und den Stimmen, die durch die Lüfte rufen, blind und taub zu sein.

Euer Präsident unternimmt einen titanischen Kampf, dessen Folgen weittragender sein werden als selbst die Folgen des großen Krieges. Das Ergebnis diesen Kampfes wird die Frage entscheiden, ob die 14 Punkte, die von unseren Feinden angenommen worden sind, zu einem neuen Glaubensbekenntnis der Welt werden sollen, oder ob sie für das deutsche Volk und alle Friedenshoffnungen eine Todesfalle bedeuten.

Wir rufen Euch auf, Ihr Männer und Frauen Amerikas, in dieser verhängnisvollen Stunde Eure Stimme zu erheben, so daß sie nicht nur in den Ohren Eurer Bundesgenossen widerhallt, sondern auch durch die kommenden Jahrhunderte tönt, wenn eine unparteiische Nachkommenschaft das, was Ihr in dieser Stunde tatet oder zu tun versäumtet, loben oder verurteilen wird!"

Dieser Funkspruch der deutschen Volksregierung schwang durch den Äther von Kontinent zu Kontinent, von Erdteil zu Erdteil und richtete sich mahnend an das Gewissen der Völker der Vereinigten Staaten. Dieser Funkspruch geht in seinem Wortreichtum leider abermals von falschen Voraussetzungen aus, besonders dort, wo er noch immer an die Mission des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu glauben geneigt scheint. Dieser Funkspruch, den man trotz allem als einen Verzweiflungsruf bezeichnen kann, übersieht geflissentlich das für alle ernster prüfenden Augen längst offenbar gewordene vollkommene Versagen des amerikanischen Präsidenten in der Frage der deutschen Kolonien, wie in der Frage des Friedensabschlusses überhaupt. Die deutsche Regierung unternimmt es im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zeichnet diesen Funkspruch im Namen der deutschen Nation, aber die deutsche Regierung verkennt die eigene Schuld, die in der Wehrlosigkeit des Reiches als unerbittliche Anklage vor ihr steht und immer stehen wird. Daß die deutsche Regierung zu dem mehr als zweifelhaften Mittel solcher Anrufe des Weltgewissens und des amerikanischen Volkes im besonderen greifen muß, hat sie einzig und allein ihrem politischen Versagen und der Hetz- und Wühlarbeit ihrer Vertreter während des an allen Fronten noch immer tobenden Krieges zu verdanken. Die Prediger und Propagandisten der Munitionsarbeiterstreiks, die Unterminierer der deutschen Widerstandskraft, die Vergifter der deutschen Seele mit internationalen Völkerbeglückungsideen und Völkerverbrüderungsphrasen sind die Alleinschuldigen an der Wehrlosigkeit des Deutschen Reiches und Volkes. Ihr Appell an die Ehre und an das Gewissen der Demokratien wird, da hinter ihm keinerlei Macht steht, zu einer entwürdigenden Komödie. Nur dem Drängen des wiedererwachenden deutschen Volkes nachgebend, unternehmen die Ebert-Scheidemann-Erzberger-Bell solche Anrufungen der Welt. Es muß heute festgestellt werden, daß bereits zu jenem Augenblick die deutsche Volksregierung nicht das Recht besaß, im Namen des Gesamtdeutschtums zu sprechen. Prinzipiell ist weiterhin damit zum Beweis zu erheben, daß die Selbstentwaffnung des deutschen Volkes den imperialistisch orientierten Staatsmännern überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen hat zu ihren imperialistischen Annexionen. Daß die Alliierten um der Brutalität und Offensichtlichkeit ihrer Annexionen willen bangten um die deutsche Unterschrift unter das Friedensdiktat, ist nur ein eindeutiger Beweis dafür, daß sie, ein entwaffnetes Volk noch immer fürchtend, niemals das Wagnis der Annexionen unternommen haben würden, bestünde die deutsche Wehrhaftigkeit in der Stunde der Entscheidung noch immer.

Mit tatsächlichem Recht aber unternimmt es der heldenhafte Führer der Deutsch-Ostafrikaner, unternimmt es der unbesiegte General v. Lettow-Vorbeck im Namen des deutschen Volkes und seiner Ostafrikaner in einem Funkspruch im Mai 1919, die englische Welt von dem Unrecht und der Schande des Kolonialraubes zu überzeugen und ihre Staatsmänner zu veranlassen, dieses Unrecht sofort wieder gutzumachen durch die allein für das deutsche Volk in Frage kommende Lösung des Kolonialproblems, durch die Zurückgabe der deutschen Kolonien.

„Über vier Jahre lang hat unter meinem Befehl eine ergebene Schar von tapferen weißen und schwarzen Männern Deutschlands Recht auf seine Kolonien verteidigt. Das Gefecht haben wir verloren, aber nicht das Recht.

Ich bin ein schlichter Soldat und kann zu Euch nicht von Politik sprechen. Aber die Kolonien meines Vaterlandes bedeuten mehr als Politik. Sie bedeuten jetzt Leben oder Tod für unser Volk. Möge keine Nation so unverständig sein zu meinen, sie könne es verantworten, unsere 70 Millionen in der Mitte Europas ersticken zu lassen. Wir haben für unser Neudeutschland einen Spielraum für unsere Auswanderer, Siedler, Lehrer und Missionare bitter nötig. Wir verlangen die Rückgabe unserer afrikanischen Gebiete, um unser Volk ernähren und einige Rohstoffe für uns erzeugen zu können.

Ich wende mich an die Vernunft und die Gerechtigkeit des englischen Volkes. Was würdet Ihr gefühlt haben, wenn man Euch gedroht hätte, Euch aller Eurer Kolonien zu berauben, Euch ersticken zu lassen auf Eurer kleinen Insel? So fühlen wir heute!

Wir glühen vor Scham und Entrüstung und können es kaum glauben, daß dieses Verbrechen wirklich gegen uns geplant ist. Das ist ein Verbrechen, das kein Volk vergessen oder vergeben könnte!

Wir haben Tausende von jungen Leuten, so unruhig, so abenteuerlustig wie Eure eigenen. Wir brauchen unsere Kolonien als Ventil für ihre gesunden friedlichen Kräfte. Die Eigenschaften, die für einen kühnen, beharrlichen Kolonisten in Frage kommen, sind dieselben, die, wenn mißleitet, einen rücksichtslosen Verbrecher oder Anarchisten schaffen.

Wir haben viele Jahre dazu verwendet, unsere Kolonien aufzubauen und zu entwickeln zum Vorteil des weißen und des schwarzen Mannes. Wir sind als kolonisierende Macht noch jung und haben unsere Fehler gemacht. Aber gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege habt Ihr, die Ihr unsere Nachbarn in Afrika waret, Euer Lob nicht eingeschränkt über das, was wir geleistet haben. Wir haben in unserem afrikanischen Hause die Türe offengehalten, und alle Völker waren dort willkommen.

Es ist gesagt worden, wir hätten unsere Eingeborenen schlecht behandelt. In dieser Frage scheuen wir keinen Vergleich mit jeder anderen Nation. Während der letzten furchtbaren vier Jahre haben unsere treuen Askaris und schwarzen Träger für uns gefochten, schwer gearbeitet und den Tod erlitten, Seite an Seite mit uns bis zum letzten. Eure eigenen Soldaten werden Euch erzählen, wie fürsorglich die Behandlung gewesen ist, die Euren verwundeten weißen und farbigen Truppen aus unseren Händen zuteil geworden ist. Als unser Vaterland zusammenbrach und wir gezwungen wurden, den ungleichen Kampf in Afrika aufzugeben, sagten Eure Offiziere: ‚Es ist selbstverständlich, daß Ihr Eure Kolonien wiederhaben müßt, England hat deren mehr, als es betreuen kann!'

Das ist eine in sich bewiesene Wahrheit und eine selbstverständliche Gerechtigkeit. Soll England mit seinem mächtigen Weltreich uns um unsere paar Besitzungen beneiden? Die Kolonien des deutschen Volkes können in diesem neuen Zeitabschnitt der Welt nicht als militärischer Siegespreis oder als politisches Pfand betrachtet werden!

Ich spreche im Namen derer, die mit mir gefochten haben, im Namen der jungen Generation, deren einzige Hoffnung in unseren überseeischen Ländern liegt. Engländer, spielt ein faires Spiel in dieser großen Krisis der Geschichte!

Gebt uns unser Eigentum wieder und laßt Euch nicht durch eine kurzsichtige Politik zu einem Verbrechen überreden, das auch eine Torheit ist.

Ich weiß nicht, ob dieser Aufruf und Protest Eure Ohren erreichen wird. Aber da ich weiß, daß es der Schrei eines ganzen Volkes ist, weiß ich auch, daß er nicht unterdrückt werden kann, daß er in das Buch der Geschichte eingetragen werden und eines Tages gehört werden wird..."

Der Ruf des unbesiegten Verteidigers der ostafrikanischen Besitzungen des Deutschen Reiches, den er selbst als den Schrei des ganzen deutschen Volkes bezeichnet, machte in seiner soldatischen Knappheit und Klarheit, in seiner Eindeutigkeit und tiefen Empörung einen ungeheuren Eindruck auf die deutsche Öffentlichkeit. Er löste eine neue stürmische Welle des deutschen Widerstandswillens aus. Er gab der deutschen Friedensdelegation im Kampf um die Erlangung einer Lösung der kolonialen Fragen nach den Gesetzen der Vernunft, der Gerechtigkeit und des unveräußerlichen deutschen Rechtes Anlaß und Gelegenheit, auch in den Verhandlungen mit den feindlichen Imperialisten die Widerstandsbewegung vorwärts zu treiben. Der Protest des deutschen Generals, dem in seiner Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit, in seiner ritterlichen Haltung und heldischen Kampfführung auch die eng-

lischen Gegner nicht haben die Achtung versagen können, verfehlte vor allen Dingen seine Wirkung auf die neutralen Völker und die öffentliche Meinung in ihren Ländern nicht. Er löste auch dort eine Reihe scharfer Proteste gegen die Annexionsbeschlüsse der Feindbundmächte aus. Die Forderungen des Generals Lettow-Vorbeck wurden selbst in den Feindbundstaaten gehört und erlangten eine weitgehende Beachtung. Einzig und allein die Friedensmacher zu Paris glaubten in Verblendung und Haß auch diese gewichtige und unerhört ernste Mahnung mit eisigem Schweigen beiseiteschieben zu können. Der Präsident der Vereinigten Staaten, dem dieser deutsche Aufruf und Funkspruch unmittelbar zugeleitet worden ist, hat es nicht für nötig erachtet, ihm Beachtung zu schenken und seine eigene Haltung in der Frage der deutschen Kolonien einer erneuten Überprüfung zu unterziehen.

Zu dem aufrechten und unbesiegten deutschen Soldaten Lettow-Vorbeck gesellte sich in ebenso eindeutigen Worten ein deutscher Wissenschaftler, gesellen sich Verbände und Organisationen, gesellen sich Missionsgesellschaften, gesellen sich koloniale Komitees. Die Woge der deutschen Proteste schwillt zur Sturmflut an. In ihr offenbart sich ein verschüttet geglaubter Kraftstrom, der bei einem Bestehen der grundsätzlichsten Vorbedingung für den Erfolg dieses Kampfes, nämlich bei dem Bestehen der ehemaligen deutschen Wehrkraft, zum Ziele geführt haben würde. So aber bricht sich zum Schaden des deutschen Volkes diese Sturmflut an der im höchsten Maße intakten militärischen Kraft, an dem Haß- und Vernichtungswillen der Alliierten. Die deutschen Proteststimmen lenkten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das koloniale Problem und forderten in mehr oder weniger deutlichen Ausführungen die Verhinderung des Verbrechens des Kolonialraubes und des politischen Meuchelmordes an der deutschen Nation, versucht in der Erhebung der Kolonialschuldlüge durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Gesetz. Und dennoch konnte der Imperialismus der Feindbundmächte unter dem Schutze seiner waffenstrotzenden Armeen dieses Verbrechen ungehindert begehen. Es ist für uns, um die Größe der Unvernunft ganz zu ermessen, mit der der „Kreuzzug gegen die Deutschen" geführt wurde, den niedrigen Haß in seiner Niedertracht und Gemeinheit zu erkennen, mit dem die deutschen Kolonien in einem von Wahnsinn diktierten Friedensvertrag dem deutschen Volk gegen alles Recht geraubt wurden, zwingende Notwendigkeit diesen Protestst imm en hier Raum zu geben. — Nach Bekanntwerden des Friedensdiktates erhoben die katholische und evangelische Missionsbewegung feierlichen Einspruch gegen den Kolonialraub im allgemeinen und gegen die Beraubung der Missionen beider Bekenntnisse im

besonderen. Am 15. Mai 1919 richtet die katholische Missionsbewegung an die deutsche Regierung folgende Anklage:

„Der Generalvorstand und die Diözesandirektoren des Franziskus-Xaverius-Missionsvereins erheben im Namen der 750000 Mitglieder den schärfsten Einspruch gegen die im Friedensvertrag vorgesehene Einschränkung des deutschen Auslandswesens. Die deutschen Missionare sind während des Krieges den größten Entbehrungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen, ihr Eigentum und die von ihnen geschaffenen Siedlungen in den deutschen Kolonien und in vielen Ländern wurden beschlagnahmt.

Jetzt soll ihnen durch den Friedensschluß auch in Zukunft die Welt verschlossen werden. Ew. Exzellenz bitten wir dringend, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß unsere Arbeit nicht ganz vernichtet werde, daß die beschlagnahmten Güter zurückgegeben und die Freiheit kolonialer Tätigkeit allen Kulturnationen in gleicher Weise geöffnet werde."

Im April 1919 bereits war dieser Anklage gegen die imperialistische Habgier der Alliierten ein Protest der Deutschen Evangelischen Missionshilfe vorausgegangen. In aller Öffentlichkeit wurde unter einmütiger Zustimmung weitester Volkskreise sein Inhalt beschlossen und in ebenfalls aller Öffentlichkeit bekanntgegeben. Auch dieser Ruf zum Widerstand gegen die Absichten der alliierten Imperialisten in der kolonialen Frage ist im Namen des Völkerrechtes und der ewigen Menschenrechte eine bittere Anklage. Haben die alliierten Mächte, hat sich besonders auch der Präsident der Vereinigten Staaten für die brutale Enteignung der deutschen Kolonien eine moralische Rechtfertigung durch die andauernde Berufung auf die „Majestät des Rechtes" zurechtgeschneidert, so wird hier mit souveränem Recht die Berufung auf die „ewigen Menschenrechte", auf Moral und Sittlichkeit in die Waagschale geworfen. Der Protestaufruf der Evangelischen Deutschen Missionshilfe lautet also:

„Die am 8. April 1918 zu Berlin tagende 5. Jahresversammlung der Deutschen Evangelischen Missionshilfe legt gegen den Vorsatz der Ententemächte, die deutschen Missionen noch für lange Zeit über den Friedensschluß hinaus aus ihrem gesamten Einflußbereiche einschließlich der bisherigen deutschen Kolonien gewaltsam fernzuhalten, entschieden Verwahrung ein. Die deutschen Missionen hatten durch ein Jahrhundert gewissenhaften, selbstlosen und reich gesegneten Dienstes sich das Vertrauen und die Anerkennung der Regieurngen, auch der fremden, wohl erworben und haben während des Krieges durch die von dem Verhalten der ausländischen Missionare in deutschen Kolonien ehrenvoll abstechende, untadelige Loyalität ihrer Missionare

und eingeborenen Gemeinden gegen die Obrigkeit des Landes jedem Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit den Boden entzogen. Sie zwangsweise von ihren Arbeitsfeldern fernzuhalten und ihnen ihr rechtmäßiges Eigentum zu nehmen, wäre eine unerhörte Undankbarkeit und Ungerechtigkeit, unvereinbar mit den Grundgedanken der 14 Wilsonschen Punkte, ein Widerspruch gegen den überweltlichen Missionsbefehl Jesu an die Gesamtheit seiner Jünger und ein Stoß ins Herz der deutschen Missionsgemeinde, der den Riß in der Christenheit zu einem dauernden machen müßte.

Die Deutsche Evangelische Missionshilfe fordert daher die vorbehaltlose Rückgabe aller deutschen Missionsfelder als ein gutes Recht und bittet die Glaubensgenossen der Heimat wie des neutralen und feindlichen Auslandes, an dem Grundsatz der Supranationalität der christlichen Mission unverrückt festzuhalten und gegenüber brutalen Vergewaltigungen und Engherzigkeit für die Lauterkeit ihres Dienstes und die Freiheit ihres Weges in aller Welt einmütig und beharrlich einzutreten!"

Das pietistische England und das christliche Amerika, die kirchenfrommen englischen Imperialisten, wie die getreuen Kinder der katholischen Kirche in den Feindbundstaaten, vor allen Dingen aber der Heilsapostel aus Amerika, der zu Paris die Grundsätze des Christentums zwar im Munde führte, sie aber zu gleicher Zeit in der perfidesten Form zugunsten imperialistischer Habgier und Beuteluft verriet, der bereit ist, unter die Verhinderung der Missionsarbeit in den deutschen Kolonien, die nach dem Grundsatz „Kolonisieren heißt Missionieren" einzig und allein dem Wohle und der sittlichen und auch wirtschaftlichen Hebung der eingeborenen Bevölkerung zu dienen hat und immer gedient hat, seine sanktionierende Unterschrift zu setzen, sitzen angesichts solcher Proteste und Feststellungen auf der Anklagebank. Im Namen der Rechte der Eingeborenen sind dem deutschen Volk seine Kolonien gestohlen worden, im Namen der Eingeborenen wird durch Bestimmungen des Friedensvertrages auch den Missions-Organisationen der Zutritt zu den geraubten Kolonien und ihr segensreiches Wirken dort verwehrt, die einzig und allein dem Menschenrecht, auf das auch die Farbigen Anspruch haben, Geltung verschaffen wollen. Der Widerspruch in den politischen Handlungen und in der charakterlichen Haltung, besonders des Präsidenten, wird auch in dieser Frage für alle Augen sichtbar, und der Zweck der andauernd angewendeten Humanitätsphrasen ist nicht mehr zweifelhaft.

Mit derselben Ignoranz und brutalen Gemeinheit, mit der man die deutschen Missionsbestrebungen in den geraubten deutschen Kolonien vernichtete,

mit derselben Ignoranz und dummen Gemeinheit verleugnete man auch das Wirken der deutschen Wissenschaft zum Heile der eingeborenen Bevölkerung, indem man bei Aufstellung der Kolonialschuldlüge geflissentlich die ungeheuren Anstrengungen der deutschen Wissenschaft, insbesondere der deutschen Tropenmedizin, indem man die Taten eines Robert Koch, Schmelzkopf, Becker, Kohlstock, Steuber, Steudel, Buschow, Meixner, Buchner usw. usw., indem man die Forschungsergebnisse der Fülleborn, Mühlens, Echtermeyer, Nocht usw. usw. mit Schweigen überging. Allein die Großtaten und die damit verbundenen schweren Opfer der deutschen Tropenmedizin und ihre Auswirkung zum Heile der afrikanischen Eingeborenen sind Beweis genug gegen die koloniale Enteignung des deutschen Volkes.

Die deutsche Ärzteschaft fühlte deshalb auch die zwingende Pflicht um der Wahrheit und um des Rechtes willen in feierlichen Worten gegen die Unwahrhaftigkeit und die Raubgier der Feindbundstaaten und ihrer führenden Staatsmänner zu protestieren.

„... Die ungeheuerliche Behauptung der Entente, daß wir Deutschen nicht imstande und nicht würdig seien, Kolonien zu verwalten, wird schon allein durch die bedeutenden Leistungen der deutschen Kolonialärzte schlagend widerlegt. Die deutschen Kolonialärzte haben den Eingeborenen durch die überaus erfolgreiche Seuchenbekämpfung die wertvollste Hilfe geleistet und sich durch die Behandlung ihr Vertrauen und ihre Dankbarkeit erworben. Die deutschen Ärzte sind an den großen Entdeckungen der Tropenmedizin, welche die ganze medizinische Wissenschaft gefördert haben, in erster Linie beteiligt. Es würde eine schwere Einbuße für die Menschheit bedeuten, wenn den deutschen Ärzten durch den Verlust der deutschen Kolonien die Grundlage für ihre weiteren tropenmedizinischen Forschungen entzogen würde. Die am 3. April im Langenbeck-Virchow-Haus versammelten Ärzte Groß-Berlins legen im Namen der deutschen Ärzteschaft gegen die wiederholt von der Entente kundgegebene Absicht, Deutschland gegen Recht und Gerechtigkeit seiner Kolonien zu berauben, aufs schärfste Verwahrung ein. Sie richten an die Regierung die Bitte, einen Frieden, welcher den Verlust unserer Kolonien einschließt, nicht zu unterzeichnen."

Die Unwissenheit des amerikanischen Präsidenten und seines nächsten Ratgebers, des Obersten House, in der Frage der Kolonien ist so ungeheuerlich gewesen, daß sie eigentlich nur noch von ihrer geradezu verbrecherischen Leichtfertigkeit bei der Lösung der die Menschheit bewegenden Probleme übertroffen werden kann. Als der Präsident der Vereinigten Staaten zur Bemäntelung des Raubes der deutschen Kolonien durch die alliierten

Imperialisten, die Kolonialschuldlüge zum Gesetz erhob, hatte er nicht die leiseste Ahnung von den sonst in aller Welt anerkannten Verdiensten der deutschen Wissenschaft bei der Erschließung der tropischen und subtropischen kolonialen Gebiete der Erde. Selbst der Name Robert Koch, der doch sonst jedem interessierten Amerikaner geläufig war, hatte den Präsidenten nicht hindern können, seine Hand willig einem politischen Verbrechen zu leihen, das in seinen Auswirkungen zu einer der ernstesten Gefahrenquellen für die Menschheit und das Zusammenleben der Völker werden muß. Die Handlung des Präsidenten erscheint um so verwerflicher, als er dieses Verbrechen zu beschönigen, zu bemänteln, zu vertuschen, zu tarnen versuchte durch die Kolonialschuldlüge. Die völlige Unwissenheit des Präsidenten in den europäischen Dingen und Problemen, besonders aber in den kolonialen Fragen, kann niemals als Milderungsgrund anerkannt werden.

Da mit der kolonialen Enteignung des deutschen Volkes offensichtlich zugleich von den englischen Imperialisten die Vernichtung des deutschen wirtschaftlichen Lebens, der deutschen Industrie, des deutschen Überseehandels angestrebt wurde, dehnte sich, ganz abgesehen davon, daß das Kolonialproblem zu einem Bestandteil der deutschen Ehre überhaupt geworden ist, die Widerstands- und Protestbewegung auch unmittelbar auf die deutschen Wirtschaftskreise aus. Als gravierend soll deshalb der Protestaufruf des Deutschen Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees Erwähnung erfahren.

„Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee, zugleich im Namen der ihm angeschlossenen 1100 Handelskammern, Städte, Missionen, wissenschaftlichen, kaufmännischen, industriellen und kolonialen Institute, Körperschaften und Firmen, legt feierlich Verwahrung ein gegen den von der Entente beabsichtigten Raub unserer Kolonien und gegen die Vernichtung der gesamten deutschen Wirtschaftsarbeit im Auslande wie in den deutschen Kolonien. Die überreichten Bedingungen sind ein schnöder Bruch eines feierlich eingegangenen Vertrages. Sie werden mit der Zertrümmerung der deutschen Volkswirtschaft der Welt nicht den Frieden, sondern die Verewigung des Krieges bringen. Dieser Gewaltfrieden muß abgelehnt werden."

Über diesen Protest hinaus wird die deutsche Forderung auf die Rückgabe der Kolonien in ungezählten Aufsätzen, Vorträgen und Werken beleuchtet, begründet, dokumentiert. Die deutsche Zeitschrift „Der Tropenpflanzer" veröffentlichte von einem der größten, bedeutendsten Kenner der kolonialen Probleme, von Professor Dr. Wohltmann, folgende Ausführungen:

„... Der Verlust seiner Kolonien würde Deutschland zum Torso machen,

und es ist wünschenswert, daß die nachstehenden 12 Sätze die weiteste Verbreitung im deutschen Volke finden.

Wir haben eigene Kolonien nötig, weil:

1. die starke Bevölkerungszunahme Deutschlands größeren Landbesitz erforderlich macht und solcher nur noch in unseren Kolonien für uns frei ist;

2. weil unsere Fabriken und unser Überseehandel verfallen, wenn uns die kolonialen Rohstoffe fehlen, weil solche nur in eigenen Kolonien dauernd sicher zu beschaffen sind und weil ein Verfall unserer Industrie und unseres Handels gleichbedeutend ist mit volkswirtschaftlichem Bankrott;

3. weil unsere Bevölkerung von 67000000 Köpfen Kolonialwaren und Kolonialstoffe zur Ernährung und Bekleidung nicht entbehren kann und ohne solche kulturell und an Zahl zurückgeht;

4. weil der deutsche Viehbestand ohne Eiweiß und Fettzufuhren aus Kolonien nicht auf seiner früheren Höhe gehalten werden kann;

5. weil über ein Siebentel aller landwirtschaftlichen Stoffe, welche die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege nötig hatte, aus Kolonialländern stammte und weil, ohne daß diese Zufuhr gesichert ist, Deutschlands Lebensader unterbrochen werden kann;

6. weil ein großes Volk zweierlei Landwirtschaft betreiben muß, daheim und in tropischen Gebieten, um selbständig dazustehen und existieren zu können und um Konflikte mit anderen Völkern zu vermeiden;

7. weil Deutschland auf Grund seiner wissenschaftlichen Errungenschaften und seiner Kulturarbeit in allen Weltteilen und auf allen Ozeanen ein ethisches Recht hat, an der Kolonisierung der Welt teilzunehmen und eine Zurücksetzung aus Mißgunst und Herrschsucht seiner Feinde nicht verdient;

8. weil Deutschland zur Hebung seiner Kultur, zur Stärkung seiner Kraft, zur Erweiterung seiner und der Welt Kenntnisse ein ethisches Recht und eine Pflicht hat, an der Erschließung der Welt teilzunehmen;

9. weil Deutschland sich als Kolonialvolk bewährt und seine Kolonien in kaum 30 Jahren in glänzender, mustergültiger Weise entwickelt hat;

10. weil das ganze deutsche Volk gewillt ist, die auf ehrliche Weise ohne Gewaltstreich erworbenen Kolonien nach menschlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen auszubauen und der Weltwirtschaft dienstbar zu machen;

11. weil England und Frankreich mit Kolonien übersättigt sind und weite Gebiete wüst und brach liegen lassen müssen, da sie dieselben aus Mangel an Menschen nicht bearbeiten können, während in Deutschland ein Überschuß an Arbeitskraft, zumal nach Friedensschluß, vorhanden ist;

12. weil es ein himmelschreiendes, ewig in der Geschichte gebrandmarktes

Unrecht wäre, Deutschland seine Kolonien unter dem Deckmantel von Recht und Gerechtigkeit, von Kultur und Zivilisation, in Wahrheit aus Rachsucht, Ländergier, Eigennutz und Mißgunst zu rauben, während jeder ethische Grund dafür fehlt, sie ihm vorzuenthalten ..."

Und diese Sätze, die zwar das Kolonialproblem in seiner Schwere für Deutschland schildern, aber bei weitem nicht erfassen, sind Gemeingut des gesamten deutschen Volkes geworden.

Während in Paris der Kampf der deutschen Friedensdelegation in einem permanenten Notenaustausch mit den Feindbundmächten tobt, steigert sich im deutschen Volk die Empörung und Entrüstung über den beabsichtigten Kolonialraub, der in Wahrheit bereits als vollendete Tatsache zu gelten hat, in das Unermeßliche. Die Protestflut überschwemmt alle Dämme und schlägt über des Reiches Grenzen hinaus. Die Weltöffentlichkeit, die Öffentlichkeit in den neutralen Staaten und selbst in den Feindbundstaaten hat ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Friedensverhandlungen, die Friedensbedingungen und besonders auf das Kolonialproblem hingelenkt, denn besonders das Kolonialproblem und seine Lösung geht auch die Weltöffentlichkeit unmittelbar an. So äußert sich die Weltöffentlichkeit in einem zumeist das grauenhafte Unrecht, das im Vertrag von Versailles verewigt werden soll, geißelnden Sinne. Das deutsche Recht auf Deutschlands Kolonialbesitz wird dabei von fast allen Stimmen der öffentlichen Weltmeinung unterstrichen. Ganz besonders bezeichnend für diese Willensäußerung der öffentlichen Meinung der Welt sind die Ausführungen des aufrechtesten Engländers, des Engländers, der bereits während des Krieges für sein mannhaftes Eintreten für Gerechtigkeit dem deutschen Volk gegenüber in der Frage der Kolonien von den englischen Imperialisten mit allen Mitteln eines unerbittlichen Terrors verfolgt und in das Gefängnis geworfen worden war. Der Engländer E. D. Morel veröffentlichte am 1. März 1919, ungebrochen in seinem Willen, für Wahrheit und Recht in der kolonialen Frage zu kämpfen, in der Zeitschrift „The Nation" den folgenden Aufsatz:

„...Für das afrikanische Problem, das auf der Friedenskonferenz erörtert werden soll, kommen zwei streitige Punkte in Frage. 1. Ob Deutschland auch weiterhin noch eine Verwaltungskontrolle in irgendeinem Teil der afrikanischen Tropen ausüben soll. 2. Ob die versammelten Regierungen die Gelegenheit wahrnehmen werden, um gewisse politische Verwaltungsgrundsätze betreffs der Leitung dieser unermeßlichen Regionen aufzustellen und irgendeinen internationalen Mechanismus in Betrieb zu setzen, der die Ausführung dieser Grundsätze überwacht. Diese beiden Punkte, obschon sie sich

voneinander unterscheiden, werden beständig verwechselt. Was die erste Frage angeht, so wissen wir: a) daß England und Frankreich die Vereinbarung getroffen haben, Togo und Kamerun untereinander zu teilen; b) daß die Liga vorschlägt, Togo, Kamerun und Deutsch-Ostafrika sowie Deutsch-Südwestafrika den bevollmächtigten Staaten zu übergeben. Da es im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, daß man Portugal, Italien oder Belgien — den drei europäischen Mächten, welche außer England und Frankreich in Afrika Machthaber sind — eine derartige verantwortliche Vollmacht verleiht, so ergibt sich von selbst, daß als bevollmächtigte Staaten, welche mit der Beaufsichtigung der deutsch-afrikanischen Kolonien beauftragt werden sollen, Frankreich, England und die Vereinigte Regierung von Südafrika in Betracht kommen. Es kommt also schließlich darauf hinaus, daß eine ‚Liga der Nationen', von der gegenwärtig Deutschland ausgeschlossen ist, dem Britischen Reiche und Frankreich die Vollmacht über die deutschen Schutzgebiete verleiht. Da das Britische Königreich und Frankreich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika den überwiegenden Einfluß in der Liga, so wie sie gegenwärtig gestaltet ist, bilden, ist es wohl nicht unbillig, darauf hinzuweisen, daß England und Frankreich mit Genehmigung der Vereinigten Staaten diese verantwortliche Vollmacht sich selbst übertragen wollen, mit dem Resultat, daß die Regierung dieser Staaten die deutschen Kolonien übernehmen wird.

Ich nehme an, daß es unmöglich ist, die afrikanische Frage und ihre ungeheuren zukünftigen Auswirkungen offen zu besprechen, ohne den gewöhnlichen Anspielungen ein Ohr zu leihen. Dies ist aber durchaus notwendig, schon deshalb, damit wir die Bedeutung der sich vorbereitenden Ereignisse erkennen. Von diesem Standpunkt aus wage ich es zu fragen, aus welchen Gründen — die sich mit der neuen internationalen Gerechtigkeit, welche die Liga zu verkörpern sucht, vertragen könnten — Deutschland seines Anteils am tropischen Afrika beraubt werden soll? Deutschland hat große Summen für seine Schutzgebiete ausgegeben. Von den vier Gebieten sind drei außerordentlich wertvoll. Ihr potentieller Wert übersteigt die Kriegsschuld Europas um vieles..."

Bei diesen Feststellungen drängt sich der Erinnerung unmittelbar und zwingend wieder auf, mit welch verlogener Argumentierung besonders der südafrikanische General Smuts im „Rat der Zehn" die deutschen Kolonien als völlig wertlos hinzustellen wagte. Ist nicht die These von der Wertlosigkeit der Kolonien für Deutschland auch heute noch ein bevorzugtes Argument in den Feindbundregierungen gegen die Rückgabe an Deutschland. Zugleich

wird auch das ganze dummdreiste Intrigenspiel der Mandatverleihungen an die Feindbundgroßmächte eindeutig gezeichnet, denn auf dem Wege über diese Mandatverleihungen umgingen die Lloyd George, Balfour, Clemenceau und Poincaré die Forderung, den Wert der deutschen Kolonien unmittelbar auf die deutsche Kriegsschuld anzurechnen. Die Perfidie der Feindbundstaatsmänner offenbart sich in ihrer ganzen Scheußlichkeit. — Aber E. D. Morel fährt in seinen unerbittlichen Feststellungen also fort:

„... Gerechterweise kann Deutschland nicht seiner Gebiete unter dem Vorwand beraubt werden, daß das Ergebnis seiner dortigen Verwaltung verhältnismäßig so schlecht ist, um seinen Ausschluß für die Zukunft zu rechtfertigen. Eine derartige Behauptung würde von einem unparteiischen internationalen Gerichtshof nicht stichhaltig sein. Führt man als Argument das alte Vae victis an, dann gut; doch das gehört zu der alten Anschauungsweise, nicht zu der neuen. Abgesehen vom Standpunkt der Gerechtigkeit, ist eine derartige Politik wohl nicht dazu angetan, eine friedliche internationale Zukunft vorzubereiten. Berücksichtigt sie wohl die nächstliegenden und einleuchtendsten Tatsachen? Hier handelt es sich um eines der bedeutendsten und einheitlichsten Völker Europas, welches sich immer steigernde Mengen tropischer Rohstoffe für seine Ernährung und Industrie benötigt. Diesem Volk will man jede Teilnahme an der Verwaltung des Erdteiles verweigern, der diese Rohstoffe hervorbringt. Neben diesem Volke sehen wir ein anderes, numerisch untergeordnetes, das aus manchen Gründen viel weniger auf tropische Erzeugnisse angewiesen ist, dessen Regierung bereits ein afrikanisches Gebiet beherrscht, das um eine Million Quadratmeilen größer ist als ganz Europa und dem jetzt als Ergebnis des militärischen Erfolges ein weiteres Gebiet hinzugefügt werden soll. Welche Friedensmöglichkeiten lassen sich aus einem solchen Zustande herleiten, der noch dazu durch die anmaßende Forderung — die aber bisher noch nicht zur Gewißheit wurde — verschlimmert wird, daß sogar die Zugeständnisse, welche den Deutschen den Einkauf afrikanischer Produkte auf dem öffentlichen Markte erleichterten, beschränkt werden sollen? Wenn wir das zukünftige Schicksal der Welt ins Auge fassen wollen, so müssen wir, falls wir mit neuen Buchstaben auf eine reine Tafel schreiben wollen, nicht einen Zeitraum von Tagen und Monaten, sondern von Jahrzehnten in Betracht ziehen. Ist es aber wahrscheinlich, daß eine so künstliche und unnatürliche Situation sich lange halten kann?..."

Ehrlicher, eindeutiger und anklägerischer ist die Unsinnigkeit der Feindbundpolitik in der Frage der Kolonien noch niemals in der englischen öffentlichen Meinung von einem Engländer behandelt und unter Beweis gestellt

worden. Vernichtender ist noch niemals zuvor im feindlichen Ausland die Arbeit der Friedensmacher zu Versailles der Kritik und der Beurteilung unterzogen worden! Daß auch diese Kritik erfolglos dem Vernichtungswillen der Feindbundmächte gegenüber bleiben mußte, zeigt die Stärke dieses Vernichtungswillens um jeden Preis an. Es werden damit aber für die politische Zukunft und für das Handeln der Völker eindeutige Richtlinien erkannt und als Gesetze aufgestellt, die allein geeignet erscheinen, diesem Vernichtungswillen in der Zukunft erfolgreicher zu begegnen. Es wird dabei dem Wort von Staatsmännern der alliierten Regierungen und vom Präsidenten aus Übersee kaum noch nennenswerte Bedeutung beizulegen sein.

E. D. Morel fügt seinen kritischen Betrachtungen und Feststellungen eigene Vorschläge zur Lösung der kolonialen Fragen hinzu und führt aus:

„... Ich gehe nun zu der wichtigeren Frage über, wichtiger, soweit sie das Geschick der afrikanischen Tropenbevölkerung anbetrifft. Die Friedenskonferenz wird die internationale Lage nur noch verschlimmern, wenn sie zur Lösung der afrikanischen Frage nur durch die Ausschließung der deutschen Verwaltung vom schwarzen Erdteil beiträgt. Die Bevölkerung des tropischen Afrika sollte davor bewahrt werden, von neuem das Objekt internationaler Diplomatie, das Opfer europäischer Konflikte und europäischer Ausbeutungssucht zu werden, auch müßte sie vor dem europäischen Militarismus gerettet werden. Diese Gefahren können vermieden werden, aber nur durch bestimmte internationale Maßnahmen. Das ganze tropische Afrika, ungeachtet der Nationalität der regierenden Verwaltungen, sollte durch bestimmte internationale Abmachungen, welche sich auf die Genehmigung des Völkerbundes stützen, aus der Sphäre zukünftiger europäischer Kriege entrückt werden. Die Aushebung seiner männlichen Bewohner für europäische und afrikanische Zwecke (die bereits einen beträchtlichen Umfang erreicht hat), sollte in Afrika und anderweitig verboten, und nur örtliche polizeiliche Machtausübung gestattet werden ..."

Nur an die Adresse Englands und vor allen Dingen Frankreichs können solche Forderungen gestellt werden; auch von dem Engländer Morel; der deutsche Standpunkt in der Frage der Militarisierung der eingeborenen Bevölkerung ist stets ablehnend gewesen. Die deutsche Kolonialverwaltung hat bereits früher den Nachweis geführt und kann ihn zu allen Zeiten führen, daß sie in den deutschen Kolonien niemals Militarisierungspläne und Maßnahmen verwirklicht, ja nicht einmal erwogen hat. Die Kongoakte, die außerdem die absolute Neutralisierung des schwarzen Erdteils im Falle europäischer Konflikte und ihrer Austragung mit den Waffen forderte, ist nicht von

Deutschland, sondern von den Feindbundmächten gebrochen und als Fetzen wertlosen Papiers behandelt worden. Die Verwendung umfangreicher farbiger Truppenkontingente auf europäischen Kriegsschauplätzen ist aber allein der Skrupellosigkeit Englands und Frankreichs vorbehalten geblieben. Tatsächlich hat die deutsche Kolonialverwaltung in ihren Kolonien nur eine außerordentlich geringe Zahl Farbiger im reinen Polizeidienst verwendet. Die Forderungen, die also E. D. Morel aufgestellt, sind von der deutschen Regierung zu allen Zeiten ihrer kolonialen Tätigkeit respektiert und verwirklicht worden. — Aber E. D. Morel fährt in seinen außerordentlich wertvollen Ausführungen weiter fort:

„... Angehörige jeder Nation sollten befugt sein, auf Grund völliger Gleichberechtigung einen gesetzmäßigen Handel mit den Eingeborenen einzuleiten, wobei sie sich natürlich den örtlichen Verwaltungsgesetzen unterzuordnen haben. Diese Maßnahmen sind unumgänglich, wenn nicht das tropische Afrika noch einmal einen internationalen Konflikt veranlassen soll ..."

Auch der Engländer E. D. Morel kann nicht umhin, das von der deutschen Kolonialverwaltung stets gepredigte und verwirklichte Gesetz der „Offenen Tür" für den Handel mit und in den Kolonien zu fordern. Wertvoller noch ist seine Feststellung, daß zweifellos die deutschen Besitzungen und der Neid der Alliierten auf ihr Emporblühen Anlaß gewesen sind zur Herbeiführung internationaler Konflikte, also als Kriegsursache zu gelten haben! Mit solchen Feststellungen wird aber zugleich die eindeutig bestehende Annexionsabsicht besonders bei England und Frankreich erwiesen und der Zumutung an Deutschland, im Friedensvertrag das Bekenntnis der Alleinschuld an dem Weltkrieg abzulegen als infamster Verdächtigung der Boden entzogen!

Hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen für die zukünftige Erschließung und Verwaltung der tropischen Gebiete Afrikas trifft Morel weiterhin folgende Feststellungen:

„... Ihrer Anwendung in der Neuordnung der Welt wird kein berechtigtes nationales Interesse entgegenstehen. Aber von einer Versammlung, die Anspruch darauf macht, eine bessere Welt zu gründen, kann noch mehr erwartet werden. Es kann keine bessere Welt gegründet werden, wenn man nicht die tropischen afrikanischen Volksstämme vor der Habgier intensiver kapitalistischer Ausbeutung schützt, die sie bereits grausam dezimiert hat und sie heute noch bedroht. Das hauptsächlichste Bedürfnis dieser Völker besteht darin, daß ihnen unter Oberhoheit der neutralen Liga ihr Bodenbesitz und ihre Rechte über das Land und seine Erzeugnisse, die allein ihre Arbeit der Welt zugänglich macht, zugesichert werden, sowie auch das Recht, mit diesen

Erzeugnissen Handel zu treiben. Das ist die Grundlage ihres Menschenrechtes, durch die allein sie davor bewahrt werden können, Sklaven Europas zu werden, und von der die Aufrechterhaltung ihrer Einrichtungen und ihres ganzen sozialen Lebens abhängt..."

Diese Ausführungen stehen im vollsten Gegensatz zu den scheinheiligen Phrasen der Wilsonschen Rede vom 14. März 1919. Nur England und Frankreich kann von E. D. Morel gemeint sein, wenn er von der Beutegier und Ausbeutungslust in afrikanischen Kolonien spricht, wenn er insbesonders aber die Garantierung der Rechte der Eingeborenen an ihrem Boden und seinen Erzeugnissen als dringendes Erfordernis der zukünftigen Regelung anerkennt. Hat nicht der Delegierte der südafrikanischen Eingeborenen ebenfalls in jener berühmten Tagung zu London im „Unterausschuß für koloniale und auswärtige Angelegenheiten im Nationalliberalen Klub" vor aller Welt das Bekenntnis und die Klage abgelegt und erhoben, daß in der Südafrikanischen Union dem Eingeborenen aller Landbesitz geraubt und zukünftiger Bodenerwerb durch eine ausbeuterische Gesetzgebung unmöglich gemacht worden ist. Und gerade der Südafrikanischen Union hatte Herr Wilson die deutsche Kolonie Südwestafrika zugedacht als integrierenden Bestandteil ihres bisherigen Besitzes. Bestand nicht gerade in dieser selben Südafrikanischen Union die Bestimmung, daß Schwarze in der Industrie keinerlei Facharbeit verrichten dürfen! Nennt das die englische Kolonialverwaltung eine Verwirklichung der sozialen Gleichberechtigung der Eingeborenen? — Es bleibt nach all solchen und weiteren Feststellungen schleierhaft, woraus der Präsident der Vereinigten Staaten bei der Entscheidung über die Mandaterteilung an die Alliierten die höhere Würde und die besondere Eignung der Alliierten für eine bessere Verwaltung der deutschen Kolonien herzuleiten gedachte. — Folgen wir auch weiterhin den Morelschen Ausführungen, denn aus ihnen sind wesentliche und eindeutige Argumente für den zu führenden Kampf um die deutschen Kolonien zu gewinnen. Er führt aus:

„... Die weißen Rassen können die afrikanischen Tropen nicht besiedeln, aber sie können ohne große Schwierigkeit die tropischen Volksstämme zerstören. In den letzten dreißig Jahren haben sie Millionen Eingeborener vernichtet. Dem Völkerbund ist Gelegenheit gegeben, die Entwicklung eines internationalen Gewissens in den Angelegenheiten des tropischen Afrika zu veranlassen... Offensichtlich sind aber mächtige Einflüsse bemüht, diese Politik zu untergraben. Wenn die neugegründete internationale Einrichtung die Frage der europäischen Verantwortung und Pflichten hinsichtlich der Völker des tropischen Afrika unberücksichtigt läßt, wird eines der bedeutendsten Probleme der Welt ungelöst bleiben, was in Zukunft sowohl für Afrika wie für Europa eine verderbliche Wirkung zur Folge haben würde..."

Der Aufsatz des Engländers Morel erregte die englische Öffentlichkeit zwar bis in die tiefsten Tiefen, aber er machte auf die englischen Annexionisten keinen nachhaltigen Eindruck mehr, denn für die englischen Annexionisten ist zu diesem Zeitpunkt die koloniale Frage längst zugunsten der Alliierten, besonders aber zugunsten Englands entschieden. Die deutschen Kolonien werden nach dem Willen der englischen Imperialisten nicht mehr an Deutschland zurückgegeben, sondern sie fallen zu einem Großteil dem Britischen Weltreich zu. Für die englischen Imperialisten gibt es in diesem Augenblick nur noch die Sorge um die Unterschrift der Deutschen unter die Friedensverträge von Versailles und damit, durch den darin offiziell auszusprechenden Verzicht auf die deutschen Überseebesitzungen, um die Erklärung des Kolonialraubes als rechtmäßiger Handlung zum „Wohle vor allem der eingeborenen Bevölkerung". Die englischen Imperialisten nehmen aus diesen Erkenntnissen heraus auch kaum noch Notiz von den zahlreichen anderen Kundgebungen der englischen Öffentlichkeit zur kolonialen Frage, wenigstens nicht insofern sie Gerechtigkeit und Recht für die besiegten Deutschen fordern. So geht auch die Kundgebung des nationalen Vorstandes der englischen Arbeiterpartei vom 8. Mai 1919 völlig unter im politischen und diplomatischen Getriebe zu Paris und London. Auch sie kann eine Sinneswandlung der Imperialisten der Feindbundstaaten nicht erzwingen.

Der nationale Vorstand der englischen Arbeiterpartei kann nicht umhin in seiner Kundgebung zur kolonialen Frage zu erklären, daß der Krieg zu seinem wesentlicheren Teil seine Ursache in der „vereitelten kolonialen Ehrsucht" gehabt habe und daß der abzuschließende Friedensvertrag nicht in Verkennung der eingegangenen Verpflichtungen durch die Annahme des Wilson-Programmes für gleichberechtigte Handelsbedingungen für alle am Friedensschluß beteiligten Nationen, also auch für die deutsche Nation Sorge trage. Die Kundgeber stellen weiterhin fest, daß der durch nichts zu rechtfertigende dauernde Ausschluß Deutschlands von der Möglichkeit, ein Völkerbundsmandat wenigstens für seine eigenen Kolonien zu erlangen, nur zu den trübsten Aussichten für die koloniale Zukunft und für die politische Entwicklung des Zusammenlebens der Völker in Europa führen müsse. Es ist für die Kundgeber ohne weitere Erklärungen Gewißheit, daß die in dem dauernden Ausschluß Deutschlands von der Lösung der großen Kolonialaufgaben begründete Kränkung und Diffamierung die niedrigen Leidenschaften des Hasses, der Eifersucht und der dauernden Unzufriedenheit aus-

lösen muß, insbesonders schon deshalb, weil der Kolonialraub zugunsten der Alliierten, also auch Englands, eine riesenhafte Vermehrung des Kolonialbesitzes dieser Staaten bringen muß! Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei erhebt aus diesen Einsichten heraus mahnend seine Stimme gegen politische Unduldsamkeit und gegen kolonialen Neid und Eifersucht.

Wie wenig aber die englische Öffentlichkeit selbst von den Versicherungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten hält, daß die zu enteignenden deutschen Kolonien im Interesse und zum Wohle der eingeborenen Bevölkerung denjenigen Staaten zu übergeben seien, die im Verlaufe ihrer kolonialen Tätigkeit und ihrer Kolonialgeschichte die Würdigkeit bewiesen hätten, die ihre Berechtigung bestätige, die deutschen Kolonien zu besserer Verwaltung ihrem bisherigen Kolonialbesitz einzuverleiben; wie wenig die Eingeborenen selbst dieser besonderen Würdigkeit der zukünftigen Herren ihr Vertrauen schenken, geht aus Ausführungen eindeutig hervor, die der „Manchester Guardian" am 10. Mai 1919 veröffentlicht.

„Man merkt nicht ohne Besorgnis, daß in den bekanntgegebenen Friedensbedingungen nichts steht, woraus hervorginge, daß man das berühmte Versprechen des Premierministers einzulösen beabsichtigt, nämlich daß die Wünsche der Eingeborenen hinsichtlich der Zuteilung der vormals deutschen Kolonien an die vom Völkerbund beauftragten Staaten gehört werden sollen.

Hiesige Eingeborenenfreunde sind im Begriff, Schritte zu tun, um das Auswärtige Amt zu einer Erklärung dazu zu drängen, was zu geschehen hat, um Lloyd Georges Zusicherungen auszuführen. Die Sache ist ziemlich dringend, denn in Togo und Kamerun, die offenbar in einer oder der anderen Weise zwischen England und Frankreich aufgeteilt werden sollen, bringen Eingeborenenstämme ihren Wunsch zum Ausdruck, lieber unter die Verwaltung der einen als der anderen Macht zu kommen. Man hat aber keine Anzeichen dafür, daß ihre Wünsche Beachtung finden werden."

Der Verrat des Wilson-Programms, besonders des eindeutigen und unbezweifelbar klaren Punktes V, der die Lösung der kolonialen Fragen ausdrücklich von einer strengen Berücksichtigung der Wünsche der eingeborenen Bevölkerung abhängig gemacht hat, wird von dem „Manchester Guardian" somit unter Beweis gestellt. Außerdem brauchen wir uns nur der Eingaben der Häuptlinge und Bevölkerung, der Togo- und Kamerunleute an die deutsche Regierung, an bedeutende Persönlichkeiten, an die deutsche Nationalversammlung, an den Herzog von Mecklenburg, an den König von Spanien zu erinnern, um zu wissen, daß die Wünsche der Kamerun- und Togoleute, die sich eindeutig in der Forderung aussprachen, auch weiterhin

als Schutzgebiet bei Deutschland verbleiben zu wollen, von den Feindbundstaaten und dem Völkerbund tatsächlich nicht berücksichtigt werden würden. Die Feindbundstaaten hatten in Übereinkommen und Geheimverträgen besonders die beiden deutschen Kolonien Togo und Kamerun, ohne die Bevölkerung zu befragen, bereits während des Krieges unter sich aufgeteilt.

In diesem Zusammenhange ist eine andere eindeutige englische Meinungsäußerung für uns Deutsche von besonderem Interesse und Wert. Die englische Gesellschaft „Anti-Slavery and Aborigines' Protection Society", die auf ihr Programm den Schutz der Eingeborenen und die Bekämpfung der Sklaverei geschrieben hat, veröffentlichte in der englischen Zeitschrift „Spectator" einen Aufruf, der in seinen Ausführungen und Folgerungen ein deutliches, allzudeutliches Licht auf die Heuchelei und Unwahrhaftigkeit in der Haltung der englischen Imperialisten in der Kolonialfrage wirft. Dieser Aufruf ist deshalb besonders aufschlußreich, weil er die gepredigten Thesen von der Selbstbestimmung der Völker und dem unveräußerlichen Recht der eingeborenen Bevölkerung aufwirft und in großer Besorgnis um ihr Schicksal folgendes ausführt:

„... Jeder Versuch, über diese Gebiete gegen die Wünsche der Eingeborenen zu verfügen, wird zum Krieg oder zur Abwanderung führen. Mr. Lloyd George hat klar und deutlich erklärt, daß Großbritannien vor der endgültigen Verfügung über die Kolonien die Eingeborenen befragen würde. Dadurch hat der britische Ministerpräsident Millionen von Afrikanern sein Ehrenwort verpfändet. Es ist bedauerlich, daß England mit seinen Ideen bei seinen Verbündeten nicht durchgedrungen ist, um so mehr, als sich die nachteiligen Folgen bereits gezeigt haben: Unruhe und Enttäuschung herrschen in vielen Gegenden. Es ist notwendig, daß die Kolonialmandate, die den einzelnen Ländern vom Völkerbund gegeben werden, so beschaffen sind, daß sie bei den Eingeborenen jede Befürchtung über die wahre Natur der dadurch verliehenen Rechte beseitigen. Sie sollten eine Art Treuhandvertrag sein, der den Rechten der Eingeborenen am Grund und Boden und bei der Arbeit völligen Schutz gewährt ..."

Diese Ausführungen einer der angesehendsten kolonialen Gesellschaften Englands zeigen also unzweideutig auf, daß der englische Premier ursprünglich das Recht der Selbstbestimmung auch den afrikanischen Völkern in den deutschen Kolonien zugedacht hatte, daß er sogar sein Wort für die Durchführung einer Selbstbestimmung der Eingeborenen verpfändet hatte. Die Frage nach den Gründen zu stellen, die für die Nichteinlösung dieses Ministerwortes tatsächlich zu gelten haben, heißt, diese Frage automatisch in

dem Sinne zu beantworten: Die Alliierten mußten das Ergebnis eines Plebiszites der Eingeborenen fürchten. Es sind gerade zu jener Zeit bereits genug englische beweiskräftige Stimmen laut geworden, die bestätigten, daß eine Abstimmung in ihrem Ergebnis durchaus keine sichere Sache für England und Frankreich sei. So ist das vielgepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker auch von der englischen Politik nur dort gepredigt und zur Durchführung gebracht worden, wo englische Interessen unter keinen Umständen gefährdet werden konnten. Es spricht nicht für das berühmte gute Gewissen Englands, daß es die Selbstbestimmung der Völker in den deutschen Kolonien als Theorie zwar propagierte, aber ihre Durchführung in der Praxis scheute. Die Behauptung, daß England mit dieser seiner ureigensten Forderung bei seinen Verbündeten auf Widerstand gestoßen sei, kann als Entschuldigung nicht ernstlich vorgetragen und in Erwägung gezogen werden. Diese Behauptung trifft allerdings insofern absolut zu, als Frankreich die Durchführung einer Selbstbestimmung der Eingeborenen in Kamerun und Togo im Hinblick auf seine kolonialen Methoden unter allen Umständen zu fürchten hatte und somit für sich alle Ursache gegeben sah, dieses Plebiszit zu verhindern. Es ist an anderer Stelle bereits bewiesen worden, daß die Idee der Durchführung einer Selbstbestimmung der Farbigen von ihren Urhebern niemals in ihrem ganzen Umfang ernstlich in Erwägung gezogen worden ist. Auch diese ureigenste englische Idee hatte nur einen politischen Propagandazweck. Sie wurde sofort fallen gelassen, als sich ihre Fragwürdigkeit hinsichtlich des Ergebnisses zeigte. Die englischen Imperialisten und Annexionisten aber standen all diesen Stimmen und Forderungen angesichts der längst für sie zur Wirklichkeit gewordenen „Annexion der deutschen Kolonien im alten Stil" verständnislos und mit einem gleichgültigen Achselzucken gegenüber. Für sie ist die koloniale Frage gelöst. Es bedarf zu ihrer endgültigen Sanktionierung nur noch der Unterschrift der Deutschen unter den Vertrag von Versailles, und diese Unterschrift wollte man den Deutschen schon abringen.

Jenseits des Kanals, bei dem französischen Verbündeten, war die öffentliche Meinung ein brodelnder Hexenkessel. Die Feindlichkeit und der Haß gegen alles Deutsche feierte im Frankreich von 1919 wahre Orgien. So sind die Stimmen, die in der Frage der deutschen Kolonien für Gerechtigkeit den Deutschen gegenüber eintreten, außerordentlich spärlich. Der zu erwartende Kolonialzuwachs gehörte für die französischen Imperialisten selbstverständlich zu dem Siegerpreis aus diesem grauenhaftesten aller Kriege. Diskussionen über das Kolonialproblem wurden strikt und mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Das Interesse der französischen Republik, ihr höherer Ruhm forderten den Besitz von Kamerun und Togo. Beide Kolonien waren von französischen Soldaten erobert und in Besitz genommen worden! Wozu also noch Diskussionen und Verhandlungen? — Und dennoch meldeten sich einige Organe der öffentlichen Meinung.

Am 31. März wagte sich der nationalistische „Le Matin" hervor und argumentierte in einem ausführlichen Aufsatz über die Kolonialfrage in vorsichtiger, echt französischer Weise, daß man den dauernd wachsenden Bevölkerungsstand des Gegners vielleicht doch berücksichtigen müsse. Es sei ratsam, aus mancherlei ernsten politischen Gründen den Deutschen zur Besiedelung und Verwaltung einige ihrer afrikanischen Gebiete zurückzugeben.

Nachdem die Friedensbedingungen in Paris bekannt geworden waren und bei den Siegern einen wahren Rausch erregt hatten, meldet sich mit mahnender Stimme die sozialistisch orientierte Zeitung „Le Populaire" zur Friedens- und Kolonialfrage. Sie verurteilt in unzweideutigen Worten die Friedensbedingungen als brutal, hart und unerfüllbar und bezeichnet den Frieden als einen Frieden „der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung"; ihre Ausführungen beweisen, daß in diesem Frieden eine der größten Gefahrenquellen vorhanden sei, daß aus ihm notwendig weitere Kriege resultieren müßten, daß er in Wahrheit ein schwerer Schlag für die Hoffnungen aller Völker auf ein aussichtsreiches Zusammenleben der Völker bedeute. Auf das Kolonialproblem und seine Lösung durch die Feindbundmächte besonders eingehend, führt „Le Populaire" aus:

„...Ist das ein Friede der Versöhnung? Nein, es handelt sich um einen Akt der Gewalt, der jeden Einwand des Gegners ausschließt!... Zwischen den 14 Punkten Wilsons und den Bedingungen, die man Brockdorff-Rantzau verkündete, klaffen unüberwindliche Gegensätze!... Die Fortnahme der deutschen Kolonien ist ein schwerer Fehler, und alle Auslegungen beschönigen die Tatsache des Diebstahls nicht. Wilson möge den Text des Vertrages mit den Grundsätzen vergleichen, für die er gestern eingetreten. Die Gesellschaft der Nationen, die man errichtet hat und die nichts als ein Syndikat kapitalistischer Großmächte ist, stellt sich als eine neue Täuschung heraus. Nein, die bürgerliche Klasse, die in Paris, London, Rom und Washington das Heft noch in der Hand hat, wird der Welt nicht den Frieden bringen... Über den Berg von Milliarden, die Deutschland bezahlen soll, lohnt sich nicht zu sprechen; Deutschland wird sie nie bezahlen können. Nachdem man Deutschland ausgeplündert, ihm seine Kolonien, einige Provinzen, seine Flotte genommen hat, üben die Alliierten noch die Vorsicht einer ständigen Kontrolle.

Kurz, dieser infame Frieden ist nichts als ein Fetzen Papier, den die Völker niemals gutheißen werden!"

Es ist für uns doppelt wertvoll, gerade die Meinungsäußerungen der französischen, sozialistisch orientierten und geleiteten Presse zu zitieren, als eben diese Presse in der Gegenwart alles frühere vergessen zu haben scheint und gegen Deutschland nunmehr eine maßlose Hetze auch in der Frage der Kolonien betreibt. — Am 9. Mai 1919 reitet die „L'Humanité" eine unerhört scharfe Attacke gegen die Friedensmacher von Versailles und gegen den Friedensvertrag. Die Worte sind wie Hammerschläge gegen das Gebäude der Friedensbedingungen. Die diktatorische Gewalt, der Imperialismus der Feindbundstaaten und die namenlose Ungerechtigkeit dieses Friedensdiktates werden mit höhnenden, harten Worten gegeißelt. „L'Humanité" nennt den Vertrag von Versailles ein Schanddokument, das in all seinen Bedingungen eine verbrecherische Verletzung und den ungeheuerlichsten Bruch feierlich gegebener Versprechungen enthalte, das nicht nur dem Völkerrecht und der Majestät der ewigen Menschenrechte keinen Dienst erwiesen habe, sondern viel eher als eine von Haß und Unvernunft erfüllte Beleidigung beider darstelle. Das Kolonialproblem und seine Lösung durch den Friedensvertrag wird einfach als Gewalttat, ja, neben der Klausel über das Saargebiet als „die schlimmste Gewalttat dieses Vertrages" gebrandmarkt. „L'Humanité" findet inmitten einer sieges- und beutetrunkenen Welt eindeutige Worte für das unumstößliche Recht des deutschen Volkes auf seine Kolonien, es besitze dieses Recht um so mehr, als es ein dauernd wachsendes, arbeitsames und ehrliebendes Volk sei. Keine Nation der Erde kann sich für die Beraubung des deutschen Volkes durch die brutale Wegnahme seiner Kolonien auf irgendeinen gültigen Rechtstitel berufen! Insbesondere wird auch das Treiben des amerikanischen Präsidenten einer unerbittlichen Kritik unterzogen und seine Sanktionierung des kolonialen Diebstahls als eine politische Unklugheit von verhängnisvoller Auswirkung bezeichnet.

Der Artikel der „L'Humanité" vom 9. Mai 1919 wird ergänzt durch einen weiteren in der Ausgabe vom 10. Mai 1919, der sich in seinen Gedankengängen in gleich scharfer Form mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Friedensvertrages beschäftigt und unter Beweis stellt, daß nur unbegrenzter Wahnsinn es unternehmen könne, dem deutschen Volk eine riesige Reparationslast aufzuladen und ihre Erfüllung zu erzwingen, ihm aber andrerseits jede Möglichkeit des wirtschaftlichen Neuaufbaues raube, unter anderem durch die jeder Gerechtigkeit und aller Moral widersprechenden Wegnahme der deutschen Überseebesitzungen.

Am 11. Mai 1919 erregt ein anderer Leitartikel einer bedeutenden französischen Provinzzeitung die öffentliche Meinung. „Le Progrès de Lyon" schreibt den Annexionspolitikern ins Stammbuch:

„... Man kann nicht zu gleicher Zeit Deutschland berauben und es zur Zahlung bringen. Wenn man will, daß Deutschland zahlen soll, so muß man ihm die Möglichkeit lassen, zu erzeugen, und wenn es erzeugen soll, so darf man ihm nicht seine Produktionsmittel wegnehmen und seine Arbeitskraft aufs äußerste lähmen... Und doch, nicht damit zufrieden, Deutschland zugrunde zu richten, will man es außerdem noch vergewaltigen... Auch das Saargebiet ist zweifellos deutsches Gebiet, und die deutschen Kolonien waren ein deutscher Besitz, der nicht wie Vieh oder Waren einer anderen Macht abgetreten werden darf..."

In den breiten Kreisen des französischen Volkes dämmert die Erkenntnis auf, daß dem haßerfüllten Wirken seiner Führer kaum Segen für das gesamte französische Volk entspringen wird. So sind es besonders die Arbeitermassen, die einen gewissen Widerstand aufbringen gegen die vom Wahnsinn und einer menschlichen Unzulänglichkeit ohnegleichen diktierten Friedensbedingungen. Die Führer der französischen Arbeitermassen sehen sich gezwungen, diesem Widerstand des Volkes beredten Ausdruck zu geben. Eine besondere Kommission zur Bearbeitung territorialer und kolonialer Fragen innerhalb der französischen Arbeiterparteien kommt in einem ausführlichen Bericht zu einer einmütigen Verurteilung der kolonialen Raubabsichten der Verbündeten. Der Bericht lautet also:

„... Bezüglich der deutschen Kolonien ist die Entente auch nicht besser beraten worden... Die Fortnahme der deutschen Kolonien hätte nur dann als ein Akt der Gerechtigkeit bezeichnet werden können, wenn die Ententestaaten in dieser Beziehung unbefleckte Hände hätten. Jedoch das bloße Bestehen ihrer Kolonialreiche und die Dienstbarkeit, die sie den Eingeborenen aufnötigen, nimmt ihnen jedes Recht, in dieser Weise vorzugehen.

Indem die Ententestaaten diese verwerfliche Handlung durch die Erteilung eines Mandates über ein Schutzgebiet an eine einzige Macht zu verbergen suchen, fügten sie zum Raube noch die Heuchelei hinzu. Sie hätten wenigstens noch den Versuch machen sollen, die Kolonialgebiete unter einer gemeinsamen Regierung zusammenzufassen, wodurch den Eingeborenen jede Garantie zuteil geworden wäre. Ein Verfahren, das der rein ideologischen Kontrolle durch die Gesellschaft der Nationen weit vorzuziehen ist. Übrigens kann auch hier die Ungerechtigkeit sich an ihren Urhebern rächen in dem Moment, wo die Entente von einem bereits territorial verkleinerten Deutsch-

land die Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schäden verlangt. Man hat einen großen politischen Fehler begangen, indem man Deutschland jeder Gelegenheit, sich außerhalb Europas zu betätigen, beraubte, die es ihm erleichtert haben würde, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auf diese Weise wird Deutschland gezwungen, sich auf sich selbst zurückzuziehen, was gefährliche Folgen haben kann. Auch hier halten wir es für unsere Pflicht, auf die Ursachen zukünftiger Konflikte aufmerksam zu machen..."

Die Größe aber des deutschen Verlustes wird eindeutig und mit frivoler Offenheit von dem französischen Kammerabgeordneten Perreau Pradier in ausführlichen Darlegungen in „Le Journal" im Sommer 1919 zugegeben. Aus seinen Ausführungen hätte sich der Präsident eine Belehrung über den tatsächlichen Wert der deutschen Überseebesitzungen holen können. Angesichts dieser Eingeständnisse überkommt einen der Ekel in der Erinnerung an die verschiedenen Äußerungen und Auslassungen über den Wert der „jämmerlichen deutschen Schutzgebiete", über ihre geringe Bevölkerungsdichte, über ihre traurige Bodenbeschaffenheit. Lassen wir den französischen Abgeordneten zu Wort kommen. Er erklärt:

„...Der Verlust seiner Kolonien bedeutet für Deutschland mehr als einen moralischen Schlag. Er ist eine beträchtliche Verminderung seiner wirtschaftlichen Kraft. Die 3 Millionen Quadratkilometer, welche das gesamte deutsche Kolonialgebiet darstellen, sind imstande, Tausende von Tonnen tropischer Produkte zu liefern, wie Baumwolle, Kopra, Kakao, Öle usw. Im Verhältnis der zunehmenden Entwicklung dieser fernen Gebiete verbreitet sich der Wohlstand der eingeborenen Bevölkerung von 12 Millionen Einwohnern; indem sich diese bereichern, steigert sich ihre Kaufkraft, und daraus folgt, daß der deutsche Handel und die Industrie immer wichtigere Absatzgebiete dort fanden und zu finden hofften. Der allgemeine Umsatz des deutschen Kolonialhandels bezifferte sich kurz vor dem Kriege auf jährlich 600 Millionen.

Der Verlust der Kolonien hat aber für Deutschland eine noch größere Bedeutung: der Verzicht auf eine umfassende, mühsam zustandegekommene wirtschaftliche Ausrüstung, die einen großen Wert besitzt. Eisenbahnschienen, Werften, Häfen, Landstraßen, Telegraphennetze, funkentelegraphische Stationen, Warenlager und Bauten aller Art. Während Deutschland um 1904 479 Kilometer Eisenbahnschienen in seinen afrikanischen Kolonien hatte, besaß es deren im Jahre 1914 5000 Kilometer...

Deutschland verliert mit seinem Kolonialgebiet eine bedeutende Summe, die in der wirtschaftlichen Ausrüstung steckt. Darin sind außer den 375 Millionen für die Eisenbahnen die Ausgaben für den Straßenbau sowie für die Häfen Lome, Viktoria und Duala in Afrika, von Tsingtau in China und von Jaluit in Neuguinea begriffen, sowie die großen Funkstationen in Togo, Kamerun und auf der Insel Jap im Stillen Ozean. Kurzum, unsere Feinde hatten soeben alle notwendigen Ausgaben gemacht, um diese weiten Gebiete zu verwerten, und bemerken nun, daß es die Alliierten sind, die als Sachwalter des Völkerbundes — oder auch nicht — den Vorteil dieser ersten Kapitalsanlagen genießen werden..."

Immer daran denken, das ist das Gebot für das betrogene und beraubte deutsche Volk, mit welch geradezu grausiger Frivolität dieser französische Politiker über die Beraubung und Enteignung Deutschlands als Kolonialmacht zu sprechen wagt. In diesen Worten wird die Habgier und der Neid auf die emporblühenden deutschen Überseebesitzungen so recht offenbar, und angesichts dieses Neides und solcher Mißgunst auch die Beraubung Deutschlands als Kriegs- und Friedensziel. Verbrecherischer können die Ziele der Imperialisten der Feindbundmächte sich nicht kundtun. Zynischer und gewissenloser ist ein Diebstahl in der Weltgeschichte noch niemals eingestanden worden! Aber Herr Wilson, seines Zeichens Präsident der Vereinigten Staaten und Befrieder der Welt, stellte am 14. Februar 1919 anläßlich der Verkündung seines Völkerbundes fest, daß die Welt sich der „Majestät des Rechtes" bewußt geworden und das „Verbrechen durch die Niederzwingung" der deutschen Nation ausgerottet worden sei. Der Präsident erhob damals zur Rechtfertigung des kolonialen Verbrechens, begangen durch seine Verbündeten und ihm und dem amerikanischen Volk befreundeten Nationen, die Kriegsschuldlüge auf den Schild; der französische Politiker aber preist mit dem Stolz des Siegers und Erben die Schönheit, den hohen Stand, die große Wirtschaftlichkeit der deutschen Kolonien, preist weiterhin, daß die Eingeborenen zu großem Wohlstand dank des Emporblühens der deutschen Kolonien gekommen seien, preist die wirtschaftlichen und technischen Einrichtungen in den deutschen Kolonien! Es ist wirklich zweifelhaft, was man hierbei mehr zu bewundern hat, die Frivolität, Heuchelei und Leichtfertigkeit und Unwissenheit, mit welchen der Präsident der Vereinigten Staaten dem Kolonialraub seine Zustimmung erteilte, oder die zynische Offenheit, mit welcher der französische Politiker Pradier das erreichte Kriegs- und Friedensziel, die koloniale Beraubung Deutschlands, anerkennt! Aber folgen wir zur eigenen heilsamen Belehrung auch weiterhin den Ausführungen des französischen Abgeordneten:

„...Spät zur Kolonisation gelangt, hatten die Deutschen erst einige

Jahre vor dem Kriege an den Kolonialgeschäften Geschmack gefunden. Seit 1904 beschäftigten sich über 1000 deutsche Häuser mit dem Kolonialhandel, und 30 Aktiengesellschaften, die ein Kapital von 100 Millionen Mark vertraten, machten in den deutschen Überseeländern Geschäfte. Um 1914 war das Gesamtkapital der industriellen und kaufmännischen Gesellschaften, die aus den kolonialen Besitzungen des Reiches Nutzen zogen, auf 633 Millionen Mark gestiegen. In allen kolonialen Kreisen jenseits des Rheines hoffte man innerhalb kurzer Frist den Tag zu erleben, an dem die durch die Gründung des deutschen Überseegebietes verschlungenen 2 Milliarden Erträgnisse einbringen würden ..."

Unter ungeheuren Opfern sind die deutschen Kolonien von Deutschland entwickelt worden. Weit mehr als der Franzose behauptet, ist in den deutschen Schutzgebieten zur Hebung der Länder und der Eingeborenen investiert worden. Wilson aber behauptete in seiner berüchtigten Rede vom 14. Februar 1919, Deutschland habe seine Kolonien schlecht verwaltet, und es sei nur sein Interesse gewesen, den Eingeborenen das Land wegzunehmen für europäische Zwecke, ja sogar die eingeborene Bevölkerung überhaupt auszurotten. Die englischen Imperialisten aber haben die Humanitätsphrase um so reichlicher von ihren Lippen fließen lassen, je mehr sie vom tatsächlichen Gegenteil überzeugt gewesen sind. Die Reden und Worte der englischen Staatsmänner erscheinen angesichts der offenen Eingeständnisse des Franzosen in dem immer merkwürdigeren Zwielicht politischer Hochstapeleien. Das Wort aber des Premierministers Lloyd George vom 10. November 1914: „So wahr Gott lebt, haben wir an keiner Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen!" ist und wird ewig die gemeinste Blasphemie bleiben, die menschlicher Geist sich auszudenken vermag.

„... Tatsache ist, daß das Geschäft mit einem krassen Verlust für unsere Feinde abschließt. Was andererseits gegenwärtig Deutschlands Aufmerksamkeit beansprucht, ist die Beschaffung der Rohstoffe, die für den Betrieb der Fabriken notwendig sind. Deutschlands größter Wunsch ist, dem Mangel an Manufakturstoffen abzuhelfen, ohne dadurch genötigt zu sein, sich den Demütigungen der Alliierten auszusetzen. Die Erträge der deutschen Kolonien waren offensichtlich gering, sie waren jedoch ein Zuschuß von um so größerer Bedeutung, als er aus zum Reiche gehörigen Ländern floß und durch keine Wechselverluste belastet war. Die Kolonialmänner jenseits des

Rheins hofften, daß bei Rückgabe der Kolonien man durch eine kolossale Anstrengung deren Ertragfähigkeit auf das Fünffache steigern könnte.

Vor dem Kriege bezog Deutschland aus seinen kolonialen Besitzungen jährlich nur 3000 Tonnen Baumwolle, brauchte aber 470000 Tonnen. Aber in Togo, Kamerun und Ostafrika waren Pflanzungen angelegt worden, und die Deutschen hofften, nach dem Kriege 40000 Tonnen Baumwolle aus ihren Kolonien zu erhalten. An Palmkernen deckte die deutsche Industrie ihren Bedarf zu 90 v. H. aus eigenem Boden in Ostafrika. In Neuguinea sind große Unternehmungen gegründet worden, die eine sehr erhebliche Vermehrung der 9000 Tonnen betragenden Kautschukproduktion bezweckten. Der Absatz dieses Produktes war gesichert, da die heimische Industrie 1914 20000 Tonnen Kautschuk benötigte. In Togo haben es die Deutschen zuwege gebracht, ein wirkliches Kakaoreservoir zu gründen. Von diesem Produkt wurden 1914 für 500000 Frank zur Ausfuhr gebracht. Man schätzt, daß der Ertrag der Pflanzenfaser Sisal, der in Ostafrika $3^1/_2$ Millionen Frank betrug, wahrscheinlich 30 Millionen Kilogramm gleich 56 Millionen Frank übersteigen wird.

Den Bodenerzeugnissen müssen noch die Mineralschätze hinzugefügt werden: südwestafrikanische Diamanten (153 Kilo im Werte von 28,7 Millionen Frank im Jahre 1914), Kupfer aus derselben Kolonie, Gold aus Ostafrika; und diese Zahlen beziehen sich auf eine Ausbeutung, die kaum begonnen hatte. Zu den Ackerbauerzeugnissen und Mineralreichtümern kommt noch der ungeheure Wert, den die Forsten Kameruns und der anderen afrikanischen Kolonien Deutschlands darstellen, ferner die kostbaren Wälder Neuguineas sowie die noch unverwerteten Wasserkräfte der mächtigen afrikanischen Stromschnellen und Wasserfälle. Das afrikanische Kolonialgebiet Deutschlands verschaffte der Industrie des Mutterstaates einen um so vorteilhafteren Absatz, als es hinsichtlich des Zollwesens privilegiert war ..."

Und nun setzt der französische Abgeordnete Perreau Pradier seinen selbstgefälligen Schilderungen die Krone auf in der phantastisch zynischen Schlußbemerkung:

„... Die Ereignisse und der Heldenmut unserer Soldaten haben den Alliierten gestattet, das deutsche Kolonialreich von der Weltkarte auszulöschen. Die Alliierten haben da eine wundervolle Errungenschaft gemacht. Ihre Sache ist es, sie auszunutzen!"

Das ist die brutale Sprache des feindlichen Imperialisten, das ist die politische Verblendung und Unvernunft, die also spricht, das ist aber wenig-

stens die, wenn auch zynische, Offenheit, die für die Rechtfertigung des Kolonialraubes sich nicht mehr der humanitären Phrase bedient, sondern in der kolonialen Beute einen Teil des Siegerpreises erblickt. Das ist die Kurzsichtigkeit einer Politik, welche glaubte, auf die Dauer die Welt in „Besiegte und Sieger" aufteilen und diesen Zustand für die Ewigkeit in einem unvergleichlich brutalen Gewaltfrieden fundamentieren zu können.

Unvergleichlich einsichtiger und eigentlich beschämend für die vereinten Friedensmacher von Versailles urteilt der namhafte belgische Politiker und Publizist Louis de Broukére über die Lösung der kolonialen Fragen durch Wilson, die Feindbundmächte und im Friedensvertrag zu Versailles. Sofort nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen veröffentlicht er in der einflußreichen belgischen Zeitung „Le Peuple" am 10. Mai 1919 unter anderem folgende Ausführungen:

„Ich lese in dem Friedensvertrag, daß Deutschland alle seine Rechte, die es im Auslande besaß, an die Großmächte abtreten soll. Eine Lesung – und es sind gute Gründe dafür, um zu glauben, daß sie richtig ist – fügt hinzu: ‚und an Belgien'. Die Zufügung in elfter Stunde ist sicher für unsere Eigenliebe sehr schmeichelhaft. Und vielleicht sichert sie uns selbst einige positive Vorteile zu. Aber sie ändert nichts an dem Gewichtigsten, an der juristischen Grundlage der Situation. Denn wir haben die Pflicht, diese Sache aus dem Gesichtspunkte des Rechtes zu betrachten. Wir würden arme Schlucker sein, wenn wir uns nicht über die beschränkten und engen Auffassungen der egoistischen Politik zu erheben vermöchten. Denn ist die Sicherung eines wirklichen dauernden und fruchttragenden Friedens nicht unser höchstes Lebensinteresse, hinter dem alles andere zurückstehen muß?

Die deutschen Kolonien sollen also den Großmächten zufallen. Sie sollen ihren Eigentümer verändern wie der Sklave, den man mit dem Eigentum seines Herrn verkauft, wenn er Konkurs gemacht hat.

Deutschland soll seine Schuld bezahlen mit soviel Steinkohle, soviel Kali und soviel Negern! Noch eins, das ist nicht, was man uns zugesagt hat! Nach dem zuerst angekündigten Entwurf sollten die deutschen Kolonien keinen Herrn mehr haben. Sie sollten sich selbst angehören, und ihre Befreiung sollte das Symbol sein und zugleich das Versprechen der Emanzipation von allen Besitzungen!... Dieser Friedensvertrag ist aber nur eine Bekräftigung der alten Auffassung. Der deutsche Herrscher ist durch seine Konkurrenten ersetzt. Eine Konzentration der Ausbeutung findet statt. Die großen Unternehmungen zur Ausbeutung von Asien, Afrika, Australien bilden jetzt einen Trust unter dem Namen ‚Die fünf Mächte & Co.' Die Co.

sind wir! Von solch einer Kombination den Frieden zu erwarten, das kommt dem gleich, wenn man das Ende des Stahlkrieges auf dem Weltmarkt von der großen Kombination ‚Morgan' erwarten wollte..."

Und so ist es nun an der Zeit, dankbar all die Stimmen des neutralen Auslandes sprechen zu lassen, die niemals der kostspieligen Feindbundpropaganda gegen Deutschland in der Frage der deutschen Kolonien und des deutschen Kolonialstrebens erlegen sind, die die Benutzung der Kolonialschuldlüge als politischen Zweckmittels unzweideutig ablehnten, die mit ebenso unzweideutigen Worten Recht und Gerechtigkeit für Deutschland fordern. Es wird sich aber bei der überaus großen Zahl dieser Willensäußerungen in der Presse des neutralen Auslandes und bei dem immerhin enggezogenen Rahmen dieses Buches als nötig erweisen eine strenge Sichtung und Auswahl zu treffen. Durch nichts wird die Vernichtungsabsicht der Feindbundmächte so klar erwiesen, wie durch die Ignoranz, mit welcher die Vertreter und Verfechter der kolonialen Enteignung des deutschen Volkes diesen Stimmen gegenüberstehen, mit welcher Leichtfertigkeit sie, die Weltmeinung verachtend, diese Stimmen und Mahnungen eben der Weltmeinung beiseiteschieben. Zugleich aber kann durch die immerwährende Zitierung auch dieser Stimmen erwiesen werden, daß auch die öffentliche Meinung der neutralen Länder und Völker das koloniale Unrecht bereits während des Krieges und besonders während der Friedensverhandlungen brandmarkte, indem sie eine Lösung der kolonialen Fragen nach den Richtlinien der Wilsonschen Kundgebungen fordert. Die Äußerungen der öffentlichen Meinung in den großen neutralen Staaten unmittelbar im Anschluß an das Bekanntwerden der Friedensbedingungen müssen im Kampf um die Rückgabe der deutschen, wider alles Recht und entgegen aller Vernunft geraubten Kolonien als Kronzeugen angeführt werden.

Die holländische Presse veröffentlichte in zahlreichen Leitartikeln und Aufsätzen ihre Stellungnahme zu den Friedensbedingungen im allgemeinen und zur Lösung des Kolonialproblems im besonderen. So schreibt die „Nieuwe Rotterdamsche Courant" am 8. Mai 1919 in ihrem Leitartikel unter anderem das Folgende:

„...Aber dieser Teil des Vertrages ist gnädig, verglichen mit dem, was weiter folgt und wodurch Deutschland und die Deutschen zu den Parias des Erdballs gemacht werden: Deutschland muß außerhalb Europas auf alle Rechtstitel und Vorrechte verzichten und erklären, alle Maßregeln annehmen zu wollen, die in dieser Hinsicht durch die Alliierten getroffen werden, das heißt, Deutschland geht aller Kolonien verlustig und muß noch obendrein

daraufzahlen. Daß hierdurch, um einen Vergleich zu gebrauchen, die Sicherheitsventile der deutschen Dampfmaschine so belastet werden, daß ein Unglück für Europa nicht ausbleiben kann, das ist eine Wahrheit, die früher so sehr Allgemeingut war, daß sie jetzt keinen näheren Beweis braucht. Das deutsche Volk ohne Kolonialgebiet zu lassen und das britische koloniale Weltreich dadurch noch enorm zu vergrößern bei der Ausstellung eines Friedensvertrages, der gerecht und dauerhaft heißen will, ist unerhört...!"

Die holländische Zeitung „Het Vaderland", die in ihrer ganzen Haltung stets neutral geblieben ist, die in ihrer rechtsliberalen Einstellung niemals als im deutschfreundlichen Sinne sich unmittelbar äußerte, die vielmehr allen deutschen Belangen, Forderungen und Rechten mit großer Vorsicht begegnete, kann angesichts der Friedensbedingungen und ihrer vernichtenden Folgen für die deutsche Überseebetätigung, für den deutschen Auslandsbesitz, für die deutschen Kolonien dennoch nicht umhin, der holländischen Öffentlichkeit zu erklären, daß sie die Friedensbedingungen, besonders soweit die kolonialen Fragen von ihnen berührt werden, für höchst ungerecht und sinnlos hält. Sie beruft sich für eine anzustrebende Lösung der kolonialen Fragen auf die Wilsonschen Bedingungen und stellt die Bedeutung des Punktes V des Wilson-Programms mit besonderer Eindeutigkeit heraus. Sie stellt den Grundsätzen des Punktes V die nunmehr offensichtlich gewordenen Raubabsichten der Alliierten gegenüber und macht erneut ersichtlich, daß auch die brutalen Vernichtungsabsichten der Alliierten gegenüber dem deutschen Volk und seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten und Erfolge ohne Grenzen sind. Bezeichnend sind die Feststellungen dahingehend, daß dem deutschen Volk nicht nur seine Kolonien an sich geraubt werden sollen, sondern daß die Feindbundabsichten abzielen auch auf eine Beraubung aller Privatpersonen, Gesellschaften usw. in den deutschen Kolonien. Mit unverkennbarer Ironie stellt das holländische einflußreiche Blatt unter Beweis, daß die Alliierten nicht die Absicht haben, wenigstens den „unermeßlichen Wert der Kolonien in Rechnung zu stellen und von der deutschen Kriegsschuld in Abzug zu bringen", sondern daß vielmehr in offenbarem Wahnsinn dem deutschen Volk noch Bedingungen auferlegt werden sollen, die es zwingen, in Kamerun den französischen Erben noch „Geld draufzuzahlen"! Es ist für Wilson und die Ententestaatsmänner, es ist für die Befrieder der Welt ein vernichtendes Urteil, wenn „Het Vaderland" mit beißender Satire bemerken darf, daß bei der getroffenen Lösung der kolonialen Probleme nur die deutschen Kolonien betroffen werden, während der Riesenbesitz an kolonialen Gebieten der „Sieger" völlig unberührt bleibt:

„Der Kolonialbesitz der Entente bleibt unberührt!"

Kann es einen vernichtenderen Beweis geben für die Heuchelei und Verlogenheit der im Wilson-Programm aufgestellten Grundsätze? Können menschliche Unzulänglichkeit, Dummheit, Unwahrhaftigkeit, können Haß und Habgier als die eigentlichen Ursachen der getroffenen Lösung der kolonialen Frage nach der lapidar kurzen Feststellung solchen Inhaltes noch bezweifelt werden? Holland, selbst Kolonialmacht, ist im Innersten erregt über die Lösung der kolonialen Fragen durch das Friedensdiktat von Versailles. Neben dem aufrichtigen Verlangen nach einer Lösung nach den Richtlinien der Vernunft und des Völkerrechtes sind es ernste Sorgen um die eigene koloniale Zukunft, die sich in der holländischen öffentlichen Meinung immer öfter und immer ernster aussprechen. Es ist vor allem die holländische, durchaus ententefreundliche Zeitung „Telegraf", die sich zum Sprecher für die bedroht erscheinenden holländischen Kolonialinteressen macht. Sie argumentiert am 10. Mai 1919 folgendermaßen:

„...Was uns an diesen Friedensbedingungen am wenigsten gefällt, ist die Forderung der Abtretung der deutschen Kolonien, ohne daß eine Anrechnung ihres unermeßlichen Wertes erfolgt. Da es den Assoziierten so sehr darum zu tun ist, Schaden ersetzt zu bekommen, wäre es erforderlich gewesen, die deutsche Arbeitskraft und Intelligenz sich auf kolonialem Gebiete betätigen zu lassen, um die Mittel aufzubringen, die zur Deckung der Schuldenlast dienen könnten. Das würde wenigstens die Kreditwürdigkeit Deutschlands vermehrt haben, ein Zustand, an dem die Assoziierten das größte Interesse haben...

Der Verlust der Kolonien hebt auch das Sicherheitsventil gegen die deutsche Überbevölkerung und Expansionsbewegung auf, was für die Neutralen allgemein keine glückliche Erscheinung ist. Für unser Land am allerwenigsten, das vermutlich unter dem erneuten Druck einer friedlichen deutschen Durchdringung zu leiden haben wird, während insbesondere in unseren Kolonien der Zustrom deutscher Arbeit und Gewandtheit in der Zukunft einen Faktor ausmachen wird, der ernstlich ins Auge gefaßt werden muß..."

Der holländischen, und nicht nur der kolonialen interessierten Öffentlichkeit Hollands hat sich nach solchen Veröffentlichungen eine steigende Erregung bemächtigt. Die verhängnisvollen Auswirkungen des Friedensvertrages werden auch den bisher in politischen Dingen gleichgültigen holländischen Menschen erschreckend sichtbar. Die holländische Zeitung „Telegraf" spricht diese Erregung am 13. Mai 1919 in folgenden Ausführungen aus:

„...Der vierte Abschnitt handelt über Deutschlands Rechte außerhalb

Europas, und obgleich hier der Name der Niederlande nicht vorkommt, ist doch dieser Abschnitt der vielleicht am meisten gefährliche. Denn Deutschland muß demnach nicht allein auf seine Kolonien verzichten, sondern auch auf alle Unternehmungen, die außerhalb Europas auf deutschem Namen stehen, und den Alliierten wird sogar das Recht gegeben, die Bedingungen festzusetzen, unter denen deutsche Untertanen europäischer Abkunft in den abgetretenen Kolonialgebieten wohnen, Eigentum besitzen und Geschäfte betreiben dürfen. Es ist zu erwarten, daß diese Bedingungen nicht leicht sein werden und daß tatsächlich die Deutschen aus den Gebieten der Alliierten über See ausgeschlossen oder auf einen sehr bescheidenen Platz zurückgebracht werden. Man hat jedoch den 60 Millionen Deutschen während des letzten Vierteljahrhunderts kolonisierende Neigungen eingeblasen, und wo sollen die sich jetzt betätigen? Das einzige Land, das Kolonien besitzt und nicht zu den alliierten und assoziierten Mächten gehört, ist Niederland. Von den Ländern über See bleiben eigentlich allein Mexiko, Argentinien und Chile für die deutsche Einwanderung einigermaßen offen, und die Gefahr, daß unsere Kolonien mehr durch Deutsche überflutet werden als durch niederländische Kolonisten, ist keineswegs eingebildet. Angesichts der Schlaffheit, die unser Kolonialministerium seit Jahren zeigt, ist es eine notwendige Tat von Selbsterhaltung für alle Niederländer, die wichtige koloniale Interessen in Indien haben, mit Nachdruck darauf zu dringen, daß rechtzeitig angemessene Vorsorgemaßnahmen getroffen werden..."

So beginnt sich in der immer besorgter und nervöser werdenden politischen öffentlichen Meinung Hollands und zahlreicher anderer Staaten die verhängnisvolle Ausstrahlung des Machwerkes der Feindbunddiplomaten und Politiker, der Lloyd George, Balfour, Clemenceau, Poincaré und vor allen Dingen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, bemerkbar zu machen. Durch die Lösung der großen, die ganze Menschheit angehenden europäischen und überseeischen Probleme, wie sie der Friedensvertrag versucht, wie sie in weit größerem Umfang mit der Gründung des Völkerbundes sich anzeigen, gerät die Welt in eine verhängnisvolle Bewegung und Erregung. Es ist im politischen Zusammenleben der europäischen und zum Teil auch der überseeischen Völker ein wachsendes Mißtrauen deutlich spürbar. Mit der dauernden brutalen Entrechtung des Volkes der Deutschen muß nach der Einsicht führender Geister des neutralen, ja selbst des feindlichen Auslandes sich ein Gefahrenfeld von weitreichender Bedeutung und unabsehbarer Gefährlichkeit etablieren. Die neutrale und zum Teil auch die deutschfeindliche Welt will nicht daran glauben, daß ein Volk, das vier

Jahre lang einer ganzen Welt erfolgreich Widerstand leistete und die Waffen nur im Vertrauen auf die in sakraler Form verpfändeten Worte des Präsidenten Wilson und der Regierungen der feindlichen Staaten aus der Hand legte, für die Dauer am Boden zu halten sei. Die Welt vermag es nicht, der Raubpolitik englischer Imperialisten und den Haßtheorien des französischen Überpatrioten Clemenceau zu folgen. In der Lösung der kolonialen Fragen, die über die Annexion hinaus einen Versuch der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands offensichtlich werden läßt, sehen neutrale und zum Teil auch führende Köpfe des feindlichen Auslandes die wohl größte Dummheit des Jahrhunderts, geboren aus Rachsucht, Neid, Mißgunst, Machthunger, sanktioniert durch die Heuchelei und politische Niedertracht der Lüge und perfidesten Diffamierung.

In Holland meldet sich in aller Öffentlichkeit in einem aufsehenerregenden Leitartikel der frühere Ministerpräsident Dr. Kuyper zur kolonialen Frage. Er stellt vor allen Dingen den Unsinn des Mandatsrechtes unter Beweis und führt etwa das Folgende aus:

„...Wer glaubt heute noch, daß das jetzige Mandatssystem später jemals unter der Aufsicht des Völkerbundes durch eine solche Regelung ersetzt werden wird, daß Deutschland ganz oder teilweise in seine kolonialen Rechte wiedereingesetzt wird? Die jetzigen Besitzer und Verteiler werden natürlich, solange sie die Macht in ihren Händen haben, das Wort ‚J'y suis, j'y reste' in die Praxis umsetzen, und Deutschland hat das Nachsehen. Selbst eine Hoffnung auf das vielversprechende Ostafrika kann Deutschland jetzt fahren lassen, und was macht das übrige dagegen aus? Die hohen Verteiler haben die Beute nach eigenem Gutdünken unter sich verteilt, und mit ihrer Zustimmung wird wohl niemals mehr ein Stückchen an den ursprünglichen Eigentümer zurückfallen. Aber was faselt man dann noch von einem dauerhaften Frieden, wenn nicht Deutschland, nach einer Probezeit, dem Völkerbund beitritt und damit dann beweisen würde, daß es sich mit dem kolonialen Raub zufrieden gibt!..."

So kommt die holländische Öffentlichkeit, kommt die Politik der Niederlande seit den Tagen des vollzogenen Kolonialraubes durch die Alliierten in der Kolonialfrage nicht mehr zur Ruhe. Die Stimmen, die den Kolonialraub und die Kolonialschuldlüge geißeln, mehren sich mit dem und nach dem Friedensschluß in für Deutschlands Interessen erfreulicher Weise. Da hier aber in allererster Linie der Kampf der beteiligten Völker um den deutschen Kolonialbesitz, da hier das politische Ringen für und gegen die glatte Annexion der deutschen Schutzgebiete bis zum Abschluß des Friedensvertrages,

also bis zu dem Augenblick geschildert werden sollen, der scheinbar das Geschick des deutschen Kolonialreiches für eine Ewigkeit besiegelt, so muß die Behandlung dieser Stimmen an anderer Stelle, dort allerdings dann mit eindeutiger Gründlichkeit und Energie, erfolgen.

Die Widerstandsflut gegen die Beraubung des deutschen Volkes schlug mit stürmischer Gewalt über des Reiches Grenzen hinaus und alarmierte die neutralen Völker durch den berechtigten und sehr wohlbegründeten Hinweis auf die Gefahren, die sich naturnotwendig aus den Lösungen der Probleme, wie sie im Vertragswerk der Friedensmacher versucht werden, ergeben müssen. So gerät auch die schweizerische öffentliche Meinung in eine sichtbare und unbedingt ablehnende Bewegung und Haltung hinein gegen die Imperialisten der halben Welt. Die Stellungnahme der schweizerischen bedeutsamen Presse ist dabei in der Ablehnung und Geißelung des Unrechtes von Versailles von seltener Einmütigkeit beseelt. Von den deutschfreundlichen „Neuen Züricher Nachrichten" über die liberal und ententefreundlich eingestellten sozialdemokratischen und freisinnigen Zeitungen bis zu dem deutschfeindlich sich betätigenden „Journal de Genève" erfährt das Friedensvertragswerk, besonders hinsichtlich der kolonialen Fragen und ihrer Lösung, unbedingte Ablehnung. Lassen wir also eine beschränkte Reihe dieser schweizerischen Organe zu Wort kommen.

Die „Neuen Züricher Nachrichten" stellten am 9. Mai 1919, also in den Tagen der Friedensbedingungsüberreichung an die deutsche Friedensdelegation, in harten Worten fest, daß die Raubabsichten der Feindbundstaaten mit der kolonialen Enteignung ihre Krönung erfahren haben. Diese Krönung soll mit der Unterschrift der deutschen Vertreter unter ein Diktat erfolgen, das in seiner Härte beispiellos ist und Deutschland für alle Zeiten seiner außereuropäischen Rechte und überseeischen, blühenden Besitzungen für verlustig erklären soll. Die Sprache dieses aufrechten Schweizer Blattes ist offen und hart, aber sie entspricht in ihrer Argumentierung der Wahrheit; sie geißelt den Kolonialraub als das, was er tatsächlich ist! Mit ironischer Bitterkeit wird unter Beweis gestellt, daß die Feindbundmächte dem deutschen Volk Unsummen an Entschädigungen auch für den Kolonialkrieg auferlegen, abpressen wollen. Dabei wird ausdrücklich die völlige deutsche Unschuld an den afrikanischen Kämpfen zugegeben, indem die Behauptung aufgestellt wird, daß der Kolonialkrieg entgegen jeder besseren Einsicht und im krassesten Widerspruch zu abgeschlossenen Allianzen und Verträgen, ja, unter flagrantester Verletzung des geltenden Völkerrechtes dem Deutschen Reich aufgezwungen worden ist.

Die sozialistische „Berner Tagwacht" kommentiert die Friedensbedingungen ebenfalls am 9. Mai 1919 mit harten Worten. Indem sie den zu erzwingenden deutschen Verzicht auf Deutschlands Kolonien als Unrecht, besonders im Hinblick auf die Geschichte des deutschen Kolonialreiches, erkennt, erkennt sie zugleich an, daß die Erwerbung der deutschen Kolonien und ihre Emporentwicklung von Deutschland unter großem Einsatz, unter schweren materiellen und ideellen Opfern betrieben worden ist, daß also damit das deutsche Recht auf seinen kolonialen Besitz bereits eindeutig und unbezweifelbar erwiesen ist. Die „Berner Tagwacht" geht aber in ihrer Argumentierung mit erfreulichem Eifer weiter und enthüllt die tatsächlichen Hintergründe und Ursachen der kolonialen Beraubung des deutschen Volkes, indem sie die Feststellung trifft, daß es tatsächlich der unerbittliche Wille der vereinigten Imperialisten in den Feindbundregierungen gewesen ist, die deutsche Wirtschaft, den deutschen Auslandshandel und die deutsche Industrie zu zerstören. Als Element dieses Zerstörungswillens aber erhalte die koloniale Enteignung Bedeutung weitreichendster Art. Der Friedensvertrag selbst aber wird als nichts anderes bezeichnet. Als ein Dokument der Vernichtung der deutschen wirtschaftlichen Unabhängigkeit soll er der Feindbunddiplomatie dienen.

Wird so bereits die brutale Unterdrückungspolitik der Entente sichtbar, so wird sie von den Ausführungen eines anderen Schweizer Blattes, des „Volksrechts", am 10. Mai 1919 um vieles eindeutiger bloßgestellt. Die Anwendung der Humanitätsphrasen durch die Imperialisten verfällt in ihrer verabscheuungswürdigen Heuchelei der Verurteilung und Verachtung, und dem Wunderkind Wilsonschen Geistes wird ein mehr als fragwürdiges Zeugnis ausgestellt. Das Blatt „Volksrecht" macht den Völkerbund zur Zielscheibe seiner leider allzu berechtigten Angriffe und spricht mit beißendem Spott und bitterem Sarkasmus davon, daß es die ehrenvollste Aufgabe des Völkerbundes sein werde, Tarnung und Deckmantel für die Raubabsichten und Vormachtansprüche der Entente zu sein, ferner, den gemeinsten Raub, den Raub der Kolonien durch die vereinigten Imperialisten und Vernichtungspolitiker durch das fadenscheinige Mäntelchen des Mandatsrechtes zu verdecken und frei nach dem Willen des amerikanischen Präsidenten durch die Begebung von Mandaten an die Kolonialräuber zu sanktionieren, zugleich aber die beraubten Deutschen durch die Erhebung der Kolonialschuldlüge zum Gesetz vor aller Welt moralisch zu meucheln!

Am 12. Mai 1919 läßt sich die „Solothurner Zeitung" in ihrem Leitartikel in ähnlichem Sinne vernehmen. Sie erhebt dabei die Frage, ob in

der Beraubung Deutschlands und dem diktierten Verzicht auf die deutschen Schutzgebiete einzig und allein zugunsten der alliierten „Eroberer" die Lösung des Problems der Kolonien nach den Grundsätzen des Wilson-Programms, ob darin eine Verwirklichung des im Punkt V von Wilson aufgestellten Grundsatzes der „freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung der kolonialen Ansprüche" erblickt werden solle!

Dem deutschen Ernährungs- und Übervölkerungsproblem und seinen verhängnisvollen Auswirkungen infolge des erzwungenen Verzichtes auf die Kolonien durch Deutschland, dem Problem der sich stetig steigernden deutschen Auswanderung, widmet die „Neue Schweizer Zeitung" am 13. Mai 1919 alle gebotene Aufmerksamkeit. Auch sie erkennt in der bedingungslosen Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes allein zum Zwecke der Vermehrung des Kolonialbesitzes der alliierten Staaten ein politisches und menschliches Unrecht und unterstreicht diese Meinung durch den Hinweis auf die damit vollzogene Blockierung Deutschlands über den Krieg und Friedensschluß hinaus, erreicht in der Ausschließung Deutschlands von allen überseeischen Räumen und tropischen Rohstoffgebieten.

Am 16. Mai 1919 folgt die absolut ententefreundliche Lausanner Zeitung „La Tribune de Lausanne" in einem Leitartikel den voraufgegangenen Protestkundgebungen gegen die koloniale Beraubung der Deutschen. Sie argumentiert unter dem Gesichtspunkt der Wahrheit und des Rechtes wie folgt:

„...Wir haben niemals begreifen können, warum man den Deutschen alle Kolonien nimmt unter dem Vorwand, die Deutschen hätten sie nicht ausgenützt. In der Behandlung der Eingeborenen haben andere gleichfalls gefehlt..."

Die nun folgenden Sätze sind von allergrößter Bedeutung für die Beurteilung des Mandatssystems und der Mandatverleihung durch den Wilsonschen Völkerbund. Sie beweisen die Hohlheit und innere Verlogenheit dieses Systems und machen aus diesem Grunde tiefen Eindruck auf die schweizerischen und internationalen Leser:

„...Das Mandatssystem, eine Erfindung der Pariser Konferenz, wird den Eingeborenen schwerlich die Unabhängigkeit verschaffen, von der sie doch keinen Gebrauch machen könnten. Das Mandatssystem gleicht den berüchtigten Einflußzonen, über die man bereits viel Schlechtes gesagt hat. Es wäre besser gewesen, Deutschland mit seinen schweren Verpflichtungen sein äußeres Arbeitsfeld zu lassen und der vom Hungertode bedrohten Nation Ausdehnung in den Kolonien zu gestatten..."

Auch die norwegische und schwedische Presse gibt in ihren Spalten in Leit-

artikeln und Berichten der Öffentlichkeit in beiden Ländern Kenntnis von den Annexionsplänen der Alliierten; auch sie kann nicht umhin, die Schleier zu lüften, die die Staatsmänner der Alliierten über die koloniale Beraubung Deutschlands gebreitet haben durch die Anwendung der Kolonialschuldlüge und kolonialen Unwürdigkeitserklärung Deutschlands, durch die überreich verschwendeten Phrasen von Menschlichkeit, von der Majestät der ewigen Menschenrechte, die angeblich von dem Volk der Deutschen, die besonders von den deutschen Kolonisatoren den Eingeborenen gegenüber verletzt worden seien. An anderer Stelle dieses Buches sind schwedische und norwegische Äußerungen der öffentlichen Meinungen bereits zitiert worden; hier sollen nunmehr eine weitere Anzahl von Stimmen aus beiden neutralen skandinavischen Staaten folgen.

Das amtliche Regierungsblatt Norwegens „Norske Intelligenssedler" betrachtet es als seine Pflicht, nachdem ihm die Friedensbedingungen, die man zu Versailles der deutschen Delegation übergeben hat, bekannt geworden sind, hinsichtlich der deutschen Kolonien und ihrer Übertragung auf die feindlichen Großmächte die Feststellung zu machen, daß es nach ihrer und der gesamten norwegischen öffentlichen Meinung einem gesunden Walten menschlicher Vernunft und unparteiischer politischer Haltung, daß es vor allen Dingen den Geboten einer allgemeinen Gerechtigkeit widerspricht, wenn man die deutschen Kolonien unter allen möglichen Vorwänden und unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensbotschaften den Deutschen wegnimmt, lediglich um sie unmittelbar den „Siegesherren" zu übertragen. Als Ungerechtigkeit betrachtet es die norwegische Öffentlichkeit auch, daß man für alle Zukunft von allen europäischen, von allen weißen Völkern überhaupt das deutsche Volk allein von der Lösung der großen, der gesamten zivilisierten Menschheit gestellten Kolonisationsaufgaben ausschließen will.

Dem amtlichen Regierungsorgan folgt mit weitergehenden Ausführungen das Organ der politischen Rechtsparteien „Aftenposten" mit einem Leitartikel am 13. Mai 1919. In diesem Artikel wird sehr scharf Stellung genommen gegen die Behauptungen der Kolonialschuldlüge und der darauf aufgebauten diffamierenden Propaganda der Feindbundmächte gegen Deutschland, außerdem wird auch der Wahnsinn an den Pranger gestellt, mit dem die Alliierten in den Friedensbedingungen durch die Vernichtung der deutschen überseeischen Rechte und Besitzungen zugleich die wirtschaftlichen Wirkungsbereiche für Deutschland verschließen, zerstören wollen.

Von größter Bedeutung aber ist ein längerer Aufsatz in der bedeutenden norwegischen Wochenschrift „Ukens Revy" vom 23. Mai 1919. Dieser Auf-

satz reißt das ganze Problem, seine versuchte Lösung und seine Auswirkungen mit unerbittlicher Klarheit auf. Er lautet also:

„... Bekanntlich ging Wilsons Programm aus auf ‚eine freie, weitherzige, offene und vollkommen unparteiische Ordnung aller Kolonialfragen, unter genauer Beobachtung des Prinzips, daß bei der Entscheidung aller solcher Oberhoheitsfragen die Interessen der Völker, die dies angeht, bestimmend sein sollen und das gleiche Gewicht haben müssen wie die Forderungen der Regierung, deren Berechtigung entschieden werden soll.'

Diesem Punkt ist es ebenso ergangen wie den anderen 13 Wilsonschen Punkten: der Friedenstraktat bestimmt den direkten Gegensatz.

Erstens ist von einer ‚freien, offenen und unparteiischen Ordnung' keine Rede. Zweitens betrifft die Entscheidung nicht alle Kolonialfragen, sondern nur die deutschen. Drittens ist weder auf die Interessen der Eingeborenen Rücksicht genommen worden, noch auf die Forderungen der Regierung, deren Berechtigung es gilt. Die deutschen Kolonien sind ganz einfach geraubt, und die Beute ist zwischen den Räubern geteilt.

Im ‚Friedenstraktat', Abschnitt IV, heißt es, daß Deutschland auf alle Rechte außerhalb Europas zugunsten der fünf alliierten Großmächte verzichten muß.

Deutschlands ganzes Eigentum in den Kolonien fällt den Siegern zu, diese sollen auch bestimmen, unter welchen Bedingungen die Deutschen in den ehemaligen deutschen Kolonien wohnen und Geschäfte betreiben dürfen, und außerdem soll Deutschland den Schaden ersetzen, den die Franzosen durch den Krieg gegen die Deutschen in Kamerun erlitten haben. Deutschland wird also nach dem ‚Friedenstraktat' außerhalb Europas überhaupt nicht mehr existieren. Das ist die gerechte Basis, auf der Wilson die Kolonialfragen ordnen wollte! Der ‚Friedenstraktat' strotzt von Ungerechtigkeiten, aber diese ist eine der größten und am meisten in die Augen fallenden.

England, das überreich an Kolonien ist, will seine kolonialen Besitztümer auf Kosten Deutschlands erweitern. Frankreich, das sogar vor dem Kriege die Bevölkerung in seinem eigenen Lande nicht einmal auf der gleichen Höhe halten konnte, hat ein etwa viermal so großes Kolonialgebiet wie Deutschland mit etwa fünfmal soviel Einwohnern, aber dieses Frankreich, das bei weitem nicht die Kolonien, die es hatte, ausnützen konnte, soll nun einen wesentlichen Teil der deutschen überlassen erhalten. Deutschland litt vor dem Kriege an sehr starkem Kolonienmangel, es stand ungefähr in gleicher Klasse mit Holland, Portugal und Belgien. Folgende Übersicht über das Verhältnis wird vielleicht illustrieren, wie ungerecht bereits vor dem Kriege die Kolonien verteilt waren. Während:

10 Portugiesen über 3 qkm Kolonialland und 15 Eingeborene verfügen,
10 Belgier über $2^1/_2$ qkm Kolonialland und 19 Eingeborene verfügen,
10 Franzosen über $2^1/_2$ qkm Kolonialland und 16 Eingeborene verfügen,
10 Engländer über $7^1/_2$ qkm Kolonialland und 95 Eingeborene verfügen,

verfügten aber

10 Deutsche nur über 0,3 qkm Kolonialland und 2 Eingeborene.

Also: Die Portugiesen hatten zehnmal soviel Land und neunmal soviel Eingeborene. Die Franzosen hatten achtmal soviel Land und achtmal soviel Eingeborene. Die Engländer hatten aber 24mal soviel Land und 47mal soviel Eingeborene wie die Deutschen im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl ..."

Kann das Unrecht und die Unvernunft in den kolonialen Verteilungsverhältnissen eindeutiger aufgezeigt werden? O ja, man könnte mit zahllosen Statistiken und Vergleichen den Nachweis führen, bis zu welchem Grad von Irrsinn sich von der Habgier, der Mißgunst, dem Neid, dem Haß verblendete Völker und Politiker versteigen können. Aber folgen wir den Ausführungen der norwegischen Zeitschrift „Ukens Revy" weiter. Sie schreibt:

„Wenn man das hohe Niveau in Betracht zieht, auf das die deutsche Industrie sich entwickelt hat, sowie die Intensität, mit der sie gearbeitet hat, und den großen und ständig wachsenden Bedarf an Rohstoffen, den sie hatte – viel größer als der Bedarf irgendeines anderen Landes —, so wird man begreifen, wie unsinnig ungerecht diese Verteilung der Kolonien war.

Wenn Deutschland nun das wenige, was es hatte, noch fortgenommen wird, so ist es für jedermann klar, daß dies nur ein Glied der Bestrebungen ist, die sich durch den ganzen ‚Friedenstraktat' ziehen, wieder auf die Füße zu kommen, mit anderen Worten, den gefährlichen und betriebsamen Konkurrenten auf dem Gebiete des friedlichen Wettstreites für immer aus der Welt zu schaffen.

Es ist ganz angenehm, dies tun zu können, aber man muß jede Scham verloren haben, wenn man es auf diese Weise tut.

Und wird der Welt, der Kultur, der Entwicklung damit gedient sein, daß eine der stärksten Triebfedern entfernt wird? ..."

Wird mit dieser Frage nicht die Anschauung aller Einsichtigen erhärtet, daß es nur der politischen Verblendung, der Überschätzung der eigenen Kraft, offenbarem Größenwahn vorbehalten sein kann, den Versuch zu unternehmen, das Volk der Deutschen für alle Zeiten von der Arbeit an den größten Kulturaufgaben der Menschheit ausschließen zu wollen, ohne der gesamten

Menschheit und ihrer Fortentwicklung entscheidenden Schaden zuzufügen? Offenbarer Wahnsinn hat diesen Versuch mit der Lösung der Kolonialprobleme unternommen. Die Folgen sind erschreckend sichtbar geworden.

„...Deutschland kam spät hinzu, als es sich um die Kolonien handelte. Das meiste und das beste war vorweggenommen, besonders von England.

Das, was übrig blieb, war zum größten Teil Land zweiten Ranges, und den Deutschen fehlten die jahrhundertealten Erfahrungen der Engländer in der Ausnützung der Kolonien und in der Behandlung der Eingeborenen.

Was sie aber durch gewaltige ökonomische Opfer, durch Ausdauer und bewunderungswürdige Tüchtigkeit aus ihren Kolonien in so kurzer Zeit gemacht haben, steht in der Geschichte der Kolonien einzig da.

Daß die Deutschen nicht in der Lage waren zu kolonisieren, ist eine Fabel, die während des Weltkrieges entstanden ist. Gesammelte Äußerungen über die deutschen Kolonisationsarbeiten liegen von einer Reihe auf diesem Gebiete hervorragender Engländer vor, die voll von Bewunderung sind über das, was die Deutschen in ihren Kolonien ausgerichtet haben – aber diese Äußerungen stammen natürlich aus der Zeit vor dem Kriege..."

Wie ein Windstoß fahren diese ehrlichen, anerkennenden Feststellungen über den hohen Stand der deutschen Kolonien und über die Reinheit des deutschen Kolonialstrebens und Gewissens in das Kartenhaus der feindlichen Greuelpropaganda, der Kolonialschuldlüge und bringen es zum Einsturz. Alle tönenden Worte des Rattenfängers aus USA., des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des Herrn Woodrow Wilson, über die Schuld der Deutschen in den Kolonien, alle Phrasen über die Wiederherstellung der ewigen Menschenrechte durch die Ausschließung Deutschlands aus Afrika erscheinen nach solchen Bekenntnissen über die Reinheit des deutschen Kolonialschildes in ihrer grauenhaften inneren Verlogenheit als Heuchelei. Die Handlungen aber, der Kolonialraub insbesondere, die mit solchen Phrasen und Worten getarnt, gerechtfertigt werden sollten, sind erkennbar als ungeheuerlichstes Unrecht, dem Volk der Deutschen nach dem verachtungswürdigsten Wortbruch aller Zeiten angetan allein in dem Willen, das Volk der Deutschen zu Boden zu zwingen und für die Dauer am Boden zu halten.

„Ukens Revy" fährt in seiner Beweisführung fort:

„Es ist klar, daß die Deutschen viel von den Engländern gelernt haben und sich viele Erfahrungen der Engländer zunutze gemacht haben, aber andererseits wird eingeräumt, daß die Engländer viel von den Deutschen zu lernen haben, die auf vielen Gebieten neue Methoden gefunden haben, die sich den alten, zum Teil veralteten englischen überlegen erwiesen.

Im eigentlichen Sinne ist die deutsche Kolonisationsarbeit eine Kulturarbeit gewesen, der z. B. die belgische Herrschaft im Kongo in keiner Weise zur Seite gestellt werden kann.

Nur der krasseste Imperialismus kann sich eine solche Ordnung ausdenken, wie sie die Pariser Konferenz bezüglich der Kolonien vorgeschlagen hat.

Man versteht es zwar, daß die Franzosen darauf hinarbeiten, Deutschland auch auf diesem Gebiet ganz auszuziehen.

Es ist aber auch von Bedeutung, die Folgen eines so ausdauernden Hasses und pathologischen Verfolgungswahns zu verstehen, von dem die Franzosen jetzt durchdrungen sind. Man denkt daran, in welchem hohen Maße die Franzosen ihre koloniale Bevölkerung als Mittel für die Durchführung ihrer imperialistischen Ziele und dazu, Deutschland in einem europäischen Krieg zu zerbrechen, verwendet haben.

Von 900 000 schwarzen Soldaten, die in den französischen Kolonien in Afrika ausgebildet worden sind, wurden 600 000 zu dem Zwecke ausgebildet, in einem europäischen Kriege verwendet zu werden.

Nun haben sie ihre Pflicht getan, und Frankreich versäumt es auch nicht, ‚seine Pflicht' ihnen gegenüber zu tun, dadurch, daß es ein noch größeres Gebiet seinem früheren großen afrikanischen Kolonialgebiet einverleibt.

Daß aber England und Amerika in ihrer kurzsichtigen Verfolgung ebensoweit gehen wie Frankreich, ist schwieriger zu begreifen.

Aber auch das läßt sich ‚erklären', und dies gibt einen düsteren Einblick in die Art, wie die Mächte beschaffen sind, die nun Europas Zukunft bestimmen sollen!..."

So findet das Dokument des politischen Verfolgungswahnsinns, das Diktat von Versailles, so findet die Lösung des Kolonialproblems Ankläger und Richter in der Presse der neutralen nordischen Staaten. Dem aufsehenerregenden Aufsatz in der norwegischen „Ukens Revy" folgen eine ganze Reihe weiterer ähnlicher Aufsätze in der norwegischen Presse. Sie sind in der Ablehnung der Staatskunst der Ententediplomaten und Politiker selten einig. Diese Stimmen wiegen für die Diskussion der schwebenden Friedensprobleme um so schwerer, als gerade die englische Propaganda und der diplomatische Druck, ausgeübt von den Imperialisten an der Themse, die Bevormundung der öffentlichen Meinung und ihre terroristische Beeinflussung zu antideutscher Stellungnahme als unbedingt zu erreichendes Ziel aufgestellt hatten. Es ist weder dem politischen Terrorismus aus den Metropolen der Entente und seinen heimtückischen Auswirkungen, noch ist es der Propaganda des Hauses Northcliffe und sämtlicher Nachrichtenagenturen

des Britischen Weltreiches gelungen, die neutralen Staaten und ihre Presse zu einem Aufgeben der Grundsätze der Wahrheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit zu veranlassen. In dieser Erkenntnis müssen die folgenden norwegischen und schwedischen Willens- und Meinungsäußerungen in der Frage der kolonialen Beraubung Deutschlands als außerordentlich gravierend und für die deutsche Abwehrpolitik aller annexionistischen Thesen und Taten als ausgezeichnete Kampfmittel betrachtet werden.

In einem Leitartikel mit der Betitelung „Ja oder Nein" setzt sich der bekannte Norweger Karl Johannsen in „Dagbladet" mit dem „Friedenstraktat" von Versailles auseinander. Soweit die Kolonialfrage von ihm erörtert wird, trifft er folgende Feststellungen:

„...Auf dem kolonialen Gebiet ist die Konferenz indessen unbeugsam. Mit dieser erlauchten Assemblee über die größere oder geringere Berechtigung ihrer Motive zu diskutieren, würde ganz töricht sein. Natürlich wissen alle diese Herren sehr wohl, daß das Gerede von der Unmöglichkeit, 14 Millionen Schwarze der Herrschaft der Deutschen zu überlassen, ein verdammter Unsinn ist. Sie kennen allzu gut ihre eigene Kolonialverwaltung. Herr Gott, sie wissen dann wohl auch, daß es auch in ihren Kolonien den einen oder anderen Stützpunkt gegeben hat, der den fremden Handel allerdings schädigen konnte. Weshalb denn den Deutschen diese Tatsache vorwerfen? Weshalb oder weshalb nicht — jedenfalls ist es mit den deutschen Kolonien vorbei! Vorläufig!..."

Wie unantastbar geht aus solchen Feststellungen hervor, daß die Behauptungen der Kolonialschuldlüge ein „verdammter Unsinn" sind, daß also alle Diffamierungen des deutschen Kolonialwillens, ausgesprochen von den Staatsmännern der Alliierten, von der Presse der Feindbundwelt, zum Gesetz erhoben von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als Drachensaat der Lüge und Verleumdung an den Pranger gehören. Feiger und heimtückischer ist somit niemals in der Welt und ihrer Geschichte ein großes ehrliebendes Volk besudelt worden, als durch die Verbreitung der Kolonialschuldlüge und die durch die alliierten Regierungen in die Welt ausgesandte koloniale Unwürdigkeitserklärung des deutschen Volkes. Da die Ignoranten des feindlichen Raubsystems, da die Staatsmänner der Alliierten, da insbesondere der Präsident der Vereinigten Staaten selbst bei der Aufstellung der Kolonialschuldlüge und bei der Durchführung der aus ihr hergeleiteten Rechte zur hinterhältigen kolonialen Beraubung sogar die allgemein anerkannten Großtaten der deutschen Wissenschaft in den Kolonien leugnen, muß ihnen die Stimme eines bekannten norwegischen Akademikers entgegengehalten werden. Dr. Gulowsen schreibt in der Zeitung „Morgenbladet" über das koloniale Problem und seine Lösung durch die größen- und verfolgungswahnsinnigen Friedensmacher von Versailles unter anderem folgendes:

„...Den Glaubenssatz, den die englische Propaganda den Norwegern aufgedrängt habe, daß die Deutschen ihre Kolonien nicht verwalten könnten und die Eingeborenen schlecht behandelten, werde die Geschichte mit Sicherheit berichtigen. Tatsächlich hätten die Deutschen in ihren Kolonien, besonders in Ostafrika, jahrelang wirtschaftlich, kulturell und vor allem hygienisch eine ausgedehnte, fruchtbringende Arbeit geleistet. Wenn die Deutschen jetzt ihre Kolonien nicht wiederbekämen, so geschehe dies nicht, weil sie nicht verstanden hätten, sie zu verwalten, was Unsinn sei, sondern weil sie es besser als irgendein anderer Kolonialstaat verstanden hätten, durch wissenschaftlich überlegte, harte Arbeit aus verhältnismäßig armseligen Landgebieten brauchbare, ja wohlhabende Kolonien zu schaffen."

So hat neben der norwegischen öffentlichen Meinung auch die schwedische der Beeinflussung durch das heuchlerische Propagandawesen Englands die Gefolgschaft versagt. Es ist für die Väter der Kolonialschuldlüge, für Balfour, Lord Robert Cecil, Long, den englischen Kolonialminister, für Lloyd George, es ist für die englischen und französischen Imperialisten, es ist für die politischen Moraltanten an der Themse, Seine und zu Washington keine besonders leicht eingehende Musik, die das skandinavische Presseorchester in allen Variationen über das Thema: Kolonialraub und Kolonialschuldlüge spielt. So läßt sich die bedeutende schwedische Zeitung „Södermanlandsläns Tidning" bereits am 4. April 1919 wie folgt hören:

„...Vor einiger Zeit hat die englische Regierung ein Blaubuch herausgegeben, dessen Inhalt nur bezweckte, darauf hinzuweisen, wie untauglich die Deutschen zur Handhabung von Kolonien seien. Vor 30 Jahren, als die Deutschen ein paar mißglückte Kolonisationsversuche machten, galt es zwar als ein Axiom, aber jedermann, der erfahren hat, wie das Deutsche Kolonialamt in Berlin seine Aufgaben in den verschiedenen Teilen der Welt, wo während dieser Zeit deutsche Kolonien angelegt wurden, nachkam, weiß, daß die Deutschen sich seither als ausgezeichnete Kolonisatoren bewiesen haben.

Aber die Engländer selbst? Während der letzten Jahrzehnte war es immer mehr an den Tag gekommen, daß die als Meister der Kolonisation angesehenen Engländer diesen Ruf durchaus nicht verdienten. Nur durch Verhindern, daß die Wahrheit über ihre Kolonien an den Tag kam, ist es ihnen geglückt, bis auf weiteres ihr Prestige zu bewahren. Man weiß jedoch, daß

in der Mehrzahl ihrer Kolonien eine immer stärker werdende Unzufriedenheit mit der englischen Herrschaft um sich greift und daß viele dieser farbigen Nationen nur das Ende des Krieges abwarteten, um Aufruhr zu machen und sich von England loszureißen.

In Ägypten und im Sudan scheint das Blut bald in Strömen zu fließen. Die Engländer sind sich des bodenlosen Hasses, den die Sudanneger gegen sie hegen, so gut bewußt, daß sie jede Zufuhr von Waffen nach dem Sudan verhinderten. Von Anfang des Krieges an hielten sie dort eine Bewachungsarmee von 300 000 Mann. Noch strenger waren sie in Indien vorgegangen, wo sie alle Waffen im Besitz der Eingeborenen konfiszierten und ein Schutzheer von 400 000 Mann errichteten.

Eine Vereinigung englischer Humanisten hat während Jahren Fakta über ‚die belgischen Grausamkeiten im Kongo' gesammelt, und man hat dann und wann in den englischen Zeitungen die Behauptung lesen können, daß dieses ganze fürchterliche Material in Kürze der Menschheit vorgelegt werden solle, damit Belgien dadurch vor allen Nationen an den Schandpfahl gestellt werden würde. Aber diese englische Enthüllungen über den belgischen Kongo kamen niemals ans Tageslicht. Und warum? Weil die Belgier drohten, noch weit schrecklichere Sachen von den englischen Kolonien zu veröffentlichen!

Die Neger in Afrika haben die Engländer immer bemeistern können. Aber mit welchen Mitteln? Indem sie ihnen soviel Spirituosen gaben, als sie haben wollten. Sie haben den armen Negern in Westafrika konzentrierten Alkohol geschickt, der oft nicht einmal vom Fuselöl befreit war. In der Kolonie Lagos zum Beispiel machen 67,5% der Staatseinkünfte Einfuhrzölle und Verkaufslizenzen für Spirituosen aus. Die Sterblichkeit stieg dort von 44 Todesfällen auf 1000 Einwohner im Jahre 1893 auf 66,3% im Jahre 1899.

Und Indien? Wie haben die Engländer dieses gute, edle Volk behandelt, das Englands Wirtschaft durch seine unermeßlichen Reichtümer noch lange hätte retten können? Sie haben ihm so drückende Steuern auferlegt, daß dort eine ständig wachsende Hungersnot herrscht, die von 1891 bis 1900 das Leben von 19 Millionen Menschen vernichtete, nicht wegen Lebensmittelmangels, sondern weil das Land wirtschaftlich ausgesaugt war. Während der schweren Hungerperiode 1912/13 wurden aus Indien Lebensmittel im Werte von 52 Millionen Pfund ausgeführt.

Wenn die Engländer bedenken, was sie in bezug auf ihre Kolonien auf dem Gewissen haben, werden sie sich in acht nehmen, Anklagen dieser Art gegen andere Nationen vorzubringen ..."

So wird der Kolonialschuldlüge jede Grundlage und alle Berechtigung entzogen und darüber hinaus die Kolonialgeschichte und kolonialen Methoden der Feindbundstaaten einer eindeutigen, ja vernichtenden Kritik unterzogen. Am 10. April 1919 folgten eine große Anzahl schwedischer Zeitungen, an der Spitze die „Karlskrona Tidningen" mit einem Aufsatz, der in seinen Gedankengängen und Argumenten dem deutschen Kampf um die Rückgabe der deutschen Kolonien neuen Auftrieb und neue Waffen lieferte. Durch die Tatsache, daß dieser Artikel durch eine ganze Reihe schwedischer Zeitungen zu gleicher Zeit veröffentlich wurde, ist klar ersichtlich, daß es auch in der gesamten schwedischen Öffentlichkeit in Entrüstung und Empörung gegen und über die Alliierten und ihre Raubabsichten zu einhelligen Willensäußerungen gekommen ist, nicht aber, und auch das kann mit besonderem Nachdruck festgestellt werden, im Verfolg systematisch betriebener deutscher Propaganda, sondern einzig und allein aus der Erkenntnis von einem bisher in der Geschichte der Menschheit noch nicht dagewesenem Unrecht. Der Aufsatz lautet also:

„... Über die Frage, was man mit den früheren deutschen Kolonien tun soll, scheint man bei der Friedenskonferenz schwer eine Einigkeit erzielen zu können. Man scheint sich nur klar zu sein, daß sie an Deutschland nicht zurückgegeben werden dürfen. Ein rechtlicher Grund für ihre Lostrennung ist nicht vorgebracht worden, höchstens kann man sich auf die Macht berufen, die der augenblicklich Stärkere besitzt.

Die Staatsmänner der Entente, vor allem die englischen, dürften allen Grund haben, nicht so laut von Deutschlands Verwahrlosung seiner Kolonien zu sprechen oder davon, daß die Eingeborenen vom deutschen Joch befreit werden wollen, da ja sowohl englische als auch andere Kolonialpolitiker auch während des Krieges so oft das Gegenteil konstatierten.

So schreibt der Amerikaner Herbert Adam Gibbons in ‚The New Map of Afrika': ‚Die Fähigkeit der deutschen Offiziere, in Kamerun und Ostafrika die Treue der eingeborenen Soldaten und die Mitwirkung der Eingeborenen zu gewinnen, war sowohl für Frankreich als auch England eine große Überraschung, und dieses Faktum widerlegt die Behauptung, daß die Eingeborenen in den Teilen Afrikas, die von Deutschen verwaltet werden, ein Verlangen danach hätten, die Engländer und Franzosen als Befreier begrüßen zu können.'

In der ‚Times' vom 12. Dezember 1918 wird auch offen zugegeben, daß es ein Irrtum sei, anzunehmen, die Eingeborenen hätten seit Kriegsausbruch ein stärkeres Verlangen nach Befreiung. Ein Element könnte sich

direkt als eine Gefahr für England erweisen, nämlich die eingeborenen Soldaten, deren unbedingte Treue beachtenswert ist. Daß die Deutschen eine besondere Fähigkeit besitzen, die Liebe und Ergebenheit der Eingeborenen zu erwerben, dafür gibt es Belege so alten Datums wie aus der Zeit der Kolonisationsversuche des Großen Kurfürsten, der eine brandenburgische Kolonie an der Goldküste anlegte. Der Versuch mißglückte jedoch, und man sah sich gezwungen, die Kolonie an die Holländer abzutreten; aber die Eingeborenen wollten sich nicht dareinfinden, sondern verteidigten Neubrandenburg noch jahrelang, nachdem die Kolonie abgetreten war.

Oder wie sollte es dem Oberbefehlshaber in Deutsch-Ostafrika, General v. Lettow-Vorbeck, der, wie bekannt, kürzlich seinen Einzug in Berlin hielt, möglich gewesen sein, bis zum Ende des Krieges sich in dieser Kolonie zu halten unter ständigen Kämpfen gegen die übermächtigen englischen, belgischen und portugiesischen Truppen, wenn er nicht auf die aufopfernde Treue der schwarzen Truppen hätte rechnen können?

Auch ausgesprochene Feinde Deutschlands haben Beweise erbracht für die Fähigkeit der Deutschen, ihre Kolonien zu verwalten. So schreiben die beiden englischen Afrikareisenden R. S. und M. E. Meikle in ihrer Reisebeschreibung ‚After Big Game' folgendes: ‚Das Eingeborenenviertel in Daressalam liegt gleich hinter der Stadt und bildet ein überzeugendes Beispiel für die Gründlichkeit des deutschen Systems und den Ernst, womit die Deutschen ihre Kolonisationsarbeit betreiben. Die Straßen sind hübsch und tadellos rein. Bei jedem Hause befindet sich eine Abfalltonne aus galvanisiertem Eisen mit Deckel. Und das mitten in Afrika! Wir glaubten etwas Derartiges eher in einer englischen Stadt anzutreffen, in der die Gesundheitspolizei eine ungewöhnliche Gründlichkeit entwickelt hat.'

Der englische Vizekonsul Douglas Young schreibt in seinem Rapport für 1907/1908: ‚Die Regierung in Deutsch-Ostafrika hat sich der Sache der Eingeborenen angenommen und schafft sowohl den Ackerbauern allen möglichen Beistand und hilft ihnen bei der Anschaffung von Arbeitskräften, als sie auch entschlossen ist, keine Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art zuzulassen.

Der Engländer Richard Jebb schreibt schließlich in ‚United Europa' 1912: ‚Da das Britische Reich den inneren Wert der deutschen Zivilisation kennt, dürfte es keinen Grund haben, dem deutschen Ausdehnungsdrang auf der anderen Seite des Meeres Hindernisse in den Weg zu legen, sei es nun in bezug auf den Handel oder die Kolonisationsgebiete.'

Die leitenden Männer am Konferenztisch zu Paris scheinen jedoch nicht

den ideellen Wert zu erkennen, der in den deutschen Kolonien, und zwar für sie selbst, liegt..."

In all diesen Stimmen wird immer wieder das koloniale Unrecht unter Beweis gestellt. So werden die Völker der neutralen Staaten in völlig unparteiischer Weise über den wahren Charakter der Politik der Feindbundmächte aufgeklärt. So fließen aber auch der deutschen Widerstandsbewegung gegen die Raubabsichten der zu Paris versammelten Imperialisten neue Kräfte und Kampfmittel zu. In den Tagen der Verkündung der Friedensbedingungen melden sich zwei der größten schwedischen Zeitungen mit ausführlichen Veröffentlichungen über die Friedensbedingungen und besonders über die Lösung der kolonialen Fragen. Die „Svenska Morgenbladet" und „Stockholms Tidningen". „Svenska Morgenbladet" stellt fest, daß die Lösung der kolonialen Fragen im offenen Widerspruch zu den im Wilsonschen Programm den vertrauenden Deutschen gegebenen feierlichen Zusicherungen steht, ja, daß diese Lösung einen offenen Bruch des verpfändeten Wortes des amerikanischen Präsidenten darstellt und wohl als die häßlichste Seite des Friedensvertrages zu gelten hat. Für die schwedische Zeitung ist jeder Versuch, diese „Friedensmaßnahme" im Namen des Rechtes zu verteidigen, eine Unmöglichkeit. Über die offenbare Ungerechtigkeit hinaus aber bedeutet, so argumentiert die schwedische Zeitung, die koloniale Enteignung des Deutschen Reiches und Volkes einen wohlberechneten, fürchterlichen Schlag gegen das Wirtschaftsleben und zugleich gegen die Ehre der deutschen Nation, der in seinen Auswirkungen überhaupt noch nicht abzusehen sein dürfte. Die „Stockholms Tidningen" argumentieren in ähnlicher Weise und schreiben:

„...Einer der härtesten Schläge, die jetzt Deutschland treffen, ist der Verlust seiner sämtlichen Kolonien in Afrika und im Stillen Ozean. Es gibt sicher dunkle Blätter in Deutschlands Kolonialverwaltung, aber es gibt solche auch bei anderen Ländern, und es ist auf jeden Fall eine merkwürdige Tatsache, daß aus der Zeit vor dem Kriege eine ganze Reihe besonders anerkennender, ja manchmal stark lobender Urteile gerade englischer Autoritäten über die deutsche Kolonialverwaltung im Vergleich zu anderen Kolonialmächten vorliegen. Es kann daher nicht als unbestreitbar angesehen werden, daß Deutschland seiner Kolonien beraubt werden muß, da es sich unwürdig gezeigt habe, solche zu besitzen. Die neue Ordnung, die mit dem Völkerbund anbrechen soll, rechtfertigt in keiner Weise, daß man Deutschland ohne weiteres seine Kolonien nimmt. Man befindet sich nun in der Lage, daß man alle erdenklichen Garantieforderungen gegen künftigen deutschen

Mißbrauch der Kolonialmacht aufstellen kann, und man ist daher keineswegs gezwungen, ganz einfach in Wirklichkeit diese Kolonien für sich selbst zu beschlagnahmen, das heißt zugleich, man ist nicht im Rechte, das zu tun..."

In der spanischen Presse kam besonders durch die Veröffentlichung des Bittgesuches der Kamerunhäuptlinge, die der deutschen Regierung treu geblieben waren und das Exil auf spanischem Kolonialboden der Unterwerfung unter die Eroberer vorgezogen hatten, die Diskussion über die kolonialen Fragen, den Kolonialkrieg, die koloniale Beraubung Deutschlands durch die Entente in Gang. Diese Diskussion steigerte sich im Verlaufe der Zeit bis zur Verkündung der Friedensbedingungen zu großer Leidenschaftlichkeit. Sie trat mit aller Deutlichkeit für die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte und Besitzverhältnisse ein. Die deutsche „Weserzeitung" berichtet am 15. April 1919 über die Haltung der spanischen Öffentlichkeit in ausführlichem Bericht.

„... Wie uns aus Spanien geschrieben wird, tritt die spanische Presse mit Entschiedenheit den Behauptungen der Ententepresse entgegen und führt englische und französische Gewährsmänner als Zeugen dafür an, daß die deutsche Art zu kolonisieren gut, wenn nicht mustergültig sei; sie hebt hervor, daß Deutschland unleugbar auf dem Gebiet der Hygiene, Seuchenbekämpfung und allgemeinen Wohlfahrtspflege alle kolonialen Völker übertreffe, daß es in den Schutzgebieten im Gegensatz zur Entente nur so viel farbige Soldaten gehalten habe, als zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit nötig sei, daß in den letzten zehn Jahren in keiner deutschen Kolonie ein Aufstand geherrscht habe. Gerade die Anhänglichkeit der Kameruner Eingeborenen wird in der spanischen Presse wiederholt gerühmt, ihre Arbeiten und ihr einwandfreies Verhalten auf Fernando Po anerkennend besprochen und darauf hingewiesen, wie erfolglos französische Wühlarbeit gewesen ist. Ferner wird gegenüber der feindlichen Feststellung, wir seien bei den Eingeborenen verhaßt, das Ergebnis der Togoabstimmung angeführt, die einmütig zu unseren Gunsten ausfiel. Nach Ansicht der spanischen Presse würde die Abstimmung in anderen Kolonien gleichfalls zu Deutschlands Gunsten ausfallen. Den Engländern wird das treue und tapfere Aushalten der Ostafrikaner vorgehalten. Durch Vergleich mit Berichten aus der Kapkolonie wird die Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas unter unserer Herrschaft richtig beleuchtet und klargelegt, daß nur der englische Neid die Blicke auf Deutsch-Südwestafrika gelenkt hat. Gebührend werden die feindlichen Heuchelartikel abgefertigt, ihre Lückenhaftigkeit dargetan und auf englische,

belgische und französische Kolonialgrausamkeiten hingewiesen. Ein Artikel des ‚Digrafico' in Barcelona ist besonders bemerkenswert; er führt Franzosen als Gewährsmänner dafür an, daß gerade von Frankreich in Afrika Millionen von Menschenleben hingeschlachtet worden sind und daß die von der Entente beabsichtigte Neuverteilung des Kolonialbesitzes weitere Massenmorde im Gefolge haben müßte. Der unparteiische ‚El Debate' ist darüber empört, daß die Entente die Kolonien mit einem Federstrich wegzunehmen und mit künstlichen Redensarten von Menschlichkeit und Zivilisation das Schicksal Afrikas festzulegen beabsichtige, daß auf diese Weise der ganze Erdteil mit 140 000 000 Bewohnern unter Herrschaft der Völker käme, die sich Verteidiger eines entschädigungs- und annexionslosen Friedens nannten. Mahnend knüpft er daran Wilsons jüngste Äußerung in Boston, daß Amerika an keiner Sache, welche die Welt enttäuschen würde, teilnehmen werde..."

Die spanische Presse setzte auch im Mai 1919, unmittelbar auf das Kolonialproblem eingehend und die Friedensbedingungen in ernsten, ja bitteren Worten kritisierend, seine Aufklärung fort und stellte immer wieder die Unwahrhaftigkeit der Feindbundpropaganda und die Ungerechtigkeit der Politik der Feindbundmächte an den Pranger. Die Kriegsschuldlüge wurde auch, genau wie die Kolonialschuldlüge, von der spanischen Presse abgelehnt und in ihren erpresserischen Formen als politischer Wahnsinn bezeichnet. Den englischen und französischen Kolonisationsmethoden werden vergleichend die deutschen gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung aber ergibt immer wieder nur als unbezweifelbar die Ehrlichkeit der deutschen Kolonisationsbestrebung und die Reinheit des deutschen Kolonialwillens. Die Ergebnisse der deutschen Kolonisation in Afrika besonders werden als Kulturwerk von größter Bedeutung gepriesen. Zugleich stellt die spanische Presse die Frage auf, ob das nachhaltige Wirken mit Maschinengewehren und brutalsten Unterdrückungsmethoden durch die Feindbundmächte in Marokko, Dahome, Südafrika, am Kongo und in Ägypten die Kulturbestrebungen besonders Englands und Frankreichs beweisen sollten. Es ist besonders die Madrider Zeitung „La Tribuna", die den Aufklärungsfeldzug mit aller Energie führt. In einer ganzen Reihe von Artikeln setzt sie sich mit den Bestrebungen der Feindbundmächte in der Frage der deutschen Kolonien auseinander. Ihre Argumentation ist unwiderlegbar und erregt weit über Spaniens Grenzen hinaus eine deutlich spürbare Erregung der Weltöffentlichkeit. Sie unterzieht alle Probleme der Kolonialpolitik und das Wirken der Kolonialmächte einer eingehenden Betrachtung. Es ist für das deutsche Kolonialstreben fast

schmeichelhaft, die Ergebnisse dieser Betrachtung zu überblicken. Das deutsche Recht auf den überseeischen Besitz des Deutschen Reiches wird unbezweifelbar dokumentiert und das ebenso unbezweifelbare, jedes Maß überschreitende Unrecht der kolonialen Beraubung ebenso eindeutig und mit härtesten Worten gebrandmarkt. Die spanische Presse singt den Friedensmachern zu Versailles, singt den Annexionisten Englands und Frankreichs wirklich keine Lobeshymnen; sie gibt aber der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Kolonialraub starken Auftrieb und unterstützt diese Widerstandsbewegung unmittelbar durch die Erregung der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in der Frage der kolonialen Probleme.

Daß das Kolonialproblem auch über des Deutschen Reiches engere Grenzen hinaus zu einem großdeutschen Problem, zu einem Problem der gesamtdeutschen Ehre geworden ist, beweist besonders gravierend ein Artikel des österreichischen Wirtschaftsführers Dr. Wilhelm Regendanz, der in der Zeitung „Neue Freie Presse" im Sommer 1919 in Wien erschien. Dieser Artikel trägt die Überschrift: „Deutschlands politischer und sittlicher Anspruch auf Kolonien." Er ist so bezeichnend und in seinen Folgerungen so unabweisbar, daß ihm an dieser Stelle zur Ergänzung der angeführten Stimmen der öffentlichen Meinung in neutralen und feindlichen Staaten weitgehend Raum zu gewähren ist. Dr. Regendanz führt aus:

„... Lloyd George hat in seiner Unterhausrede über den Frieden die Wegnahme der deutschen Kolonien damit zu rechtfertigen versucht, daß Deutschland in verschiedenen Teilen Eingeborene grausam behandelt habe, daß es ferner Südwestafrika dazu benutzt habe, um von dort aus zu Aufständen aufzustacheln und Unruhen in anderen Gebieten hervorzurufen, und daß es endlich seine Kolonien als Basis benutzt habe, um den Handel der übrigen Länder zu bedrohen, fernzuhalten und auszuschalten.

Lloyd George hat dann in seiner Rede ‚jeden aufgefordert, diejenige Stelle des Friedensvertrages aufzuzeigen, wo nach seiner Ansicht nicht die Bestimmungen mit den höchsten Forderungen von Recht und Ehrlichkeit in Einklang stehen.'

Dieser Aufforderung leiste ich Folge, und ich beginne damit, daß ich gestehe: Ich weiß nicht, ob Lloyd George selbst geglaubt hat, was er sagte. Ich weiß aber jedenfalls, daß bis zum Kriegsausbruch der jetzige englische Kolonialminister Lord Milner nicht geglaubt hat, was Lloyd George heute gesagt hat. Auch Lloyd George wird nicht behaupten, daß die von ihm vorgebrachten Klagen gegen die deutsche Kolonialverwaltung aus den Jahren 1914 bis 1919 stammen; vorher war sein jetziger Kolonialberater Lord

Milner und das Foreign Office in London aber offenbar der Ansicht, daß Deutschland sehr wohl geeignet sei, Kolonien zu verwalten und zu entwickeln. Daß einzelne Mißgriffe in jeder kolonialen Betätigung, auch recht oft in der englischen, vorgekommen sind und vorkommen werden, bestreitet niemand. Aber mit der gleichen Begründung, mit der Lloyd George heute die Wegnahme der deutschen Kolonien als eine moralische Tat hinzustellen versucht, mit derselben Begründung könnte er morgen die mustergültig verwalteten holländischen Kolonien wegnehmen, weil, wie Multatuli in ‚Max Havelaar' dargelegt hat, die holländische Kolonialverwaltung in der Behandlung der Eingeborenen sich auch Fehler hat zuschulden kommen lassen.

Es sei gestattet, an Lloyd George und an Lord Milner hier einige Gegenfragen zu richten und sie zu fragen, wie sie Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit ihrer jetzigen Erklärung mit ihrem eigenen Verhalten und dem der englischen Regierung bis zum Sommer des Jahres 1914 in Einklang bringen wollen. Wenn hierbei einige für England peinliche Fragen gestellt und Tatsachen offenbart werden müssen, die bisher nur wenigen bekannt waren, so mögen sowohl Lord Milner als Lloyd George überzeugt sein, daß dies nach fünfjährigem Schweigen nur deshalb geschieht, weil ich erkannt habe, daß nicht nur für Friedenszwecke die englischen Staatsmänner ihre Verleumdungen gegen Deutschland als nach Bernhard Shaw erlaubtes Mittel der Kriegführung betrachten, sondern ihr System der politischen Unehrlichkeit auch für die kommenden Zeiten fortsetzen wollen. In dieser politischen Unwahrhaftigkeit sehe ich aber die Verhinderung jedes wirklichen Völkerbundes, jeder wirklichen Gesundung der Weltpolitik.

Die Fragen lauten:

Angeblich sind in verschiedenen Teilen der deutschen Kolonien die Eingeborenen grausam behandelt worden. Ist es Lloyd George, Lord Milner und der englischen Regierung unbekannt geblieben, daß seit 30 Jahren die Kolonie, die sich südlich an Deutsch-Ostafrika anschließt, nämlich der nördliche Teil von Portugiesisch-Ostafrika, Nyassaland, der de facto absoluten Gewalt einer dem Namen nach portugiesischen, de facto aber englischen Gesellschaft untersteht, nämlich der ‚Companhia do Nyassa' zu Lissabon, die aber durch die englische ‚Nyassa Consolidated' in London beherrscht wurde und wird? Ist es den englischen Staatsmännern und der englischen Regierung trotz der Berichte von englischer Seite unbekannt geblieben, daß in diesen 30 Jahren nichts für die Entwicklung des Gebietes getan ist, und daß sich die kolonisatorische Tätigkeit Englands auf Steuereintreibungen, die mit den größten Grausamkeiten gegen die Eingeborenen verbunden waren, und

auf Arbeiteranwerbungen für Englisch-Südafrika, die man in der Art, wie sie betrieben wurden, nur als Sklavenhandel bezeichnen kann, beschränkt hat? Ist es der englischen Regierung unbekannt, daß das Wenige, was für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geschah, auch nach englischen Konsularberichten nur von deutscher Seite geschehen ist? Ist es endlich der englischen Regierung unbekannt, daß nach dem englisch-deutschen Kolonialabkommen von 1914 dieses Gebiet künftig in die Interessensphäre Deutschlands fallen sollte? Und daß England sich verpflichten wollte, die deutsche Kolonisation Portugiesisch-Nyassalandes zu unterstützen? Ist es endlich nicht richtig, daß im Mai 1914 mit Wissen des Foreign Office Deutschland die absolute Majorität der Shares der ‚Nyassa Consolidatet' erworben hat? Im Mai 1914 wurde Deutschland offenbar in England für eine Macht angesehen, die als Kolonisator für England bündnisfähig war!

Die zweite Frage betrifft Südwestafrika!

Angeblich hat Deutschland seine Kolonien auch dazu benutzt, um Unruhen in anderen Gebieten hervorzurufen — jedenfalls behauptet Lloyd George dies! Unter anderen Gebieten ist offenbar das an Deutsch-Südwestafrika nördlich angrenzende Portugiesisch-Angola verstanden, das ebenso wie Nyassaland von Portugal kolonisatorisch nicht im geringsten entwickelt worden ist. Allerdings entstanden vielfach Unruhen im Norden von Deutsch-Südwestafrika wie im Süden von Angola. Aber gewiß nicht auf Veranlassung der deutschen Regierung, vielmehr handelte es sich, wie jeder englische Kolonialpolitiker weiß, um Unruhen in Gebieten, bis zu denen eine deutsche Verwaltung noch nicht vorgedrungen war. Wie rechtfertigen Lloyd George, Lord Milner und die ganze englische Regierung es aber, daß in dem deutsch-englischen Kolonialabkommen von 1914 vorgesehen war, daß der größte Teil von Angola künftig deutsches Interessengebiet sein sollte und daß bei Unruhen in Angola die deutsche Regierung, unterstützt von der englischen Politik, das Recht zum Einschreiten haben sollte? Im Jahre 1914 glaubte also auch die englische Regierung, daß Unruhen in Angola am besten durch die deutsche Regierung beseitigt würden, im Jahre 1919 sind diese Unruhen in Angola die Begründung dafür, Deutschland seine Kolonie Südwestafrika zu nehmen. Lebte Lloyd Georges heutiger Kolonialminister nicht schon 1914? Ja, er lebte!

Er lebte und hatte damals nicht die Ansicht, die Lloyd George als dritten Grund für die Wegnahme der deutschen Kolonien angibt, nämlich, daß sie als Basis zur Bedrohung, Fernhaltung und Ausschaltung des Handels anderer Länder dienten. Jeder, der mit den statistischen Ziffern des Handels

der deutschen und anderer Kolonien auch nur oberflächlich vertraut ist, weiß, wie unrichtig schon nach diesen statistischen Ziffern sich die Behauptung Lloyd Georges darstellt. Wer aber Lord Milner kennt oder genauer die Verhandlungen, die mit ihm im Sommer des Jahres 1914 noch geführt wurden, weiß auch, wie unwahr diese Behauptung ist. Im Juni 1914 wurde deutscherseits mit Lord Milner, der damals Aufsichtsrat einer großen englischen Bank war, lange und eingehend über die Errichtung einer deutsch-englischen Bank in Marokko verhandelt. Diese Verhandlungen waren im Juni 1914 bis zu gedruckten Vertragsentwürfen gediehen.

Die Notwendigkeit und die Grundlage für dieses deutsch-englische Zusammengehen in Marokko ist bei den Verhandlungen mit Lord Milner eingehend mündlich und schriftlich erörtert worden und war die folgende:

Frankreich besitzt ein im Verhältnis zu seiner kolonisatorischen Leistungsfähigkeit viel zu großes Kolonialgebiet. Es hält in seinen Kolonien durch Vorzugszölle und Zollschikanen jeden fremden Handel bis heute fern. Es versuchte, auch Marokko entgegen den Abmachungen mit England und Deutschland über die ‚offene Tür' zu seinem ausschließlichen Wirtschaftsgebiet zu machen. Es hat versucht, nach Begründung des französischen Protektorats in Marokko den bis dahin gänzlich fehlenden französischen Export- und Importhandel dadurch einzuführen und konkurrenzfähig zu machen, daß es gegen die Abmachungen zwar keine Schutzzölle einführte, aber durch administrative Zollschikanen die englischen und deutschen Handelshäuser, die so gut wie ausschließlich den marokkanischen Handel beherrschten, lahmlegte, daß ferner die französische Regierung durch die in Marokko ansässigen französischen Banken die künstliche Einführung französischen Handels zu begünstigen versuchte. Zum Schutz des deutsch-englischen Handels wollte Lord Milner auf deutsche Anregung hin als Gegengewicht eine deutsch-englische Bank gemeinsam mit den Deutschen schaffen. Einzelheiten hierüber wird Lloyd George von Lord Milner selbst erfahren können, der im Juli 1914, nachdem die Verträge in endgültiger Fassung gedruckt vorlagen, plötzlich erklärte, daß seine Verwaltungskollegen (richtiger wohl das Foreign Office, das den Krieg voraussah) nicht zugestimmt hätten.

Lloyd George und sein Kolonialminister Lord Milner aber erklären heute, daß der Grund der Wegnahme der deutschen Kolonien, die keine französischen Schutzzölle und Verwaltungsschikanen kannten, zugunsten Englands und Frankreichs der sei, daß die deutschen Kolonien dazu gedient hätten, den Handel der übrigen Länder zu bedrohen, fernzuhalten und auszuschalten.

Gehört Unwahrhaftigkeit zum politischen Handwerk, oder sollten nicht

eines Tages englische Politiker auch erkennen müssen, daß Unwahrhaftigkeit für das Verhältnis der Völker zueinander in der Politik ebensowenig die Basis bilden kann und ebensowenig Berechtigung hat wie für Beziehungen zwischen einzelnen Personen im Menschlichen?

Lloyd George hat öffentlich aufgefordert, Stellen des Friedensvertrages aufzuzeigen, die nicht mit den höchsten Forderungen von Recht und Ehrlichkeit in Einklang stehen. Dieser Aufforderung ist hier öffentlich Folge geleistet. Lloyd George wird aufgefordert, die Richtigkeit der hier angegebenen Tatsachen zu bestreiten – und, wenn er sie nicht bestreiten kann, zuzugeben, daß zunächst in der Kolonialfrage die Bestimmungen des Friedensvertrages mit den geringsten Forderungen von Recht und Ehrlichkeit im vollkommenen Widerspruch stehen..."

So enthüllt dieser Aufsatz, geschrieben aus tiefstem Wissen um tatsächliche Geschehnisse und kolonialpolitische wie weltpolitische Vorgänge, die ganze Verschlagenheit und Unwahrhaftigkeit der englischen Kolonialpolitik, enthüllt die Absicht englischer Staatsmänner durch Phrasen und unehrliche Behauptungen, aufgestellt von ihnen gegen besseres Wissen, die Tatsache des wider jedes Recht und entgegen aller Vernunft angestrebten und in Wirklichkeit auch bereits durchgeführten schändlichen Kolonialraubes, zu bemänteln, zu übertünchen und als eine im Namen des Rechtes und der Verteidigung der Rechte der anderen Völker vollbrachte Tat erscheinen zu lassen. Die pathetisch in die Welt posaunte Aufforderung des englischen Premierministers, eine Stelle des Friedensvertrages aufzuzeigen, die nicht mit den Grundsätzen des Rechtes und der Ehrlichkeit im Einklang stünde, kann eigentlich von den Völkern, besonders aber von dem Volk der betrogenen Deutschen nur mit einem einzigen schallenden Hohngelächter beantwortet werden. Nicht nur einzelne Stellen, nicht nur die Bestimmungen des Friedensvertrages über das Schicksal der deutschen Überseebesitzungen, nein, der ganze Friedensvertrag steht, von einem fanatischen Vernichtungswillen diktiert, in seinem Gesamtumfang mit allen Gefühlen und Grundsätzen ewiger Menschenrechte, der einfachsten Völkerrechte, der menschlichen Vernunft und jeder höheren Einsicht im Widerspruch. Der Friedensvertrag bedeutet aber darüber hinaus den eklatantesten Wortbruch und Verrat feierlich gegebener Versprechungen und Zusicherungen. Es kann für die Beurteilung der charakterlichen Haltung und der politischen Wirksamkeit der Ententestaatsmänner, besonders aber des englischen Premierministers Lloyd George, auch immer wieder an sein eigenes Wort, ausgesprochen am 10. November 1914, erinnert werden. Lloyd George sagte: „So wahr Gott lebt, haben wir an keiner

Verschwörung gegen Deutschland teilgenommen. Wir beneiden Deutschland nicht um seinen Grundbesitz. Wir verlangen keinen Fußbreit seiner Kolonien. Wir sind in diesen Krieg gegangen aus rein ritterlichen Gründen, nämlich, um die Schwachen zu verteidigen!" Es kann weiterhin immer wieder nur an die zahllosen anderen Aussprüche englischer, französischer und amerikanischer Politiker erinnert werden, um die ganze Gemeinheit und infernalische Niedertracht aufzuzeigen, die zur Ausheckung des infamsten Friedensvertrages führten, der jemals in der Geschichte der Menschheit einem ehrliebenden Volk aufgezwungen worden ist.

Obgleich die Zitierung weiterer zahlloser Stimmen, die das deutsche Recht auf den Kolonialbesitz eindeutig beweisen, möglich sein würde, muß dennoch hier Verzicht darauf geleistet und der Blick wieder zurückgewendet werden auf die politischen Geschehnisse innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches und zu Versailles.

Die deutsche Friedensdelegation und ihr Führer Graf Brockdorff-Rantzau hatten auf dem Verhandlungsweg den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und den Kampf um die Erlangung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit begonnen. Die deutsche Mantelnote und ihr Anhang, überreicht am 29. Mai 1919, ließ den eindeutigen Widerstandswillen der deutschen Delegation und ihres Führers auch gegen die koloniale Enteignung des Deutschen Reiches und Volkes erkennen. Die Friedensbedingungen wurden von der deutschen Delegation besonders im Hinblick auf die gewaltsame und allen Versprechungen widersprechende Lösung der kolonialen Fragen abgelehnt und als unannehmbar verworfen. Aus dem deutschen Volk waren der deutschen Delegation Ströme eines entfachten Widerstandswillens zugeflossen. In der kolonialen Frage mußte die Delegation erkennen, daß das deutsche Volk die Beraubung als eine Schändung der deutschen Ehre betrachtete, daß das gesamte deutsche Volk die Hinterhältigkeit der Feindbundabsichten, die zugleich mit der Vernichtung des deutschen kolonialen Besitzes den deutschen Überseehandel und die deutsche Industrie unmittelbar treffen und zerstören wollten, erkannte und in allen verhängnisvollen Auswirkungen richtig einschätzte. Die Regierung Ebert-Scheidemann hatte sich nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu wortreichen Protestkundgebungen entschließen müssen. Die deutsche Delegation und ihr Führer konnten also mit Recht annehmen, daß hinter ihnen und ihrem Kampf die geschlossene Einheit des Volkes und der deutschen Regierung stünden. Der deutsche Außenminister ließ sich in der Frage der deutschen Kolonien laufend über die Meinungsäußerungen Deutschlands und der Weltöffentlichkeit unter-

richten. Er wurde so in seinem Willen bestärkt, auch diesen Punkten des „Friedenstraktates" seinen absoluten Widerstand entgegenzusetzen und unter allen Umständen einem Vertragswerk die Unterschrift zu versagen, das in der Frage der deutschen Kolonien nicht die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes berücksichtigte.

Die Mantelnote der deutschen Delegation erregte die Imperialisten bis in die tiefsten Tiefen ihres Hasses und Vernichtungswillens. Die alliierten „Sieger" überwanden sehr schnell die Betroffenheit über den nicht erwarteten deutschen Widerstandswillen und berieten in Permanenz alle Maßnahmen gegen die Widerspenstigkeit der Deutschen. Es ist der höllische Haß der Franzosen, es ist der Ungeist eines Clemenceau und Poincaré, es ist der Imperialismus der Engländer, es ist die Verlogenheit des amerikanischen Präsidenten, die aus dem Ultimatum der Alliierten sprechen, das am 16. Juni 1919 der deutschen Delegation überreicht wurde. Die feindliche Mantelnote argumentiert ohne neue Gedanken in der Frage der deutschen Kolonien mit den Lügen der englischen Propaganda, mit den Behauptungen von der deutschen kolonialen Unwürdigkeit und Schuld. Für den Geist der alliierten Staatsmänner ist diese Mantelnote in ihrer Sturheit kein rühmliches politisches Ereignis. Soweit die deutschen Kolonien von dieser Mantelnote betroffen werden, lautet sie also:

„... endlich haben die alliierten und assoziierten Mächte sich davon überzeugen können, daß die eingeborenen Bevölkerungen der deutschen Kolonien starken Widerspruch dagegen erheben, daß sie wieder unter Deutschlands Oberherrschaft gestellt werden, und die Geschichte dieser deutschen Oberherrschaft, die Traditionen der deutschen Regierung und die Art und Weise, in welcher die Kolonien verwandt wurden als Ausgangspunkte für Raubzüge auf den Handel der Erde, machen es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, Deutschland die Kolonien zurückzugeben oder dem Deutschen Reiche die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung der Bevölkerung anzuvertrauen ..."

Menschliche Einsicht stellt vergebens die Frage auf, was an der Haltung der „Siegermächte" und ihrer Staatsmänner eigentlich mehr bewundert oder auch verabscheut werden kann, die eiserne Stirn, mit welcher abgegriffenste Lügen, die von der ganzen Welt und selbst von großen Teilen der Bevölkerung der feindlichen Staaten als Lügen erkannt und abgelehnt worden sind, immer wieder zu politischen Argumentierungen und Beweisführungen erhoben und benutzt werden oder die Naivität, die die feindlichen Staatsmänner bei den Völkern der Erde voraussetzen, um es wagen zu

können, politische Raubzüge infamster Art mit Lügen und moralischen Phrasen solch primitiver Art verbrämt als Taten höchster politischer Einsicht und unter Hinweis auf die „erkannte Majestät des Rechtes" erscheinen zu lassen.

Der Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 waren umfangreiche Ausführungen beigefügt, die den Vernichtungswillen und Haß anschaulich genug werden lassen, um sie jemals in ihren Auswirkungen verkennen zu können. Hinsichtlich der deutschen Kolonien lauten diese Ausführungen also:

„... Teil IV.

Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands.

I.

Bei dem Verlangen, daß Deutschland auf alle Rechte und Ansprüche auf seine überseeischen Besitzungen verzichte, haben die alliierten und assoziierten Mächte in erster Linie die Interessen der eingeborenen Bevölkerung berücksichtigt, für die Präsident Wilson im fünften seiner 14 Punkte der Botschaft vom 8. Januar 1918 eingetreten ist. Es genügt, auf die deutschen amtlichen und privaten Zeugnisse vor dem Kriege und auf die im Reichstag, besonders von den Herren Erzberger und Noske erhobenen Anklagen Bezug zu nehmen, um ein Bild von den kolonialen Verwaltungsmethoden Deutschlands, von den grausamen Unterdrückungen, den willkürlichen Requisitionen und den verschiedenen Formen von Zwangsarbeit zu erhalten, die weite Strecken in Ostafrika und Kamerun entvölkert haben, ganz abgesehen von dem aller Welt bekannten tragischen Schicksal der Hereros in Südwestafrika.

Deutschlands Versagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich klargestellt worden, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihr Einverständnis zu einem weiteren Versuch geben und die Verantwortung dafür übernehmen könnten, 13 bis 14 Millionen Eingeborener von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind.

Außerdem haben die alliierten und assoziierten Mächte sich genötigt gesehen, ihre eigene Sicherheit und den Frieden der Welt gegen einen militärischen Imperialismus zu sichern, der darauf ausging, sich Stützpunkte zu schaffen, um gegenüber anderen Mächten eine Politik der Einmischung und der Einschüchterung zu verfolgen ..."

Dieser Punkt 1 der Erwiderung der Alliierten auf die deutschen Noten ist in seiner geistigen Armut und innerlichen Unwahrhaftigkeit fast nicht mehr zu übertreffen. Die Dürftigkeit der Beweisführung für den Kolonialraub

und seine Berechtigung ist geradezu frappierend. Die Berufung auf den selbst von seinem Schöpfer, dem amerikanischen Präsidenten, verratenen Punkt V der Friedensgrundsätze wirkt in ihrer heimtückischen Absicht fast verwirrend, außerdem ist die Auslegung dieses Punktes V durchaus einseitig und entstellend erfolgt, denn die Alliierten behaupten zwar bei der angestrebten Lösung der kolonialen Fragen in erster Linie die Interessen der eingeborenen Bevölkerungen in den deutschen Kolonien im Auge gehabt zu haben, sie vergessen aber ganz und mit erschütternder Gründlichkeit die Tatsache, daß der Wilsonsche Punkt V vor allen Dingen auch eine weitherzige, freie und unbedingt unparteiische Prüfung und Befriedigung der berechtigten kolonialen Ansprüche Deutschlands vorsieht und bindend verspricht. Diese Berücksichtigung ist von den Alliierten ganz zweifellos niemals beabsichtigt worden und deshalb auch nicht erfolgt. Die Beraubung der deutschen Nation in der Frage ihrer Kolonien wird erneut mit der Kolonialschuldlüge gerechtfertigt. Es ist für das deutsche Volk dabei von ganz besonderem Interesse, daß die Alliierten offen zugeben, daß sie sich bei der Formulierung dieser gemeinsten und unwahrsten Diffamierung des ehrliebenden Volkes der Deutschen auf die unheilvolle Wirksamkeit und das hochverräterische politische Verhalten der deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger und Noske berufen. So haben diese beiden politischen Heroen des Novemberdeutschlands bereits vor dem Kriege zum Schaden der gesamtdeutschen Nation ihr hochverräterisches Unwesen treiben dürfen. Diese Erkenntnis ist für das deutsche Volk um so niederschmetternder, als eben dieselben politischen Stümper und Hochverräter im Augenblick der wichtigsten und ernstesten Entscheidung bestimmenden Einfluß auf das deutsche Schicksal besitzen und zum Verhängnis auch ausüben! — Die Ausführungen der Alliierten sind in einem weiteren Punkte von einer abgrundtiefen Heuchelei diktiert und gelenkt. Sie behaupten, wie wir bereits gesehen haben, gegen Wahrheit und Tatsächlichkeit, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien die Rückkehr der deutschen Verwaltung verabscheuten. Genau das Gegenteil aber ist der Fall gewesen und ist es selbst in der Gegenwart trotz aller Beeinflussungsversuche noch immer. In der Geschichte der deutschen Kolonien und der deutschen Kolonisationsarbeit stellt gerade die beispiellose Treue und Anhänglichkeit der Eingeborenen an die deutsche Regierung, ihre Liebe und Dankbarkeit den deutschen Kolonisatoren gegenüber eines der leuchtendsten Blätter dar. — Weiterhin ist die Behauptung der Alliierten, der Handel der Welt und der Frieden dieser Erde sei von den deutschen Kolonialbestrebungen ernstesten Gefahren ausgesetzt gewesen, nichts weiter als eine politische Zweck-

behauptung, ja eine Zwecklüge. — Die Entgegnung der Alliierten auf die deutschen Noten fährt also fort:

„... II.

Die alliierten und assoziierten Mächte sind der Meinung gewesen, daß der Verlust seiner Kolonien Deutschlands normale wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern würde.

Der Handel der deutschen Kolonien hat immer nur einen geringen Bruchteil des Gesamthandels Deutschlands ausgemacht: 1913 $^1/_2$ vom Hundert der Einfuhr und $^1/_2$ vom Hundert der Ausfuhr. Von der gesamten Einfuhr Deutschlands an solchen Produkten wie Baumwolle, Kakao, Kautschuk, Palmkernen, Tabak, Jute, Kopra kamen nur 3 vom Hundert aus seinen Kolonien. Es liegt auf der Hand, daß der finanzielle, kommerzielle und industrielle Wiederaufbau Deutschlands von anderen Faktoren abhängen muß.

Aus klimatischen und anderen natürlichen Gründen können die deutschen Kolonien nur einen ganz geringen Bruchteil des deutschen Ausfuhrüberschusses aufnehmen. Die kleine Zahl der Kolonisten, die sich vor dem Kriege dort niedergelassen hatten, ist in dieser Beziehung Beweis genug ..."

Diese Ausführungen der alliierten „Siegermächte" stehen im offenbaren Widerspruch zu den vorhandenen Statistiken und den zahlreichen Ausführungen deutscher und ausländischer Kolonial- und Wirtschaftsautoritäten. Es ist offensichtlich, daß mit diesen Ausführungen der Alliierten die deutschen Kolonien in ihrer vitalen Bedeutung für Deutschland, seinem finanziellen, kommerziellen und industriellen Aufbau herabgesetzt werden sollen. Man will der Welt offenbar glauben machen, daß Deutschland mit der „Befreiung von seinen Kolonien" sogar noch eine Wohltat geschehen sei. Die zahlreichen Zeugnisse sogar englischer Kolonialkenner sagen eindeutig genug über den hohen Stand der deutschen Kolonisationsarbeit und das sichtlich rasche Emporblühen der deutschen Kolonien aus. Von ihnen Kenntnis zu nehmen, bedeutet zugleich die Verlogenheit der Argumentierung der Alliierten völlig zu erkennen. — Aber folgen wir der alliierten Entgegnung auf die deutschen Noten:

„... III.

Die allierten und assoziierten Mächte haben für die Abtretung der deutschen Kolonien Modalitäten vorgesehen, die mit den Regeln des internationalen Rechtes und mit der Billigkeit in Übereinstimmung stehen.

a) Die alliierten und assoziierten Mächte wenden auf die deutschen Kolonien den allgemeinen Grundsatz an, daß der Übergang der Souveränität den

Übergang des beweglichen und unbeweglichen Eigentums des abtretenden Staates auf den Staat, dem das Gebiet übertragen wird, unter den gleichen Bedingungen zur Folge hat.

Sie sehen keinen Grund dafür, im Falle der Kolonien Abweichungen von diesem Grundsatz, wie sie ausnahmsweise hinsichtlich europäischer Gebiete bewilligt worden sind, zuzugestehen.

b) Sie sind der Meinung, daß die Kolonien weder irgendeinen Teil der deutschen Schuld zu tragen, noch die Verpflichtung zu übernehmen haben, Deutschland die von der kaiserlichen Schutzgebietsverwaltung gemachten Ausgaben zu erstatten. Sie glauben, daß es ungerecht sein würde, die Eingeborenen mit Ausgaben zu belasten, die in Deutschlands eigenem Interesse gemacht zu sein scheinen, und daß es nicht weniger ungerecht sein würde, diese Verbindlichkeit den Mandatarmächten aufzuerlegen, die, soweit sie vom Völkerbund als Treuhänder bestellt werden, keinerlei Vorteil aus dieser Stellung ziehen werden..."

Die Heuchelei dieses Punktes III der Entgegnung der Alliierten kann schlechterdings nicht übertroffen werden. Aber es kann auch diesen Ausführungen in ihrer apodiktischen Form nicht gelingen, die Habgier, den Neid und die Mißgunst, die als die eigentlichen Ursachen des Kolonialraubes zu gelten haben, zu übertünchen. Die wirtschaftlichen Vernichtungsabsichten und krassester Egoismus lugen deutlich erkennbar aus jedem Wort hervor. Auch die Ausführungen unter IV, V und VI lassen diese Absichten und Eigenschaften der alliierten Raubpolitiker erkennen. Sie lauten also:

„...Die allierten und assoziierten Mächte haben es im Interesse der Eingeborenen und im Interesse des allgemeinen Friedens für notwendig erachtet, den Einfluß, den Deutschland über seine früheren Kolonien und über die Gebiete der alliierten und assoziierten Mächte auszuüben suchen könnte, zu beschränken.

a) Aus den bereits erwähnten Gründen der Sicherheit sind sie verpflichtet, sich volle Handlungsfreiheit für die Regelung der Bedingungen vorzubehalten, unter denen Deutsche die Erlaubnis erhalten werden, sich in den Gebieten der früheren deutschen Kolonien niederzulassen. Überdies wird die Kontrolle des Völkerbundes für alle notwendigen Garantien sorgen.

b) Sie verlangen Deutschlands Zustimmung zu den Verträgen, die sie zur Regelung des Waffen- und Spirituosenhandels und zur Abänderung der Generalakten von Berlin und von Brüssel abschließen werden. Sie glauben nicht, daß Deutschland Grund hat, sich dadurch erniedrigt und verletzt zu fühlen, daß es seine vorherige Zustimmung zu Abmachungen gibt, die von

allen großen Handelsmächten in Fragen von solcher Wichtigkeit für das Wohlbefinden der eingeborenen Bevölkerungen und für die Aufrechterhaltung der Zivilisation und des Friedens angenommen werden.

V.

Die alliierten und assoziierten Mächte sind der Meinung, daß alles Eigentum des deutschen Staates in dem Gebiet von Kiautschou in derselben Weise wie das Staatseigentum in allen überseeischen Besitzungen Deutschlands behandelt und den Gegenstand einer Übertragung ohne Entschädigung bilden muß.

Sie erinnern zu diesem Zwecke daran, daß Kiautschou China ungerechterweise weggenommen ist und Deutschland als militärischer Stützpunkt für eine Politik, deren verschiedene Schritte immer eine Drohung für den Frieden im Fernen Osten gebildet haben, gedient hat.

Bei dieser Sachlage sehen sie keinen Grund, Deutschland für die Verluste an Anlagen, Einrichtungen und allgemein an öffentlichem Eigentum, das in den Händen dieser Macht in der Hauptsache nur ein Mittel zur Verwirklichung einer aggressiven Politik gewesen ist, zu entschädigen...

VI.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Wunsch, daß es kein Mißverständnis hinsichtlich der Verfügung über die Güter der deutschen Missionen in den Ländern der alliierten und assoziierten Mächte und derjenigen, deren Verwaltung ihnen auf Grund des Friedensvertrages anvertraut wird, gibt. Sie haben infolgedessen in klarer Weise bestimmt, daß die Güter dieser Missionen Treuhänderräten übertragen werden, die von den Regierungen ernannt und bestätigt werden und sich aus Personen, die der gleichen Konfession wie die in Frage stehende Mission angehören, zusammengesetzt sind."

Würdig des Friedenstraktates selbst ist diese Mantelnote, sind diese Ausführungen zur Frage der deutschen Kolonien ein Dokument der Ignoranz, der Heuchelei, Lüge und politischen Niedertracht. Der Haß gegen alles deutsche Kolonialstreben geht soweit selbst unbezweifelbares, unter schwersten Opfern und mit unermüdlichem Fleiß erworbenes deutsches Privateigentum zu beschlagnahmen, zu liquidiern, die deutsche Einwanderung nach den geraubten deutschen Kolonien zu verhindern und die deutschen Siedler und Kaufleute unter härteste Sondergesetze zu stellen.. Mit dieser Mantelnote, die in einer Reihe von gedruckten Exemplaren einschließlich der anhängenden Ausführungen übergeben wurde, wurde auch ein nach dem er-

folgten deutschen Widerspruch revidiertes Exemplar der Friedensbedingungen der deutschen Delegation zugestellt. Bereits die erste Durchsicht dieses handschriftlich abgeänderten Vertragswerkes ließ bei den Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation die Erkenntnis unabweisbar werden, daß Abänderungen nur in vollkommen belanglosen, unbedeutenden Punkten zugestanden werden sollten. Der Haß und der Vernichtungswille Clemenceaus und Poincarés hatte gesiegt. Es sollte bei dem ursprünglich abgefaßten Frieden brutalster Vergewaltigung bleiben. Dem Führer der deutschen Delegation wurde es zur Klarheit, daß der ganze wochenlange Kampf gegen Kriegsschuldlüge, gegen Kolonialschuldlüge, gegen Niedertracht, Vernichtungswahn, Beutegier, Habsucht, gegen Entehrung und moralischen Meuchelmord zu Ende und verspielt sei. Und vor seinem geistigen Auge rollten sich noch einmal die Vorgänge der letzten Wochen ab.

Am Tage der Überreichung der Friedensbedingungen und der ersten Überprüfung durch die deutsche Delegation waren ihm, genau wie in den nachfolgenden Tagen eingehende Nachrichten über den plötzlich erwachten deutschen Widerstandswillen zugegangen. Er hatte in der Frage der deutschen Kolonien von den Protestkundgebungen der deutschen Öffentlichkeit erfahren und aus diesen Nachrichten die beglückende Gewißheit gezogen, in diesem Kampf das ganze deutsche Volk hinter sich zu wissen. Es waren ihm ausführliche Berichte über die Protestkundgebung auch der deutschen Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 in der neuen Aula der Universität zu Berlin zugegangen. Er schenkte dieser Protestkundgebung und den vorgetragenen Willensäußerungen seinen Glauben trotz aller Erfahrungen, die er bisher mit neudeutschen Regierungsgrößen und Abgeordneten der Nationalversammlung hatte machen müssen. In der Protestkundgebung der Nationalversammlung tobten auch in der Frage des Schicksals der deutschen Kolonien rednerische Proteststürme. Im Hinblick auf die spätere Haltung dieser politischen Vertreter und Führer des deutschen Volkes in der Frage des Friedensschlusses und damit zugleich in der Frage der deutschen Kolonien, ist es vielleicht nicht müßig, sich und das deutsche Volk an diese Protestaktion der deutschen Nationalversammlung zu erinnern.

Nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen in Deutschland hatten die Heroen der deutschen Volksregierung sich zu Fensterreden entschließen müssen. Dabei war auch von dem Heros der Sozialdemokratie, dem nunmehrigen deutschen Ministerpräsidenten Scheidemann das berüchtigte Wort von der „verdorrten Hand" gesprochen worden. In der deutschen Nationalversammlung ergriff dieser betrübte politische Lohgerber abermals das Wort

zu feierlichem Protest. In der Frage der deutschen Kolonien verstieg er sich zu folgender Abwehr gegen den Annexionswillen der „Siegermächte".

„... Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen. Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder Ähnliches, alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Auslande aufgehört zu existieren. — Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!"

Die Marxisten aller Schattierungen, ausgenommen die Vertreter der Weltrevolutionstheorie, die Jünger Lenins, die Unabhängigen Sozialdemokraten, alle politischen Spießbürger klatschen dem Geistesheros aus sozialdemokratischem Lager frenetischen Beifall. Der Standpunkt der Regierung des deutschen Volkes ist festgelegt auf Ablehnung des Friedensdiktates.

Der Geistesbruder des deutschen, sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, der Sozialdemokrat Müller aus Breslau, erleichtert sein protest- und empörungsgeschwelltes Herz in einem Erguß von unbeschreiblicher politischer Naivität. In der drohenden Frage der kolonialen Beraubung Deutschlands stellt er fest, daß Deutschland niemals ein zahlungsfähiges Volk bleiben werde, wenn ihm der Unverstand der „Sieger" die Kolonien nehme und es außerdem durch Bestimmungen und Gesetze, vor allem aber durch den Raub auch der deutschen Handelsflotte von allen Weltmärkten verbanne. Bitterlich beklagt er auch die Wegnahme aller überseeischen Kabel und die Tatsache, daß künftig jeder Auslandsdeutsche als vogelfrei jeder feindlichen Willkür ausgeliefert sein werde, und selbst in den Kolonien, die ja von ihm erst entwickelt worden waren, rechtlos zu jedem Augenblick sein Eigentum verlieren und die Ausweisung erwarten könne. — Freilich bei der Inszenierung der Munitionsarbeiterstreiks, bei allen hochverräterischen Unterminierungen der deutschen Wehrkraft, bei der Predigung der Völkerverbrüderungsutopien haben diese Vertreter der deutschen Arbeitermassen niemals die Einsicht gewinnen können, daß ein wehrloses Volk auch stets ein rechtloses Volk sein wird! Nun aber angesichts der verhängnisvollen Auswirkungen der Aufgabe der deutschen Wehrhaftigkeit, der Waffenniederlegung im Vertrauen auf Versprechungen demokratischer Staatsmänner und Regierungen, nun aber, da auch dem vernebeltsten Gehirn sozialdemokratischer Volksverführer die Gedanken aufgehen über die tatsächlichen Absichten der vielgepriesenen Weltdemokratien, nun klagen diese neudeutschen Volksführer und Regie-

rungsgrößen und erschöpfen die letzten Reste ihres Geistes in fruchtlos bleibenden Protesten.

Auch der Parteifreund des Hochverräters Erzberger, der Zentrumsabgeordnete Gröber, nimmt in der Protestkundgebung der deutschen Nationalversammlung das Wort und beruft sich in salbungsvollen Ausführungen auf die „Vierzehn Punkte" des Präsidenten Wilson. In der Frage der Kolonien kann er nur feststellen, daß es ganz offenbar nach dem Willen der Feindbundmächte eine Lösung des Punktes V des Wilson-Programms darstellen soll, wenn nunmehr dem deutschen Volk alle seine überseeischen Besitzungen geraubt und selbstverständlich unter die Großmächte der Entente verteilt werden sollen; daß bei dieser Verteilung das englische Weltreich den „Löwenanteil" der deutschen Kolonien seinem eigenen Kolonialbesitz einverleibt, das sei besonders bezeichnend für die „Uneigennützigkeit" Englands.

Auch die Deutschnationalen legen feierlich Protest ein gegen die koloniale Beraubung Deutschlands und argumentieren durch ihren Abgeordneten Graf v. Posadowsky-Wehner in entrüsteten Worten:

„... Der Präsident Wilson hat ferner eine freie, ehrliche, unbedingt unparteiische Regelung der Kolonialfragen zugesichert. Tatsache: Unsere Kolonien werden uns samt und sonders geraubt, und zwar unter dem Vorwande, daß sie unter die Schutzherrschaft der alliierten Mächte gestellt werden sollen, weil Deutschland sich nicht als fähig erwiesen habe, fremde Völker zu regieren. Das wagt uns die englische Regierung zu sagen, die seit Jahrhunderten ungeheure Reichtümer aus Indien zieht, aus Indien, wo Ausnahmegesetze nach russischem Muster bestehen, wo die Bevölkerung in Not und Elend lebt, wo die gebildeten Inder vom öffentlichen oder vom amtlichen Leben entweder vollkommen ausgeschlossen werden oder nur untergeordnete Stellungen innerhalb der englischen Regierung erhalten oder unter starken englischen Mehrheiten in den politischen Körperschaften völlig einflußlos sind.

Wenn einmal eine Abrechnung über die Kolonien oder ein Austausch von Kolonien — worauf wir vielleicht hinauskommen müssen — in Frage kommt, dann muß man uns doch auch die Werte gutrechnen, die wir seit Jahrzehnten in die Kolonien hineingesteckt haben, sonst ist das nur ein purer frivoler Raub ..."

Das deutsche Volk muß es noch einmal überdenken, wie es von seinen selbstgewählten Vertretern auch in der Frage der deutschen Kolonien in geradezu jämmerlicher Weise im Stich gelassen worden ist. Wie anders sind diese Protestschreie parteipolitischer Kassandren zu deuten, denn als Ausbrüche

einer unsagbaren politischen Impotenz einerseits und als Ausdruck gutbürgerlicher Entrüstung, der aber sofort und immer wieder die Resignation auf dem Fuße folgt. Was von dieser neudeutschen Regierung, was von dieser Nationalversammlung in dem unerbittlich harten Kampf gegen die Friedensbedingungen und gegen die Lösung der Kolonialprobleme im Rahmen dieser, vom Wahnsinn diktierten, von krankhaften Gehirnen ausgeheckten Friedensbedingungen für das deutsche Volk und die deutschen Interessen zu erwarten ist, zeigt die politische Entwicklung der Dinge innerhalb der Grenzen Deutschlands und selbstverständlich darüber hinaus auch in Versailles. Wenn der Führer der deutschen Friedensdelegation in der Rückschau auf die Geschehnisse aus den Protestkundgebungen der deutschen Regierung und der deutschen Nationalversammlung, wenn er vor allen Dingen im Hinblick auf die mit stürmischer Gewalt erwachte Widerstandsbewegung in den breiten Massen des deutschen Volkes für seinen Kampf gegen die Feindbundmächte, ihre Brutalität und Machtgier, ihren Länderhunger und ihre Raubabsichten günstige Vorzeichen zu gewinnen hoffte, so befand er sich in einem verhängnisvollen Irrtum, zumindest aber in einer großen Unkenntnis über das tatsächliche politische Wirken der Regierung des Deutschen Reiches und über die hochverräterische Haltung einzelner Mitglieder dieser Regierung.

Als Ausgangspunkt für seinen Kampf gegen das Friedensdiktat betrachtete der deutsche Außenminister immer wieder den Standpunkt, der von der deutschen Ehre vorgezeichnet war. So mußte sein Anrennen immer wieder der Kriegsschuld- und Kolonialschuldlüge gelten. Die Kriegsschuldthese und die koloniale Diffamierung des deutschen Volkes waren von den alliierten Staatsmännern ausersehen, für alle Forderungen und Bedingungen die Rechtstitel zu ergeben. Mit der im Vertragswerk festzulegenden Anerkennung dieser beiden entehrenden Bestimmungen erhielt für die feindlichen Staatsmänner das ganze Vertragswerk erst seine eigentliche Bedeutung und seinen Sinn. Der Führer der deutschen Friedensdelegation war sich der ungeheuren Tragweite dieser Teile des abzuschließenden Vertragswerkes sehr wohl bewußt, und er fand sich in einhelliger Übereinstimmung mit fast allen Mitgliedern der Delegation in dem Entschluß: einem Friedensvertragswerk, daß die Anerkennung der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege und zugleich auch die Anerkennung der von den Feindmächten konstruierten Kolonialschuld zum Ausgangspunkt für einen Frieden der Vergewaltigung, des Unrechtes, der Unterdrückung und Beraubung zu machen unternahm, die Unterschrift unter allen Umständen zu verweigern. Der deutsche Außenminister mußte sich angesichts der zahlreichen Zustimmungen der deutschen Regierung zu seiner

Haltung in dieser Frage, angesichts der Protestkundgebungen von Regierung und Volk gegen die Friedensbedingungen, angesichts feierlicher Versicherungen zum Widerstand bis zum Letzten zur Anspannung auch der letzten Widerstandskraft der deutschen Delegation berechtigt und verpflichtet fühlen. So führte er einen ausführlichen Notenkrieg mit den Alliierten und gewann aus diesem diplomatischen Ringen die Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, besonders dann gelingen werde, eine Bresche in die Front der Alliierten und Assoziierten zu schlagen, wenn hinter ihm die Geschlossenheit des deutschen Volkes und der deutschen Regierung stehen werde. Aber der Führer der deutschen Friedensdelegation gab sich trotz aller gesammelten Erfahrungen über die geistige Verfassung der deutschen Regierungsgrößen mit diesen Voraussetzungen verhängnisvollen Trugschlüssen hin. Wohl war das deutsche Volk in seinem überwiegenden Teil zum Widerstand bereit, wohl wurden aus den Führerkreisen der noch bestehenden feldgrauen Divisionen, wurden aus diesen Divisionen selbst immer eindeutigere Willensäußerungen laut, die den Widerstand gegen die Vernichtungsabsichten der Alliierten forderten. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg selbst erklärte auf eine Anfrage der Regierung Ebert-Scheidemann, daß die Aussichten für einen erfolgreichen militärischen Widerstand und Abwehrkampf außerordentlich betrüblich seien, daß aber auch er als Soldat lieber einen ehrenhaften Untergang als eine entehrende, schimpfliche Unterwerfung unter Bedingungen von geradezu absurder Härte, Grausamkeit und Unvernunft vorziehen werde. Organisationen und Verbände, vor allen Dingen auch deutsche Arbeitermassen und die heranwachsende Jugend erkannten die grauenhaften Auswirkungen eines Friedensvertrages, wie er zu Versailles den Deutschen auf der Spitze der Bajonette diktiert werden sollte, und bereiteten den Abwerkampf durch Aufrufe und Protestkundgebungen vor.

Und dennoch wurde das deutsche Volk zum zweiten Male von dem politischen Ungeist der parteipolitisch ausgerichteten deutschen Volksregierung verraten. — Es ist der geistige Heros des heiligen, katholischen Zentrums, es ist Matthias Erzberger, der diesen Verrat in all seiner Grauenhaftigkeit vorbereitet und durchführt. Er macht die Bemühungen und Anstrengungen der deutschen Friedensdelegation, besonders aber ihres Führers, illusorisch, indem er in hochverräterischer Weise durch zwei französische Mittelsmänner, die Professoren Hesnard und Haguenin, die von der französischen Regierung inoffiziel als Beobachter nach Berlin entsandt worden waren, den Alliierten Mitteilungen werden ließ, daß letzten Endes die deutsche Regierung in der Hoffnung auf eine spätere milde Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages zunächst dem Druck weichen und unterzeichnen werde! Die Berichte der beiden französischen Beobachter über alle Geschehnisse, besonders aber über die im deutschen Volke sich immer deutlicher und spürbarer regende Widerstandskraft, über die Entrüstungsstürme in der gesamten deutschen Nation über die Schmachparagraphen des Friedensvertrages, über den Kolonialraub, über die unerbittliche Härte der Waffenstillstandsbedingungen usw. ließ in den französischen Haßpolitikern und darüber hinaus besonders bei den englischen Staatsmännern ernste Zweifel lebendig werden an der Bereitwilligkeit der Deutschen, dieses Vertragswerk durch die Unterschrift ihrer Vertreter zu sanktionieren. Die Ablehnung des Friedensvertragswerkes in seinem ganzen Umfang durch die Deutschen rückte für die alliierten Vernichtungspolitiker so in greifbare Nähe. Innerhalb der Front der Entente machten sich erste Risse in Meinungsverschiedenheiten über die im Falle einer Ablehnung des Vertrages durch die deutschen Vertreter sofort und unmittelbar zu ergreifenden Maßnahmen. Das Schrecknis bewaffneter Auseinandersetzungen tauchte wieder am Horizont auf. — Aber Clemenceau und Poincaré wußten genau was sie wollten in diesem Durcheinander von Auffassungen und Meinungen. Sie beantworteten alle Noten der deutschen Delegation in unerhört brüsker Weise und oftmals fast beleidigender Form. Sie erklärten auf alle deutschen Proteste immer wieder, daß die alliierten und assoziierten Mächte eine Diskussion nicht zulassen werden über ihr unbestreitbares Recht zur Aufrechterhaltung der Friedensbedingungen in der verkündeten Form und Gestalt. Beratungen mit den Feindbundmilitärs führten für die Feindbundstaatsmänner nicht zu allseitig befriedigenden Ergebnissen. Wie eine dunkle Drohung stand am politischen Horizont zu Versailles die Notwendigkeit einer umfassenden militärischen Aktion, die bis in das Innerste Deutschlands führen mußte, wenn die Annahme des Friedensdiktates auf diese Weise erzwungen werden sollte. Der Hinblick auf die Heldentaten der deutschen Armeen, des ganzen deutschen Volkes in dem kaum ausgebrannten Krieg ließ unter Berücksichtigung des erneut erwachten Widerstandswillens der deutschen Nation solche Aktionen immerhin als bedenklich in ihren Auswirkungen erscheinen. So lasten trotz aller Triumphe auf den Staatsmännern der Entente, auf den Friedensmachern von Versailles ernsteste Sorgen. Es ist ein großes Rätselraten um die endgültige Haltung der Deutschen, ein Rätselraten, das zwischen den Worten „Annahme" oder „Ablehnung" hin und her pendelt.

In diesen kritischen Augenblicken der Feindbundpolitik schalten sich die beiden nach Berlin entsandten französischen Professoren Hesnard und Ha-

guenin ein. Ihre Berichte enthalten plötzlich sensationelle Mitteilungen, die unmittelbar aus den engsten Kreisen der deutschen Regierung stammen. Sie lassen eindeutig die innere Schwäche der deutschen Regierung und ihre Unfähigkeit, den deutschen Widerstand ernstlich zu organisieren, erkennen. Sie geben Kunde von der Uneinigkeit innerhalb des Kabinettes in den wichtigsten Fragen, besonders in der Beurteilung der Friedensbedingungen! Mit einem Male verlieren die Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau für die Alliierten jede tiefere Bedeutung und ihren immerhin zu äußerster Vorsicht mahnenden Charakter. Der Kampf des deutschen Außenministers gerät in ein kritisches, hoffnungsloses Stadium. Seine Aussichtslosigkeit kündigt sich in einer fortdauernd sich verstärkenden Ablehnung durch die Alliierten an. Seine Aussichtslosigkeit wird aber auch offenbar in dem Ultimatum der Alliierten vom 16. Juni 1919, das die Annahme der Friedensbedingungen in engbegrenzter Frist gebieterisch fordert und jede weitere Diskussion und Verhandlung rücksichtslos ablehnt.

Über den Stunden des deutschen Außenministers liegt lastend eine dunkle Ahnung von den hintergründigen Geschehnissen in Deutschland. Seine Gedanken tasten alle Möglichkeiten ab und umkreisen immer wieder die mehr als zweifelhafte politische Wirksamkeit Matthias Erzbergers. Wie schwere, allen Ausblick verdüsternde Schatten drängen sich in die Räume der deutschen Friedensdelegation seltsame Gerüchte, die von einer völligen Willensänderung der deutschen Regierung wissen wollen und von einer absoluten Bereitwilligkeit allen Forderungen der Alliierten und Assoziierten nachzugeben und den Frieden in seiner jetzigen Gestalt anzunehmen. Der Friede in seiner jetzigen Gestalt! Die deutsche Delegation hat das von dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, übergebene abgeänderte Exemplar des „Friedenstraktates" einer erneuten und eingehenden Prüfung unterzogen. Das Urteil ist einstimmig und unbedingt ablehnend, denn die Friedensbedingungen haben nichts von ihrer ursprünglichen Härte und Brutalität, von ihrem Vernichtungszweck und ihrer Unterdrückungsabsicht verloren. Nur in völlig unwesentlichen Punkten sind Abweichungen zu erkennen. In seiner Gesamtheit aber ist das Dokument des Wahnsinns und der menschlichen Unvernunft unverändert bestehen geblieben.

Clemenceau hatte es außerdem darüber hinaus nicht unterlassen können, die deutsche Friedensdelegation und den deutschen Außenminister eindeutig genug über seine wirklichen Absichten aufzuklären. Die Mantelnote, die er dem deutschen Außenminister in ultimativer Form überreichen ließ, ist als Ausdruck der den Tiger bewegenden Leidenschaften von einer satanischen

Bosheit erfüllt und hat zweifellos den Zweck, die Deutschen in ihrer Ehre abgrundtief zu verletzen.

„...Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit gewesen, das jemals mit Bewußtsein von einer Nation, die vorgab, zivilisiert zu sein, begangen wurde. Während langer Jahre haben die Regierungskreise Deutschlands, treu der preußischen Tradition, ihre Anstrengungen vervielfacht, um sich die Oberherrschaft über Europa zu verschaffen. Sie haben sich keineswegs begnügt mit dem Wohlstand und dem wachsenden Einfluß, den Deutschland das Recht hatte zu erstreben und den alle anderen Nationen geneigt waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben den Willen gezeigt, es möglich zu machen, ein erniedrigtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, ebenso wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle Mittel, die in ihrer Gewalt waren, den Geist ihrer Untertanen mit ihrer Lehre vertraut gemacht, daß in den internationalen Verwicklungen Gewalt Recht heißt..."

Dieses Dokument des Hasses, der Verleumdung, der Unwahrhaftigkeit ist des französischen Imperialisten und Vernichtungspolitikers Clemenceau würdig. Deutschland und das deutsche Volk wird aber die Schändung seiner Ehre niemals ganz zu verwinden vermögen und vor allen Dingen jenen Verrätern im eigenen Reich und Volk niemals vergessen, daß sie es gewesen sind, die das deutsche Volk solchen Demütigungen ausgesetzt haben.

Der Führer der deutschen Friedensdelegation, der erste Außenminister der deutschen Republik, Graf Brockdorff-Rantzau, gibt nunmehr den sofort zu verwirklichenden Befehl, nach Deutschland zurückzukehren. Die deutsche Delegation muß bei dieser Abreise Orgien französischen Hasses und verworfenster Gemeinheiten über sich ergehen lassen. Der deutsche Außenminister will noch immer und mit aller Kraft seines Herzens an eine Wandlung der Dinge glauben. Er hat die felsenfeste Überzeugung, daß durch einmütigen Widerstand und durch eine einhellige Ablehnung der Friedensbedingungen, also auch durch eine bedingungslose Unterschriftverweigerung unter das „Friedenstraktat" erneute Verhandlungen und nach Wilsons Versprechungen ein „öffentlich verhandelter und öffentlich abzuschließender Rechtsfrieden" für Deutschland zu erreichen sein wird. Die Reise nach Weimar wird von der Delegation benutzt, um in rastloser, niederschmetternder Arbeit allerdings den gesamten Fragenkompler einer erneuten, eingehenden Prüfung zu unterziehen. Für die Reichsregierung wird von dem Führer der Delegation und

von den Mitgliedern der Delegation selbst ein Gutachten ausgearbeitet, das, soweit es über alle anderen Probleme hinaus das deutsche Kolonialproblem behandelt, also lautet:

„...Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Antwort (der Alliierten) in der Sache selbst gegenüber dem früheren Friedensentwurf nur in Punkten zweiter Ordnung Erleichterungen enthält. Dagegen ist die Grundlage, auf der das ganze Vertragswerk, abweichend von dem vereinbarten Wilson-Programm, aufgebaut ist, nämlich die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege, in einer gehässigen und ehrenrührigen Form verstärkt..."

In der Frage der deutschen Kolonien war die Annexionsabsicht der Alliierten für alle Augen offensichtlich geworden. Die geringste Hoffnung für Deutschland bestand lediglich in einer sofortigen Aufnahme in den Wilsonschen Völkerbund und einer damit zu ermöglichenden Mandatserteilung für die deutschen Kolonien an Deutschland. Daß aber auch diese Hoffnung sich als trügerisch erweisen mußte, geht bereits aus der zum Gesetz erhobenen willkürlichen Verteilung der kolonialen Beute an die alliierten Großmächte hervor; daß aber auch eine Hoffnung auf eine neuerliche Aufrollung der kolonialen Fragen im Völkerbund für Deutschland illusorisch sein mußte, das ergibt sich aus der Tatsache, daß von den demokratischen Nationen der Erde und ihren Führern Deutschlands Würdigkeit diesem „erlauchten Bund der Nationen" anzugehören eindeutig verneint worden ist. Das Gutachten der deutschen Friedensdelegation sagt darüber folgendes aus:

„...Deutschland wird der Beitritt zum Völkerbund in einer nahen Zukunft in Aussicht gestellt, wenn es durch sein Betragen, insbesondere durch den Beginn der Ausführung des Vertrages, nach dem Gutdünken der alliierten und assoziierten Mächte für künftiges Wohlverhalten genügend Gewähr geleistet hat. Da der Vertrag technisch unausführbar ist, kann nach Ansicht der Delegation eine ernsthafte Regierung auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in absehbarer Zeit nicht rechnen..."

Deutschland kann also auch nicht darauf rechnen, in der Frage seiner ihm durch die unter dem Bruch aller feierlichen Zusicherungen geraubten Kolonien den Völkerbund anzurufen und eine neuerliche Prüfung dieser Fragen und eine gerechte Entscheidung herbeizuführen. Deutschland ist nicht würdig, dem erlauchten Kreis demokratischer Staaten anzugehören! Deutschland soll nach dem Willen der Alliierten also als Paria förmlich ausgestoßen sein aus der menschlichen Gemeinschaft! Aber das Gutachten stellt in der Frage der deutschen Kolonien weiterhin fest:

„...Die Kolonien werden weggenommen, ohne Vergütung und ohne Schuldensukzession, selbst bei den Vorkriegsschulden, und ohne jede rechtliche Sicherheit für die bisher in den Kolonien tätig gewesenen Deutschen. Zur Begründung wird lediglich auf die angeblichen Sünden der deutschen Kolonialverwaltung hingewiesen..."

„...Bezüglich der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, seines Außenhandels und seiner Schiffahrt sind überhaupt keine Konzessionen gemacht. Die Handelsflotte bleibt nach wie vor verloren. Auch bezüglich der Hergabe der Neubauten ist nichts geändert. Das auswärtige Vermögen Deutschlands wird, wie im ursprünglichen Entwurfe vorgesehen, praktisch konfisziert, insbesondere auch in den deutschen Kolonien..."

Das Gutachten der deutschen Friedensdelegation, das in seinen erschütternden Feststellungen und Schlußfolgerungen für das zukünftige Schicksal des Deutschen Reiches und Volkes der Reichsregierung die furchtbaren Auswirkungen dieses Haß- und Gewaltfriedens deutlich erkennbar machen soll, kommt in seinen Schlußfolgerungen, die, wenn sie auch nicht unmittelbar von dem Kolonialproblem sprechen, dennoch in ihrer allgemeinen Bedeutung unmittelbar auch das Kolonialproblem treffen, zu folgendem Ergebnis:

„...Aus der Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen ersieht die deutsche Friedensdelegation, daß sie nicht gewillt sind, den auch von ihnen als bindend anerkannten, mit der deutschen Regierung durch Annahme der 14 Wilsonschen Punkte geschlossenen Vorvertrag zu halten, und daß alle feierlichen Zusagen, die dem deutschen Volke und damit der Menschheit von den gegnerischen Staatsmännern in öffentlichen Kundgebungen erteilt waren, unerfüllt bleiben sollen. Fast in allen wichtigen Fragen ist die vereinbarte Grundlage verlassen. Auch haben die feindlichen Regierungen, offenbar in der Erkenntnis ihres Unrechtes, den Vorschlag abgelehnt, durch mündliche Verhandlungen eine gemeinsame Grundlage zu bilden.

Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen läßt den ursprünglichen Entwurf in seinen entscheidenden Punkten bestehen. Auch jetzt noch sind die Friedensbedingungen *unerträglich*, weil Deutschland sie nicht annehmen und dabei als unabhängige, auf die Wahrung ihrer Ehre bedachte Nation leben kann, *unerfüllbar*, weil sie finanzielle und wirtschaftliche Forderungen stellen, die selbst ein blühendes Deutschland beim besten Willen nicht durchführen könnte, um so weniger ein zerstückeltes, verarmtes, vom Weltverkehr und von wirtschaftlicher Gleichberechtigung ausgeschlossenes Deutschland, *rechtsverletzend*, weil sie die feierlichen und öffentlichen Zusagen an das deutsche Volk verleugnen, *unaufrichtig*, weil Deutschland

der Wahrheit zuwider seine alleinige Schuld am Kriege und einen Gewaltfrieden als Rechtsfrieden annehmen soll.

Die deutsche Delegation ist daher der festen Überzeugung, daß die deutsche Regierung den Vertrag auch in der jetzt vorliegenden Form ablehnen muß. Würde der Vertrag auf Grund des Ultimatums unterzeichnet, so hätten wir freiwillig einen Rechtstitel geschaffen, auf dessen Revision wir keinen Anspruch haben würden!

Es gibt aber auch in Deutschland keinen Menschen, der den uns jetzt zugemuteten Frieden für durchführbar hält. In unseren Augen ist Ehrlichkeit die beste Politik. Dieser Grundsatz läßt die Übernahme undurchführbarer Verpflichtungen nicht zu!

Nach Haltung der gegnerischen Regierungen und ihrer unzweideutigen Drohung mit Gewalt können wir nicht hoffen, daß heute noch eine schiedsgerichtliche Entscheidung darüber möglich wäre, welche Forderungen auf Grund des Vorabkommens über den Frieden gerechterweise an uns gestellt werden können. Andernfalls würde, was auch für das deutsche Volk auf dem Spiele steht, die heutige deutsche Regierung sicherlich jederzeit zu einer solchen Entscheidung ihre Hand bieten. Wenn aber der Gegner seine Drohung gegen uns ausführen und gegen uns trotz unserer Bereitwilligkeit, alle gerechten Forderungen zu erfüllen, Gewalt anwenden sollte, so sind wir überzeugt, daß die fortschreitende friedliche Entwicklung der Welt uns bald den unparteiischen Gerichtshof bringen wird, vor dem wir unser Recht suchen werden!"

Im Ablauf der deutschen Tragödie folgen nunmehr die Beratungen des deutschen Außenministers mit den Mitgliedern des Kabinettes. Er ist dabei unzugänglich und von beißender Ironie; er beharrt auf den Grundsätzen der von ihm bisher geführten Politik und beharrt damit selbstverständlich zugleich auf dem Prinzip der eindeutigen Ablehnung des Friedensvertragswerkes in seinem ganzen Umfang. Das „Unannehmbar", weil „Undurchführbar", ist ihm heiliger Ernst. Er entwickelt dem Reichspräsidenten und ehemaligen Munitionsarbeiterstreikhetzer, er entwickelt den sämtlichen anwesenden Regierungsmitgliedern in unabweisbarem Ernst die fürchterlichen Folgen einer, wenn auch nur bedingten, Annahme des Friedensvertrages. Die Ausführungen und Debatten nehmen dramatischen Charakter an. Als der große Gegenspieler des deutschen Außenministers enthüllt der Zentrumsheros Matthias Erzberger seine hochverräterischen Pläne, geboren aus Großmannssucht und Feigheit, aus politischer Ignoranz und menschlicher Unzulänglichkeit. Das Reichskabinett bietet ein trauriges Bild völliger Verwirrung und Unentschlossenheit. Der Reichskriegsminister Reinhard fordert Widerstand bis zum Äußersten. Er ist sich der absoluten Zuverlässigkeit der noch vorhandenen Truppen sicher. Er weiß auch zugleich, daß die Offiziere niemals eine nachgiebige Haltung von ihm verstehen und eine Zustimmung zu einer Vertragsannahme als gemeinen Verrat verdammen würden, denn dieser Friedensvertrag enthält eine der infamsten Bestimmungen, die es für die deutsche Soldatenehre überhaupt unmöglich machen, auch nur über ihn zu diskutieren. Der Friedensvertrag fordert die Auslieferung einer großen Anzahl von deutschen Heerführern als gemeinen Verbrechern zur Aburteilung an die Entente. Die Reichsregierung wendet sich unmittelbar an den Feldmarschall. Hindenburg erteilt dem Kabinett die folgende Antwort:

„...Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen..."

Die Verwirrung der Volksregierung wird dadurch noch erhöht. Es findet sich kein Mensch in diesen Kreisen, die das deutsche Schicksal zu lenken sich selbst berufen haben, der das erlösende Wort auszusprechen wagt.

„Lieber tot, als Sklav'!"

Erzberger hat sich seine französischen Vertrauensleute, hat sich den französischen Spion, Professor Hesnard, nach Weimar kommen lassen. Er konferiert mit ihm und läßt sich Versicherungen geben, dahingehend, daß nach einer bedingungslosen Annahme der Friedensbedingungen durch die deutsche Regierung die Alliierten weitgehendes Entgegenkommen und in vielen Punkten Milde zeigen würden. Erzberger geht hin in die Beratungsräume im ehedem herzoglichen Schloß zu Weimar und setzt sein hochverräterisches Treiben zur Beeinflussung der Reichsregierung im Sinne der Zustimmung zur bedingungslosen Annahme des „Friedenstraktates" fort. Der Kampf zwischen dem Außenminister und Erzberger nimmt dramatische Formen an und droht in der Unerbittlichkeit der Zusammenstöße eine Katastrophe herbeizuführen. Aber Erzberger geht als Sieger aus diesem Meinungskampf hervor. Das Kabinett wird in all seinen Meinungen schwankend. Die Erzbergerschen Ausführungen haben tiefsten Eindruck auf die Feigheit und Kleinheit gemacht. Das Kabinett ist im Prinzip bereit, den Erzbergerschen Forderungen Gehör zu schenken. Mit ruhiger Sicherheit kann also der fran-

zösische Professor Hesnard seinem in Berlin im Hotel „Adlon" fieberhaft auf die endgültige Entscheidung der deutschen Regierung harrenden Chef, Professor Haguenin, mit Erzbergers Wissen die Versicherung abgeben, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes den Friedensvertrag annehmen wird.

Das Spiel des deutschen Außenministers, Graf Brockdorff-Rantzau, der noch in später Nachtstunde den verzweifelten Versuch unternommen hatte, den Reichspräsidenten zu einer sofort einzuleitenden Widerstandsaktion zu bestimmen, war verloren. In dem folgenden Schreiben an den Reichspräsidenten erklärte er seinen Rücktritt:

„... Als ich die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands übernahm, habe ich es als meine Aufgabe bezeichnet, dem Deutschen Reich die Einheit zu erhalten und dem deutschen Volk einen erträglichen Frieden zu verschaffen. Ich habe damals an die Übernahme des Amtes gewisse politische Bedingungen geknüpft, die mir redlich und nach Kräften gehalten worden sind.

Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte sich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse des Waffenstillstandes als materieller Machtfaktor ausgeschaltet. Trotzdem glaube ich sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Ausland zu heben. Ich schreibe diesen Erfolg dem Umstand zu, daß ich die Linie, auf die ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in keinem Augenblick verlassen habe.

In vollem Bewußtsein ihrer Tragweite habe ich für den Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernst zu nehmenden Politiker selbst auszuschalten. Diese Mindestforderungen beziehen sich namentlich auf die territorialen Fragen, auf die Ablehnung der ungerechten Beschuldigung unseres Volkes und auf die Behauptung unserer sozialen und wirtschaftlichen Freiheit. Absichtlich habe ich mich in diesen Fragen vor der Öffentlichkeit festgelegt und den Feinden gegenüber gebunden, denn sie sollten wissen, daß ihrem Siegesübermut in einem festen Willen eine Grenze gesetzt war.

Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolg zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohen und einzuschüchtern versuchen, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende

Auffassung vom seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann. Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Vabanquespiel. Es setzte nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus. Ich habe das Vertrauen in mich selbst und habe trotz allem das Vertrauen in das deutsche Volk nicht verloren! ...

... In der Gegenwart freilich muß ich vor der Türe des Erfolges umkehren ..."

So ist dieses Abschiedsgesuch des ersten Reichsaußenministers der deutschen Republik zu einer großartigen Rechtfertigung seiner politischen Haltung besonders im Hinblick auf das hochverräterische Treiben des Zentrumsgewaltigen Matthias Erzberger geworden. Für das Gesamtkabinett aber bedeuten die Ausführungen des holsteinischen Grafen eine mit Bitternis gewürzte unerbittliche Anklage. Mit dem Ausscheiden des deutschen Außenministers löste sich zugleich die deutsche Friedensdelegation auf. Mit dem Ausscheiden des deutschen Außenministers war aber vor allen Dingen für die Prediger des „Nachgebens" und des „Unterschreibens um jeden Preis" die Bahn freigeworden. Die deutsche Unterwerfung unter das brutale Diktat der „Sieger" konnte im Namen des deutschen Volkes, das man niemals so recht um seine Meinung befragt, dessen deutlich genug geäußerten Widerstandswillen gegen das Friedensdiktat und damit gegen die koloniale Enteignung man aber einfach bedenkenlos beiseite geschoben hatte, vollzogen werden. Die Feindbundmächte triumphierten! Der Besitz der deutschen Kolonien war nunmehr für die Imperialisten in den Feindbundregierungen für alle Zeiten unantastbar gesichert! Mit der Unterschrift unter das Friedensvertragswerk und die damit anerkannte Kolonialschuldlüge, den damit bekräftigten feierlichen Verzicht auf alle überseeischen Besitzungen, Interessen und Rechte, hatte das deutsche Kolonialreich aufgehört zu bestehen!

Die deutsche Reichsregierung fügte sich dem Gewaltfrieden und dem Diktatwillen der alliierten und assoziierten Mächte. Allen weiteren Verhandlungen in der Nationalversammlung kommt keine Bedeutung mehr zu. Aber für das deutsche Volk, das im Gefühl für sein unveräußerliches Recht auf seine kolonialen Besitzungen und für die Reinheit seiner nationalen Ehre, deren nicht unwichtigsten Bestandteil die deutsche Kolonialfrage bildet, den unterzeichneten Verzicht auf koloniales Besitztum niemals anerkannt hat, ist es außerordentlich wichtig, nicht an der Tatsache vorbeizugehen, daß ausgerechnet Erzberger, der in wortreichen Protesten einmal dem deutschen Volke vorgegaukelt hat, daß es ihm mit dem Kampf um den deutschen

Kolonialbesitz heiliger Ernst sei, zum Führer der Unterwerfung wird, daß es der Kolonialminister der neudeutschen Republik ist, der in zahlreichen Reden feierliche Versprechungen dem deutschen Volk gab dafür, daß die Wahrung der kolonialen Ehre und des kolonialen Besitzes von der Reichsregierung als unveräußerliche nationale Pflicht erkannt worden sei, der aber nunmehr im umgebildeten Kabinett Ebert-Scheidemann-Erzberger als Justizminister unter den Vertrag von Versailles seine beglaubigende Unterschrift setzen und damit den feierlichen Verzicht auf die deutschen Überseebesitzungen sanktionieren wird.

Die deutsche Nationalversammlung zu Weimar aber, gewählt vom deutschen Volke und bestellt zur Wahrung der deutschen Ehre, Rechte und Besitztümer, zerredet den letzten Widerstandswillen gegen Gewalt und Unrecht und erteilt letzten Endes der Unterwerfung ihren, wenn auch nicht einstimmigen Segen. In der Frage der deutschen Kolonien aber findet sie sich noch einmal zu zwei feierlichen Protestsitzungen zusammen. Am 9. Juli 1919, in den Tagen der tiefsten deutschen Erniedrigung, erheben sich in der deutschen Nationalversammlung die Kassandrarufe von Vertretern aller politischen Parteien.

„... Protest erheben auch wir gegen die Wegnahme unserer Kolonien. Wir weisen die Unterstellung zurück, Deutschland wolle die Kolonien nur besitzen als Stützpunkte für die Beraubung des Welthandels. Diese Unterstellung ist nur eine schlechte Ausrede für den Raub der Kolonien, den wir nicht vergessen werden ..."

„... Der englische Ministerpräsident rechtfertigt den Raub unserer Kolonien damit, daß wir uns gegenüber den Eingeborenen dieser Länder verfehlt hätten. Jedes Wort einer Rechtfertigung unsererseits wäre eine Demütigung. Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Kinder und Kindeskinder die ‚moralischen Eroberungen' der englischen Kolonialgeschichte gründlicher kennenlernen als bisher ..."

„... Was wir nimmermehr zu ertragen, anzuerkennen gewillt sind, ist der einfache Diebstahl unserer Kolonien unter der verleumderischen Behauptung unserer Unfähigkeit zu kolonialer Zivilisation ..."

„... Der Friedensvertrag raubt uns alle unsere mit deutschem Gut und Blut entwickelten Kolonien und fügt diesem Raube noch den Vorwand und Schimpf kolonisatorischer Unfähigkeit zu. Mit tiefstem Schmerz erfüllt uns diese Kränkung deutscher Ehre und diese Zerstörung deutscher Kultur ..."

„... Wir protestieren feierlich gegen den völligen Raub der Kolonien und seine heuchlerische Begründung wie gegen alle Bestimmungen, die mit den

uns zugesicherten Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind und uns im Zustande der Wehrlosigkeit durch Erpressung aufgezwungen werden ..."

So protestierten die deutschen „Volksvertreter" in der Nationalversammlung anläßlich der Abstimmung über die Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages und stimmten dann dem Vorschlag dieser selben Regierung für eine bedingungslose Annahme des Vertragswerkes von Versailles zu.

Gehört wurde in den Feindbundstaaten nur die unterwürfige Bereitwilligkeit zur Annahme des Diktatfriedens, überhört dagegen geflissentlich und mit einem mitleidigen Lächeln alle Proteste gegen die Friedensbedingungen, besonders aber aller Proteste in der Frage des Schicksals des deutschen Kolonialreiches.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages offenbarte noch einmal der Kolonialminister Frankreichs die brutalen Raubabsichten der Alliierten, wiederholte noch einmal alle diffamierenden Behauptungen und Ehrenkränkungen gegen Deutschland als Kolonialmacht. In einem anderen Werk, das der Aufzeigung des Weges zur Kolonialfreiheit Deutschlands dienen soll, wird jener berühmt gewordenen Sitzung der französischen Kammer noch einmal alle Aufmerksamkeit zugewendet werden. Hier aber soll nur noch jener Sitzung der deutschen Nationalversammlung gedacht werden, die im Oktober 1919 bei der Beratung des Etats des deutschen Kolonialministeriums, des nunmehrigen Ministeriums ohne Land, des Schicksals der deutschen Kolonien gedachte. Es soll dieser Sitzung insbesondere deshalb gedacht werden, weil sie dem deutschen Volk heute noch einmal aufzeigen soll, wie sein kolonialer Besitz in der Zeit tiefsten nationalen Unglücks von einem jämmerlichen Geschlecht von „Führern" verteidigt worden ist, weil das deutsche Volk gerade aus der hochverräterischen, zugleich aber charakterlich und politisch impotenten Haltung internationalen Völkerverbrüderungsutopien nachjagenden neudeutschen Ministern und novemberdeutschen Politikern erkennen kann, in welch schamloser Weise es in seinen heiligsten Gefühlen hintergangen, in der Wahrung seiner unveräußerlichen Rechte betrogen worden ist.

Derselbe deutsche Minister, der im „Namen des deutschen Volkes" es unternahm, durch seine Unterschrift unter den Schandvertrag von Versailles die Sanktionierung des Kolonialraubes durchzuführen, derselbe Novemberminister wagte es, vor der deutschen Öffentlichkeit nach der Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertragswerkes des Hasses und der menschlichen Dummheit, der Vernichtung und Unterdrückung, in der Frage der Kolonien diese Rede zu halten:

„...Sie werden sich erinnern, daß die gewaltsame Wegnahme unserer Kolonien nicht etwa vom Machtstandpunkt damit begründet worden ist, daß der Sieger das Recht habe, über das Land des Besiegten zu verfügen, sondern unter dem Deckmantel des Rechts und der Gerechtigkeit ist der unleugbare Kolonialraub mit dem Scheingrunde verschleiert worden, daß wir durch unsere gesamte koloniale Gebahrung, insbesondere durch unsere Eingeborenenpolitik, den Anspruch auf kolonisatorische Tätigkeit, auf die nur den Kulturstaaten gebührende zivilisatorische Mitarbeit dauernd verwirkt hätten. Gegen diesen ungeheuerlichsten, aber zugleich ungerechtesten Vorwurf müssen wir vom Standpunkt unserer kolonialen Ehre aus mit aller Entschiedenheit Protest einlegen.

Dieser Vorwurf ist auch nach Abschluß des Friedensvertrages von dem französischen Kolonialminister Simon wiederholt worden. Er hat jüngst in der Deputiertenkammer erklärt, daß die Alliierten bei der Verjagung der Deutschen aus ihren Kolonien gegenüber der mißhandelten Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllten. Der Minister Simon hat in dieser Rede auch den deutschen Kolonialterror besonders hervorheben zu sollen geglaubt und erklärt: ‚Ich brauche nicht die deutschen Methoden in den Kolonien hervorzuheben. Es genügt, die Methoden anzusehen, die die Deutschen in den besetzten Gebieten angewendet haben, denn es sind dieselben!'

Eigenartigerweise ist der Herr Kolonialminister Simon in dieser Rede auch darauf zu sprechen gekommen, daß die großen Landstriche von Togo und Kamerun, die Frankreich erhalte, für Dahomey und den Kongo von großem Wert seien. Ich glaube, diese wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen waren nach seiner eigenen Überzeugung durchschlagender als seine von der hohen Warte der Moral und des Rechtes fadenscheinig vorgebrachte Begründung des Raubes deutschen Kolonialbesitzes...

...wir sind gegenüber der ununterbrochen fortgesetzten, systematischen Irreführung der öffentlichen Meinung und namentlich gegenüber den mit bodenlosen Beschuldigungen verknüpften Tendenzen, die Notlage des der feindlichen Übermacht nach vierjährigem ehrenvollen Kampfe schließlich erlegenen deutschen Volkes durch seine Ausstoßung aus den Kulturnationen auszunutzen, in der Lage und sind es zu unserer Ehrenrettung uns selbst schuldig, uns außer bedeutsamen Auslassungen des Auslandes auf die klassischsten Zeugen für unsere Eingeborenenpolitik, nämlich auf die Eingeborenen selbst zu berufen.

Die Tatsache darf ich als bekannt voraussetzen, wenngleich sie geflissentlich von gewissen Kreisen des gegnerischen Auslandes verschwiegen worden

ist, daß die nämlichen Eingeborenen, die wir nach Angabe der Entente so mißlich behandelt haben sollen, uns im Krieg bis zum letzten Augenblick treu geblieben sind.

...Heute möchte ich im Anschluß an meine früheren Darlegungen über unsere Eingeborenenpolitik in Ostafrika, in Südwestafrika und in den anderen Kolonien ganz besonders auf Vorgänge verweisen, die sich während des Krieges in Kamerun abgespielt haben.

Bekanntlich sind schon während des Krieges und dann nach Abschluß des Waffenstillstandes mehrere Schriftstücke teils offiziellen, teils offiziösen Charakters von der Entente ausgegeben worden, um schon beizeiten den bevorstehenden Raub unserer Kolonien zu rechtfertigen. Diese Schriftstücke haben unverzüglich die Beantwortung des Deutschen Reichskolonialamtes gefunden. Wir haben in mehreren Denkschriften uns unsrerseits über die deutsche Eingeborenenpolitik ausgelassen. Diese ausführlichen Denkschriften, die überall einwandfreie Zeugnisse unparteiischer Kenner der Verhältnisse, und zwar vornehmlich auch hervorragender französischer, amerikanischer und englischer Fachkenner von anerkanntem Rufe enthalten, sind von uns der Entente und insbesonders auch dem Herrn Präsidenten Wilson übermittelt worden. Außerdem habe ich während der Verhandlungen über den Friedensvertrag als Leiter des Reichskolonialministeriums darauf hinzuweisen gesucht, daß ein besonderer Ausschuß gebildet werden möge, in dem eine ausgiebige Aussprache stattfinden sollte über alle gegen uns erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen. Ich habe mich bereit erklärt, mit einem Stabe von Beamten aus dem Reichskolonialamt und allen in Betracht kommenden Schutzgebieten persönlich zu erscheinen, um auf die Vorwürfe ausgiebige Rede und Antwort zu stehen. Man hat es aber abgelehnt, uns irgendwelche Gelegenheit zu geben, auf die gegen uns erhobenen Vorwürfe zu antworten. Daraus sollte die ganze Welt, insbesondere das neutrale Ausland, die nötigen Schlüsse auf die innere Berechtigung und die Ernstlichkeit solcher Vorwürfe selbst herleiten.

Wenn man vor der ganzen Welt gegen ein durch tausendjährige Vergangenheit als Kulturnation bewährtes Volk solch ungeheure Vorwürfe erhebt, muß man ihm auch Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen. Jemand ungehört zu verurteilen, widerspricht allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und verstößt zugleich gegen die Grundlagen des internationalen Rechts.

Was nun die Eingeborenen in Kamerun anlangt, so war ihnen schon vor dem Kriege die Arbeitsweise der französischen Kolonialgesellschaft in dem benachbarten französischen Aquatorialafrika bekannt geworden. Was sie dann

im Laufe des Krieges beim Zusammentreffen mit Franzosen am eigenen Leibe verspürten und durch Augen- und Ohrenzeugen erfuhren, hat ihre Sorge, die Deutschen möchten durch die Geschicke des Krieges gezwungen sein, ihren Besitz an die Franzosen abzutreten, nur noch verstärkt. Aus dieser tiefgründigen Besorgnis der Eingeborenen Kameruns erklärt sich, daß sie an die deutsche Kolonialverwaltung das dringende Ersuchen gerichtet haben, mit ihnen gemeinsam ihr Geschick zu teilen und lieber mit ihnen unterzugehen, als in die Hände der Franzosen zu fallen.

... Heute möchte ich mit besonderer Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber dem Vorwurf des französischen Kolonialministers Simon die Tatsache bezeichnen, daß wir das $1^1/_2$jährige feste Durchhalten der deutschen kleinen Streitmacht, die völlig unvorbereitet für einen Krieg mit einem europäischen Gegner war, gegenüber einer mehr als zehnfachen Übermacht dadurch haben erzielen können, daß uns der Kern der Eingeborenen Kameruns treu geblieben ist und uns willig und tatkräftig im Kampfe gegen die anderen Gegner unterstützte.

Wäre diese Hilfe unterblieben, so hätte auch eine um das Vielfache größere Streitmacht sich nicht annähernd solange im Lande halten können. Als unsere Schutztruppen dann schließlich infolge der immer stärker werdenden Übermacht und der völligen Erschöpfung der Patronenvorräte nicht mehr in der Lage waren standzuhalten und infolgedessen den Rückzug über die spanische Grenze unvermeidlich war, haben mehrere hunderttausend Kameruner sich bereitgefunden, mit den Deutschen das eigene Land zu verlassen und die spanische Grenze zu überschreiten, nur um nicht gezwungen zu sein, unseren Kriegsgegnern zu dienen.

Die deutsche Schutztruppe ist, so rührend die Beweise von Treue und Anhänglichkeit, zugleich aber auch die Besorgnisse vor den Franzosen gewesen sind, nicht in der Lage gewesen, diesem Wunsche der Kameruner Eingeborenen stattzugeben. Unter dem Druck der Not hat sie schweren Herzens die Eingeborenen darauf hingewiesen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil mit ihnen hinüberziehen könne über die spanische Grenze. Trotz dieser Vorhaltungen und trotz aller Abmachungen sind nach spanischer Zählung über 67000 Eingeborene mit den Deutschen über die spanische Grenze hinweggegangen.

Mehrere hundert Häuptlinge waren nach Jaunde geeilt und hatten gebeten, lieber mit den deutschen Schutztruppen ins Elend gehen zu dürfen, als unter der Herrschaft der Franzosen zurückzubleiben.

Aber auch dann haben die Kameruner weitere Beweise ihrer Treue und

Anhänglichkeit gegeben. In zahlreichen Briefen an ihre Landsleute und an ihre früheren Herren, sowie an sonstige Bekannte in Spanien haben Eingeborene aus Kamerun noch in letzter Zeit zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie den traurigen Ausgang des Krieges bedauerten und wie sehr sie es herbeisehnten, daß Deutschland Kamerun als Kolonie zurückerhielte. Sie haben in ihrer Herzensnot auch in Bittschriften, die sie an ihren neuen Schutzherrn, den König von Spanien, gerichtet haben, geradezu gefleht, daß alles eingesetzt werden möge, um Deutschland wieder in den Besitz seiner Kolonie Kamerun zu setzen.

Eine dieser Bittschriften ging aus von den 117 überlebenden Häuptlingen aus Klein-Bokoko; es schlossen sich dann an in getrennten Bittschriften die katholischen Christen, die Mohammedaner und schließlich auch die Soldaten. Ihre Sorge vor der Zukunft unter französischer Herrschaft war stärker als die Rücksicht auf die hiergegen erhobenen Bedenken. Wir wollen hoffen und zugleich den Wunsch aussprechen, daß ihnen aus ihrer Treue und Anhänglichkeit von den Franzosen als ihren neuen Schutzherren nicht allzu große Nachteile für ihre Zukunft erwachsen mögen. Es sind in dieser Beziehung in dankenswerter Weise sowohl von dem päpstlichen Nuntius in Madrid als auch von der spanischen Regierung auf Anregung der deutschen Verwaltung bei der Entente Schritte getan worden. Wir aber wollen an dieser Stelle mit dem Wunsche, daß den braven Kameruner Eingeborenen keine Nachteile aus ihrer Treue zu ihren bisherigen Schutzherren erwachsen mögen, zugleich den Dank für eine derart hingebende und opferwillige Tätigkeit verbinden.

... Lassen Sie mich zum Schlusse meiner Ausführungen noch wenige Dankesworte an alle diejenigen aussprechen, die treu für unsere Kolonien gearbeitet haben.

Im Volke ist der koloniale Gedanke gerade in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch ohne Unterschied der Parteien immer mehr durchgedrungen. Wenn wir auch den wahren Wert unserer Kolonien leider erst zu dem Zeitpunkt völlig erkannt haben, als wir sie verloren haben, so darf ich doch die erfreuliche Tatsache feststellen, daß das Verständnis für unsere Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft in stetig wachsendem Umfange die breitesten Schichten der Bevölkerung erfüllt hat, und daß die Überzeugung von der Notwendigkeit kolonialer Betätigung für unsere nationale und wirtschaftliche Weiterentwicklung Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist. ... So lassen Sie mich denn an erster Stelle — ich glaube sagen zu dürfen im Namen des ganzen Volkes — unserer bewährten und trefflichen Schutztruppe danken, den herzlichsten Dank aussprechen allen Offizieren und

Mannschaften unserer Schutztruppe, die in treuer Hingebung für ihr deutsches Vaterland, für Kolonie und Heimat gestritten und gelitten haben. Des Vaterlandes treues Angedenken bleibt vornehmlich unauslöschlich gesichert all den wackeren Helden, die fern von der Heimat jetzt in der afrikanischen Erde der kühle Rasen deckt... Wenn ich meinen Dank an die Schutztruppe ausspreche, so möchte ich damit verknüpfen die Dankesbezeugung an alle früheren und gegenwärtigen Mitglieder der Kolonialverwaltung in der Zentrale und auch in den Schutzgebieten für ihre rastlose und erfolgreiche Arbeit.

Weiter gebührt der Dank des ganzen deutschen Volkes, also namentlich auch der deutschen Nationalversammlung, den Farmern, den Kaufleuten, den Pflanzern und Missionaren für ihre treue kulturelle und zivilisatorische Pionierarbeit.

Endlich an letzter, nicht an unwichtigster Stelle danke ich allen Eingeborenen des Schutzgebietes für ihre Tüchtigkeit und für ihr kraftvolles Mitarbeiten im Kriege, für ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Verwaltung an dem gemeinschaftlichen Ziele der Erschließung und der kulturellen Entwicklung der Schutzgebiete.

...Mit dieser Danksagung glaube ich die zuversichtliche Hoffnung verbinden zu können, daß die deutsche Kulturarbeit in Afrika, in der Südsee und in den übrigen Schutzgebieten nicht vernichtet, sondern für spätere Zeiten erhalten wird. Die Eingeborenen in unseren Schutzgebieten werden uns nicht vergessen, und wir werden auch ihnen eine dankbare Erinnerung bewahren. Der koloniale Gedanke aber muß uns wacherhalten bleiben. Wenn wir auch zur Zeit unsere Kolonien verloren haben, den kolonialen Gedanken dürfen wir nicht ersterben lassen. Zur Durchführung des kolonialen Gedankens müssen alle Stände und Schichten der Bevölkerung zielbewußt mitwirken, an erster Stelle aber die kolonialen Gesellschaften, die sich mit anerkennungswertem Bemühen und Erfolg die Kolonialarbeit angelegen sein lassen..."

Der neudeutsche Minister, der seine Unterschrift unter das Diktat von Versailles und damit sanktionierend unter den Kolonialraub gesetzt hat, verbreitet sich weiter über Hoffnungen auf Friedensvertragsrevision in der Frage der geraubten deutschen Kolonien, auf ein heilsames Wirken des Völkerbundes und auf Wilsonsche Ideologien. Mit wortreichen Erklärungen nehmen auch die Vertreter verschiedener Parteien „Abschied" von den deutschen Kolonien. In Worten und Protesten erschöpfen sich die berufenen Vertreter des deutschen Volkes und lassen es um so mehr an Taten mangeln.

*

So ist der politische Kampf um die deutschen Kolonien bis zum Abschluß des Friedensvertrages und dem damit verbundenen Verlust der deutschen Überseebesitzungen, des deutschen Kolonialreiches geführt worden von den Feindbundmächten mit einem unerbittlichen Haß, einem Vernichtungswillen fast an Wahnsinn grenzend, einem Neid und einer Mißgunst, die jedes menschliche Maß übersteigen. Alle Mittel einer gefährlichen Geheimdiplomatie sind von den alliierten und assoziierten Raubpolitikern zur Anwendung gebracht worden. Die Lüge und der moralische Meuchelmord wurden zum politischen Zweck und zum erstrebenswerten Ziel. Kolonialer Neid und koloniale Eifersucht gehören zu den eigentlichsten Ursachen für den von den alliierten Imperialisten gewollten Weltkrieg. Die wirtschaftliche und industrielle Zertrümmerung Deutschlands galt den Haßpolitikern als unabwendbare Forderung. Eine ganze Welt wurde zur Erreichung der imperialistischen Ziele Englands und Frankreichs zum „Kreuzzug gegen das Volk der Deutschen" aufgeboten. Die Völker Amerikas, die gewaltigsten finanziellen und materiellen Hilfsquellen, ja die Blüte der Jugend der Vereinigten Staaten wurden von dem Präsidenten Wilson gegen die schwer in einem absoluten Verteidigungskrieg um ihr Leben ringenden Mittelmächte unter falschen Parolen mobilisiert. Als militärische Kräfte nicht geeignet erschienen zur Erreichung der gesteckten Ziele, griff man zur Lüge. Im Vertrauen auf feierlich gegebene Zusicherungen, im Vertrauen auf das verpfändete Wort des amerikanischen Präsidenten legte das deutsche Volk in einer fast unverständlich erscheinenden Selbstverleugnung die Waffen unbesiegt nieder und glaubte an die nunmehr zu erfolgende Herbeiführung eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit. Das deutsche Volk wurde unter eindeutigem Hinweis auf das uralte Gesetz, daß wehrlose Völker auch zugleich rechtlose Völker sind, in einer geradezu satanischen Brutalität in der größten politischen Komödie, die jemals auf der Weltbühne abgerollt ist, betrogen, in seinem Vertrauen getäuscht, in seiner nationalen Ehre beleidigt und gekränkt, in seinem nationalen Besitz gemein ausgeplündert und beraubt. Die ewige Versklavung des deutschen Volkes war der große Traum der Haßpolitiker einer feindlichen Welt.

Es ist tragisch für das deutsche Volk, daß es in den Tagen des tiefsten nationalen Unglückes geführt wurde von einer Gesellschaft von Minderwertigen. Ungestraft konnte sich so menschliche Niedertracht an ihm, seinen unveräußerlichen Lebensrechten, seinen heiligsten Gütern vergehen.

Der Raub der Kolonien, von der Regierung des deutschen Volkes in jenen dunkelsten Tagen deutscher Geschichte nur mit unzulänglichen Mitteln

abgewehrt, sollte zugleich die ewige Ausschließung des deutschen Volkes von den großen Kulturaufgaben der Menschheit in den tropischen und subtropischen Gebieten bedeuten und damit eine Fesselung des deutschen Kolonialstrebens und Kolonialwillens. Dieser Versuch, von einer Gesellschaft verblendeter Fanatiker unternommen und scheinbar im Vertragswerk von Versailles als Erfolg für die Ewigkeit untermauert, ist zum Scheitern verurteilt angesichts der Neuerweckung der deutschen Nation und dem unbändigen Willen ihrer Führung, die deutsche Kolonialfreiheit zu erringen und zu sichern, durch die Niederreißung auch der letzten Fundamente des Vertrages von Versailles.

Den Kampf gegen die koloniale Beraubung Deutschlands mit Erfolg beginnen und mit gleichem Erfolg fortsetzen, heißt also zunächst alle Ursachen und ursächlichen Geschehnisse und Zusammenhänge kennenlernen, die zur kolonialen Enteignung des deutschen Volkes und zu seiner kolonialen Unwürdigkeitserklärung führten. Diesem Ziel will dieses Buch an seinem Teil dienen. Dem Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Kolonialfreiheit wird ein anderes Werk zu dienen haben.

Quellen- und Literaturnachweis

Appel: Die ersten deutschen kolonialen Erwerbungen im Lichte der englischen Presse. Hamburg 1934.
Appel: Deutsche Kolonien. Die Forderung des Dritten Reiches. 1937.
Arning: Vier Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika.
Ajax: Francés Black Militarism. Berlin 1919.
Bauer: Kolonien oder nicht? 1936.
Baker: Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles. Leipzig 1923.
Beumelburg: Deutschland in Ketten. 1931.
Blumhagen: Südwestafrika einst und jetzt. Berlin 1934.
Böhmer: Das Erbe der Enterbten. München 1928.
Brandt: Der Weg durch die Hölle. Berlin 1933.
Brandt: So sieht die Weltgeschichte aus. Hamburg 1926.
Brockdorff-Rantzau: Dokumente und Gedanken zu Versailles. Berlin 1923.
Buschick: Die Eroberung der Erde. Leipzig 1934.
Dietzel: Die deutschen Kolonien. 1935.
Dix: Weltkrise und Kolonialpolitik. Berlin 1932.
v. Doering: Colonies and Calumies. Berlin 1919.

Full: Fünfzig Jahre Togo. Berlin 1934.
Fabarius: Neue Wege der deutschen Kolonialpolitik. Berlin 1916.
v. Gilwicki: Die Enteignung des deutschen Kolonialbesitzes. Hamburg 1937.
Gizycki: Die Weißen und die Schwarzen. Essen 1936.
Hauer: Die Weltgeltung der deutschen Tropenmedizin. Berlin 1936.
Hobein: Ungeschminktes Afrika. Essen 1938.
Hunter-Miller: Der Ursprung des Mandatsystems. New York 1928.
Jacob: Deutsche Kolonialpolitik in Dokumenten. Leipzig 1938.
Jacob: Deutschlands Recht auf Kolonien. Leipzig 1929.
Jacob: Kolonialpolitisches Quellenheft. Bamberg 1935.
Jacob: Anspruch und Wille. Eine koloniale Mahnschrift. 1937.
Jacob: Stimmen aus Schweden, Holland, Portugal über die koloniale Schuldlüge. Leipzig 1929.
Johannsen: Das Kolonialproblem Deutschlands. Hamburg 1937.
Kuntze: Das Volksbuch unserer Kolonien. Leipzig 1938.
v. Langsdorff: Deutsche Flagge über Sand und Palmen. Berlin 1936.
v. Lettow-Vorbeck: Meine Erinnerungen aus Ostafrika. Leipzig 1920.
Leutwein: 30 Jahre deutsche Kolonialpolitik. Berlin 1922.
Mentzel: Die Kämpfe in Kamerun. 1932.
Nowak: Versailles. Berlin 1927.
Nowak: Der Weg zur Katastrophe. Berlin.
Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. Berlin.
Nowak: Chaos. Berlin.
Oelhafen: Der Feldzug in Südwest 1914—1915. Berlin 1923.
Olpp: Charakterköpfe der Tropenmedizin. Berlin 1936.
Peters: Lebenserinnerungen.
Peters: Die Gründung von Deutsch-Ostafrika. Berlin 1906.
Pfeil: Zur Erwerbung von Deutsch-Ostafrika. Berlin 1907.
Poeschel: Die Kolonialfrage. Dokumente zu ihrer Behandlung. Berlin 1920.
Reichskolonialministerium: Deutsche und französische Eingeborenenbehandlung. Berlin 1919.
Reichskolonialministerium: Die Behandlung der einheimischen Bevölkerung in den Kolonien Deutschlands und Englands. Berlin 1919.
Rein: Kolonien! Eine deutsche Mußforderung. Berlin 1919.
Ritter: Der Kampf um den Erdraum. Leipzig 1936.
Rohrbach: Deutsch-Ostafrika-Ende oder -Anfang. 1935.
Rohrbach: Deutschlands koloniale Forderung. 1935.
Seitz: Vom Aufstieg und Niederbruch deutscher Kolonialmacht.
Smuts: The League of Nations, a practical suggestion. London 1918.
Sommerlad: Die Deutschen als Kolonialvolk.
Spellmeyer: Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag. Stuttgart 1931.
Student: Kameruns Kampf 1914—1916. Berlin 1937.
Strupp: Grundzüge des positiven Völkerrechtes. Bonn 1926.
Stumer: Kolonialfibel. Berlin 1936.
Suchier: Deutsch-Südwest im Weltkrieg 1914/15. Berlin 1918.

Solf: Germanys Right to recover her Colonies. Berlin 1919.
Solf: Kolonialpolitik. Berlin 1919.
Solf: Die Missionen in den deutschen Schutzgebieten. Gütersloh 1918.
Solf: Die Lehren des Weltkrieges für unsere Kolonialpolitik. Stuttgart 1916.
Schacht: Deutschlands Kolonialproblem. Berlin 1937.
Schnee-Draeger: 10 Jahre Versailles. Berlin 1929.
Schnee: Deutsch-Ostafrika während des Weltkrieges. 1919.
Schnee: Deutschlands koloniale Forderung. Berlin 1937.
Schnee: Die koloniale Schuldlüge. München 1928.
Schnee: Die deutschen Kolonien unter fremder Mandatsherrschaft. Leipzig 1922.
Schnoeckel: Die weltpolitische Lage unter kolonialen Gesichtspunkten. 1935.
Schober: Kamerun. Neuzeitliches Verwaltungsproblem einer tropischen Kolonie. Berlin 1937.
v. Schoen: Unsere Kolonien im Weltkrieg. Berlin 1935.
v. Schoen: Das koloniale Deutschland. Berlin 1937.
Schreiber: Die deutschen Kolonien unter Berücksichtigung ihrer Stellung als Mandate des Völkerbundes. Berlin-Bonn 1934.
Schneider: Das völkerrechtliche Mandat in historisch-dogmatischer Darstellung. Stuttgart 1926.
Schultz-Ewerth: Deutschlands Weg zur Kolonialmacht. 1934.
Schücking-Wehberg: Die Satzung des Völkerbundes. Berlin 1924.
Townsend: Des deutschen Kolonialreiches Geschichte und Leistung. Leipzig.
Troll: Das deutsche Kolonialproblem. Berlin 1935.
Vietor: Geschichte und kulturelle Entwicklung unserer Schutzgebiete. Berlin 1913.
Volkmann: Der Krieg in den Kolonien. 1935.
Wagner: Deutsch-Ostafrika. Berlin 1886.
Warnack: Braucht Deutschland Rohstoffquellen. Berlin 1929.
Wegener: Das deutsche Kolonialreich. Potsdam 1937.
Westermann: Beiträge zur deutschen Kolonialfrage. Essen 1937.
Westermann: Der Afrikaner von heute und morgen. Essen 1937.
Zastrow-Dannert: Deutschland braucht Kolonien. Berlin 1925.
Zade: Das deutsche Kolonialbuch. Berlin 1925.
Zade: Imperialismus und Kolonialpolitik. Berlin.
Zimmermann: Die Kolonialreiche der Großmächte. Berlin 1916.
Zimmermann: Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. Berlin 1914.

Zahlreiche Veröffentlichungen der deutschen und ausländischen Tageszeitungen und Zeitschriften. Protokolle und Aktenveröffentlichungen der deutschen und alliierten Regierungen.

Deutschland wird seine Hoffnung auf koloniale Betätigung niemals aufgeben. Es ist der fanatische Glaube des deutschen Volkes, daß es heute, da eine unglückselige, jahrhundertalte politische Ohnmacht und Zerrissenheit einer wunderbaren Einheit hat weichen müssen, mehr als jemals zuvor berufen ist, sich selbst und der ganzen übrigen Welt bei der Kolonisation der Erde Dienste von ungeahntem Ausmaß zu leisten vermag. Nur Wahnsinn oder bewußte Böswilligkeit kann den Versuch unternehmen, das Volk der Deutschen bei der Lösung dieser Aufgaben ausschließen zu wollen. Die Welt kann auf die kolonisatorische Kraft der Deutschen nicht verzichten, ohne selbst dabei entscheidend Schaden zu nehmen.

Kolonien für Deutschland zurückzugewinnen heißt zunächst der Wahrheit eine Gasse zu bahnen! — Mit vehementer Stoßkraft dringt der Verfasser in diesem Buche „Kampf um deutsche Kolonien" in das Ränke- und Lügennetz vor, das einst zur Sanktionierung des „Kolonialraubes" gesponnen wurde. Die Diffamierung der deutschen Nation, ausgesprochen in der kolonialen Unwürdigkeitserklärung, wird von den mit glühendem Herzen geformten Anklagen dieses Buches hinwegfegt. Eine der größten politischen Komödien der Geschichte wird bis in ihre letzten Hintergründe aufgedeckt um der Wahrheit und um des Rechtes willen.

Dieses Buch ist mehr als eine leidenschaftliche Anrufung des Gewissens der Welt!

In diesem Buch ist die Forderung der ganzen deutschen Nation auf die endliche Wiedergutmachung des kolonialen Unrechtes durch die Rückgabe der deutschen Kolonien mit aller Eindeutigkeit geformt!

WODNI & LINDECKE • VERLAG
DRESDEN

Wir haben eine Regierung mit eisernem Willen, das deutsche Volk wieder frei zu machen, und wir haben das Vertrauen zu ihr, daß sie zur rechten Zeit auftreten wird!
Wir werden die Kolonien wiederbekommen, wenn wir sie wiederbekommen wollen!
Der deutschen Jugend fehlt der Raum, zu leben und zu schaffen. Kolonien könnten Hunderttausenden neuen Wohn- und Arbeitsraum geben, und Hunderttausende könnten leben in der Heimat durch sie.

Franz Ritter von Epp
Reichsstatthalter in Bayern und Führer des Kolonialbundes

Der Kampf gegen die koloniale Schuldlüge muß fortgeführt werden, bis die praktische Konsequenz aus deren Beseitigung durch die Rückübertragung deutscher Kolonien an Deutschland gezogen ist.
Nur wenn wir wieder draußen in der Welt in großen Kolonien ein Feld der Betätigung haben, kann Deutschland darauf rechnen, im friedlichen Wettbewerb der Völker eine seiner Volkszahl und seiner Fähigkeit angemessene Stellung zurückzuerlangen. An diesem Ziel halten wir fest!

Heinrich Schnee
ehem. Gouverneur von Deutsch-Ostafrika

Über vier Jahre lang hat unter meinem Befehl eine ergebene Schar von tapferen weißen und schwarzen Männern Deutschlands Recht auf seine Kolonien verteidigt. Das Gefecht haben wir verloren, aber nicht das Recht!

General von Lettow-Vorbeck
ehem. Kommandeur der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe

So wenig es gelingen kann, ein 70-Millionen-Volk vom Erdboden zu vertilgen, so aussichtslos wäre das Beginnen, das deutsche Volk für immer und ewig fernzuhalten von der kolonisatorischen Betätigung in den tropischen und subtropischen Ländern!
Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Übergewicht, wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir wünschen eine Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen!

W. H. Solf
ehem. Staatssekretär des Reichskolonialamtes

Deutschlands Forderung auf Kolonialmandate kann nicht länger abgewiesen werden. Der Weltfriede erfordert eine gerechte Lösung des Kolonialproblems.

Philipp Snowden
Schatzkanzler im Kabinett Macdonald

Die deutsche Kolonialpolitik ist eine Arbeit von nur 30 Jahren. Es ist die fabelhafte Leistung eines großen Volkes!

United Empire, Februar 1914